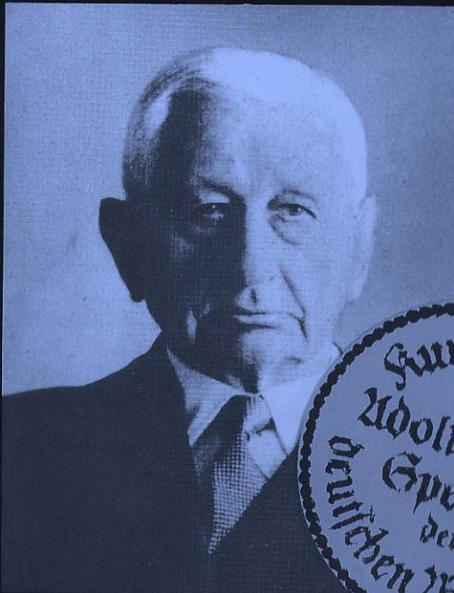


Manfred Ohlsen

Milliarden für den Geier

oder Der Fall des
Friedrich Flick



Dies ist die Story eines Mannes, genannt «Der Geier», der es verstand, fünf Jahrzehnte lang ganz oben zu schwimmen. Seinen schmückenden Beinamen erhielt er bezeichnenderweise von seinen futterneidischen Konkurrenten, die im Kampf um das Goldene Kalb nicht ganz so erfolgreich waren. Der «Held» dieses Buches, Friedrich Flick, der 1972 als reichster Mann zwischen Rhein und Elbe starb, verdiente 1967 weit über 1 Million Mark täglich. Zu dieser Zeit hielt er das Schicksal von rund dreihunderttausend «Arbeitnehmern» und deren Angehörigen in seiner Hand und beherrschte, einem absoluten Monarchen gleich, das größte private Industrieimperium, das es jemals in Deutschland gab. Dieses Imperium war Zug um Zug aus gigantischen Inflationsschwindeleien, raffinierten Börsenmanövern und skrupellosem Raub jüdischen Eigentums entstanden und hatte in der Bundesrepublik im Boom der Nachkriegszeit durch Tausende den Arbeitsplatz kostende Rationalisierung und ausgeklügelte Kapitalkonzentration seine heutige Dimension erreicht. Der dokumentarische Bericht, der bewußt jede vordergründige Polemik vermeidet, zeichnet minutiös den Weg des einflußreichen Multimilliardärs nach.

In der hier vorliegenden dritten Auflage führt der Autor die Handlung bis zum Oktober des Jahres 1984, in dem BRD-Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Bundestagspräsident Barzel, unlösbar verstrickt in den Flick-Skandal, ihren Hut nehmen mußten. Friedrich Karl Flick, jüngster Sohn des «Geiers», Alleininhaber des Familienkonzerns und auch er immer wieder als «reichster Deutscher» bezeichnet, blieb ungeschoren.

Schutzumschlag: Ulrich Ewald

Georg Honigmann

Chef weist an...

oder

Der Fall des William Randolph Hearst

320 Seiten, Leinen

Best.-Nr. 6967583

Testfall Frisco – Gangsterschlacht in Chicago – Die Sache mit Guldensuppe – Raub der Standard-Oil-Briefe – Wahlurnen im East River – Das Geheimnis der Avila-Papiere – Geliebte im Kardinalsbett – provoziertes Präsidentenmord – Agent für den Kaiser – gemanagter Krieg... Die Karriere des amerikanischen Goldgrubenbesitzers, Börsenhasardeurs und Zeitungskönigs William Randolph Hearst liest sich wie ein 3-Groschen-Roman. Was auch immer über die unheilige Allianz von Verbrechen und Politik in den USA geschrieben wurde, im Leben des Stammvaters der imperialistischen Massenpresse läßt sie sich wie in einem Bilderbuch nachweisen. Welche ungeheure Gefahr von den staatsmonopolistischen Meinungskonzernen ausgeht und mit welcher raffinierten Methoden sie im Interesse der reaktionärsten Kräfte Volksverdummung und Volksverhetzung betreiben, stellt diese faktenreiche Text-Bild-Dokumentation über Springers Vorbild Hearst ebenso spannend wie überzeugend dar.

Verlag der Nation Berlin

3., erweiterte Auflage 1985

© Verlag der Nation Berlin 1980

Lizenznummer: 400/1/85

LSV 0268

Lektor: Rüdiger Schroeder

Technischer Redakteur: Ingrid Welzer

Einband: Ulrich Ewald

Typographische Gestaltung: Armin Wohlgemuth

Lichtsatz: INTERDRUCK Graphischer Grossbetrieb Leipzig – III/18/97

Druck und buchbinderische Verarbeitung:

Offizin Andersen Nexö, Graphischer Grossbetrieb Leipzig – III/18/38

Redaktionsschluss: 31. Oktober 1984

Best.-Nr. 6967655

01480

[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

Einleitung

Eine Geschichte, bei der aus einigen tausend Mark Millionen, aus Millionen schliesslich Milliarden wurden, ist, wenn sie wahr ist, eine verhältnismässig seltene Geschichte. Sie ist deshalb aber noch keine romantische Geschichte, auch wenn sie mit einem geheimnisumwitterten Mann verbunden ist, der persönlich zu ungewöhnlichem Reichtum kam. Dieser Mann, der lange Zeit der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verborgen blieb, war Friedrich Flick.

Flick-Betriebe, der Flick-Konzern, das sind Begriffe, die uns aus der Vergangenheit und bundesrepublikanischen Gegenwart vertraut sind. Wer aber Flick war, wie er sein sagenhaftes Vermögen von etwa 6 bis 8 Milliarden DM errang, dank welcher Fähigkeiten er sich gegenüber seinen kapitalistischen Konkurrenten durchsetzen konnte – darüber ist recht wenig bekannt. Der Mann, der sich durch Wolfshunde und Leibwächter schützen liess, nutzte jahrzehntelang konsequent seinen immensen Einfluss, auf dass über ihn möglichst wenig, insbesondere Hintergründiges oder gar Kritisches geschrieben werde. Und dieser Einfluss war nicht gering, denn er beruhte auf weitreichender wirtschaftlicher Macht.

«Seit 1927 steht dieser Mann im Zentrum wirtschaftlicher Macht in Deutschland, und sein Vermögen wird in diesem Zentrum bleiben, wenn er selbst eines Tages das Zeitliche segnet», schrieb der BRD-Wirtschaftskenner F. Kroeck über Friedrich Flick.

Tatsächlich wurde das Vermögen, das Flick zusammenbrachte und das weit über das hinausgeht, was der gewöhnliche Sterbliche sich unter Reichtum vorstellt, schon zu seinen Lebzeiten als Konzern eine Institution, die sich auch ohne

ihren Gründer unter den Bedingungen der Monopolherrschaft zu behaupten versteht.

Seine Machtstellung und seine Milliarden, errungen aus relativ bescheidenen Anfängen, haben Flick zum Gegenstand hinreissender Bewunderung von Apologeten des Grosskapitals gemacht, die ihn als Beherrscher wirtschaftlicher Zusammenhänge, als Kombinationstalent und hervorragenden Börsenstrategen verherrlichten. Aber die Geschichte seiner Milliarden ist nicht nur eine Geschichte vom Kaufen und Verkaufen, sondern auch eine von Bestechung, Betrug, Raub und Vernichtung von Menschenleben. Im Gegensatz zu vielen aufsehenerregenden Aktienspekulanten, den Stinnes, Herzfeld und Co., deren Kapital entweder schnell wieder zerrann oder erheblich reduziert wurde, konnte Flick immer neue Positionen erobern. Am Ende seines Lebens war er, nach einhelliger Meinung der westlichen Fachpresse, der Superreichste unter den Reichen der BRD, und die Weltrangliste der Kapitalkräftigsten stellte ihn auf den fünften Rang.

«Die verschlungenen Wege seines Aufstiegs nachgehen hiesse die Geschichte der deutschen Schwerindustrie zwischen den beiden Weltkriegen schreiben», äusserte der westdeutsche Publizist Kurt Pritzkolet über Flick. Aber mehr noch! Der Ehrendoktor und Träger des Grossen Bundesverdienstkreuzes, der in seinem Leben freilich auch Gefängnisluft atmen musste, verkörperte in seiner Person ein Stück Geschichte des deutschen Imperialismus. Die Vermehrung seiner ökonomischen Macht und seines Vermögens erstreckte sich mit erstaunlicher Kontinuität über Kaiserreich, Weimarer Republik, Hitlerfaschismus und Bundesrepublik. Figuren der politischen Bühne wie Stresemann, Brüning, Hitler, Göring, Adenauer und Strauss waren ihm dabei wichtige Helfer. In nützlicher Bescheidenheit wollte sich Flick dennoch immer nur als einfacher Kaufmann verstanden wissen; über die anderen Seiten seiner Laufbahn hüllte er sich in dezentes Schweigen.

Ein keineswegs kapitalfeindlicher englischer Unternehmerberater, Antony Jay, verglich die Mächtigen der Grossindustrie

einmal mit den Jägern der Steinzeit, die sich an ihre Beute heranschleichen, das Wild töten und verschleppen. In dieser Metapher liegt zweifellos schon mehr Wahrheit als in allen Flickschen Selbstdarstellungen. Die volle Wahrheit über Männer wie Flick an den Tag zu bringen ist, obwohl wir die Herrschaft der Monopole bei uns längst beseitigt haben, nicht allein historische Pflicht, sondern – solange es noch monopolistische Profitjäger gibt – Gegenstand des politischen Kampfes, von dem Kari Marx einst schrieb, dass er eine stets wachsende Ausbreitung erfährt und dadurch keinen Zweifel lässt, «wer endlich Sieger sein wird – die wenigen Aneigner oder die ungeheure arbeitende Majorität».

Die Geschichte vom «armen Bauernjungen»

«Es war einmal ein armer und frommer Bauernjunge, der arbeitete fleissig von früh bis spät. Und weil er so fleissig und fromm und dazu noch überaus klug war, belohnte ihn der liebe Gott und machte ihn zum reichsten Mann im Lande.» So beginnen Märchen, und etwa so lesen sich viele Berichte über das Leben Friedrich Flicks, die besonders nach seinem Tode unter einem grossen Publikum westlich der Elbe verbreitet wurden. Ist der Aufstieg des Friedrich Flick das Beispiel, der Beweis für die immer wieder kolportierte These von der Möglichkeit des unbeschränkten Aufstiegs des armen, aber fleissigen Mannes im Kapitalismus? Zeugen die über Flick erzählten Geschichten wirklich von der Arbeit und der Mühe Lohn? Zweifellos stimmt es, dass Flick viel Geld und Macht gewann, dennoch ist die Geschichte seines Aufstiegs aus dem Nichts eine fromme Erfindung. Ein armer Bauernjunge, der sich unter unsäglichen Entbehrungen hochgerackert hatte, war Flick nämlich nie. Solche Legenden sollen Flicks Aufstieg nur eindrucksvoller und letztlich verdient erscheinen lassen, vor allem aber das alte Märchen von der Aufstiegschance der Chancenlosen aufwärmen. Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen, erkannte bereits Aristoteles. Wie sah der Anfang des grossen Aktiensammlers wirklich aus?

Friedrich Flick wurde am 10. Juli 1883 als Sohn eines Landwirtes und Grubenholzgrosshändlers in Ernsdorf-Kreuztal im westfälischen Siegerland geboren. Der Vater bewirtschaftete dort den ererbten Bauernhof. Doch hätte er dadurch allein nie das Geld zusammenbringen können, das es ihm ermöglichte, seinem Sohn Friedrich einen guten beruflichen Start für dessen spätere beispiellose Karriere zu geben. Senior Flicks Einkom-

men und Wohlstand resultierten denn auch nicht nur aus dem Gewinn seiner Bauernwirtschaft, sondern vor allem aus dem Grosshandel mit Grubenholz für die Siegerländer Eisenerzgruben. Das Geschäft mit dem Grubenholz brachte dem Vater hübsche Summen ein und erlaubte ihm nach und nach sogar, Aktien von Siegerländer Erzgruben und -hütten zu erwerben. Diese Kapitalanteile und die Beziehungen des Vaters sollten sich künftig für den Sohn von unschätzbarem Nutzen erweisen.

«Lob des Siegerlandes»

Friedrich Flick wuchs auf in der Industrielandschaft des Siegerlandes und in der Zeit des Wilhelminischen Kaiserreiches, in der sich der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus in schnellem Tempo vollzog. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals hatte seit den achtziger Jahren rasch zugenommen und führte besonders in der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie zu Grossunternehmen, deren Expansionsdrang unstillbar schien. Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen jener Branchen verloren ihre Selbständigkeit und wurden von den Grossen aufgesogen. Dieses Schicksal drohte auch den Werken der Eisen- und Stahlindustrie des Siegerlandes, dessen Wirtschaft wesentlich von ihnen bestimmt wurde und die in ihrer Entwicklung gegenüber ihren Konkurrenten an der Ruhr zurückgeblieben waren. Die Kartellbildungen an der Ruhr, die den Unternehmern durch Preisabsprachen einen erfolgreichen Kampf um höhere Profite und wachsende Vormacht ermöglichten, hatten ihren ersten Höhepunkt in dem 1886 gegründeten «Rheinisch-Westfälischen Roheisenverband». Die Siegerländer versuchten sich mit einem eigenen Kartell, der «Verkaufsvereinigung Siegerländer Eisenwerke», das sich als Kampfbund gegen die Ruhr verstand, zu schützen. Flick sollte sich mit diesem Konkurrenzkampf später noch oft beschäftigen und dabei schliesslich Karriere und Geld machen.

Im seit 1817 dem preussischen Westfalen angegliederten Siegerland, in dem sich die Bevölkerung in den Haupttälern des bergigen Landes konzentrierte, ernährten sich viele Bewohner

von dem hier seit frühester Zeit betriebenen Erzbergbau und von der Verhüttung der Erze. Das Leben der kleinen Leute war schwer, der Arbeitstag lang, das Einkommen gering, die Annehmlichkeiten karg bemessen. Ernst wurde es vor allem, wenn das graue Gespenst der Krise durch die Täler des Siegerlandes schlich und der Lärm der Hüttenbetriebe, der Hammerwerke und Schmieden verstummte. Dennoch verkündete ein einheimischer Barde des 19. Jahrhunderts das «Lob des Siegerlandes»: «Wo ist ein Land, das in so reicher Fülle der Erde Schätze beut? Wo ist ein Volk, so bieder und so stille, voll Kraft und Tätigkeit?» Der Siegerländer galt und gilt als nüchtern, einfach und bescheiden; auf Grund seiner Lebensumstände blieb ihm wohl nichts anderes übrig, als diese Eigenschaften zu pflegen. Die Volkstracht war, wie ein Heimatschriftsteller es ausdrückte, «das Äusserste an Zurückhaltung und Schlichtheit, in Farbe wie in Machart».

Ein grosser Teil der Siegerländer, die im Bergbau und in den Fabriken arbeiteten, betrieben auf winzigen Höfen noch etwas Landwirtschaft. Für das Siegerland war diese Nebenerwerbswirtschaft typisch, da es nur wenige Bauern gab, die sich von ihrem Land ernähren konnten. Die schlechten Böden brachten nur spärliche Erträge, wichtiger waren da schon die Weiden, auf denen die Bauern, allerdings mühsam genug, einige Stück Vieh, meist Rinder, Ziegen und Schafe, durchbrachten. Obwohl sich die Industrie im Siegerland längst ausgebreitet hatte, ähnelten die meisten Orte Ende des 19. Jahrhunderts noch immer eher Dörfern als Industriesiedlungen. Selbst in den Städten waren kaum städtische Bauten zu finden, es dominierten die weissen Fachwerkhäuser, oft mit Mensch und Tier unter einem Dach.

Die eigentümliche Stellung zwischen Arbeiter und Kleinbauern, die auf einen Grossteil der männlichen Bevölkerung des Siegerlandes zutraf, und die oft sehr starke Bindung an die evangelische Gemeinschaftsbewegung liessen Ausgang des vorigen Jahrhunderts ein politisches Klima entstehen, das von dem der meisten Industriegebiete abwich. Die Sozialdemokratie gewann zwar an Boden, aber den entscheidenden Einfluss übte



Siegerländer Dorflandschaft

hier der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker mit seiner Christlich-Sozialen Partei aus. Stoecker, ein Redner mit vielfältigem, demagogischem Repertoire, war fanatischer Antisemit und erbitterter Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung, der mit seiner antijüdischen und sozialen Propaganda versuchte, die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu trennen. Sein Ideal war ein gottesfürchtiger und kaisertreuer Arbeiter, und dementsprechend verkündete er: «Die wahren Arbeiter sind monarchisch durch und durch, bis in das Herz, bis zum letzten Knochen.» Über ein Vierteljahrhundert, von 1881 bis zu seinem Tode im Jahre 1909, vertrat der Hofprediger den Wahlkreis Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf im Reichstag. Auch in den späteren Jahren hatten die geistigen Erben Stoeckers im Siegerland grosse Resonanz, bis der Faschismus ihnen den Rang abließ.

Nach 1945 blieb Siegen-Wittgenstein noch lange ein sicherer Wahlkreis der CDU.

Für Gott, Kaiser und Vaterland

Über die Entwicklung des jungen Flick in jener Phase, in der Stoecker seine Heimat im Deutschen Reichstag vertrat, ist verhältnismässig wenig bekannt. Man weiss, dass ihm das Lernen nicht schwer wurde, dass er ein gehorsamer Schüler war, von Schule und Elternhaus im Geiste der Zeit erzogen wurde und das Sedansfest und Kaisers Geburtstag für erbauliche Feste hielt. Die ihm anerzogene Verehrung für preussische Tradition, für Kaiser und Kirche und vor allem die Verabscheuung alles Revolutionären paarte sich bei ihm mit dem ausgeprägten Ehrgeiz, einmal – koste es, was es wolle – sehr weit nach oben zu kommen. Und so fochten ihn auch später keine Zweifel an den » frühempfangenen Wertvorstellungen an. «Weise mir, Herr, meinen Weg», lautete der Bibelspruch auf Flicks Konfirmationsurkunde. Er tat künftig immer so, als ob seine Wege stets gesegnete Wege gewesen seien. Seine Erziehungsfrömmigkeit, die er nie ablegte, sollte seinem Ehrgeiz und seinen Geschäften zu keiner Zeit hinderlich sein.

Da Flick senior nicht als Arbeiter in die Fabrik oder ins Bergwerk ging, sondern durch seinen Handel mit Grubenholz recht gut verdiente, unterschied sich des jungen Flick soziale Stellung von der vieler seiner Mitschüler in der Volksschule. Wichtiger jedoch war noch, dass der Vater ihn auf das Realgymnasium nach Siegen schicken konnte. Der sich weniger aufs Schreiben als aufs Rechnen verstehende alte Flick hatte erkannt, dass ein weiterer Aufstieg seiner Familie nur mit einer höheren Schulbildung des Sohnes zu erkaufen war. Er hoffte dabei nicht so sehr auf eine allseitige Bildung seines Sprösslings, denn davon hielt er wenig, als vielmehr auf Kenntnisse, die es dem Filius ermöglichen sollten, noch bessere Geschäfte zu machen als er selbst. Diese Hoffnung, so kann man wohl sagen, hat der Sohn nie enttäuscht. Es ist nicht überliefert, ob der junge Flick einmal ausbrechen wollte aus der väterlichen Programmierung seiner Entwicklung, ob er einmal Abenteurer, Eisenbahner oder Matrose werden wollte. Auf seinem Lebensweg gibt es jedenfalls keine Umwege oder gar Abweichungen. Die vom eigenen

Konzern anlässlich des 80. Geburtstages herausgegebene Broschüre lobt denn auch ausdrücklich die etwas unheimliche Geradlinigkeit des Konzerngründers: «Friedrich Flick sieht immer das Wesentliche, er lässt sich nicht durch Beiwerk ablenken.» Und das westdeutsche Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» sah gar, klassenmässig undifferenziert, in Friedrich Flick schlechtweg «das Urbild des Deutschen der späten Kaiserzeit», den Ordnungs- und Familiensinn sowie ein Hang zur Machtausübung kennzeichneten. Wie dem auch sei, Flicks Geradlinigkeit und andere «deutsche» Eigenschaften sollten für die meisten seiner Mitmenschen kaum Quelle grosser Freude werden.

Während der junge Friedrich mit guten Lernerfolgen in Siegen

Bergarbeiterkinder im Elend



aufwartete, mehrte Senior Flick den familiären Wohlstand. Für den häuslichen Konsum blieb allerdings nicht allzuviel übrig; der alte Flick war ein echter Geizkragen. Die Gewinne aus Holzhandel und Landwirtschaft nutzte er vorrangig zum Kauf von Geschäftsanteilen an Erzgruben und Hüttenwerken. Das brachte ihm nicht nur zusätzlichen Profit, sondern erweiterte ausserdem die Geschäftsbeziehungen zu den grösseren Eisenherren des Siegerlandes. Seinen recht stark entwickelten Erwerbstrieb übertrug Senior Flick offensichtlich mit durchschlagendem Erfolg auf den Sohn, denn bei diesem fiel die Raffgier später so auf, dass er den bezeichnenden Spitznamen «Geier» angehängt bekam.

Als Jung Friedrich 1902 das Realgymnasium mit dem Einjährigen-Zeugnis verliess, durfte er durch Vaters Vermittlung an der Bremer Hütte in Weidenau eine Ausbildung als kaufmännischer Lehrling beginnen. Da die wirtschaftliche Situation in diesen Jahren alles andere als gut war, konnte der Eleve sich nur glücklich schätzen über Vaters Bemühungen. In Deutschland wurde das neue Jahrhundert, das noch so viele Krisen und Katastrophen bringen sollte, mit der von 1900 bis 1903 dauernden Wirtschaftspleite gewissermassen stielecht eingeleitet. Zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen brachen zusammen, die grossen kamen in Schwierigkeiten, es gab Arbeitslose, die Produktion wurde gedrosselt, und die sozialen Spannungen verstärkten sich. Selbst der angehende Kaufmann Flick spürte die Krise, wenn auch nur indirekt. Seine erste Beschäftigung in der Bremer Hütte war die Vervielfältigung der Sanierungsbilanz für das vom Ruin bedrohte Unternehmen. Er hatte die Zahlen dieser Bilanz noch als alter Mann im Gedächtnis: 2,5 Millionen Aktienkapital standen 1,667 Millionen Mark Schulden gegenüber. Die Bremer Hütte gehörte nicht gerade zu den Grossunternehmen der Branche. Etwas Stahlfertigung, ein Hochofen, ein Walzwerk, viel mehr war nicht vorhanden. Aber das reichte aller Wahrscheinlichkeit nach für Flick aus, dass er hier in seiner Lehrzeit nicht nur die Buchhaltung und das übrige kaufmännische Abc lernte, sondern auch einen Blick dafür gewann, was

man tun musste, um sich in der Eisenindustrie zu behaupten. Aufmerksam verfolgte er die Entwicklung des beginnenden imperialistischen Zeitalters, das unter anderem gekennzeichnet war von immer neuen Zusammenschlüssen der Unternehmen zu Kartellen und Syndikaten. 1903 wurde das grösste deutsche Syndikat, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, erneuert und durch den Beitritt der mit den Hüttenbetrieben verbundenen Bergwerkszechen erweitert. Das Syndikat erfasste nunmehr 98 Prozent der Kohleförderung im rheinisch-westfälischen Bergbauggebiet. Eine enorme Machtkonzentration und verständlicherweise eine immense Gefahr für die Unternehmen, die von der Kohle des Syndikats abhängig waren. Doch ausser dem Monopolpreis des Syndikats hatten die Siegerländer Werke noch das schwerwiegende Handikap hoher Frachtkosten für Kohle und Koks zu tragen. Das wirkte sich besonders negativ für sie aus, da andererseits die in grossen Mengen aus dem 1871 von Preussen-Deutschland annektierten Elsass-Lothringen ins Ruhrgebiet geholten Eisenerze die Nachfrage nach dem von ihnen zum Kauf angebotenen Eisen sinken liess.

Hinzu kam, dass sich die Siegerländer Eisenindustrie trotz wesentlicher Nachteile dem 1904 gegründeten Roheisensyndikat, das die westdeutsche Eisenindustrie zusammenfasste, anschliessen musste – und damit dem Diktat der Ruhr noch mehr unterworfen war. Der Verband, der Produktionskontingente und Preise bestimmte, brach zwar schon 1908, während einer neuen Wirtschaftskrise, wieder auseinander, aber 1912 beherrschte der als Nachfolgeorganisation gegründete Roheisenverband bereits die gesamte deutsche Roheisenproduktion. Auch die Stahlproduzenten gingen den gleichen Weg, als sie 1904 den Stahlwerksverband in Düsseldorf ins Leben riefen, der den grössten Teil der deutschen Stahlindustrie erfasste.

Für den ehrgeizigen und wachsam beobachtenden Lehrling aus Kreuztal sollte es allerdings noch etwas dauern, bis er sich als aktiv Handelnder direkt mit diesen Problemen konfrontiert sah.

So muss man sein!

Der langaufgeschossene junge Mann erwarb sich bald die Gunst seiner Vorgesetzten. Schwierigkeiten in der Ausbildung hatte er nicht zu überwinden, und die Gefahr, sich auf die für seinen Aufstieg falsche Seite zu stellen, gab es für ihn nicht. Er sah es als richtig und zwangsläufig an, dass die Unternehmer so viel wie möglich aus ihren Arbeitern herausholten und den Arbeitstag lang, den Lohn aber kurz hielten. Arbeiter, die gegen die Ausbeutung «aufmuckten», waren für ihn «Rote», denen es ganz recht geschah, wenn die Polizei gegen sie vorging. Mit Befriedigung registrierte er, dass den Unternehmern im Siegerland weitgehend das zu erhalten gelang, was er als gottgewollte Ordnung empfand. Der ohnehin recht gefühlsarme Holzhändlersohn spürte weder Lust noch Interesse, sich mit den Problemen der Mehrzahl seiner Landsleute näher zu beschäftigen. Sein Lebensziel stand deutlich vor ihm – eines Tages möglichst viele von ihnen für sich arbeiten zu lassen. Der junge Flick entwickelte sich bereits früh zu einer harten, verschlossenen und selbstsicheren Persönlichkeit, die den Gebrauch der Ellbogen nicht scheute. Mit grösseren inneren Konflikten musste er, soweit das bekannt ist, nicht fertig werden. Es ist gut denkbar, dass sich seine Selbstanalyse, wie die des Diederich Hessling in Heinrich Manns «Der Untertan», darin erschöpfte, festzustellen: «So muss man sein!»

Seine politischen Ideale fand Flick in Preussens «Grossem» Friedrich und im «Eisernen Kanzler» Otto von Bismarck, dessen von Lenbach gemaltes Bild auch noch in bundesrepublikanischer Zeit über seinem Schreibtisch hing. Ansonsten waren die Interessen des künftigen Unternehmers nicht gerade sehr vielfältig. Jede intensivere Beschäftigung mit nebenberuflichen Dingen wurde von ihm als Zersplitterung verpönt. Der Roman «Die Buddenbrocks» des Lübecker Kaufmannssohnes Thomas Mann, der kurz nach der Jahrhundertwende veröffentlicht wurde und einiges Aufsehen erregte, liess ihn kalt. Was hatte ihm auch das Schicksal einer bürgerlichen Familie zu geben, die sich der neuen Zeit nicht anpassen konnte, ihm, der im Begriff war,

diese neue, grossindustrielle Zeit zu erobern? Da Friedrich Flick bereits während seiner Lehre begierig alle Wirtschaftsnachrichten las, dürften ihn die Meldungen, dass die Roheisenproduktion in Deutschland 1902 im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen Tonnen gesunken war und dass Krupp sein Impe-



Flick als Soldat

rium mit dem Kauf der renommierten Germaniawerft erweitert hatte, bedeutend mehr beschäftigt haben.

Nach Beendigung der Lehre begann Flicks Militärdienst. Er nutzte die Privilegien seiner Ausbildung und Vaters Geld und meldete sich als Einjährig-Freiwilliger. Voraussetzung dafür waren eine gehobene Schulausbildung und die Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung auf eigene Kosten. Der Einjährig-Freiwillige musste nur ein Jahr statt der üblichen drei Jahre dienen und konnte sich zudem noch den Truppenteil auswählen. Flick entschied sich für ein Infanterieregiment in Kassel. Kassel erschien ihm vor allem deshalb günstig, weil dort ein Bruder seiner Mutter eine Gastwirtschaft betrieb, und er hoffte, sich mit dessen Unterstützung möglichst billig zu verpflegen. Wie Flick senior, so war auch Jung Friedrich im Geldausgeben ein Knicker. Das machte ihn bei seinen Kameraden verständlicherweise nicht gerade beliebt. Da er zudem wenig kontaktfreudig war, galt er bald als bornierter Spielverderber. Vielleicht war das auch der

Grund, dass dem Infanteristen Flick eines Tages die selbstgekaufte Ausgehose im Kleiderspind fehlte. Ein Ereignis, das Flick damals nur schwer verwirren konnte und an das er sich noch in späterer Zeit gramvoll erinnerte.

Beim Drill auf dem Kasernenhof überdachte Flick seine weitere Laufbahn. Obwohl er das Angebot der Bremer Hütte hatte, als Buchhalter nach Weidenau zurückzukommen, überlegte er es sich anders. Als er nach Beendigung seiner Militärzeit von Gastwirt-Onkel Kaietsch, dessen Sohn Konrad einmal sein Vertrauter und seine rechte Hand bei vielen Geschäften werden sollte, Abschied genommen hatte, trug er sich als Student an der kurz vorher gegründeten Kölner Handelshochschule ein. Die Devise beherzigend, dass der Handel die Mutter des Reichtums ist, wollte Flick zum Diplomkaufmann avancieren. Seine spätere Haupttätigkeit sollte denn auch der Handel werden – der mit Aktienpaketen. «Und dieses Metier», so der westdeutsche Publizist Günther Ogger, «beherrschte er von Anfang an besser als jeder andere.»

Lernen, wie man Geschäfte macht

Wenn Oggers Auffassung auch übertrieben erscheint, richtig ist jedenfalls, dass Flick, als er mit seinen ersten Aktienkäufen begann, bereits alles wusste, was für einen angehenden Kapitalisten notwendig war. Er hatte sich besonders für die Möglichkeit interessiert, anlagesuchendes Kapital zu mobilisieren, nicht zuletzt im Hinblick auf die Siegerländer Hüttenwerke, deren Kapitalgrundlagen ihm zu gering erschienen und deren Lage seiner Meinung nach nur durch wesentliche Kapitalerhöhungen mittels zusätzlicher Aktienausgabe zu verbessern war.

Flick besass auch schon ein profundes Wissen über das Aktienrecht beziehungsweise verblüffende Detailkenntnisse darüber, was man mit Aktien erreichen konnte. Sie waren für ihn nicht schlechthin Anteilscheine am Grundkapital einer Aktiengesellschaft, auf denen in meist grossen Ziffern ihr sogenannter Nenn- oder Nominalwert stand und deren Besitz ein arbeitsfreies Einkommen durch die Dividende, das heisst durch einen Anteil am jährlichen Reingewinn der Gesellschaft, ermöglichte. Flick sah sie auch bereits als Schlüssel zur Erlangung wirtschaftlicher Macht an, die dann den wirklichen Superprofit brachte. Jedoch nicht Aktienbesitz an sich bedeutete Macht, so hatte er schnell erkannt, sondern erst wer 20 Prozent, wenn möglich 50 Prozent oder sogar 75 Prozent der Aktien besass, hatte das Sagen, konnte seinen Geschäftspartnern den eigenen Willen aufzwingen. Flick jagte von Anfang an diesen für jeden professionellen Aktiensammler magischen Zahlen 20 –50 –75 nach. Jene Prozentanteile am Grundkapital einer Aktiengesellschaft entsprachen in der Regel auch dem Stimmenanteil in der Generalversammlung der Aktionäre, dem Beschlussorgan über die Geschäftspolitik des Unternehmens. Wer über mehr als

75 Prozent des Aktienkapitals verfügte, besass die sogenannte qualifizierte Mehrheit, mit der nach dem geltenden Aktienrecht Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen, Änderungen des Gesellschaftsvertrages, zum Beispiel Umwandlungen in eine G.m.b.H.¹, Personal-² oder Kommanditgesellschaft³, vorgenommen werden



Aktie über Einhundert Reichsmark

konnten, die einschneidende Veränderungen der Rechte der Minderheitsaktionäre bewirkten. Die qualifizierte Mehrheit sicherte somit praktisch die absolute Kommandogewalt über ein Unternehmen.

Die Majorität von über 50 Prozent garantierte allerdings ebenfalls schon einen erfreulichen Einfluss. Sie reichte aus, um den Aufsichtsrat zu wählen, der wiederum den Vorstand als unmittelbare Leitung des Unternehmens zu berufen hatte, und sie ermöglichte die Billigung der Jahresbilanz und die Dividendenfestsetzung. Ein Aktienpaket von 20 Prozent erlaubte ein nicht zu unterschätzendes Mitspracherecht, da mit einem solchen

Anteil den Mehrheitsaktionären das Leben sauer gemacht werden konnte. Man war damit in der Lage, jederzeit die Einberufung der Generalversammlung zu verlangen und ungerechtfertigte Abschreibungen und Rücklagen anzufechten. Die Möglichkeit der Einflussnahme auf Unternehmen mittels grosser Aktienpakete machte solche Pakete besonders wertvoll, und sie erzielten in der Regel bei Verkäufen durch den sogenannten Paketzuschlag einen höheren Preis als den offiziellen Börsenkurs, der stets auf der Grundlage der erteilten Kauf- und Verkaufsanträge errechnet wurde.

Die verwirrend vielfältigen und oft nur schwer zu durchschauenden Regeln der wirtschaftlichen Machtausübung über ein kapitalistisches Unternehmen interessierten Flick von Anfang an am meisten. Seine detaillierten, tiefgründigen Kenntnisse auf diesem Gebiet sollte er später immer wieder virtuos für seine Aktienkäufe, Beteiligungen und Kapitalverschachtelungen⁴ verwerten.

Der Siegerländer Holzhändlersohn führte an der Handelshochschule in Köln seine betriebs- und volkswirtschaftlichen Studien mit stetem Eifer und einem fast untrüglichen Blick dafür, was aus der Fülle des angebotenen Stoffes künftig für ihn wichtig sein konnte. Für einen seiner Lehrer, den bekannten Professor Eugen Schmalenbach, der als «Altmeister der doppelten Buchführung» galt, legte Flick ein Bilanzarchiv bedeutender Firmen an. Diese Arbeit nutzte der vorausschauende Handelsstudent, um sich von jeder archivierten Akte eine Abschrift anzufertigen. Jene Sammlung bildete den Grundstock für Flicks Privatarchiv, das dann ins uferlose wachsen und aus den unterschiedlichsten Informationsquellen gespeist werden sollte. Flick war schon sehr bald klar, dass sich fast alle Informationen, insbesondere natürlich die vertraulichen, in der Wirtschaft und speziell im Börsengeschäft zu Geld machen liessen. Da war der beiläufige Hinweis eines Ministerialbeamten auf ein geplantes staatliches Projekt genausowenig zu verachten wie die Bemerkung eines leitenden Angestellten über einen zu erwartenden Grossauftrag für seinen Betrieb oder der Wink eines Ingenieurs,

die Entwicklung eines neuen, technisch interessanten Produktes betreffend. Auch der Tip eines Buchhalters, der drohende finanzielle Schwierigkeiten in seinem Unternehmen ankündigte, war ebenso bares Geld wert wie die Information eines Gewerkschaftsführers über kommende Streikkämpfe. Von geradezu entscheidender Bedeutung konnte es sein, wenn man als erster erfuhr, ob es in einem bestimmten Gebiet Afrikas regnete oder nicht, ob es in Ceylon besonders feucht oder trocken war, liess sich dieses Wissen doch vorzüglich bei Spekulationen mit Bananen, Kakao, Kaffee und Tee nutzen.

Viele der späteren Finanztransaktionen und Entscheidungen Flicks stützten sich auf sein Archiv, das natürlich alles öffentlich zugängliche Material enthielt, seine Bedeutung aber vor allem zunehmend durch «geheime» Dossiers bekam, die so brisant waren, dass sie manchen Industriegewaltigen zum Zittern brachten. Neben diesem Hobby entwickelte Flick in Köln eine Vorliebe für eine besondere Art von Literatur – die Geschäftsberichte. Für ihn war das Studium der Analysen nicht schlechtweg Informationsverlangen oder etwa gar leidige Pflichterfüllung. Solche Berichte zu lesen war ihm vielmehr Bedürfnis und Erbauung; denn sie hatten für ihn ungefähr den gleichen Spannungseffekt wie für andere Leute reisserische Krimis. Den Inhalt jener Berichte vergass Flick, der ein phänomenales Faktengedächtnis besass, oft jahrzehntelang nicht. Seine Lieblingslektüre ermöglichte es ihm später, Mitarbeiter sogar mit detaillierten Angaben über Konzerne und Firmen zu überraschen, die durchaus nicht zum engeren Interessenbereich Flicks gehörten.

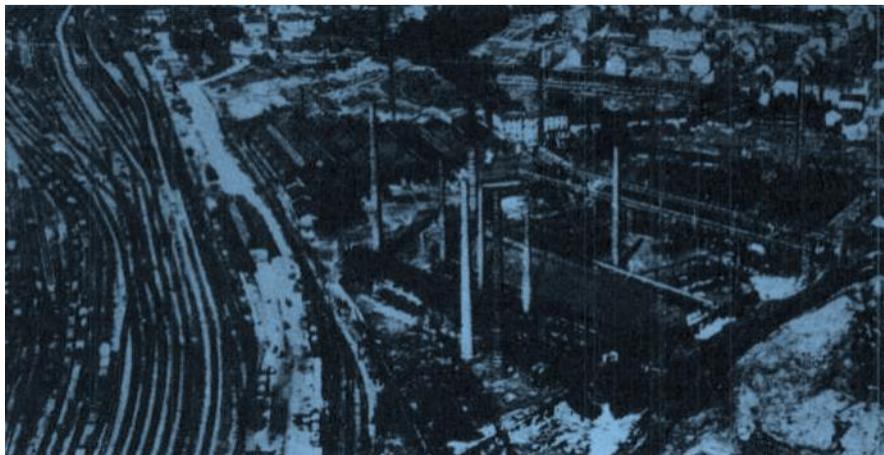
Flicks auf Erwerb eingestellte Phantasie erregte besonders das Spidl an der Börse, dem Umschlagplatz für Aktien. Hier konnten abenteuerlich schnell Riesenvermögen gewonnen, aber auch verloren werden. Obwohl die Börse für die Erfüllung seiner stillen Hoffnungen auf immensen Reichtum der ideale Ort zu sein schien, war dem Sohn eines provinziellen Gewerbetreibenden dieser Moloch bei aller Anziehungskraft doch nicht ganz geheuer. Und so nahm er sich für die Zukunft fest vor, bei

eigenem Einsatz an diesem Roulette des Kapitals niemals leichtsinnig aufs Glück zu setzen. Vielmehr wollte er durch kühle, systematische Untersuchung des Mechanismus, der das Hoch und Tief der Börsenkurse bewirkte, hinter die Geheimnisse der oft fabelhaften Börsengewinne kommen. Wissbegierig und ausdauernd analysierte er also jede nur irgendwie auftreibbare Nachricht über das in- und ausländische Börsengeschehen.

Nach vier Semestern schloss Flick seine Studien mit einer Diplomarbeit über den «Stahlwerksverband» ab. Die Weichen für seine Karriere waren schon vor dem bestandenen Examen gestellt, er hatte das Angebot für den Posten des Prokuristen an der Bremer Hütte bereits in der Tasche. Ogger schreibt zu diesem Sprung auf den Posten eines Geschäftsbevollmächtigten: «Den für einen vierundzwanzigjährigen Hochschulabsolventen normalerweise unerreichbaren Prokuristenposten verdankte Flick neben seiner Cleverness zwei glücklichen Umständen: Einmal hatte sein Vater einige Geschäftsanteile an der Bremer Hütte erworben, andererseits war der Chef der Buchhaltung in Weidenau unerwartet bettlägerig geworden. So durfte nun der ehemalige Lehrling, zu dessen Pflichten es mit gehört hatte, Bilanzen zu vervielfältigen, die nächste Jahresbilanz selbständig auf stellen.»

Herr Direktor Flick

Flick blieb fünf Jahre bei der Bremer Hütte, und wie in Köln vernachlässigte er auch hier seine eigenen Interessen nicht. Er baute sein Bilanzarchiv aus und las weiter intensiv Geschäftsberichte, jetzt vor allem die der Siegerländer Eisenwerke. Aber dabei beliest er es nicht. Der junge Senkrechtstarter, obwohl von Natur aus wenig gesellig, trat als Mann von Welt auf. Man traf ihn immer häufiger am Stammtisch der örtlichen Honoratioren oder auf den Bällen und Redouten der Hautevolee seiner Heimatprovinz. Er zeigte bei dieser Gelegenheit den Besitzern der Siegerländer Eisenwerke unüberhörbar Sympathie und Solidarität, gab sich sachverständig und kämpferisch, bereit, ihre Interessen auf Gedeih und Verderb zu vertreten. Man wurde auf



Den ersten Direktorposten erhielt Flick bei der Menden & Schwerte AG

den brauchbaren jungen Mann mehr und mehr aufmerksam, und lukrative Angebote blieben nicht aus. Nach fünf Jahren griff er zu und machte auf der Erfolgsleiter einen tüchtigen Satz nach oben. Der Neunundzwanzigjährige konnte sich bei seiner neuen Firma, der Menden & Schwerte AG, wo er am 1. Mai 1913 begann, mit «Herr Direktor» anreden lassen; denn jenen Titel erhielt er bei seiner Berufung in den Vorstand des renommierten Eisenwerkes, das immerhin 2'000 Menschen beschäftigte. Trotz erheblicher eigener Anstrengungen des Jungmannes, so meint Ogger jedoch, geht man nicht fehl in der Annahme, «dass auch dieser Karrieresprung seines hoffnungsvollen Filius von Vater Flick tatkräftig unterstützt wurde».

Ob Flick seinerzeit bereits ahnte oder anstrebte, der mächtigste Eisen- und Stahlproduzent Deutschlands zu werden, ist nicht bekannt, aber doch zweifelhaft. Sein damaliges Ziel war wohl eher die Eroberung des Siegerlandes. Und die demagogische Zauberformel dafür hiess: Kampf den Ruhrkonzernen. Geschickt nutzte er den scharfen Konkurrenzkampf der Siegerländer Industrie mit den Ruhrmonopolen für seine Karriere aus. Er agitierte, konspirierte und lamentierte gegen die übermäch-

tigen Industriemagnaten von der Ruhr. Zusammenschluss, Kapitalzusammenballung, Expansion und Unabhängigkeit für die Siegerländer Eisenwerke, das waren die Parolen, die der junge Flick auf seine Fahne geschrieben hatte.

Standesgemässe Heirat

Doch mit Schlagworten allein, das wusste Flick genau, war es nicht getan. Vordringlichste Aufgabe bei seinem Weg nach oben war jetzt die Vergrösserung der eigenen Kapitalbasis. Er erreichte dies durch eine «standesgemässe» Heirat mit Marie Schuss, der Tochter eines Siegener Textilkaufmanns und Stadtrats. Neben sonstigem Vermögen erhöhte die Heirat Flicks Barschaft um 30'000 Goldmark. Aber darauf ruhte er sich nicht aus. Der junge Ehemann war viel unterwegs, um Eisen zu verkaufen und die Ertragslage seines Betriebes zu verbessern. Später rühmte er sich: «Ich habe Eisen und Stahl auf der Landstrasse verkauft. Zwischen Königsberg und München gab es zu meiner Zeit keinen Eisenverbraucher, dem ich nicht schon einmal etwas verkauft hatte.» Die Reiserei war jedoch recht mühsam, der Aufwand stand in keinem Verhältnis zum geschäftlichen Erfolg. Damals war der immer noch ziemlich kleine Brötchen backende agile junge Direktor sicherlich wirklich zornig auf die Schlotbarone der Ruhr, die es so viel einfacher hatten. Sie brauchten nicht jedem Auftrag hinterherzujagen, da vor allem sie es waren, die aus der anschwellenden Rüstungskonjunktur des deutschen Kaiserreiches vergleichsweise mühe-los Riesenprofite zogen. Doch wie sich später herausstellte, machte dieser Zorn Flick nicht blind, hinderte ihn nicht, sich zu arrangieren. Seine eigenen Interessen liessen ihn sehr schnell den von ihm planmässig geschürten Siegerländer Lokalpatriotismus der Bergwerks- und Hüttenbesitzer vergessen.

Die honorige Heirat mit der Siegener Kaufmannstochter hatte zweifellos Flicks soziales Ansehen in den Reihen der Siegerländer Bourgeoisie erhöht. Ähnlich wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo die beneideten grossen Vettern der Stahl- und Eisenwerke eine ungeheuer exklusive Familienpolitik

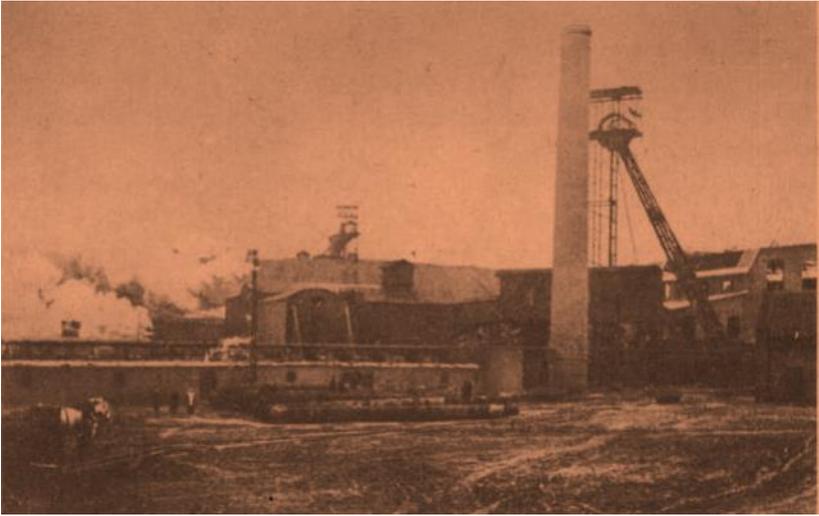
betrieben, waren auch die Siegerländer Herren bestrebt, «eine nach unten dicht abgeschlossene Klasse von Kaufleuten, Fabrikanten, Bankiers, Juristen und hohen Beamten» zu bilden, wie es einmal der bekannte westdeutsche Publizist Kurt Pritzkolet formuliert.

Anders aber als bei den Krupp, Stumm und Schröder, bei denen bereits die Verschmelzung mit dem Adel begonnen hatte, blieb das Siegener Bürgertum noch fast ausschliesslich unter sich. Von bürgerlich-liberaler Gesinnung war jedoch kaum etwas zu spüren. Man übte zwar Kritik, schimpfte über die grossen Konzerne, klagte über die Kohlenpreise, aber es war keinerlei Kritik grundsätzlicher Art, da man sich durchaus wohl fühlte im Wilhelminischen Kaiserreich. Opponieren tat man vor allem gegen die wirkliche und vermeintliche Benachteiligung, die Zurücksetzung gegenüber den Grossen des Ruhrgebietes.

Stinnes, Krupp und andere

Flick, der diese Stimmungen geschickt aufnahm und sie artikulierte, galt bald als «scharfer Hund». Und dies nicht nur wegen seiner scharfmacherischen Haltung im Konflikt Siegerland–Ruhrgebiet, sondern vor allem auch, weil er, wie alle Unternehmer der Schwerindustrie, prononciert den Standpunkt des «Herrn im Hause» vertrat. Der Holzhändlersohn entwickelte sich mehr und mehr zu einem Unternehmertyp, der offen eine harte Linie bevorzugte. Wahrscheinlich repräsentierte Stinnes diese jüngere Generation von Kapitalisten am deutlichsten. Über den expansiven und machtbewussten Unternehmer schrieb der bürgerliche Journalist Richard Lewinsohn (Morus) während der Weimarer Republik: «Hugo Stinnes gilt als einer der unsozialsten Arbeitgeber, und die Klagen über unzureichende Löhne und besonders schlechte Arbeitsbedingungen hören in den Stinnesschen Betrieben nicht auf ; auch ist wohl kein Zufall, dass auf einer seiner Zechen über einen an sich bedeutungslosen Vorfall im Januar 1905 der grosse Bergarbeiterstreik ausbricht.»

Tatsächlich hatte Stinnes mit einem im Dezember 1904 auf



Stinnes-Zeche Bruchstrasse. Hier begann der grosse Bergarbeiterstreik im Jahre 1905

Bergarbeiter vor dem Streikbüro



seiner Zeche Bruchstrasse in Langendreer ausgehängten Anschlag, in dem er selbstherrlich eine Verlängerung der Arbeitszeit angeordnet hatte, den Streik ausgelöst. Bei den betroffenen Bergarbeitern, die bis an den Rand der physischen Erschöpfung ausgebeutet, durch willkürlich festgesetzte Akkordlohnsätze auf niedrigstem Existenzniveau gehalten und von der Zechenleitung äusserst entwürdigend behandelt wurden, brachte die neue Schikane das Fass zum Überlaufen. Sie begannen spontan einen zweitägigen Streik. Die Bergarbeiter konnten sich auf das gültige Berggesetz stützen, das vor einer Änderung der Arbeitsordnung die Anhörung der grossjährigen Arbeiter der Belegschaft vorschrieb. Ein Verhandlungsangebot durch die Streikkommission schlug Stinnes brüsk aus, und selbst als das Oberbergamt ihn veranlasste, die ungesetzliche Anordnung zurückzuziehen, versuchte er sein Ziel auf einem scheinbar legalen Umweg dennoch durchzusetzen. Am 24. Dezember 1904 liess er, gewissermassen als Weihnachtsgabe, auf der Zeche eine neue Bekanntmachung anbringen. Darin hiess es: «Wir geben hiermit den in unserem Betriebe beschäftigten grossjährigen Arbeitern Gelegenheit, sich über den Inhalt der geplanten Anordnungen zu äussern, und fordern diejenigen, die hiervon Gebrauch machen wollen, auf, sich schriftlich bei dem unterzeichneten Vorstände oder dem Betriebsführer in den Stunden bis nachmittags 4 Uhr zu melden, oder dies mündlich zu Protokoll zu erklären, und zwar spätestens bis zum 28. Dezember 1904... Wir wollen die Anordnung deshalb erst mit dem 1. Februar n. J. eintreten lassen, damit diejenigen Arbeiter, welche diese auf den meisten Zechen mit grösserer Belegschaft längst in Gebrauch befindliche Regelung nicht aufnehmen wollen, reichlich Zeit haben, sich nach einer anderen Arbeitsgelegenheit umzusehen.»

Mit der Aufforderung an die Arbeiter, ihre Ansicht statt in einer Betriebsversammlung einzeln beim Betriebsführer zu Protokoll zu geben, kam Stinnes zwar formal dem Berggesetz nach, praktisch war es jedoch eine Aufforderung, sich selbst ans Messer zu liefern. Sein Herr-im-Hause-Standpunkt gestattete es ihm offensichtlich nicht einmal, wenigstens Verhandlungen in

Aussicht zu stellen. Wer sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit aussprach, sollte an die Luft gesetzt werden. Absehbares Ergebnis dieser neuen Provokation war eine noch grössere Empörung bei den Bergarbeitern, die jetzt nicht nur die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung, sondern auch Lohnerhöhungen, die Anerkennung eines Arbeiterausschusses und eine humanere Behandlung forderten. Als am 7. Januar 1905 der Betriebsführer einer Belegschaftskommission gegenüber die Annahme der Forderungen verweigerte, begann der Streik sich über das gesamte Ruhrgebiet auszudehnen. Obwohl die Gewerkschaftsbürokratie sich dagegenstemmte, war die Ausdehnung des Ausstandes nicht mehr aufzuhalten. «Die Deutsche Arbeitgeberzeitung» schrieb am 15. Januar in einer Überschrift mit Blick auf die Gewerkschaftsführung: «Die Bremse beginnt zu versagen.» Zwei Tage später verweigerten nach Ausrufung des offiziellen Streiks bereits über 217'000 Bergarbeiter die Arbeit. Der Streik entwickelte sich nun zum bis dahin grössten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Trotz der Drohungen, den Arbeitsplatz und die Werkwohnungen zu verlieren, und der massiven Versuche der Unternehmer, Streikbrecher einzusetzen, hielt die Front der Streikenden mit bewundernswerter Entschlossenheit stand.

Die Justiz stellte sich natürlich auf die Seite der Zechenherren. Schon Streikordnerdienste oder die Aufforderung, sich nicht als Streikbrecher missbrauchen zu lassen, wurden mit Geld- oder Gefängnisstrafen geahndet. So konnte ein Streikender mit bis zu drei Monaten Haft bestraft werden, wenn er zu einem Streikbrecher sagte: «Du hast zum letztenmal mit meiner Tochter getanz't.» Für die Worte «Streikbrecher» und «Speichellecker» erhielt ein Bergarbeiter tatsächlich zwei Monate Gefängnis. Herabsetzenden Äusserungen von Seiten der Ruhrmagnaten und ihren Presseorganen wurde jedoch nicht nachgegangen.

Stinnes selbst blieb trotz der unerwarteten Auswirkungen seines Vorgehens unverändert bei seinen alten Methoden. Am 10. Januar schickte er ein Telegramm an die Verwaltung seiner Gesellschaft, in dem es unter anderem hiess: «Vorbereitet Listen

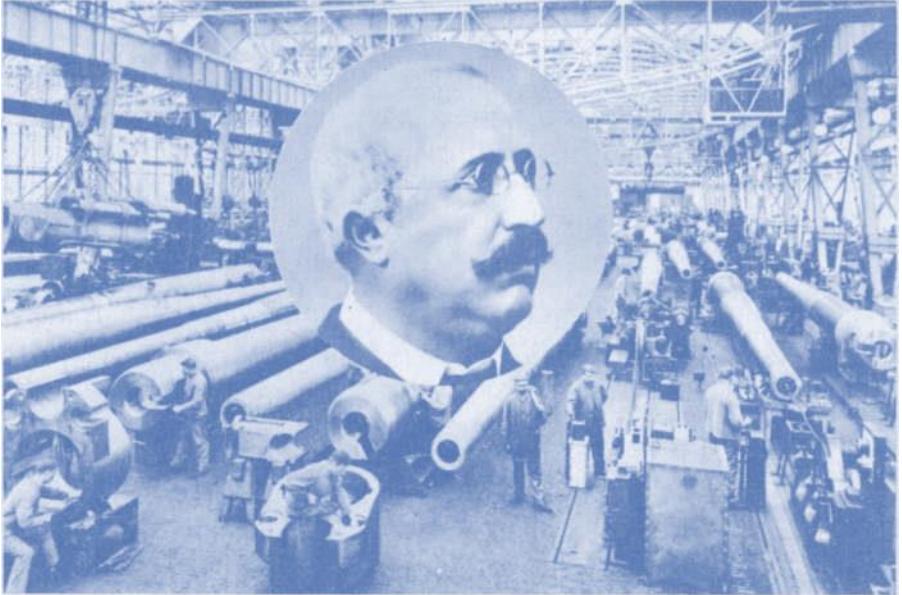
über ausständige Belegschaftsmitglieder, die gemäss Paragraph 3 entlassen und Paragraph 6 mit sechs Schichten bestraft werden.»

Gegenüber dem Bergamt bezeichnete Flick die streikenden Bergarbeiter der Zeche Bruchstrasse sogar als «ehemalige» Belegschaft, so zum Ausdruck bringend, dass er die Streikenden bereits als entlassen betrachtete.

Als die reformistische Gewerkschaftsbürokratie am 9. Februar auf einige unverbindliche Zugeständnisse der Preussischen Regierung zur Veränderung des Berggesetzes hin den Streik für beendet erklärte, musste Stinnes grollend von allzu groben Repressalien gegenüber den Bergarbeitern absehen. Seiner Meinung nach hatte die Regierung viel zu schlapp auf die Arbeitsniederlegung reagiert.

Im Prinzip nicht anders denkend und handelnd als Stinnes und Flick, verkörperte der letzte männliche Krupp-Erbe Friedrich Alfred jedoch einen anderen Schlag von Monopolherren. Über ein arriviertes und festgefügtes Imperium verfügend, lebte er das Leben eines Grandseigneurs, der sich vor allem dem Genuss seines Reichtums verschrieben hatte.

Zwar entwickelte der Krupp-Konzern auch unter ihm grossen Expansivdrang, der Herr der Villa Hügel überliess jedoch schon vieles seinen Konzerndirektoren. Die produktionstechnischen Details seiner Werke interessierten ihn nicht mehr allzusehr, lediglich die ausgezeichneten Beziehungen zum kaiserlichen Haus pflegte er noch persönlich. Sein Arbeitsprogramm war dementsprechend, ausserdem unterbrach er es häufig durch ausgedehnte Urlaubsreisen. Nicht seinem Arbeitsprogramm, sondern seinen ausschweifenden Urlaubsfreuden sollte der Kanonenkönig dann auch zum Opfer fallen. Als durch Indiskretionen bekannt wurde, dass Krupp sich auf Capri mit schönen Jünglingen umgab, um seinen von der Gesellschaft verpönten Neigungen nachzugehen, entwickelte sich daraus ein handfester Skandal. Krupps überraschender Tod, vieles sprach für Selbstmord, liess alle, die am Vertuschen des Skandals interessiert waren, nicht zuletzt den kaiserlichen Gönner Wilhelm II., aufatmen.



Arbeit für den Kanonenkönig Krupp

Nun, Männer wie Flick und Stinnes richteten ihr Begehren vor allem auf Kapital- und Machtgewinn – das war ihre Leidenschaft. Doch als Aussenseiter hatten sie es nicht eben leicht, selbst Stinnes nicht, wenn er es auch schon erheblich weiter gebracht hatte als Flick und seine ererbten Millionen vervielfachen konnte. Die Eisen- und Stahlindustrie wurde von Männern wie Krupp, August Thyssen, Fürst Henckel von Donnersmarck, «König» Stumm und Emil Kirdorf beherrscht, die eifersüchtig darüber wachten, dass niemand sie von ihren Positionen verdrängte.

Der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren von 1909 bis 1913, vor allem das sich ständig auf blühende Rüstungsprogramm machte die Grossen noch grösser und mächtiger. Die sich seit der Jahrhundertwende rasch entwickelnde Monopolisierung der Schwerindustrie hatte bis 1913 dazu geführt, dass

allein die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Phoenix, Krupp, Thyssen und Vereinigte Bürbach im 1904 gegründeten Stahlwerksverband rund 45 Prozent der schweren Stahlwerksproduktion erzeugten. Zwischen 1909 und 1913 stieg die Produktion von Eisen, Stahl und Koks um das Zweieinhalbfache. Parallel zur ökonomischen Stärke wuchs der politische Einfluss der führenden Konzernherren, den sie zunehmend für ihre Rivalitätskämpfe nutzten. So waren Krupp und Stumm lange Zeit erbitterte Gegner im Rüstungsgeschäft, der alte Stumm hasste Krupp geradezu für seinen Einfluss beim Kaiser, obwohl er selbst engen Kontakt zum Herrscherhaus hielt. Beide Rüstungskönige befanden sich in einem ständigen Wettlauf: Krupp schuf die gewaltigsten Kanonen, Stumm die dicksten Panzerplatten. Schlagen die von Krupp-Kanonen abgefeuerten Geschosse Stumms Panzerplatten durch, liess Stumm neue, stärkere Platten entwickeln. Darauf reagierte Krupp mit noch wirkungsvolleren Kanonen. Und so ging es weiter – ein schier unendlicher Kreislauf, der insbesondere Stumms cholerasches Temperament entzündete. Dieses Temperament, verbunden mit seinem geradezu alttestamentarischen Zorn auf alle «Roten», brachte ihn tatsächlich dazu, persönlich die Mülltonnen seiner Arbeiter nach sozialdemokratischen Zeitungen zu durchsuchen.

«König» Stumm, der Mitglied des Reichstages war, wurde durch sein Auftreten zum Symbol einer extrem-reaktionären Politik. In Anspielung auf die scharfmacherischen Reden Wilhelms II. kam bald das bissige Wort auf: «Es wäre ein Unglück, wenn Stumm Kaiser, aber ein Glück, wenn der Kaiser stumm würde.»

Der Platz an der Sonne

Untereinander oft spinnefeind, standen die Herren von Kohle und Eisen jedoch geschlossen hinter der Politik des Kampfes um den «Platz an der Sonne». Sie liessen ihre Presse bei jeder sich bietenden Gelegenheit in nationalistischer Hochstimmung schwelgen. So auch, als der Kaiser durch die Entsendung des

Kanonenbootes «Panther» in den südmarokkanischen Hafen Agadir 1911 Frankreich und die mit ihm verbundenen Mächte besonders töricht provozierte. Als Sprachrohr der Schwerindustrie erklärte die «Rheinisch-Westfälische Zeitung»: «Vor Agadir liegt nun ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung mit uns über die Aufteilung Marokkos steht den Franzosen frei; wollen sie nicht, dann mag der ‚Panther‘ die Wirkung der Emser Depesche haben.» Mit der Emser Depesche hatte Bismarck bekanntlich seinerzeit Napoleon III. zur Kriegserklärung an Preussen provoziert. Dieser Vergleich der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» zeigte, dass die Schwerindustrie zu jedem Kriegsabenteuer bereit war. Wenn man auch allein schon durch das Anheizen der Spannungen ausgezeichnet verdiente, so versprach ein Krieg natürlich noch ganz andere Profite.

Die Krupp, Thyssen, Stumm und Kirdorf wussten sich deshalb prinzipiell einig mit ihrem schneidigen Kaiser. Der alte Kirdorf vergass Wilhelm II. zwar nie, dass er Bismarck entlassen hatte, bei der Schaffung neuer Kapitalanlage- und Einflusssphären bis hin zur territorialen Expansion war er dennoch dabei. Alles, was diese Politik stören oder gar gefährden konnte, musste nach Meinung dieses knorrigen Ruhrbarons rigoros beseitigt werden. Es dürfte dem Schöpfer des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikats, der, nach Felix Pinner, den Umsturz «an jeder Strassenecke lauern sah», wie Engelsmusik geklungen haben, als der Kaiser 1900 beim Berliner Strassenbahnerstreik das Generalkommando des Gardekörps anwies: «Ich erwarte, dass beim Einschreiten der Truppen mindestens fünfhundert Leute zur Strecke gebracht werden.»

Obwohl sich angesichts des rapiden Wachstums der Sozialdemokratie, die 1912 jede dritte Wahlstimme erhielt, so manche extrem arbeiterfeindliche Forderung selbst der prominentesten Industriellen nicht verwirklichen liess, wussten die Grossen von Kohle und Eisen durchaus, dass der Hausherr des Berliner Schlosses ihr Mann war und alles nur erdenklich Mögliche für sie tat.

Von der scharfen Gangart der etablierten Spitzenmonopoli-

sten sollten letztlich auch die Unternehmer der jüngeren Generation wie Wolff, Klöckner, Herzfeld, Flick und andere profitieren. Männer, die vielleicht nie über das Mittelmass hinausgekommen wären ohne die Katastrophen, die das deutsche Volk trafen und die sie reich machten. Vor Ausbruch des ersten



Schlotbarone, Karl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, Otto Wolff, Peter Klöckner (v. l. n. r.)

Weltkrieges verfügten sie zwar schon über ganz ansehnlichen Kapitalbesitz, aber im Vergleich zu den Giganten der Schwerindustrie waren sie doch nur kleine Kräuter. Das Spiel an der Börse, dem die meisten später so viel verdanken sollten, lief zu dieser Zeit nicht auf grossen gewinnbringenden Bahnen. Felix Pinner skizzierte die Situation so: «Die Wirtschaft schien bei aller grossen Expansion in ruhige, systematische Bahnen eingelenkt, altes und neues Industrieland unter die Gruppen und Konzerne auf geteilt zu sein, die ihre Wurzeln in der vergangenen Keimperiode gepflanzt und gefestigt hatten. Es gab keine Pioniere mehr, sondern nur noch Organisationen, keine Aufbauer, sondern nur noch Ausbauer.»

Otto Wolff, dessen Stern erst im Krieg und in der Nachkriegszeit richtig aufleuchtete, betrieb damals zusammen mit seinem Kompagnon Ottmar Strauss, der sich später mit politischen

Korruptionsskandalen einen Namen machen sollte, von Köln aus eine Eisenhandelsfirma. Diese Firma, die sich auf Weissblech und Schrotthandel spezialisiert hatte, repräsentierte ein Kapital von etwa 3 Millionen. Das reichte gerade zum Eisenhandel, zu mehr aber nicht. Peter Klöckner kam ebenfalls aus dem Eisenhandel, war aber schon Ende der neunziger Jahre Eisenproduzent geworden. Er versuchte es allerdings erst gar nicht, in die grossen Unternehmen einzudringen, sondern nutzte den steigenden Konzentrationsprozess, um kleine und mittlere Betriebe der Montanbranche aufzukaufen. So verfügte Klöckner denn auch bereits vor dem ersten Weltkrieg über einen ganz ansehnlichen Wirtschaftskomplex. Hugo Herzfeld, heute kaum noch bekannt, gehörte zu jenen, deren Name nach dem Krieg «wie eine Leuchtkugel aus der Dunkelheit» (Pinner) hervorschoß. Er wurde einer der Stars der Börse und verdiente Millionen. Vor dem Krieg schlug er sich als schlichter Börsenmakler durch und vermittelte Geldkredite. Krieg und Nachkriegszeit machten ihn zum einflussreichen Börsenmagus, der, nach Pinner, «alle Gedanken, alle Kurse beherrschte, wenn er einem Markte nahte oder wenn auch nur das Gerücht seines Nahens sich verbreitete». Man hat ihn in eine Reihe mit den ganz Grossen des Börsengeschäftes gestellt und mit dem Börsenkönig der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, Strousberg, und Stinnes verglichen.

Zweifellos wirkte Herzfeld ausserordentlich anregend auf Flick. Zu denen gehörend, die aus dem Studium der Bilanzen und der Betriebssituation ihre Informationen bezogen, um sie zur Grundlage des Börsenspiels zu machen, drängte er sich nicht in die überfüllten Börsensäle, sondern schlug seine Einkaufs- und Verkaufsschlachten von seinem Büro aus. Nicht nur in Börsengeschäften, sondern auch in dem dabei gepflegten persönlichen «Arbeitsstil» gab es Gemeinsamkeit zwischen Herzfeld und Flick. Doch obwohl sie, verglichen mit der Masse des Volkes, bereits reiche Männer waren, ohne Krieg und Inflation wären sie kaum in die Spitzengruppe des deutschen Finanzmagnatentums vorgestossen. Möglicherweise hätte auch der

ehrgeizige Siegerländer seine berufliche Karriere als Direktor eines mittleren Eisenwerkes beendet.

Als Flick später einmal seinen Aufstieg kommentierte, nannte er zwar «härteste Arbeit» als die wichtigste Ursache seines Erfolges, gestand jedoch immerhin ein: «Günstige Umstände und Glück haben sicher viel zu meiner Karriere beigetragen.»

Es ist kaum zu bezweifeln, dass der stets so auf seine Reputation bedachte «seriöse» Kaufmann zu den «günstigen Umständen» auch das vier Jahre andauernde Völkermorden des ersten Weltkrieges zählte.



Verkündung der Mobilmachung am 1. August 1914

Erster Weltkrieg – Der Patriot im Kontor

Die Möglichkeit, aus dem Krieg grosse Gewinne ziehen zu können, hatte für die allermeisten Zeitgenossen einen Haken; war sie doch an gewisse Voraussetzungen geknüpft. Zwei der wichtigsten waren, Kapital zu besitzen und nicht an die Front geschickt zu werden. Alle Namen, die nach dem Krieg neu im Kreise Mächtiger auftauchten, gehörten denn auch Männern, die jene Bedingungen erfüllten. Otto Wolff zum Beispiel vermochte bei der schier unbegrenzten Nachfrage nach Eisen und Stahl millionenfache Gewinne einzustreichen. Sein Kompagnon Ottomar Strauss wurde dienstverpflichtet, ging aber nicht an die Front, sondern ins Reichsmarineamt, wo er seiner Firma durch die Vermittlung von Aufträgen ungleich bessere Dienste leisten konnte als zu Hause. Auch Peter Klöckner nutzte die Gunst der Stunde für sein mittelgrosses Kohle- und Eisenreich. Ohne mehr die Konkurrenz der Giganten fürchten zu müssen, entwickelte er einen unersättlichen Appetit auf neue Werke. Bis in die letzten Kriegswochen trat er öffentlich für die Annexion des französischen Erzbeckens von Briey ein. Klöckner wurde dann durch den so nicht eingeplanten Kriegsausgang noch arg geschröpft, da er seine Besitzungen in Elsass-Lothringen verlor. Die Weimarer Republik sorgte jedoch später dafür, dass er finanzielle Entschädigung erhielt und mit diesen Mitteln rechtzeitig auf neue Eroberungen ausgehen konnte. Hugo Herzfeld brauchte sich über seine Geschäfte ebenfalls nicht zu beklagen. Sein Metier – der Handel mit kurzfristigen Darlehen – ernährte mehr als nur seinen Meister. Der enorme Kapitalbedarf während des Krieges ermöglichte ihm, seine Findigkeit beim Aufspüren immer neuer, vor allem ausländischer Geldquellen voll zu entwickeln. Hugo Stinnes gar, ohnehin nun schon ein ganz Grosser

des Kapitals, flössen reichlich die Früchte aus seinem weitgestreuten Kapitalbesitz zu. Kriegsproduktion auf eigener Eisen- und Kohlenbasis, Binnen- und Überseeschifffahrt, Kohlehandel und vom Staat privilegierte Import- und Exportgeschäfte, das waren die ohne jedes Risiko laufenden Profitbringer.

Wie alle Schwerindustriellen war auch Stinnes ein begeisterter Annexionist, der sich intensiv an der Ausbeutung der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Montanbetriebe beteiligte. Seine Haltung skizzierte Weltbühnen-Mitarbeiter Felix Pinner: «Er mit ein paar andern träumte von Ausweitung des grossen deutschen Industriereichs nach Westen, bis tief ins belgische, lothringische und normannische Industriebecken hinein. Das geschlossene westeuropäische Industrieviertel in einer einzigen Hand, und zwar in deutscher, mit Küsten, die aus dem nassen ‚Dreieck« bis an den Atlantic vorstiessen, mit Briey-Erzen, mit gewaltigen Kartell- und Trustmöglichkeiten wurde zur ‚nationalen Lebensnotwendigkeit« gestempelt und als solche Ludendorff und den andern militärischen Annexionisten suggeriert.»»

Die Verwirklichung dieser und anderer Kriegsziele, wie zum Beispiel die Gewinnung eines grossen Kolonialreiches, die Annexion der belgischen und französischen Kanalküste und weitere Gebiete des Zarenreiches sowie die Erlangung einseitiger zoll- und handelspolitischer Privilegien in Europa, wurden in einer am 20. Mai 1915 überreichten Eingabe der sechs grössten Wirtschaftsverbände an Reichskanzler Bethmann Hollweg offen und unverblümt gefordert. Mit der Realisierung jener Ziele wollte das deutsche Grosskapital, wie Arthur von Gwinner, der mit Bethmann Hollweg befreundete Direktor der Deutschen Bank, es bereits kurz nach Beginn des Krieges ausdrückte, «Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft» etablieren.

Die wichtigsten Kriegsziele, die bereits alle wesentlichen Forderungen der Mächtigen des Kapitals enthielten, waren allerdings schon im September 1914 von Bethmann Hollweg in einem Programm formuliert worden. Das Grosskapital beschäftigte sich jedoch unablässig mit weiteren Kriegszielprogrammen, wovon zahlreiche Denkschriften seiner führenden Vertreter zeugen.

Im November 1914 übergab auch Krupp der Reichsregierung sein Kriegszielprogramm, in dem er jeden Verhandlungsfrieden ablehnte und die Auffassung vertrat, dass «nach den Worten Seiner Majestät des Kaisers und Königs den Feinden der Frieden diktiert werden kann und muss». Schon im darauffolgenden Monat wurden als Abgesandte der mächtigsten Industriellenverbände, des Centralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen, Roetger und Stresemann wegen der Kriegszielfrage bei Bethmann Hollweg vorstellig, wobei man, nach Stresemann, «im Grossen und Ganzen» Übereinstimmung feststellte.

Die schon erwähnte Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände vom 20. Mai 1915 war dagegen bereits Höhepunkt einer Kampagne gegen die Reichsführung, bei der man nach dem Scheitern der Blitzkriegspläne in der Marneschlacht wachsende Bereitschaft zur Herbeiführung eines Verhandlungsfriedens und zur Aufgabe von Teilen des Expansionsprogramms zu erkennen glaubte. Aufgescheucht waren die Verbände, wie sie es selbst begründeten, durch «die in Stadt und Land umlaufenden Gerüchte über die Anbahnung von Friedensverhandlungen». Obwohl die Reichsleitung am 24. April 1915 solche Gerüchte mit dem Hinweis dementierte, dass «kein Urteilsfähiger daran denken kann, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben», fühlten sich die Wirtschaftsverbände, bei denen Männer der Schwerindustrie wie Kirdorf, Krupp, Hugenberg und Stinnes den gewichtigsten Einfluss ausübten, nicht endgültig beruhigt. Die Verschlechterung der Kriegslage ignorierend, setzten sie sich für die Fortführung des Krieges und gegen jeden «billigen» und «faulen» Verhandlungsfrieden ein, der Abstriche an dem Expansionsprogramm bringen musste. Den Traum von der Hegemonialstellung Deutschlands in der Welt wollte man so leicht nicht aufgeben. Hatte doch Krupp am Ende seiner Denkschrift über die Kriegsziele im November 1914 geschrieben: «Werden diese Ziele erreicht, so bestimmt sich der Fortschritt der Menschheit nach deutscher Kultur und Zivilisa-

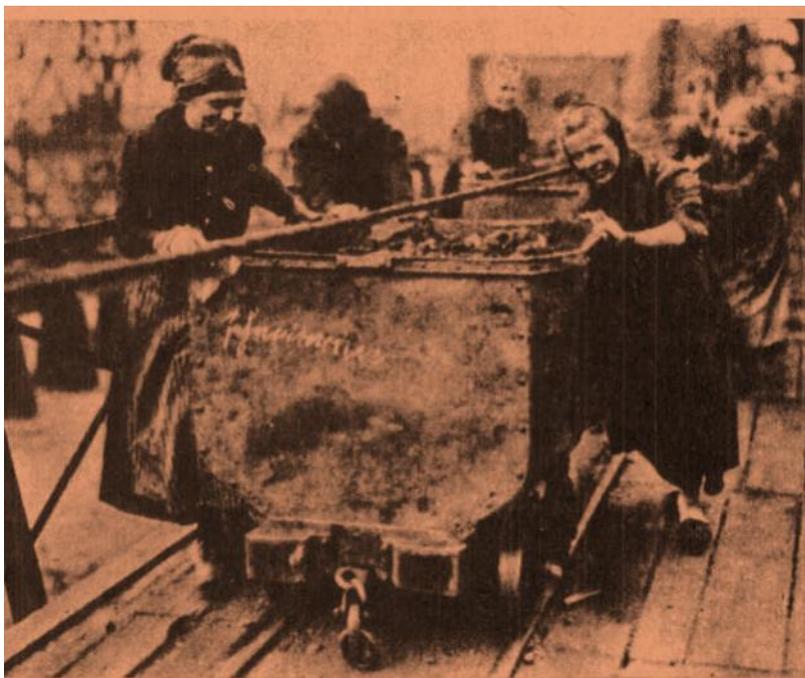
tion; für solches Ziel zu kämpfen und zu siegen ist des Blutes der Edlen wert.»

Vorerst verdienten allerdings die Grossen des Rüstungsgeschäftes, die Eisen- und Stahlkonzerne Krupp und Thyssen, die Elektro- und Chemiekonzerne Siemens, AEG, Hoechst und andere, ohne das Blut ihrer Hauptaktionäre zu vergiessen, bereits so gut am Krieg, dass sie ihn schon aus diesem Grund noch eine Weile fortsetzen wollten. Auch Friedrich Flick hoffte, dass der Krieg andauerte, denn bisher konnte er mit der Entwicklung der Dinge höchst zufrieden sein. Obwohl bei Ausbruch des Krieges erst dreissig Jahre alt, brauchte er sein Leben nicht als Soldat zu riskieren. Der junge Hüttendirektor war für die Mobilisierung der Kriegswirtschaft wichtiger. Sein Organisationstalent und sein rücksichtsloser Leitungsstil prädestinierten ihn geradezu zum erfolgreichen Manager der imperialistischen Rüstungsindustrie. Die Firma Menden & Schwerte schien ihm allerdings jetzt für die Nutzung seines Talents zu klein. So verträdelte er denn auch seine kostbare Zeit nicht mehr lange in dem für seinen Ehrgeiz untauglichen Unternehmen und wechselte schon im April 1915 in den Vorstand der in Niederscheiden gelegenen grösseren Charlottenhütte über. Hier glaubte er bessere Möglichkeiten zu haben, den ihm seiner Meinung nach zukommenden Teil vom Rahm des allgemeinen Kriegsbooms abzuschöpfen. Die Zukunft bewies dann, dass er seinen Wechsel nicht zu bereuen hatte. «Betrachtet man den Stand Ende 1918», bemerkte er später, «so muss man sicher sagen: Eine gute Entwicklung!»

Erstmals Grossaktionär

Das neue Unternehmen war blendend ausgesucht. Da die Charlottenhütte, die zu den mittleren Betrieben der Eisen- und Stahlgewinnung gehörte, keinen ausgesprochenen Grossaktionär besass, das Aktienkapital also relativ weit gestreut war, konnte sich Flick hier durch eigenen Aktienbesitz rasch eine einflussreiche Position aufbauen. Die Wahl der Charlottenhütte beruhte, wie alle seine späteren Unternehmungen, auf genauer Information und gründlichem Kalkül. Etwas eigenes Geld, finanzielle

Hilfe vom Vater und die Mitgift seiner Frau waren das Startkapital. Durch die vereinbarte Gewinnbeteiligung bei seinem Eintritt in den Vorstand der Charlottenhütte vermehrte sich Flicks Kapital schnell. Es wuchs sogar so schnell, dass sich der kaufmännische Direktor Flick schon gegen Ende des Krieges als Grossaktionär der Charlottenhütte offenbaren konnte. Bis dahin hatte er nach ebenso emsigem wie heimlichem Aktienkauf bereits etwa 20 Prozent des Kapitals zusammengebracht. Auf Grund der für ihn günstigen Mehrheitsverhältnisse konnte er sich damit praktisch selbst zum Generaldirektor der Charlottenhütte machen, was er dann auch ohne Verzögerung tat. Später gab Flick auf die Frage, wie er es fertigbekommen habe, in so kurzer Zeit Grossaktionär der Charlottenhütte zu werden, eine bescheiden klingende Antwort: «So ein grosses Kunststück war



Frauenarbeit während des Krieges in der deutschen Montanindustrie

das gar nicht; denn die Charlottenhütte besass nur fünf Millionen Aktienkapital.»

Der erste Weltkrieg, in dem sich zum erstenmal in der Geschichte Millionenheere von fast unvorstellbarer Grösse gegenüberstanden, brachte den Fabrikanten und Geschäftemachern aller kriegführenden Länder schwindelerregende Verdienstmöglichkeiten. Ausser der Hoffnung, durch die Erfüllung ihrer imperialistischen Zielvorstellungen Macht und Profite entscheidend zu vermehren, war ja auch der Krieg selbst für sie ein fabelhaftes Geschäft. Schliesslich mussten die etwa 74 Millionen Männer, die in Feld- und Heimattruppen aufgebracht wurden, mit Waffen, Uniformen, Lebensmitteln und anderem versorgt werden.

Flick hielt sich unter diesen Umständen nicht lange allein mit der Charlottenhütte auf. Bereits im Juni 1916 erwarb er für die Charlottenhütte gegen einen widerstrebenden, die grandiosen Möglichkeiten der Zeit unterschätzenden Aufsichtsrat den Köln-Müsener Bergwerkaktien Verein, ein Hochofenwerk in seinem Heimatort Kreuztal. Natürlich hatte Flick zur Tarnung seines persönlichen Erfolgsstrebens eine Theorie zur Hand, die seine Mitaktionäre täuschen sollte. Die bereits früher von ihm geäusserten Ansichten über die Notwendigkeit der Konzentration und der damit zu erreichenden Unabhängigkeit der Siegerländer Industrie wurden nun verstärkt zum Leitmotiv seiner Tätigkeit und zur Begründung des Expansionsstrebens der Charlottenhütte hochstilisiert. Mit diesen «gemeinnützigen» Ansichten wollte er Widerstände gegen seine Expansionspolitik in den Reihen der Siegerländer Konkurrenten abbauen und Verbündete, auch als Kapitalgeber, gewinnen. «Der Spiegel» schrieb über diese Zeit: «Er hetzte im Siegerland gegen die mächtige Montan-Industrie an der Ruhr, von der die kleinen Siegerländer Eisenwerke mangels eigener Kohlenzechen in einem unerfreulichen Masse abhängig waren. Flick sammelte die Siegerländer Eisenmänner um sich. Er schlug ihnen am Biertisch und in den Büros vor, die Siegerländer Eisenindustrie solle eine geschlossene Gruppe bilden, sich eine eigene Kohlengrundlage schaffen und gegen das Diktat der Ruhrkönige ankämpfen.»

Es war für Flick sehr lukrativ, auf den Siegerländer Lokalpatriotismus der Industriellen zu setzen. In rascher Folge kamen mit Hilfe fremden Kapitals und durch eigene Gewinne der Charlottenhütte neue Betriebe hinzu. Noch 1916 wurde die Gewerkschaft Luise mit reichen Erzlagern in Oberhessen erworben, ein Jahr später zwei Feinblech-Walzwerke in Siegen und Weidenau. Seine «Seelenmassage» und der Druck mit in aller Stille aufgekauften Aktienpaketen förderten den Fusionswillen weiterer Siegerländer Werke, und so konnte Flick auch die Siegener Eisenbahnbedarfs AG, die Siegener Eisenindustrie und die Firma Ax, Schleifbaum & Mattner der Charlottenhütte angliedern. Innerhalb von zwei Jahren verdoppelte er so die Betriebsanlagen und dementsprechend das Stammkapital von 5 auf 9,5 Millionen Mark.

Flick selbst spielte zwar später, wie wir gesehen haben, das Kunststück der Eroberung der Charlottenhütte mit dem Hinweis auf das relativ geringe Stammkapital von 5 Millionen Mark herunter, aber er musste für seinen Anteil doch mindestens 2 Millionen Mark aufbringen, denn die Aktien der Charlottenhütte waren nicht nur zum Nominalwert zu haben. Das war natürlich gerade zur damaligen Zeit ein schönes Stück Geld. Unter Millionären pflegt man zu sagen, dass die erste Million am schwersten zu machen sei. Da der Erwerb dieser ersten Million meistens aber auch besonders unsauber und deshalb wenig geeignet ist, der Öffentlichkeit rühmend mitgeteilt zu werden, hatte Flick allen Grund für seine aufgesetzte Bescheidenheit.

Das dann noch oft erprobte und bewährte Rezept Flicks zur Eroberung eines Unternehmens bestand darin, dass er erst dessen Appetit auf andere Firmen anregte und ihm danach Aktien jener Betriebe anbot. Flick verkaufte jedoch in der Regel diese Aktien nicht, sondern tauschte sie nur mit den Stammaktien des interessierten Unternehmens. Dadurch und mit Zukäufen auf dem Aktienmarkt verschaffte er sich meist das Aktienpaket, das er brauchte, um in das begehrte Unternehmen einzudringen und dort das Sagen zu bekommen. Als kaufmännischer Direktor der

Charlottenhütte gelang es ihm verhältnismässig leicht, dem Niederscheldener Werk Lust auf Erwerb anderer Betriebe zu machen und es dadurch in seine Fänge zu treiben. Den Mangel an Eigenkapital überwand er, indem er sich das Geld von der Charlottenhütte und von Banken pumpte, die an gedeihlichen Geschäftsbeziehungen zur Charlottenhütte und ihrem kaufmännischen Direktor interessiert waren. Was Flick da trieb, war zwar nicht weniger als Missbrauch seiner Dienststellung und Betrug an den Aktionären der Charlottenhütte zum Zweck der eigenen Bereicherung, aber sichtbaren Schaden oder gar gesellschaftliche Ächtung trug ihm das nicht ein. Im Gegenteil. Seine Erfolge und seine Gerissenheit fanden bald genügend Bewunderer.

Das Ding mit dem Schrott

Flick verdiente auch noch auf einer anderen Ebene, die nicht weniger fragwürdig war. Er betrieb, unabhängig von seiner Funktion bei der Charlottenhütte, einen umfangreichen Schrotthandel, der ihm, da Schrott für die Kriegsproduktion äusserst wichtig war, schöne Summen einbrachte. Das um so mehr, als er insbesondere der Charlottenhütte seinen privaten Schrott verkaufte – natürlich mit einem erheblichen Aufschlag. Offensichtlich hatte er seine Mitdirektoren bereits fest in der Hand, denn sie machten ihm keine Schwierigkeiten bei seinen zweifelhaften Geschäften. Flicks Schrotthandel nahm solche Dimensionen an, dass er sogar in den Beirat der Eisenzentrale in Berlin, eines der neu entstandenen staatsmonopolistischen Leitorgane für die Kriegswirtschaft, berufen wurde, das sich vor allem mit der Lenkung von Staatsaufträgen, staatlichen Subventionen, Rohstoffen und Arbeitskräften sowie der Ausnutzung von Eisen- und Stahlwerken in den besetzten Gebieten beschäftigte. Eine solche Stellung schuf zusätzlichen Einfluss, denn diese Organisationen erhielten für ihre Regulierungsmassnahmen zur ökonomischen Sicherung der Kriegführung weitreichende staatliche Kompetenzen. In besonderem Masse profitierten durch jene Zentralen die ökonomisch Starken, die

Monopole, wie sich Flick selbst überzeugen konnte. Sie hatten hier die stärksten Positionen und wussten sie durchaus für ihre Interessen zu nutzen.

Die enorme Entwicklung der Charlottenhütte, die vor allem Flick erhöhten Gewinn brachte, erklärte dieser damit, dass er «die Bedeutung des Schrottes richtig erkannt hatte». «Schrott», so meinte er einmal, sei «bekanntlich kein vornehmer Artikel – wenigstens so lange er von Juden gehandelt wurde –, aber ein sehr wichtiger Artikel.» Flicks Aussage spiegelte nicht nur sein Verhältnis zum Schrott, sondern auch seinen Antisemitismus wider, der ihm in einer späteren Zeit noch grössere Reichtümer als der Schrotthandel einbringen sollte.

Eine der Grundlagen für Flicks Aufstieg waren die engen Beziehungen, die er zum Staatsapparat knüpfte. Ob Kaiserreich, Weimarer Republik, Nazideutschland oder die BRD, stets bemühte er sich erfolgreich darum, seine Interessen eng mit denen des Staates zu verbinden. Im ersten Weltkrieg beschränkten sich diese Bemühungen nicht nur auf die durch den Schrotthandel zustande gekommenen Kontakte zur Eisenzentrale. Ein weiteres Beispiel war sein Manganerzgeschäft. Flick, der über die zur Charlottenhütte gehörenden Manganerzgruben verfügen konnte, lieferte diesen kriegswichtigen Rohstoff an den Staat und erhielt dafür Eisen- und Stahlspäne – ein damals keineswegs allgemein von den Hüttenwerken begehrtes Abfallprodukt. Die etwa 18'000 Tonnen, die er monatlich bekam, liess er durch ein neues Hochofenverfahren erstmals zu Roheisen verarbeiten, was ihm gegenüber anderen Eisenproduzenten gewisse Vorteile brachte. Bereits als kaufmännischer Direktor legte Flick grossen Wert auf eine moderne technische Ausrüstung der Charlottenhütte. Er hatte frühzeitig und für immer erkannt, dass eine zeitgemässe Technik die Produktion und damit die Profite nicht unwesentlich steigerte. Der Chefsingenieur der Charlottenhütte, Petersen, bestärkte ihn offensichtlich nachhaltig, denn Flick sprach ihm, was er sonst nur selten tat, später ein Lob aus: «Herr Petersen war weitsichtig genug, mich zu unterstützen.»

Noch zehn Jahre kriegsbereit

Unter der Leitung des «dynamischen» Direktors Flick entwickelte sich die Charlottenhütte zu einer regelrechten Knochenmühle, in der bis zur physischen Erschöpfung geschuftet wurde. Man kann nicht sagen, dass der «Herr Direktor» selbst wenig tat, aber er wirkte unter anderen Voraussetzungen und Bedingungen als «seine» Arbeiter. Es ging immer um seinen Erfolg, seinen Aufstieg und sein Geld. Alles, was er unternahm, diente diesem Zweck. Anders als seine Arbeiter kannte er auch im berühmten Kohlrübenwinter 1916/17 keine Not.

Der junge Direktor Flick, seine Frau Maria und Söhnchen Otto-Ernst (geboren 1916) waren auf Kohlrüben als Hauptnahrungsmittel oder auf das ebenfalls mit teils rohen, teils gekochten und gequetschten Kohlrüben gestreckte «Brot» nicht angewiesen. Frau Maria konnte es sich leisten, die in den Tageszeitungen abgedruckten Rezepte, die alle möglichen «Speisen» aus Kohlrüben empfahlen und eine Bevorratung durch Trocknen auf Bindfäden oder Einmachen à la Sauerkohl propagierten, achtlos zu überfliegen. Leider waren diese Rezepte für das «einfache» Volk mangels Masse nur von beschränkter Bedeutung, denn pro Person gab es in der Woche lediglich 4 Pfund jener so aktuell gewordenen Feldfrüchte, die durch 3 Pfund Kartoffeln, 1'900 Gramm «gestrecktes» Brot und 250 Gramm Fleisch ergänzt wurden, wobei solche Hungerrationen noch nicht einmal immer zu bekommen waren.

Für Zahlungskräftige gab es jedoch während des ganzen Krieges einen gut funktionierenden Bezugsmarkt, der seine Leistungsfähigkeit auch bei der Lieferung hochwertiger Versorgungsgüter unter Beweis stellte und dessen «schwarze» Seite seine Kundschaft nicht weiter störte.

Kennzeichnend für die laue Haltung der Regierenden gegenüber diesem Markt der Wohlhabenden war der Aufruf des Teltower Landrats von Achenbach im «Berliner Lokal-Anzeiger» vom 3. Januar 1917, der sich gegen den Missbrauch des «Schwarzen Marktes» richtete:

«Niemand wird es verargt werden können, wenn er selbst

erhebliche Kosten aufwendet, um sich von den noch nicht kontingentierten Lebensmitteln Vorräte zu beschaffen. Gewissenlos handeln aber diejenigen, die sich unter Umgehung der erlassenen Vorschriften zu unerhörten Preisen und durch Hintertüren auch von den kontingentierten Lebensmitteln wie Fleisch, Eier, Mehl mehr beschaffen, als sie zu beanspruchen haben ...

Strafandrohungen helfen nicht viel, denn nur die wenigsten Verstöße werden bekannt. Helfen kann nur das Gefühl der Verantwortlichkeit, und an dieses wende ich mich.»

Der «Berliner Lokal-Anzeiger» bezweifelt gleich selbst, dass sich daraufhin etwas an der bisherigen Praxis ändern werde, und äussert, überraschend krass für ihn, dass die «Protzen» und «Kriegslieferanten» wohl weiterhin seelenvergnügt die verlangten Preise zahlen werden.

Keinen Mangel leidend, blieb die Familie Flick auch von Mangelerscheinungen verschont, die sich im Verlaufe des Krieges immer mehr unter breiten Schichten des Volkes bemerkbar machten und sich drastisch in dem rapiden Anwachsen von Magen- und Darmkrankheiten, Typhus, Ruhr, Tuberkulose und einer Verdoppelung der Kindersterblichkeit offenbarten. Schmerzhaft wurde den Arbeitern der Kohle- und Stahlindustrie zunehmend Karl Liebknechts Losung «Der Hauptfeind steht im eigenen Lande» bewusst. Die Vereinigung der Kohlekonzerne, der Zechenverband, sah das natürlich ganz anders:

«Die Schwierigkeiten, die aus der schlechten Ernährungslage, aus dem Charakter einer so bunt zusammengewürfelten, teils widerspenstigen Belegschaft, aus der wachsenden innerpolitischen Spannung entstehen mussten, wirkten sich in einem ständigen, immer stärker werdenden Druck auf Leistungswillen und Leistungsvermögen aus. Die Belegschaftsstärke stieg, die Förderung stieg ebenfalls, aber bei beiden verlief die Steigerung in völlig verschiedener Kurve. Die Förderung pro Kopf sank.»

Aber nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Klein- und Mittelbauern, den Handwerkern und Kleinhändlern, ja sogar den kleinen und mittleren Unternehmern ging es durch den Krieg



Die Bevölkerung hungert – Anstehen nach Freibankfleisch vor dem Berliner Zentralviehhof

schlechter und schlechter. Auf dem Lande mussten die Frauen die Arbeit ihrer eingezogenen Männer übernehmen und unter schwerster physischer und psychischer Belastung die Höfe über Wasser halten. Der Waren- und Rohstoffmangel und das Fehlen von Arbeitskräften führten vielfach zur Schliessung kleiner und mittlerer Betriebe der Konsumgüterindustrie. «Diese Erscheinung war», wie der marxistische Historiker Fritz Klein schreibt, «die ökonomische Wurzel einer in der kleinen und mittleren Bourgeoisie und unter den einfachen Gewerbetreibenden immer mehr zunehmenden Unzufriedenheit, die unter bestimmten Bedingungen aufflackern konnte, die aber auch wieder in sich zusammensank, wenn deutsche Waffenerfolge die chauvinistischen Hoffnungen auf den ‚Endsieg‘ neu belebten.» Aber die Listen der Gefallenen wurden immer länger, die Erfolge seltener. Bis zum Kriegsende hatten 1 855 921 deutsche Soldaten

dem Schlachtfeld der «Ehre» ihr Leben verloren. Der Rüstungsindustrie allerdings ging es gut und mehr als das. Bereits bis Ende 1916 waren 57 Milliarden Mark in ihre Taschen geflossen. Mit von der Partie war von Anfang an auch Flicks Charlottenhütte. Trotz ihrer enormen Expansionspolitik häuften sich die Bareträge. Flick, der Patriot im Kontor, wusste, wem er die riesigen Profite verdankte, und zeichnete deshalb für 17 Millionen Mark staatliche Kriegsanleihen. 1940 rühmte sich Flick anlässlich des 25. Jahrestages seines Eintritts in die Charlottenhütte in einer seiner seltenen öffentlichen Reden dieser Tatsache: «An der Zeichnung der Kriegsanleihe hatten wir uns in ungewöhnlichem Umfang beteiligt.» Es versteht sich bei Flick von selbst, dass die Zeichnung der Kriegsanleihe – steuerlich ausserordentlich begünstigt – ein gutes Geschäft zu werden versprach.

Noch war Flick jedoch ein Kriegsgewinnler unter vielen, das ganz grosse Geld verteilten die Industriegiganten unter sich. So konnte Krupp, Deutschlands Waffenschmied Nummer eins, seine Nettogewinne jährlich auf über 200 Millionen Mark steigern und seine Produktionsanlagen erheblich ausweiten.

In München wurden die Bayrischen Geschützwerke Friedrich Krupp aus dem Boden gestampft und in Essen ein neues Krupp-Werk mit der gewaltigsten Fabrikhalle der Welt, der «Hindenburgwerkstätte», eingeweiht. Thyssen dehnte seine Mühlheimer Fabrikationsanlagen von 55'000 m² auf 125'000 m² aus und drang durch den Erwerb von neuen Unternehmen auch in die elektrotechnische Industrie ein. Zur Festigung seiner Position verschmolz er die Gelsenkirchener Bergwerks-AG mit der Hiister Gewerkschaft und der Düsseldorfer Röhrenindustrie. Diese Beispiele für die Kapital- und Machtkonzentration bei den führenden Rüstungskonzernen liessen sich beliebig fortsetzen.

Aber die explosionsartige Steigerung des Profits durch den Ausbau der einheimischen Anlagen war nur die eine Seite des Riesengeschäftes mit dem Krieg. Durch die Annektierung ausländischen Industrievermögens in den besetzten Gebieten «erwarben» die deutschen Konzerne umfangreiche Produktionsanlagen. «Das Kriegshandwerk hat sich für uns als das er-



Die Herrschenden borgen sich Geld für den Krieg-Schuldverschreibung für Krieganleihe

Chauvinistische Werbung für die Krieganleihe



tragreichste erwiesen;... es hat grosse Teile Feindesland im Werte von Milliarden in unsere Hand gebracht», stellte A. Steinmann-Bucher in den «Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen» 1916 mit offensichtlicher Genugtuung fest. Bei einer Besprechung mit dem Reichskanzler Michaelis am 29. August 1917, an der unter anderen der Chemieindustrielle Carl Duisberg, der Vorsitzende des Kohlen-Syndikats Emil Kirdorf und Albert Vogler von der stinnes-eigenen Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG teilnahmen, betonte Vogler, dass Frankreich für 600 Jahre, Deutschland aber lediglich für 60 Jahre Erze habe. «Für den Erwerb von Briey (das grosse französische Erzbecken – M.O.) würden wir 10 Jahre länger Krieg führen», erklärte er wörtlich mit Zustimmung der ihn begleitenden Industriellen.

Doch nicht nur die Schätze im Westen lockten, auch an neuen Besitz im Osten war gedacht. Im Mai 1918 forderten im Düsseldorf-Stahlhof die Vertreter von zwölf grossen Konzernen der Schwerindustrie die Hegemonie der deutschen Industrie im osteuropäischen Raum, und Thyssen und Kirdorf meldeten noch Anfang 1918 beim Auswärtigen Amt ihre Anwartschaft auf ukrainische Erzlager an. Matthias Erzberger, der am 26. August 1921 von Handlangern des reaktionären Germania-Ordens ermordete Zentrumspolitiker, beschrieb in seinen ein Jahr vor dem Attentat erschienenen Memoiren die Haltung Wilhelms II. zu dieser Politik. Während eines Gesprächs mit Reichstagsabgeordneten am 20. Juli 1917 interpretierte der deutsche Kaiser die gerade vom Reichstag verabschiedete «Friedensresolution», die innen- und aussenpolitisch das Expansionsstreben des deutschen Imperialismus verharmlosen sollte. Erzberger, der als Vorstandsmitglied bei Thyssen zeitweise selbst dem schwerindustriellen Annexionsstreben nahegestanden hatte, schreibt darüber: «Zu allgemeiner Überraschung führte der Kaiser unter anderem aus, es sei sehr gut, dass der Reichstag einen ‚Frieden des Ausgleichs‘ wünsche (die Reichstagsresolution enthielt gerade dieses von der Obersten Heeresleitung mit Zähigkeit geforderte, recht unklare Wort nicht); das Wort Ausgleich sei ausgezeichnet. Der Ausgleich bestehe aber darin, dass wir von

den Feinden Geld, Rohstoffe, Baumwolle, Minette, Öle wegnehmen und aus ihrer Tasche in unsere Tasche überführten; das sei ein ganz famoses Wort.»

Diese Politik des «Ausgleichs» wurde schon längst lebhaft praktiziert. Eine Reihe von Konzernen, unter anderen Krupp, Stinnes, die Phoenix AG und die Gutehoffnungshütte, gründeten zur Ausbeutung belgischen und französischen Wirtschaftspotentials die «Industriegesellschaft 1916 m.b. H.», die «Verkehrsgesellschaft 1916 m.b.H.» und die «Bodengesellschaft 1916 m. b. H.», Unternehmen, die sich vor allem damit beschäftigten, ausländisches Eigentum in ihren Besitz zu bringen. Doch es ging nicht nur um den Raub fremden Besitzes, auch über die in belgischen und französischen Betrieben beschäftigten Arbeiter wurde in bester Sklavenhaltermanier verfügt. Besonders Stinnes tat sich bei der Deportation von Zwangsarbeitern für den Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie hervor. Die anderen Konzerngewaltigen der Schwerindustrie standen ihm jedoch kaum nach und beteiligten sich nach Herzenslust an der Ausbeutung von Deportierten und Kriegsgefangenen. Noch in der 1934 von Paul Osthold geschriebenen «Geschichte des Zechenverbandes» wird beklagt, dass es Offiziere gab, die diese von den Konzernen organisierte Zwangsarbeit ablehnten: «Ganz anders schon gingen die Verhandlungen mit dem Generalgouvernement Belgien aus. Hier erlebten wir, dass der Generaloberst von Bissing im Namen der Menschlichkeit Einspruch gegen die Zwangseinziehung arbeitsloser Belgier erhob. Wir werden später sehen, dass eine ähnliche Erscheinung bei dem Einsatz der Kriegsgefangenen im Ruhrbergbau zu beobachten ist. Der Inspekteur der Kriegsgefangenen, Generalleutnant von Bitter, weigerte sich, Kriegsgefangene, die im Ruhrbergbau beschäftigt wurden, jener scharfen Disziplin zu unterwerfen, ohne deren Anwendung ein so grosses Unternehmen wie die Beschäftigung von 70'000 Kriegsgefangenen unter den ungünstigsten arbeitstechnischen Bedingungen des Bergbaus und bei der schlechten Ernährungslage der damaligen Zeit nun einmal nicht durchzuführen war.»



Kriegsgefangene werden zur Arbeit in einem Grossbetrieb geführt

Die heile Welt des Krieges im grossen Hauptquartier zeigt diese Feldpostkarte (Hindenburg, Wilhelm II., Ludendorff v.l.n. r.)



Für Hindenburg und Ludendorff

Ganz anders gestaltete sich das Verhältnis der Zechenherren zu Hindenburg und Ludendorff. «Kohle und Eisen waren tatsächlich eine Macht geworden», hatte Ludendorff erkannt. Mit dem sogenannten Hindenburgprogramm, das im September 1916 als totales Kriegsprogramm des ersten Weltkrieges verkündet wurde und die Verdoppelung der Erzeugung von Munition und Minenwerfern sowie die Verdreifachung der Herstellung von Geschützen und Maschinengewehren vorsah, hatten die beiden Chefs der Obersten Heeresleitung eine Grundlage für eine Rüstungsproduktion ohne Rücksichtnahme auf die schon miserable Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchsgütern geschaffen. Die Verschmelzung von Staats- und Monopolmacht wurde dadurch noch weiter vorangetrieben, und gemeinsam mobilisierte man die letzten Kräfte zur Erlangung eines Siegfriedens. «Insbesondere Stinnes», heisst es anerkennend bei Osthold, «ist mit einer Art Fanatismus dahinterher, dass die einzelnen Zechen sich ganz und gar auf die augenblicklich vorliegende Aufgabe der Produktionssteigerung um jeden Preis einstellen, gleichgültig, was daraus für die Zukunft an bösen Folgen für die technische Ausstattung der Betriebe und für ihre künftigen Abbauverhältnisse entstehen möge.» Natürlich, so muss man hinzufügen, auch ohne Rücksicht auf die arbeitenden Menschen. Hindenburg und Ludendorff waren keine «Flaumacher», wie Emil Kirdorf Männer zu bezeichnen pflegte, die sich für Vernunft und Menschlichkeit einsetzten.

Über das Verhältnis zwischen Ruhrbergbau und Oberster Heeresleitung schreibt Osthold: «Mit Hugenberg und Stinnes – gelegentlich wirkte auch Kirdorf als Vorsitzender des Kohlen-Syndikats mit – stellte der Ruhrbergbau seine zielklarsten und willensstärksten Männer heraus, die nun führenden Männern der Armee gegenüberstanden. Wir haben gesehen, dass mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung schnell eine Einigkeit in den wichtigsten Fragen der Menschen- und Materialversorgung des Ruhrbergbaus zustande kam. Hier wie dort war derselbe harte Wille zum Siege vorhanden; hier wie dort wurden alle

untergeordneten Bedenken vor dem einen Ziel zurückgestellt, das zu tun, was die Grösse der Zeit und die Schwere der Lage als notwendig erscheinen liessen.» Von Hindenburg und Ludendorff erhielten die Konzerngewaltigen jede Unterstützung. Ludendorff regte bei ihnen selbst an, «dass die Menschenreserven der östlichen Okkupationsgebiete stärker herangezogen werden sollten». Der deutsche Imperialismus entwickelte also bereits damals ein Zwangsarbeitssystem, das schon wesentliche Grundlagen für die spätere faschistische Sklavenarbeit legte.

Einen der führenden Verfechter und grössten Nutzniesser dieses Zwangsarbeitssystems, den «zielklaren» und «Willensstärken» Hugo Stinnes, charakterisierte ein zeitgenössischer Journalist einmal folgendermassen: «Seine Gleichgültigkeit gegen das geistige und künstlerische Leben ist vollkommen ...» Er hat «keine überflüssige Nebenbegabung, keine methaphysische oder künstlerische Laune, ... er kennt keinen Lebensgenuss, keine persönliche Kultur». Mit dieser Schilderung wurde nicht nur Stinnes gezeichnet, sondern ein in jenen Kreisen verbreiteter Typ. Sie würde bei allen Besonderheiten beispielsweise auch auf August Thyssen, Emil Kirdorf oder Friedrich Flick zutreffen. Besonders typisch aber für sie alle war zeit ihres Lebens, dass sie ihren Profit nie aus den Augen verloren. Sicher liegt hier eine wesentliche subjektive Seite ihres «Erfolges». Jedoch auch für sie kam die Stunde, wo sie einsehen mussten, dass trotz grösster Anstrengungen und verschärfter Ausbeutung die Niederlage des deutschen Kaiserreiches nicht mehr zu vermeiden war und der Krieg, die Quelle ihrer immensen Extraprofite, sich nicht beliebig fortsetzen liess.

Nachdem Ludendorff, so die Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers, am 1. Oktober 1918 erklärte, «die Oberste Heeresleitung und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen», sollte eine parlamentarische Regierung die notwendigen Waffenstillstandsverhandlungen übernehmen und im Innern durch bestimmte Zugeständnisse und Reformen die Nachkriegszeit mit unveränderten gesellschaftlichen Grundlagen sichern.

Durch die Erweiterung der Rechte des Reichstages, die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preussen, die Anerkennung der Gewerkschaften und des Koalitionsrechtes sowie die Bewilligung von Lohnerhöhungen wollten sich die Herrschenden einen demokratischen und sozialen Anstrich geben, um revolutionäre Veränderungen, wie sie durch das Beispiel der Oktoberrevolution drohend vor ihnen standen, zu verhindern. Ohne die Spaltung der Arbeiterklasse konnte das nicht gelingen, und so setzte man auf die Hilfe der rechten Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführer. Abgewirtschaftet, Wie er war, gab Ludendorff selbst in einer Sitzung des Kriegskabinetts am 17. Oktober 1918 die Richtung an, als er ausrief: «Packen Sie das Volk, reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun?»

Monopolgewaltige wie Hugenberg, Kirdorf, Stinnes, Rathenau, Siemens und Borsig hielten es jetzt für höchste Zeit, sich mit den reformistischen Gewerkschaftsführern zu treffen und Pläne für eine Übergangswirtschaft auszuarbeiten; Den Sturz des Kaisers und den Ausbruch der Novemberrevolution konnten jedoch auch sie nicht verhindern. Wie schmerzlich sie es empfanden, ihre Zwangsarbeiter freigeben zu müssen, verrät Osthold in seiner «Geschichte des Zechenverbandes». In einem Bericht über die Haltung der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen schreibt er: «Sie hatten in den Strassen unserer Städte unter der roten Fahne gut demonstrieren – gemeinsam mit deutschen Verrätern und Deserteuren; denn gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der deutschen Hoffnungen und mit der Niederlage des deutschen Volkes feierten sie den endlichen Sieg ihrer eigenen Nation.» Die Revolution der «Verräter und Deserteure» nötigte den Konzerngewaltigen andere Verhältnisse auf, auf die sie sich einstellen mussten, die aber ihre Machtposition im Wesen nicht veränderten.

Wie eifrig sie darum bemüht waren, diese Einstellung so optimal wie möglich zu erreichen, wird auch durch eine Mitteilung Carl Friedrich von Siemens' in den «Siemens-Nachrichten» deutlich, die er sechs Jahre nach der Novemberrevo-

lution machte: «Am 9. November 1918 sass Hugo Stinnes mit einem kleinen Kreis von Männern im Hotel Continental, während draussen das Geknatter der Gewehrschüsse ertönte. Man wollte die vor Monaten begonnenen Verhandlungen zu Ende führen und hierdurch auf die Revolutionswellen etwas Öl gießen – Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Vertragspartner, Zustimmung zum Prinzip eines Tarifvertrages und achtstündiger Arbeitstag waren die zu lösenden Probleme. Der Führer der Arbeitnehmer war Carl Legien. Hugo Stinnes erklärte, dass er sich bisher um die sozialen Fragen kaum gekümmert habe, er habe es bisher für seine Aufgabe angesehen, dass die Schornsteine rauchen. Unumwunden gab er zu, dass dies ein Fehler gewesen sei, der in Zukunft vermieden werden müsse.» Die «harten» Männer der Schwerindustrie mussten sich doch recht schwach gefühlt haben, dass sie mit «weichen» Worten von den sozialen Fragen und ihren eigenen Fehlern sprachen.

Das Resümee des Krieges war für Flick trotz des schmerzlichen Endes durchaus positiv: Er hatte ihn weit nach oben gebracht und ihn zum mehrfachen Millionär gemacht. Allerdings — so wie Napoleon 1793 nach der Eroberung von Toulon erst einer von einigen hundert französischen Generälen war, so war Flick vorerst nur einer von ein paar hundert deutschen Millionären. Trotz seines Senkrechtstartes schien sein weiterer Aufstieg ernsthaft gefährdet, da die Grossen des Ruhrgebietes bei Kriegsende zu massiven Angriffen gegen ihn übergingen. Besonders seine Antiruhrkampagne, mit der er beträchtlichen Einfluss im Siegerland gewonnen hatte, forderte die Ruhrmagnaten heraus. Sie schlugen zurück, und Flick musste um alles bangen, was er bisher erreicht hatte. «Meine Karriere», so Flick, «stand auf des Messers Schneide.»

Geschäfte und Novemberrevolution

Als am 9. November 1918 in Berlin Hunderttausende von Demonstranten unüberhörbar forderten: «Macht Schluss mit dem Krieg!» und laut den Rücktritt des Kaisers verlangten, machte Flick sein letztes grosses Kriegsgeschäft. Achtundvierzig Stunden vor der Waffenruhe schlug er noch verlustlos sämtliche von der Charlottenhütte gezeichneten Kriegsanleihen bei solchen Leuten los, die darauf vertrauten, dass der Staat in jedem Fall seine Schulden bezahlen werde. Dieses Vertrauen besass Flick offensichtlich nicht. Es war ein glücklicher Coup für ihn, denn bald sollte der Wert der Anleihen im Inflationsfieber dahinschmelzen wie Schnee in der Sonne.

Der Verkauf der Anleihepapiere in den Wirren der Novemberrevolution bewahrte Flicks Charlottenhütte nicht nur vor erheblichen Verlusten, er sicherte ihr auch zu einem ausserordentlich günstigen Zeitpunkt viel mobiles Kapital, nämlich 17 Millionen Mark, das förmlich zur Neuanlage drängte. Dass des Siegerländers berechnende Handlungsweise für alle sichtbar auf die Grundlagen seines «Patriotismus» hinwies – die Gewährleistung guter Geschäfte –, mag den Biedermann in diesem Augenblick nicht allzusehr gestört haben.

Der Schreck über die Flucht Wilhelms II. – des Schirmherrn der Besitzenden – nach Holland hielt bei den Konzerngewaltigen nicht lange an. Der Arbeiterklasse, der eine einheitliche Führung in der Revolution durch eine marxistisch-leninistische Kampfpartei fehlte, gelang es nicht, die Machtfrage in ihrem Sinne zu entscheiden. Zwar brachte die Novemberrevolution den breiten Massen des Volkes – vom Grosskapital zähneknirschend hingegenommene – politische und soziale Verbesserungen durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die



Novemberrevolution in Berlin – Bewaffnete Arbeiter und Soldaten besetzen das Zeitungsviertel

Koalitions-, Presse- und Versammlungsfreiheit, den Achtstunden-Arbeitstag, das Tarifrecht und die Unterstützung der Arbeitslosen, aber die neue Republik mit ihrer bürgerlich-parlamentarischen Staatsform war dennoch nichts anderes als eine neue Variante der imperialistischen Herrschaft in Deutschland.

Nach dem ersten Schock fürchtete Flick deshalb auch mehr die Herren von der Ruhr als die Revolution. Die Thyssen, Klöckner und Wolff hatten nach der Novemberrevolution und der militärischen Kapitulation nicht lange gebraucht, um wieder auf die Karte wirtschaftlicher Machtausweitung zu setzen. Dabei stach ihnen Flick und seine Charlottenhütte ins Auge. Flick hatte sie durch seine Anstrengungen provoziert, die Konzentration der Siegerländer Eisenindustrie fortzusetzen und ihr eine eigene Kohlenbasis zu verschaffen. In aller Stille erwarb er Aktien der im Siegerland gelegenen Eisenwerke in Geisweid, ausserdem

sammelte er fleissig Anteile an der Ruhrkohlenzeche Königsborn. Aber noch während dieser Unternehmungen merkte Flick, dass sich etwas gegen ihn zusammenbraute. Bald musste er erschreckt feststellen, dass der mächtige August Thyssen begonnen hatte, jede irgendwie greifbare Aktie der Charlottenhütte aufzukaufen.

In der Klemme

Flick begriff sofort, was dieses höchst gefährliche Interesse des Ruhrbarons an seinem Stammbetrieb für ihn bedeutete. Thyssens Ziel konnte nur sein, die Charlottenhütte in seinen Superkonzern aufgehen zu lassen und ihn dann zu feuern. Als Flick erkennen musste, dass Thyssens Vorgehen gegen ihn keine Einzelaktion darstellte, sondern dass sie offensichtlich mit anderen Ruhrmagnaten abgestimmt war, wusste er endgültig, dass es hier um Kopf und Kragen ging.

Tatsächlich hatten sich Thyssen, Klöckner, Wolff und andere das Ziel gesetzt, den von Flick eingeleiteten Konzentrationsprozess und das damit verbundene Streben nach Unabhängigkeit von der Ruhr zu stoppen. Diesem gezielten Vorstoss – der allerdings durch Rivalitäten zwischen den Angreifern behindert wurde – mussten die Siegerländer Eisenindustriellen unterliegen. Unter dem Druck der Ruhr zerbröckelte ihr Siegerländer Lokalpatriotismus dann bald. Der Geisweider Generaldirektor Frielinghaus brach als erster aus der Antiruhrfront aus und verkaufte ein grosses Aktienpaket, das fast an die absolute Mehrheit herankam, an Peter Klöckner. Bereits vorher war es diesem als erstem der Ruhrindustriellen gelungen, durch den Erwerb der Sieg-Rheinischen Hütte bei Troisdorf Fuss im Siegerland zu fassen. Auch Thyssen beteiligte sich erfolgreich an der Jagd auf die Geisweider Werke, Klöckner stoppte dagegen Flicks Bemühungen um die Zeche Königsborn. Als Flick endlich ein Drittel des Aktienkapitals besass, hatte Klöckner schon die Sperrminorität von 25 Prozent zusammengekauft, die den weiteren Vormarsch Flicks bei dieser Ruhrzeche verhinderte.

Für die Ruhrmagnaten ging es nicht allein darum, den ihnen

unbequem gewordenen Aussenseiter zu erledigen. Durch den Verlust der jetzt französischen Erzgruben in Elsass-Lothringen hatte das Siegerländer Erz für sie viel grössere Bedeutung bekommen. Die Antiruhrfront, die Flick gegen sie aufbauen wollte, musste von ihnen deshalb als besonders unerträglich empfunden werden. Sie sahen zudem die Gefahr, dass Flick, ausgehend von seiner gesicherten Erzbasis, einen ernst zu nehmenden Angriff auf die Ruhrkohle starten könnte, um sich als erst-rangiger Konkurrent der Ruhrindustriellen zu etablieren.

Bezeichnenderweise trug zu dem dann doch sehr schnell erfolgenden Zusammenbruch der Siegerländer Antiruhrfront neben der ungleich gewichtigeren ökonomischen Kraft der gegnerischen Konzerne auch die Stellung Flicks selbst bei. Im Siegerländer Lager gab es viele persönliche und sachliche Differenzen, und einige der Siegerländer Eisenherren blickten mit Unbehagen auf die starke Position des jungen Direktors. «Neid, Missgunst und Eifersucht haben auch in diesem Fall eine Rolle gespielt», bemerkte Flick zu seinem Fiasko. Das Scheitern seiner hochfliegenden Pläne, vor allem aber der massive Angriff Thyssens auf die Charlottenhütte drohten der sich so glänzend anlassenden Karriere des Holzhändlersohnes ein frühzeitiges Ende zu bereiten. Bedrückend standen vor dem Ehrgeizigen die sich deutlich abzeichnende Niederlage und der Verlust des bereits Gewonnenen. Unentwegt sammelte er das schrumpfende Häuflein seiner Getreuen, appellierte an ihre Solidarität, schilderte den glänzenden Preis des Zusammenhalts und versuchte verzweifelt, noch neue Verbündete hinter seiner Fahne zu sammeln. Doch schliesslich musste er erkennen, dass sich seine Pläne nicht mehr verwirklichen liessen und die Kapitulation nicht zu vermeiden war.

«Sparsame» Millionäre

August Thyssen, Flicks Hauptgegner, verstand in puncto Geschäfte keinen Spass. Ihm waren so ziemlich alle Mittel recht, um zum Erfolg zu kommen. Als ihm mal jemand nachwies, dass er preussische Beamte übers Ohr gehauen hatte, entgegnete er

ungerührt: «Dazu sind die Kerle ja da, dass sie aufpassen.» Über August Thyssens Sparsamkeit erzählte man sich erstaunliche Dinge. So wollten die einen wissen, dass er, um kein Geld in den teuren Restaurants ausgeben zu müssen, auf Reisen stets Butterbrote in seinem Gepäck gehabt habe. Andere behaupteten, dass er öfter mit der Mietdroschke als mit dem eigenen Wagen gefahren sei, weil das angeblich billiger war. Um den Brückenzoll über die Ruhr zu sparen, wäre er, so brachte man in Umlauf, oft den Weg über die Brücke gelaufen anstatt zu fahren.

Solche Geschichten über die Ruhrmagnaten sind Legion. Zu ihnen gehören auch die Berichte über Hugo Stinnes, wie zum Beispiel die über seine langen Eisenbahnfahrten in der unbequemen Holzklasse, seine abgetragenen Anzüge und seine bescheidenen Mahlzeiten, bei denen das von seiner Frau eigenhändig ausgelassene Gänseschmalz schon ein besonderer Genuss für ihn gewesen sein soll. Diese Tradition schöner Geschichten rührender Bescheidenheit sollte später durch ähnliche Legenden aus Flicks Leben fortgesetzt werden. Solche erbaulichen Storys liessen die Millionäre, die Beherrscher märchenhafter Vermögen, gern erzählen; denn sie bildeten eine Brücke zu den Menschen, die sich Sorgen um ihre Mark und ihre Pfennige machen mussten, um existieren zu können. Der Mann auf der Strasse sollte seine lebensnotwendige Sparsamkeit in der «Bescheidenheit» der Millionäre wiederfinden und seine Freude daran haben, dass auch die Reichen nur die Freuden der Armen genossen – das Gänseschmalz. Aber waren die alten Millionäre von Saar und Ruhr wirklich so viel bescheidener als die heutigen Playboymillionäre Arndt von Krupp oder Gunther Sachs? Trotz des sorgsam gepflegten Schlichtheitsimages brachten es die Konzerngewaltigen früherer Generationen nicht über sich, auf den wohnlichen Glanz von Schlössern, Villen und Herrenhäusern zu verzichten. Und so bauten die Krupps die schlossähnliche Villa Hügel in Essen, Hugo Stinnes erstand die Heimburg bei Diederheimbach, Klöckner kaufte Schloss Hartenfels bei Mühlheim, August Thyssen erwarb das Schloss in Landsberg, und

Stumm liess sich auf Schloss Halberg nieder. Nach den Anstrengungen zur Schau getragener Bescheidenheit konnten sie hier endlich in das Faustwort einstimmen: «Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.»

Teurer Frieden

Dem Rauhbein August Thyssen, damals schon weit über die Siebzig, stand Flick gewissermassen Auge in Auge im Kampf um seine Millionärsexistenz gegenüber. Thyssen galt als unberechenbar. Er brachte es fertig, einen seiner zahllosen Direktoren abends freundschaftlich in sein Haus einzuladen, um ihm dann am nächsten Morgen ungerührt seine Entlassung mitzuteilen. Flick wusste, dass er von Thyssen keine Rücksicht erwarten durfte und von ihm nichts erhielt, was er sich nicht zäh erkämpfte. Und Flick wehrte sich mit dem Mut der Verzweiflung. Als er merkte, dass seine Siegerländer Front brüchig wurde, verlegte er sich darauf, seine Gegner auseinanderzumanövrieren. Zuerst wandte er sich an Peter Klöckner, der ja ohnehin schon feste Position im Siegerland bezogen hatte, um mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Doch er biss auf Granit, und auch bei den anderen Ruhrmagnaten hatte er mit seinen Spaltungsversuchen kein Glück. Für sie war Flick noch kein geeigneter Partner; denn was er bot, war nicht genug, um sich deshalb den Unmut der übrigen Grossindustriellen zuzuziehen.

Nachdem sich trotz aller Anstrengungen keine potenten Bündnispartner finden liessen, blieb Flick nichts anderes übrig, als in Teilbereichen die Kapitulation anzubieten. Murrend erklärte er sich bereit, seine Siegerländer Konzentrationsstrategie nicht mehr zu verfolgen und den Plan einer eigenen Kohlenbasis im Ruhrrevier aufzugeben. Der Zorn brachte den Gedemütigten dabei fast um, aber da es ums Überleben ging, hatte er keine Wahl. Weil er sein Ausscheiden als Minderheitsaktionär aus der Charlottenhütte unbedingt verhindern wollte, musste er schliesslich auch noch in das Verlangen einwilligen, die Aktien der Ruhrkohlenzeche Königsborn zurückzugeben und auf die Eisenwerke in Geisweid zu verzichten.

Bei dem Zwangsverkauf der Geisweider Aktien konnte Flick

allerdings doch noch einen Trumpf ausspielen. Da sowohl Klöckner als auch Thyssen geradezu versessen darauf waren, das Geisweider Werk in ihre Hände zu bekommen – beide besaßen ja bereits beträchtliche Anteile –, musste Flicks Aktienpaket die Entscheidung über die Mehrheitsverhältnisse bringen. Und Flick entschied sich für Thyssen. Damit rächte er sich nebenbei für die Ablehnung seines Hilfeersuchens durch Klöckner und liess sich diese Haltung von Thyssen ausserdem honorieren. Unter den bestehenden Umständen erreichte Flick noch ein relativ günstiges Abkommen. Er lieferte seine Geisweider Aktien an Thyssen aus und erhielt dafür dessen Aktienpaket der Charlottenhütte, das Flicks weiteren Verbleib dort erst einmal sicherte.

Thyssen ging auf diesen Tausch nur ein, weil Flick vorher alles getan hatte, ihm den Marsch in die Charlottenhütte so schwer wie möglich zu machen. Um seine Position zu stärken, war Flick besonders darauf bedacht, die Mehrheit der Aktionäre um sich zu scharen. «Es geht um Sein oder Nichtsein», erklärte er ihnen, «entweder wir kapitulieren vor dem Feind, oder wir wehren uns mit der Einführung von Vorzugsaktien, die es den Ruhrbaronen unmöglich machen, entscheidenden Einfluss auf die Charlottenhütte zu gewinnen.» Das zeigt deutlich, in welcher kriegerischen Stimmung sich der Siegerländer befand. Die Hauptversammlung der Aktionäre folgte schliesslich Flicks Vorstellungen und beschloss eine Herausgabe von Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht an einen bestimmten Personenkreis. Thyssen wäre die Machtübernahme an der Charlottenhütte dadurch zumindest sehr teuer gekommen, da er nun ein viel grösseres Aktienpaket für seine Stimmenmehrheit brauchte.

Gegensätze ausgenutzt

Da Flick ja trotz allem mit einem Misserfolg bei den Verhandlungen mit Thyssen rechnen musste, hatte der schlaue Fuchs auch hier noch eine letzte Karte in der Hinterhand – Hugo Stinnes. Mit Albert Vogler, dem Generaldirektor von Stinnes' Deutsch-Luxemburgischer Bergwerksgesellschaft, beriet er ein

mögliches Eingreifen der Stinnes-Gruppe. Später erläuterte Flick seinen Plan auf einer Aufsichtsratssitzung der Charlottenhütte: «Ich möchte noch betonen, dass ich mit Herrn Vogler 1920 schon einmal eine Besprechung gehabt habe, und zwar zu der Zeit, als die Thyssen-Gruppe bei der Charlottenhütte Fuss gefasst hatte und wir nicht wussten, ob uns die Lösung vom Feind gelingen würde. Ich hatte damals einen Weg gesucht, die Thyssen-Gruppe für den Fall des Scheiterns der Austauschverhandlungen mit Geisweid möglichst nicht in den Genuss einer industriellen Kombination kommen zu lassen, und hatte Herrn Vogler gefragt, ob er bereit sein würde, in eine Interessengemeinschaft mit uns einzusteigen, auch wenn Thyssen Grossaktionär wäre – in dem Gedanken, dass eine solche Kombination der Thyssen-Gruppe sehr unangenehm sein würde und sie sich dann leichter von ihrem Charlottenhütter Besitz trennen würde.»

Durch das Einlenken von Thyssen brauchte Flick die Stinnes-Karte nicht mehr ins Spiel zu bringen. Trotz des Kompromisses mit Thyssen blieb das rigorose Eingreifen der Ruhrindustriellen insgesamt ein sehr derber Schlag für Flick. Es gelang ihm zwar, die Selbständigkeit der Charlottenhütte unter seiner Leitung zu erhalten, doch der Traum von einer vereinigten Siegerländer Hüttenindustrie unter Führung der Charlottenhütte und einer eigenen Kohlenbasis an der Ruhr war vorerst ausgeträumt. Bei der Abwehr der Schlotbarone von der Ruhr hatte Flick viel Zähigkeit und Raffinesse gezeigt, die ihn schliesslich mit einem blauen Auge davonkommen liessen. In diesem Kampf auf Biegen oder Brechen glänzte er erstmals mit einer Taktik, die er später noch oft anwandte – das Ausnutzen divergierender Interessen seiner Gegner. Vorbild Flicks war dabei der von ihm bewunderte zweite Friedrich von Preussen, der es zu einer gewissen Vollendung in jener Art diplomatischen Ränkespiels gebracht hatte. Den Friedrich aus dem Siegerland verband aber noch eine weitere Gemeinsamkeit mit dem preussischen Fritz. Ebenso wie jener sollte er sich noch viel mit schlesischen Angelegenheiten befassen. Den Anlass zu dieser Entwicklung gab Flicks Schlappe im Westen. Denn «die Lust», so «Der Spiegel»,

«sich mit den Montanmagnaten der Ruhr anzulegen, war ihm fürs erste vergangen. Er suchte sich sein Königreich woanders: im Osten.»

Ein Trost verblieb ihm aber auch im Siegerland. Da er die Geisweider Aktien, die er mit den Thyssen-Aktien der Charlottenhütte tauschte, vorher auf eigene Rechnung erworben hatte, konnte er natürlich die Thyssen-Aktien ebenfalls behalten, wodurch er endlich die seit langem angestrebte absolute Mehrheit des Aktienkapitals der Charlottenhütte gewann.

Rote Armee im Ruhrgebiet

Man schrieb das Jahr 1920, als Flick seinen, wenn auch brüchigen Frieden mit den Ruhrmagnaten erreichte. Noch keinen Frieden machten die Schwerindustriellen dagegen mit der Weimarer Republik; denn mit ihrer Unterstützung des Kapp-Putsches im März 1920 versuchten sie alles, was die Volksmassen in der Novemberrevolution erreicht hatten, mit einem Schlag zu beseitigen. Die Krupp, Stinnes, Hugenberg, Reusch, die Bankherren und die Grossagrariere standen mit den Putschisten in enger Verbindung. Nur am entschlossenen, einheitlichen Widerstand der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Schichten scheiterte schliesslich dieser heimtückische Angriff auf die Weimarer Republik. Der Abwehrkampf der Werktätigen drohte nun sogar, sich ernsthaft gegen die grossindustriellen Hintermänner des Putsches zu wenden. Im Ruhrgebiet marschierte die Rote Ruhrarmee, in deren vordersten Reihen Kommunisten standen. In heftigen Kämpfen mit Reichswehrverbänden und bürgerlichen Wehrorganisationen befreite sie in wenigen Tagen, vom 15. bis zum 23. März, das gesamte Ruhrgebiet. Über Städten wie Essen, Düsseldorf, Dortmund, Duisburg, Oberhausen und Mülheim, in denen die Ruhrmagnaten sonst wie Statthalter herrschten, wehte die rote Fahne der Revolution.

Ohnmächtig mussten die Konzernherren es hinnehmen, dass sich Arbeiter der Waffen bemächtigten, die sie auf den Zechen und Hütten zur Unterdrückung des Proletariats auf gehäuft hatten. Von tiefem Entsetzen befallen, flüchteten die Super-



Kapp-Putschisten während der Besetzung Berlins

Kämpfer der Roten Ruharmee auf dem Marsch an die Front



reichen und riefen nach dem Einsatz der Reichswehr. Dieses Entsetzen legte sich erst langsam, nachdem sie mit Unterstützung der Reichswehr und der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung wieder in ihre Chefbüros einziehen konnten.

Obwohl nach der Novemberrevolution eine Kommission zur Sozialisierung der Schwerindustrie geschaffen worden war und diese eigentlich wie ein Damoklesschwert über den Herren von Rhein und Ruhr hätte hängen müssen, liessen sie sich bei ihren Geschäften – der hartnäckige Kampf um die Charlottenhütte zeigte es – wenig davon beeinflussen. «Wo ist der Mann, der das machen soll?» fragte Stinnes spöttisch in Bezug auf die Sozialisierung. Ihre Verbindungen zu den rechten sozialdemokratischen Führern liessen die Montankönige das Arbeitsergebnis der Sozialisierungskommission mit Recht nicht fürchten.

So zimmerte zum Beispiel Hugo Stinnes 1920 unbeirrt an seinem Riesenkonzern. Er vereinigte die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft mit der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und der Dortmunder Union zu einem schwerindustriellen Giganten, der Rhein-Elbe-Union GmbH. An die Spitze der Gesellschaft trat Albert Vogler, dem Gemeinschaftsrat gehörten unter anderen Hugo Stinnes und Emil Kirdorf an. Als später zu dem Unternehmen noch der Bochumer Verein und Siemens stiessen, entstand die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union, der mächtigste Montankonzern in Deutschland. Anerkennend bezeichnete Friedrich Flick, der damals wiederholt mit Hugo Stinnes zusammenkam, diese Gründung als dessen grösstes Werk. Generell schenkte Flick dem Wirken Hugo Stinnes' besondere Aufmerksamkeit und kopierte gern dessen Methoden. Die damalige Ausgangsbasis war für sie – trotz ihrer unterschiedlichen Kapitalkraft – recht ähnlich. Beide, Stinnes durch den Verkauf seiner in Elsass-Lothringen gelegenen Anlagen und Flick durch das rechtzeitige Losschlagen der Kriegsanleihen der Charlottenhütte, verfügten nach dem Kriege über beträchtliche Barbeträge, die neu angelegt werden wollten.

Einfall in Oberschlesien

Im Gegensatz zu Stinnes stand Flick nach der Auseinandersetzung mit den Ruhrmagnaten allerdings vor dem Dilemma, dass diese seine Aktivitäten mit Argusaugen beobachteten und die Ausdehnung seines Besitzes im Westen nicht duldeten. So wandte sich Flick entschlossen einer weit entfernten östlichen Gegend zu – Oberschlesien. Oberschlesien war nach dem Krieg auf den ersten Blick durchaus nicht sehr attraktiv für Kapitalanlagen. Hier, wo eine gemischte Bevölkerung aus Deutschen und Polen lebte, war es im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates in den Jahren von 1919 bis 1921 zu heftigen Kämpfen und schliesslich zur Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen gekommen. Blutige Auseinandersetzungen, Streiks und eine ungewisse Zukunft bedrängten das Land.

Was also zog Flick nach Oberschlesien? Es war vor allem der Versuch, seine Siegerländer Finanzgruppe zusammenzuhalten und ihr gute Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital zu bieten. An der Erhaltung dieser Finanzgruppe lag Flick viel, weil ihn deren finanzielle Mittel bis zu einem bestimmten Grad unabhängig von den Grossbanken machte. Zwar hatte sich Flicks Kapitalbasis im Kampf mit seinen Gegnern von der Ruhr als zu schwach erwiesen, doch Flick wusste, dass er und seine Gruppe unter einer anderen Konstellation durchaus ein geschätzter Geschäftspartner sein konnte.

Die durch seine Siegerländer Hausmacht bedingte Unabhängigkeit ermöglichte es Flick, mit einigem Geschick zwischen verschiedenen Kapitalgruppender Schwerindustrie – ihre Rivalität hatte er kennengelernt – zu lavieren und zu agieren. Wie Felix Pinner bemerkte, schätzten das die Banken überhaupt nicht, und es machte ihn auch bei einigen Ruhrbaronen nicht gerade beliebter, dass er die Interessengegensätze zwischen den führenden Konzernen bewusst für sich nutzte. Paul Reusch, der langjährige Chef der Gutehoffnungshütte und Begründer der «Ruhrlade», des mächtigen Führungsklubs der rheinisch-westfälischen Ruhrindustrie, der Flick zunehmend für einen prinzipienlosen Opportunisten hielt, verwehrte ihm wegen seiner

anrühigen Geschäftspraxis zeitlebens den Zutritt zur «Ruhr-lade».

Flicks oberschlesische Geschäfte legten bereits den Grundstein für diesen Ruf. Der Hüttendirektor hätte seine provinziellen Freunde kaum für einen gewagten Alleingang im unruhigen Oberschlesien und bei zu erwartendem Widerstand dort etablierter Finanzgruppen gewinnen können, wenn nicht trotz allem lohnender Ertrag zu erhoffen gewesen wäre. Auch Flick war natürlich an keinem allzu grossen Risiko interessiert, da ihm seine Siegerländer Geldgeber bei einer ähnlichen Niederlage wie gegen die Ruhrindustriellen wohl endgültig die Freundschaft gekündigt hätten. So suchte er grössere Sicherheit bei finanzstarken Verbündeten, die er nach Belieben wechselte. Zuerst fand er sie im Bankhaus J. H. Stein in Köln. Dort und nicht im Chefbüro der Charlottenhütte fiel dann auch in Gegenwart des vollzählig nach Köln gekommenen Aufsichtsrates die Entscheidung für den Einfall in Oberschlesien.

Mit dem renommierten Bankhaus Stein hatte es seine besondere Bewandnis. Es war eng mit der internationalen Schroeder-Bank verbunden, die wiederum Beziehungen zur amerikanischen Rockefeller-Gruppe hatte. Kurt von Schroeder, der sich später noch einen Namen als wichtiger Wegbereiter Hitlers machen sollte, war hier seit 1921 Teilhaber. Das Bankhaus Stein, das bevorzugt Anleihen der Rockefeller-Gruppe und anderer amerikanischer Geldgeber an die deutsche Grossindustrie vermittelte, half damit den Amerikanern nicht unwesentlich, ihren Einfluss in Deutschland zu vergrössern.

Als erstes Anlageobjekt bot sich der neuen Kapitalkoalition die oberschlesische Bismarckhütte an. Die Bismarckhütte war immerhin etwa doppelt so gross wie die Charlottenhütte, hinzu kam ein interessanter Stahlwerks- und Erzbesitz in Westdeutschland. Während der Frankfurter Bankier Carl Bergmann, auch er eng mit amerikanischen Finanzkreisen liiert, sich bemühte, für die Finanzgruppe Charlottenhütte/Bankhaus Stein ein grösseres Aktienpaket der Bismarckhütte zusammenzukaufen, fuhr Flick nach Wildbad in Urlaub, um den aufkeimenden

Verdacht zu zerstreuen, dass er hinter dieser Aktion stecken könnte. Im Juli 1920 besass die Finanzgruppe bereits 40 Prozent des Aktienkapitals der Bismarckhütte. Felix Pinner schrieb in der «Weltbühne» zu diesem Vorgang: «Äusserst geschickt waren die Minen gelegt, äusserst geräuschlos die Vorbereitungen getroffen worden. Erst als nahezu die Aktienmehrheit im Besitz des Aufkäufers war, merkte die Verwaltung, merkten die bei der Gesellschaft bis dahin führenden Banken, was im Werke war.»

Um die drohende Gefahr abzuwenden, begann man auch bei der Bismarckhütte mit aller Kraft, Aktien zu kaufen. Innerhalb weniger Wochen trieben die wetteifernden Parteien den Kurs von 260 auf 400 Prozent. Ausser Flick bemühten sich jedoch noch weitere aussenstehende Interessenten um die Bismarckhütte. Die «Nationalbank für Deutschland», die spätere «Darmstädter und Nationalbank», war mit von der Partie beim Aktienpoker. An ihrer Spitze stand Hjalmar Schacht – später Reichsbankpräsident und Naziwirtschaftsminister –, ebenfalls nicht unerfahren in deutsch-amerikanischen Geldgeschäften. Er vertrat allerdings die mit Rockefeller rivalisierende Morgan-Gruppe.

Nachdem es Flick kurzfristig gelungen war, noch ein grösseres Aktienpaket aus dem Besitz des Freiherrn von Contard zu kaufen, besass er im August 1920 bereits die Aktienmajorität der vielumwobenen Bismarckhütte, da seine Gruppe nun 12 von 22 Millionen Mark Aktienkapital in den Händen hatte. Überraschenderweise kam es nicht zu dem erwarteten Krach mit der Finanzgruppe von Schacht, sondern zu einer engen Zusammenarbeit. Schacht hatte offensichtlich erkannt, dass ein «Pirat» wie Flick auch seinen Freunden durchaus dienlich sein konnte. Später äusserte Schacht dazu: «Herr Flick ist ein treuer Klient meiner Bank geworden, und wir haben eine ganze Reihe von Geschäften nachher zusammen gemacht.»

Auf Grund einer Absprache über künftige gemeinsame Transaktionen verkaufte Schacht dann im Frühjahr 1921 sogar das Minderheitsaktienpaket seiner Bank an Flick. Trotzdem wurde er Mitglied des neuen Aufsichtsrats der Bismarckhütte, in dem der Kölner Bankier Freiherr von Stein ebenfalls Sitz und Stimme

bekam. Von den fünfzehn Mitgliedern akzeptierte Flick nur fünf, sich selbst ernannte er dagegen zum 2. Generaldirektor.

Horrende Gewinne

Die Gruppe um Flick ging jetzt an die Verteilung der Beute. Sie trennte das zur Bismarckhütte gehörende Westfälische Stahlwerk in Bochum ab und nannte das nun selbständige Unternehmen Westfalen Stahlwerks AG. Gleichzeitig führte Flick einen komplizierten Aktientausch zwischen der Bismarckhütte und der Westfalen Stahlwerks AG durch, der sowohl die Ver selbständigung beider Unternehmen als auch die getarnte Verschachtelung ihres Aktienbesitzes zum Ziel hatte. Dann verkaufte Flick ganz plötzlich und für alle überraschend die Westfalen Stahlwerke an den Koblenzer Konzernherrn Carl Spaeter. Es ging ihm dabei ausschliesslich um schnellen Gewinn, da er bestrebt war, seine Abhängigkeit von den Banken nicht zu gross werden zu lassen. Ausserdem dachte er nicht daran, erneut in einen Konflikt mit den Ruhrindustriellen zu geraten. Was für ein glänzender Schachzug der Verkauf der Westfalen Stahlwerke war, beschreibt Ogger: «Der Kursgewinn war so horrend, dass Flick damit sofort die Kredite zurückzahlen konnte, mit denen er den Kauf der Bismarckhütte-Aktien finanziert hatte.» Doch damit nicht genug, das Geschäft um und mit der Bismarckhütte hatte Flick zusätzlich noch zwei Erzgruben eingebracht: die Erzgrube Neue Hardt im Siegerland und die Harzer Grube Elbingerode, die er beide seiner Charlottenhütte angliederte. Der Erwerb von Neue Hardt trug sicherlich dazu bei, sein lädiertes Siegerländer Eisenfrontimage wieder etwas aufzufrischen, andererseits war dieses Unternehmen nicht bedeutend genug, um die Ruhrbarone erneut auf den Kriegspfad zu bringen. Auch die Verbindung zu Schacht wirkte sich recht bald segensreich für Flick aus. Ein Jahr nach dem Coup mit der Bismarckhütte bot Schacht ihm ein Mehrheitsaktienpaket der ober-schlesischen Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetriebe an. Schacht drängte allerdings auf äusserst rasche Zusage, da dieses Aktienpaket eines der grössten ober-schlesischen Montanbetriebe sehr

gefragt war. Dem Siegerländer Erfolgsmann blieben nur wenige hektische Stunden, um sich zu entscheiden.

Immer wieder überrechnete er seine Finanzen, beriet mit den Aufsichtsratsmitgliedern der Charlottenhütte, konsultierte in Frage kommende Geldgeber, brütete schliesslich allein weiter. Dann, kurz vor Ablauf der Frist, nahm Flick Schachts Angebot an, obwohl er es sich lieber noch länger überlegt, noch mehr Informationen gesichtet hätte. Für das Aktienpaket der Kattowitzer AG, das er über das Kölner Bankhaus A. Lewy erhielt, musste sich Flick verschulden wie niemals zuvor. Seine ja nicht gerade geringen flüssigen Mittel reichten für einen solchen schwergewichtigen Brocken nicht annähernd aus. Als grösster Geldgeber bei dieser neuerlichen Expansion trat diesmal die Gruppe Schacht-Goldschmidt von der Nationalbank auf, die ebenfalls eine massive Erwerbspolitik betrieb. Aber auch das Bankhaus Stein mischte wieder mit.

Eigentlicher Verkäufer des Mehrheitspaketes der «Kattowitzer» war der schlesische Graf von Tiele-Winckler, den die oberschlesischen Verhältnisse beunruhigten. Tiele-Winckler, Hauptaktionär der «Kattowitzer», verkaufte ausser seinem normalen Aktienpaket sogar kaltschnäuzig die Vorzugssperreaktien der Gesellschaft mit mehrfachem Stimmrecht, die ihm, laut Felix Pinner, von seiner Gesellschaft «vertrauensvoll» in die Hand gegeben wurden, um die Aktienmehrheit sicher im Kreise der bisherigen Grossaktionäre zu halten. Diese mussten sich mit der Erkenntnis zufriedengeben, dass bei dem Adelsmann Ehre und Geld offenbar nicht zusammenpassten. Sie konnten nur noch resignierend registrieren, dass sie jetzt dem frischgebackenen Mehrheitsaktionär Flick auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Dieser Gewinn brachte Flick erst richtig auf den Geschmack, und er hielt schon bald nach weiteren lohnenden Objekten Ausschau. Der Siegerländer sah hoffnungsvoll in die Zukunft; denn ihm kam nun für die Begleichung seiner Schulden und für neue Eroberungen ein Bundesgenosse zu Hilfe, der den Reichen half, den Massen des Volkes aber schwere Zeiten bereitete – die Inflation.

Inflation und Riesenspekulation

Mitte des Jahres 1922 bekam die deutsche Mark die galoppierende Schwindsucht. Nachdem sich bereits seit der Beendigung des ersten Weltkrieges das Verhältnis der Mark zum Dollar laufend verschlechtert hatte, begann nun ihre rasante Talfahrt. Innerhalb eines Monats, vom 1. August bis 1. September 1922, sank der Kurs gegenüber dem Dollar von 643 auf 1 898 Mark. Ende 1923 musste man für einen Dollar die unvorstellbare Summe von über 4 Billionen Mark aufbringen. Die Preise kletterten in schwindelerregende Höhen: Betrug die zirkulierende Geldmenge im Juni 1922 noch 180,2 Milliarden Mark, so erhöhte sie sich bis November 1923 auf 400 Trillionen Mark. Kostete 1914 ein halbes Kilo Schweinefleisch eine Mark, so verlangte der Fleischer im Februar 1923 für die gleiche Menge einen Preis von 5'200 Mark. Am Ende jenes Jahres hatte das Preisniveau sogar das Billionenfache des Vorkriegsstandes überschritten. Wie war es zu dieser wie ein böser Traum anmutenden Entwicklung gekommen?

Eine fast zügellose Finanzierung des Krieges durch die Notenpressen hatte die Golddeckung der Mark bereits im Jahre 1918 auf 18 Prozent absinken und den Papiergeldumlauf anschwellen lassen. Auch nach dem Krieg mussten die Notenpressen weiter zur Finanzierung der enorm angewachsenen Staatsausgaben erhalten. Kapitalflucht der Reichen, Sachwertreparationen an die Siegermächte sowie die französische Ruhrbesetzung im Januar 1923 und der danach organisierte und täglich mit Milliardenbeträgen finanzierte «Ruhrkampf» liessen schliesslich die Mark ins Bodenlose absinken.

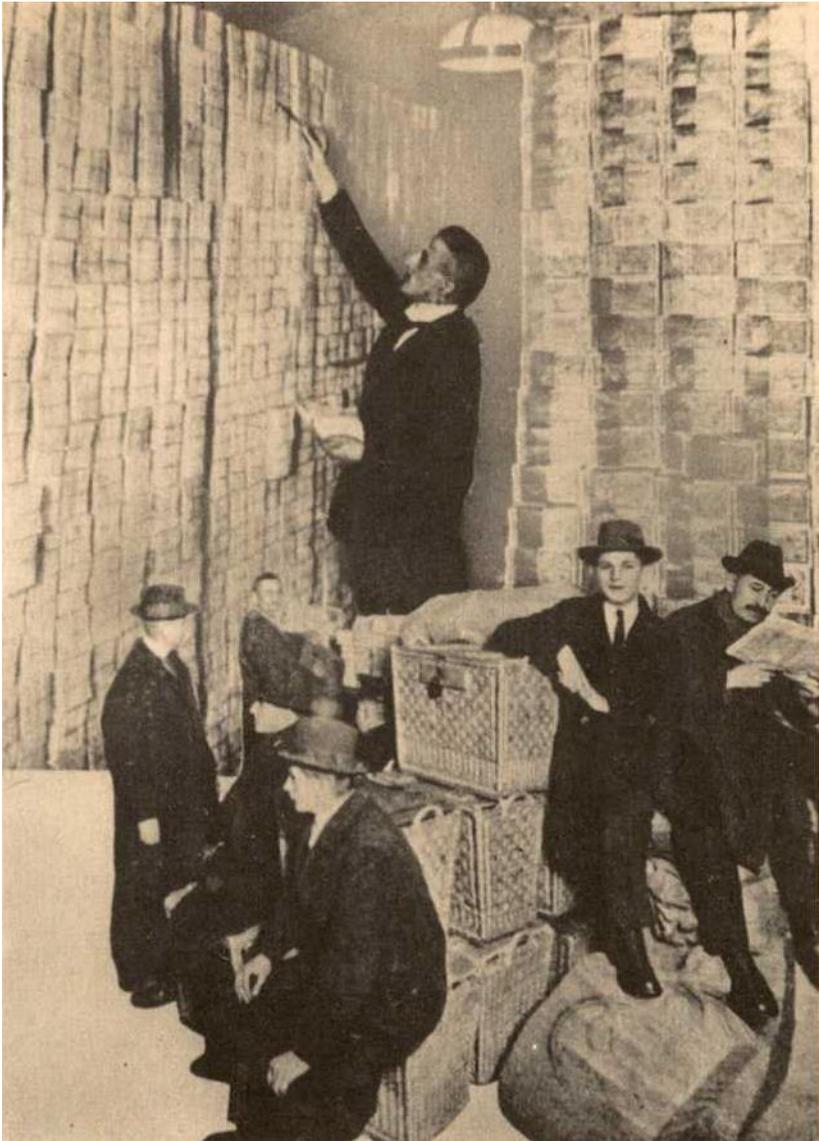
Aber die Inflation war nicht allein schicksalhafte Folge des Krieges und einer zerrütteten Nachkriegswirtschaft, sondern

auch ein Ergebnis planmässiger Kalkulation einflussreicher Kreise des deutschen Finanzkapitals. Diese Leute, deren Gallionsfigur Hugo Stinnes war, hatten erkannt, dass man die objektiv wirkenden Faktoren der Inflation steuern und mit einigem Geschick für sich ausnutzen konnte. Allein das Zurückbleiben der Löhne hinter den Preisen brachte in der Inflationskonjunktur 1921/22 zusätzliche Gewinne in Höhe von 40 bis 50 Milliarden «harter» Mark. Durch die empfindliche Beschränkung des Lebensstandards der Werktätigen, die zwar anfangs noch Arbeit, aber wenig Nutzen davon hatten, und den niedrigen internationalen Stand der Mark verbilligten sich deutsche Waren im Ausland derart, dass die Exportziffern emporschnellten. Das deutsche Finanzkapital nutzte die Gunst der Stunde vor allem, um seine alten Exportmärkte, die es durch den Krieg verloren hatte, wieder zurückzuerobern und sogar neue Märkte zu gewinnen.

Stinnes & Co. für Inflation

Wer, wie die Grossen des Kapitals, darüber hinaus die Kredite der Reichsbank und der privaten Grossbanken hinter sich hatte, konnte zudem Produktionsanlagen auf eine Weise an sich bringen, die bis dahin ohne Beispiel war. Die Reichsbank, die im Interesse des Grosskapitals lange an dem Grundsatz «Mark ist gleich Mark» festhielt und auf dieser Basis den Grossbanken Kredite gab, die jene nach dem gleichen Grundsatz an die Grossindustriellen weiterreichten, ermöglichte es den Kreditnehmern auf Grund des ständig sinkenden Wertes der Mark, ihre Schulden zu einem Bruchteil ihres früheren Wertes zurückzuzahlen. Den Schaden trug die Reichsbank.

Der für die kreditwürdigen Unternehmer so lukrative Grundsatz Mark ist gleich Mark war für Millionen von Sparkontoinhabern eine in höchstem Masse ruinöse Angelegenheit. Sie erhielten zwar auf Verlangen ihren eingezahlten Betrag von den Banken zurück, aber die einst nennenswerten Einlagen waren für viele inzwischen oft auf den Wert einer Schachtel Zigaretten zusammengeschrumpft.



Diese zeitgenössische Fotomontage zeigt einen Papiergeldstand der Reichsbank und die Auslieferung des Geldes in Wäschekörben

Für die kapitalen Geschäftemacher war das Deutschland der Inflation allerdings ein Eldorado, wo das Geld gewissermassen auf der Strasse lag. Und das sollte nach ihrem Willen auch eine ganze Weile so bleiben. Nationalistische Kreise drohten: «Wenn die Mark zum Stehen kommt, so stehen in Deutschland alle Räder still, und in England fangen sie an, sich wieder schneller und schneller zu drehen.»

Während einer Aussprache mit dem amerikanischen Botschafter Houghton und Walter Rathenau, die – zehn Stunden vor dessen Ermordung – am 23. Juni 1922 stattfand, versteifte sich Stinnes auf die Weiterführung der Inflation. «Ich teilte den Herren ... mit», so Stinnes in seiner Aufzeichnung über die Unterredung, «dass die Waffe der Inflation auch weiter benutzt werden müsse ...» Demgemäss handelte er denn auch. Als die Reichsregierung Ansätze machte, im ersten Halbjahr 1923 den Kurs der Mark zu stabilisieren, konterte Stinnes sofort. Um die deutsche Währung noch mehr zu schwächen, kaufte er im April 150'000 Pfund Sterling gegen Papiermark an. Die Notenpressen der Reichsbank – zweitausend in hundertfünfzig Druckereien – mussten deshalb weiter auf vollen Touren laufen.

Der Wertverfall der Mark ging so unglaublich schnell, dass die Reichsbank dem ins uferlose wachsenden Notenbedarf nicht mehr gerecht werden konnte. Vor den Schaltern der Reichsbank gab es Schlangen von Kassenboten, «die», wie Richard Lewinsohn schrieb, «mit Kisten und Körben und Wagen Nächte hindurch warteten, um für die nötigste Lohnzahlung ein paar Zentner Papiergeld zu erhalten». Als im August 1923 ein Streik der etwa 10'000 Banknotendrucker ausbrach, drohte der Wirtschaft eine Katastrophe, weil innerhalb weniger Tage an allen Ecken und Enden Bargeld fehlte. Da jetzt die Löhne nicht pünktlich ausgezahlt werden konnten, gingen viele Grossunternehmen, ja ganze Städte und Gemeinden mit der Zeit dazu über, eigenes Notgeld herauszugeben. Aber auch die Produktion der annähernd dreihundert Papierfabriken war zu gering, den Papierbedarf für Banknoten zu decken. Prompt tauchte Notgeld aus Keramik, Blech, Leder und anderen gerade vorhandenen

Materialien in mitunter recht kuriosen Formen auf. Im November 1923 gab es bereits für 192 Trillionen Mark Notgeld, das waren fast 50 Prozent des offiziellen Notenumlaufs.

Anarchie des Geldes

Der ungeheuer angewachsene Geldumlauf führte dazu, dass niemand das von der Reichsbank, den Kommunen und Betrieben ohne jegliche Deckung produzierte Geld lange in den Händen behalten wollte; denn sein Wert fiel von Tag zu Tag, manchmal von Stunde zu Stunde. Viele, oft tragische Verwicklungen waren die Folge. So berichtete eine Berliner Morgenzeitung im August



Inflationsgeld-Transport für die Lohnauszahlung eines kleinen Betriebes in Halle



Die Bevölkerung im Wettlauf mit den Preissteigerungen. Andrang beim Butterverkauf

Ein gewöhnlicher Geldschein – Reichsbanknote zu 100 Milliarden Mark



1922 von dem blutigen Streit eines Ehepaares, der entstanden war, weil der Ehemann ein Pfund Butter für 115 Mark bekam, während seine Frau dafür am selben Tag 300 Mark bezahlen musste. Um die Geldanarchie einigermaßen zu bremsen, verbot man schliesslich in Berlin, die neuen Preise jeweils vor 16.00 Uhr festzulegen und die Preise innerhalb von 24 Stunden mehrmals zu erhöhen. Fast jeden Tag war für Lohn- und Gehaltsempfänger Zahltag; denn immer häufiger büsste ein Wochen- oder Monatseinkommen innerhalb von zwei Tagen seine ursprüngliche Kaufkraft ein.

Die Aufblähung des Notenumlaufs machte fast alle Deutschen zu Millionären, obwohl die realen Einkünfte sehr vieler von ihnen unter dem Existenzminimum lagen. Es war damals kein so grossartiges Versprechen, wenn die Schlepper der Berliner Spielhöllen ihren potentiellen Kunden beschwörend zuflüster-ten: «In einer Stunde können Sie als Millionär unser Etablis- sement verlassen.» Aber die Inflation schuf auch echten neuen Reichtum. Meist allerdings wuchs nur das Vermögen der schon Reichen. Friedrich Flick sollte nun einer der wirklich bedeutenden Gewinner werden. Felix Pinner bemerkte über sein Wir-ken: «... Dann kam die Zeit der Umwertung, der Umschichtung, der grossen Ankäufe, Fusionen und Konzentrationen, die zwar nicht viel neue Industriewerte schuf, aber alte Industriewerte neu gruppierte ... Da wurde auch er (Flick – M.O.) vom Geist der Zeit erfasst und fühlte sich gleichfalls berufen. Sprang mit beiden Füüssen in den Kessel des Umschichtungsprozesses, tauchte ein paarmal tüchtig unter und kam als neuer schwerindustrieller Trustkönig wieder zum Vorschein, nach jedesmaligem Untertauchen ein erhebliches Stück grösser und mit erheblich vollerm Fischnetz.»

Legionär der Banken

Ausser dem für ihn günstigen Umstand der Inflation konnte Flick seine Kapitalbasis durch hilfreiche Bankkreise bedeutend er-weitern. Die Fortführung seines «schlesischen Feldzuges» wäre ohne die Unterstützung der Kreditanstalten überhaupt nicht

möglich gewesen. Ja, er handelte jetzt sogar im Auftrag bestimmter Bankkreise – natürlich nicht, ohne jedesmal selbst einen tüchtigen Schnitt zu machen. Der marxistische Historiker Kurt Gossweiler charakterisierte diese durchaus übliche «Arbeitsteilung»: «Die Banken bedienen sich für ihre Zwecke mit Vorliebe kühner, rücksichtsloser, verschlagener industrieller Raubritter vom Schlage eines Stinnes, Flick oder Otto Wolff. Aber sie protegieren nur die erfolgreichen Raubritter, diejenigen, die tatsächlich Imperien erobern, sie lassen jedoch mitleidslos jeden fallen, dem der Erfolg versagt bleibt und der deshalb für ihre Zwecke unbrauchbar ist.»

Flick erledigte für die Banken, die sich mitunter wegen ihres breiten Interessen- und Kundenkreises auf bestimmten Gebieten nicht exponieren wollten, die mehr oder weniger sauberen Geschäfte und half ihnen so bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Konzeptionen. Es wurde oft darüber gerätselt, warum Flick, unbeirrt durch die verworrenen politischen Verhältnisse in Oberschlesien, an schwerindustriellen Anlagen kaufte, was zu bekommen war. Flick und seine Geldgeber kauften aber nicht trotz, sondern bezeichnenderweise gerade wegen der politischen Wirren. Sie wollten der Gefahr einer Überführung des deutschen Aktienbesitzes im polnischen Teil Oberschlesiens in polnischen Besitz dadurch begegnen, dass sie sich dort mit dem amerikanischen Kapital verbündeten. Dieser Gruppe, deren führende Kräfte vor allem Schacht, Goldschmidt, Thyssen, die Dresdner- und die Danatbank waren, ging es in erster Linie darum, mit amerikanischer Hilfe die alten Positionen des deutschen Grosskapitals zu sichern – sogar um den Preis einer zeitweiligen Unterwerfung des deutschen unter das anglo-amerikanische Kapital. Eine andere Formation der Monopolbourgeoisie, der die Deutsche Bank, die Disconto-Gesellschaft, wichtige Konzerne der Schwerindustrie und der «neueren» Industrien angehörten – auch das Bankhaus Stein stand ihr nahe –, wollte zwar ebenfalls amerikanische «Hilfe», sich aber dabei nicht mit der Rolle eines Juniorpartners der Amerikaner begnügen.

Garantien durch den Staat

Jedoch nicht nur die Verbindung mit den Finanzgrößen aus Übersee machte die deutschen Kapitalanlagen in Oberschlesien sicherer, auch die Unterstützung des Reiches und seine Garantie für das dort angelegte Kapital förderte diese grossangelegten Unternehmungen wesentlich und machten Anlagen dort sogar begehrenswert.

Die in den Kreisen der Schwerindustrie oft geschmähte Weimarer Republik hatte durch die Entschädigung der Verluste in Elsass-Lothringen bereits ein vertrauenerweckendes Beispiel geschaffen. «Während das Reich die Ansprüche der Kriegsgeschädigten», so Kurt Pritzkolet, «... im Allgemeinen nur schleppe und oft so spät honorierte, dass die Entschädigungssumme zur Not für eine Strassenbahnfahrt ausreichte, erhielt die Schwerindustrie schon bald nach dem Kriege eine halbe Milliarde ‚bar auf den Tisch‘ gezahlt.»

Die Summe für den Verkauf der elsass-lothringischen Besitzungen überstieg diese Entschädigung noch um ein Vielfaches. Für die Veräusserung ihrer Werke in Elsass-Lothringen erhielt Stumm über 200 Millionen, Thyssen etwa 160, Klöckner 110 und Stinnes 40 Millionen Franc. Das machte ihre Konzerne in hohem Masse liquide und einsatzfähig für neue Eroberungen, zumal der französische Franc gegenüber der deutschen Mark nach dem Krieg ausserordentlich günstig stand.

Die Stumms bauten mit diesem Geld sogar einen fast völlig neuen Konzern auf. Der alte Stumm-Konzern, der nach dem Tode «König» Stumms im Jahre 1901 ein breitgestreutes Familienunternehmen geworden war, hatte, zwar wenig national handelnd, dafür aber jedes Risiko ausschaltend, seine wichtigsten Werke – auch im Saarland – der französischen Industrie verkauft. Das Aktienkapital der Neunkirchener Eisenwerk AG, der Dillinger Hüttenwerke AG und der Hallberger Hütte ging zu 60 Prozent, der Hornberger Eisenwerk AG zu 40 Prozent an französische Kapitalgruppen über. Für ihre Saarländer Werke bekamen die Stumms noch einmal rund 100 Millionen Goldmark in die Hand. Zusammen mit den Entschädigungszahlungen für

ihre elsass-lothringischen Besitzungen verfügten sie damit nach dem Kriege über mehr als eine Milliarde Mark. Ein schönes Startgeld. Sie traten mit diesem Kapital erfolgreich in Konkurrenz mit den Konzernschmieden Stinnes, Wolff, Flick und anderen. So manches heisse Börsenfieber um schwerindustrielle Aktien war damals auf ihr Wirken zurückzuführen. Innerhalb von zwei Jahren entstand der neue Stumm-Konzern mit der Niederrheinischen Hütte in Duisburg, der Norddeutschen Hütte in Bremen, den Gelsenkirchener Gussstahl- und Eisenwerken, der Eisenindustrie zu Menden & Schwerte, dem Gussstahlwerk Witten, der Rheinisch-Westfälischen Bauindustrie AG Düsseldorf, um nur die bedeutendsten Neuerwerbungen zu nennen. Dazu kamen vor allem wichtige Beteiligungen, unter anderen am Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat.

Der gleichsam über Nacht entstandene Konzern hatte in der Roheisenerzeugung bald den zweiten und in der Stahlproduktion den siebenten Platz in Deutschland erobert. Wie im Kaiserreich besaßen die Stumms auch jetzt ausgezeichnete Beziehungen zum Staatsapparat. Der Enkel «König» Stumms, Carl von Schubert, wurde unter Stresemann Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in dem es Schwiegersohn Richard von Kühlmann schon unter dem alten Regime zum Staatssekretär gebracht hatte. Auch während der Weimarer Zeit blieb Kühlmann dem Auswärtigen Amt eng verbunden. Ermöglicht durch ihr Riesenvermögen, führten die meisten Stumms grosse Häuser und übten einen bedeutenden gesellschaftlichen Einfluss aus. Erster Verbindungsmann des Familienclans zur Reichswehr war Oberst Fritz von Stumm, der bis zum Ende des ersten Weltkrieges im kaiserlichen Generalstab gesessen hatte.

Rätsel um Flick: Spekulant oder genialer Neuordner

Da persönlich von Hause aus mit weniger Millionen gesegnet als die Stumms, war Friedrich Flick bemüht, dieses Manko möglichst schnell auszugleichen. 1922, im selben Jahr, in dem der Völkerbund die Teilung Oberschlesiens in einen polnischen und einen deutschen Teil beschloss, erwarben Flick und seine Geld-

geber die Aktien der Oberschlesischen Eisenindustrie AG (OEI). Es war ein für Flick typischer Streich. Zuerst begann er' nach einem gewichtigen Aktienpaket der OEI Ausschau zu halten. Er stiess dabei auf die Familie Caro, die grossen Einfluss auf das zweitgrösste ober-schlesische Kohle- und Eisenunternehmen ausübte. Dem durch die unruhigen Verhältnisse in Oberschlesien besorgten Robert Caro kaufte Flick kurzerhand die Sperrminorität ab. Wie schon so oft brauchte er das nicht aus eigener Tasche zu bezahlen, sondern erhielt dafür von befreundeten Banken einen Kredit. Die Sperrminorität ermöglichte es Flick nun, die Mehrheitsaktionäre in ihrer Bewegungsfreiheit stark einzuschränken und ihnen das Leben sauer zu machen. Seine übliche Methode also, da er in der Regel keine friedliche Mitbeteiligung am Gewinn von Unternehmen anstrebte, sondern Unternehmen erobern wollte. Um damit bei der OEI voranzukommen, legte er ausserdem einen Köder aus, von dem er sicher war, dass er von seinen Mitaktionären geschluckt wurde. Er bot der OEI an, ihr eine nahegelegene Kohlenbasis zu schaffen, und zwar durch das gerade von der Kattowitzer AG erworbene und losgelöste Kohlenbergwerk «Preussengrube». Für Aktien der OEI im Nennwert von 60 Millionen wollte Flick die Aktienmehrheit der Preussengrube und einen Zuschlag von 200 Millionen Mark geben.

Die Aktionäre und der Generaldirektor der OEI, Zuckerkandl, konnten der Verlockung nicht widerstehen, und das Geschäft kam zustande. Flicks Angebot war aber nur scheinbar grosszügig; denn die 60 Millionen Nennwertaktien der OEI hatten immerhin einen Kurswert von 9'600 Prozent und somit einen Wert von 5¾ Milliarden Inflationsmark. Da Flick bereits vorher rund ein Viertel des Aktienkapitals der OEI von Robert Caro gekauft hatte, besass er nunmehr die Kapitalmehrheit an einem weiteren Riesenunternehmen. Der Gewinn war noch höher als bei seinen vorangegangenen Eroberungen; denn der zum Hauptaktionär der OEI avancierte Flick kontrollierte natürlich nach wie vor die Preussengrube, die er für OEI-Aktien hergegeben hatte. Doch damit nicht genug, er holte sich auch noch das eingezahlte Geld

zurück. Auf Grund der für ihn günstigen Mehrheitsverhältnisse bei der OEI konnte Flick es sich leisten, 5 Prozent der neuen Aktien wieder so günstig zu veräussern, dass seine eingesetzten 200 Millionen Mark an ihn zurückflossen.

Angesichts des schwer zu durchschauenden Spiels von Flick und seinen Geldgebern fragte sich Felix Pinner: «Schwebt ihm bei dieser Umgruppierung von Werten vielleicht die industrielle Idee vor, in die Zerrissenheit der oberschlesischen Gesellschaften, die fast alle durch die Abtretung des grösseren Revierteils an Polen in deutsche und polnische Betriebsteile zerspalten worden sind, ausgleichende Ordnung durch Austausch und Umgruppierung zu bringen? Will er, ebenso wie er die deutschgebliebene Preussengrube ... mit den deutschen Betrieben der Oberschlesischen Eisenindustrie A.-G. verbunden hat, vielleicht jetzt auch noch die polnischen Betriebsteile der Kattowitzer Gesellschaft mit denen der Oberschlesischen Eisenindustrie A.-G. und der Bismarckhütte zusammenschweissen? Oder geht seine letzte grosse Spekulation dahin, die polnischen Werksteile der von ihm beherrschten Werke, vielleicht sogar nicht nur die polnischen Werksteile, schliesslich mit ausländischem Kapital zusammenzubringen und dabei den letzten, riesigsten Zwischen Gewinn einzuheimsen?»

Zweifellos waren Profit- und Machtstreben die ausschlaggebenden Motive für das Wirken Flicks und seiner Charlottenhütte in Oberschlesien, wobei sie es geschickt verstanden, sich Ordnungsvorstellungen von Bank- und Regierungskreisen zuzunutzen zu machen. Eine eigenständige und weitreichende industrielle Konzeption, wie sie manche seiner Bewunderer bei ihm zu erkennen glaubten, verfolgte er jedoch nicht. Die Kritiker, die Flick einen gewöhnlichen, wenngleich erfolgreichen Spekulanten und Inflationsgewinnler nannten, schätzten ihn durchaus realistischer ein. Auch Felix Pinner sieht – bei Anerkennung von Flicks finanztechnischer Geschicklichkeit – in dessen Tätigkeit keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn er schreibt: «Auch er hat... mit dem grossen Gelde, das ihm seine Finanzgeschäfte' brachten, noch keine Hochöfen, kein neues Walzwerk oder



Zweisprachige Aktie des Steinkohlenbergwerks «Antonsglück» in Katowice (Kattowitz)

sonst irgendetwas gebaut, er hat keine wirklich neue Produktion geschaffen, sondern immer nur Aktien. Besitz und Werte hin und her geschoben.»

Genau nach diesem Rezept verfuhr er mit seinem kaum erworbenen Besitz in Oberschlesien. Das Aktienpaket der Kattowitzer AG verkaufte Flick an die Bismarckhütte und hatte damit einmal mehr eine Menge Bargeld für Neuanlagen zur Verfügung, ohne seinen Einfluss auf die Kattowitzer AG zu verlieren. Flick erklärte den Aufsichtsratsmitgliedern der Charlottenhütte diese Transaktion: «Da die Bismarckhütte das einzige ober-schlesische Hüttenwerk ist, welches eigene Kohle nicht besitzt, und Kattowitz und Bismarckhütte sehr gut zusammenpassen würden, so bin ich auf den Gedanken gekommen, unsere Beteiligung an der Kattowitzer-Gesellschaft an die Bismarckhütte abzugeben. Die Bismarckhütte wird auf diese Weise eine Kohlenbasis erhalten; sie könnte auch in der Eisenproduktion mit Kattowitz einen

Ausgleich schaffen. Die Charlottenhütte hätte den Vorteil, dass sie erhebliche Geldbeträge in die Hände bekäme, ohne mit dieser Transaktion den bestimmenden Einfluss in Oberschlesien aufzugeben; denn mit unserer erheblichen Beteiligung bei Bismarckhütte würden wir über Bismarckhütte auch Kattowitz beherrschen können.»

Geschäfte mit Stinnes

Da das flüssige Kapital vorhanden war, kaperte Flick im Sommer 1922 für seine Gruppe noch die bedeutende Schrottfirma Schweitzer & Oppler, die er in eine Kommanditgesellschaft umwandelte. Durch sie konnte er wieder in grossem Stil in das ihm bereits seit Jahren vertraute Schrottgeschäft einsteigen. Beim Erwerb der Firma Schweitzer & Oppler geriet Flick allerdings an Stinnes' Rhein-Elbe-Union. Doch der erheblich gestärkte Flick schreckte jetzt auch vor Stinnes nicht mehr zurück. Weil seine Eroberungen in Oberschlesien ihn für Stinnes inzwischen zu einem interessanten Mann gemacht hatten, traf sich dieser mit Flick in Düsseldorf, um mit ihm zu einem Arrangement zu kommen. Bei der Zusammenkunft war dann das Gespräch über die vergleichsweise unbedeutende Schrottfirma nur ein Thema am Rande. Den beiden Superinflationsgewinnlern ging es um ganz andere Beträge. Stinnes, der gerade in jener Zeit an Unternehmen zusammenraffte, was in seine Reichweite kam, hatte längst Appetit auf die oberschlesische Schwerindustrie bekommen. So nahm er mit sichtlicher Befriedigung Flicks Einladung an, in das oberschlesische Geschäft einzusteigen. Flick, der grosse Versucher, legte auch hier wieder einen fetten Köder aus – die Bismarckhütte, die er vorher mit der Kattowitzer Kohle verbunden hatte.

Stinnes, der die österreichische Alpine Montangesellschaft begehrte, wollte sich ihr gern mit der oberschlesischen Kohle nähern, um so beide zu vereinigen. Doch der Siegerländer forderte als Gegenleistung für seine Kohle keine Kleinigkeit. Stinnes sollte ihm helfen, seinen alten Traum zu verwirklichen, in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie Fuss zu fassen.

Der nie zimperliche Flick ging auch hier gleich in die vollen. Für rund 40 Prozent des Bismarckhüttekapitals verlangte Flick Aktienpakete der angesehensten Konzerne der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Stinnes, durchaus kein Freund der Ruhrkönige, zögerte nicht, seinen Vorteil zu suchen. Er akzeptierte Flick als Partner und überliess ihm für die Anteile an der Bismarckhütte Aktienpakete der Deutsch-Lux, der Rhein-Elbe-Union, der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und des Bochumer Vereins. Sein Aktienpaket der Bismarckhütte nutzte Stinnes, wie geplant, zu einem gewinnträchtigen Tausch. Er bot es der Alpinen Montangesellschaft an, die es gegen Auslieferung eigener Aktien dann auch übernahm. Da Stinnes bereits ein rundes Aktienpaket von ihr besass, erreichte er damit die beabsichtigte absolute Mehrheit des Gesellschaftskapitals.

Durch das gelungene Geschäft mit Stinnes drohten Flick wieder alte, von ihm keinen Augenblick vergessene Sorgen mit den rheinisch-westfälischen Magnaten. Um sie von Attacken gegen sich abzuhalten, stellte er die Bundesgenossenschaft mit seinen neuen Geschäftspartnern deutlich sichtbar heraus. So räumte er Stinnes und Albert Vogler grosszügig Sitze im Aufsichtsrat seiner Charlottenhütte ein. Als Gegenleistung bekam Flick kurz darauf ein Aufsichtsratsmandat bei der Rhein-Elbe-Union. Flick hatte richtig kalkuliert, jetzt hielten die Grossen der Ruhr still. Die Koalition Stinnes-Flick präsentierte sich als eine Macht, die man nicht so ohne Weiteres wegwischen konnte wie früher den kleinen Direktor der Charlottenhütte.

Die Transaktionen zwischen Stinnes und Flick zogen sich bis in das Jahr 1924 hin und endeten vorläufig damit, dass Flick auch noch seine restlichen Aktien der Bismarckhütte an Stinnes aushändigte. Flick blieb mit der Bismarckhütte allerdings weiterhin indirekt verbunden; denn über sein Aktienpaket der Rhein-Elbe-Union war er mit der Alpinen Montangesellschaft liiert, die wiederum über die Bismarckhütte verfügte. «Auf dem Umwege über Oberschlesien», erklärte Flick später, habe er schliesslich sein Ziel erreicht, «dem Siegerländer Stammwerk eine eigene Kohlenversorgung von der Ruhr» zu beschaffen.

Flicks biedere Erklärung, dass er auf diesem Weg Ruhrkohlenzechen für seine Charlottenhütte bekommen wollte, hört sich ganz plausibel an. Sein geradezu odysseischer Irrweg und die Grössenordnung der Geschäfte, die er dabei machte, weisen aber recht deutlich darauf hin, dass die Kohleversorgung für die Charlottenhütte doch nur ein Nebeneffekt seiner Spekulationen war. Flicks Erklärung ist deshalb nichts anderes als eine Schutzbehauptung. Trotz aller gewonnenen Macht und seinem riesigen Vermögen legte Flick stets Wert auf Reputation: Er konnte es einfach nicht leiden, für einen hemmungslosen Spekulanten gehalten zu werden.

Der Stinnes-Schrecken

Auch die anderen, sonst doch so robusten und hemmungslosen grossen Spekulanten waren an dieser Stelle empfindlich und wollten nicht gern beim Namen genannt werden. Selbst Hugo Stinnes nicht. Dennoch galt er, wie es Lewinsohn formulierte, «als der typische Vertreter jenes raffgierigen, unersättlichen, unehrlichen Neureichtums und zugleich als der Typ des alles beherrschenden Industriemagnatentums». Sein Äusseres wird von einem Biographen so geschildert: «Auf gedrungenem Rumpf sitzt ein dicker Kopf. Das Haupthaar ist geschoren, dunkel, das Gesicht grossflächig und bleich, der Bart kohlschwarz, die Nase gebogen, die Augen schwer unterlegt.» Herrisches Auftreten, finstere Aussehen und vor allem nicht minder finstere Geschäftspraktiken liessen Stinnes zur Symbolfigur des Inflationengewinners schlechthin werden. Das ging sogar so weit, dass andere, kaum weniger gewissenlose Inflationenprofiteure der ersten Reihe sich hinter Stinnes' Ruf verbergen konnten, da ihre alles andere als seriösen Aktivitäten, verglichen mit Stinnes' halsabschneiderischem Vorgehen, noch als verhältnismässig harmlos angesehen wurden. Auch Friedrich Flick gehörte zu jenen Unbekannten, deren Namen in der Öffentlichkeit weitgehend anonym blieben. Stinnes dagegen wurde zum Buhmann seiner eigenen Klasse; denn er enteignete ihre Angehörigen praktisch en masse. Der Unternehmer aus Mühlheim drang mit

seiner Kaufkraft scheinbar unaufhaltsam in alle Wirtschaftszweige ein und verbreitete Angst und Schrecken.

Kurz vor seinem Tod veranlasste Stinnes eine Zusammenstellung seines Besitzes. Sie ergab, dass er Herr über 1'535 juristisch selbständige Unternehmen mit 2'888 Betriebsanlagen und Teilbetrieben war. Dazu kamen noch massgebliche Beteiligungen an über 1'200 anderen Unternehmen der unterschiedlichsten Branchen. Selbst die Presse nahm der, wie es schien, Allmächtige in seinen Würgegriff. Ihm gehörten sogar solche halbamtlichen oder amtlichen Presseerzeugnisse wie die offiziöse «Deutsche Allgemeine Zeitung», die Zeitschrift «Wirtschaft und Statistik» und das «Reichsarbeitsblatt». Stinnes erwarb wie immer, so auch auf diesem Sektor, ziemlich wahllos. Neben den rechten Blättern «Frankfurter Nachrichten» und «Tägliche Rundschau» brachte er ebenfalls Deutschlands älteste satirische Zeitschrift «Kladderadatsch» unter seine Kontrolle. «Der Reichtum gleicht dem Seewasser», meinte einst Schopenhauer philosophisch, «je mehr man davon trinkt, desto durstiger wird man.» Des Ruhrkrösus Durst war unstillbar. Es schien nur eine Frage der Zeit, wann Stinnes auch der Pressekönig Deutschlands sein würde.

Wunschtraum Eisenbahn

Aber Stinnes hatte noch auf einem anderen Gebiet viel vor. Seine Sehnsucht galt der Eisenbahn. Es war beileibe nicht die Verwirklichung eines lang gehegten Kindertraums, sondern eiskaltes monopolistisches Streben und Expansionsdenken. Nach der Eroberung der Eisenbahn wollte er durch eine von ihm bestimmte Frachttarifpolitik das Preisgefüge der gesamten Wirtschaft seinem Diktat unterwerfen. Die ihm gehörende oder ihm hörige Presse trommelte unentwegt gegen die angeblich unrentable Eisenbahn und forderte ihre Profiterhöhung durch Reprivatisierung. Stinnes gelang es zwar nicht, diesen Traum zu verwirklichen, aber er träumte ihn bis zu seinem Ende.

Der Verkehr hatte es Stinnes überhaupt angetan. So unternahm er beispielsweise enorme Anstrengungen, auch Deutsch-

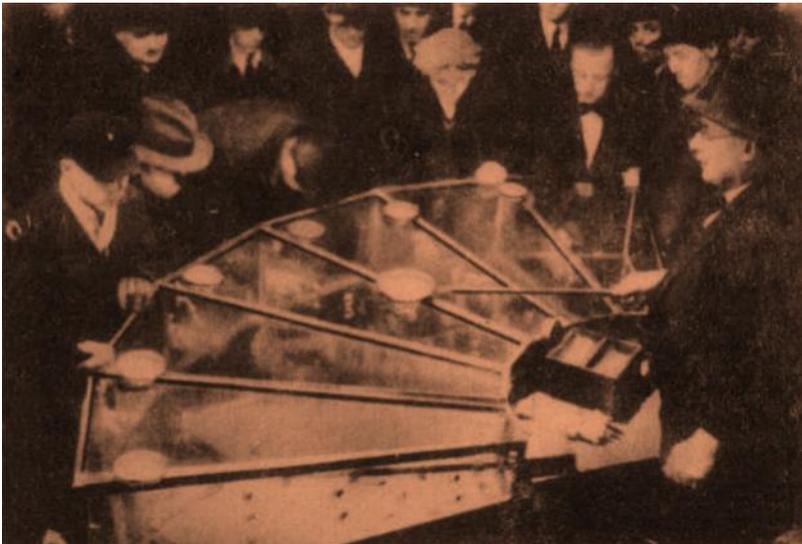
lands grösster Reeder zu werden. Er drängte sich in die traditionsreiche Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) und schuf mit seiner Hamburger AG Hugo Stinnes eine Schifffahrtsgesellschaft, die über eine Flotte von etwa 200'000 Tonnen verfügte. Die ersten vier Schiffe, die Stinnes bauen liess, nannte er «Hindenburg», «Tirpitz», «Ludendorff» und «Havenstein». Der Name des Zivilisten Havenstein tauchte in dieser Serie deshalb auf, weil, wie eine Stinnes-Schrift erklärte, es der Name des «einzigsten Mannes» ist, «den die Novemberrevolution des Jahres 1918 nicht von seinem Platz hat hinwegfegen können». Havenstein war von 1908 bis zu seinem Tode im Jahre 1923 Präsident der Reichsbank.

Die fast durchweg bissigen zeitgenössischen Charakterisierungen des Hugo Stinnes sind ungezählt. Eine der bittersten und entlarvendsten stammt von Walter Rathenau: «Er ist ein Zweckmensch jenseits von Geist und Gottheit, würde aber, wenn er die ganze deutsche Wirtschaft in Magen und Mastdarm geschlungen hätte, sich noch als Retter des Vaterlandes feiern lassen.» Obwohl Bert Brecht meinte, einem Kapitalisten Egoismus vorwerfen heisse ihm zum Vorwurf machen, dass er ein Kapitalist sei, wollte Hugo Stinnes seinem Handeln weder Egoismus noch kapitalistische Profitsucht unterlegen lassen. Lieber sah er sich als Weltverbesserer und Menschheitsbeglückter angesprochen. «Hugo Stinnes hat – und das ist einer der unsympathischsten Züge seines Charakters – es aber auch schon zu seinen Lebzeiten für notwendig gehalten, sein wirtschaftliches Handeln stets ethisch zu verbrämen», schrieb Richard Lewinsohn. «Wenn er auch zugab, dass sein Zusammenraffen doch schliesslich nur ihm und seiner Familie zugutekam, so unterliess er doch nie, zu betonen, dass er mit allem, was er tat, nur seinem Volke und seinem Vaterland nützen wollte. Der Mann, der nichts für Kunst und Wissenschaft, kaum etwas für allgemeine Wohltätigkeit übrig hatte, hielt sich im Grunde seiner Seele zweifellos für einen unerhörten Altruisten, für einen unermüdlichen Wohltäter der Menschheit. Auch darin war er der typische, aufgeklärte Industriemonarch, der zwar nichts durch

das Volk tun lassen wollte, aber vermeintlich alles für das Volk tat.»

Neben diesem König der Inflationsgewinnler «beglückten» noch eine ganze Reihe von Grossfürsten der Inflation das Volk. Mitten im Inflationsgeschäft starb Anfang 1922 der Magus der Börse – Hugo Herzfeld. Nach bescheidenen Schätzungen soll er eine Milliarde an Papiergeld, die einem Wert von etwa 17 bis 18 Millionen Goldmark entsprach, hinterlassen haben. Das Geld hatte er ausschliesslich durch den Handel mit Aktienpaketen und Krediten verdient. Stinnes, Wolff und Flick waren bei ihm bevorzugte Kunden. Ein anderer Kapitalhändler, Otto Markiewicz, der sich nach dem Kriege vor allem mit Kommunalanleihen abgab – er nahm Kredite auf, die er wieder gegen hohe Zinsen verlieh –, stieg schnell zum reichsten Mann Berlins auf. Selbst Grossstädte wie Hamburg und München standen bei ihm mit Hunderten Millionen Mark in der Kreide. Er starb überraschend am Neujahrstag 1921. Während Herzfeld und Markie-

Während der Inflationszeit – Glücksspiel auf der Strasse



wicz auf Grund ihres frühen Todes schnell vergehende Sternschnuppen am Börsenhimmel waren, entwickelten sich Otto Wolff und Friedrich Flick dort zu leuchtenden Sternen erster Ordnung. Nachdem Otto Wolff und sein Kompagnon Ottmar Strauss durch Kriegsgewinne eine Menge Kapital angehäuft hatten, brachte ihnen die Nachkriegsentwicklung weiterhin erhebliche Möglichkeiten, ihren angeschwollenen Besitzstand zu erweitern. Wie im Kriege hielten die beiden Partner ihre Arbeitsteilung bei: Wolff kümmerte sich um den Konzern, Strauss war vor allem für die Verbindungen zu den politischen Mächten zuständig. Beide waren grosszügige Geldgeber, wenn es politisch notwendig war. Während der Novemberrevolution finanzierte Strauss der Ebert-Regierung als seinen Beitrag zur Unterdrückung der Revolution das Regiment «Reichstag». Auch die Mittel für die Bildung des preussischen Sekretariats für öffentliche Ordnung, das ebenfalls konterrevolutionäre Funktionen hatte, kamen von ihm. Um seine Geldanlagen zu kontrollieren, trat Strauss als Geheimer Regierungsrat gleich selbst in das neue Amt ein. Er war es auch, der die gesellschaftlichen Kontakte für den Konzern pflegte. Im Berliner Hotel Kaiserhof gab er zahllose pompöse Empfänge und opulente Essen, bei denen sich die Regierungsprominenz drängte. Besonders eng war seine Freundschaft mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preussens, Paul Hirsch. Dennoch war Strauss kein Freund der neuen Republik. Sein «Ordnungssinn» liess ihn fälschlicherweise auf den Kapp-Putsch setzen. Nach diesem politischen Fauxpas musste er sein Regierungsamt wohl oder übel zur Verfügung stellen. Dieser Rückschlag behinderte allerdings nicht die Entwicklung des Konzerns, der aber mehr und mehr von der Persönlichkeit Otto Wolffs geprägt wurde. Während der Inflationszeit gelang es den beiden Kompagnons, die renommierte, mit einem Aktienkapital von 300 Millionen Mark ausgestattete Phoenix AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb zu erobern. In dieser Aufkaufperiode kamen anschliessend noch die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen, die Wissener Eisenhütten AG, die Rheinischen Stahlwerke und einige Schiffahrts-

unternehmen, darunter eine wesentliche Beteiligung am Norddeutschen Lloyd, hinzu. Bemerkenswert an Otto Wolff war vor allem, dass er stets bereit war, neue Wege bei der Realisierung seiner Geschäftsinteressen einzuschlagen. So schloss er zum Beispiel als erster deutscher Grossindustrieller 1922 mit der Sowjetunion einen Konzessionsvertrag ab.

Vorstoss nach Mitteldeutschland

Auch Friedrich Flick nutzte weiterhin die für ihn kostbare Zeit der Inflation. Wie erwähnt, hatte er 1922 die Aktien der Oberschlesischen Eisenindustrie AG (OEI) erworben. Jenes Aktienpaket begann er nun für den Aufbau eines neuen Stahlreiches in Mitteldeutschland zu aktivieren, wo der grösste Kunde der OEI sass. Dieser Geschäftspartner, die Linke-Hofmann-Lauchhammer AG, LHL genannt, produzierte nicht nur den meisten Stahl in Mitteldeutschland, sondern verfügte auch über bedeutende Verarbeitungskapazitäten. Zu ihr gehörten die Stahlwerke in Hennigsdorf, Lauchhammer, Burghammer, Gröditz und Riesa, die Linke-Hofmann-Werke in Breslau und die Waggon- und Maschinenfabrik in Bautzen.

Flick nutzte die enge Verbindung seiner OEI mit der LHL geschickt aus, um in die mitteldeutsche Stahlindustrie einzubrechen. Dabei stiess er jedoch schnell auf einen ernsthaften und sehr potenten Rivalen – die AEG, Deutschlands zweitgrössten Elektrokonzern. Ebenso wie der Siemens-Konzern, der sich mit der Stinnesschen Rhein-Elbe-Union verbunden hatte, suchte auch die AEG Anschluss an die Schwerindustrie. Für eine Verbindung zwischen der AEG und der LHL gab es sogar bereits konkrete Grundlagen. Sie hatten gemeinsam das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf bei Berlin errichtet, und LHL-Generaldirektor Friedrich Eichberg besetzte einen Platz im AEG-Aufsichtsrat.

Flick besass dagegen in dem kaufmännischen Direktor Friedrich Möller ein «Trojanisches Pferd» bei der LHL. Als herauskam, dass Möller seine Interessen vertrat, scheute sich Flick, die Initiatorenschaft für das Komplott zu übernehmen. Flick:

«Unser alter Freund Friedrich Möller bat mich, bei Linke Einfluss zu gewinnen.» Möller hatte dafür gesorgt, dass Flick ohne Wissen von Eichberg Werkanlagen der LHL-Gruppe besichtigen und dadurch besser disponieren konnte. In einem vertraulichen Protokoll schätzte Flick die Ausgangssituation ein: «Die Linke-Gesellschaft wird beherrscht vor allem durch zwei Persönlichkeiten, das sind Herr Generaldirektor Dr. Eichberg und neben ihm Herr Goldschmidt, der Geschäftsinhaber der Nationalbank, der auch im Aufsichtsrat die grösste Rolle spielt.»

Widerstrebend musste LHL-Generaldirektor Dr. Eichberg schliesslich einem Interessengemeinschafts-Vertrag zwischen der OEI und der LHL zustimmen. Es liegt nahe, dass Bankier Jacob Goldschmidt sich für eine solche Vereinbarung zwischen zwei seiner Geschäftspartner stark machte. Mit diesem Vertrag hatte Flick bei der Linke-Hofmann-Gruppe immerhin schon mehr als einen Fuss in der Tür. Eichberg hoffte zuvor noch vage, dass es Flick, wie er versichert hatte, wirklich nur um produktionstechnische oder absatzfördernde Vorteile bei der neuen Verbindung ging, doch Flick dachte keinen Augenblick daran, sich damit zufriedenzugeben. Schritt für Schritt tastete er sich an einen Zusammenschluss der beiden Konzerne heran. Bald konnte er seinen engsten Mitarbeitern den weiteren Fortschritt der Dinge vorstellen: «Die Vereinigung mit der Linke-Gesellschaft ist so gedacht, dass die OEI auf Linke übergeht, und zwar im Wege der Fusion unter Zugrundelegung eines Wertverhältnisses 1 : 1, d.h., dass für eine OEI-Aktie eine Linke-Aktie gegeben wird. Danach würden wir für unseren Besitz in Höhe von 80 Millionen Linke-Aktien zu bekommen haben. Ich habe es jedoch erreicht, dass wir als Besitzer des Mehrheitspaketes ein Agio⁵ von rund 25 Millionen Mark Linke-Aktien bekommen, d.h., dass wir nicht 80 Millionen, sondern nominal 105 Millionen Mark Linke-Aktien erhalten. Diese Angelegenheit muss streng vertraulich behandelt werden, da wir sonst von den übrigen Aktionären – hauptsächlich aber von Herrn Dr. Eichberg – sehr erhebliche Vorwürfe bekommen würden.»

Eichberg im Netz

Doch noch war die Vereinigung der beiden Gesellschaften nicht perfekt. Da Jacob Goldschmidt sowohl mit der Gruppe AEG/Eichberg als auch mit Flick geschäftlich eng verbunden war, beabsichtigte er anfangs nicht, sich an dem Tauziehen zwischen den beiden Rivalen zu beteiligen; denn ihm lag nichts daran, dass bei der Fusion beider Konzerne erhebliche Verschiebungen der bisherigen Kapitalanteile eintraten.

Flick, der das zu erledigende Wild schon voll im Visier hatte, blieb jedoch zielstrebig und sprungbereit. Eine Gelegenheit, weiter voranzukommen, bot sich ihm, als Eichberg den unglücklichen Ehrgeiz entwickelte, neben seinem Aufsichtsratssitz bei der Goldschmidt-Bank noch einen Aufsichtsratsposten bei einer weiteren Grossbank, der von Carl Fürstenberg geführten Deutschen Handelsgesellschaft, zu übernehmen. Eichberg, der die zwischen den Grossbanken bestehende Rivalität kannte und dem die Sache deshalb selbst nicht ganz geheuer war, wandte sich ausgerechnet an Flick um Rat, ob er den angebotenen Aufsichtsratsposten annehmen sollte. Der gerissene Siegerländer, der genau wusste, was für Folgen das haben musste, empfahl Eichberg natürlich die Annahme des Aufsichtsratspostens und liess ihn dadurch bewusst ins offene Messer laufen. Goldschmidt regte sich dann über das Ganze auch so auf, wie es Flick vorausgesehen hatte, und bestrafte den vermeintlichen «Überläufer», indem er sein LHL-Vorzugsaktienpaket kurz entschlossen an Flick abtrat und ihn damit zum Mehrheitsaktionär bei der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe machte. Eichberg, der gerade dabei war, den mit Flick paktierenden Direktor Möller rauszuwerfen, hielt erschrocken inne, als er die Nachricht von der Änderung der Mehrheitsverhältnisse bei der LHL bekam. Der Schreck war Eichberg so mächtig in die Glieder gefahren, dass er bei den nun folgenden Aussprachen mit Flick viel Verständnis für die neuen Machtverhältnisse und die Flickschen Interessen bewies. Flick zeigte sich dafür erkenntlich, indem er Eichbergs private Spekulationsschulden übernahm und ihm die Leitung der um die OEI vermehrten LHL-Gruppe überliess, allerdings be-

wacht von dem befreundeten Friedrich Möller, den er in den Aufsichtsrat delegierte.

Sachwertieber

Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Eroberungszug, der ihm die Kontrolle über die mitteldeutschen Stahlwerke brachte, konnte Flick beruhigt das Ende der Inflation zur Kenntnis nehmen. Sein grosses Imperium war abgerundet und stand zudem auf festeren Füßen als das der spektakulären Inflationsgewinnler Stinnes, Barmat und Wolff. Kennzeichnend für Flick war, dass er trotz der Gunst der Stunde nicht wahllos Sachwerte zusammengerafft, sondern sich immer noch einen Sinn für industrielle Zusammenhänge und schnelle Zwischengewinne bewahrt hatte. Er besass daher am Ende der Inflation als einziger der ganz grossen Profiteure kein Sammelsurium von Betrieben aller Gewerbezweige, sondern einen relativ organischen und harmonisierenden Industriekomplex.

Das brachte ihm – obwohl Inflationsgewinnler par excellence – dauernden Erfolg und damit einen seriösen Ruf. Der Bankier Hans Fürstenberg lobte Flick in seinen Erinnerungen: «In meinen Augen ist Flick ... kein Spekulant, sondern ein genial veranlagter, haarscharfer Rechner und ein sehr erfahrener Industrieller. Vielleicht ist er sogar der bedeutendste Industriekapitän der Welt in unserem Zeitalter.» Von Seiten eines Bankiers sicher keine überraschende Stellungnahme. Tatsächlich erhielten die Bankleute gerade bei Flick ihre Kredite immer mit Gewinn zurück. Haarscharfes Rechnen und industrielle Erfahrung allein hätten Flick während der Inflation allerdings nicht viel genutzt, wenn er nicht, wie auch die Stinnes und Co., ein überragendes Pumpgenie gewesen wäre. Die «Leistungen» der grossen Inflationsgewinnler bestanden ja vor allem darin, dass sie bei den Banken und anderen Geldgebern riesige Kredite aufnehmen konnten, was nicht allzu vielen Leuten vergönnt war. Es kam fast einem Gnadenakt nahe, wenn sich eine Bank während der Inflation überhaupt noch bereit erklärte, einem gewöhnlichen Kunden ein Konto einzurichten. Die Banken

waren an dem üblichen Kundendienst kaum noch interessiert, da ihnen Konten in Höhe von ein paar Millionen Mark – umgerechnet wenige Dollar – keinen Profit brachten und zuviel Verwaltungskosten verursachten. Das ging so weit, dass die Banken mitunter sogar von alten Kunden, deren früher oft namhafte Einlagen zu einem Bruchteil ihres ehemaligen Wertes zusammengeschrumpft waren, recht barsch verlangten, ihre Konten aufzulösen.

Viele Sparer – meist aus dem Mittelstand – versuchten, der Geldentwertung durch Aktienspekulationen über die Banken oder die Börse zu entgehen. Der Andrang zur Börse wurde so ungeheuer gross, dass sie mehr und mehr einem öffentlichen Jahrmarkt glich. Kenner Richard Lewinsohn bemerkte dazu: «Wenn es auch nur einem kleinen Teil derer, die sich darum bewarben, gelang, Eingang zur Börse zu finden, so stieg doch die Zahl der Besucher der Berliner Fondsbörse auf mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit. Und wie die Grossbanken ihre Paläste auf stockten, neue Gebäude für ihre Bureaus erwarben, Dutzende von Depositenkassen gründeten, und in jedem verfügbaren Laden ein Bankgeschäft einzog, so musste auch die Berliner Börse anbauen. Am 6. Dezember 1922 wurde als sinnfälliges Zeichen der Inflationskonjunktur in der Burgstrasse ein vierter Saal für den Effektenverkehr eröffnet. Zwar prophezeiten schon damals witzige Börsenleute mit einer Anspielung auf den Friedhof in Weissensee (wo gleichzeitig eine Halle gebaut wurde – M.O.), dass die Beerdigung der Börsenhause von der neuen Halle aus stattfinden würde, aber der Bau lohnte sich noch: ein volles Jahr nahm das Geschiebe der Sechstausend durch die vier Börsensäule unvermindert seinen Fortgang.»

Die Vorkriegsscheu vor der Aktie war gewichen, die negativen Erfahrungen mit den Kriegsanleihen und Renten wirkten sich aus. In dieser Zeit kaufte man vor allem Aktien, nicht um die Dividende einzustreichen, sondern um den Wert seines Geldes zu halten oder möglichst zu vermehren. Brauchte man Bargeld, stiess man die Aktien eben wieder ab, aber ansonsten waren die Sachwerte begehrt wie nie zuvor. Diese Flucht in die



Wechselstube während der Inflationszeit

Sachwerte brachte sogar den sonst nicht gerade auf Rosen gebetteten Malern und Bildhauern einen blühenden Absatz. Um sich vor Geldverlusten zu schützen, horteten viele finanzkräftige Bürger wahllos Bilder und Plastiken, um sie in günstigeren Zeiten zu Geld zu machen.

Die Sucht nach beständigen Werten war so gross, dass sich viele Ladenbesitzer weigerten, bestimmte Dinge gegen Inflationsgeld zu verkaufen, und ihre Kunden so behandelten, als ob diese sie ausrauben wollten. In der Wirtschaft und auch im privaten Bereich ging man seit Ende des Jahres 1922 dazu über, nur noch zum Dollarkurs oder nach Goldmarkwert Geld zu verleihen. Es hatte sich gezeigt, dass selbst die höchsten Zinsen und Risikoprämien – mitunter bis zu 300 Prozent im Jahr – den Gläubiger nicht vor der Geldentwertung schützen konnten. Die Schuldsummen mussten jetzt also am Fälligkeitstage wieder in Höhe des festgelegten Dollar- oder Goldmarkbetrages zurückgezahlt werden.

Die Banken sicherten sich allerdings auch dadurch, dass sie ihre Kredite an die grossen Spekulanten auf Kosten der Reichsbank erteilten, die unbeirrt von den Verhältnissen zu geringen Zinssätzen Papiermarkkredite an die Banken vergab.

Bankrott nichts Unmoralisches mehr

Durch die Inflation geriet das normale Preisgefüge allmählich völlig durcheinander. Da jeder Verkäufer von Sachwerten ein hohes Sicherheitsbedürfnis hatte, legte er nach Gutdünken noch einen erheblichen Aufschlag auf die Preise. Der bürgerliche Ökonom Heinrich Bechtel konstatierte klagend: «Die schon durch den Krieg geschwächte Geschäftsmoral hatte gegen Ende der Inflation einen kaum noch zu unterbietenden Tiefstand erreicht. Anständigkeit aus Überzeugung galt als ebenso weltfremd wie Unentschlossenheit oder Ungewandtheit, mit der Sachlage fertig zu werden, von den Schlaunen und Bedenkenlosen als Dummheit bezeichnet.» Bechtels Kollege M.J. Bonn kam zu einer ähnlichen Auffassung: «In der Inflation war der alte kaufmännische Ehrenkodex, Schulden müssen bezahlt werden, über Bord geworfen worden. Führende Industrielle brüsteten sich beinahe damit, dass sie ihre Obligationäre betrogen und die Aktionäre überlistet hatten. Sie hatten zwar nicht die Absicht, ihre neu eingegangenen ausländischen Verpflichtungen nicht zu erfüllen, in ihren Augen war aber ein Bankrott nichts Unmoralisches mehr, sondern ein Werkzeug wirtschaftlicher Politik oder wirtschaftlicher Kriegführung.»

Doch ewig liess sich die Inflation nicht fortsetzen. Die Staatsautorität zerbröckelte; so wurden zum Beispiel Geldstrafen leichten Herzens mit entwertetem Papiergeld gezahlt. Die Warenverknappung nahm noch drastischere Formen an, unter anderem, weil viele Bauern keine Lebensmittel mehr für den Markt lieferten. Die soziale Unruhe in der Arbeiterklasse, deren Löhne hinter den Preisen immer hoffnungsloser zurückblieben, begann für die Besitzenden bedrohlich zu werden. Rund 70 Prozent der Arbeiter waren im Oktober 1923 arbeitslos oder nur noch teilbeschäftigt. Wie in schlimmsten Kriegszeiten ging

die Stadtbevölkerung wieder aufs Land, um auf den abgeernteten Feldern nach Getreide, Kartoffeln und Rüben zu suchen. Auch im zunehmend verelendenden Mittelstand, dem viele der ruinierten Sparer, Rentner und Anleihebesitzer angehörten, gäbe es unheilverkündend.

Die Grossbourgeoisie sann nach neuen Lösungen, zumal sie mehr und mehr in Gefahr geriet, ihre Produktionsanlage an die durch die Inflation begünstigte ausländische Konkurrenz zu verlieren. Auf Grund der starken Kaufkraft ihrer Goldwährungen «kauften die Ausländer rücksichtslos in der deutschen Wirtschaft auf, was zu bekommen war. Hausbesitzer verkauften an sie ihre Häuser, Fabrikanten ihre Betriebe, Sammler ihre Wertstücke» (Bechtel). Die Inflation hatte zudem ihre Aufgabe erfüllt. Während die finanziellen Folgen des Krieges den breiten Massen des Volkes auferlegt worden waren, konnte sich die Grossindustrie von ihren Obligationsschulden in Höhe von 6 Milliarden Mark befreien, und auch der Grossgrundbesitz war schuldenfrei geworden. Die ökonomische Basis des Monopolkapitals hatte sich gefestigt. Einflussreiche Kreise der Grossbourgeoisie befreundeten sich daher mit dem Gedanken, wieder



Trotz aller Not! Wegen Ährenlesens auf abgeernteten Feldern als Felddiebe abgeführt

zu einer stabilen Währung zurückzukehren. Nicht unwesentlich dabei war, dass das amerikanische Finanzkapital offensichtlich erkannt hatte, dass die anhaltende Währungskrise revolutionäre Gefahren heraufbeschwor. Diese Entwicklung, so kalkulierten die Herren der Wallstreet, konnte Deutschland unter Umständen daran hindern, die ihm zuge dachte Rolle als Speerspitze gegen die Sowjetunion einzunehmen. Deshalb stellten solche Leute wie Rockefeller und Morgan für den Fall der Beendigung der Inflation grössere Dollaranleihen an die deutsche Grossindustrie in Aussicht.

Im Oktober 1923 wurde schliesslich die Stabilisierung der Währung beschlossen. Das Projekt der Rentenmark, das nach anfänglichem Zögern Hjalmar Schacht vertrat, wurde von der Regierung durch ein Ermächtigungsgesetz bestätigt. Damit endete das Tauziehen zwischen den führenden Kräften des deutschen Finanzkapitals um die verschiedensten Varianten, bei denen man vorher besonders dem Roggenmarkprojekt des ehemaligen Vizekanzlers Karl Helfferich gute Chancen gegeben hatte.

Die Ausgabe der neuen Rentenmarkscheine begann am 15. November, einen Tag später wurde der Druck der Inflationsnoten gestoppt. Flickfreund Hjalmar Schacht, der die Aktion als Wahrungskommissar geleitet hatte, erhielt im Dezember 1923 seine Ernennung zum Reichsbankpräsidenten. Ein gutes Omen für Friedrich Flick für die nun folgende Stabilisierungsperiode; denn Schacht besass nach dem erfolgreichen Wahrungsexperiment grosse wirtschaftliche Autorität und bedeutenden Einfluss. Der Mann, von dem ein Zeitgenosse meinte, dass er mit seinem hohen, steifen Kragen – der letzte echte Vatermörder –, seinem komischen eckigen Gang, dem geteilten Haar, dem etwas platten Gesicht und dem Zwicker auf seiner aufgestulpten Nase eine Zielscheibe der Karikaturisten war, wurde von weiten Kreisen einer vorher inflationssuchtigen Bourgeoisie zum Helden und Retter des Vaterlandes hochstilisiert. Die Erleichterung in der Bevölkerung über die Beendigung der Inflation versuchte das Grossburgertum zu nutzen, indem es im Wahlkampf den Slogan

verbreiten liess: «Wer hat die Rentenmark gemacht? Das ist der gute Doktor Schacht!»

Steigen oder Fallen

«Deutsche Währung stabil!», «Rentenmark behauptet sich!», so und ähnlich riefen die Berliner Zeitungsverkäufer am Alexanderplatz, in der Friedrichstrasse und am Zoo die Schlagzeilen der hauptstädtischen Presse aus. Die meisten Bürger atmeten auf, denn endlich schwand der Wert des sauer verdienten Geldes nicht mehr dahin wie Wasser aus einem lecken Fass. Viele der kleinen Währungsschieber, die besonders in den Strassen um den Zoo ihr Domizil hatten, waren dagegen von diesen Meldungen beunruhigt. Es war nicht die altgewohnte geschäftige, ameisenartige Unruhe, die sie sonst beim Wechseln der Dollar, Pfund, Kronen und Mark umhertrieb. Jetzt bildeten sie kleine besorgte Gruppen, steckten ratlos die Köpfe zusammen und besprachen die neuentstandene Lage.

Warum standen sie überhaupt noch dort? Sie konnten und wollten es einfach nicht glauben, dass die jahrelange Inflation nun wirklich, so, wie sie es sehen mussten, praktisch von heut auf morgen vorbei sein sollte und die Zeit der blühenden Wechselgeschäfte für sie nie mehr wiederkehren würde. Krampfhaft klammerten sie sich an die Hoffnung, dass die jetzt begonnene Aktion genauso im Sande verlaufen würde wie bereits früher versuchte Stabilisierungsmassnahmen für die Mark. Tatsächlich gab es auch nach wie vor grosse Unsicherheit über das Gelingen des Währungsexperimentes. «Am 21. November», so schrieb Felix Pinner in der «Weltbühne», «war der Stabilisierungskurs von 4,2 Billionen Mark erreicht, aber niemand wusste damals noch, ob dieser Kurs von der Reichsbank als Stabilisierungskurs designiert sei und ob er zu halten sein würde. Das hing von dem ‚Klappen‘ der Rentenmark-Emission, von der Ordnung der Budgetverhältnisse, von dem inländischen und ausländischen ‚Mitgehen‘ ab. In Köln wurden in jenen Tagen Dollarkurse von 8, vorübergehend sogar von 12 Billionen Mark genannt. Es lag keineswegs ausser dem Bereich der Möglichkeit, dass der Sta-

bilisierungskurs von 4,2 Billionen Mark überrannt werden würde.»

Auch für die grossen Wirtschaftsbosse, die sich zwar nicht wie die kleinen Wechselspekulanten nach einer neuen Beschäftigung umsehen mussten, schuf die Einführung der Rentenmark eine veränderte Situation. Das Sprachrohr des Grosskapitals, «Die Frankfurter Zeitung», gab das neue Motto aus: «Bisher wollte jeder an dem Marksturz verdienen; und deshalb fiel die Mark. Jetzt muss man sich darauf umstellen, an der stabilen Mark zu verdienen.» In der Tat, während in der Inflationszeit eine wilde Aufkaufpolitik herrschte, spielten nun solche Faktoren wie Leistungsfähigkeit der Unternehmen, Produktionskosten, Umsatz und Gewinn für den geschäftlichen Erfolg wieder eine grössere Rolle. Für viele der Inflationsgewinnler, die sich nicht schnell genug auf die neuen ökonomischen Erfordernisse einstellen konnten und denen es bis zur Einführung der Rentenmark nicht gelungen war, ihre Bankschulden zurückzuzahlen, sollte bald das Sprichwort zutreffen: Wie gewonnen, so zerronnen.

Inflationsgewinnler in Nöten

Selbst Hugo Stinnes, der Inflation grösstes Wunderkind, kam in Schwierigkeiten. Seinen kaum übersehbaren Konzern zusammenbrechen zu sehen blieb ihm allerdings erspart; denn schon im ersten Stabilisierungsjahr 1924 starb er nach einer Gallenoperation. Was man diesem gefürchteten und vielgehassten Hasardeur im Kreise seinesgleichen noch notgedrungen zugestanden hatte, galt jedoch nicht für seine Erben, wie diese sehr bald und sehr schmerzhaft erfahren mussten. Einem Rudel Wölfe gleich, stürzte sich die finanzgewaltige Geschäftswelt auf das riesige Stinnes-Erbe. Froh, den gefährlichen Aufkäufer endlich losgeworden zu sein, machten sich viele daran, einen dicken Brocken aus der sich überraschend bietenden Beute herauszureissen. Der rührige Jacob Goldschmidt von der Danatbank führte das Exekutivkomitee der Banken, das den Ausverkauf des Stinnes-Konzerns leitete. Seinen englisch-amerikanischen Freunden



Inflationsgeld wird zu Altpapier gepresst

schob er dabei zum skandalös niedrigen Preis von 12,5 Millionen Mark die Stinnes-Aktien an der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft zu. Andere Gläubiger, wie die Badische Anilin- und Soda-Fabrik und die Hapag, griffen gierig nach den Braunkohlengruben und der Schiffsflotte. Nach der ersten Plünderung sorgte Goldschmidt dafür, dass die Stinnes-Erben auf den Restkonzern eine 25-Millionen-Dollar-Anleihe zur weiteren Schuldentilgung erhielten, wodurch der Konzern völlig unter die Kontrolle amerikanischer Gläubiger geriet.

Drohte Friedrich Flick ähnliches? Dem Wirtschaftsjournalisten Ernst Neckarsulmer schien im Jahre 1925 Flicks Stellung fragwürdig zu sein, als er schrieb: «Heute ist Friedrich Flick ein reicher, sogar ein sehr reicher Mann, aber er war ein Kind der Konjunktur, und die grossen Zeiten für ihn, die Tage der Ankäufe von Aktienpaketen, von grossen Umtauschoperationen und ähnlichen Geschäften sind auf lange Zeit vorüber.» Hier unterlief Neckarsulmer eine Unterschätzung der Flickschen Persönlichkeit und vor allem seiner ökonomischen Möglichkeiten. Das war zu dieser Zeit nicht weiter verwunderlich, denn Flick stand eigentlich noch immer am Anfang seiner Karriere, und aufsehenerregende Finanzkrisen und Skandale von Inflationsgrössen erschütterten bis in das Jahr 1925 hinein die Öffentlichkeit.

Der Kutisker-Skandal

Da war der Fall Kutisker – hier ging es nicht nur um die Finanzpleite eines Inflationsgewinners, sondern um einen handfesten politischen Skandal, in den hohe Beamte des preussischen Staates verwickelt waren. Der litauische Staatsbürger Kutisker handelte vor allem mit alten Heeresbeständen. Durch seine erfolgreichen Geschäfte war es ihm gelungen, während der Inflation das angesehenes Bankhaus E. v. Stein in seinen Besitz zu bringen und mit dessen Hilfe in enge Geschäftsbeziehungen zur Preussischen Seehandlungsgesellschaft, wie sich die Preussische Staatsbank nannte, zu kommen. Die Preussische Seehandlungsgesellschaft, die die flüssigen Gelder des preussi-

schen Staates gewinnbringend nutzen sollte, hatte Kutisker aus dem Staatshaushalt einen Kredit von immerhin 14 Millionen neuen Mark gewährt.

Die Deckung, die Kutisker dafür zu bieten hatte, bestand, wie sich später herausstellte, fast nur aus Potemkinschen Dörfern. Für ein Lager mit Heeresbeständen, das er in Hanau unterhielt, gab er einen Wert von 4 Millionen Mark an, der wirkliche Wert lag jedoch höchstens bei 800'000 Mark. Angeblich hatte die rumänische Regierung für die Bestände dieses Lagers sogar 9 Millionen Mark geboten. Mit solchen, zum grössten Teil völlig aus der Luft gegriffenen Geschichten und «gepflegten Beziehungen» zu den massgebenden Beamten bekam Kutisker nicht nur seine Kredite, sondern auch ihre ständige Verlängerung bewilligt. Der Schwindel flog erst auf, als ein früherer Geschäftspartner eine Klage Kutiskers mit einer Gegenklage, die sich auf betrügerische Manipulationen bezog, beantwortete. Bei den polizeilichen Ermittlungen wurde dann klar, dass die Gelder der Seehandlungsgesellschaft auf Nimmerwiedersehen verschwunden waren und als Konkursmasse nur ein Haus in Berlin-Grunewald und ein Auto übrigblieben. Auch die Verhaftung der preussischen Finanzräte Rühle und Hellwig sowie Kutiskers selbst änderte nichts mehr daran, dass die Steuerzahler des Landes Preussen 14 Millionen Mark verloren hatten.

Die Gebrüder Barmat im Konkurs

Der Kutisker-Skandal war noch in aller Munde, als es am Silvestermorgen 1924 bereits wieder eine spektakuläre Polizei- und Justizaktion in Sachen Finanzbetrug gab. Verhaftet wurden nun die vier Brüder Barmat, wenig später kamen etliche Direktoren und Prokuristen der Barmat-Betriebe hinzu. Ein fünfter Barmat-Bruder, der in den Niederlanden die Geschäfte leitete, konnte sich der Verhaftung entziehen. Worum ging es bei den Barmats? Der Begründer des Konzerns, Julius Barmat, der nach der Jahrhundertwende aus dem zum zaristischen Russland gehörenden Polen nach Amsterdam ausgewandert war und dort einen schwunghaften Handel mit den verschiedensten Dingen,

unter anderem mit Tulpenzwiebeln, Klavieren und Lebensmitteln begonnen hatte, wurde während des ersten Weltkrieges zu einem reichen Mann. In der Nachkriegszeit ging es mit dem Geldverdienen munter weiter. 1919 nahm er Kontakt mit deutschen Regierungsstellen auf und erhielt von ihnen Aufträge für Lebensmittellieferungen in Höhe von 18 Millionen holländischen Gulden.

Im Jahre 1923 zog es Julius Barmat nach Berlin. Auf Empfehlung des ehemaligen sozialdemokratischen Reichskanzlers Gustav Bauer und des sächsischen Gesandten in Berlin, Gradnauer, kam er in enge Geschäftsbeziehungen zur Preussischen Seehandlungsgesellschaft. Nach und nach bekam er von ihr Kredite in Höhe von fast 15 Millionen Goldmark. Dieses Geld, für das er der Seehandlungsgesellschaft 20 Prozent Zinsen im Jahr zahlen musste, verlieh Barmat für einen noch höheren Zinssatz an kleine und mittlere Industrieunternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren. Da vielen die Rückzahlung der Kredite nicht gelang, wurden sie meist Eigentum des ehrenwerten Wucherers. Innerhalb von Jahresfrist zimmerte sich Barmat so einen Konzern von etwa 40 Unternehmen zusammen, dem auch grössere Betriebe, wie die Eisenmatthes AG in Magdeburg, die Berlin-Burger Eisenwerke und die Maschinengieserei I. Roth, angehörten.

Den gleichen Trick wie Kutisker, der für seine Transaktionen ebenfalls eine ehemals seriöse Privatbank als Aushängeschild benutzte, wandte, wenn auch in grösserem Stil, Julius Barmat an. Er hatte für seine Geschäfte gleich eine ganze Reihe von Bankinstituten zur Verfügung, auf die er sich vorher beherrschenden Einfluss verschafft hatte. Zu ihnen gehörten die Deutsche Mercurbank in Berlin, die Allgemeine Garantiebank AG, die Preussische Hypotheken-Aktienbank, die Allgemeine Handelsbank AG in Amsterdam, die Bremer Privatbank AG und das Bankhaus Sannemann & Co. in Magdeburg. Julius Barmat hatte Familiensinn, und da das Geschäft florierte, beteiligte er seine Brüder an den Unternehmungen. Den Barmats gelang es, nicht nur von der Preussischen Seehandlungsgesellschaft Gelder zu

bekommen, auch die Reichspost steuerte etwa 20 Millionen Goldmark für den Barmat-Konzern bei. Die Barmats zeigten sich nicht zimperlich beim Geldbesorgen, so nahmen sie es zum Beispiel besonders gern aus den Kassen der Kommunen, da diese die geringsten Zinsen verlangten. Sogar die Kirche stärkte den Finanzfonds der Barmats; der Bischof von Meissen verlor auf diese Weise 85'000 Mark.

Als spezieller «Dietrich» für die öffentlichen Kassen bewährten sich Julius Barmats Kontakte zu einflussreichen Politikern, wobei er solche sozialdemokratischer und linksbürgerlicher Couleur bevorzugte. Diese Verbindungen schilderte einmal Richard Lewinsohn: «Der Reichstagsabgeordnete Lange-Hegermann zielt den Aufsichtsrat mehrerer Barmat-Gesellschaften, zu dem Reichspostminister Höfle werden beste Beziehungen unterhalten, daneben die Freundschaften mit dem Sozialdemokraten Gustav Bauer, dem Berliner Polizeipräsidenten Richter und seinem besonderen Intimus, dem preussischen Landtagsabgeordneten Heilmann, gepflegt. Dazu werden die Barmatschen Gesellschaften mit hohen Beamten ausgestattet: als Generaldirektor der Hausbank fungiert der frühere Ministerialdirektor Kautz, und nach bewährtem Muster setzt Barmat auch den Kreditdezernenten der Preussischen Staatsbank, der ihm eben noch eine Prolongierung der Millionenkredite bewilligt hat, auf einen Direktorposten seines Konzerns.»

Barmats Höhenflug musste scheitern, als die Kreditkette abbrach, das heisst die fälligen Tilgungsraten nicht mehr durch neue Kredite zurückgezahlt werden konnten. Da er viele Unternehmen mit ungünstiger Ertragslage auf gekauft hatte, liessen sich die notwendigen Kredittilgungen nicht erwirtschaften. Als bei den Barmats alles ins Rutschen kam, stellte sich heraus, dass statt der 95 Millionen Goldmark, die den Wert des Barmat-Konzerns ausmachen sollten, nur etwa 22 Millionen real vorhanden waren. Die Schuldenlast des Konzerns war jedoch bedeutend grösser. Das Gros der Gläubiger, die sich sogar zu einer eigenen Gesellschaft zusammengeschlossen hatten, blieb unbefriedigt. Zu den geprellten Opfern gehörten auch die Preussische Staats-

bank und die Reichspost. Wieder waren Millionen Mark öffentlicher Gelder durch Unterstützung privater Spekulationen verschleudert worden. Der Reichstag und der Preussische Landtag verfügten zwar, um die allgemeine Empörung zu beschwichtigen, die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die Barmat-Kredite waren jedoch verschwunden.

Spekulant Michael flieht ins Ausland

Der nächste Schlag, der die öffentlichen Geldgeber traf, liess nicht lange auf sich warten. Und wieder gehörten die Preussische Seehandlungsgesellschaft und die Reichspost zu den Übervorteilten. Ein weiterer «guter» Kunde, der Inflationsgewinner Jacob Michael, stand vor dem Bankrott. Michael, ein junger Mann von dreissig Jahren, hatte einen glänzenden Aufstieg hinter sich. Als der erste Weltkrieg ausbrach, war er gerade zwanzig, hatte eine kaufmännische Lehre absolviert und verdiente schon eine schöne Stange Geld mit dem damals sehr ungewöhnlichen Handel mit Radium. Der Kaufmannssohn aus Frankfurt am Main musste, wie viele Gleichaltrige, bei Kriegsausbruch die Uniform anziehen. Da ihm jedoch die Front erspart blieb und sein Garnisonsdienst ihm genügend Zeit liess, konnte er weiterhin seiner Profession nachgehen. Der naturwissenschaftlich wie geschäftlich gleichermaßen beschlagene junge Mann erkannte die Kriegswichtigkeit von Wolfram und beschaffte sich, finanziell von seinem Vater unterstützt, die einzige Produktionsstätte dieses seltenen Metalls in Deutschland. Damit gründete er im Erzgebirge eine Gesellschaft, die aus Haldenrückständen das begehrte Wolfram produzierte. In Friedenszeiten wäre das ein unprofitables Unternehmen gewesen, denn das Ausland lieferte Wolfram billiger, doch im Krieg spielte der Preis keine Rolle.

Der so tüchtige junge Mann wurde nun natürlich generell vom Fronteinsatz freigestellt und 1916 sogar aus dem Militärdienst entlassen. Er bedankte sich bei den Förderern seiner kaufmännischen Talente, indem er in demselben Jahr zusammen mit seinem Vater die Handelsgesellschaft Jacob Michael & Co. gründete. Sie beschäftigte sich mit dem Handel von Metallen und

Chemikalien und errichtete noch während des ersten Weltkrieges eine Reihe von Filialen im neutralen Ausland. Aufgabe der Handelsgesellschaft war es vor allem, die deutsche Rüstungsindustrie mit wertvollen Importmaterialien zu versorgen.

Dieser Job lohnte sich für Michael – aber es kam noch besser. Mit seinen durch die Auslandsgeschäfte verdienten Devisen konnte er während der Inflation phantastische Sachwertgewinne erzielen. Anfangs noch in der Branche bleibend, kaufte er einige chemische Betriebe auf, unter anderen die Aktiengesellschaft für Teerindustrie in Heidenau und die Chemische Fabrik Tetrow in Mecklenburg. Dann vom Inflationsfieber gepackt, sammelte er fast zügellos. Er erwarb Fabriken, Verkehrsbetriebe, Handelsunternehmen und sogar Banken. So sicherte er sich beispielsweise wesentliche Beteiligungen an so bedeutenden Geldinstituten wie der Mitteldeutschen Creditbank und der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt am Main.

Am Ende der Inflation gehörte Michael zu den grossen Gewinnern. Doch auch jetzt ging es noch weiter hinauf, weil er rechtzeitig das Abflauen der Inflation erkannt und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen hatte. Da Michael, wie nur wenige, an die Stabilität der neuen Rentenmark glaubte und voraussah, dass nach der Stabilisierung der Mark und der vorangegangenen Flucht in die Sachwerte ein erheblicher Kapitalmangel herrschen werde, begann er, gewaltige Papiermarkmengen anzuhäufen. Im November 1923 tauschte er zu günstigen Kursen – denn kaum jemand wagte das – einen grossen Teil seiner Devisenbestände und Wertpapiere in Rentenmark um.

Michaels Vabanquespiel ging auf, mit der Stabilisierung begann die vorhergesehene Kreditnot, die sich der Jungunternehmer Michael nun zunutze machte. Der Kapitalmangel und die seit der Inflation übliche Risikoprämie bei Krediten brachten ihm auch jetzt noch Monatszinsen bis zu 30 Prozent ein. Und trotz dieser Zinssätze drängte man sich um sein Geld. Diejenigen allerdings, die nicht pünktlich zurückzahlen konnten, verloren meist Haus und Hof an den Wucherer und kamen kaum jemals

wieder in die Lage, einen Kredit aufzunehmen. Jacob Michael pflegte jedoch neben seinen Wuchergeschäften auch weitsichtigere Projekte. Der Reichspost, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten war, stellte er trotz der landesüblichen hohen Zinsen scheinbar selbstlos einen 4,2-Millionen-Goldmark-Kredit zu einem Zinssatz von nur 6 Prozent im Jahr zur Verfügung. Solche kulante Hilfe wollte die Reichspost nicht unerwidert lassen. Nachdem es ihr wieder besser ging, gewährte sie Michael zu ebenfalls günstigen Bedingungen Kredite in mehr als zehnfacher Höhe.

Als die Post dann ihr Geld zurückverlangte, funktionierte Michaels gute Querverbindung zur Preussischen Seehandlungsgesellschaft, die – übrigens auf Empfehlung Schachts – mit einem Betrag von 50 Millionen Mark in die Bresche sprang. Mit der Zeit wurde aber auch Jacob Michael ein Opfer der neuen wirtschaftlichen Situation. Er besass nun zwar viele Sachwerte, das bare Geld ging ihm jedoch langsam aus. Da gegen den vielseitigen Geschäftsmann ausserdem noch einige Prozesse wegen Zinswuchers anliefen und ihm eine strafrechtliche Verfolgung drohte, begannen für ihn die Kreditquellen zu versiegen.

Michael musste sich jetzt trotz ungünstiger Marktlage für Sachwerte zu umfangreichen Verkäufen entschliessen, die den Bankrott in letzter Minute abwenden konnten. Da traf ihn neues Missgeschick. Es kam heraus, dass er zusammen mit Kutisker zwei hohe Beamte der Seehandlungsgesellschaft für eine «unparteiische» Schiedsrichtertätigkeit mit 52'000 Mark bestochen hatte und diese, offenbar als Gegenleistung, einen fälligen Wechsel in Höhe von fast 2 Millionen Mark für ihn diskontiert hatten. Die Angelegenheit beunruhigte Michael so, dass er beschloss, die weitere Entwicklung und eventuelle strafrechtliche Konsequenzen in entsprechendem Abstand abzuwarten. Er verschwand kurzerhand im Ausland. Seine Karriere war damit aber noch längst nicht beendet. Als etwas Gras über die Bestechungsaffäre gewachsen war, betätigte er sich bald wieder geschäftlich in Deutschland und ging 1932 nach Amerika. Dort gründete er die New Jersey Industries Inc. und entwickelte sie

zu einem der führenden amerikanischen Warenhauskonzerne. Nach dem zweiten Weltkrieg trat er übrigens an Inflationstümpfer Friedrich Flick heran und bot ihm seinen in Westdeutschland beheimateten Einzelhandelskonzern, die Emil Köster AG, an. Flick wollte jedoch vom Einzelhandel nichts wissen, und so griff dann der aufstrebende Warenhausmillionär Helmut Horten zu.

Etabliertes Grosskapital reicher und mächtiger

Das Verschwinden Michaels, die anderen Finanzpleiten bekannter Inflationsgewinnler – zeitweilig geriet auch Otto Wolff in Schwierigkeiten – und die in diesem Zusammenhang schlaglichtartig deutlich werdende Korrumpierung einflussreicher Politiker und hoher Staatsbeamter führte zu wachsender öffentlicher Empörung und trug mit zur Desillusionierung breiter Schichten des Volkes über den Charakter der Weimarer Republik bei. Besonders traf das auf den Mittelstand zu, nachdem die Arbeiterklasse bereits in der revolutionären Nachkriegskrise und während der schweren Kämpfe des Jahres 1923 den Klassencharakter des Weimarer Staates drastisch gespürt hatte.

Doch gerade die Empörung gegen die offen zutage getretenen Missstände versuchte das Grosskapital – unangenehm berührt von den demokratischen Elementen der Weimarer Republik – demagogisch für eine rechtsgerichtete Politik auszunutzen. Selbstbewusst äusserte Albert Vogler als Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im März 1924: «Der moralische Mut, das Notwendige rechtzeitig zu tun, belohnt sich immer. Diesen moralischen Mut haben die Hauptvertreter des nachrevolutionären Regimes nicht gehabt. Darum muss man es sich gefallen lassen, dass die Entwicklung über sie hinweggeht.» Und ein Jahr später konnte es sich Carl Duisberg, der mächtige Mann des deutschen Chemiekapitals, erlauben, von der Tribüne des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hinunterzurufen: «Seid einig, einig, einig! Das sollte der ununterbrochene Appell an alle Reichsparteien sein ... Wir hoffen, dass unsere Worte heute auf ein Echo stossen und dass wir den starken Mann finden werden, der uns endlich alle unter einen Hut bringt...»

Die alten Monopolherren, die während der Inflation durch die spektakulären Erfolge der Aussenseiter scheinbar in den Hintergrund gedrängt worden waren, sorgten dafür, dass ihre beherrschenden Machtpositionen in Staat und Wirtschaft zunehmend wieder deutlicher sichtbar wurden. Denn sie gingen aus der schwersten Notzeit unseres Volkes als Herren über riesige Industriekombinate hervor, reicher und mächtiger, als sie jemals gewesen, und in dem Bewusstsein, dass sie die Autorität des Staates tausendfältig überspielt hatten...» (M.J.Bonn).

Aber auch mit den Aussenseitern des Kapitals wollten diese Herren gerne reinen Tisch machen. Bei so mancher Pleite der Aussenseiter mischten sie kräftig mit, indem sie Kredite verwehrten, Wechsel platzen liessen oder durch die Verhängung von Auftragsboykotts negativ auf die Geschäfte der «Neuen» einwirkten. Um Friedrich Flick, der ja trotz aller Erfolge immer noch zu den «Neuen» gehörte, gab es vorerst allerdings keine Krise. Flick hatte nicht nur besser disponiert als seine in immer schnellerer Folge Konkurs anmeldenden «Kollegen», er besass auch stabile Verbindungen zu wichtigen Repräsentanten der jungen Republik und zur etablierten Hochfinanz.

Seine guten Beziehungen zu den verschiedensten Ministerien verschafften ihm lohnende Aufträge und öffneten ihm die Kassen des Staates. Ihm hatten es ebenfalls die Geldeier der Preussischen Staatsbank besonders angetan. Ständig schöpfte er von ihr Kapitalhilfe für seine oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke ab. Der Siegerländer gehörte einem Kreis von Stahl- und Kohlemagnaten an, die ihren oberschlesischen Besitz meist zwar erst in der Nachkriegszeit erworben hatten, aber dennoch kaltschnäuzig ihre «unverschuldete traurige» wirtschaftliche Lage lauthals beklagten. Die Regierung in Berlin folgte ihren Sprüchen, dass sie die «Bewahrer des Deutschtums in Oberschlesien» seien, und zeigte sich beeindruckt von ihren Drohungen, notfalls 40'000 bis 500'000 deutsche Arbeiter zu entlassen. Freigebig drehte sie den Kredithahn auf, so dass allein 1923 36 Millionen Mark der Preussischen Staatsbank nach Oberschlesien flossen. Um daraus aber keinen Dauerzustand



Tonangebend in der Montanindustrie: Albert Vogler, Fritz Thyssen, Emil Kirdorf (v. l. n. r.)

werden zu lassen, drängte der staatliche Kreditgeber auf eine Beschleunigung des Konzentrationsprozesses der oberschlesischen Eisen- und Kohleproduktion, um die Erträge wirksam zu erhöhen. Das war übrigens auch der Wunsch amerikanischer Geldgeber, die davon die Anlage amerikanischen Kapitals abhängig machten.

«Staatspolitisches Interesse»

Obwohl Flick sich bereits intensiv mit der Vorbereitung des Riesenkonzerns der Vereinigten Stahlwerke und des kleineren Konzerns der Mitteldeutschen Stahlwerke beschäftigte, liess er die oberschlesischen Angelegenheiten nicht aus den Fingern: Im Auftrag der Reichsregierung übernahm er die Konzentration und Neuorganisation der oberschlesischen Hütten- und Bergwerke. Wie er später äusserte, bedurfte es dazu erst des Drängens der Regierung, da er mit seinen anderen Angelegenheiten zu dieser Zeit genügend beschäftigt gewesen sei. Biedermann Flick selbst: «Ich habe mich dann schliesslich doch bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen, nachdem ich von der Regierung mit einem Brief aufgefordert wurde mit der Begründung, dass an der

Mitwirkung meiner Person ein ausgesprochen staatspolitisches Interesse bestand. Daher habe ich selbstverständlich nicht mehr ablehnen können, habe auch die Gründung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke als eine Lösung des Problems durchgeführt.»

Das Verfolgen des «staatspolitischen Interesses» war sicher nur ein sehr untergeordneter Aspekt bei Flicks Engagement in Oberschlesien, entscheidend war, wie immer, dass dort Profit und Einfluss lockten. Ergebnis seiner staatlich abgeseigneten Bemühungen waren die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke, die durch den Zusammenschluss folgender Unternehmen entstanden: der Donnersmarck-Hütte, der Oberschlesischen Eisenbedarfs AG, beide im Besitz des Grafen von Ballestrem, und Flicks eigener Oberschlesischer Eisenindustrie AG. Die OEI, die ihm erst vor nicht allzu langer Zeit zur Mehrheit bei der Linke-Hofmann-Gruppe verhelfen hatte, löste er zu diesem Zweck wieder aus jener Gruppe heraus, um sie als seinen Anteil dem neuen Gebilde anzugliedern. Die Verteilung des Aktienkapitals der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke regelte Flick so elegant, dass er selbst 50 Prozent, die Donnersmarck-Hütte und die Eisenbedarfs AG je 25 Prozent erhielten.

Offensichtlich kam den Ballestrems diese Lösung nicht ganz geheuer vor, denn sie beschuldigten Flicks Beauftragten Eichberg, den Chef der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe, offen, dass er durch falsche Buchungen und Bewertungen ihres Besitzes den Anteil Flicks ungebührlich hochgetrieben habe. Diese Vorwürfe lösten einen solchen Wirbel aus, dass sich sogar Regierungsstellen mit dem Fall beschäftigen mussten. Flick, wie immer indigniert über unliebsames Aufsehen, musste, um die Fusion nicht zu gefährden, den Ballestrems schliesslich noch einige Zugeständnisse machen. Reichsfinanzminister Reinhold tat das in Bezug auf früher gewährte Kredite der Preussischen Staatsbank, indem er besänftigend erklärte, «dass man aus moralischen Gründen und dem Gebot der Billigkeit den Anspruch der Werke (auf Erlass der Rückzahlung durch die Balle-

stremms – M. O.) nicht ohne Weiteres ablehnen könne, wenn auch ein Gesetzestitel nicht vorliege».

Die Mehrheitsverhältnisse bei den Vereinigten Hüttenwerken wurden nun so salomonisch geregelt, dass das Zünglein an der Waage für das Entstehen einer Mehrheit zwei Aktien waren, die die Regierung für die staatlichen Kredite erhalten hatte. Flick verfügte aber offenbar über den grössten Rückhalt bei den ausschlaggebenden offiziellen Stellen, denn er wurde Aufsichtsratsvorsitzender des am 26. Juli 1926 gebildeten neuen Konzerns. Verlauf und Ergebnis der Auseinandersetzungen um den Konzern liessen deutlich erkennen, dass Flicks Privatinteressen eine entscheidende Rolle gespielt hatten und seine später bekundete Gleichgültigkeit reine Heuchelei war. Er zeigte sich den persönlichen Belastungen des oberschlesischen Konzentrationsgeschäftes durchaus gewachsen, zumal er es verstand – wie im Falle Eichbergs –, sich eifriger, ähnlich skrupelloser Gehilfen zu bedienen.

Mitarbeiter

Besonders nützlich als Gehilfe wurde ihm in den folgenden Jahren Otto Steinbrinck, ein ehemaliger Kapitänleutnant, der über exzellente Kontakte zu rechten Politikern und Industriellen verfügte. Steinbrinck, der 1923 als Sekretär des Direktors Möller von der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe bei Flick begonnen hatte, wechselte zwei Jahre später in die Schaltzentrale Flickscher Macht, in das Privatsekretariat des Konzernchefs, über. Der forsche siebenunddreissigjährige Jungmanager hatte eine aufsehenerregende militärische Karriere hinter sich und vor seinem Eintritt bei Flick schon einflussreiche Posten in der Wirtschaft innegehabt. Im ersten Weltkrieg war der schneidige kaiserliche Offizier an der Versenkung von 216 Schiffen beteiligt, was ihm als drittem Offizier der Kriegsmarine den Pour le mérite eingebracht hatte. Als auch Steinbrincks Zukunft nach dem Ende des ersten Weltkrieges nicht mehr auf dem Meer lag, war er beim Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der einflussreichen Interessenorganisation der Eisen- und Stahl-

konzerne, untergekommen und hatte dort zeitweise als stellvertretender Geschäftsführer gearbeitet. Anschliessend führte der Weg des «Kriegsheros» dann zur Linke-Hofmann-Gruppe.

Dass es Flick gelang, den ohne Frage sehr fähigen Steinbrinck eng an sich zu binden, war zweifellos ein erfolgreicher Treffer in seiner Personalpolitik; denn Steinbrincks Tätigkeit sollte sich entscheidend bei der Erweiterung seiner Beziehungen zu Prominenten aus Politik und Wirtschaft auswirken. «Diese Verbindungen», so der marxistische Historiker Karl-Heinz Thielecke, «waren für Flick in jener Zeit um so notwendiger, weil es ihm nur so möglich war, der Konkurrenz der noch stärkeren Stahlmonopole an der Ruhr Widerstand zu leisten ... Er (Steinbrinck – M.O.) wurde für ihn der Spezialist für Verbindungen zum Staat, zu den militaristischen Kreisen und zu den Nazis.» Allein das Jahresgehalt Steinbrincks, das Anfang der dreissiger Jahre mehr als 150'000 Reichsmark betrug, eine nicht nur für die damalige Zeit enorme Vergütung, zeigte seinen Wert für Flick, der nie unnötige Geldausgaben machte.

Eine weitere wertvolle Stütze wuchs Flick in Konrad Kaietsch, dem Sohn von Flicks Gastwirtsonkel in Kassel, heran. Kaietsch war erst siebenundzwanzig Jahre alt, als ihn Flick 1925 zum Prokuristen der Charlottenhütte machte. Der Verwandte aus Kassel entwickelte sich zu einem der wichtigsten Berater des Konzernchefs, vor allem, was die Finanzen betraf. Später brachte er es sogar zum Generalbevollmächtigten des Flick-Konzerns. Der fünfzehn Jahre jüngere Vetter blieb Flick stets ergeben und versuchte nie, über die Funktion eines Beraters hinauszugelangen. Wahrscheinlich kam Kaietsch gerade deshalb auch über einige Jahrzehnte mit seinem von ihm sehr bewunderten Chef aus, und das gelang nur wenigen. Wirklichen Widerspruch konnte nämlich der Siegerländer kaum ertragen, wer ihn doch wagte, riskierte den Rausschmiss. Strikten Gehorsam gegenüber seinen Befehlen betrachtete er immer als entscheidendes Kriterium für die Verwendungsmöglichkeit seiner Helfer. Flick handelte ansonsten nach dem Unterneh-



Zu was gebracht: Friedrich Flick

mermotto: «Man muss bereit sein, seine liebsten und engsten Mitarbeiter zum Teufel zu schicken, wenn man keine Verwendung mehr für sie hat.» Dieser selbstherrliche Satz wurde zwar nicht von Flick formuliert, sondern von dem griechischen Multimillionär Onassis, aber er hätte genausogut von ihm sein können.

Die eines absoluten Monarchen gleiche Stellung Flicks in seinem Industrieimperium beachtete auch Odilo Burkart stets peinlich genau. Burkart gelangte mit dieser Haltung, ebenso wie Kaietsch, zum Generalbevollmächtigten des Konzerns. Er und Kaietsch mussten nach 1945 neben Flick die Anklagebank in Nürnberg drücken. Der gebürtige Württemberger entstammte einer Familie, die der Zentrumspartei lange nahegestanden hatte. Sein Vater gehörte zu ihren ersten Mitgliedern, ein Onkel war über dreissig Jahre lang Abgeordneter und zeitweilig sogar Fraktionsvorsitzender dieser Partei im Deutschen Reichstag. Das hinderte Odilo Burkart, der 1921 und 1922 zum Dr. rer. pol. und Dr. jur. promovierte, jedoch nicht, später mit den Nazis zu sympathisieren und ihre Geschäfte zu betreiben. Burkart bewährte sich – ebenso wie der aus Westfalen stammende Alfred Rohde – erstmals in der Unterstützung Flickscher Interessen bei der Gründung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke.

Die Vereinigten Stahlwerke

Die Gewinnung befähigter und gerissener Mitarbeiter ermöglichte es Flick, an vielen Fronten zu operieren. Während seines neuerlichen schlesischen Feldzuges zimmerte er, wie bereits erwähnt, gleichzeitig mit an der Gründung des Mammutkonzerns der Vereinigten Stahlwerke, kurz Stahlverein genannt. Die grossen westdeutschen Eisen- und Stahlindustriellen hatten sich trotz der vielfachen Gegensätze an einen Tisch gesetzt, um über Auswege aus der misslichen wirtschaftlichen Lage, in der sie sich seit Beendigung der Inflationskonjunktur und besonders seit der 1925 einsetzenden Zwischenkrise befanden, zu beraten. Der Konkurrenzkampf, vor allem mit den amerikanischen und

französischen Eisen- und Stahlkonzernen, dem sie sich nun unter stabilen Währungsverhältnissen ausgesetzt sahen, drängte sie zwangsläufig zusammen. Die 1925 erfolgte Gründung des IG-Farben-Konzerns hatte gezeigt, dass sich das deutsche Chemiekapital jetzt seinen ausländischen Konkurrenten gegenüber viel besser behaupten konnte. Schlagender Beweis dafür war das schliesslich 1927 unterzeichnete umfassende Abkommen mit der amerikanischen Rockefeller-Gruppe über die Aufteilung des Weltmarktes.

Auch innenpolitisch gab es gewichtige Gründe für die Herren von Eisen und Stahl, sich enger zusammenzuschliessen. Die modernen Wachstumsindustrien hatten durch die Konzentration des Chemiekapitals sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik deutlich Oberwasser bekommen. Der rundliche, gemütlich aussehende Carl Duisberg – letzteres täuschte gewaltig –, der bei der Gründung der IG Farben Vorsitzender ihres Aufsichtsrates wurde, übernahm noch im selben Jahr den Vorsitz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, eines Verbandes, von dem man sagte, dass keine wesentliche Entscheidung in Deutschland ohne ihn fiel. Duisberg hatte die Nachfolge des Krupp-Direktors Kurt Sorge angetreten und damit den Konzernen der Schwerindustrie diese wichtige Führungsposition entrissen.

Die hinter Duisberg stehenden Finanz- und Industriekreise, darunter besonders gewichtig die Chemie- und Elektroriesen, wollten die Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftspotentials vor allem durch eine verstärkte Kapitalkonzentration, eine durchgreifende Rationalisierung und die finanzielle Unterstützung des amerikanischen, englischen und französischen Kapitals erreichen. Auf diese Weise erhofften sie, die wirtschaftliche und staatspolitische Krisensituation zu meistern und international verlorene Machtpositionen wiederzuerlangen. Zur Sicherung solcher Politik waren sie bestrebt, die Sozialdemokratie darin einzubeziehen. Hinter jener strategischen Linie standen besonders die Konzerne, die sich stark auf Exportgeschäfte und internationale Verbindungen orientierten. Tatsächlich trug diese

Politik zur Überwindung der Nachkriegskrise, die Produktion, Handel und Währung erfasst hatte, bei. Sie beschleunigte, begünstigt durch einen gleichzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung in anderen kapitalistischen Ländern, den Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, die jedoch durch die allgemeine Krise des Kapitalismus nur zeitweilig wirksam werden konnte.

Da es unter den Chefs der Kohle- und Stahlkonzerne zu jener Zeit nicht wenige gab – zum Beispiel auch Flick –, die den eingeschlagenen politischen Kurs als einen realistischen Weg zur Wiedererlangung der alten Stärke des deutschen Imperialismus ansahen, verloren die Vertreter der Alles-oder-Nichts-Politik unter ihnen an Boden. Andererseits sorgten sie sich doch über den steigenden Einfluss der «neuen» Industrien und darüber, dass diese zunehmend ihre Interessen zur Grundlage der staatlichen Wirtschaftspolitik machten. Die Gründung des Stahlvereins sollte dem entgegenwirken.

An den vorbereitenden Besprechungen zu seiner Konstituierung nahmen teil: die Thyssen-Gruppe, die Rhein-Elbe-Union (Flick war einer ihrer Hauptaktionäre), die Phoenix-Gruppe (Otto Wolff), die Rheinischen Stahlwerke, Krupp und Hoesch. Da Klöckner, Mannesmann und Paul Reusch (Gutehoffnungshütte) abgewinkt hatten, bestand allerdings keine Aussicht, alle wichtigen westdeutschen Eisen- und Stahlkonzerne in den geplanten Superkonzern einzubringen.

Warten auf eine «kruppsche Aufgabe»

Zum treibenden Motor für den Zusammenschluss wurde Albert Vogler, Generaldirektor der Deutsch-Lux. Im Oktober 1925, bei der Zusammenkunft der Interessenten im Hause Krupps in Essen, musste der enttäuschte Vogler jedoch erkennen, dass es noch mehr «Abweichler» gab. Überraschend sprangen Hoesch und dann sogar auch Gastgeber Krupp ab. Krupp hatte vom Staat gerade 70 Millionen Mark Entschädigung für seine Verluste während des Ruhrkampfes bekommen und war damit erst einmal aus den grössten wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus.

«Ich möchte die Selbständigkeit der Krupp-Betriebe erhalten», erklärte Krupp seine ablehnende Position. Für die Öffentlichkeit formulierte er: «Wir glauben nicht, dass es für die deutsche Wirtschaft nützlich ist, wenn bekannte Naipen wie Krupp verschwinden. Auch ist Entwicklung und Aufbau der Familiengesellschaft Krupp von den übrigen Eisenwerken des Ruhrgebiets unterschieden.»

Der kritische Biograph der Krupps, Bernhard Menne, nannte in seinem 1937 in der Schweiz erschienenen Buch die Begründung dieser Separation «merkwürdig» verlegen. «Jedes Wort ein Fehlargument: weder wäre der Name des Hauses verschwunden», so schreibt Menne, «noch hat Krupp mehr Familienbesitz als Thyssen oder hat mehr Eigenheiten als die anderen. Der wahre Grund der Essener Haltung bleibt unausgesprochen. Man will nicht untergehen in dem grossen Topf der andern, weil man auf den Tag hofft, an dem man wieder eine ‚kruppsche* Aufgabe erhält.» Es war sicher mehr als eine Hoffnung, und später kam die «kruppsche» Aufgabe auch wieder auf den Konzern zu – die Rüstung für den zweiten Weltkrieg.

Ungeachtet der Absagen wurde an dem Projekt der Vereinigten Stahlwerke festgehalten. Am 14. Januar 1926 liess sich eine Studiengesellschaft Vereinigte Stahlwerke mit einem Kapital von lediglich 60'000 RM in das Handelsregister eintragen. Danach feilschten die Beteiligten hart um die Anteile an dem geplanten Industriegiganten. Am 5. Mai 1926 hatten sie sich aber doch zusammengerauft: die Vereinigte Stahlwerke AG wurde mit einem nominellen Aktienkapital von 800 Millionen RM aus der Taufe gehoben. Dieser Zusammenschluss sicherte dem neuen Unternehmen sofort den ersten Rang unter den Montankonzernen Europas, in der Welt wurde es nur noch von dem amerikanischen Stahlriesen United Steel übertroffen. Auf den Stahlverein entfielen bei seiner Gründung rund 40 Prozent der deutschen Stahl- und 20 Prozent der Eisenproduktion. Auch als Kohleproduzent war er eine gewichtige Erscheinung: Im Kohlen-syndikat, dem Verband der Kohlekonzerne, betrug sein Anteil 21,88 Prozent.

Die grösste Beteiligungsquote am Stahlverein bekam die Rhein-Elbe-Union (bestehend aus der Deutsch-Lux, dem Bochumer Verein und der Gelsenkirchener Bergwerks-AG) mit 39,5 Prozent des Aktienkapitals. Es folgten die Thyssen-Gruppe mit 26, die Phoenix-Gruppe mit ebenfalls 26 Prozent und die Rheinischen Stahlwerke mit 8,5 Prozent. Aufsichtsratsvorsitzender wurde Fritz Thyssen, der den grössten persönlichen Anteil einbrachte, zum Stellvertreter avancierte Walter Fahrenhorst von Otto Wolffs Phoenix. Auf Albert Vogler einigte man sich als Vorsitzenden des Vorstandes. Flick bekam einen Sitz im Aufsichtsrat und erzielte auf Grund seines Aktienpaketes an der Rhein-Elbe-Union sowie der Einbringung seiner Charlottenhütte und mehrerer Werke der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe rund 20 Prozent des Aktienkapitals. Nach dem Nominalwert gerechnet, waren das 160 Millionen RM.

Die Charlottenhütte hatte Flick erst nach einigem Zögern und langen Beratungen mit seinen Teilhabern und Direktoren dem grossen Konzern zugeführt. Er legte Wert darauf, auch von anderen bestätigt zu bekommen, dass es keine Alternative für die Charlottenhütte und die ihr angeschlossenen Siegerländer Eisenwerke gab. So kam man denn zu dem gemeinsamen Schluss, dass es sich vielleicht Krupp, Hoesch und Mannesmann leisten konnten, ausserhalb des Stahlvereins zu bleiben, für die Charlottenhütte das aber verhängnisvoll sein würde, da sie dem Konkurrenzkampf des Giganten auf die Dauer nicht standhalten konnte. Flick empfand über den Verlust der Selbstständigkeit der Charlottenhütte kein Bedauern. Sein früherer Traum und der seiner Geldgeber aus dem Siegerland, die Unabhängigkeit von den Ruhrkonzernen zu erreichen, war längst ausgeträumt. Flick fühlte sich bereits als Unternehmer von «nationaler» Grösse, dem sein ursprüngliches Ziel nun selbst provinziell und kleinkariert vorkam. Eine Reminiszenz an die Vergangenheit leistete sich der ehemalige Siegerländer Lokalpatriot allerdings, als er nach Übergabe der Werksanlagen der Charlottenhütte an den Stahlverein den Namen Charlottenhütte als Holdinggesellschaft⁶ für andere Flick-Unternehmen weiterführte.



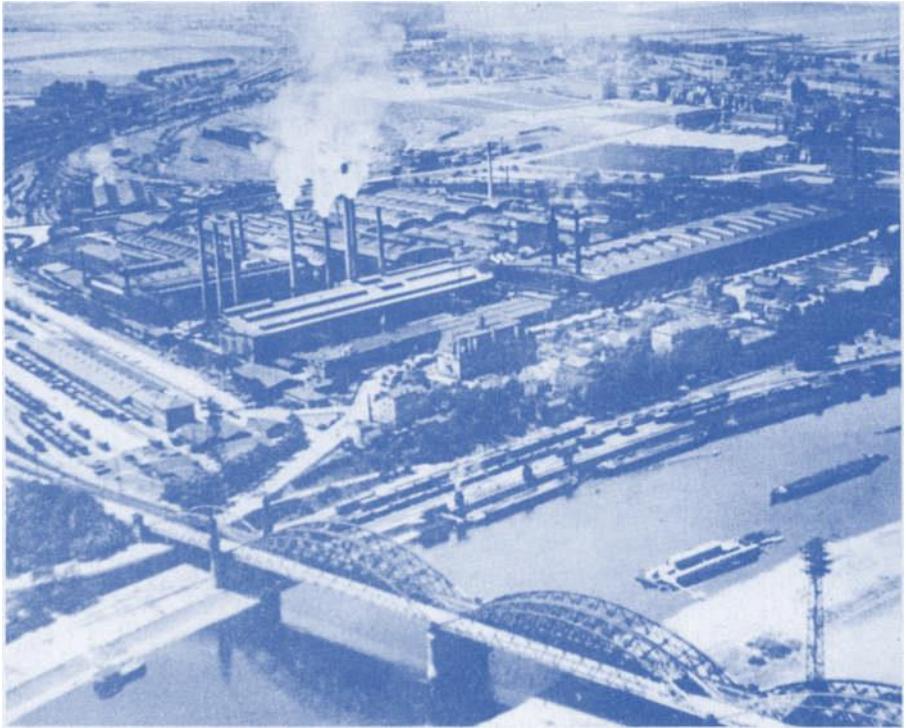
Verwaltungsgebäude der Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf

Bevor jedoch die Rhein-Elbe-Union, die berühmte Stinnes-Gründung, in den Stahlverein aufgenommen werden konnte, musste noch das Verhältnis zu Siemens geklärt werden. Karl-Friedrich von Siemens, der Chef der Firma, wollte mit seinem Elektrokonzern wieder eigene Wege gehen, nachdem das Experiment mit Stinnes ihn wenig befriedigt hatte. Vogler entliess ihn so auf seinen Wunsch hin bedingungslos aus seinen vertraglichen Bindungen zur Rhein-Elbe-Union. Flick sah in dieser konziliananten Haltung Voglers allerdings verschenktes Geld. Verdrossen äusserte der Siegerländer Knauser, dass ihm Siemens für seine Entlassung aus dem für 99 Jahre geschlossenen Vertrag einiges hätte draufzahlen müssen.

Flicks Unbehagen

Mit dem Aufgehen eines grossen Teils seines Besitzes im Stahlverein beabsichtigte Flick keineswegs, seine geschäftlichen Aktivitäten zu reduzieren und jetzt etwa zum reinen Kuponschneider zu werden. Seine Aufnahme in den Stahlverein hatte zwar bewiesen, dass er nun ein arrivierter Eisen- und Stahlindustrieller im Kreise der Ruhrmagnaten geworden war, aber er fühlte sich in diesem Superkonzern mit seiner ausgedehnten Verwaltungsbürokratie trotzdem recht unbehaglich, da ihm hier die Bewegungsfreiheit fehlte, die er für seine freibeuterischen Geschäfte wünschte und auch brauchte. In dem komplizierten Räderwerk des Stahlvereins mit den genau ausbalancierten und eifersüchtig gehüteten Machtverhältnissen sah er keine befriedigende Rolle für sich, es sei denn, dass er an den Beteiligungsquoten etwas ändern konnte.

Im mitteldeutschen Raum blieben Flick die Hände jedoch ungebunden, was er auch weitgehend auszunutzen verstand. Am 1. Oktober 1926 wurde von ihm – allerdings mit Unterstützung des Stahlvereins – ein neuer Konzern gebildet, die Mitteldeutsche Stahlwerke AG, kurz Mittelstahl genannt. Bei der Gründung des Unternehmens ging ein grosser Teil der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe an Mittelstahl über. Das brachte Flick die Führung in der neuen Aktiengesellschaft. Vom



Stahl- und Walzwerk Riesa – ein Hauptwerk der von Flick beherrschten Mitteldeutschen Stahlwerke AG

Stahlverein wurde das Stahl- und Walzwerk Weber in Brandenburg eingebracht, bald nach der Gründung kam auch noch das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf dazu.

Die Schaffung von Mittelstahl hatte zwei Vorteile: Das Fertigungsprogramm der beteiligten Werke wurde durch die Konzentration auf die Blechproduktion vereinfacht, ausserdem wurde der Zentralisations- und Integrationsprozess in der Eisen- und Stahlindustrie weiter vorangetrieben. Die Motive des Stahlvereins, bei der Konstruktion von Mittelstahl so aktiv mitzuwirken, werden in der Publikation von B. Dietrich über den Stahlverein erkennbar, wenn er schreibt: «Von besonderer

Bedeutung ist die Tatsache, dass die neue Gesellschaft die Beteiligung von Linke-Hofmann-Lauchhammer an der Vereinigten Oberschlesische Hüttenwerke AG von rund 50 Prozent übernommen hat. Durch die Übernahme dieser Beteiligung ist eine Querverbindung vom Westen nach dem Osten Deutschlands, ist die Verbindung der Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf, der Mitteldeutschen Stahlwerke in Berlin und der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG hergestellt. Die Vereinigten Stahlwerke haben rund 26 Prozent des Aktienkapitals der Mitteldeutschen Stahlwerke, die ihrerseits über rund 50 Prozent der Oberschlesischen Gesellschaft verfügen.»

Eroberungsplan für den Stahlverein

In allen Montangebieten Deutschlands war Flick somit als «Ordner» in dieser Branche aufgetreten, wobei die neugeschaffene Ordnung durchweg so aussah, dass er davon erheblich profitierte. Was ihn an den Verhältnissen im Westen nicht so recht zufriedenstellte, gedachte er langfristig zu ändern. Noch bevor das Jahr 1926, das Gründungsjahr des Stahlvereins, abgelaufen war, hatte sich Flick bereits einen Plan zurechtgelegt, den er schrittweise zu verwirklichen trachtete. Er nutzte dazu die eigenartigen Mehrheitsverhältnisse in dem Riesenunternehmen aus. Die Stahlvereinsaktien waren nämlich direkt als Paket an die Gründergesellschaften gegangen, die zwar die Dividenden daraus in ihre Bilanz einfließen liessen und an ihre Aktionäre weiterreichten, aber die Aktien selbst an diese nicht ausgaben. Nach Einbringung ihrer meisten Hütten- und Bergbaubetriebe in den Stahlverein existierten die Gründungsgesellschaften als Holdinggesellschaften für die Stahlvereinsaktien und als Beteiligungsgesellschaften an anderen Unternehmen selbständig mit eigenem Aktienkapital weiter. Die Nutzung ihres Stimmenanteils am Stahlverein konnte daher nur über den Erwerb der Aktienmehrheit der Gründerkonzerne erreicht werden. Und diesen Weg wollte Flick gehen.

Er wählte sich von den Gründerkonzernen des Stahlvereins die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft (kurz Gelsenberg)

aus, um sie zu erobern. Es begann damit, dass Flick Aktien seiner Charlottenhütte an Gelsenberg abgab und dafür Gelsenbergaktien eintauschte. Davon besass er schon ein Paket, das er von Stinnes für die oberschlesische Bismarckhütte bekommen hatte. Der Anteil von Gelsenberg am Stahlverein betrug zwar nur 15,1 Prozent, dennoch hoffte Flick gerade über Gelsenberg Grossaktionär beim Stahlverein zu werden. Flick machte deshalb der Rhein-Elbe-Union, zu der Gelsenberg gehörte, den Vorschlag, den ebenfalls dazu gehörenden Bochumer Verein und die Deutsch-Luxemburgische AG mit Gelsenberg zu einem Konzern zu verschmelzen. Er warb dabei mit betriebswirtschaftlichen Vorteilen und einem grösseren Einfluss des neuen Konzerns im Stahlverein. Tatsächlich beschlossen daraufhin die Hauptaktionäre der angesprochenen Gesellschaften einen Zusammenschluss in der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft mit einer Erhöhung des Aktienkapitals von 131,6 Millionen RM auf 250 Millionen RM. Das Beste daran war für Flick die Tatsache, dass Gelsenberg die Anteile des Bochumer Vereins und der Deutsch-Lux am Stahlverein erhielt und dadurch über 39,5 Prozent der Stahlvereinsaktien verfügte.

Nach dieser einleitenden Transaktion begann Flick nun sein grosses Spiel um die Erhöhung seines Anteils bei der Gelsenberg AG. Durch Verkauf anderer Beteiligungen und mit Hilfe von Bankkrediten, insbesondere der Dresdner Bank, die ihn in ihren Aufsichtsrat aufnahm, und Jacob Goldschmidts Danatbank, konnte er sein Gelsenbergpaket schnell aufstocken. Flick musste dafür allerdings tief in die Tasche greifen. Die Hoffnung auf eine erfolgreiche Entwicklung des Stahlvereins, unter anderem begründet durch seinen günstigen Start – nach einer konjunkturellen Zwischenkrise zeichnete sich ein deutlicher Aufschwung ab –, trieb die Aktienkurse von Gelsenberg in die Höhe. Doch die Aussicht auf die Eroberung dieses riesigen und scheinbar zukunftssträchtigen Unternehmens spornte Flick auf seinem Weg nach oben an. Und oben zu sein bedeutete für Flick wie für andere Finanzgewaltige alles. Es war gewissermassen *das* Leitprinzip. Ein bekannter Ölmillionär gab einmal auf die naive

Frage eines Journalisten, was man überhaupt tun muss, um Millionär zu werden, die bezeichnende Antwort: «Man muss immer oben schwimmen – wie Öl.»

Neue oberschlesische Mission

Neben seinen Bemühungen, im Stahlverein die bestehenden Mehrheitsverhältnisse zu verändern, liess der «grosse» Friedrich auch andere lohnende Projekte nicht aus dem Auge. Es lockte ihn, wieder einmal als genialer Umgruppierer seinen Reibach zu machen, diesmal in dem an Polen abgetretenen Teil Oberschlesiens. Die dort liegenden Anlagen der Bismarckhütte sollten mit denen der Kattowitzer Bergbau AG zu einem konzernartigen Gebilde vereinigt werden. Die Regierung in Berlin war daran interessiert, dass das deutsche Kapital keinen Schaden durch die Abtretung jener Gebiete erlitt, und wollte insbesondere verhindern, dass die in Polen gelegenen Hütten- und Bergwerke in polnischen Besitz übergingen. Diese Vorstellungen deckten sich vollauf mit Flicks Intentionen. Es war aber nicht ohne Risiko, ein solches Ordnungsgeschäft abzuwickeln, da dadurch eine ernste politische Kontroverse zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ausgelöst werden konnte. Hinzu kam das geschäftliche Risiko, weil nicht vorauszusehen war, welche Massnahmen die Polen gegen die in ihrem Teil Oberschlesiens gelegenen Hütten- und Bergwerke ergreifen würden. Sogar eine Enteignung schien nicht unmöglich. Die politische Brisanz lag vor allem darin, dass die Pläne der Berliner Regierung, wenn sie ruchbar wurden, von polnischer Seite zweifellos – und zu Recht – als eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens empfunden worden wären. Flick und Steinbrinck berieten daher diese Probleme sehr eingehend mit führenden Politikern und Beamten des Auswärtigen Amtes, des Wirtschafts- und Finanzministeriums. Sie kamen zu der Auffassung, dass es sich durchaus lohnte, ein gewisses Risiko einzugehen.

Eile empfahl sich in dieser Angelegenheit, weil gerade ein grosses Aktienpaket weiterer im polnischen Teil Oberschlesiens gelegener Berg- und Hüttenwerke von dem in finanzielle

Schwierigkeiten geratene österreichischen Inflationsgewinnler Siegmund Bosel angeboten wurde. Bosel besass zusammen mit dem tschechoslowakischen Grossunternehmer Friedrich Weinmann, der sein Aktienpaket auch veräussern wollte, rund 80 Prozent des Aktienkapitals der Vereinigten Königs- und Laura-Hütten AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, die sich betriebswirtschaftlich gut mit den in Polen befindlichen Anlagen der Bismarckhütte und der Kattowitzer Bergbau AG zusammenfügte. Die günstige Gelegenheit zur Erweiterung des Engagements in Polen wollte man sich denn auch nicht entgehen lassen. In Berlin einigte man sich deshalb, dass Flick den Grossaktionären Bosel und Weinmann ihren Anteil abkaufen sollte, wobei die Regierung das Geld für den Ankauf zur Verfügung stellen wollte. Um die Enteignungsgefahr und politische Verwicklungen möglichst zu vermeiden, sollte ausserdem versucht werden, amerikanisches Kapital für diese Angelegenheit zu gewinnen.

Flick verhandelte daraufhin mit dem amerikanischen Finanzier W.A. Harriman, von dem er bereits Kredite für die Vergrösserung seines Paketes an Gelsenbergaktien bekommen hatte. Harriman, der seine politischen Ambitionen oft als Diplomat seines Landes bewies, zeigte sich dem Flick-Vorschlag gegenüber aufgeschlossen. Das amerikanische Kapital war daran interessiert, seinen Einfluss auf das Pitsudski-Regime in Polen zu stärken und zwischen ihm und dem deutschen Monopolkapital zu vermitteln, um sie gemeinsam in einer antisowjetischen Front zu halten. Doch die Verhandlungen zogen sich hin. So wurde vorerst durch Flick eine Interessengemeinschaft zwischen der Bismarckhütte, der Kattowitzer Bergbau AG und der Königs- und Laura-Hütten AG geschaffen. Die Selbständigkeit der einzelnen Gesellschaften blieb jedoch bestehen. Sie kamen dann in eine Holdinggesellschaft, an der das Reich und Flick zu je 50 Prozent beteiligt waren. Der Anteil des Reiches durfte allerdings nicht bekannt werden, so dass man versuchte, alle Spuren dieser heiklen Geschäfte gründlich zu verwischen. Die Verhandlungen zwischen Weinmann und Flick liefen deshalb über ein Amsterdamer Bankhaus. Als Käufer traten nicht das Reich oder

Flick, sondern Gelsenberg, der Stahlverein und später auch Harriman auf.

Das Hereinnehmen des Amerikaners in diese Geschäfte zahlte sich schnell aus. Er verfügte über ökonomische Druckmittel, um die polnische Regierung zu veranlassen, der Holdinggesellschaft ihren Segen zu geben und auf ihr Enteignungsrecht zu verzichten. Die Aktienmehrheit ging formal an Harriman über, der dafür 1929 die Holdinggesellschaft Consolidated Silesian Steel Corporation (CSSC) gründete. Es sollte angenommen werden, dass Harriman 51 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft übertragen bekommen hatte, während Flick tatsächlich die Kapitalmehrheit besass. Harriman zog zur Absicherung seiner und Flicks Gelder so namhafte Wallstreet-Bosse wie Perceus Rockefeller, George S. Franklin, S.A. Goodhue (von der amerikanischen Schroeder-Bank), E.A. Walker und Irwing Rossi als Verwaltungsmitglieder für die CSSC heran. Die polnische Seite, die mit dieser Regelung einverstanden war, wünschte lediglich die Garantie, dass die Aktienmehrheit für zwanzig Jahre in den Händen der Amerikaner verblieb. Ausserdem sollten die Werke zu einem Konzern vereinigt und für ihre Weiterentwicklung Investitionen in Höhe von 15 Millionen US-Dollar geleistet werden. Der Anteil des Reiches an den im polnischen Teil Oberschlesiens gelegenen Hüttenwerken und Kohlengruben ging mit der Zeit an den Stahlverein, die Anteile von Flick an Harriman über.

Mit dem Verkauf seiner Aktien an Harriman gewann Flick nicht nur die Hilfe der Amerikaner für das deutsche Grosskapital in Polnisch-Oberschlesien, er machte auch persönlich wieder einen guten Schnitt, da er mit seinen ober-schlesischen Wertpapieren auch einen Teil seiner Schulden bei Harriman für den Ankauf von Gelsenbergaktien, die ihn ja besonders interessierten, bezahlen konnte. Die Verringerung der Flickschen Beteiligung an den ober-schlesischen Produktionsanlagen bedeutete jedoch bezeichnenderweise keineswegs eine Verringerung seines dortigen Einflusses. Er behielt den Aufsichtsratsvorsitz im Bismarckhütte-Konzern, was um so erstaunlicher war, da er zu

diesem Zeitpunkt überhaupt keine Aktien des Unternehmens mehr besass; er hatte sie bereits an die CSSC verkauft und dafür Aktien der amerikanischen Holding erhalten. Ohne Zweifel vertrat er in Oberschlesien jetzt auch die Interessen der amerikanischen CSSC.

Durch sein Arrangement mit Harriman hatte Flick zunächst die in Betracht kommenden oberschlesischen Betriebe saniert und der Enteignung entzogen. Von der Reichsregierung wurde er zum Dank dafür als «Vertrauensmann und Fachmann für oberschlesische industrielle Fragen» bestellt. Diese Beraterfunktion übte Flick bis in die Nazizeit hinein aus. Sein Draht zur Regierung blieb stets direkt und funktionierte zuverlässig. Häufiger Gesprächspartner und Verbindungsmann zu jenem Thema war Max von der Pfordten. Der Direktor der reichseigenen Betriebe, die in der VIAG zusammengeschlossen waren, galt als Spezialist für die Sanierung von privaten Industrieunternehmen mit Hilfe des Staates.

Gefürchtete Visiten

Die zwanziger Jahre waren für Friedrich Flick wirklich «goldene zwanziger Jahre» geworden. Dennoch lief er hinter dem Geld her wie eh und je. Als Chef blieb er gefürchtet, und seine Werkbesuche lösten meist allseits unerfreuliche Gefühle aus. Nicht dass er ausfallend oder grob wurde, wenn ihm etwas missfiel. Er ging betont ruhig durch die Werkanlagen, sparsam in der Gestik, hin und wieder an die ihn begleitenden Direktoren knappe Fragen richtend. Ihre Antworten entlockten ihm wiederum meist bloss wortkarge Bemerkungen, wenn er sie nicht gar nur schweigend zur Kenntnis nahm. Zu den Arbeitern vermied Flick dabei möglichst jeden direkten Kontakt, und ein Wort von ihm an einen aus dem Heer der für ihn arbeitenden Bergmänner, Hüttenleute und Walzwerker hatte Seltenheitswert. Er spürte kein Bedürfnis und sah auch keinen Grund, sich mit ihnen zu unterhalten. Ausdruckslos schweifte sein Blick während der Visiten durch die Produktionsstätten, unpersönlich wie ein Automat inspizierte er Menschen und Maschinen. Beklemmend

waren die Besuche für seine Paladine deshalb, weil niemand sicher sein konnte, dass der sich leidenschaftslos gebende Konzernchef nicht anschliessend im Beratungszimmer einige «Köpfe rollen liess». Wenn diese gnadenlose Säuberung auch in erster Linie für die leitenden Angestellten zutraf, so konnten solche Besuche doch ebenfalls sehr unangenehme Folgen für die Arbeiter haben. Sein ausgeprägter Sinn für Einsparungen führte nicht selten dazu, dass er danach bewies, dass mit weniger Arbeitskräften künftig das gleiche wie bisher oder mehr zu leisten sei.

Flick war in dieser Zeit, auch wenn er das nur höchst selten andeutete, recht zufrieden mit sich und der Entwicklung seiner Geschäfte. Die Jahre 1927/28, Jahre wirtschaftlicher Prosperität, brachten dem in der Mitte der Vierziger stehenden Magnaten keine ernsthaften Sorgen. Der Generaldirektor und Aufsichtsratsvorsitzende mehrerer grosser Konzerne der Schwerindustrie hatte sich saniert, er war vielfacher Millionär, und seine Unternehmen warfen gehörig was ab. Zudem hatte er die berechtigte Hoffnung, dass sein Vermögen in den nächsten Jahren noch beträchtlich wachsen werde.

Mitglied der «feinen» Gesellschaft

Nicht nur sein Besitz, auch seine Familie hatte sich vergrössert. Nach den Söhnen Otto-Ernst und Rudolf folgte 1927 noch Nachkömmling Friedrich Karl, der heutige Chef des Flick-Konzerns. In diesen Jahren sah man Friedrich Flick mit Frau Maria häufiger als früher bei illustren Gesellschaften, oder er schwang sich sogar selbst zum Gastgeber solcher Treffen auf. Der graumelierte Inflationsgewinnler mit Dauererfolg, der seinen Aufstieg jetzt sichtlich zu geniessen schien, konnte bei diesen Abenden achtungsvoller Aufmerksamkeit sicher sein, obwohl ihn seine gemeinhin zurückhaltende Schweigsamkeit nicht gerade zu einem unterhaltenden Gesprächspartner machte. Denn Flick brachte es fertig, wenn ihn die Anwesenden und ihre Konversation nicht interessierten, den ganzen Abend kein Wort zu sagen. Er überliess es dann seiner Frau, sich um den notwendigen gesellschaftlichen Kontakt zu bemühen.

Hin und wieder gehörte Flick auch zu den Gästen der exquisten Soireen Jacob Goldschmidts. Der Chef der Danatbank, der gerne mit seinem Vermögen protzte, wurde deshalb vom «alten» Reichtum belächelt. Die alteingesessene Geldaristokratie nannte den ehrgeizigen und pffigen Bankgewaltigen etwas herablassend das «Jacoble». Goldschmidt, der es liebte, seine Gesellschaften mit vielen Prominenten zu drapieren, kannte alle Welt und war insbesondere ein grosser Bewunderer holder Weiblichkeit. So gefiel er sich eine Zeitlang sehr als Verehrer und Freund der berühmten Schauspielerinnen Elisabeth Bergner und Käthe Dorsch. Die Dorsch spielte an seiner Seite beim Empfang der Gäste auf seinem prächtigen Besitz in Babelsberg oft die Rolle der Hausdame.

Goldschmidt war mit Flick nicht direkt befreundet, aber vielfältig geschäftlich mit ihm verbunden. Da er wie Flick zu den «neuen» Reichen gehörte, mussten sie bei ihren Geschäften, die sich mitunter zwangsläufig gegen die Interessen des «alten» Reichtums richteten, Zusammenhalten. Goldschmidt war übrigens auch mit Hjalmar Schacht eng liiert gewesen und hatte nicht unwesentlich zu dessen Karriere als Reichsbankpräsident beigetragen. Als beide Direktoren der Danatbank gewesen waren, wollte Goldschmidt Schacht gern als Konkurrenten loswerden und setzte deshalb erfolgreich seine mannigfaltigen Verbindungen und seinen nicht geringen politischen Einfluss ein, um Schachts Berufung zum Währungskommissar bei der Einführung der Rentenmark zu erreichen. Wie weiland Jacob Fugger, der einst Kaiser Karl V. zu verstehen gab, dass er ohne seine finanzielle Hilfe «die römische Krone nit würde erlanget haben», konnte auch Goldschmidt mit gewissem Recht behaupten, Schachts Karriere entscheidend gefördert zu haben.

Bei durchaus unterschiedlicher charakterlicher Mentalität hatten Schacht und Goldschmidt etwas gemeinsam: Auch Schacht liebte es, seine Person in einen glänzenden Rahmen zu stellen. Die repräsentative Dienstwohnung des Reichsbankpräsidenten in Berlins Jägerstrasse war stets ein vielbesuchter Treffpunkt der Grossen des Kapitals und der politischen Pro-



Reichsbankpräsident Schacht bei einem Festessen. Ernst Jäckh, Direktor der Berliner Hochschule für Politik, Schacht, Reichswehrminister Otto Gessler, Carl Petersen, Hamburger Oberbürgermeister (v. l. n. r.)

minenz der Weimarer Republik. Auf Kosten der Reichsbank wurden die festlichen Abende musikalisch anspruchsvoll «umrahmt» und dafür erstklassige Solisten verpflichtet.

Glanzvoll ging es auch im Hause des Aussenministers Gustav Stresemann zu, der zusammen mit seiner Gattin ganz ausserordentlichen Wert auf die Pflege seiner vielfältigen Beziehungen legte. Sowohl hier als auch bei Schacht gehörte Flick zu den willkommenen Gästen. Stresemann, der sich zwar mit-

unter über die allzu direkte Umsetzung kapitalistischer Unternehmerinteressen in politische Ziele mokierte, liess seine Verbindungen zur Hochfinanz, die er durch berufliche Entwicklung und Heirat gewonnen hatte, nicht abreißen. Stresemanns Frau, eine Tochter der Berliner Kaufmannsfamilie Kleefeld, trug durch ihre gesellschaftliche Aktivität nicht wenig zur Stärkung der Position ihres Mannes bei. Selbst Angehörige der Hocharistokratie, die im Allgemeinen die Salons der Republik beleidigt mieden, waren sich nicht zu schade, bei den Stresemanns allergnädigst zu erscheinen. Ein zeitgenössischer Kenner dieser Empfänge schwärmte: «Herr und Frau Stresemann verstehen es ausgezeichnet und mit glücklicher Hand, die Elemente des alten und des neuen Deutschland zu mischen und zum gegenseitigen Gedankenaustausch zusammenzubringen.» Es kostete allerdings alles ein bisschen viel Geld, so dass die Aufwandsentschädigung des republikanischen Aussenministers dafür nicht ausreichte. Doch da gab es dann ja Freunde wie Friedrich Flick, die das Schuldenkonto «ihres» Ministers ohne viel Aufhebens beglichen. Sie taten es sicher nicht in erster Linie deshalb, weil sie auf den bei Stresemann kredenzten Sekt nur ungern verzichten wollten.

Mitunter traf man den Siegerländer auch in den Salons der nobelsten Wohngegend Berlins, der Tiergartenstrasse, in der sich ein repräsentativer Bau an den anderen reihte. Auf dem Grundstück Nr. 3 residierte in einer äusserst respektablen Villa der Seniorchef des Bankhauses S. Bleichröder, Paul von Schwabach. Das Bankhaus Bleichröder war vor allem als Finanzier des ersten Reichskanzlers Otto von Bismarck reich und berühmt geworden. Unweit davon standen die beiden durch einen Wintergarten miteinander verbundenen Häuser der Bankiersfamilie Hanseemann. Die Nachkommen des «achtundvierziger» Finanzministers David Hanseemann waren eng mit der Disconto-Gesellschaft liiert, die Flicks Geschäfte mit Krediten unterstützte. Etwas weiter, auf dem Gelände des Grundstücks Tiergartenstrasse Nr. 20, lag das Palais des reichen Börsenspekulanten James Saloschin, Es war dem prunkvollen Palazzo Strozzi

in Florenz nachgebaut worden und erhielt von den respektlosen Berlinern prompt den Namen Palazzo Prozzi. Nach dem Tode Saloschins erwarb das Anwesen der oberschlesische Grossgrundbesitzer und Montanindustrielle Graf Tiele-Winckler. Auch er gehörte, wie bereits erwähnt, zu den Partnern Friedrich Flicks, da er ihm vor Jahren das Aktienpaket der Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb verschafft hatte.

Neben Tiele-Winckler lebte die Familie Hahn, die wegen ihrer grossen Röhrenwerke in Oberschlesien und Berlin allgemein Röhrenhahns genannt wurde. Ihr sollte Flick später bei der faschistischen «Arisierung» noch übel mitspielen. Auch die Gebrüder Pintsch, die mit der Installation von Gasanlagen ihr Geld gemacht hatten, und der Bankier Landsberg vom Bankhaus Dreyfus & Co. wohnten in der Tiergartenstrasse. Selbst die Siemens waren hier ansässig gewesen. In der Villa auf dem Grundstück Nr. 37 hatte der Gründer der Deutschen Bank, Georg von Siemens, seine berühmten parlamentarischen Essen gegeben, die ihm ideale Gelegenheiten boten, einflussreiche Berufspolitiker mit seiner «Meinung» bekannt zu machen. Die Siemens führten dann, ihrer immer mehr gewachsenen Position bewusst, in Berlin-Lankwitz ein noch grösseres Haus. Im März 1928 gaben sie dort einen Empfang, der das in dieser Beziehung allerhand gewohnte Berlin doch erstaunte. Einige hundert auserwählte Gäste waren auf das Lankwitzer Schloss geladen worden, wo der Hausherr Werner F. von Siemens es sich nicht nehmen liess, «eigenhändig» ein Orchesterkonzert zu dirigieren.

Direkt im Mittelpunkt stand aber offenbar die Hausherrin Nora von Siemens, die vorher ausser mit zwei anderen Männern bereits einmal mit einem Familienmitglied, Carl von Siemens, verheiratet gewesen war. Weder diese Tatsache noch der Ruf, während des ersten Weltkrieges ihre Bekanntschaften mit italienischen Abgeordneten und hohen Offizieren für die deutsche Spionage ausgenutzt zu haben, schadeten hier ihrer Glorie. Ein zeitgenössischer Publizist schrieb begeistert über die Dame und das Fest: «Es war fabelhaft. Die Hausherrin empfing die Gäste – es waren mehrere hundert – in einem Stilkleid, mit



Ball der «feinen» Gesellschaft

grauer Perücke, geziert mit ihrem berühmten Smaragdendiamant. Wer kein eigenes Auto hatte, wurde in grossen, auf verschiedenen Stadtplätzen stationierten Autobussen nach Lankwitz gefahren. Nach dem Konzert grosses Büfett und Tanz. Kaviar mit Löffeln zu essen und französischer Champagner die ganze Nacht. Und wer war alles da? Einige Fürstlichkeiten und Mitglieder der alten Hofgesellschaft, fast alle Diplomaten, zahlreiche Künstler und Finanzmagnaten und natürlich alles, was Siemens hiess oder mit Siemens verwandt war, endlich nicht zu vergessen, vier Privatdetektive.»

Der Hofberichterstatter, der über jenen gesellschaftlichen «Erfolg» berichtete, begründete ihn mit Oscar Wildes Ausspruch: «Um sich in der besten Gesellschaft gut einzuführen, muss man sie entweder gut füttern oder gut amüsieren oder entsetzen.» In diese «gute» Berliner Gesellschaft hatte nun auch Friedrich Flick Eingang gefunden; denn hier fragte man kaum, woher das Geld kam, wenn es nur vorhanden war. Das hielt man zwar auch so in Düsseldorf und Essen, aber einige der dortigen Grössen, die Chefs der Kohlezechen und der Eisen- und Stahlkonzerne, sahen den Friedrich aus dem Siegerland doch lieber gehen als kommen. Seine ständig wachsende Kapitalkraft war ihnen entschieden unheimlicher als der frühere skrupellose Ehrgeiz des «kleinen» Direktors der Charlottenhütte. Aber Flick beherzigte, gerade weil er dieses Unbehagen kannte, seine ehemals schmerzlich gelernte Lektion. Stets blieb er bemüht, niemals wieder eine starke Koalition der alten Montanmagnaten gegen sich heraufzubeschwören. Flick gab sich ihnen gegenüber betont zurückhaltend und versuchte ihre Gefühle zu respektieren. Wenn er ihnen Geschäfte vorschlug, so sahen sie immer so verlockend aus, dass sie meist nicht nein zu sagen vermochten trotz des Vorsatzes, mit ihm nicht mehr zusammenzuarbeiten.

Die Maximilianshütte kommt dazu

So war es auch, als er 1929 Appetit auf die Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg (Oberpfalz) bekommen hatte. Die Familie Röchling, der die Maximilianshütte gehörte, war mit ihren saar-

ländischen Hüttenwerken nur durch Reichsbürgerschaft vor dem finanziellen Zusammenbruch gerettet worden. Um ihre Schulden zu bezahlen, mussten die Röchlings nun die Maximilianshütte aufgeben, die mit ihren Werken in Unterwellenborn und in Bayern so manchen Stahlkonzern zur Erweiterung seines Besitzes reizte. Flick, der offensichtlich zuerst bei Röchling war, vermutlich auf Grund seines sich immer wieder bewährenden Nachrichtendienstes, besass die Klugheit, sich das Juwel nicht allein unter den Nagel reissen zu wollen. Zu den Verhandlungen, mit Hermann Röchling lud er daher noch Fritz Thyssen und Otto Wolff, und gemeinsam kauften sie dann dieses Unternehmen. Eigenartigerweise konnte Flick seine beiden Partner später überzeugen, ihm ihre Anteile zu überlassen. Was er ihnen dafür bot, ist bis heute nicht bekannt geworden.

Obwohl nach diesem Geheimgeschäft Mehrheitsaktionär der Maximilianshütte, bemühte sich Flick immer noch um die Erhöhung seiner Beteiligung. Die Sperrminorität von 25 Prozent befand sich in belgischem Besitz, und zwar bei den Nachkommen der Mitbegründer der im 19. Jahrhundert errichteten Maximilianshütte, Télémaque Michiels und Henry Goffard. Tatsächlich gelang es Flick, ihre Anteile zu erwerben, so dass der Siegerländer Eisenmann mit 76 Prozent des Aktienkapitals der unumstrittene Herr des Betriebes wurde.

Mit der Maximilianshütte hatte Flick einen neuen Edelstein in seine Krone als Stahlkönig gesetzt. Er behandelte sie auch wie einen Edelstein; denn er brachte sie nicht in den grossen «Brei» des Stahlvereins oder Mittelstahl ein, sondern machte sie zusammen mit seiner nur juristisch selbständig weiter existierenden Charlottenhütte zur Verwaltungsgesellschaft seines Besitzes bei Mittelstahl. Wie man sieht, entwickelte Flick in seinem Sammeltrieb, den er nie als Laster, sondern immer als Tugend ansah, auch eine besondere Vorliebe. Vielleicht hatte es dem auf Grösse erpichten Konzernherrn gerade der Name seines neuen Werkes angetan; denn Maximilian ist bekanntlich abgeleitet von Maximus, der Grösste.

An der Spitze der Mächtigen und drohender Zusammenbruch

Die nun folgende Zeit sollte für Friedrich Flick in zweifacher Hinsicht von ausserordentlicher Bedeutung sein, da sie ihn, kurios widerspruchsvoll, gleichzeitig an die Spitze der Mächtigen und an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs brachte. Es war die Zeit, an deren Beginn ein Ereignis stand, das von der «Berliner Morgenpost» unter der Überschrift «Blitzschlag in Wallstreet» gemeldet wurde und sich auf den 25. Oktober 1929, den «schwarzen Freitag» der New-Yorker Börse, bezog. «Die New-Yorker Börse hat einen der schwärzesten Tage ihrer Geschichte erlebt», berichtete die Zeitung und vertrat die Meinung, dass dies einer jener Tage sei, «an den sich die Börse erinnern wird, solange sie besteht».

Aber dieser 25. Oktober sollte nicht nur durch das dramatische Geschehen im Verlauf der New-Yorker Börsenstunden historisch werden, sondern vor allem durch seine katastrophalen Folgen. Denn mit ihm begannen die Elendsjahre der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, ihrem Hunger und ihrer Verelendung. Die Ereignisse dieses Freitags warfen ein grelles Licht auf die mörderischen Praktiken des Börsengeschäfts, in dem auch Flick so erfolgreich agierte. Der Börsenbetrieb in der Wallstreet setzte am 25. Oktober bereits frühmorgens mit grossen Umsätzen ein, und der Börsenticker, der die Kursabschlüsse über ganz Amerika verbreitete, begann zu rasen. Bald zeigte sich, dass er im Wettrennen mit den Umsätzen chancenlos war, mehr und mehr blieb er hinter den Geschäftsabschlüssen zurück. Am Ende sollte die Differenz über 4 Stunden betragen. Das hatte es noch nie gegeben.

Die Flut der Verkaufsaufträge trieb die Kurse in rasantem Tempo ins bodenlose. Zeitweilig sanken sie bis zu 70 Prozent

unter den Höchstkurs vom September. Panik griff um sich, wild gewordene Spekulanten stiessen und drängten sich, Makler wurden ohnmächtig, und der Lärm in der Börse war so, dass er die Glockenschläge der benachbarten Trinity-Kirche übertönt haben soll. «Berlin am Montag» (KPD) schrieb darüber: «Jeder Börsenposten im Börsensaal war der Mittelpunkt einer sich wild bewegenden schreienden Menschenmasse. Zeitweise ermattete das Geschrei der Tausende von Stimmen, um dann nur noch mächtiger anzuschwellen, wenn Gerüchte und Kursstürze in diesem oder jenem Papier sich blitzschnell verbreiteten.»

Eine erregte Menschenmenge, die in ihrer Furcht, alles zu verlieren, das Börsengebäude bedrohte, konnte nur durch ein ansehnliches Polizeiaufgebot in Schach gehalten werden. Polizisten in Zivil mischten sich unter die Leute, und auch im Börsensaal wurden Detektive verteilt. Die Zuschauergalerie musste geräumt werden, da sich unten im Saal unbeschreibliche Szenen abspielten, die das Publikum nicht mit ansehen sollte.

«Amerikanisches Wirtschaftswunder» am Ende

Charles Mitchell, der Präsident der National City Bank of New York, Amerikas grösster Bank, stürzte ohne Hut und Mantel auf die Strasse, um zu Morgan zu eilen und ihn zu Stützungsaktionen für die fallenden Aktienkurse zu bewegen. Bei Morgan, Wallstreets Finanzkrösus, fanden sich nach und nach immer mehr Bankiers anderer Grossbanken ein. Hier war es ruhiger, doch auch auf den Gesichtern der hektisch diskutierenden Finanzhaie spiegelte sich Furcht und Erregung. In den Tresoren ihrer Banken lagen Wertpapiere, die ntm nur noch einen Bruchteil des , Wertes vom Vortag besaßen. Fünf Jahre Wirtschaftskonjunktur, die, wie das deutsche Zentrumsblatt «Germania» schrieb, «Grundlagen für den Glauben an das amerikanische Wirtschaftswunder» legten, hatten eine riesige Spekulationswelle begünstigt und die Aktienkurse aufgebläht. Für die Banken hatte es in den vergangenen Jahren enorme Profite gegeben, doch die sich jetzt abzeichnenden Verluste drohten womöglich alles wieder zu verschlingen.



«Schwarzer Freitag» in New York – Börsensaal

Einige der sich in die Enge gedrängt fühlenden Bankiers setzten sich deshalb bei Morgan heftig für eine sofortige Stützung der Aktienkurse durch Ankäufe ein. Im Hause Morgan pflegte man jedoch andere Überlegungen: Wenn die Kurse schon mal fielen, so dachte man hier kühl, sollten die Banken das Beste daraus machen und abwarten. Bei dem allgemeinen Kursverfall mussten ihnen die Aktien der Verzweifelten schliesslich für ein Butterbrot zufallen. Erst dann sollten die Aktienkurse durch den gemeinsam gesteuerten Einsatz der Banken wieder steigen. Nach einigem Hin und Her erklärten sich die anwesenden Bankiers bereit, Morgan zu folgen und mit der abgestimmten Stützungsaktion zu warten, bis der für sie günstigste Zeitpunkt erreicht sei.

Aber auch am «schwarzen Freitag» gab es in New York Menschen, die, nicht einmal weit entfernt von den Geldpalästen der Wallstreet, von den Ereignissen an der Börse unberührt

blieben. Wie alle Tage standen ausgemergelte Gestalten mit müden, abgestumpften Gesichtern in riesigen Schlangen vor den karitativen Hilfsläden, um dort wenigstens den größten Hunger stillen zu können. Wenn sie von der Börsenkatastrophe überhaupt etwas wussten, so nahmen sie sichtlich keine Notiz davon. Was interessierte das sie? Das war was für die gutgekleideten Besucher der Wallstreet. Aber schon in den nächsten Tagen sollte sich die Schlange vor den Hilfsläden noch vergrößern; denn als gegen Schluss der Börsenzeit die Banken eingriffen und die Aktienkurse wieder anzogen, waren etwa hunderttausend Menschen – Geschäftsleute, Sparer, Börsentipper und kleine Spekulanten – ruiniert. In die Schlange der Hilfesuchenden reihten sich, von Tag zu Tag mehr, auch die Arbeiter und Angestellten ein, die durch die Wirtschaftskrise ihren Job verloren. Ihre Zahl ging überall im ganzen Land schnell in die Millionen.

12'881'000 Aktien wechselten am «schwarzen Freitag» den Besitzer – im Land der unbegrenzten Möglichkeiten gab es einen weiteren Weltrekord. Die bisherige Höchstziffer hatte bei rund 6 Millionen Aktien gelegen. Der amerikanische Bankier James P. Warburg erinnerte sich an die Folgen der Börsenkatastrophe: «Tag für Tag wurden weitere Maklerfirmen zahlungsunfähig. Zweimal habe ich Männer aus den Fenstern der Wallstreet springen sehen. Andere erschossen sich, hatten Nervenzusammenbrüche oder Herzattacken.» Noch in der Nacht nach dem «schwarzen Freitag» waren rund um die Wallstreet alle Fenster hell erleuchtet. Fieberhaft wurde nach dem Soll und Haben geforscht, um zu wissen, wie man stand. Für die Erschöpften mussten Schlafgelegenheiten und Verpflegung herbeigeschafft werden, kein Angestellter der Banken und Maklerbüros wagte es, seinen Arbeitsplatz zu verlassen. In den Telegrafengebäuden dampfte es förmlich, die Telegrafen und Schreibmaschinen klapperten, als hätte sie die Raserei gepackt. Alle Welt gierte nach den neuesten Börsennachrichten aus New York.

Berlin nicht beunruhigt

Berlin verlebte den «schwarzen Freitag» ruhig. Bei mildem Wetter flanierten die Schaulustigen wie immer unter den herbstgelben Linden der Prachtstrasse der Reichsmetropole. Die später erscheinenden Tageszeitungen meldeten an diesem Tag verhältnismässig kurz das Geschehen an der New-Yorker Börse. Andere Themen machten Schlagzeilen: «Fürst Bülow, der ehemalige kaiserliche Reichskanzler, liegt im Sterben.» – «Eisenbahnunglück in Bayern fordert 4 Tote und 46 Verletzte.» – «Neue Berichte vom Sklarek-Skandal.»

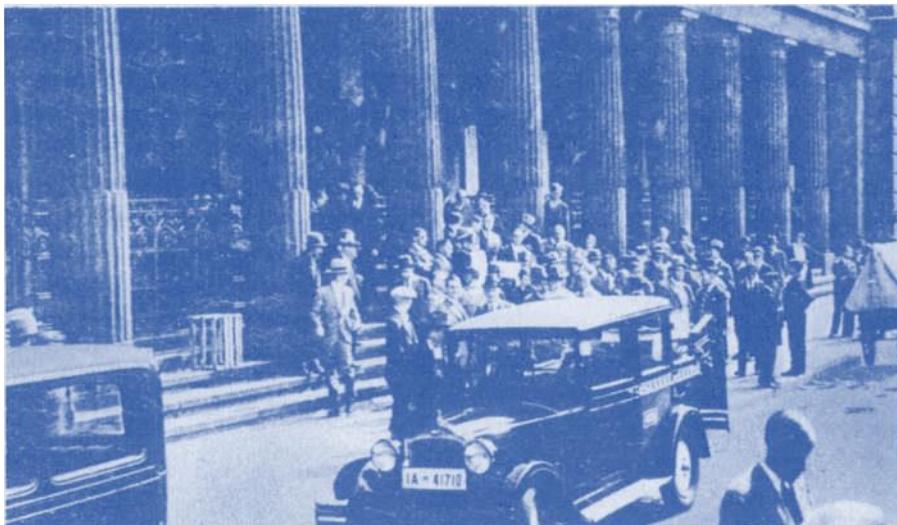
Berlin hatte also wieder seinen Skandal, über den alle Zeitungen in grosser Aufmachung berichteten. Es war aufgedeckt worden, dass das drei Brüdern gehörende Sklarek-Unternehmen hohe Beamte und Stadtverordnete bestochen hatte. Selbst Oberbürgermeister Böss hing mit drin und sollte darüber auch später stolpern. Den Sklareks, Textilkauflenten, war es, begünstigt durch die Stadtverwaltung, gelungen, ein grosses Schwindelunternehmen auf die Beine zu bringen. Als die Chose aufflog, standen 9 Millionen Schulden zu Buche. Gegenüber den Schulden, die Flick zu machen pflegte, eine lächerliche Kleinigkeit. Doch die Publizität richtet sich nicht immer nach der Höhe der Schulden. An diesem Freitag beschäftigte die Zeitungen die Versteigerung der Sklarekschen Pferde in Hoppegarten. Es soll auf dem herrlich im Grünen gelegenen Gelände der Rennbahn lustlos geboten worden sein. Wer kauft schon gern am Ende der Saison einen Galopper? So wurde nur ein geringer Teil des wirklichen Wertes bei dieser Auktion ersteigert, so dass die Vollblüter die Schulden ihrer Herren kaum mindern konnten.

Auch die Wirtschaftsnachrichten der Gazetten enthielten wenig Sensationelles. An Geschäftspleiten erregte vielleicht der Zusammenbruch zweier Kieler Banken und des Versicherungskonzerns der «Frankfurter Allgemeinen» gewisse Aufmerksamkeit. Als sich der Abend über die Millionenstadt senkte, hatte sie einen ganz gewöhnlichen Tag erlebt. Abends wurde in der Staatsoper «Carmen» und im «Deutschen Theater» die Max-Reinhardt-Inszenierung «Der Kaiser von Amerika» gegeben, im

«Metropoltheater» war Richard Taubers strahlender Tenor in der Lehar-Operette «Land des Lächelns» zu hören.

Die Berliner Börse reagierte auch am nächsten Tag kaum auf die New-Yorker Ereignisse. In bezeichnender Fehleinschätzung erhoffte sie – und die bürgerlichen Zeitungen übernahmen das – von dem Börsenkrach sogar positive Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Durch den Kurssturz der Aktienwerte in Amerika, so meinte man, werde künftig mehr Geld in Deutschland angelegt und das Wirtschaftswachstum weiter verstärkt werden. Erst in den darauffolgenden Tagen, als es in New York erneut zu empfindlichen Kurseinbrüchen kam, wirkte sich das auch auf die Berliner Börse aus. Am 29. Oktober 1929 schrieb die «Deutsche Allgemeine Zeitung» unter der Schlagzeile «Börsenbaisse in Berlin»: «Die Berliner Börse ist durch die gestrigen Kursstürze in New York und Amsterdam, wie zu erwarten war, heftig in Mitleidenschaft gezogen worden. An schweren Werten (Schwerindustrie – M. O.) traten neue Kursverluste bis zu 10 Prozent ein.»

Die Berliner Börse – Bedeutung der New-Yorker Aktienkatastrophe nicht erkannt



Die Flaute begann in Deutschland also mit keinem aufsehenerregenden Donnerschlag oder Erdbeben wie in New York, sondern kam mit schleichenden Schritten. Nur allmählich sanken die Produktions- und Aktienwerte; die Zahlen der Arbeitslosen und der Konkurse, vorerst meist kleinerer und mittlerer Unternehmen, stiegen erst langsam an. Die stufenweise Ausdehnung der Krise, ihr ungleichmässiger Verlauf und die zu Beginn lediglich partielle Erfassung einzelner Industrie- und Wirtschaftszweige nährte noch lange Illusionen und Irrtümer über ihren Charakter, die Tiefe der ihr zugrunde liegenden Widersprüche und ihren zeitlichen Ablauf.

Mehrheit im Stahlverein

Unbeirrt von den drohenden Zeichen der Zeit verfolgte Flick sein wichtigstes Ziel weiter – die Eroberung der Kapitalmehrheit im Stahlverein. Ein Beweis dafür, dass auch er diese Zeichen nicht recht zu deuten vermochte und Auswirkungen auf seine Pläne zumindest anfangs, nicht erkannte. Nach und nach hatte er 44 Prozent des Aktienkapitals von Gelsenberg zusammengebracht und war damit zum Mehrheitsaktionär aufgerückt. Gleichzeitig kontrollierte er den nach dem Verteilerschlüssel festgelegten Anteil von Gelsenberg in Höhe von 39,5 Prozent am Stahlverein. Damit schien Flick aber auch an die Grenzen des Möglichen gekommen zu sein; denn von Thyssen, der etwa 26 Prozent des Aktienkapitals besass, war kein weiterer Zukauf zu erwarten. Die Thyssen-Aktien befanden sich in Familienbesitz, und Fritz Thyssen, nach dem Tode des Vaters Chef des Hauses, achtete misstrauisch auf jede noch so kleine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Stahlverein.

So blieb als Angriffsziel nur der andere grosse Block im Stahlverein – die Phoenix-Gruppe –, der von Otto Wolff, dem Kölner Eisenhändler und -Produzenten, und dem Bankier Louis Hagen beherrscht wurde. Diese beiden hatten sich ebenfalls lange bemüht, ihre Position im Stahlverein weiter auszubauen. Flick bot ihnen im Jahre 1930 einen Tausch von Gelsenberg- gegen Phoenixaktien an, worauf die beiden in Erwartung einer Stär-

kung ihrer Stellung im Stahlverein eingingen. Die Gelsenberg AG durchkreuzte mit dem Zukauf weiterer Phoenixaktien aber alle diesbezüglichen Ambitionen, denn sie präsentierte bald ein Mehrheitspaket von Phoenixaktien und sicherte sich damit auch die Verfügung über die Stahlvereinsaktien der Phoenix.

Gelsenberg hielt nun 58 Prozent der Stahlvereinsaktien und besass so die absolute Mehrheit. Flick, der wiederum bei Gelsenberg das Sagen hatte, erreichte auf diese Weise den lang ersehnten entscheidenden Einfluss auf den Riesenkonzern, der etwa 180'000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. Durch geschickte Verschachtelung seines Kapitals war es Flick gelungen, mit einem Aufwand von «nur» 110 Millionen RM in einem Unternehmen mit einem nominellen Aktienkapital von 800 Millionen RM die Kapitalmehrheit zu erlangen. Was für ein Streich!

Der unersättliche Siegerländer, nunmehr siebenundvierzig Jahre alt, war mit der neuen Position im grössten europäischen Montankonzern zugleich einer der mächtigsten deutschen Monopolherren geworden. Denn sein Einfluss beschränkte sich ja beileibe nicht nur auf den Stahlgiganten. Mit seinen Beteiligungen an den im polnischen Oberschlesien gelegenen Berg- und Hüttenwerken (CSSC), den im deutschen Oberschlesien angesiedelten Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken, der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, der Maximilianshütte, der Linke-Hofmann-Werke AG in Breslau und der Waggon- und Maschinenfabrik in Bautzen beherrschte Flick eine gewaltige Produktionskapazität. Er selbst bezeichnete später vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg diese Zeit als den Höhepunkt seiner Macht.

Seine Majorität im Stahlverein, mit der er den bislang hier dominierenden Thyssen auf den zweiten Platz verwies, rief die Bewunderung aller Anbeter kapitaler Macht hervor. Sie verherrlichten ihn als Stahlkönig, Finanzkünstler und sogar Genie. Und es gab nicht wenige, die mit mystischem Erschauern hinter dem unbeweglichen Pokergesicht Flicks die rätselhaften Möglichkeiten einer Sphinx vermuteten. Doch mit dem Gewinn

seiner Millionen ging es, wie man sah, durchaus irdisch, allzu irdisch zu.

Ohne Fleiss – kein Preis

Auf die häufigen Fragen nach den Ursachen seines Aufstiegs gingen Flicks Antworten sinngemäss kaum über solche Sprüche wie «Üb' immer Treu und Redlichkeit» und «Ohne Fleiss – kein Preis» hinaus. Der Zumutung an die Intelligenz der Fragenden, die in seinen Antworten lag, war er sich anscheinend nie bewusst. Seine mit den Jahren zunehmende Geringschätzung anderer Meinungen liess es ihm wohl gleichgültig erscheinen, dass sich selbst der Leichtgläubigste sagen musste, dass man auch durch lebenslange emsige Arbeit nicht den Reichtum erlangt, den Flick erworben hatte. Doch da der Siegerländer kritische Fragesteller ohnehin nicht vorliess, brauchte er seine Sprüche nie näher zu erläutern. Flicks geistig anspruchslose Selbstdarstellung ähnelte fatal den vielen anderen primitiv vereinfachten Biographien von «Heldenleben». Victor Aubertin, der glänzende Feuilletonist beim «Berliner Tageblatt», glossierte bissig solche Lebensbeschreibungen: «Wo habe ich schon einmal etwas Ähnliches gelesen? Richtig: Karl der Grosse. Und mit George Washington war es ebenso, und mit Friedrich dem Grossen und Napoleon. Alle die grossen Männer der Geschichte ähneln sich, sie stehen um fünf Uhr morgens auf, nehmen frugale Mahlzeiten ein und arbeiten den ganzen Tag.»

Die wichtigste Triebfeder für Flicks Expansionsdrang lag zweifellos in seinem extrem ausgeprägten Willen zur Macht, der sich bei ihm in geradezu klassischer Form verband mit den objektiven Existenzbedingungen eines Kapitalisten, sein Kapital ständig zu erweitern, seine Konkurrenten zu überrunden und wenn möglich, sogar ökonomisch zu vernichten. Flick liebte den Reichtum nicht nur, weil er sich materiell alles leisten konnte, was er begehrte – das hätte er auch mit einem Bruchteil seines Geldes tun können –, Reichtum bedeutete für Flick in erster Linie immer nur Macht, die persönliche Macht durch die Sicherung seiner Macht als Kapitalist. Wahrscheinlich wäre er für

den Psychoanalytiker ein interessanter Fall gewesen: Der Mann, der höchstens 35-Pfennig-Zigarren rauchte, schäbige Anzüge trug und in seinem Büro mitgebrachten Eintopf von Muttern verzehrte, als Beherrscher eines milliardenschweren Industrievermögens. Wenn seine Sparsamkeit auch von den hochbezahlten Imagepflegern bewusst übertrieben wurde, Befriedigung suchte er tatsächlich vor allem in der Sättigung der ihm eigenen und in seiner Masslosigkeit geradezu widernatürlichen Neigung, Gewalt über Menschen und Dinge zu haben. Ogger nennt Flick einen «machtbewussten Konzernbauer», charakterisiert ihn als «den letzten Monarchen der deutschen Industrie», der seine Paladine niemals im Unklaren gelassen hatte, «wer die Entscheidungen trifft».

Von allen Inflationsgewinnlern hatte es Flick, wie seine Stellung im Stahlverein am überzeugendsten bewies, am weitesten gebracht. Äusserst wichtig für seinen Aufstieg war, dass er es, wie wenige, verstanden hatte, seine Inflationsgewinne in der Periode der relativen Stabilisierung zu konsolidieren und sich den neuen Anforderungen des Kapitalmarktes anzupassen. Er setzte in dieser Zeit weder allein auf die Gewinne seiner Unternehmen, noch kaufte er im Stil der Inflationszeit unbeherrscht auf. Zwar hatte Flick auch nach der Einführung der Rentenmark sein Aktienspiel weiter betrieben, das heisst, er kaufte Aktien, hinterlegte sie bei den Banken, erhielt dafür Kredit, kaufte wieder Aktien, hinterlegte sie und so weiter – aber er kaufte immer mit dem Gespür für finanzkräftige Betriebe und guten Gewinn. Flicks Kunst, verschiedene Unternehmen durch Aktienpakete raffiniert miteinander zu verschachteln und mit geringem eigenem Kapitalaufwand grossen Einfluss zu erzielen, erwies sich gerade in den Stabilitätsjahren der Weimarer Republik für ihn als ein nicht zu überschätzender Vorteil. Neben seiner Fähigkeit, die Raffinessen des Börsengeschäftes bis zur Vollkommenheit zu beherrschen, nutzte er zunehmend die Furcht aus, die sein eiskaltes Geschäftsgebaren verbreitete. Der Majoritätswechsel bei der Linke-Hofmann-Gruppe und die Bändigung Direktor Eichbergs zeigte, wie er seine Opfer jagte.

Verbunden mit der Macht der Banken und stets der Unterstützung massgebender staatlicher Kräfte sicher, wurde Flick für viele Firmenchefs zum Alptraum. Gefährlich war der ständig mit erstklassigen Informationen ausgerüstete Flick nicht zuletzt auch durch die Geräuschlosigkeit seines Vorgehens. Seine Erfolge beruhten ja oft wesentlich darauf, dass seine Pläne oder die seiner Auftraggeber nicht frühzeitig ruckbar wurden. Unzählige Unternehmensleitungen merkten überhaupt nicht, dass an ihren Mehrheitsverhältnissen «etwas gedreht» wurde, geschweige denn, dass Flick dahintersteckte. Nicht selten überraschte sie erst das gefürchtete Flick-Telegramm: «Habe Aktienmehrheit erworben – wünsche gute Zusammenarbeit.» Der zweite Teil dieser Telegramme musste den Empfängern als glatter Hohn erscheinen, weil der Wunsch nach guter Zusammenarbeit, wie allzu viele Beispiele bewiesen hatten, pure Heuchelei war. Flick, der nie grosse Umstände mit seinen Direktoren machte und sie mit den Worten erschreckte: «Wenn sich die Bilanzen nicht ändern, ändern sich die Köpfe», sorgte meistens schnell dafür, dass auf die Direktorenstühle der neuerworbenen Werke auch neue Leute kamen.

Flick war relativ unauffällig zu seiner Machtfülle gelangt, und er hielt mit Recht Aufsehen und öffentliche Skandale schädlich für Geschäfte. Obwohl gerade im Hause Flick mit besonderer Härte Profit gemacht wurde, drang davon wenig an die Oberfläche. Flick, der alle seine Partner bei Vertragsabschlüssen strikt zum Schweigen verpflichtete, liess sich seine Publizitätscheu einiges kosten. Durch monatliche Zahlungen, mitunter auf Lebenszeit, an ausscheidende Mitarbeiter, die etwas über seine Praktiken wussten und es für sich behalten sollten, erkaufte der Siegerländer Schweigen und Loyalität. Diese Politik der bewussten Tarnung und Verschleierung war so erfolgreich, dass auch noch 1930 die breite Öffentlichkeit den Namen Flick kaum kannte. Namen wie Henny Porten, Hans Albers und Max Schmeling waren damals jedermann ein Begriff. Ihre Namen machten Schlagzeilen. Ihre Auftritte, Eskapaden und Titelkämpfe waren in aller Munde.



Amüsement für die Besitzenden – Nacktrevue im Berliner Apollo-Theater in den zwanziger Jahren

Die bürgerlichen Blätter mit Massenaufgabe schenkten monopolistischen Machtveränderungen und -konzentrationen keine oder nur geringe Aufmerksamkeit. Wahlen neuer Schönheitsköniginnen, Sport- und Pressebälle konnten jedoch immer mit grosser Aufmachung rechnen. Ein weitverbreitetes Blatt wie die «Berliner Illustrierte Zeitung» informierte in Wort und Bild über den Kampf um den Titel «König der Makkaroniesser», bei dem der Sieger 180 Meter Makkaroni in 5 Minuten verspeiste. Flicks Eroberung des Stahlvereins stellte dagegen kein «Ereignis» dar, über das man berichtete. Sichtbare Akteure genossen eben grössere Aufmerksamkeit als unsichtbare Regisseure.

Ein politisch Lied!

Bei all seinen Transaktionen liess Flick die Politik nie aus den Augen. Sie war ein wesentlicher Faktor, oft genug sogar die Voraussetzung für das Gelingen seiner Vorhaben. Ständig gab er Geld für bourgeoise Politik und Politiker aus, um es auf direktem oder indirektem Wege vermehrt zurückzuerhalten. Zweimal wurde er sogar auch selbst Parteimitglied – während

der Weimarer Republik in der Deutschen Volkspartei und später in der Partei Hitlers.

Wesentliches Motiv für seinen Beitritt zur DVP war die Langlebigkeit der Weimarer Republik. Als er sah, dass die neue Regierungsform sich für längere Zeit etablierte, hielt er es für vorteilhaft, der Deutschen Volkspartei anzugehören. Er fand sich dort mit anderen Industriellen zusammen, die die parlamentarische Republik akzeptierten oder sie als vorläufige Tatsache betrachteten. Politisch repräsentiert wurde diese Partei besonders durch Gustav Stresemann, den langjährigen Aussenminister. Es ist interessant, dass Stresemann selbst kurz vor seinem Tode im Jahre 1929 eingestand, dass die DVP auf Grund ihrer Interessenlage und vor allem der ihrer Geldgeber immer mehr zum Handlanger der Arbeitgeber- und Industrieverbände abgesunken war. Flick konnte in dieser Partei, die offiziell noch liberale Ideale auf ihre Fahnen geschrieben hatte, sicher sein, dass nicht nur die Wünsche der Grossindustrie allgemein, sondern auch seine persönlichen Vorstellungen weitgehend berücksichtigt wurden.

Seinen expansiven Zielen entsprechend setzte sich Flick, ebenso wie breite Kreise der Monopolbourgeoisie, jedoch zunehmend für jene Kräfte ein, die auf eine Beseitigung der Demokratie hinarbeiteten. Die Kohle- und Stahlmonopole waren bereits vor der Weltwirtschaftskrise ständig mit scharfmacherischen Parolen gegen das «Weimarer System» aufgetreten. Grössere Kapitalbildung durch wirksame Steuersenkungen für die Unternehmer, drastische Arbeitszeitverlängerung und rapider Lohnabbau für die Arbeiter, das waren ihre liebsten Forderungen.

Im Dezember 1929 hatten sich die führenden Gruppen des deutschen Monopolkapitals auf ein gemeinsames Konzept zur Durchsetzung ihrer Interessen geeinigt. Während einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde ein Programm mit dem suggestiven Titel «Aufstieg oder Niedergang» veröffentlicht. Diese Versammlung, die in Berlins grösstem Varietétheater, der

«Scala» stattfand, entsprach so recht dem Geschmack der Scharfmacher. Wie unpopulär die Reichsregierung unter der Führung des Sozialdemokraten Müller, die seit dem 28. Juni 1928 amtierte, bei den Unternehmern war, zeigte der grosse Beifall für Flick-Freund Hjalmar Schacht, der sich durch spektakuläre Opposition gegen die Regierung hervorgetan hatte. Georg Bernhard, der bekannte bürgerliche Publizist der Weimarer Zeit, berichtet, dass bei Erwähnung der Namen der anwesenden Minister Moldenhauer und Curtius sich keine Hand zum Beifall rührte. «Als aber der Name Schacht verlesen wurde», so bemerkte Bernhard, «brach ein fanatischer Jubel aus, wie er sonst in der Scala nur bei Glanzleistungen in den Abendvorstellungen zu hören war.»

Die von der Grossindustrie ganz offen als Kampfansage verstandene Tagung des Spitzenverbandes der Unternehmer sollte für die Regierung Müller der Vorbote ihres kommenden Sturzes sein; denn der Einfluss des Verbandes auf Parteien, Parlamente und auf die Presse war gewaltig. Auch dem Regierungsapparat gegenüber hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie keinerlei Hemmungen, sich notfalls mit Ellenbogen durchzusetzen. Spöttisch schrieb Martin Carbe im «Berliner Tageblatt», dass er viele gescheite Beamte straff und aufrecht habe in Ministerien eintreten sehen, «die schon wenig später wie Blümlein an gebogenem Stengel aussahen, die mühsam am Zimmerfenster ihr Leben dahinschleppten und ihre Köpfchen der Sonne zuwandten, die aus der Königin-Augusta-Strasse 28 (Sitz des Reichsverbandes – M.O.) ihre Strahlen warf».

Am 27. März 1930 war es dann soweit. Die Regierung Hermann Müllers wurde gestürzt, und an ihre Stelle trat das Kabinett des Zentrumpolitikers Heinrich Brüning. Der Anlass des Sturzes war nichtig – die Folgen schwer. Denn dieser Wechsel war der Anfang vom Ende der Weimarer Republik. Hatte im Dezember 1929 die «Berliner Börsenzeitung» noch erklärt, dass die Wirtschaft zu Müller auch nicht einen Pfifferling Vertrauen habe, so bekam der neue Mann schon zu Beginn seiner Amtszeit freundlichen Applaus. Brüning sollte nicht nur eine noch unterneh-

merfreundlichere Politik, insbesondere in puncto Lohnabbau betreiben als sein geschmähter Vorgänger, im Zeichen der Krise wurde viel mehr von ihm gefordert: die schrittweise Beseitigung der bürgerlich parlamentarischen Herrschaftsform. Wiegelegen den Grossindustriellen die Krise kam, belegen in schöner Offenheit die zynischen Worte Fritz Thyssens: «Diese Krise brauche ich jetzt! Nur dann sind Lohn- und Reparationsfragen auf einmal zu beseitigen.»

Unter Brüning verschärfte sich die Krise ungeheuerlich und mit ihr die Lebenslage des Volkes. Dafür konnte Brüning aber eine Zeitlang grossindustrielle Interessen durchsetzen, indem er daſs Krisenprogramm der Monopolbourgeoisie auf dem Wege des Abbaus des bürgerlichen Parlamentarismus zu verwirklichen trachtete. Der neue Reichskanzler regierte unter weitgehender Ausschaltung des Parlaments auf dem Verordnungswege, mit dem Erlass der sogenannten Notverordnungen, wobei er sich auf den antidemokratischen Artikel 48 der Weimarer Verfassung stützte. Seine erste Notverordnung, am 16. Juli 1930 erlassen, verfügte gleich erhebliche Steuererhöhungen und gesteigerte Zölle bei Lebensmitteleinfuhren, unter anderem für Getreide und Schweinefleisch – ein Zugeständnis an die Grossagrarier –, mit ungünstiger Auswirkung auf die Verbraucherpreise.

Ein Unternehmerverband schrieb Anfang des Jahres 1931 zu der von Brüning eingeleiteten Politik anerkennend: «Es ist ein Verdienst des Kabinetts Brüning – man mag politisch zu ihm stehen, wie man will – als erste Regierung der Nachkriegszeit ... das Steuer herumgeworfen zu haben. Die Regierung hat durchaus dem lähmenden Pessimismus Einhalt getan, der in dem Gefühl zum Ausdruck kommt, dass der Unternehmer in Deutschland kein Feld zur Betätigung mehr findet, weil alle seine Mühe doch vergeblich ist und das arbeitende Kapital sich nicht mehr verzinst... Wir dürfen die Erwartung aussprechen, dass die Regierung die bisherigen Massnahmen nur als einen ersten Schritt auf dem Wege betrachtet, der folgerichtig weitergegangen werden muss.»

Dass man auch in den Zeiten vor Brüning mit Kapital in Deutschland durchaus etwas anfangen konnte, bewies gerade der Aufstieg Friedrich Flicks doch wohl mehr als deutlich. Diese Seite der Stellungnahme des Unternehmerverbandes war also nicht so genau zu nehmen – ganz anders die Aufforderungen an Brüning, seinen reaktionären Kurs fortzusetzen. Damit war es dem Grosskapital bitterernst. Der neue grosse Mann der Schwerindustrie, Friedrich Flick, gehörte mit zu den treibenden Kräften dieser Politik, denn er hatte schon enge Beziehungen zu Brüning und seinem Kabinett geknüpft. Wie nützlich dieses ungewöhnlich gute Einvernehmen für den Siegerländer noch werden sollte, zeigte sich, als die Krise seine gewonnenen Millionen zu verschlingen drohte.

Diejenigen, bei denen es nicht um Millionen, sondern ums nackte Überleben ging, hatte die Weltwirtschaftskrise bereits heftiger gepackt oder oft genug sogar in den Tod getrieben. Fast täglich berichteten die Zeitungen darüber, zuerst in Schlagzeilen, später als kaum auffallende «normale» Meldung: Schlosser mit seiner Frau und seiner siebenjährigen Tochter beging Selbstmord. An Geld findet man bei ihnen 40 Pfennige. – Ein einundvierzig Jahre alter, völlig verarmter Zigarettenarbeiter tötet seine schlafende Frau, bevor er seinem Leben selbst ein Ende macht. – Keinen Ausweg mehr sehend, verlässt ein ruiniertes Ladenbesitzer sein Geschäft. Nach Tagen zieht man ihn aus der Spree. – Auf dem U-Bahnhof Hermannplatz springt ein sechsfünfzigjähriger Kaufmann vor einen fahrenden Zug. Und so weiter. Die Zahl der Opfer, auf deren Totenschein wirtschaftliche Notlage hätte stehen müssen, wächst sprunghaft an.

Aber es gibt auch andere Versuche, sich zu befreien. Die «Berliner Morgenpost» meldete am 30. November 1930 unter der Schlagzeile «Ausschreitungen jugendlicher Erwerbsloser»: «An drei verschiedenen Stellen in Neukölln kam es gestern Nachmittag zu Ausschreitungen jugendlicher Erwerbsloser, die in mehrere Lebensmittelgeschäfte eindringen und dort Brote und Wurstwaren entwendeten.» Die politische Unruhe unter den Arbeitslosen wird durch eine Nachricht vom gleichen Tage



Ohne Hoffnung – Obdachlose vor der Berliner Volksbühne

Warten auf Arbeit



deutlich: «In der Nähe des Rauthauses in der Berliner Strasse hatten sich gestern Nachmittag etwa hundert Jugendliche angesammelt, die einen Demonstrationszug bildeten und singend durch die Strassen zogen. Die Polizei musste Gewalt anwenden, um die Demonstranten wieder zu zerstreuen.» Zu solchen Ereignissen kam es immer öfter, das Leben in Deutschland war geprägt von Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit.

Einen echten Ausweg aus dieser Krise wies nur die KPD, die mit ihrem am 24. August 1930 in der «Roten Fahne» veröffentlichten Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes die anstehenden Probleme aufgriff und grundsätzliche Lösungen aufzeigte. Das beharrliche Eintreten für die Nöte der Volksmassen brachte der KPD wachsende Zustim-



Ein Schicksal,
das Millionen traf –
arbeitslos

mung. Mit 4,6 Millionen Wählern und 77 Abgeordneten wurde die KPD bei den Reichstags wahlen vom 14. September 1930 zur drittstärksten deutschen Partei, in Berlin sogar zur stärksten. Aber auch die reaktionären Kräfte hatten sich neu formiert, und der sprunghafte Anstieg der faschistischen NSDAP von 800'000 auf 6,4 Millionen Wähler machte die drohende Gefahr eines faschistischen Machtantritts deutlich.

Krisenfieber

Viele der Herren, die knapp drei Jahre später den von ihnen ermöglichten Machtantritt der Nazis freudig begrüßten, trafen sich am 27. Februar 1930 in Düsseldorf im Gebäude des Stahlvereins, dem sogenannten Stahlhaus, zur Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke. Der Generaldirektor des Konzerns, Albert Vogler, erläuterte den Versammelten, was Flick und Thyssen beschlossen hatten. Das Resümee lautete: 6 Prozent Dividende sollen ausgeschüttet werden, nicht mehr. Die Enttäuschung auf den Gesichtern der Aktionäre war nicht zu übersehen. Vogler fügte deshalb beschwörend hinzu: «Wir haben Sorgen. Die Kohleproduktion ist zwar im Geschäftsjahr 1929/30 um drei Prozent gestiegen, doch die Eisenproduktion musste um siebeneinhalb Prozent reduziert werden.» Wer daran schuld hatte, war für Vogler klar. Der nicht nur als Mitglied der DVP politisch engagierte Monopolist nutzte die Gelegenheit, um zu erklären, dass die praktizierte Sozialpolitik Werke, «die einst blühten», ausgesaugt habe. Auch seine Schlussfolgerung war deutlich: «Wir müssen zu einer völligen Umkehr in der Wirtschaftspolitik kommen.» Voglers Worte, durch die Presse stark beachtet, mussten wie Hohn geklungen haben in den Ohren jener, die auf der Strasse lagen und die «Segnungen» der praktizierten Sozialpolitik genossen. Die versammelten Aktionäre des Stahlvereins jedoch klatschten ihm am Schluss Beifall, sie fanden seinen Weg, der Rezession zu begegnen, offensichtlich ganz in der Ordnung. Aber die Krise hatte noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht.

In Flicks Konzernzentrale in der Berliner Bellevuestrasse am

Potsdamer Platz mehrten sich die schlechten Nachrichten ebenfalls. 1931 stieg die Zahl der Arbeitslosen in die Millionen, die Produktion sank enorm, die Bilanzen gestalteten sich katastrophal. Mitte des Jahres kam es zu Konkursen zahlreicher, zum Teil sehr bedeutender Banken, die die Finanzwelt insgesamt schwer erschütterten. Auch Goldschmidts Darmstädter und Nationalbank, die Danatbank, die Nummer zwei unter Deutschlands Kreditinstituten, brach zusammen. Ihr folgten die renommierte Dresdner Bank und die nicht ganz so einflussreiche Schroeder-Bank. Der Bankrott der Danatbank führte zu einem allgemeinen Ansturm auf die Schalter der anderen Banken und beschwor den Zusammenbruch des gesamten deutschen Finanzsystems herauf. Jetzt zeigte sich der Staat offen als Wahrer der finanzkapitalistischen Interessen. Durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg übernahm das «Reich» eine Bürgschaft für die Verpflichtungen der Danatbank, ordnete darüber hinaus Bankfeiertage an und untersagte zeitweilig sogar den Aktien- und Devisenhandel.

Flick war mit den zwei Grossbanken, die in die Krise geraten waren, geschäftlich eng verbunden. Besonders die Dresdner



Nach dem Zusammenbruch der Danat-Bank – Polizei muss den Ansturm auf die Schalter der Banken regeln.

Bank, in deren Aufsichtsrat er sass, hatte Flick bei seinen Aktienkäufen mit beträchtlichen Krediten geholfen. Nun erklärten sich beide Banken nicht nur ausserstande, ihm weitere Kredite zu geben, sondern forderten ihn sogar dringlich zur Rückzahlung seiner Schulden auf. Flick geriet dadurch in eine erhebliche Klemme. Seine Schulden waren enorm und zeitweise mehr als doppelt so hoch wie sein Eigenkapital. Der seit Monaten anhaltende Kurssturz seiner Aktienwerte bedrohte ernsthaft die so mühsam aufgebaute Position. Wie eine Glucke, die auf einem zu grossen Haufen Eier sitzt, musste Flick befürchten, kein einziges Küken auszubrüten und alles zu verlieren. Der Wert seines Aktienbesitzes, von dem selbst er sagte, dass damit «eine grosse Machtstellung verbunden» war, schrumpfte beklemmend schnell und zwang ihn, immer grössere Teile als Pfand für Kredite an die Banken zu geben. Zwar stand der «Geier», so auch von Konzern vertrauten genannt, noch «am Steuer eines Riesenrades», wie Ogger schreibt, «doch drehte es sich nur noch knirschend».

Festgefahren

Gegenüber dem schon unbefriedigenden Geschäftsjahr 1929/30 sank die Produktion des Stahlvereins im darauffolgenden Geschäftsjahr nochmals bei Roheisen um 44, bei Rohstahl um 40 und bei Kohle um 29 Prozent. Getreu dem Prinzip, die Lasten der Krise weitgehend auf Arbeiter und Angestellte abzuwälzen, das von der Schwerindustrie als Führerin der Sozialreaktion besonders konsequent praktiziert wurde, verlangte der Stahlverein kategorisch, dass die Gehalts- und Lohnkosten von jeder «politischen Bindung» befreit und künftig von den Betriebsführungen festgelegt werden sollten. Rund 70'000 Arbeiter und Angestellte des Stahlvereins setzten Flick und Thyssen allein 1930 auf die Strasse. Die Verluste liessen sich aber trotz dieser «Rationalisierung» nicht auffangen. Das Geschäftsjahr 1931/32 brachte dem Stahlverein ein Defizit von 18,9 Millionen Mark, und die Aktienkurse fielen ständig weiter. Flicks Aktienpaket von Gelsenberg, durch das er seine Vormachtstellung im Stahl-

verein errungen hatte, rutschte 1931 auf etwa 30 Prozent und 1932 gar auf 22 Prozent des Nennwertes ab. Die Börse zahlte daher 1932 für das Aktienpaket, das einen Nominalwert von 110 Millionen RM und rund 40 Prozent des Gesamtkapitals von Gelsenberg verkörperte, bloss noch 25 Millionen RM. Da Flick mit dieser Summe seine Schulden auch nicht annähernd bezahlen konnte, drohte der Grossspekulant zum grössten Bankrotteur der Wirtschaftskrise zu werden. Er musste jetzt handeln; denn die Spatzen begannen es bereits von den Dächern zu pfeifen, dass er in Schwierigkeiten steckte. Am 5. November 1931 meldete der «Vorwärts»: «Der finanzielle Zusammenbruch des Grossaktionärs Flick der Vereinigten Stahlwerke ist bei Eingeweihten eine kaum mehr umstrittene Tatsache.»

Das Bekanntwerden des Flickschen Dilemmas in der Öffentlichkeit erschreckte die Vereinigten Stahlwerke derartig, dass der Aufsichtsrat unverzüglich zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammentrat, um eine besonders für die argwöhnischen Banken und kleinen Aktienbesitzer beruhigend wirkende Erklärung zu verfassen. Ansonsten immer bestrebt, die Lage des Riesenunternehmens im Hinblick auf die Senkung sozialer Ausgaben und Löhne so schwarz wie möglich zu malen, versicherte man nun, die Tagesproduktion steige wieder.

Flick wusste natürlich, dass ihm dieser billige Zweckoptimismus auf die Dauer nicht weiterhelfen konnte. Wochenlang tigerte er mit düsterem Gesicht in seinem Konzernbüro umher und sann auf Auswege. Ausser Vetter Konrad Kaietsch und seinen Privatsekretär Otto Steinbrinck weihte er jedoch niemand in seine Probleme ein; über seine künftigen Pläne schwieg er sich sogar ihnen gegenüber vorerst aus. Sicherlich lag das auch daran, dass er selbst nicht sah, wie es weitergehen sollte. Nur langsam fand sich der ehemalige Inflationsgewinnler damit ab, dass diesmal die Banken ihn, einen ihrer einflussreichsten und einträglichsten Kunden, durch Kreditverweigerungen im Stich gelassen hatten. Schliesslich begriff Flick, dass er sich schon etwas ganz Besonderes einfallen lassen musste, wenn er den Bankrott noch abwenden wollte.

Eines Tages war er soweit. Kaietsch und Steinbrinck erfuhren als erste den «Einfall». «Wir geben Gelsenberg ab und gehen raus aus dem Stahlverein», verkündete der bislang Erfolgsverwöhnte niedergeschlagen, aber jeden Widerspruch – wie gewohnt – ausschliessend. Bestürzt und ratlos blickten die beiden Gehilfen auf ihren Herrn und Meister. Sie konnten es ihrem Idol nachfühlen, was es bedeutete, nach jahrelangem Kampf um den Stahlverein alles wieder aufgeben zu müssen. Nicht klar war ihnen jedoch, was bei einem Verkauf von Gelsenberg zu einem Aktienkurs von 22 Prozent gewonnen sein sollte. Einer solchen Verzweiflungstat musste, so fürchteten sie, der endgültige Zusammenbruch folgen. Als der fintenreiche Siegerländer dann aber Vetter Kaietsch und Intimus Steinbrinck in die Details seines Planes einweihte, hellten sich ihre bedrückten Gesichter merklich auf. Sie begriffen, dass Flicks Plan zumindest die Aussicht bot, den fast schon für unvermeidbar gehaltenen Ruin doch noch zu umgehen. Wenn die Banken nicht helfen konnten oder helfen wollten, so meinte Flick, blieb nur die Reichsregierung. Bisher hatte man ja schliesslich auch gemeinsame Interessen verfochten. Es kam lediglich darauf an, einen geeigneten Weg zu finden, der es der Regierung ermöglichte, ihn, Flick, im Staatsinteresse zu unterstützen. Und Flick wusste bereits einen Weg!

Reizen mit falschen Karten

Nach dem Sprichwort handelnd, dass man grosse Fische nicht in kleinen Netzen fängt, trafen Flick und seine Vertrauten alsbald umfangreiche Vorbereitungen zu der aufsehenerregendsten Finanztransaktion ihres Lebens. Sie hatten dabei nicht weniger im Sinn, als dem «Reich» die entwerteten Gelsenbergaktien zu einem Preis zu verkaufen, der den bestehenden Kurswert völlig ignorierte und Flick die Mittel verschaffte, sich vor dem Bankrott zu retten. Der erste, der ausserhalb der Flick-Truppe in die bestehende kritische Situation genauestens eingeweiht wurde, war Albert Vogler als Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke. Nicht ohne Schadenfreude erfuhr dann auch Fritz Thys-

sen von den Schwierigkeiten seines Rivalen und hoffte natürlich auf eine Stärkung seiner eigenen Position im Stahlverein. Nachdem Thyssen einen Sanierungsvorschlag Flicks für den Stahlverein abgelehnt hatte, der kaum seriöser Natur war, da er ganz einseitig die Interessen Flicks berücksichtigte, bot er sich Flick als Käufer des Gelsenbergpaketes an. Flick lehnte diese Offerte Thyssens aber ebenso kategorisch ab, nutzte sie jedoch sehr geschickt für sich aus. Er hatte erfahren, von wem Thyssen das Geld für den Kauf des Aktienpaketes von Gelsenberg herbeischaffen wollte. Hinter dem Thyssen-Angebot war die grösste französische Bank, Crédit Lyonnais, ausgespäht worden. Sie sollte den wesentlichsten Beitrag leisten. Angeblich tauchte nun auch noch eine amerikanische Offerte auf. Die Amerikaner, so hiess es, wollten verhindern, dass in Europa durch den Zusammenschluss des Stahlvereins und bedeutender Teile der französischen Eisen- und Stahlindustrie ein riesiger Konzern als bedrohliche Konkurrenz entstand. Das Angebot aus Übersee, hinter dem der Stahlgigant US-Steel vermutet wurde, soll auf 120 Millionen RM gelautet haben. Nachdem das Geschäft mit Thyssen und den Franzosen nicht zustande gekommen war, verschwand aber diese angebliche Offerte ebenfalls in der Versenkung. Für Thyssen hatte sein Zusammenspiel mit den Franzosen ausserdem die unangenehme Folge, sich öffentlich dagegen verteidigen zu müssen, nationalen Verrat angestrebt zu haben. Als eifriger Förderer der «nationalen» Propaganda der NSDAP war ihm das Bekanntwerden der Beziehungen zum «Erzfeind» höchst peinlich.

Es ist des Öfteren angezweifelt worden, dass überhaupt irgendein Interessent jemals ernsthaft die Absicht gehabt hat, Flick sein Aktienpaket zu dem von ihm gewünschten Preis abzunehmen. Obwohl solche Angebote immer dementiert wurden, war Flick jeder Bericht darüber natürlich äusserst wichtig. So liess er selbst über ein Düsseldorfer Pressebüro, es gehörte übrigens ihm und dem Kölner Eisengrosshändler Otto Wolff, die Nachricht verbreiten, die holländische Bank Rhodius-Koenigs habe über die deutsche Mendelssohn-Bank ein Angebot gemacht, das

Aktienpaket von Gelsenberg zum fünffachen Kurswert zu erwerben. Hinter der holländischen Bank sollten der luxemburgische Stahlkonzern Arbed und der französische Konzern Schneider-Creusot stehen. Besonders bedeutsam für Flick war, dass der fünffache Kurswert erwähnt wurde, denn das setzte Maßstäbe für seinen wirklichen Verkaufspartner.

Zittern um Brüning

Die Vorbereitungen für das Aktiengeschäft mit der Regierung Brüning komplizierten sich für Flick, da er zur selben Zeit nicht nur um sein eigenes Geschick, sondern auch noch um das der Regierung bangen musste. Ihre Ablösung während der Verkaufsverhandlungen hätte für seine Rettungsversuche fatale Folgen haben können. Flick war sich bewusst, dass die Zeit drängte, da Brünings Sturz aller Voraussicht nach kaum lange auf sich warten lassen würde. Die Einstellung des Finanzkapitals und des Grossgrundbesitzes zu Brüning hatte sich radikal gewandelt, der Beifall aus ihren Reihen war schwach geworden. Selbst die durch Brüning im Oktober 1931 vorgenommene Kabinettsumbildung, die den Rechtskräften noch grössere Konzessionen machte, hatte daran nichts ändern können. Brüning wurde von massgebenden Kreisen der herrschenden Klasse nicht mehr als der Mann betrachtet, der den Abbau der Demokratie bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer Massenbasis für diese Politik gewährleisten konnte. Da Flick das Wasser bis zum Hals stand, blieb ihm jedoch nichts anderes übrig, als nolens volens auf Brüning zu setzen und zu hoffen, dass ihn der Reichspräsident so lange im Amt beliesse, bis das Geschäft mit dessen Regierung unter Dach und Fach war.

Er rechnete dabei unter anderem auch mit der Unterstützung des Reichwehrgenerals von Schleicher, einem der einflussreichsten Männer um Hindenburg, der als politischer Kopf der Generalität galt und massgeblich am Ausbau der Reichswehr beteiligt war. Der oft als graue Eminenz jener Jahre bezeichnete Verbindungsmann zwischen Monopolen, Militär und Staatsapparat spielte bei der Ausarbeitung und Verwirklichung der

Pläne zur Beseitigung der Weimarer Republik eine entscheidende Rolle. Schleicher gehörte zu den eifrigsten Befürwortern einer Übernahme von Flicks Gelsenbergpaket, da er es als ausgemachtes Reichswehrinteresse betrachtete, in der Schwerindustrie mitzureden. Schleicher, der im ersten Weltkrieg erlebt hatte, wie von der Schwerindustrie die Preise hochgetrieben wurden, wollte künftig den Belangen der Reichswehr bei der Preisentwicklung und den waffentechnischen Fragen mehr Geltung verschaffen. Er war deshalb bei einigen Herren der Schwerindustrie nicht sehr beliebt, die ihn «staatssozialistischer Absichten» bezichtigten. Zwangsläufig stützte er sich in seiner Politik stärker auf die «modernen» Konzerne der Chemie- und Elektroindustrie, enge Beziehungen verknüpften ihn auch mit Otto Wolff.

Flick baute aber nicht nur auf Brüning und Schleicher, er wollte auch für die Zukunft absolut sichergehen. Das Trio Flick, Kaietsch und Steinbrinck verfolgte rundum die komplizierte politische Lage, um jederzeit elastisch reagieren zu können und sich nicht voreilig irgendwo festzulegen. Die zeitweiligen Ängste um Brüning hinderten Flick nicht, die weitere Stärkung der Rechtskräfte – ohne Brüning – aktiv zu fördern. Von dieser Entwicklung erwartete er für die nächsten Jahre vor allem millionenschwere Rüstungsaufträge und eine langzeitige Konjunktur im Eisen- und Stahlgeschäft. Otto Steinbrinck intensivierte gerade zu jener Zeit seine brillanten Verbindungen zu allen reaktionären Kräften, speziell zur Nazipartei, über deren politische und wirtschaftliche Ziele er Flick seit 1931 laufend berichtete. So hielt er zum Beispiel enge persönliche Kontakte zu Walther Funk, dem späteren faschistischen Wirtschaftsminister, und zu Wilhelm Keppler, einem wichtigen Verbindungsmann Hitlers zur Grossindustrie. Als der Grossaktionär des Stahlvereins am 27. Januar 1932 Hitler vor dem Düsseldorfer Industriellenklub hörte, waren ihm dessen Ausführungen nichts Neues mehr. Vor allem gefiel ihm, was Hitler dort über seine Ansichten zur Diktatur erklärte: «Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des



Hitler und Göring im Düsseldorfer Industrieklub am 27. Januar 1932.
Am Mikrofon Fritz Thyssen

Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der grösseren Zahl, die Demokratie, an deren Stelle zu schieben.» Flick klatschte mit den anderen Grossindustriellen Beifall, als Hitler seine Rede beendet hatte, Fritz Thyssen ging sogar noch einen Schritt weiter und rief begeistert: «Heil, Herr Hitler!»

Unter vier Augen mit Hitler

Die Zusammenkunft in Düsseldorf verstärkte bei Flick offensichtlich den Eindruck, dass man mit Hitler rechnen musste. Schon wenige Tage nach der Düsseldorfer Rede bat er deshalb den Naziführer über die Verbindung Steinbrinck–Funk zu einem Gespräch unter vier Augen. Hitler, der keine Gelegenheit versäumte, sich den Grossindustriellen als ihr Mann zu präsentie-

ren, nahm die Einladung bereitwillig an. Flick und Hitler erörterten diverse politische und wirtschaftliche Fragen, sicherlich auch den möglichen Zeitpunkt einer Beteiligung der NSDAP an der Regierungsverantwortung. Hitler antwortete auf alle Fragen des Grossaktionärs mit den für ihn typischen eifrigen und langen Ausführungen. Anschliessend trennte man sich freundschaftlich; Hitler ging in der Gewissheit, finanziell unterstützt zu werden. 50'000 RM waren der erste Dank des Stahlkönigs für das Gespräch.

Flick, der diese Begegnung natürlich in die Kalkulation seiner Rettungschancen einbezog, liess sich jedoch von der euphorischen Stimmung Hitlers, der noch unter dem Eindruck seines Erfolges im Düsseldorfer Industriellenklub stand, nicht anstecken. Er hatte so seine Zweifel über den kurzfristigen faschistischen Machtantritt, da er sehr wohl die Schwierigkeiten kannte, die der Emporkömmling aus dem Wiener Obdachlosenasyll noch zu überwinden hatte. Dessen Person und die sich oft antikapitalistisch gebende Propaganda der Nazipartei hielten zu jener Zeit einflussreiche Kreise der herrschenden Klasse ab, den Hitlerfaschismus uneingeschränkt zu unterstützen. Flick war deshalb klar, dass Hitler aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der Verhandlungspartner bei der Überwindung seiner unmittelbaren wirtschaftlichen Probleme sein würde. Falls Hitler aber doch unerwartet schnell zum Reichskanzler avancieren sollte, erwartete er jetzt von dessen Seite keinen ernsthaften Widerstand. Hitler hatte ihm ausserdem zugesagt, und das war wichtig genug, dass seine Partei eine staatliche Übernahme des Gelsenbergpaketes nicht als Oppositionsthema ausschlachten und dieser Angelegenheit auch ansonsten nicht im Wege stehen werde.

Grünes Licht vom Reichskanzler

Zu den ersten Verhandlungen mit Regierungsstellen über den Verkauf der Stahlvereinsaktien zog Flick Albert Vogler hinzu. Das war insofern nicht ohne Pikanterie, als Vogler zu den Schwerindustriellen gehörte, die sich stets am heftigsten gegen

jegliche Einmischung des Staates in die Belange der Wirtschaft gewandt hatten. Flick und Vogler begannen die Gespräche bei Max von der Pfordten, dem Direktor der reichseigenen Betriebe. Der VIAG-Chef, zu dem Flick gute Beziehungen unterhielt und der auch im Aufsichtsrat zweier Flick-Unternehmen sass, sollte die Übernahme der Gelsenbergaktien durch die Reichsregierung vorbereiten. Über ihn gelangten Flick und Vogler zu dem inzwischen gründlich informierten Reichsfinanzminister Hermann Dietrich.

Die Erfüllung von Flicks und Voglers Wunsch musste, das sah Dietrich als erfahrener Politiker voraus, der Regierung einige Ungelegenheiten machen. Man würde sie mit Sicherheit der Verschleuderung von Staatsgeldern, eventuell sogar der Korruption bezichtigen, und bestimmte Unternehmer würden es sich nicht nehmen lassen, von Verstaatlichungsabsichten zu sprechen. Andererseits konnte der Zusammenbruch des Grossaktionärs des Stahlvereins die allgemeine Krisensituation so verschärfen, dass sie das Ende der geschwächten Brüning-Regierung besiegelte. Dietrich fand noch zwei weitere Gründe, die für das Minusgeschäft sprachen: Erstens konnte man vielleicht das starke Interesse der Franzosen am Stahlverein ausnutzen, um von ihnen gegen Stahlvereinsaktien ein grösseres Entgegenkommen in der Reparationsfrage und hinsichtlich der deutschen Aufrüstungswünsche zu erlangen; zweitens würde der Ankauf eine ziemliche Bresche in die Phalanx der Eisen- und Stahlmagnaten schlagen, die der Regierung das Leben zunehmend schwerer machten. Dietrich, der der süddeutschen Verarbeitungsindustrie nahestand, aber auch gute Beziehungen zum IG-Farben-Konzern besass, wusste, dass die Wirtschaftskreise, die ihn stützten, eine solche Schwächung der Monopolpreise diktierenden Schwerindustrie nicht ungerne sahen.

Der Zustimmung Hermann Warmboldts, des Wirtschaftsministers, war Dietrich sicher. Warmboldt, vor seiner Berufung zum Minister Vorstandsmitglied der IG Farben, nutzte ohnehin jede Möglichkeit zur Stärkung der IG Farben gegenüber den «alten» Industrien von Kohle und Stahl. In General von Schleicher sah

Dietrich ebenso wie Flick einen weiteren Verbündeten für diese Transaktion.

Nach Abwägung der diffizilen taktischen Fragen sagte Dietrich den Besuchern schliesslich seine Hilfe beim Ankauf des Gelsenbergpaketes zu. Flick und Vogler schieden von ihm mit dem Eindruck, dass ihr Anliegen bei Dietrich in guten Händen sei und dass er den Abschluss der Sache energisch betreiben werde. Der Finanzminister berichtete danach dem Reichskanzler ausführlich über sein Gespräch mit Flick und Vogler. Mehr noch als Dietrich erschreckte Brüning das Unpopuläre des vorgesehenen Aktienkaufes. Unzufrieden konstatierte er, dass damit der Stimmung gegen seine Politik der Notverordnungen und Steuererhöhungen, der gekürzten Löhne und Unterstützungen und der Subventionen für die Grossindustrie und den Grossgrundbesitz neuer Auftrieb gegeben» werde. Als früherer Geschäftsführer des christlichen Gewerkschaftsbundes wusste er nur allzugut, wie man diese Politik «unten» bezeichnete – als Hungerpolitik. Vielleicht dachte er einen Moment daran, wie vielen Menschen mit den Millionen geholfen werden konnte, die Flick kaltschnäuzig der Staatskasse abverlangte, um seine eigene Haut zu retten. Aber Brüning hatte sich längst einer Politik verschrieben, die in erster Linie die Wahrung der Wirtschaftsinteressen der Konzerne und Junker zum Ziele hatte. Von ihnen hing die Existenz seiner Regierung ab. Deshalb kam er zwangsläufig zu dem gleichen Ergebnis wie sein Finanzminister. Als Dietrich den Reichskanzler verliess, nahm er dessen Genehmigung mit, in weiteren Verhandlungen zu einem positiven Abschluss mit Flick zu kommen. Das Geschäft Flick–Reichsregierung hatte den Segen Brünings erhalten. Etwas erstaunt stellte der französische Botschafter François-Poncet einmal zu dem Wirken Brünings als Regierungschef fest:

«Durch einen eigenartigen Widerspruch nimmt unter einem tugendhaften Kanzler die Korruption der Verderbtheit der vorangegangenen Jahre nicht ab.» Der sich eines guten Rufes als fleissiger und moralischer Junggeselle erfreuende Brüning war daran selbst nicht ohne Schuld.

... der Mohr kann gehen

Die Verhandlungen über das Gelsenbergpaket, die sich drei Monate hinzogen und am 6. Mai mit dem Abschluss eines Vertrages endeten, führten für den Flick-Konzern Kaietsch und Steinbrinck, die Reichsregierung war durch Dietrich, dessen Staatssekretär Zarden und Reichswirtschaftsminister Warmboldt vertreten. Dass es sich bei diesem Unternehmen, wie später oft dargestellt wurde, nicht allein um eine Rettungsaktion des Staates handelte, zeigt ein Angebot, das Flick der Regierung machte. Er schlug ihr vor, zu seinem Aktienpaket, das 46 Prozent von Gelsenberg betrug, noch die zur absoluten Mehrheit fehlenden 4 Prozent dazuzukaufen. Zweifellos spekulierte er dabei auf die Interessen von Schleicher und Warmboldt. Tatsächlich erhielt das Reich auch kurz danach die Majorität des Aktienkapitals von Gelsenberg.

Für sein Aktienpaket mit einem Nennwert von 110 Millionen Mark bekam der Siegerländer Börsenstrategie rund 99 Millionen, obwohl es ihm an der Börse höchstens 25 Millionen eingebracht hätte. Das Geschäft wurde über die Dresdner Bank – ohnehin die Hausbank Flicks – abgewickelt, die seit der Bankenkrise durch eine Stützungsaktion der Brüning-Regierung unter Staatseinfluss geraten war. Von dem Kaufpreis wurden sofort Schulden in Höhe von 65 Millionen RM bezahlt. Den Rest empfing Flick in Reichsschatzanweisungen, die er nicht vor Ablauf eines Jahres einlösen durfte. Das bedeutete jedoch keine wesentliche Einschränkung, denn damit war Flick für jede Bank als Kunde gut. Inmitten der Krise, die geradezu geprägt wurde durch Kapitalmangel, besass Flick plötzlich eine hohe Liquidität, die sich wieder einmal für neue Eroberungen ausnutzen liess.

Nur 24 Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages, am 30. Mai 1932, stürzte die Regierung Brüning. Da Schleicher an der Durchführung der Gelsenbergtransaktion noch durch die Brüning-Regierung ausserordentlich interessiert gewesen war, er aber andererseits schon früher geäussert hatte, dass man die Arbeit des «guten Heinrich» nicht mehr lange mit ansehen könne, und er dank seines enormen Einflusses nach allen Seiten

auch den Zeitpunkt bestimmte, zu dem Franz von Papen Reichskanzler wurde, liegt die Vermutung nahe, dass der Abschluss des Gelsenberggeschäfts und der Sturz Brünings nicht bloss zufällig so kurz aufeinander folgten.

Am Vortag des Regierungsrücktritts hatte der greise Hindenburg seinen Reichskanzler zu sich gerufen und ihn wie einen Schulbuben abgekanzelt. Brünings asketisch-starres Gesicht erleichte unter den Anwürfen des Reichspräsidenten, seine Augen bekamen einen trüben Glanz. Hindenburg, der immer gern von Treue sprach und sie selbst sehr wenig hielt, erklärte Brüning, der ihm erst kurz zuvor mit dem vollen Einsatz seiner Person zur zweiten Präsidentschaft verholfen hatte, nachdrücklich, dass er keine Notverordnungen von ihm mehr unterschreiben werde. Der gerade von seinem Gut Neudeck in Ostpreussen nach Berlin zurückgekehrte Hindenburg las von einem Blatt Papier: «Es soll fortan nach rechts regiert, die Wirtschaft der Gewerkschaftssekretäre beendet und Schluss mit dem Agrarbolschewismus gemacht werden.»

Brüning begriff, was die Stunde geschlagen hatte. Bei Verweigerung der Unterschrift Hindenburgs unter die Notverordnungen konnte er nicht mehr regieren, da er über keine Parlamentsmehrheit verfügte. Die Haltung des Reichspräsidenten bedeutete also nichts anderes, als dass er seinen Hut nehmen musste. Brüning kannte alle Argumente des Reichspräsidenten bis zum Überdruß bereits von früher; es waren immer dieselben Klischees, die Hindenburg und seine engsten Mitarbeiter verwendeten. Nach Beendigung seiner Lesung soll Hindenburg, wie Hermann Pünder, der Staatssekretär Brünings, berichtete, den Kopf in die Hand gestützt und ohne Manuskript erklärt haben:

«Ich muss endlich nach rechts gehen, die Zeitungen und das ganze Volk verlangen das. Aber Sie haben es ja immer abgelehnt.» Pünder wies darauf hin, dass Brüning dieses in seiner Antwort bestritt. Und er bestritt es wahrlich mit Recht. Am nächsten Tag trat das Kabinett Brüning zurück.

Der 2. Juni 1932 sah den Regierungsantritt des Kabinetts Franz von Papen. das wegen der vielen Adligen, die ihm ange-



Totengräber der Weimarer Republik. Von Papen und von Schleicher

hörten, als «Kabinett der Barone» in die Geschichte einging. Die Mitglieder des neuen Kabinetts entsprachen weit mehr dem Geschmack Hindenburgs und seiner Hintermänner. Auch Finanzminister Dietrich, den Hindenburg absurderweise für eine Art von Gewerkschaftssekretär hielt, musste seinen Ministersessel räumen.

Einen Tag nach der Entlassung der Regierung, also noch vor dem Amtsantritt Papens, passierte etwas Merkwürdiges. Reichsfinanzminister a. D. Dietrich unternahm, sicherlich in Übereinstimmung mit den wichtigsten der gestürzten Kabinettsmitglieder, eine später viel diskutierte Aktion: Anstelle der Dresdner Bank wurde ihre Tochtergesellschaft, das Bankhaus Hardy und Co., mit der finanziellen Regelung des vertraglichen Inhalts der Gelsenbergangelegenheit beauftragt. Diese Änderung sollte die Spuren des Geschäfts mit Flick verwischen. Denn im Gegensatz zur Dresdner Bank, die eine Aktiengesellschaft war, brauchte Hardy und Co., eine GmbH, keine Bilanz zu veröffentlichen.

Irrungen und Wirrungen

Am 19. Juni platzte die Bombe aber doch. Zwei industriefreundliche Zeitungen, die «Frankfurter Zeitung» und die «Kölnische Zeitung», meldeten gleichzeitig, dass Flicks Gelsenbergpaket in die Hände der Regierung übergegangen sei. Als durch diese Veröffentlichung das offenbar mit der vorigen Regierung vereinbarte Schweigen nicht mehr eingehalten werden konnte, achtete besonders Schleicher, der im Papen-Kabinett das Ressort des Reichswehrministers übernommen hatte, darauf, dass das Licht der Wahrheit nur schwach zum Vorschein kam. Am 20. Juni 1932 liess die Reichsregierung verkünden: «Zu den Pressemeldungen über Finanztransaktionen bei Gelsenkirchen bzw. Ver. Stahlwerken erfahren wir von zuständiger Seite, dass es sich hierbei lediglich um private Banktransaktionen handelt.»

Das nunmehr erwachte öffentliche Interesse konnte mit einer so dünnen Meldung nicht befriedigt werden. Anscheinend war das wohl auch der Regierung klargeworden, denn sie gab am darauffolgenden Tag Informationen mit der Tendenz preis, sich von der Flick-Hilfe zu distanzieren. In der Meldung vom 21. Juni hiess es:

«Bei den Transaktionen betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich im Laufe dieses Frühjahrs vor-

Verleger: ... Druck: ...

Frankfurter Zeitung

Verlag: ...

Frankfurter Handelsblatt.

Verbreitung und Wiedergabe der Artikel mit 4 oder 5 und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Ztg.“ gestattet

Die Verhandlungen um das Gelsenkirchen-Paket.

Schweigen der Beteiligten. — Raten in den Blättern.

Berlin, 20. Juni. (drahtl.)

Seiten ist eine Transaktion, die mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden soll, mit einem so undurchsichtigen Schleier umgeben worden, wie die bevorstehende Übernahme eines aus-

Diese ganze Konstruktion hat aber stark an Wert eingebüßt seitdem auch Majoritäten nicht mehr begehrt sind. In Deutschland würde sich wohl kaum eine private Gruppe finden, die bereit wäre, der Gruppe Flick für diese Schlüsselstellung die gleichen Gegenwerte zu bieten wie die öffentliche Hand. Was veranlaßt aber die öffentlichen Instanzen in dieser Finanzpolitisch so schweren Zeit so große Aufwendung zu machen? Die Ver-

* Flickwerk.

Reichsbeteiligung am un sanierten Stahlverein.

Anfangs ein Dementi, dann ein kurzes Zugeständnis, dann Schweigen. So behandelt die Behörde eine Transaktion, die materiell für die Reichsverschuldung und den Reichshaushalt, prinzipiell für die Wirtschaftspolitik von Jahren oder Jahrzehnten die größte Bedeutung hat, eine Transaktion, die einer sanierten Doppelbank neuerdings Engagements abnimmt, die indirekt eine Bergwerksgesellschaft von Schulden befreit, einen Montanspekulationskonzern flott macht und dem Reiche unwiderruflich die Aufgabe zuschiebt, die Sanierung unseres größten Montanunternehmens, der Ver. Stahlwerke AG., herbeizuführen und in jeder Hinsicht zu vertreten, wann und unter welchen Opfern auch immer. Man steht vor einem Rätsel, sowohl bezüglich der tieferen Ziele, wie der Be-

Handelsblatt der Kölnischen Zeitung

rgmann
in Rolle der Reichs-
schuldigkeit
Verke AG. einzuwan
FRG über den
nach Auflösung von
Verlust vorzutragen
ist und berechtigt von
Aktionsarsene
wissen, die sich um
in im allgemeinen
1825 (AB) und
von einem Anzei-
genbüchlich Spemta
sweicher Aufwän
herangezogen.
e der beiden Groß-
stes-Geschäft
Mit dem Verkauf
an das beste Pferd
gewünscht ob der
den. werden. von 22.

Also doch erheblich überbezahltes Gelsenkirchen-Geschäft!

Verantwortlich der frühere Reichsfinanzminister Dietrich

2) Köln, 21. Juni.

Es scheint für die Interventionen der Gelsenkirchen-Geschäfte, d. h. also an erster Stelle für die Flick-Gruppe und für das Reichsfinanzministerium, sehr schwierig zu sein, die Öffentlichkeit über die Einzelheiten dieses neuen als eigenartigen Geschäftes aufzuklären. Vorweg sei allerdings bemerkt, was wir schon wiederholt betont haben, daß auf Regierungsebene der frühere Reichsfinanzminister Dietrich an erster Stelle, vielleicht auch anschließend, die Verantwortung für diese für die Flick-Gruppe sehr rentierliche Transaktion zu tragen hat. Die Fortsetzung der für beide angesagten Regierungserklärung hat sich bis in die ersten Abendstunden hinausgezogen, woraus ebenfalls ersichtlich ist, daß die Aebische eine solche Erklärung auch für die neue Regierung keine leichte Sache gewesen ist. (Die Regierungserklärung ist im Politischen

Der Rat von 30-30 Mill. RM fließt, wie es in der Meldung heißt, der Flick-Gruppe in bar zu und soll Flichechen Interessen dienen.

80% !!

Nun der Kurs von 92% Man stahl auch unter Berücksichtigung der jetzt in den Vordergrund geschobenen rationalen Geschäftsanteile einmütig vor einem Rätsel: Am 12. April d. J. als die Börse wieder geöffnet wurde, stand der Gelsenkirchen-Kurs auf ungefähr 90% und ist dann im Laufe der Woche bis auf über 92% aus den von uns schon im vorigen Artikel erwähnten Gründen hinausgegangen. Selbst wenn man einmal die derzeitigen Börsenkurse für gute Papiere als Vorbildswert annimmt, so ist es absolut nicht zu verstehen, wenn hier von der öffentlichen Hand ein Preis bezahlt werden muß, der weit mehr als das Doppelte des schon stark herabgesetzten Börsenkurses

Memorandum
Die Sitzung
deutscher Deputat
anlassung des l
tlicher. Antieche
Committee of B
Belanminische
1. Juli, 1926 (in
beigefestigt. In
sowohl wie Wert
russ und dem
organisatorische
abgeordneten Es
Die Anschläge
peter Hinterlist
dafür verfügbar
als es dies von
hindert wurde.
Spruch erhob
sich zu einer be-
zeitigt hat. In
erforderliche, ein
dieses Gericht in

Presse-Schlagzeilen zur Gelsenberg-Affäre

bereitet und durch einen von ihm am 31. Mai 1932 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluss gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Anlass, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.» Da der Vertrag zwischen Flick und dem Reich aber bereits am 6. Mai 1932 abgeschlossen wurde, konnte sich das angegebene Datum vom 31. Mai nur auf den Wechsel von der Dresdner Bank auf das Bankhaus Hardy und Co. beziehen.

Flick machte nun erstmals wirklich Schlagzeilen in der Presse. Balkenüberschriften wie «Das Dunkel um das Flick-Geschäft» oder «Wann wird der Öffentlichkeit reiner Wein eingeschenkt?» mussten dem «scheuen» Flick sehr unangenehm in den Ohren klingen. In den Zeitungen, die den mit dem Gelsenberggeschäft sympathisierenden Wirtschaftskreisen nahestanden, wurde viel über die volkswirtschaftliche Notwendigkeit dieser Transaktion geschrieben, die Ausschaltung der Franzosen hervorgehoben und Flick zum Patrioten hochgelobt. Dies vor allem, weil er sich bereit erklärt hatte, an das Reich zu einem Preis zu verkaufen, der niedriger war als das angebliche Angebot der französischen Schwerindustrie. Viel berichtete man auch von den Schwierigkeiten der Vereinigten Stahlwerke und besonders der Flick-Gruppe. Zuviel für Flicks Geschmack; denn er fürchtete um seine Kreditwürdigkeit bei den Banken. Der geschickte Taktiker lancierte deshalb Meldungen in die Presse, die seinen angekratzten Ruf wieder auf möbeln sollten. Unverfroren wurde darin behauptet, dass die Gründe für Flicks Trennung von Gelsenberg keineswegs in der Finanzlage der Flick-Gruppe gelegen hätten, sondern in der Organisation der Vereinigten Stahlwerke und den sonstigen Interessen seiner Charlottenhütte.

Flick selbst schwieg beharrlich. Die einzige Stellungnahme, die von seiner Seite abgegeben wurde, kam erst nach über einem Vierteljahrhundert. Vor der Veröffentlichung eines Flick betreffenden Artikels im BRD-Nachrichtenmagazin «Der Spiegel», der am 17. September 1958 erschien, gab das Haus Flick eine Erklärung ab. Diese späte Reaktion wurde mit dem ver-

einbarten Schweigen zwischen Flick und der Brüning-Regierung begründet. Die Verlautbarung des Flick-Konzerns an den «Spiegel» enthielt jedoch nicht mehr, als ohnehin schon sehr viel früher von anderer, wohlmeinender Seite geschrieben worden war. Es wurde wiederholt, dass 1932 nicht die Flick-Gruppe, sondern der Stahlverein in grossen Schwierigkeiten gesteckt hätte. Ausserdem will Flick das französische Interesse am Stahlverein niemals als Druckmittel gegenüber der Reichsregierung verwandt haben. Dagegen bestätigte er das ausgesprochene Interesse der Regierung Brüning an der Gewinnung eines massgeblichen Einflusses auf das grösste schwerindustrielle Unternehmen der damaligen Zeit. Auch die Begründung aus den dreissiger Jahren, dass dieser Einfluss günstig auf Frankreich wirken sollte, wurde vom Hause Flick wiederholt. Man spielte dabei anscheinend auf die gemässigte Haltung Brünings gegenüber Frankreich an und unterstellte den Franzosen, dass sie Brüning als gewissermassen obersten Chef des Stahl Vereins nicht ungern sahen.

Bei dem mit der Brüning-Regierung seinerzeit vereinbarten Schweigen sollte aber wohl doch mehr zugedeckt werden, als der Inhalt der späten und recht dürftigen Stellungnahme andeutet. Flick war an diesem Schweigen über die Gelsenberg-affäre selbst nach fast vierzig Jahren so interessiert, dass er sich 1971, als die (West-)Deutsche Verlagsanstalt beabsichtigte, die Memoiren Brünings zu veröffentlichen, intensiv bemühte, noch vor dem Druck ein Exemplar des Manuskripts zu erhalten. Durch einen beauftragten Rechtsanwalt und danach durch keinen Geringeren als Otto Andreas Friedrich, seines Zeichens Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Mitglied der Flickschen Konzernleitung, versuchte Flick, Einblick in das Brüning-Manuskript zu erlangen und Änderungswünsche anzumelden.

Schelke von Reusch

Das permanente und skrupellose Ausnutzen von Gegensätzen und verschiedenen Interesseneinflüssen, die wesentlich zu Flicks Erfolgen beitrugen, schuf ihm natürlich auch erbitterte Gegner. Bei einem Teil der Konzernherren von Rhein und Ruhr löste das Gelsenberggeschäft scharfe Kritik aus, zu deren Sprecher sich vor allem Paul Reusch aufschwang. Der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte schrieb am 5. Juli 1932 in der «Kölnischen Zeitung»:

«Der industrielle Westen ist von dem Erwerb der Gelsenkirchener Aktien durch das Reich vollständig überrascht worden. Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, dass dieses Geschäft in weiten Kreisen grosse Bestürzung ausgelöst hat und dass das Eindringen der öffentlichen Hand in die Schlüsselindustrie aufs schärfste verurteilt wird ... Es muss gefordert und erreicht werden, dass das Reich sich aus dieser Mehrheitsposition bei Gelsenkirchen wieder zurückzieht und dass die Möglichkeit besteht, die Anteile wieder in die private Hand zurückzubringen.»

Paul Reusch gehörte zu der Gruppe von Gegnern des Gelsenberggeschäfts, die darin nicht nur Sozialisierungstendenzen sahen, sondern mit Recht fürchteten, dass Flick seine Kapitalkraft und wiedergewonnene Mobilität zu einer erneuten Grossspekulation, entweder auf eigene Rechnung oder zusammen mit anderen Konkurrenten, verwendete. Doch es gab auch starke Kräfte in den Konzernleitungen der Schwerindustrie, die aus anderen Motiven alles daransetzten, den Stahlverein erneut voll zu reprivatisieren. Fritz Thyssen zum Beispiel wartete lediglich auf eine neue politische Kräftegruppierung, um eine Reprivatisierung einzuleiten, die seine Stellung festigte. Eine Reihe weiterer Vertreter der Schwerindustrie, unter anderen Vogler, begrüßte zwar, dass der Staat in dieser Situation eingegriffen hatte, wollte ihn aber bei besserer Wirtschaftslage unbedingt wieder aus dem Stahlverein hinausdrängen.

Klare Front gegen diese Reprivatisierungspläne machte die Gruppe IG Farben–Schleicher. Sie war bestrebt, die erreichte

Position des Staates im Stahlverein zumindest zu halten, nach Möglichkeit sogar zu erweitern, weil dadurch ihre eigene Position gestärkt schien. Friedrich Flick dagegen zeigte vorläufig kein sichtbares Interesse mehr am Stahlverein. Er wollte, jedenfalls für den Augenblick, nur von ihm loskommen. Doch der Rückzug aus dem Mammutkonzern verlief nicht ohne Komplikationen und sollte von ihm noch einige Nachhutoperationen erfordern.

Nicht bloss die Presse, sondern auch die politischen Parteien nahmen sich der Gelsenbergaffäre an, ja es wurden sogar Forderungen nach der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses laut. Der flotte Herrenreiter auf dem Stuhl des Reichskanzlers, Franz von Papen, geriet dabei offensichtlich unter den Druck jener Kräfte der Schwerindustrie, die heftig gegen das Gelsenberggeschäft zu Felde zogen. Er gab deshalb eine in diese Richtung gezielte beruhigende Erklärung ab: «Die Regierung vertritt den Standpunkt, dass die Freiheit der Wirtschaft wiederhergestellt werden soll... Dem würde es aber widersprechen, wenn der Staat die entstandene Notlage dazu benützte, entscheidende Schlüsselpositionen an sich zu bringen ... Es muss eine Bereinigung des Komplexes erreicht werden, ohne wesentliche Teile der Rohstoffindustrie in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen.» Die Zeitungen meldeten, dass die Regierung beabsichtige, einen Ausschuss von «unabhängigen Persönlichkeiten» zu benennen, der das Gelsenberggeschäft untersuchen sollte. Daraus wurde dann allerdings nichts, das Papen-Kabinett beschäftigte sich aber immerhin im August und September auf zwei Sitzungen mit dem Flick-Thema.

Geldgeschenke

Flick machte der Wirbel um das Gelsenberggeschäft und um seine Person viel Ärger. Er verabscheute diese Publizität, zumal sich die Berichte häuften, in denen er mit solchen, wie er meinte, ihn gröblich diffamierenden Beinamen wie «Gerissener Spekulant» und «Schieber» versehen wurde. Obwohl seinen Ge-

schäften die allgemeine Aufmerksamkeit gar nicht bekömmlich war, kam er nicht umhin, indirekt daran teilzunehmen. Da sich der frühere Finanzminister Dietrich in der Öffentlichkeit wegen der Gelsenbergangelegenheit verantworten musste, überliess Flick ihm zu seiner Verteidigung ein Schreiben, in dem er das Angebot Thyssens, das Gelsenbergpaket zu erwerben, abgelehnt hatte, weil angeblich die Pariser Geldquelle publik geworden war. Fritz Thyssen erklärte demgegenüber allen, die es hören wollten, wenn auch wenig glaubwürdig, dass ihm die Pariser Geldgeber seines Vermittlers, eines gewissen Herrn Mannheimer, nicht bekannt gewesen seien. Die Angelegenheit bereitete Fritz Thyssen noch viel Verdruss und stärkte nicht gerade seine ohnehin geringe Sympathie für den Siegerländer.

Neben solchen unvermeidlichen Auseinandersetzungen blieb Flick jedoch bemüht, die für ihn wichtigen Kräfte, besonders die politischen, zu beruhigen. Insgesamt wandte er 1,5 Millionen RM für die Beruhigungsaktion auf. Von dieser Summe bekam Hermann Dietrich 950'000 RM als Wahlkampfmittel für Hindenburgs Wiederwahl zum Reichspräsidenten. 150'000 RM gingen an Brüning und je 100'000 RM wurden an Hugenberg, von Papen und von Schleicher gegeben.

Über die Motive, die der Spendenaktion zugrunde lagen, äusserte sich einige Jahre später Otto Steinbrinck: «In den kritischen Jahren 1931/32 lag es in unserem Kreditinteresse mehr denn je, dass unfreundliche Bemerkungen in der Presse oder Angriffe lokaler Stellen rechtzeitig unterbunden oder abgefangen werden mussten ... Wir brauchten eine sachliche bürgerliche Regierung für die reibungslose Abwicklung der ganzen Transaktion und die Erhaltung angesponnener Verbindungen zu den bürgerlichen Parteien. Aus dieser Einstellung heraus haben wir allen Gruppen, von den Unabhängigen und Sozialdemokraten bis zu den Rechtsparteien, insbesondere auch Linksblättern, erbetene Zuwendungen zukommen lassen.»

Die NSDAP schickte Hermann Göring, der enge Beziehungen zur Finanzoligarchie pflegte, in Flicks Hauptquartier. Er wollte dort klären, wie sich die NSDAP propagandistisch zur Gelsen-



Gemäldesammler Göring empfängt von Hitler ein neues Geschenk

bergaffäre verhalten sollte, denn die Nazipartei war in jener Zeit besonders darum bemüht, sich die volle Unterstützung des Grosskapitals zu sichern und ihm gegenüber kein politisches Porzellan zu zerschlagen. Flick und Göring verstanden sich dementsprechend gut. Der Börsenspekulant, der es gründlich gelernt hatte, Menschen auf ihren Wert für sich hin einzuschätzen, fand, dass Göring ihm wertvolle Dienste leisten konnte. Macht- und prunksüchtig, moralisch skrupellos, war der ehemalige Jagdflieger des ersten Weltkrieges «Zuwendungen» gegenüber sehr aufgeschlossen. Da er in der Hierarchie der NSDAP weit oben stand, war er natürlich interessant für Flick. Über den Inhalt seiner Gespräche mit dem Grossaktionär gibt ein Schreiben Auskunft, das Flick-Direktor Odilo Burkart 1940 an Maxhütte-Chef Dr. Gillitzer unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Aufwertung der Naziführer richtete: «Der Verkauf des Mehrheitspaketes vom Stahlverein ist seinerzeit im Jahre 1932 in tagelanger Aussprache in der Bellevuestrasse vom heutigen Reichsmarschall persönlich überprüft und sanktioniert worden. Ausserdem hat der Reichsmar-

schall über die gesamte Transaktion bezüglich der Mehrheit des Stahlvereins persönlich dem Führer Bericht erstattet mit dem Ergebnis, dass auch der Führer diese Transaktion als notwendig anerkannt und ausdrücklich gebilligt hat.»

Die weitere Freundschaft zwischen Flick und Göring nahm ihren eigentlichen Anfang, obwohl sie sich durch die Vermittlung Hjalmar Schachts bei den Gelsenberg-Besprechungen schon früher getroffen hatten. Erstes Ergebnis des Gesprächs war, dass die recht widersprüchlichen und demagogischen Stellungnahmen in der NSDAP-Presse gegen die Rolle der Brüning- und der Papen-Regierung beim Gelsenberggeschäft sehr schnell abebbten und bald kein Wort mehr darüber in den Nazi-zeitungen stand. Wie gut sich das Verhältnis zwischen dem Wirtschaftsboss und dem mächtigen Erzfascisten im Laufe der Zeit entwickelte, charakterisiert die spätere Äusserung des Ministerialdirektors in Görings Luftfahrtministerium Erich Gritzbach:

«Flick war bei Göring absolut persona grata.» Göring setzte stets seine ganze Autorität ein, um beim weiteren Ausbau des Flick-Imperiums behilflich zu sein. Flick dagegen erschien mit schöner Regelmässigkeit zum Geburtstag des Nazihäuptlings, selbstverständlich immer mit einer erlesenen Kostbarkeit für die privaten Sammlungen des Reichsmarschalls*. Es waren in der Regel Bilder alter Meister, nicht unter 70'000 RM, die er als Präsent überreichte. Mit diesen Geschenken für Göring und für andere Prominente, vor allem aber mit seinen Spenden für die NSDAP, stand Flick jedoch nicht allein. Neben vielen anderen Spendern gab vor allem Fritz Thyssen noch umfangreicher und ausschliesslicher, Millionenbeträge übersteigend.

Kampf um Harpen

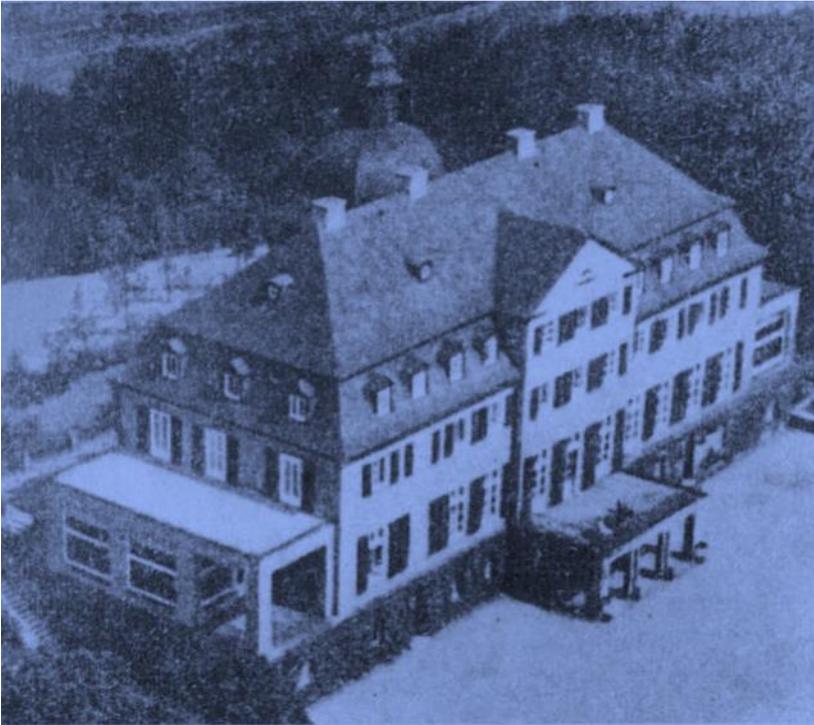
Nachdem sich das Aufsehen und die damit verbundene Unruhe um die Gelsenbergaffäre infolge eifriger Kontaktpflege und Schmiermittel für alle Parteien – mit Ausnahme der KPD – gelegt hatten, landete Flick, wie von den besorgten Magnaten des Rhein-Ruhr-Gebietes befürchtet, seinen neuen Coup. Durch die Aufgabe von Gelsenberg musste er sich nach einer neuen, und

zwar eigenen, Kohlenbasis für seine ihm verbliebenen Stahlwerke umsehen. Denn eines wusste er genau: Würde er bei der Kohleversorgung von den erzürnten Herren des Ruhrbergbaues abhängig sein, dann würde ihm das sehr teuer zu stehen kommen. Als neues Objekt für seinen ungebrochenen Eroberungsdrang nahm sich Flick die alte und ertragreiche Steinkohlenzeche Harpener Bergwerke AG vor, die schon immer seinen Appetit gereizt hatte. Seine Spekulation, bereits vor der Stahlvereinskrise eingeleitet, zielte darauf ab, die Harpener Aktien, die sich in Höhe von rund 36 Millionen RM im Besitz der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation (Rheinbraun) befanden, zu erobern. Der gewiefte Siegerländer ging, wie so oft, scheinbar einen Umweg. Er konzentrierte sich auf die Aktien der Rheinbraun AG und nicht auf die von Harpen. Kurz bevor die Danatbank Mitte 1931 ihre Schalter für immer schloss, hatte er von ihr noch ein Aktienpaket der Rheinbraun AG von nominell 8 Millionen RM gekauft. Im selben Jahr übernahm er als Gelsenberger Grossaktionär von seiner Gesellschaft ein Rheinbraunpaket in Höhe von 13 Millionen RM. Von der Danatbank erhielt Flick die Aktien auf Kredit, an Gelsenberg musste er nur fünf Millionen Mark sofort zahlen, der Rest ging ebenfalls auf Kredit. Mit vergleichsweise minimalem Einsatz eigenen Kapitals hatte er sich also ein Aktienpaket in Höhe von 21 Millionen Mark ergattert, das bereits die Sperrminorität bei Rheinbraun überschritt und eine gute Ausgangsbasis für seine weiterreichenden Pläne darstellte.

Flick hielt es danach für angebracht, mit Paul Silverberg, Generaldirektor von Rheinbraun, zu sprechen. Silverberg, während der Weimarer Republik einer der bekanntesten und engagiertesten Vertreter von Unternehmerinteressen, entstammte einer jüdischen Familie im Rheinland. Er wandte sich häufig mit recht unorthodoxen Äusserungen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen an die Öffentlichkeit. Harte Auseinandersetzungen hatte 1926 das Auftreten des Generaldirektors des grössten westdeutschen Braunkohlenkonzerns auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der

Deutschen Industrie, dessen stellvertretender Vorsitzender er war, ausgelöst. Er eröffnete dort seinen schockierten Zuhörern, dass fortan ohne die Mitwirkung der Arbeiter nicht mehr regiert werden könne. Diese taktische Erklärung, gemeint als Angebot an die Sozialdemokraten zur Mitarbeit in der Regierung, zeigte, dass Silverberg einer flexiblen Richtung innerhalb der führenden Kräfte des Monopolkapitals angehörte. Seine Auffassungen stiessen aber auf heftige Ablehnung aus den Reihen der Schwerindustrie. Das spiegelte sich auch in der «Deutschen Tageszeitung» wider, in der es hiess, dass «namhafte Vertreter» der westdeutschen Industrie, «die mit dem gleichen Recht wie Dr. Silverberg als Führer und Wortführer weiter Kreise angesprochen werden können, von dem politischen Programm Silverbergs in aller Form abrücken». Die Zeitung vertrat die Meinung, dass «grosse Teile unserer Industrie die politischen Zukunftsfragen mit anderen Rezepten und die Gesundung unserer Wirtschaft mit anderen Mitteln herbeizuführen gedenken als Dr. Silverberg». Besonders erregten Widerspruch erfuhr Silverberg in der weiteren Debatte durch Thyssen, Kirdorf und Reusch, die in seinen Äusserungen fast «ehrenrühriges» Verhalten sahen.

Die Position des Rheinbraun-Chefs, dessen politischer und wirtschaftspolitischer Einfluss in den letzten Jahren der Weimarer Republik stark dahingeschwunden war, wurde nun sogar im eigenen Konzern untergraben, und zwar durch Friedrich Flick. Der im Erkunden günstiger Umstände beschlagene Siegerländer hatte sich Silverberg nicht zufällig als Opfer ausgesucht; im Kampf mit ihm rechnete er auf potente Verbündete. Im Herbst 1932 rückte er an Silverberg mit dem! provokatorischen Angebot heran, sein Aktienpaket von Rheinbraun in Höhe von 21 Millionen RM gegen das einen Wert von 36 Millionen RM verkörpernde Harpener Paket zu tauschen. Silverberg, der seine Stellung für sicherer hielt, als sie tatsächlich war, lehnte dieses Verlustgeschäft verständlicherweise ab. Allerdings sollte er das sehr bald bedauern. Der Braunkohlenkonzern, von Silverbergs Vater bereits im 19. Jahrhundert gegründet, wurde von



Flicks Charlottenhof

Paul Silverberg seit 1903 als Generaldirektor wie eine persönliche Domäne geleitet. Silverbergs verhängnisvoller Fehler bestand nun darin, dass er sich im Kampf gegen Flick auf die Solidarität von Albert Vogler verliess, der neben seiner Position im Stahlverein unter anderem auch Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE) war, die ebenfalls eine Sperrminorität bei Silverbergs Rheinbraun besass.

Entgegen den Erwartungen von Silverberg kam es zu einem Zusammengehen von Flick und Vogler. Nachdem Flick von Silverberg einen Korb bekommen hatte, übergab der Siegerländer seine Rheinbraunaktien ohne grosse Umstände an Voglers

RWE, so dass RWE die Mehrheit bei Rheinbraun erreichte und den unbequemen Vorstandsvorsitzenden majorisieren beziehungsweise sogar ablösen konnte. Silverberg hatte damit bei Rheinbraun, seiner angestammten Hausmacht, ausgespielt; im Jahre 1933 emigrierte er entmachteter und verbitterter aus Deutschland. Nach der Veränderung der Kapitalmehrheit bei Rheinbraun erhielt Flick seinen Lohn in Form des von ihm erstrebten Harpener Paketes aus dem Besitz von Rheinbraun. Da Flick ausserdem für nominell 4,87 Millionen RM Harpener Aktien an der Börse erworben hatte, besass er jetzt bei Harpen für insgesamt nominell 41,22 Millionen RM Aktien, die einen Anteil von 45,8 Prozent des Stammkapitals ausmachten.

Abschied von «Weimar»

Obwohl er die Majorität im Stahlverein wieder verloren hatte, war Flick gegen Ende der Weimarer Republik noch Herr über ein gewaltiges Imperium, dessen Perlen die Mitteldeutschen Stahlwerke, die Maximilianshütte, die oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke und die Harpener Bergbaugesellschaft darstellten. Ein Schlossbau sollte dem Herrscher über das geschaffene Kohle- und Stahlreich repräsentativen Glanz und Würde verleihen. Im Jahr 1931, also noch vor dem Gelsenbergspektakel, begann er auf dem Hausberg bei Kettwig, eine knappe halbe Autostunde von Düsseldorf entfernt, sich dieses Schloss, den Charlottenhof, bauen zu lassen. Mitten in der Weltwirtschaftskrise entstand auf einem Gelände von 50 Morgen Land ein dreistöckiges Palais, das in Grösse und Komfort mit den Schlössern und Herrenhäusern anderer Gewaltiger der Schwerindustrie durchaus konkurrieren konnte.

Aber nicht nur Ansehen und Behaglichkeit sollte der Charlottenhof bringen, sondern auch Sicherheit. Seit Flick anonyme Drohungen erhalten hatte, legte er zeit seines Lebens viel Wert auf seinen persönlichen Schutz. Schloss Flick wurde wie eine Festung gebaut. So war es ihm zum Beispiel möglich, von seinem Arbeitszimmer aus mit einem Knopfdruck sämtliche Eingänge mit Stahltoren und die Fenster mit eisernen Läden zu schliessen.

Später, während der Zeit des Nationalsozialismus, als Flicks Sicherheitsbedürfnis offenbar besser befriedigt war, verschenkte er seine Festung an die «Nationalsozialistische Volkswohlfahrt». Dafür baute er sich das repräsentative «Haus Höhbeck» im Norden von Düsseldorf. Diese 30-Zimmer-Villa, in einem schönen Park gelegen, bewacht durch Schäferhunde und kräftige Gestalten in Trainingsanzügen, gehörte Flick auch noch in bundesrepublikanischer Zeit. Durch ihren im typischen Nazibaustil gehaltenen Säuleneingang sollten viele Prominente Hitlerdeutschlands schreiten.

Doch noch war es nicht soweit, deshalb liess der vorsichtige Industrielle seine Spenden in verschiedene Richtungen fließen. Aus seiner finanziellen Unterstützung für Papen und Schleicher wurde von interessierter Seite nach dem zweiten Weltkrieg die Behauptung abgeleitet, dass Flick gegen den Machtantritt der NSDAP gewesen sei. Im November 1932, als er seinen Beitrag in Höhe von 100'000 Mark für den Wahlfonds Papens an den Wahlgeldsammler Alfred Hugenberg abgeliefert hatte, schrieb Flick ihm:

«Ich gebe Ihnen dieses Geld, damit bei den kommenden Wahlen das Bürgertum sich gegen die Nationalsozialisten konsolidieren und die nationalsozialistische Bewegung hindern kann, früher oder später eine radikale Wendung zu nehmen.»

Dieses Schreiben entlastete Flick keineswegs von seiner Verantwortung für die Unterstützung der NSDAP. Ebenso wenig, wie der reaktionäre Pressemonopolist Hugenberg, der ja sogar der erste Wirtschaftsminister Hitlers werden sollte, grundsätzlich die Nazis bekämpfte, hatte Flick prinzipiell etwas gegen die NSDAP. Er wollte lediglich, dass in der sehr heterogenen Nazibewegung der mit den Vorstellungen der Grossindustrie konform gehende Flügel gegenüber den aufsässigen Mittelständlern und den lumpenproletarischen Elementen die Oberhand behielt. Papen und Hugenberg waren ihm Gewährsmänner dafür, dass sie sich hierfür einsetzten.

Nachdem Papen als Reichskanzler daran gescheitert war, eine Massenbasis für seine Politik zu erhalten, trat der Mann im

Hintergrund, Kurt von Schleicher, an seine Stelle. Schleicher machte nun selbst den Versuch, durch Teile der Nazibewegung um den Organisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, die durch eine schnelle Regierungsbeteiligung einen Ausweg aus der nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 eingetretenen politischen und finanziellen Krise ihrer Partei suchten, und mit Hilfe der Gewerkschaften, denen er soziale Zugeständnisse in Aussicht stellte, die notwendige Massenbasis für die Politik des Grosskapitals zu erlangen.

Dass Flick ihn bei diesem Versuch unterstützte, beweist die Mitteilung eines Bankiers an Flick: «Schl, mahnt dringend an; ich werde von Dortmund aus 150 anweisen. Sie müssten davon möglichst heute 100 übernehmen.» (Die Zahl 100 steht hier für 100'000 Mark.)

Als Hitler jedoch am 4. Januar 1933 im Hause des Bankiers von Schroeder bei einer Zusammenkunft mit Papen die Zusage gab, im Falle seiner Ernennung zum Reichskanzler alle dem Grosskapital unerwünschten «Wirtschaftsexperimente» zu unterlassen, wechselte auch Flick endgültig zu Hitler über. Männer wie Albert Vogler, Hjalmar Schacht und Kurt von Schroeder, denen Flick geschäftlich und persönlich nahestand, hatten bereits im November 1932 mit anderen Vertretern des Finanzkapitals in einem Schreiben an Hindenburg gefordert, Hitler zum Reichskanzler zu machen. Sie waren es, die der angeschlagenen und verschuldeten Nazi-Partei den Rücken stärkten, von der Hitlers Propagandachef Goebbels in seinem Tagebuch am 8. Dezember 1932 noch klagend berichtete: «In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewusste Arbeit unmöglich. Es laufen Gerüchte um, dass Strasser eine Palastrevolution plane.» Albert Vogler und Fritz Springorum vom Hoesch-Konzern übernahmen nach der Aussprache Hitlers mit Papen am 4. Januar die Leitung eines Konsortiums, das für die NSDAP eine Million Mark sammelte, um deren dringendste Schulden zu bezahlen. Am 30. Januar 1933 war dann alles klar. Schleicher musste seinen Kanzlersessel verlassen, Hitler wurde mit seiner Partei an die Macht gebracht.

Der parlamentarische Staat von Weimar befand sich am Ende seines Weges nach rechts, auf dem ihn Flick und seinesgleichen vorangetrieben hatten. Dieses Ende war für sie erstrebter Anfang.

Jedem das Seine

20. Februar 1933. Frühe Dunkelheit hatte sich über das Berliner Regierungsviertel gesenkt. Die meisten Büros waren verlassen, nur noch einige Fussgänger und Autos belebten die Strassen. Trotz der politischen Spannung dieser ersten Tage der Hitlerschen Kanzlerschaft hätte selbst ein aufmerksamer Beobachter kaum etwas Ungewöhnliches bemerkt. Zwar zeigten sich ein paar Polizisten mehr als sonst, aber die SA, deren Fackelzug sich am 30. Januar wie eine brennende braune Flut durch das Brandenburger Tor ergossen hatte, war verschwunden. Das Regierungsviertel gab sich am 20. Februar wieder seriös, so wie es auch der neue Reichskanzler in jenen Tagen tat. Nicht die braune Uniform, sondern Frack, Smoking und «Stresemann» war die vorerst von ihm bevorzugte Kleidung geworden. Die Herren, die an diesem 20. Februar vor der Dienstwohnung des Reichstagspräsidenten, wenige Meter vom Reichstagsgebäude entfernt, aus ihren komfortablen Limousinen stiegen, wussten das zu schätzen.

Rat der Götter

In der Dienstwohnung des Reichstagspräsidenten wohnte noch der inzwischen zum Reichsminister ernannte Hermann Göring, der auch die Herren mit den schweren Ulstern und den steifen Hüten eingeladen hatte. Empfangen wurden sie aber von einem anderen, älteren Bekannten, dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, der sich bereits 1930 mit dem Verlassen seines Amtes ins Lager der extremen Rechten abgesetzt hatte. Von ihm war das Treffen vorbereitet worden. Vertraut schüttelte Schacht, der seinen brennenden Ehrgeiz unter dem neuen Regime bald zu befriedigen hoffte, den An-

kommenden die Hände, darunter einem grossgewachsenen Graumelierten – Friedrich Flick. Zu den etwa fünfundzwanzig Geladenen, die von Schacht begrüsst wurden, gehörten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Bankier Kurt von Schroeder, Georg von Schnitzler vom IG-Farben-Konzern und die schwerindustriellen Generaldirektoren Albert Vogler, Fritz Springorum und Ernst Tengemann. Alle, die ein entscheidendes Wort in den grössten Konzernen und Banken sprachen, waren dabei. Jüdische Bankiers waren allerdings nicht eingeladen worden, obwohl einige von ihnen damals noch zu diesem Kreis gehörten.

Der «Rat der Götter» wollte über die Modalitäten einer wirksamen finanziellen Unterstützung der politischen Kräfte entscheiden, die die faschistische Diktatur trugen. Von seinen Beschlüssen hing Hitlers Verbleiben an der politischen Macht wesentlich ab. Das' wusste der frischgebackene Reichskanzler nur allzu gut. Dementsprechend gab er, als er erschien, allen Anwesenden betont bescheiden die Hand und wechselte brave Worte mit ihnen. Flick nahm die Begrüssung Hitlers gelassen entgegen und betrachtete ihn nachdenklich prüfend, etwa so wie ein vielversprechendes Rennpferd, das das Geld erst noch zu erlaufen hat, das man sich von ihm erhofft. Hitler begab sich nach der Begrüssung an die Stirnseite des langen Tisches, an dem Deutschlands Geldadel Platz genommen hatte, und begann zu sprechen. Er warb für seine politischen Ideen, schimpfte auf die Fehler und Unfähigkeit seiner politischen Gegner und versprach eine grosse Zukunft – über Geld verlor er kein Wort. Mit der Zustimmung seiner Zuhörer rechnend, trumpfte er am Schluss seiner Rede auf: «Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen, wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muss die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen.»

Auch nicht ein einziger der Gäste widersprach den Ausführungen Hitlers, obwohl hier in aller Deutlichkeit der Bruch der



Industriellentagung im Jahre 1933 mit Hitlergruss: Zweitei von links: Gustav Krupp, Präsident des neugegründeten Reichsstandes der deutschen Industrie

erst vor wenigen Tagen beschworenen Verfassung angekündigt wurde. Im Gegenteil, äusserst befriedigt dankte Krupp als Sprecher der Industrie dem Redner und sah sich «mit allen Anwesenden» darin einig, «dass es höchste Zeit sei, endlich einmal in Deutschland Klarheit in den innerpolitischen Fragen zu schaffen». Krupp bejahte den von Hitler angekündigten «starken unabhängigen Staat», in dem Wirtschaft und Gewerbe blühen sollten. Mit Hinblick auf die Mittelstands- und Arbeiterdemagogie der Nazis verlangte Krupp lediglich, dass die Bevorzugung einzelner Berufsstände zu unterbleiben habe.

Das Wort Krieg fiel nicht in dieser Runde, aber allen Anwesenden war klar, dass die Konsolidierung der Nazierrschaft militärische Aufrüstung und Wiederaufnahme des Kampfes um die Vorherrschaft in Europa bedeutete. Dafür war Hitler ihr Mann, und sie glaubten, dass er es besser können würde als die Brüning, Papen und Schleicher.

Nachdem Hitler die Versammlung wieder verlassen hatte, versicherte der inzwischen eingetroffene Hermann Göring den Anwesenden in Bezug auf die Wirtschaft überzeugend: «Experimente werden nicht gemacht!» Auf den Zweck der Ver-

Sammlung weisend, erklärte er dann, dass das erbetene Opfer der Industrie um so leichter fallen werde, wenn sie sich vergewärtigt, dass die Wahl am 5. März die sicherlich letzte innerhalb von zehn Jahren, voraussichtlich aber hundert Jahren sein werde. Die Zuhörer zeigten sich von Görings Worten so angetan, dass Schacht es sich leisten konnte, burschikos aufzufordern: «Also zur Kasse, meine Herren!»

Über ein Jahrzehnt später wurde Schacht vor dem Nürnberger Militärgerichtshof vom amerikanischen Hauptankläger Robert Jackson über die Bedeutung jener Zusammenkunft befragt. Schacht sagte dazu aus: «Hitler musste, wie Sie sich erinnern werden, am 5. März als Kandidat für die Wahlen aufgestellt werden. Er brauchte Geld für seine Wahlpropaganda. Er ersuchte mich darum, das Geld aufzubringen, und das tat ich auch. Göring liess diese Herren zusammenkommen, ... und dann bat ich sie, die Beiträge aufzuschreiben und für die Wahlen zu zeichnen. Das taten sie auch. Insgesamt zeichneten sie drei Millionen, und den Betrag teilten sie unter sich auf.»

Flick übernahm für seine Mitteldeutschen Stahlwerke die unverhältnismässig hohe Summe von 240'000 RM. Das Geld holte in Flicks Büro ein unscheinbarer, blässlicher Mann ab, dessen schwarzuniformierte, mit dem Totenkopfabzeichen gezierten SS-Horden schon damals Angst und Schrecken um sich verbreiteten – Heinrich Himmler. Mit ihm, der neben vielen anderen Ämtern auch das des Herrn über die Konzentrationslager erhielt, verband sich Flick etwas später sogar in einem «Freundeskreis», dem «Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler», dem Steinbrinck und er als Mitglieder beitraten.

Denkschrift für die Rüstung

Flick ging es darum, bei dem jetzt zu erwartenden Rüstungsgeschäft einen gehörigen Anteil zu erhalten. Dabei überliess er das, seiner Art entsprechend, nicht dem Zufall. Im April 1933 fand eine Konferenz über die Aufrüstung der Luftwaffe statt, an der neben dem Flick-Konzern, vertreten durch Mitarbeiter

Koppenburg, unter anderen auch Thyssen und Vogler teilnahmen. Ob Flick selbst daraufgekommen war, auf dieser Beratung präsent zu sein, oder ob ihn ein Wink seines Freundes Göring erreicht hatte, ist nicht auszumachen. Sicher ist jedenfalls, dass Flick bei der Verteilung von Rüstungsaufträgen für die Luftwaffe ebenfalls laut «hier» rief. Er war nicht einmal ganz branchenfremd, denn schon 1932 hatte er die Allgemeine Transportanlagen Maschinenbau GmbH (ATG) in Leipzig erworben, mit der er nach einer technischen Umrüstung durchaus ins Flugzeuggeschäft einsteigen konnte. Die ATG hatte bereits während des ersten Weltkrieges Flugzeuge produziert, war danach jedoch gezwungen gewesen, sich auf Erzeugnisse des allgemeinen Maschinenbaus umzustellen. Flick kaufte sie kurzerhand, als sie zum Konkurrenten seiner Maschinenfabrik in Lauchhammer geworden war. Im Dezember 1933 teilte Flick der ATG mit, dass der zuständige Staatssekretär für die Luftwaffe, Erhard Milch, einem Auftrag an die ATG zugestimmt habe und dass «mit der Beschaffung der für die Durchführung des Auftrages erforderlichen Investitionen» sofort begonnen werden könne.

Ungleich wichtiger war es Flick natürlich, seinen Stahlwerken lukrative Rüstungsaufträge zu verschaffen. Deshalb liess er eine Denkschrift verfassen, in der die Bedeutung seines Konzerns für die Rüstung in leuchtenden Farben geschildert wurde. Auf der Grundlage dieser Denkschrift verhandelte Flick dann am 28. November 1933 mit Reichswehrminister von Blomberg. Das Ergebnis der Gespräche schilderte Flick dem inzwischen wieder in «sein» Amt zurückgekehrten Reichsbankpräsidenten Schacht, der die Begegnung vermittelt hatte: «Ich war heute bei Minister von B. und habe ihm an Hand der beiliegenden, Sie vielleicht interessierenden, kleinen Skizze einen kurzen Vortrag gehalten über die Struktur, die Produktionsgrundlagen, Rohstoffversorgung und Kapitalverhältnisse der in Betracht kommenden Unternehmungen. Ich konnte dabei darauf hinweisen, dass die in Rede stehenden, dezentralisiert liegenden Werke in ihrer Gesamtheit zurzeit in der Stahlherstellung an dritter Stelle

stehen und dass – was Sie besonders interessieren wird – ihre Bereitstellung für die in Betracht kommenden Zwecke verhältnismässig ohne grosse Investitionen möglich ist. Herr von B. war ausserordentlich interessiert und erklärte, dass er von der Bedeutung der in Betracht kommenden Unternehmungen bisher offenbar nicht die richtige Vorstellung gehabt habe. Er schlug von sich aus eine Besichtigung vor... Der Empfang war ausserordentlich freundlich. Diese Tatsache glaube ich in erster Linie auf Sie zurückführen zu müssen und möchte nicht verfehlen, Ihnen hierfür meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.»

Dieser Kontakt zwischen Flick und dem Reichswehrministerium und den es später ablösenden Institutionen wurde weiter gepflegt und mit den Jahren, vor allem im Krieg, immer enger. Vorerst erwiderten von Blomberg und hohe Offiziere seines Ministeriums am 5. Dezember 1933 den Besuch Flicks. Vom Konzernherrn begleitet, besichtigten sie die Anlagen der Mitteldeutschen Stahlwerke; was Flick ihnen zeigte, mehr noch, was er ihnen sagte, beeindruckte die Militärs. Flick pries nicht nur die Vielseitigkeit seines Produktionsprogramms, er warb auch kräftig mit den zweifellos vorhandenen strategischen Vorteilen seiner Werksanlagen. Nachdrücklich wies er darauf hin, dass die Mitteldeutschen Stahlwerke sich seiner Meinung nach in einem militärisch kaum gefährdeten Gebiet befanden und im Falle eines Krieges unabhängig von ausländischen Rohstoffen produzieren konnten. Er nannte das «die besonderen Vorteile unserer Gruppe, insbesondere auch im Hinblick auf ihre Ziele». Flick unternahm damit den nicht zu übersehenden Versuch, die im grenznahen Gebiet gelegene Ruhrindustrie im Rüstungsgeschäft auszustecken. Die 1933/34 noch relativ beschränkten Auftragsmöglichkeiten des Staates animierten den Konzernchef, ohne falsche Rücksichtnahme, die sowieso nicht sein Fall war, jeden Vorteil auszunutzen.

Dass Flicks Werbefeldzug bei der Reichswehr nicht vergeblich war, beweist sein Dank an Blomberg: «Ich sehe es als ein Zeichen ganz besonderen Vertrauens an», freute sich Flick bei der

Begegnung am 5. Dezember, «dass Sie, sehr geehrter Herr Minister, und Sie, meine Herren vom Wehrministerium, gewillt sind, diese Werke mit Aufgaben zu betrauen, von deren Wichtigkeit für unser Vaterland wir alle voll durchdrungen sind.» Er fuhr fort: «Seien Sie versichert, dass meine Mitarbeiter und ich alles tun werden, die unseren Werken gestellten Aufgaben nach besten Kräften durchzuführen.» Die Gelegenheit, seine Worte wahr zu machen, bot sich ihm bald. Im März 1934 hatte er die ersten Verträge mit dem Heereswaffenamt in der Tasche: Bestellungen über 75'000 Granaten und Bomben sowie über 500 Rohre für Kanonen und Minenwerfer. Ausserdem wurden ähnlich umfangreiche Aufträge vorbereitet, die die Kontinuität seiner Rüstungsproduktion sicherten.

In einem Bericht vom 20. August 1934 informierte Steinbrinck über ein Gespräch mit General Liese, dem Chef des Waffenamtes: «General Liese ... wies den anwesenden Major Warlimont an, dafür zu sorgen, dass nach Möglichkeit Mittelstahl noch mehr berücksichtigt werde ... Er betonte jedenfalls, dass die weitere Abwicklung sich ja wohl zur Zufriedenheit gestaltet habe. Er betonte schliesslich nochmals, wir könnten also bestimmt mit grösseren Aufträgen bis 1938 rechnen.» Auch in einer Notiz über den Besuch des späteren Generals Henrici wird vom Prokuristen der Mitteldeutschen Stahlwerke, Terberger, die positive Einstellung dieses Militärs gegenüber dem Flick-Konzern bestätigt. «Er war sehr zufrieden. Er äusserte sich dahin, dass er jetzt verstehen könne, dass Herr Flick darauf dränge, für diese Anlagen Arbeit zu bekommen. Er würde sich dafür einsetzen.»

Entsprechend der von Flick gepriesenen «Vielseitigkeit des Produktionsprogrammes» bediente er neben dem Heer noch die Marine und die Luftwaffe. Ebenso wie die nazistischen Machthaber und die Militärs scherte er sich keinen Deut darum, dass die Produktion solcher Rüstungsgüter einen groben Bruch des Versailler Vertrages bedeutete. Das taten andere Konzernherren freilich auch nicht. Flicks Kollege Gustav Krupp rühmte sich – allerdings erst im Krieg –, dass er sogar schon während der Weimarer Zeit Entwicklungsarbeiten für Waffen veranlasst und

die Kruppschen Werke für eine schnellstmögliche Umstellung auf die Rüstungsproduktion bereitgehalten hätte.

«Nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler», erklärte Krupp voller Stolz, «hatte ich die Genugtuung, dem Führer melden zu können, dass Krupp nach geringer Anlaufzeit für die Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes ohne Lücken in seinen Erfahrungen bereitstehe.»

Herr im Hause

Friedrich Flick war mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 ausserordentlich zufrieden. Dass die Kommunisten eingesperrt, die unbequemen Gewerkschaften aufgelöst und die Unternehmer durch das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» zum uneingeschränkten «Herrn im Hause» wurden, musste ihn mit Genugtuung erfüllen. Konsequenterweise wurde er gegenüber den Männern, die das politische Geschäft so erfolgreich in seinem Sinne betrieben, zunehmend grosszügiger.

In den dreizehn Jahren der faschistischen Herrschaft griff Flick den verschiedensten Naziorganisationen und ihren Führern mit der auch für seine Verhältnisse ansehnlichen Summe von 20 Millionen Reichsmark unter die Arme. Allein als Mitglied des «Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler» zahlte er jährlich 100'000 RM für «Sonderausgaben» der SS. Das war für seine Geschäfte und Beziehungen zwar sehr nützlich, nach 1945 jedoch recht unangenehm. Vor dem Tribunal in Nürnberg, das Flick und Steinbrinck die Unterstützung der SS vorwarf, stellten sich beide dumm und äusserten dreist, dass sie geglaubt hätten, die Spenden an die SS seien für «kulturelle Zwecke» verwandt worden. Selbst der als Zeuge vernommene Staatsrat Lindemann, ebenfalls Mitglied dieses dubiosen Freundeskreises, erklärte nach Befragen erstaunt, keinerlei Anzeichen von Kulturarbeit bei der SS bemerkt zu haben, die eine jährliche Ausgabe von 100'000 RM gerechtfertigt hätte. In der Urteilsbegründung des Militärtribunals vom 22. Dezember 1947 zeigte sich, dass Flicks und Steinbrincks Darstellung sogar

den amerikanischen Richtern, die ansonsten recht bereitwillig den Argumenten der Angeklagten folgten, ein zu starker Tobak war.

«Es heisst der Leichtgläubigkeit zuviel zumuten», meinten sie, «wenn angenommen werden soll, dass Himmler jährlich 1 Million Reichsmark für kulturelle Zwecke benötigt oder verbraucht hat oder dass die Mitglieder des Kreises vernünftigerweise daran hätten glauben können ... Wie die Beweisaufnahme klar ergeben hat, haben sie jeder einen Blankoscheck an Himmler, den Reichsführer SS, gesandt. Seine verbrecherische Organisation ist aufrechterhalten worden, und wir haben keinen Zweifel daran, dass Teile dieses Geldes zu diesem Zweck verwendet worden sind. Es ist unerheblich, ob das Geld für Gehälter oder tödliches Gas verwendet worden ist.»

Parallel zu der nach dem 30. Januar 1933 einsetzenden totalen Faszisierung des Staates verlief auch eine durch den Konzernchef mit gewohnter Energie vorangetriebene Faszisierung der Flick-Unternehmen, die Flick die Genugtuung verschaffte, dass so manches dieser Werke zum «Nationalsozialistischen Musterbetrieb» erklärt wurde. Bei der notwendig werdenden Einstellung neuer Arbeitskräfte – seine erfolgreichen Verhandlungen mit den Militärs brachten schnell erste Aufträge – bevorzugte er anfangs die mit «nationaler Gesinnung» und Zugehörigkeit zu entsprechenden Organisationen. Bereits vor dem Machtantritt der Nazis war Flicks Konzernleitung stets bemüht gewesen, revolutionäre Kräfte aus den Flick-Unternehmen hinauszudrängen. In den Jahren der Wirtschaftskrise wurden zuerst solche Kollegen entlassen, die Mitglieder der Kommunistischen Partei waren oder sich durch die energische Vertretung von Arbeiterinteressen hervorgetan hatten. Dafür förderte die Konzernleitung besonders die Mitglieder des militaristischen «Stahlhelm» und, als Flick begann, die Nazis zu unterstützen, der braunen SA.

Dennoch konnte Flick die Zusammensetzung seiner Belegschaften nur teilweise in seinem Interesse manipulieren. Der marxistische Wirtschaftshistoriker Heinz Müller berichtet in

Berlin / Köln, den 27. April 1937.

Herrn

Professor Dr. Emil Heinrich Meyer,
Deutscher Bank,

Berlin W 1,

Behrenstr. 38.

Persönlich!

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer!

Als wir im vorigen Jahr mit unserem Rundschreiben an den
Freundekreis des Reichsführers SS herantreten, galt es, dem
Reichsführer bei der Durchführung gewisser Aufgaben, die nicht
aus etatsmäßigen Mitteln zu bestreiten waren, behilflich zu sein.
Der Erfolg unseres Rundschreibens war ein grosser und ist vom
Reichsführer sehr dankbar anerkannt worden. Wir wissen, dass die
Aufgaben des Reichsführers nicht kleiner geworden sind; sie sind
uns insbesondere bei der Tagung im Februar deutlich vor Augen
geführt.

Wenn wir daher den Freundekreis des Reichsführers heute
wiederum darauf hinweisen, dass in gleicher Weise wie im Vorjahr,
beim Bankhaus J.H. Stein in Köln (Reichsbankkonten, Postscheck-
Konto Köln Nr. 1392) ein "Sonder-Konto S" für dieselben Zwecke
eingerrichtet ist, so tun wir das im Vertrauen auf das Verständnis
für die Notwendigkeiten dieser Aufgaben und hoffen, dass auch der
Widerhall der gleiche wie im vorigen Jahr sein möge.

Gemäss dem Münchener Beschluss von 1936 haben die Unter-
zeichneten auch diesmal die Betreuung des Kontos übernommen.

Heil Hitler!



(Otto Steinbrinck)



(Frhr. v. Schroeder)

Tätig als Schatzmeister für die SS: Otto Steinbrinck und der Bankier von
Schroeder

Der Stellvertreter des Führers

Stabsleiter

Durchführungsbestimmungen zum „Sammelverbot zugunsten der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ des Stellvertreters des Führers vom 1. Juni 1939.

1. Die an der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft beteiligten Unternehmen erhalten nachstehend abgebildete Bescheinigung. Die Bescheinigung ist in blauem Druck gehalten.

Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Bescheinigung Firma

J. N. 000000 *

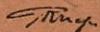
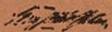
ist an der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft beteiligt

Vertraut im Juni 1939

Der Verkaufer des Sammelverbot

Sammlungen bei dem Inhaber dieser Bescheinigung hat allen Angehörigen und Besatz der Partei, ihrer Niederungen und angeschlossenen Verbände verboten.

Der Stellvertreter des Führers



Außer der Bescheinigung wird die nebenstehend abgebildete Plakette ausgegeben. Die Plakette ist auf blauem Grund gedruckt.

Die Bescheinigungen und Plaketten des Spendenjahres 1938/39 (gelber Druck) verlieren am 15. August 1939 ihre Gültigkeit. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt müssen die gelben Plaketten von den Schaufenstern, Bürotüren usw. entfernt sein.



2. Das Sammelverbot erfasst Geld- und Sachspenden und geldwerte Leistungen, gleich in welcher Form sie erhoben werden (Werbung von Vereinen, fördernden Mitgliedern u. ä., Vertrieb von Gegenständen, insbesondere Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Kalendern usw.).
3. Nicht unter das „Sammelverbot zugunsten der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ fallen alle Beiträge und Leistungen, die sich für Mitglieder der NSDAP und Angehörige ihrer Niederungen aus Anordnungen des Reichsführers ergeben.

Das Winterhilfswerk, die Reichswinterhilfslosentriebe und die Reichslosentriebe für Arbeitsbeschaffung fallen ebenfalls nicht unter das „Sammelverbot zugunsten der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“.

Sammelverbot bei den Geldgebern der Adolf-Hitler-Spende

seiner Geschichte des Stahl- und Walzwerkes Riesa von einem Beispiel ungebrochener Solidarität mit einem kommunistischen Betriebsfunktionär gegenüber den Faschisten: «Das Vertrauensverhältnis der Mehrheit der Stahl- und Walzwerker zeigte sich zum Beispiel darin, dass ein bis 1933 als zweiter Vorsitzender des Arbeiterrates tätig gewesener Kommunist, den die Nazis Mitte März 1933 verhafteten, auf Protest der Arbeiter nach wenigen Wochen wieder freigelassen werden musste.»

Mit der Festigung der Naziherrschaft nahm der Terror in den Flick-Betrieben erschreckend zu. Obwohl der Widerstand dadurch immer schwieriger und vor allem gefährlicher wurde, gab es stets neue, erfolgreiche Aktionen der Antifaschisten. Allein vom Stahl- und Walzwerk Riesa ist das Wirken von neun illegalen Gruppen bekannt, die sich in der Solidarität mit den Inhaftierten, in der politischen Aufklärung der Belegschaft und bei der Information der internationalen Öffentlichkeit über Faschisierung und Kriegsvorbereitung bewährten. Den jedem Aufsehen stets abgeneigten Flick musste es stark getroffen haben, als der Prager Sender wiederholt detaillierte Meldungen über Flick-Betriebe verlas. So erfuhr das Ausland unter anderem von der Rüstungsvorbereitung in Riesa, Gröditz und Lauchhammer. Über die Informanten in Riesa schreibt Heinz Müller: «Die Verbindungen dieser Gruppe innerhalb des Werkes waren ausgezeichnet, sie reichten bis in die Räume der Direktion. Wie eine Bombe schlug zum Beispiel eine Meldung des Prager Senders ein, wonach im Riesaer Werk zwei Siemens-Martin-Öfen zur Produktion von Qualitätsstahl (Ausgangsmaterial für Flugzeugrohre u.ä.) umgestellt werden sollten. Das war zu jenem Zeitpunkt im Werk ein völlig unbekanntes Vorhaben und erst vier Tage vorher in einer Direktionssitzung als ‚streng vertraulich‘ besprochen worden.»

In der Regel hielten die «Leitenden» aber dicht, viele von ihnen wurden Mitglied der NSDAP und nicht wenige sogar Teil des faschistischen Terrorsystems in den Betrieben. In Zusammenarbeit mit der Konzernleitung setzte die Gestapo Beauftragte ein, die die Bspitzelung der Arbeiter und Angestellten

organisierten. Nach dem zweiten Weltkrieg fand man in der Direktion des Riesaer Unternehmens «ein sorgfältig geführtes umfangreiches Buch, in dem handschriftlich die Namen aller beobachteten Personen und die Beobachtungsergebnisse niedergeschrieben waren» (Heinz Müller). Flick und seine Mitarbeiter aus den Direktionsetagen hatten es unter dem neuen Regime sehr leicht, mit «missliebigen» Personen fertig zu werden. Ein Wink an die Gestapo, und der «Störenfried» wurde zur «Behandlung» abgeholt. Man machte nicht selten Gebrauch davon.

«Verfolgter» Flick

Obwohl Flick und Steinbrinck zum exklusiven Freundeskreis Himmlers gehörten und auch sonst mit dem obersten Chef der Gestapo eng verbunden waren, scheute sich Flick nicht, den Richtern in Nürnberg ein Märchen von seiner eigenen Verfolgung durch die Gestapo zu erzählen. Auf eine Frage nach seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus erklärte er ganz unverfroren: «Wenn die Frage gestellt wird, wie es allgemein war, so - möchte ich ergänzend sagen, dass ich bei der Machtübernahme politisch mit grösstem Misstrauen betrachtet wurde und dass dieses Misstrauen von der politischen Seite während der ganzen Zeit des Nazisystems nicht auf gehört hat. Es wird das vielleicht etwas unwahrscheinlich erscheinen, wenn man sagt, „Du bist doch von der Regierung beauftragt worden in gewissen Fällen“. Ja, das waren die politischen, die wirtschaftspolitischen Kreise der Regierung, aber der politische Teil, der polizeiliche beispielsweise, der hat mich stets mit dem grössten Misstrauen beobachtet; ich könnte sagen verfolgt... Ich bin die ganze Zeit laufend polizeilich überwacht worden ...»

Der Flick von Nürnberg liess nichts unversucht, seinen Richtern Sand in die Augen zu streuen, wenn auch nicht ganz mit dem gewünschten Resultat. Es war zu offensichtlich, dass Flick und seine leitenden Mitarbeiter stets eng und gut mit der Gestapo kooperiert hatten. Durch diese auf gemeinsamen Interessen beruhende Zusammenarbeit kam es zum Beispiel in Riesa dazu, dass die führenden Mitglieder der Widerstandsgruppen trotz aller

Vorsicht verhaftet und ins Konzentrationslager eingeliefert wurden. Der Gestapoverantwortliche des Stahl- und Walzwerkes, ein gewisser Ingenieur Haide, wurde für seine erfolgreiche Arbeit von der Riesaer Direktion zum Oberingenieur und Leiter der Werkschule befördert.

Spektakulärste Erscheinung im Konzern war – auch was die Kontakte mit den Nazis betraf – neben Flick selbst in den ersten Jahren nach 1933 zweifellos Otto Steinbrinck. Und das nicht nur wegen seiner zahlreichen Funktionen im Konzern. Der Sohn eines Gymnasialprofessors strebte voller Ehrgeiz einer grossen Karriere zu. Da er zeitig Hitlers Chancen erkannte, unterstützte er ihn früher als manch anderer in der Schwerindustrie. Gleichzeitig hielt er jedoch enge Verbindung zu weiteren reaktionären Gruppierungen und ihren einflussreichsten Persönlichkeiten. 1933 trat er offiziell der NSDAP und der SS bei. Natürlich musste sich Steinbrinck bei der SS nicht zeitraubend auf die gehobenen Ränge dienen, sondern wurde sofort SS-Standartenführer. Mit den Jahren brachte er es bis zum Brigadeführer (Generalsrang) beim Stab des Reichsführers SS. Auch an Ehrungen von Seiten der SS fehlte es nicht. Für seine «Verdienste» erhielt er den Totenkopfring, den Ehrendegen und den Julleuchter, die ausgewählten Auszeichnungen der SS. Flick beobachtete dieses intensive Engagement seines engsten Mitarbeiters mit Befriedigung, da es den Einfluss des Flick-Konzerns im Staatsapparat und bei den Militärs stärkte. Ausserdem brauchte sich Flick selbst nicht allzu frühzeitig für die NSDAP zu exponieren. Er und Vetter Konrad Kaietsch traten der Partei erst im Jahre 1937 bei, als sie das Naziexperiment für voll geglückt ansahen.

Aufwertung der SS

Die engen Beziehungen Steinbrincks zur SS erwiesen sich erwartungsgemäss für beide Seiten als vorteilhaft. Himmler legte auf Steinbrincks Beitritt besonderen Wert, weil er sich damit eine noch bessere Unterstützung wichtiger Wirtschaftskreise versprach. Ferner hoffte er, das Ansehen des ehemaligen U-Boot-Kommandanten für die Aufwertung der SS ausnutzen



Hitler mit führenden Militärs bei einer Militärparade im Jahre 1934 (von Blomberg, Fritsch, von Reichenau und Raeder)

zu können. Nachdem Steinbrinck SS-Führer geworden war, wurde er eingeladen, im Gefolge Hitlers in SS-Uniform an einer Begegnung mit den führenden Generälen teilzunehmen. Steinbrinck meinte dazu, nicht ohne Selbstgefühl: «Wie er (Himmler – M. O.) mir später sagte, war der eigentliche Grund der, dass er meine Anwesenheit bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Bad Godesberg wünschte, bei der Hitler und die leitenden Männer der Partei, der SA und der SS mit den deutschen Generälen Zusammentreffen sollten; er wünschte meine Anwesenheit deshalb, weil ich ein bekannter U-Boot-Kommandant und in meiner Eigenschaft als Marineoffizier auch den deutschen Generälen nicht unbekannt war.»

Auch bei der Beerdigung des Reichspräsidenten von Hindenburg schmückte sich die SS 1934 mit Steinbrinck, der als ihr Repräsentant die Hindenburg-Familie begleitete. Das Verhältnis zwischen Steinbrinck und Himmler war recht freundschaftlich, wobei sich Steinbrinck durchaus nicht als Befehlsempfänger Himmlers fühlte. Mehrmals lud Himmler allein 1933 Steinbrinck zu sich nach München ein. Im Oktober schrieb Himmler an

Steinbrinck: «Lieber Herr Steinbrinck! In aller Eile herzlichen Dank für Ihren Brief vom 25.9.1933. Meine Frau und ich freuen uns sehr, wenn Sie am 14./15.10.1933 und dem darauf folgenden Tage in München sind, und hoffen, dass Sie während Ihres Münchener Aufenthaltes bei uns wohnen. Ich hege jedenfalls die Erwartung, dass wir uns während dieser Tage trotz der Festlichkeiten recht ausgiebig unterhalten können ... Mit den höflichen Empfehlungen an Ihre werthe Gattin und herzlichem Handschlag Heil Hitler! stets Ihr (gez.:) H. H.»

Otto Steinbrinck dankte in seinem Erwidierungsschreiben für die Einladung, machte aber Bedenken geltend: «Sie und Ihre Gattin werden in diesen Festtagen für München von früh bis spät beschäftigt und unterwegs sein. Wir haben am Sonnabend im Hotel Continental eine Vorstandssitzung der Mitteldeutschen Stahlwerke und der Maxhütte, die sich über eine Reihe von Stunden hinziehen wird, und am Montag eine Gemeinschaftssitzung der Aufsichtsrat-Ausschüsse. Es gibt daher für Sie und für uns durch Sitzungen, Feiern und Besprechungen viel Hin und Her. Aus diesem Grunde glaube ich doch, dass wir Ihrer verehrten Gattin zu viel Mühe machen, wenn wir in diesen Tagen Ihre Gastfreundschaft in Anspruch nehmen. Wäre es nicht vielleicht für Sie und Ihre Gattin richtiger, wir wohnen mit Rücksicht auf das mehrfache Umziehen und die Feiern Sonnabend/Sonntag über im Hotel, und meine Frau darf dann eventuell am Montag oder Dienstag noch einen Tag bei Ihnen bleiben. Es ist für uns eine grosse Freude und Ehre, dass Sie uns so freundschaftlich in Ihr Haus auf nehmen wollen. Mein Vorschlag entspringt der ernstlichen Sorge, dass Ihnen und Ihrer Gattin unser Besuch in diesen Tagen zuviel sein wird. Aus dieser freundschaftlichen Einstellung heraus glaube ich Ihnen das ganz offen sagen zu dürfen. Meine Frau wird auch Ihrer Gattin noch direkt schreiben. Mit den besten Grüßen und einer Empfehlung an Ihre verehrte Gattin verbleibe ich Ihr getreuer (gez.:) Steinbrinck.»

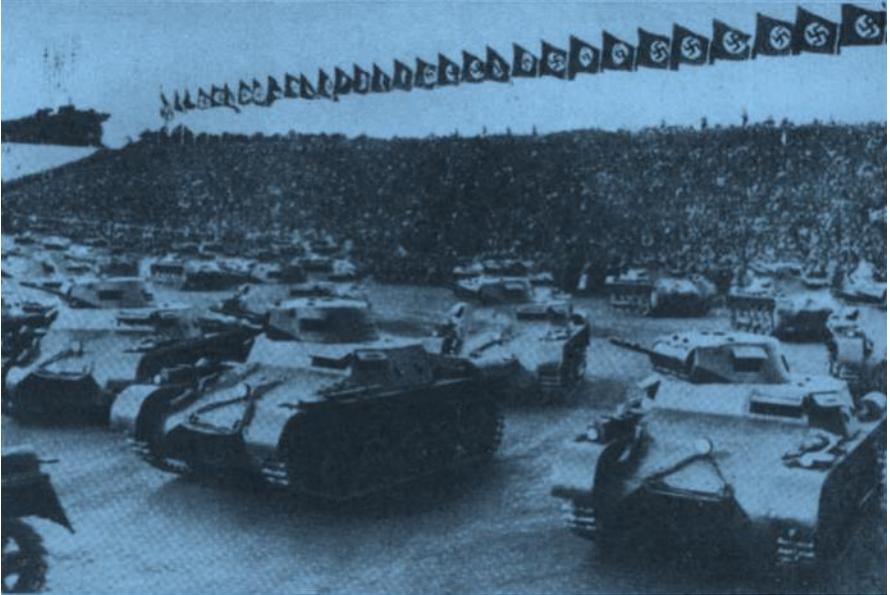
Flick überliess es Steinbrinck natürlich nicht allein, die Kontakte zum Staat und zu den NS-Organisationen zu pflegen. Er selbst unterhielt enge, vielfältige Verbindungen zu hohen

Militärs und einflussreichen RegierungsVertretern. Ganz besonders «kümmerte» er sich um seinen «alten» Bekannten Hermann Göring. Ihm zeigte sich Flick sehr aufgeschlossen gegenüber der «neuen» Zeit und ihren geschäftlichen Möglichkeiten. Später wollte er zur Überraschung aller glauben machen, dass ihn dabei immer Skepsis erfüllt habe. Wenn das wirklich der Fall gewesen sein sollte, musste er dieses Unbehagen meisterlich überspielt haben, denn niemand merkte etwas davon. Er wirkte auf seine Umgebung geradezu umhergetrieben von geschäftlichem Elan und Expansionssucht wie in seinen besten Inflationszeiten. Flicks Hauptziel war, das anlaufende Rüstungsgeschäft voll zu nutzen. Im Stillen mag er zwar dem Stahlverein mit seinen grossen Möglichkeiten nachgetrauert haben, was ihn aber selbstverständlich nicht daran hinderte, alles zu unternehmen, seine eigenen Werke um jeden Preis gegenüber den Stahlriesen des Westens zu stärken. Wir sahen, dass die führenden Kreise im Staate diesem Bemühen nicht abgeneigt waren. Sorgen machte Flick dabei noch – wie während der Siegerländer Zeit – die Kohleversorgung seiner Hüttenwerke. Eine Sorge, die ihm Hermann Göring und dessen Arisierungspolitik aber bald abnehmen sollten.

Flicks gelbe Sternstunde – Die Arisierung

Nürnberg – September 1935. Der siebente Reichsparteitag der NSDAP, den Hitler makaberweise als «Parteitag der Freiheit» deklarierte, findet hier statt. Der «Völkische Beobachter» schwärmt: «An den Wänden der alten Patrizierhäuser, von deren kleinen Fenstern breite rote Tücher mit dem weissen Stadtwappen herabhängen, brechen sich die Lieder des neuen Deutschlands und seiner jungen Mannschaft, hallen die Schläge der Pauken und Trommeln vielfältig zurück. In den Strassen aber stehen Tausende von Menschen und grüssen die Banner und Standarten.» Während der Monsterschau ziehen die braunen und schwarzen Formationen der Naziorganisationen in martialischer, bedrohlicher Pose durch die Strassen Nürnbergs. Auf dem Parteitagsgelände der Zeppelinwiese und in der grossen Luitpoldhalle sind sie die Statisten der sorgsam inszenierten Höhepunkte des Nazikultes. Den grossen Auftritt Hitlers und seiner Paladine geniesst auch Friedrich Flick, der in Begleitung Otto Steinbrincks nach Nürnberg gekommen war. Sie sahen und hörten einen fanatischen Hitler, der alle Register der Demagogie zog. Er machte keinen Hehl daraus, dass die Aufrüstung des deutschen Militarismus – Flick und Steinbrinck wussten das längst – bereits begonnen hatte. «Das deutsche Volk muss bei alledem in Betracht ziehen», verkündete er in seiner Proklamation, «dass wir nicht nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse zu sorgen hatten, sondern auch für die materiellen der Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht.»

Doch Hauptzweck dieses Parteitags war nicht die Verherrlichung der Aufrüstung, sondern die Verkündung der «unerbittlichen» Verfolgung der jüdischen Bürger. Rudolf Hess, der Stellvertreter des «Führers», gab gleich zu Beginn unverblümt



Das Rüstungsgeschäft blüht wieder – Panzerparade in Nürnberg anlässlich des Naziparteitages am 16. September 1935

die Richtung an: «Deutschland ist entschlossen», tönte er, «sich den Sieg, den es durch die NSDAP unter Führung Adolf Hitlers über die Weltrevolution in Deutschland errang, nie wieder entreissen zu lassen. Deshalb ist Deutschland auch entschlossen, die Angehörigen der Rasse, welche in unserem Lande offener und geheimer Träger und Verbreiter des Bolschewismus war, nicht wieder zu Einfluss kommen zu lassen.» Ohne irgendwelchen logischen Zusammenhang zu diesen Behauptungen wurde im Rahmen der beschlossenen Verfolgungsmassnahmen die «unerbittliche Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in der Wirtschaft» verkündet. Der nach Nürnberg befohlene faschistische Reichstag gab der bereits allgemein praktizierten Judenverfolgung die juristische Form. Da wurde das Gesetz über die Reichsbürgerschaft verabschiedet, in dem es in einem Paragraphen hiess: «Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige

deutschen und artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.» Und da wurde auch das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre erlassen, das Ehen und ausserehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes mit Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bedrohte.

All das wurde in Nürnberg mit dem gewohnten frenetischen Beifall begrüsst; mitten in der fanatisierten Menge sassen Flick und Steinbrinck, die eifrig mitklatschten. Sie taten das nicht aus Höflichkeit oder gar aus Angst vor Repressalien, mit der sie später so viele ihrer Handlungen zu erklären versuchten. Nein, sie spendeten Beifall, weil sie dem Verkündeten wirklich zustimmten, so wie Hjalmar Schacht, der vom Rednerpult der Nürnberger Kongresshalle den Versammelten zurief : «Die hinter uns liegende Systemzeit hat den Neid und den Dünkel günstig gefördert. Der Nationalsozialismus hat die menschliche Ordnung der Dinge wiederhergestellt.» Und er schloss seine Rede mit dem Gelöbniß: «Für dieses Dritte Reich, das uns unser Führer Adolf Hitler geschenkt hat, wollen wir gemeinsam wirken.» Diesem Bekenntnis der «Wirtschaft» fühlten sich auch Flick und Steinbrinck durchaus verpflichtet. Es entsprach voll und ganz ihren Wünschen, dass sich Hitler in so massiver Weise des «Judenproblems» angenommen hatte und eine «Lösung» herbeiführen wollte. Wären sie die versteckten Gegner der «Arisierung» gewesen, für die sie sich später ausgaben, hätten sie sich wohl den Weg nach Nürnberg erspart. Berufliche Überlastung wäre für sie immer eine akzeptable Entschuldigung gewesen. Flicks Anwesenheit, auf dem Parteitag war aber weder zufällig noch erzwungen oder nur von der Lust bestimmt, Augenzeuge des Spektakulums eines faschistischen Parteitages zu werden. Bereits vor dem Parteitag wusste Flick genau, was Hitler verkünden würde, und sein Besuch in Nürnberg bedeutete sowohl Einverständnis als auch Interesse an der Mitwirkung bei der «völligen Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben».

Ausguck nach Beute

Flick und Steinbrinck hatten mit diesem «Problem» schon erste Erfahrungen gesammelt und bereits weitere konkrete Ziele ins Auge gefasst. Ein Jahr zuvor war es zu Verhandlungen zwischen dem Heereswaffenamt (HWA) und dem Flick-Konzern überein in jüdischem Besitz befindliches Grossunternehmen gekommen. Das Heereswaffenamt setzte sich für eine Übernahme der Berlin-Suhler-Waffen- und Fahrzeugwerke Simson & Co. (Simson/Suhl) durch Flick ein, um «das Werk in andere Hände zu bringen, um eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen HWA und Suhl zu garantieren». Die Simson-Suhler-Werke, die etwa neun Millionen Reichsmark wert waren, gehörten zu den wichtigen Lieferanten des Heereswaffenamtes. Das Unternehmen durfte während der Rüstungsbeschränkungen in der Weimarer Republik als einziger deutscher Betrieb Gewehre und Maschinenwaffen herstellen, ausserdem besass es wertvolle Patente und Lizenzen. Seine Bedeutung für die Nazis war also gerade in der Zeit ihrer noch getarnten Rüstung ausserordentlich gross, und sie versuchten daher mit allen Mitteln, die Besitzverhältnisse zu verändern. Es ist bezeichnend für das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und Flick, dass der Siegerländer ausgewählt wurde, die Suhler Werke zu übernehmen.

Flick sah diese Betriebe als eine mögliche Ergänzung für seine übrigen Unternehmen an, insbesondere für ein geplantes Elektrostahlwerk in Unterwellenborn. Er trat deshalb – mit massiver politischer Rückendeckung – an den Seniorchef Arthur Simson heran, um ihn zu Übergabeverhandlungen zu bewegen. Doch Simson erwies sich als harte Nuss und war von dem Angebot Flicks, die Simson-Werke zu kaufen, alles andere als begeistert. Auch auf den gegen ihn und seine Familie ausgeübten Druck zeigte er anfangs wenig Wirkung. Die Simsons gaben selbst dann noch nicht auf, als die Nazis deutlicher wurden, die Familie am 1. Februar 1934 die Leitung der Werke niederlegen musste und gegen sie eine Untersuchung wegen Korruption und Überprofiten bei Reichswehraufträgen angestrengt wurde. Flick, der sah, dass er hier nicht schnell und billig einheimen konnte,

zog sich zurück und überliess es den massgeblichen Regierungsstellen, die Verkaufsbedingungen zu verbessern.

Die Repressalien gegen die Simsons verstärkten sich nun noch mehr. Im Mai 1935 wurde Arthur Simson mit der Begründung verhaftet, dass er sich in unstatthafter Weise auf Staatskosten bereichert habe. Die beiden Rechtsanwälte, die die Interessen der Familie vertraten, nahm man gleich mit in Haft.

Simson erklärte sich jetzt, schliesslich mürbe geworden, prinzipiell einverstanden, zu verkaufen. Daraufhin befürworteten das Reichskriegsministerium, der Reichsführer SS und der Bevollmächtigte für Wirtschaftsfragen Keppler die Übernahme der Simson-Werke durch Flick, obwohl sich auch Klöckner und Hermann Röchling darum beworben hatten. Das Heereswaffenamt trug durch Oberstleutnant Zeidelhack, der im Auftrag des Chefs des Wehrmachtamtes im Reichskriegsministerium, General von Reichenau, handelte, am 22. Mai 1935 Flick die Übernahme der Simson-Werke an. Man war sogar bereit, Arthur Simson während der Verhandlungszeit auf freien Fuss zu setzen, um der Übergabe ein einigermaßen legales Aussehen zu verleihen.

Flick schreckte vor diesen Bedingungen aber zurück. Steinbrinck erklärte plötzlich, dass man sich dem Problem nur dann zuwenden würde, «wenn der Kaufpreis so bemessen sei, dass wir das ganze Werk erwerben könnten». Die nötigen Mittel – etwa 9 Millionen RM – schienen Flick zu hoch für ein Geschäft, das ausschliesslich durch Repressalien zustande gekommen war. Über Flicks Erwägungen schrieb der Historiker Karl-Heinz Thieleke in der von ihm herausgegebenen Dokumentation über den Flick-Prozess in Nürnberg: «Der Flick-Konzern hätte als erstes Privatunternehmen eine derartige ‚Arisierung‘ durchgeführt. Angesichts der teilweise kritischen Einstellung des Auslandes waren aber für den ‚korrekten‘ Konzernherrn noch nicht alle Voraussetzungen erfüllt. Noch fehlten die gesetzlichen Grundlagen! Die ‚Nürnberger Gesetze‘, an deren Ausarbeitung der ehemalige Bonner Staatssekretär Globke massgeblich beteiligt war, sind erst im September 1935 verabschiedet wor-

den ... Eine staatliche Anordnung, welche die ‚nationalpolitische‘ Notwendigkeit der Übernahme bestätigte, konnte er ebenfalls noch nicht erhalten. Damit waren Flick, der allzu gern im Hintergrund operierte, die Möglichkeiten beschnitten, und er lehnte es ab, die ‚Arisierung‘ in seinem Namen durchzuführen.»

Die fehlenden gesetzlichen Grundlagen hatte Flick nicht nur wegen der Simson-Werke beklagt, sondern auch bei einer anderen Gelegenheit. Gleichzeitig mit den Verhandlungen über Simson-Suhl bemühte er sich, die Hochofenwerke Lübeck AG zu übernehmen, eine reine Hochofenanlage, die ausser ihrem Hauptwerk in Lübeck noch eine Niederlassung in Stettin besass. Sein Zögern bei Simson-Suhl war ebenfalls dadurch bedingt, dass Flick hoffte, die Aktienmehrheit über Lübeck zu günstigen Bedingungen zu erlangen. Flick hatte sich bereits in den Jahren 1927/28 für die Lübecker Gesellschaft interessiert, die über ein Grundkapital von 16 Millionen RM verfügte. Damals war es zu keinem Abschluss gekommen, weil Flick den Preis nicht zahlen wollte und sich zu dieser Zeit ausserdem eine ungünstige Auftragslage abzeichnete. Jetzt aber passte der Erwerb von Lübeck besonders gut in sein Konzerngebilde der Mitteldeutschen Stahlwerke, da der Betrieb die Voraussetzungen besass, seine Siemens-Martin-Öfen mit Roheisenzusatz zu versorgen.

Im Januar 1935 stellte Steinbrinck eine Konzeption fertig, wie sein Chef die überwiegend in jüdischen Händen befindliche Aktiengesellschaft erobern konnte. Nach diesem Plan sollte Flick 14,3 Millionen RM des Aktienkapitals kaufen. Bei Verhandlungen mit dem Heereswaffenamt, das auch hier wieder eine Änderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse unterstützte, wünschte Flick, «den Gesamtbesitz zu erwerben und sich an dem Erwerb mit 60% zu beteiligen, wenn für 40% seitens des HWA ein langfristiges Darlehen gegeben werde». General Liese vom Heereswaffenamt war damit einverstanden und meinte lediglich einschränkend, dass man «nur einen richtigen Weg für die Tarnung finden» müsse.

Das Geschäft klappte dann aber doch nicht, offensichtlich

wegen Flicks abwartender Haltung bei den entscheidenden Verhandlungen. Wichtige ökonomische und politische Gründe zwangen ihn, auch hier behutsam vorzugehen. Die Auftragsdecke für Hüttenwerke war zu dieser Zeit noch relativ dünn, Flick musste bei der Erweiterung seiner Kapazität also vorsichtig disponieren. Hinzu kam, dass von den Vereinigten Stahlwerken die Errichtung eines Werkes zur Verarbeitung der Salzgittererze angekündigt wurde, das als neuer Roheisenlieferant auftreten sollte. Entscheidend für Flicks Zögern war jedoch der Mangel an gesetzlichen Grundlagen für die «Arisierung». Flick hatte also noch keine Möglichkeit, die Besitzer der Aktienmajorität des Lübecker Werkes zu für ihn idealen Bedingungen zum Verkauf zu zwingen. Während Flicks Bedenken im Falle Simson-Suhl bewirkten, dass die Werke schliesslich an ein Konsortium übergingen, zu dem der Nazigauleiter Sauckel, Albert Vogler und die Deutsche Bank gehörten, liess er an seiner Anwartschaft auf die Lübecker Hochofenwerke keinen Zweifel. Er wartete ab, bis sich die Konditionen für ihn verbesserten, und gab, wie der Angler sagt, vorläufig nur etwas mehr Leine.

Zu Besuch im KZ

Flicks vorsichtige Haltung bei den ersten Arisierungsversuchen trübte seine Beziehungen zu den Nazigrössen keineswegs. Die Angebote zur Abrundung seines Konzerns – ihm wurde noch eine weitere Offerte zur Beteiligung an den Junkers-Werken gemacht – zeigten, dass er geradezu beliebt bei ihnen war. Nachdem Flick 1935 dem «Freundeskreis des Reichsführers SS» beigetreten war, nahm er in dieser Runde 1936 an einer Besichtigung des Konzentrationslagers Dachau teil. Ein für seine Verteidigung nach dem Kriege recht unbequemer Fakt. Flick gab vor Gericht zwar zu, bei seinem Besuch in Dachau den Eindruck gewonnen zu haben, dass das Konzentrationslager kein sehr angenehmer Aufenthaltsort war, von Grausamkeiten aber will er weder etwas gesehen noch gewusst haben. Im Gegenteil, der Besuch der KZ-Küche, wo er das Essen kostete, hätte ihn überzeugt, dass die Verpflegung der Häftlinge gut und schmack-

haft sei. Die Häftlingsbaracken wirkten auf ihn sogar «sauber und behaglich». Für Flick waren deshalb die Konzentrationslager überhaupt kein Grund zur Beunruhigung und erst recht kein Anlass, sein Verhältnis zum Faschismus zu überprüfen.

Flick, dem von KZ-Greueln angeblich nichts bekannt war, behauptete nach dem Kriege, selbst in der Furcht gelebt zu haben, eines Tages von den Nazis in ein Konzentrationslager eingeliefert zu werden. Einleuchtende Gründe konnte der Konzernchef dafür aber nicht nennen, und diese Äusserung kann auch nicht als Entschuldigung für seine Aktivitäten während des Dritten Reiches verstanden werden. Angst war nun wirklich nicht die Grundlage seiner Beziehungen zu den Nazigrössen und ihren politischen Taten. Allein seine Mitgliedschaft im Freundeskreis Himmler, einem aussergewöhnlich exklusiven Kreis, dem durchaus nicht einmal alle Spitzen des Grosskapitals angehörten, beweist andere Motive. Der marxistische Historiker Klaus Drobisch schrieb darüber: «Sie setzten auf den Mann, der

Verbrennung von ermordeten KZ-Häftlingen in dem von Flick besuchten Konzentrationslager Dachau



die SS, die Gestapo und die gesamte Polizei führte, der nächst Hitler zum mächtigsten Mann in der Nazihierarchie werden sollte. Mit Freuden waren sie bereit, im Freundeskreis Himmler mitzuwirken, und empfanden es als besondere Auszeichnung, diesem Kreis anzugehören, sahen sie doch darin ein Mittel, ihre ökonomischen und politischen Interessen noch stärker durchzusetzen.» Oswald Pohl, Leiter des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, bestätigte das in einer Zeugenaussage in Nürnberg: «Dass jemals eine Einladung zur Mitgliedschaft abgelehnt worden wäre, ist unwahrscheinlich, und ich habe auch von keiner erfahren, da Industrielle sich eher zur Aufnahme in den Freundeskreis drängten in Anbetracht der Vorteile, die sie sich immerhin davon versprochen, dass sie in persönliche Beziehungen zu Himmler und anderen massgeblichen Leuten der Partei sowie der Wirtschaft treten würden.»

Der «Freundeskreis» kam in der Regel monatlich einmal zusammen, mitunter ging man auch gemeinsam auf Reisen. Anlässlich eines Treffens auf einem Parteitag in Nürnberg soll übrigens der Name des Kreises entstanden sein, als für die Mitglieder auf der Tribüne Plätze mit der Aufschrift «Freundeskreis des Reichsführers SS» reserviert worden waren.

Als Reiseziele hatten es ihnen – kein Wunder bei einem Mann wie Himmler – anscheinend Konzentrationslager besonders angetan, denn ausser nach Dachau fuhren sie noch in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Selbst während des Krieges besuchte der «Freundeskreis» Himmler in seinem Hauptquartier. Bei den Zusammenkünften des Kreises wurden die «Freunde», so berichtete Himmlers Chef adjutant, der SS-Obergruppenführer Karl Wolff, mit der «Arbeit und den idealen Bestrebungen der SS vertraut gemacht». Der «Idealist» Himmler konnte es sich in diesem Kreis durchaus erlauben, wie der SS-Obergruppenführer Otto Ohlendorf vom Reichssicherheitshauptamt bemerkte, sich seines Rufes als «Bluthund» zu rühmen.

Wie man Mitglied des exklusiven Klubs wurde, erklärte Oswald Pohl: «Die Persönlichkeiten aus der Industrie wurden

von Himmler zur Mitgliedschaft im Freundeskreis eingeladen, entweder auf Kranefuss¹⁷ Initiative, möglicherweise auf Empfehlungen von Mitgliedern des Freundeskreises. In jedem Fall wurde die Prüfung der Mitglieder in Bezug auf Loyalität und politische Zuverlässigkeit von Kranefuss vorgenommen, der auch besondere Aufmerksamkeit darauf richtete, dass die zukünftigen Mitglieder den bestehenden Mitgliedern, das heisst Leuten wie Schroeder, Himmler, Kranefuss, Hans Kehrl und mir selbst, kongenial waren.»

Der «Freundeskreis» beruhte natürlich nicht auf der persönlichen Freundschaft seiner Mitglieder, sondern auf den gemeinsamen Interessen. Die recht hohen Beiträge an Himmler, die auf das Sonderkonto S des von Schroeder geleiteten Bankhauses Stein in Köln eingezahlt wurden, sollten sich schliesslich rentieren. Der 1951 hingerichtete Otto Ohlendorf äusserte dazu: «Die Wirtschaftler des Freundeskreises gewährten dem Reichsführer SS Unterstützungen recht gerne, da für sie von grossem Nutzen war, vom Reichsführer SS einen moralischen und politischen Rückhalt zu bekommen, und zum Beispiel wenn einmal in einem Werk etwas passiert war und die Staatspolizei eingriff, ihnen die Gelegenheit geboten war, auf neutralem Boden im Freundeskreis den Lauf der Dinge abzuwarten.» Aber vor allem die ökonomische Unterstützung von Seiten der SS war recht vielseitig, wobei besonders die den Konzernen zugeführten Sklavenarbeitsarmeen ausserordentliche Profite brachten. Die Freunde Himmlers sorgten als Gegenleistung für die militärische Ausrüstung der SS. Hierzu wieder Ohlendorf: «Als der Reichsführer SS später auch Interesse an Lieferungen von Kriegsmaterial an die Waffen-SS hatte, war es für ihn von Nutzen, dass solche Fragen auch mit Unternehmern im Freundeskreis besprochen werden konnten. Als der Reichsführer SS die Aufgabe hatte, in den Jahren 1943, 1944 und auch 1945 in aller Geschwindigkeit neue Divisionen aufzustellen, war es ihm nicht möglich, den Bedarf an Ausrüstung, Bewaffnung und anderen nötigen Vorräten durch die zugewiesenen Anteile der offiziellen Heeresrüstung zu decken. Er war daher angewiesen, sich auch

irregulär das notwendige Material zu beschaffen. Das geschah u.a. durch den Freundeskreis.»

Göring: «Hervorragende Unternehmerpersönlichkeit»

Neben der Festigung seiner Verbindungen zu Himmler blieb Friedrich Flick auch der ungewöhnlich enge Kontakt mit Hermann Göring erhalten, der eine Fülle von entscheidenden Ämtern auf seine Person vereinigt hatte. Als preussischer Ministerpräsident und Innenminister, als Minister für Luftfahrt und als Beauftragter für den Vierjahresplan, das heisst als Verantwortlicher für die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges, war seine Freundschaft für Flick immer wichtiger geworden und brachte vor allem bei der «Arisierung» ausserordentlich erfreuliche Ergebnisse. Nach dem Kriege erklärte Flick zwar: «Sollte von 1933 bis 1945 ein Vermögenszuwachs (beim Flick-Konzern – M. O.) eingetreten sein, so wäre er selbst dann eingetreten, wenn ich während dieser Jahre spazierengegangen wäre.» Diese Aussage ist zweifellos richtig, bagatellierte jedoch masslos die enorme Expansion seines Konzerns, die weitgehend durch die Ausnutzung seiner persönlichen Beziehungen zu den Nazigrössen erreicht wurde. Der später noch zum Nachfolger Hitlers und zum Reichsmarschall ernannte Göring und der Industriekapitän Flick stimmten nicht nur in ihren Interessen überein. Sie waren sich offensichtlich sympathisch, obwohl oder gerade trotz ihrer sehr unterschiedlichen Charaktere. Göring, auf äussere Symbole der Macht bedacht, fand Flick, der es liebte, unauffällig und im Hintergrund zu operieren, «reizend» und nannte ihn eine «hervorragende Unternehmerpersönlichkeit». Flick sorgte dafür, dass Göring bei Einladungen in sein Haus im Kreise ausgewählter Gäste stets einen grossen Empfang hatte, und vermittelte ihm immer das angenehme Gefühl, im Mittelpunkt zu stehen. Den spendierfreudigen Grossindustriellen sah man andererseits nicht selten beim «Reichsjägermeister» Göring anlässlich der pompös arrangierten Jagdgesellschaften oder bei diversen anderen Gelegenheiten. Ihre Zusammenarbeit erfuhr nie eine Trübung, was beiden gleichermassen nützlich war.

Göring bedurfte besonders als Beauftragter für den Vierjahresplan der Unterstützung einflussreicher Konzernherren. Nur mit ihrer Hilfe konnte er seine Aufrüstungskonzeption durchsetzen und sich erlauben, seinen Opponenten aus der Wirtschaft vorzuwerfen, dass «sie einen Horizont wie Klosettdeckel» hätten. Der in phantasievolle Uniformen gekleidete und mit unzähligen Orden behangene Göring liess sich – trotz viel bespöttelter Vorliebe für pittoreskes Auftreten – nie von seinen Zielen ablenken und verstand es, sie mit grosser Brutalität durchzusetzen. Er zeigte sich in seinen Entschlüssen sogar weniger schwankend als Hitler, was seine Freunde, die ihn für sich einspannten, sehr schätzten.

Jetzt, da sich Flicks Geschäfte immer vielversprechender entwickelten und stabile Beziehungen zu führenden Vertretern Nazideutschlands gesichert waren, gönnte der selbstlose Krösus sich auch mal wieder eine persönliche Freude. Er erwarb aus

Verfolgt und gedemütigt – Jüdischer Bürger wird von SA-Schergen gezwungen, ein Plakat durch die Strassen zu tragen



dem Besitz des jüdischen Bankiers Carl Fürstenberg, der einstmals als Chef einer der renommiertesten Grossbanken, der Berliner Handelsgesellschaft, einer seiner einflussreichsten Förderer gewesen war, das weitläufige Landgut Grüneck in Bayern.

Ein schlechtes Gewissen hatte Flick bei diesem «Arisierungsgewinn» nicht, denn, Hohn der Zeit, die Familie Fürstenberg, die von den Nazis gezwungen wurde, das Landgut abzugeben, äusserte sogar noch Dankbarkeit, Flick als Käufer gefunden zu haben. Flick stand bei dem herrschenden Blut-und-Boden-Mythos, der besonders im Freundeskreis des Reichsführers SS gepflegt wurde, der eigene grosse Landbesitz sicherlich nicht schlecht zu Gesicht. Doch in erster Linie sah er in dem Erwerb von Grüneck die Möglichkeit, den gewonnenen Reichtum und die so schön «geordneten» Verhältnisse zu geniessen.

Mitgeheult

Nach dem zweiten Weltkrieg ist von verschiedenen Persönlichkeiten, die mit Flick verkehrten, betont worden, dass Flick kein «fanatischer Nazi» gewesen sei. Abgesehen davon, dass man nicht selten dem Konzernboss damit gefällig sein wollte, war Flick in der Tat kein «blinder» Nazi, was man oft mit fanatisch gleichsetzt. Bei aller Förderung der Nazis liess der Siegerländer die bestehenden Realitäten fast nie ganz ausser Acht und verfolgte stets aufmerksam die Entwicklung ausserhalb Deutschlands. Das beeinflusste zum Beispiel sein Verhalten bei den Übernahmeangeboten für Simson-Suhl und das Lübecker Hochofenwerk. Unter seinesgleichen sprach er frank und frei über die jeweils aktuelle politische Lage, wobei mitunter durchaus auch die Möglichkeit eines Scheiterns des Naziregimes und die danach zu erwartende Kräftekonstellation erörtert wurden.

Flick blieb sich durchaus treu, das heisst, er verlor seine Interessen nie aus den Augen. Dabei glaubte er eben recht lange, dass seine Interessen und die der Naziartei identisch seien. Deshalb war es für ihn ganz natürlich, zur Festigung und Stärkung des Faschismus beizutragen. Bei einem anderen Ausgang des Krieges hätte er sicher und gar nicht zu Unrecht darauf hinweisen

können, dass nur wenige mehr für die Existenz des Faschismus und seiner Kriegführung getan hatten als er. So aber entschuldigte sich Flick später: «Man musste bis zu einem gewissen Grade die Sprache der Nazi-Partei sprechen und, wie man sagt, mit den Wölfen heulen, wenn man überhaupt eine Rolle spielen wollte und wenn man versuchen wollte, die Angelegenheit so zu behandeln, wie man es für richtig hielt.» Nun, für richtig hielt Flick in erster Linie, was seinen Konzern stärkte. Dass bei allem Bemühen, die jeweilige Lage realistisch einzuschätzen, ihm, nachträglich gesehen, doch Fehler unterliefen, ist eine andere Frage. Anfangs seine Begier nach leichter Erweiterung seines Besitzes noch zügelnd, verlor er mit der Stabilisierung des Hitlerreiches mehr und mehr seine Bedachtsamkeit und langte dann schliesslich mit beiden Händen in den Topf der Arisierungs- und Kriegsgewinne hinein. Erst als der Verlauf des Krieges ihn ernüchterte, erwachte seine Vorsicht wieder, und er intensivierte seine Überlegungen für den Fall einer Niederlage.

Wie gesagt, in den ersten Jahren der braunen Diktatur bevorzugte Flick die ganz «legalen» Geschäfte. Und auch da bot sich in seiner Branche bald ein grosser Brocken. Der ehemalige Mehrheitsaktionär des Stahlvereins hatte niemals aufgehört, die Entwicklung dieses Konzerns zu verfolgen. Seit Flick der Brüning-Regierung sein Aktienpaket verkauft hatte, besass der Staat noch immer die Majorität über den Stahlriesen. Wer nun etwa erwartete, dass die Nazis auf Grund ihrer früheren Propaganda gegen das Grosskapital die beherrschende Stellung des Staates erhalten würden, sah sich getäuscht. Besonders Thyssen und Flick forderten eine baldige Reprivatisierung des Aktienpaketes. Ogger meinte dazu, dass sich letzten Endes Flicks hartnäckiges Drängen, unterstützt von den anderen Ruhrherren und getragen von seinen hervorragenden Beziehungen zur NS-Führung, für die Reprivatisierung als ausschlaggebend erwiesen hätte.

Das Drängen lohnte sich, denn Flick sollte, so, wie er seinerzeit beim Verkauf verdient hatte, auch von der Reprivatisierung des Stahlvereins profitieren. Auf der am 24. April 1936 statt-

findenden Generalversammlung, auf der siebzig Aktionäre mit einem nominellen Kapital von 346'913'520 RM anwesend waren, wurde beschlossen, das staatliche Aktienpaket in Höhe von 100 Millionen RM zu erwerben und es anschliessend einzuziehen. Das heisst, man verzichtete darauf, diese Aktien aufzuteilen oder auf den Aktienmarkt zu bringen, und reduzierte somit das Aktienkapital des Stahlvereins durch den Abzug der 100 Millionen RM auf die nominelle Höhe von 460 Millionen RM. Dadurch erhöhte sich natürlich der Anteil der bisherigen Aktionäre am Gesamtkapital beträchtlich, so dass zum Beispiel Fritz Thyssen mit rund 26 Prozent wieder die Sperrminorität erreichen konnte. Weitere Grossaktionäre waren ausser ihm die Rheinischen Stahlwerke, ein niederländischer Stahlkonzern und die Hugenberg-Gruppe.

Der Vorstandsvorsitzende Ernst Poensgen dankte der Reichsregierung für die erst durch sie ermöglichte Transaktion und äusserte, dass diese in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen wie in ihren rechtlichen Grundlagen einen ganz besonderen Charakter trage und nicht nur im Interesse der Gesellschaft, sondern auch der Gesamtwirtschaft liegen würde! Die von den Monopolen als Schreckgespenst verteilte Verstaatlichung des Stahlvereins war damit aus der Welt geschafft. Das für die Rückgewinnung des staatlichen Aktienpaketes notwendige Kapital brachte der Stahlverein durch Verkauf seiner Essener Steinkohlenbergwerke AG, durch Schuldverschreibungen und Kredite auf.

Der ehemalige Mehrheitsaktionär Flick hatte natürlich die Reprivatisierung des Stahlvereins nicht für ein «Vergelt's Gott» betrieben, sondern sicherte sich handfesteren Lohn. Er war es nämlich, der die äusserst wertvollen Steinkohlenzechen der Essener Gesellschaft für sich abzweigte, indem er die Aktien von nominell 70 Millionen RM für den Kaufpreis von 73 Millionen RM übernahm, obwohl der wirkliche Wert des Paketes weit höher war. Für die Abzahlung der Kaufsumme gestand man Flick ausserdem Teilzahlungen zu, die sich bis zum Ende des Jahres 1942 hingen. Flick konnte dadurch die Energiebasis für

sein Stahlreich beträchtlich erweitern. Obwohl er das Mehrheitspaket am Stahlverein nicht selbst zurückkaufte, wurde Flick also zum Nutzniesser der Reprivatisierung des Stahlvereins.

Solche gelungenen Transaktionen vertieften Flicks, und nicht nur Flicks, Sympathie für das neue politische System und die Männer, die es repräsentierten. Hinzu kam, dass es jetzt keine Opposition mehr gab, die unangenehme Fragen stellte, dass keine naseweise Presse mehr existierte, die jeden guten Fischzug gleich als Skandal brandmarkte. Die lukrativen Geschäfte wurden nun hinter verschlossenen Türen gemacht, Geheimes blieb geheim, und für allzu Neugierige hatte man ernüchternde Mittel zur Hand. Für Flick war das eingetroffen, was er sich stets gewünscht hatte – Profitmacherei grossen Stils ohne unnötige Publizität.

Publizität unerwünscht

Flicks hilfreiche politische Freunde sassen zu seiner Zufriedenheit bald immer fester im Sattel. Nachdem sie bereits in den Jahren 1933 und 1934 durch die Unterdrückung aller demokratischen Kräfte innenpolitisch ihre Herrschaft stabilisiert hatten, konnten sie seit 1935 auf Grund der kompromisslerischen Haltung der westlichen Grossmächte auch ihren aussenpolitischen Einfluss verstärken.

Die Entwicklung ermöglichte es Flick, seine Wünsche nach Erweiterung des Konzerns deutlicher zu machen und sich offener zu den Nazis zu bekennen. 1937 dokumentiert er sein uneingeschränktes Vertrauen zum braunen Regime auch nach aussen, indem er in die NSDAP eintritt (Mitgliedsnummer 5918393). Als dann Vetter Konrad Kaietsch, inzwischen Generalbevollmächtigter des Konzerns, im selben Jahr diesen Schritt tut, ist die gesamte Konzernspitze (Flick, Kaietsch, Steinbrinck) Mitglied der faschistischen Staatspartei. Flick legt in jener Zeit ganz besonderen Wert darauf-, die Interessen von Staat und Konzern zu verschmelzen. Hermann Göring erhält nach wie vor auf vielfältige Weise Geld – insgesamt mehrere Millionen Reichsmark. Da eine Freundschaftstat der anderen



Spiessgesellen: Göring und Himmler

wert ist, wird Aktienjäger Flick dafür von Göring zum Mitglied des Reichsjagdrates berufen. Auf Vorschlag des Heereswaffenamtes erfährt er eine weitere Ehrung – die Ernennung zum «Wehrwirtschaftsführer».

Flick gehörte damit zu den ersten der etwa 400 Monopolisten, Konzerndirektoren und Industriellen, die den Titel von Hitler verliehen bekamen und auf den «Führer» vereidigt wurden. Der Titel verpflichtete Flick sowohl zur Verstärkung der Rüstungsproduktion und Vorbereitung seiner Betriebe auf den Krieg als auch zur politischen Ausrichtung der Betriebsbelegschaften auf den Nationalsozialismus.

Um für die laufenden Geschäfte eine noch grössere Geheimhaltung zu erreichen, verändert Flick 1937 die erst 1934 eingeführte Konzernstruktur erneut. Die bisherige Dachgesellschaft, die Siegener Eisenindustrie AG, wurde von der Friedrich Flick KG als Konzernspitze abgelöst. Das Wichtigste daran war

das Verschwinden der Aktiengesellschaft zugunsten der Kommanditgesellschaft. Flick trat für die neue Dachgesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter auf. Die künftige Form seines Konzerns hatte für ihn den entscheidenden Vorteil, dass er nicht mehr wie bei der Aktiengesellschaft verpflichtet war, seine Bilanzen zu veröffentlichen und Mitaktionäre in seine Transaktionen einzuweihen. Neben den immer willkommenen steuerlichen Vorteilen, die ihm die Umwandlung auf der Grundlage des Anfang 1937 erlassenen neuen Gesetzes über Aktiengesellschaften ausserdem einbrachte, wollte er den von ihm geschaffenen Konzern fortan mit seinem Namen verbunden wissen, so, wie es unter anderen die Krupp und Siemens seit alters her getan hatten. Dass er damit auch der Naziideologie von der Rolle des «nationalen» Unternehmers entsprach, der als «Führerpersönlichkeit» die Geschicke seines Unternehmens bestimmen und sich nicht hinter der Anonymität einer Aktiengesellschaft verstecken sollte, ergab sich nicht zufällig.

Hiess es doch in der Begründung zu dem geänderten Aktiengesetz: «Im Übrigen soll der Unternehmer die persönliche Verantwortung uneingeschränkt tragen.»

Beschwörende Telegramme

Trotz der für das Monopolkapital insgesamt sehr erfreulichen Entwicklung gab es natürlich zwischen seinen Gruppierungen gewisse Auseinandersetzungen. Äusserer Anlass waren die Schwierigkeiten, in die die Aufrüstungspolitik 1937/38 geriet. Durch die hemmungslose, in wahnsinnigem Tempo vorangetriebene Aufrüstung, die immer grössere Bereiche der Volkswirtschaft aufs Äusserste belastete, machte sich der schon lange andauernde Devisenmangel verstärkt bemerkbar und bewirkte sogar einen zeitweiligen Rückgang der Industrieproduktion. Innerhalb des Monopolkapitals stritt man über zwei Konzeptionen zur Überwindung der Probleme und den weiteren Fortgang der Aufrüstung. Hinter diesen divergierenden Auffassungen verbargen sich unterschiedliche ökonomische Interessen und die von ihnen abgeleiteten strategischen Ziele.

Die Autarkiepolitik, die darauf ausgerichtet war, von wichtigen Importen so unabhängig wie nur irgend möglich zu werden, beispielsweise durch die Gewinnung von Treibstoffen aus Kohle, durch die Herstellung von synthetischem Gummi oder die verstärkte Nutzung einheimischer Erze, wurde vom grössten Teil der deutschen Monopolbourgeoisie mit der IG Farben an der Spitze gestützt. Ihr Gegner war eine Gruppe des Grosskapitals, die von Fritz Thyssen und Hjalmar Schacht geführt wurde. Diese Leute wollten ein enges Bündnis mit den westlichen Grossmächten, insbesondere den USA, das sich gegen die Sowjetunion richten sollte. Sie betrachteten die Autarkiepolitik als unnötig, da die Rohstoffabhängigkeit von den westlichen Grossmächten ihre politische Konzeption nicht störte. Hitler und Göring schlugen sich auf die Seite der Mehrheit der Monopolbourgeoisie, obwohl ihre alten Förderer Thyssen und Schacht eine andere Auffassung vertraten. Sie wollten die Rüstung mit einer weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie verbinden und sahen die Lösung aller sich daraus ergebenden ökonomischen Probleme durch einen Krieg gewährleistet, der auch eine Stossrichtung gen Westen nicht ausschloss. Flick stand in dieser Auseinandersetzung auf der Seite der stärksten Bataillone. Er tat das aber nicht aus dem Opportunismus, den ihm sein alter Feind Paul Reusch vorwarf, sondern wegen der grossen Möglichkeiten, die die Autarkiepolitik seinem ohnehin autarken Konzern bot.

Thyssen mobilisierte gegen die Autarkiepläne vor allem den Stahlverein. Als Göring beabsichtigte, mit staatlicher Förderung einen Konzern zu bilden, der die unrentable Verhüttung der Eisenerze bei Salzgitter besorgen sollte, opponierte der Stahlverein heftig. Im Sommer 1937 verfasste er eine Denkschrift gegen die Gründung des Staatskonzerns und plante, darunter die Unterschriften aller Chefs der Eisen- und Stahlindustrie setzen zu lassen. Stark beunruhigt, bot Göring seinen ganzen Einfluss zur Verhinderung eines solchen einheitlichen und für seine Politik bedrohlichen Vorgehens auf. Er schickte an die Grossen der Eisen- und Stahlindustrie beschwörende Telegramme, die

Denkschrift nicht zu unterstützen. In dem Telegramm an Gustav Krupp von Bohlen und Halbach hiess es: «Ich bitte Sie, Ihren Herren Anweisung zu geben, die vom Stahlverein angeregte Denkschrift der Deutschen Hüttenindustrie nicht zu unterschreiben stop das Vorgehen gegen die Reichs werke grenzt bereits an Sabotage stop gerade für Krupp werden die Werke von besonderer Bedeutung sein, da ich vorhabe, mit ihnen zusammen einen ganz grossen Plan für die deutsche Rüstung durchzuführen stop ich habe darüber dem Führer bereits Vortrag gehalten stop ich würde es begrüessen, wenn ich am dritten September in Berlin mit Ihnen oder einem Ihrer verantwortlichen Herren über diesen Plan sprechen könnte.»

Vermutlich hat Flick ebenfalls ähnliche Zusagen bekommen. Er zögerte jedenfalls nicht, sich in dieser kritischen Situation auf die Seite Görings und der IG Farben zu stellen und damit das Kräfteverhältnis zuungunsten der Autarkiegegner zu gestalten. Hjalmar Schacht verlor im Rahmen jener Auseinandersetzungen seinen Posten als Reichs Wirtschaftsminister, und auch Fritz Thyssens Einfluss schwand dahin – nicht zuletzt zum Vorteil Friedrich Flicks. Bereits im August 1937 hatte sich Göring bei Flick für dessen Unterstützung bedankt. «Ich weiss», schrieb er, «dass Sie sich im Gegensatz zu anderen Leitern der Eisen- und Stahlindustrie auf dem Gebiet der Förderung und Verarbeitung der deutschen Erze im Rahmen des Vierjahresplans nach Kräften eingesetzt und damit mir die Durchführung meiner Aufgabe erleichtert haben. Dafür danke ich Ihnen vielmals und gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass Sie auch künftig für die grossen Aufgaben zur Verfügung stehen.»

Eine ziemlich fertige Angelegenheit

Friedrich Flick stand für «die grossen Aufgaben» zur Verfügung und rechnete dabei auch mit dem Einsatz Görings für seine Interessen. Zu diesen Interessen gehörte die Hochofenwerk Lübeck Aktiengesellschaft. Flick hielt jetzt die Zeit für reif, sich des Arisierungsproblems bei dem Lübecker Werk stärker anzunehmen, das heisst, es seinem Konzern einzuverleiben.

Karl-Heinz Thielecke nennt dazu in seiner Studie zum «Fall 5» (Flick-Prozess) die Gründe: «Die Nürnberger Gesetze waren erlassen worden, der Antisemitismus nahm zu, und der innere Terror hatte bis dahin ungekannte Formen angenommen.» Auf Grund dieser Entwicklung zeigten sich nun die «nichtarischen» Aktienbesitzer des Lübecker Hochofenwerkes bereit, mit Flick zu verhandeln. Der Vorstand der Rawack & Grünfeld Aktiengesellschaft, eine seit 1879 bestehende Erz- und Eisenhandlung, die über 4,5 Millionen RM nominelles Aktienkapital (von insgesamt 16 Millionen RM Aktienkapital) des Lübecker Eisenwerkes verfügte, bot Anfang September Verkaufsgespräche an. Den Kontakt zu Flick nahm Dr. Ernst Spiegelberg auf, Mitinhaber des bekannten jüdischen Bankhauses Warburg in Hamburg, das auch in enger Beziehung zur New-Yorker Warburg-Bank stand.

Der weitere Verlauf legt die Vermutung nahe, dass Flick vorher einiges zu dieser nachgiebigen Haltung beigetragen hatte. Allerdings will der Flick-Konzern – nach Aussage von Flicks Arisierungsgehilfen Alfred Rohde – im November 1937 einen «Wunsch des Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlwirtschaft» erhalten haben, «dafür zu sorgen, dass die ... unter nichtarischem Einfluss stehenden beiden Gesellschaften in deutsche Hände übergehen». Der Generalbevollmächtigte General von Hanneken versicherte dagegen in Nürnberg, die Lübecktransaktion sei ihm «als eine ziemlich fertige Angelegenheit auf den Tisch gelegt» worden.

Flicks Marschroute sah vorerst den Erwerb von Rawack & Grünfeld vor, um damit über das der Gesellschaft gehörende Aktienkapital von Lübeck verfügen zu können. Rawack & Grünfeld besaßen ein Stammkapital in Höhe von nominell 3,5 Millionen RM; erhielt Flick mindestens 51 Prozent dieses Kapitals, konnte er die vollen Stimmrechte der Gesellschaft an dem Lübecker Hochofenwerk ausüben. Er brauchte also lediglich Aktien in Höhe von nominell 1,8 Millionen RM von R&G zu erwerben, um sein Ziel zu erreichen. Weil er befürchtete, das Interesse von Konkurrenten zu wecken, äusserte er

ausdrücklich den Wunsch, «dass absolutes Stillschweigen über diese Angelegenheit bewahrt werde». Hinzu kam, dass man ihn im Ausland nicht für einen jüdisches Eigentum aufsaugenden Antisemiten halten sollte.

Da das Aktienkapital von R&G zum Teil in ausländischem Besitz war, konnte Flick nur heran, wenn staatliche Stellen, vor allem Görings Vierjahresplan-Experten, richtig mitspielten. Trotz der ausländischen Beteiligung war R&G als Handelsfirma, die Auslandsgeschäfte betrieb, von allen Lübecker-Hochofenwerk-Aktienbesitzern am anfälligsten für bestimmte Massnahmen des Vierjahresplan-Amtes, da dieses das Importgeschäft und den Devisenmarkt kontrollierte und hier erhebliche Schwierigkeiten machen konnte.

Am 9. Oktober 1937 begann Flick seinen neuen Feldzug durch eine Besprechung mit den führenden Männern von Rawack & Grünfeld. Über das Ergebnis jener Aussprache schrieb Flick in einer Aktennotiz: «Wir haben uns ganz offen ausgesprochen. Ich habe ausgeführt, dass in Bezug auf das Lübecker Projekt bei uns keine Klarheit bestände, dass wir aber zu dem Gedanken gekommen seien, einstweilen uns einmal bei Rawack & Grünfeld zu beteiligen, ohne nach aussen in Erscheinung zu treten, und dann die weitere Entwicklung abzuwarten.» Natürlich hatte Flick nicht offen gesprochen, der Stratege dachte nicht daran, sich in seine Karten sehen zu lassen. Aber sicher ist auch, dass seine Partner genau wussten, was Flick beabsichtigte. Zwischen den Teilhabern von Rawack & Grünfeld kam es nun zu Meinungsverschiedenheiten, wie man auf Flicks Beteiligungsersuchen reagieren sollte. Die unterschiedlichen Auffassungen verstärkten sich noch, nachdem Flick erklärt hatte, dass er sich nicht mit der Herausgabe der Lübeckaktien zufriedengeben werde, sondern Rawack & Grünfeld ebenfalls zu erwerben wünschte. Dr. Ernst Spiegelberg war für eine Einigung mit Flick, der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Hermann Münch konnte sich nicht recht entscheiden, und lediglich der Generaldirektor Dr. Kurt Neu zeigte sich entschlossen, Flicks Vorschläge entschieden zurückzuweisen.

Aufmerksam registrierte Flick die Unterschiede in einer Aktennotiz: «Herrn Neu scheint dieser Weg nach wie vor unbequem zu sein», und zu Spiegelbergs Haltung vermerkt er, dass jener «etwas von den Ausführungen des Herrn Neu abzurücken?» schien. Über Münch hielt er fest: «Ich habe den Eindruck, dass man Herrn Münch für unseren Plan gewinnen könnte.» Von dieser Konstellation ausgehend, nahm er Neu unter Feuer. Anfang November versuchte er bei einer Zusammenkunft mit Spiegelberg, die wankende Rawackfront mit einem Angriff auf Neu endgültig auseinanderzusprengen. Er behauptete, dass «die andere Seite, vertreten durch Herrn Neu,... in der Zwischenzeit alles unternommen (hätte), um uns irgendeinen Einfluss auf die R&G-Sache unmöglich zu machen». Aber auch Spiegelberg warf er die Unterstützung der von Neu eingeleiteten Abwehrmassnahmen vor. Diese bestanden vor allem darin, für R & G-Aktien ausländische Interessenten zu finden und die deutschen



Verschleppung jüdischer Bürger durch die SS

Aktienbesitzer zu verpflichten, an aussenstehende deutsche Interessenten nicht zu verkaufen. Die Aktivitäten von Neu waren durchaus legitim, und Flick wusste das. Um so grösser muss sein Ärger gewesen sein, denn entgegen seiner sonstigen Praxis, so zu tun, als ob er immer nur legale kaufmännische Transaktionen durchführe, setzte er jetzt offen massiven ausserökonomischen Druck ein. Flick wies Spiegelberg darauf hin, dass er und seine leitenden Leute wiederholt von hohen Stellen angeregt worden seien, sich mit dem Problem Lübeck zu befassen. Vielsagend deutete er an, eines Tages auch Antwort geben zu müssen, wie weit man gekommen sei. «Die ständigen Bemühungen des Herrn Neu, Aktien im Ausland zu plazieren», fügte er drohend hinzu, «könnten hierbei eventuell unangenehm auffallen.»

Mit diesem Hinweis wollte er nicht etwa bloss die allgemeine Angst der Juden vor Verfolgung ausnutzen, denn sein weiteres Vorgehen bewies, wie bitterernst es ihm mit seiner schon nicht mehr nur versteckten Drohung war. So fragte er zum Beispiel im Reichswirtschaftsministerium an, ob man nicht eventuell Rawack & Grünfeld für Aktienverkäufe ins Ausland belangen könnte. Der zuständige Regierungsrat im RWiMi bedauerte das in seiner Antwort, versicherte aber, dass man «diese Lücke nunmehr schliessen» wolle. Das RWiMi half Flick dennoch umgehend, indem es Rawack & Grünfeld eine Devisengenehmigung für Aktien Verkäufe verweigerte und sie damit praktisch unterband.

Göring auf Flick-Kurs

Flick zog die Schlinge um die Eisenhandelsfirma enger und enger. Eines Tages, so berichtete Spiegelberg später, erschien Flicks Bevollmächtigter für das Lübeckprojekt, sein Oberschlesienexperte Alfred Rohde, im Büro des Bankiers und riet ihm, er «solle alles daran setzen, so rasch als möglich Rawack & Grünfeld sowie das Lübecker Hochofenwerk an Flick zu verkaufen. Sonst würde die ganze Gruppe, die Rawack & Grünfeld besass, in Unannehmlichkeiten geraten.» Bei

genauerer Nachfrage deutete Rohde an, dass R & G die deutschen Devisenvorschriften überschritten hätten und die Angelegenheit bereits von den zuständigen Behörden untersucht werde.

Die Gegner Flicks waren aber nicht nur politischem Druck ausgesetzt. Der Versuch des Generaldirektors Neu, die Weitergabe der betreffenden Aktien zu verhindern, misslang nicht zuletzt deshalb, weil zu den deutschen Aktienbesitzern auch Flicks enge Geschäftsfreunde von der Deutschen Bank und der Dresdner Bank gehörten, die sich bereit erklärten, ihre Aktienpakete an Flick zu verkaufen.

Doch die Hetzjagd ging noch weiter. Um die ausländischen Aktionäre, die den grössten Anteil an dem nominellen Aktienpaket bei R & G hatten, gefügiger zu machen, schaltete er wieder den faschistischen Staatsapparat ein und bat diesmal Görings Vierjahresplan-Büro um Unterstützung. Verhandlungspartner dort war Oldewage, der Flick am 22. November 1937 die wahrscheinlich vom Siegerländer selbst angeregte Entscheidung seines Amtes mitteilte. Die Firma Rawack & Grünfeld sollte zeitweilig aus dem Erzimport – «weil jüdisch», wie es hiess – ausgeschaltet werden. Oldewage sprach darüber mit Spiegelberg, der sich davon, so Steinbrinck in einer Aktennotiz, «stark beeindruckt» zeigte. Das ist nicht weiter erstaunlich, denn Oldewage, der Spiegelberg ins «Amt» zitierte, gestaltete die Zusammenkunft offensichtlich als eine Art Gestapoverhör. Er verlangte, dass sein «Gesprächspartner» die Fragen nur jeweils mit einem Ja oder Nein beantwortete. Oldewage wollte bei dieser Vernehmung vor allem wissen, ob Verhandlungen zwischen R & G und einer schwedischen Gruppe stattgefunden hätten. Um bei Spiegelberg jede Hoffnung auf eine befriedigende Lösung seiner Probleme auszulöschen, verkündete er ihm, dass der deutsche Generalstab entschieden habe, das Lübecker Hochofenwerk in deutsche und arische Hände gelangen zu lassen.

Durch die Verdrängung aus dem Importgeschäft verloren die ausländischen Kapitalbesitzer natürlich weitgehend das Interesse an R & G, da die Existenzgrundlage der Firma damit untergraben war. Flick hiess die Hilfe des Vierjahresplan-Amtes

doppelt willkommen, weil sie nicht nur die ausländischen Aktionäre in die Knie zwang, sondern, wie Flick notierte, das «auf den Kurs der Aktien einen grossen Einfluss haben» werde.

«Erneuter jüdischer Trick»

Da einige der ausländischen Aktienbesitzer wegen der staatlichen Pressionen kaum noch lohnende Geschäfte erwarten konnten, resignierten sie. Schon im November waren der ehemalige Vorsitzende des Vorstandes Felix Benjamin und sein in der Schweiz lebender Schwager Dr. Netter bereit, ihre Aktienpakete – 25 Prozent des Aktienkapitals von R & G – an Flick abzugeben. Offensichtlich wurde Flick von dem schnellen Verlauf der Dinge selbst überrascht; denn als die übrigen ausländischen Teilhaber von R&G am 1. Dezember 1937 in den Räumen von Mittelstahl über die Verkaufsmodalitäten sprechen wollten, war er damit nicht einverstanden. Flick, der von diesem Treffen erst sehr spät erfahren hatte, lehnte es ab, mit der geschlossenen Phalanx der ausländischen Kapitaleigner zu verhandeln. In einem Brief an Oldewage machte er seinen Standpunkt klar. «Ich möchte Ihnen mitteilen», hiess es unter anderem darin, «dass ich eine Besprechung mit diesem Gremium für die deutsche Seite nicht für nützlich halte – im Gegenteil. Wir können uns in Gegenwart des schwedischen Vertreters, den Herr Neu selbst als seinen Freund bezeichnet hat und den er offenbar für die Durchführung seiner Transaktion mit dem Ziele der Verlagerung der Mehrheit im Ausland mitbenutzt hat, nicht aussprechen. Die Aussprache mit diesem Gremium ist ein erneuter jüdischer Trick, auf den ich nach meinen bisherigen schlechten Erfahrungen nicht einzugehen gewillt bin.»

Flick überliess es nun Oldewage, die Versammlung durchzuführen; für den Konzern nahm Rohde teil. Neben seiner Scheu, einer geschlossenen Gruppe, deren unterschiedliche Interessen er bei der gegebenen Situation nicht gegeneinander ausspielen konnte, direkt gegenüberzustehen, mag er auch gefürchtet haben, sich vor dem schwedischen Beobachter allzu blosszustellen. Ihm war es angenehmer, wenn es so aussah, als

ob Oldewage bei den Verkaufsverhandlungen dominierend war. Da er das Oldewage schlecht ins Gesicht sagen konnte, demonstrierte er lieber Antisemitismus. In diesem Zusammenhang ist seine spätere, weiter vorn bereits zitierte Äusserung: «Man musste bis zu einem gewissen Grade die Sprache der Nazi-Partei sprechen und, wie man sagt, mit den Wölfen heulen ...» besonders aufschlussreich.

Bei den Gesprächen unter der Leitung von Oldewage wurden die französischen Aktienbesitzer von der Orklagrube repräsentiert, die selbst ein nominelles Aktienkapital von 564'500 RM an R&G besass. Anwesend war auch ein Sprecher der holländischen Firma Mm. Mueller & Co., Rotterdam, die über ein Aktienkapital an R&G von nominell 380'000 RM verfügte. Das Bankhaus Warburg hatte wieder Spiegelberg gesandt. Der von Flick gefürchtete schwedische Vertreter von der Stockholms Enskildabank fehlte ebenso wie Generaldirektor Neu, sie hatten für ihren Standpunkt keine Chancen mehr gesehen. Oldewage konnte als Ergebnis der Verhandlungen seinem Auftraggeber Flick schliesslich melden, dass «die ausländischen Kapitaleigner ausnahmslos bereit seien, «ihre Aktien an die betreffende deutsche Gruppe zu verkaufen».

Nach abschliessenden Besprechungen zwischen Flick und Spiegelberg am 6. Dezember erklärte sich auch der Vertreter des Bankhauses Warburg mit dem Verkauf des eigenen Aktienpaketes in Höhe von nominell 189'500 RM an den Chef von Mittelstahl einverstanden. Damit war Flicks Kapitalmehrheit bei R&G gesichert, gleichzeitig verfügte er nun über das dieser Gesellschaft gehörende Aktienpaket der Lübecker Hochofenwerke AG. Die Abwicklung des Geschäftes mit den ausländischen Teilhabern von R&G machte allerdings noch einige Schwierigkeiten, da die meisten von ihnen für ihre Aktien Devisen verlangten. Davon hatte Flick nur sehr wenig, denn seine Geschäfte waren fast völlig auf den Binnenhandel ausgerichtet. Für viele wäre das bei den damals bestehenden scharfen Devisenbestimmungen ein unüberwindliches Hindernis gewesen, nicht aber für Flick. Er setzte sich mit der Eisen-

Handelsfirma Possehl & Co. in Lübeck in Verbindung, die durch ihre Auslandsgeschäfte über Devisen verfügte und sich ausserdem ebenfalls für ihre Konkurrenzfirma R&G und das Lübecker Hochofenwerk interessierte. Man kam sich schnell näher. Flick tauschte bei Possehl & Co. die erforderlichen Reichsmarkbeträge in Devisen um und beteiligte sie dafür bei R&G. Zusätzlich räumte er ihr ein Optionsrecht auf ein Aktienpaket am Hochofenwerk in Höhe von einer Million RM ein und sagte ihr zwei Aufsichtsratssitze zu. Die Genehmigung für den Devisen-tausch beschaffte der beflissene Oldewage.

Wie sicher Flick und die Firma Possehl & Co. mit dem weiteren Erwerb von Aktien des Lübecker Hochofenwerks rechneten, bewies ihr Abkommen über das Optionsrecht. Diese Vereinbarung war völlig wertlos, wenn es Flick nicht gelang, die Aktienmehrheit über das Hochofenwerk in die Hand zu bekommen. Flick und die Firma Possehl hatten die Situation jedoch richtig eingeschätzt. Die Hahnschen Werke, die mit einem Aktienkapital von nominell 6,5 Millionen Reichsmark am Hochofenwerk beteiligt waren, traten nach den Veränderungen bei R&G sogar von allein an Flick heran – allerdings nicht ganz freiwillig.

Ein Wechsel ohne Deckung

Der Hahnsche Konzern, dessen Hauptwerk sich in Grossenbaum/Westfalen befand und vorwiegend Röhren und Roheisen produzierte, gehörte zu 62 Prozent der jüdischen Familie Hahn und zu 38 Prozent der ebenfalls jüdischen Familie Eisner. Den Gebrüdern Hahn war im November von Spiegelberg nach einer Unterredung, die dieser mit Oldewage gehabt hatte, mitgeteilt worden, dass der Bevollmächtigte für Eisen und Stahl – Oldewages unmittelbarer Vorgesetzter – von ihnen den Verkauf der Hälfte ihrer Lübeckaktien verlange. Oldewage selbst liess bestellen, dass den Hahnschen Werken die notwendigen Rohstoffe, die bereits kontingentiert worden waren, entzogen würden, kämen sie dieser Aufforderung nicht nach. Nach Aussage Rudolf Hahns vor den Richtern im Nürnberger Flick-Prozess

wurde den Gebrüdern Hahn ausserdem mit der Einweisung in ein Konzentrationslager gedroht, wenn sie sich weigern würden zu verkaufen. Da Rudolf Hahn schon eine Gestapohaft hinter sich hatte, war es nur verständlich, dass die Hahns ihr Lübecker Aktienpaket nunmehr als ein heisses Eisen ansahen, von dem man sich schnell trennen musste. Sie legten aber Wert darauf, ihr Aktienpaket geschlossen abzugeben.

Flick wollte jedoch nicht mehr Geld ausgeben, als zur Erlangung der Kapitalmehrheit nötig war. Für dieses Ziel reichte ihm schon ein Anteil von nominell 3,4 Millionen RM; denn zusammen mit den Aktien, die er von R&G erhalten hatte, und Aktien von nominell 400'000 RM, die aus dem Bankhaus Warburg stammten, hätte er die Mehrheit bereits besessen. Wie ausgezeichnet die Zusammenarbeit zwischen Flick und dem Generalbevollmächtigten für Eisen und Stahl, General von Hanneken, funktionierte, zeigte die ausdrückliche Auflage an die Hahns, lediglich die Hälfte ihrer Lübecker-Hochofen-Aktien L zu verkaufen.

Da Flick den Erwerb des ganzen Paketes ablehnte, boten die Hahns es nun Klöckner an, der im Rahmen der schrittweisen Arisierung Aufsichtsratsvorsitzender in Lübeck geworden war, obwohl er nur etwa 5 Prozent des Aktienkapitals besass. Doch Klöckner wies das Angebot ab. Jetzt war Flick wieder am Zug. Zu einem Kurs von 132,5 Prozent übernahm er die erforderlichen Lübeckaktien in Höhe von nominell 3,4 Millionen RM. Für ihr Wohlverhalten wünschten die Hahns vor Abschluss des Geschäfts allerdings noch eine Garantieerklärung, die ihnen ihr Werk in Grossenbaum sichern sollte. Sie wandten sich mit ihrem Wunsch bezeichnenderweise an Flick. Tatsächlich erhielten sie über Oldewage ein von Hanneken unterzeichnetes Schreiben, in dem dieser die Abgabe der Aktien begrüsst und ihnen bestätigte, dass sie den Verkaufserlös für den Ausbau von Grossenbaum verwenden konnten. In Gegenwart eines Zeugen gab Oldewage im Namen von Hanneken eine mündliche Erklärung ab, in der er unter anderem versicherte: «Der Generalbevollmächtigte hat nicht die Absicht, nach irgendeiner Richtung auf

die Familie der Gründer des Unternehmens Hahn und Eisner einen Druck auszuüben, dass sie auch ihren Besitz in Grossenbaum abgeben sollen.»

Die Zusage nutzte den beiden Familien jedoch nichts. Die faschistischen Behörden machten ihnen auch in Grossenbaum erhebliche Schwierigkeiten, übten Druck auf Kunden aus, drohten erneut mit Entzug des Rohstoffkontingents und mit einer Bestrafung wegen Sabotage, falls sie das Werk stilllegen sollten. Beschwerden darüber bei Flick, Oldewage und dem Reichswirtschaftsministerium waren vergeblich. In der Arisierungsabteilung des Ministeriums nahm man die abgegebene Garantieerklärung natürlich auch nicht ernst. Mit zynischer Offenheit äusserte sich ein Beamter darüber lakonisch: «Ich glaubte nicht, dass die Hahns so dumm wären, einen Wechsel anzunehmen, für den keine Deckung vorhanden ist.»

Resigniert verkauften die Hahns ihr Werk schliesslich an den Mannesmann-Konzern, der ebenso wie Flick keine Mühe scheute, um von der Arisierung zu profitieren. Für ihr Aktienpaket von Grossenbaum erhielten die Hahns 25 Prozent des realen Wertes in fremder Währung im Ausland ausgezahlt. Flick, der über die Fortsetzung des Spiels mit den Hahns vorher informiert worden war, hatte schon einen Plan parat, um den restlichen Teil des Hahnschen Aktienkapitals an den Lübecker Hochofenwerken billig zu bekommen. «Flick wusste natürlich ganz genau», schreibt Ogger, «dass die Zeit für ihn arbeitete und die Hahns, die zweifellos emigrieren wollten, im Laufe der Jahre auch einen niedrigeren Preis akzeptieren würden.»

Da Flick vorher nur einen Teil der Lübeckaktien gekauft hatte, sparte er einen erheblichen Aufschlag für das Gesamtpaket ein. Weil Mannesmann bei der Übernahme der Hahnschen Werke kein Interesse für die restlichen Anteile beim Lübecker Hochofenwerk zeigte, kaufte Flick den Hahns 1938 jetzt auch noch die übrigen Aktien in Höhe von nominell 3,1 Millionen RM ab. Sein Anteil bei Lübeck betrug nun etwa 70 Prozent. Über das ganze Geschäft äusserte sich Rudolf Hahn nach dem zweiten Weltkrieg in einer eidesstattlichen Erklärung: «Bei der Lage der

Dinge gab es nichts zu feilschen, und wir hatten Flicks Bedingungen anzunehmen. Soweit ich mich erinnere, war der Preis 132%, obwohl der Wert sehr viel höher war. Die damaligen Börsenkurse in Deutschland waren nicht massgebend, da nur ein ganz unbedeutender Betrag des Aktienkapitals von Lübeck gehandelt wurde und sich die Dividendenbeschränkung auf 6% preisdrückend auswirkte. Für Flick war Lübeck besonders wertvoll, und er hätte nie die Möglichkeit gehabt, unseren Besitz zu kaufen, wenn nicht auf Grund der geschilderten Umstände.»

Als der von den Arisierungsgewinnlern arg geschädigte Rudolf Hahn nach England emigrierte, wollte es der Zufall, dass er in die Maschine kletterte, die auch Otto Steinbrinck für eine Geschäftsreise nach London benutzte. Der SS-Offizier und Flick-Bevollmächtigte fand ein paar gönnerhafte Worte für den Geschätzten und bemerkte als einer, der es wissen musste: «Sie haben Glück gehabt, dass Sie überhaupt noch rauskommen.»

Ein wirklich grosser Wurf

Die Spitzen des Flick-Konzerns waren Ende 1937/Anfang 1938 über das Lübeckprojekt hinaus angespannt damit beschäftigt, die Konjunktur der Arisierung weiter zu nutzen. Der Chef witterte wie während des Weltkrieges und der Inflation wieder Morgenluft für Riesengewinne. Obwohl er jetzt für jede Art von Geschäften seine Spezialisten und Bevollmächtigten hatte, entfaltete er selbst eine ungeheure Hatz. Ständig wurden Informationen gesammelt und Unterlagen zusammengestellt, er führte Besprechungen, diktierte Briefe und Anweisungen, liess seinen Telefonhörer nicht kalt werden. Parallel zur Lübeckaktion bereiteten Flick und seine Bevollmächtigten ein Unternehmen vor, das erst der wirklich grosse Wurf bei der Arisierung werden sollte. Es ging hier um einige hundert Millionen Reichsmark, genauer gesagt, um den Petschek-Konzern.

Die Petscheks besaßen etwa ein Drittel der gesamten deutschen Braunkohlevorräte, und jedes dritte in Deutschland gepresste Brikett kam aus ihrer Produktion. Flick hatte schon viele Jahre damit geliebäugelt, die in der Nähe seiner Mitteldeutschen Stahlwerke gelegenen Gruben zu gewinnen. Bisher waren aber alle Sondierungen bei den Petscheks gescheitert. Im Zuge der Arisierung sah er jetzt jedoch eine reale Chance, und er war fest entschlossen, sie zu nutzen. Im Ringen mit den Petscheks und in den Auseinandersetzungen mit seinen «arischen» Konkurrenten um ihr «Erbe» verzichtete er endgültig auf die wohlgehütete Maske des harten, aber ehrbaren Geschäftsmannes und zeigte sein wirkliches Gesicht in aller Schärfe. Dieses Gesicht war brutal, habsüchtig, gerissen – moralisch skrupellos. Der Kampf um die Braunkohle der Petscheks entlarvte Flick als einen Mann, der sich zu allem berech-

tigt fühlte, was seinem Nutzen diene, und der seinen Vorteil gnadenlos packte, wenn er die Macht dazu hatte. Um sein Imperium entscheidend zu vergrössern, es stärker, unabhängiger und profitabler zu machen, begann er ein neues, erbarmungsloses Spiel mit der Arisierung.

Trotz der Unterstützung des faschistischen Staates bei der Lösung jeglicher «Arisierungsprobleme» war es für Flick in mehrfacher Hinsicht schwierig, an den Besitz der Petscheks zu kommen. Zum einen waren die Petscheks keine deutschen, sondern tschechoslowakische Staatsbürger, zum anderen hatten sie ihre Aktien vorsorglich in englische beziehungsweise amerikanische Holdinggesellschaften eingebracht. Das Vermögender Petscheks war sowohl personell als auch juristisch in zwei Kapitalgruppen aufgeteilt, die früher sogar in heftiger Konkurrenz zueinander gestanden hatten – in den Julius-Petschek-Konzern und den Ignaz-Petschek-Konzern.

Die beiden Petschek-Brüder, mit allen Wassern gewaschene Geschäftsleute, begannen bereits vor dem ersten Weltkrieg zu ihren in Böhmen gelegenen Braunkohlenrevieren Gruben in Mittel- und Ostdeutschland hinzuzukaufen, was seinerzeit nur gegen den Widerstand deutscher Interessentengruppen durchzusetzen war. Später stiegen sie dann intensiv in die Inflationspekulation ein und gehörten am Ende zu ihren Grossgewinnlern.

In einer von den Nazis gegen die Petscheks eingeleiteten Pressekampagne spielten die damals erschacherten Millionen die wichtigste Rolle, wobei ignoriert wurde, dass der nach Stinnes grösste Inflationsgewinnler jetzt hinter dem Petschek-Besitz her war.

Abgesehen davon, dass die Petscheks sich im Rahmen des Möglichen eine verhältnismässig starke Stellung zur Verteidigung ihres in Deutschland angelegten Kapitals geschaffen hatten, sah sich der Eroberer aus dem Siegerland durch das Fehlen bedeutender Devisenbeträge in der Wahl seiner Mittel eingeschränkt. Er war also nicht in der Lage, die Petscheks einfach aufzukaufen, wozu sie bei einem Angebot in ent-

sprechender Höhe und in transferierbarer Währung unter den gegebenen Umständen ebenso bereit gewesen wären wie die Hahns. Der Mangel an Devisen verschlechterte Flicks Position ganz erheblich, weil er gewichtige, devisenstarke Konkurrenten auf der Jagd nach dem Petschek-Besitz hatte: den IG-Farben-Konzern, der gerade in Mitteldeutschland durch seine Werke in Leuna, Bitterfeld und Wolfen sehr potent war, und die beiden grossen Kalikonzerne Wintershall und Salzdelfurt, um nur die mächtigsten zu nennen. Karl Kimmick, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, dem Steinbrinck die Ambitionen des Flick-Konzerns vortrug, meinte daher auch skeptisch, dass die Mitteldeutschen Stahlwerke «sehr dahinter sein müssen», wenn sie «noch rechtzeitig eingreifen wollen». Die Chancen für Flick schienen wirklich nicht gut zu stehen, nachdem auch Reichsbankpräsident Schacht ihm bei einem Gespräch am 11. November 1937 keine Aussichten auf eine Devisenhilfe machen konnte. Wenn Flick trotzdem seine Hoffnungen nicht aufgab, so deshalb, weil er mit seinen exquisiten Beziehungen zur NS-Partei und den staatlichen Stellen rechnete. Insbesondere sein Verhältnis zu Göring sah er als Trumpf-As an. Dennoch wusste Flick, dass selbst diese speziellen Kontakte nicht die Vorrangigkeit seiner Ansprüche gegenüber anderen monopolistischen Rivalen garantierten. Göring trat zwar für die Arisierung des Petschek-Besitzes ein, hatte aber, wie er selbst bemerkte, «wenig Material» gegen sie in der Hand; ausserdem musste er es vermeiden, durch allzu grobes Vorgehen mögliche Repressionen gegen das deutsche Auslandskapital heraufzubeschwören. Da auch Göring das durch die forcierte Rüstungspolitik entstandene Loch im Devisenbestand nicht stopfen konnte, wusste er nicht so recht, wie er seinem Freund helfen sollte.

Flick war daher ausserordentlich beunruhigt, als er nach einem Gespräch zwischen Steinbrinck und Wilhelm Keppler, Hitlers Wirtschaftsberater, hörte, dass «um den Besitz der Julius-Petschek-Gruppe ... schon seit längerer Zeit verhandelt (wird), und zwar auf der einen Seite die Wintershall-Gruppe, auf der anderen Seite IG Farben». Peter Klöckner und Hermann Röchling, so

erfuhr Flick, hatten ebenfalls ihre Fühler nach der Braunkohle ausgestreckt. Am meisten Sorge machten dem Chef von Mittelstahl aber die IG Farben und Wintershall, weil sie kapitalkräftig waren und durch ihre Auslandsgeschäfte eine Menge Devisen besaßen. Hinzu kam, dass die Julius-Petschek-Gruppe es für opportun hielt, ihre prinzipielle Bereitschaft zum Verkauf ihrer deutschen Anlagen zu erklären. Auch das sprach für die Konkurrenten, denn bei einem normalen Verkauf konnten sie ihm durch ihre besseren finanziellen Möglichkeiten das Nachsehen geben. Die «inneren Beweggründe» für die Verkaufsabsichten der Julius-Petschek-Gruppe sah Flick übrigens darin, dass man bei ihr «an eine bevorstehende Katastrophe glaubt, an Krieg oder ähnliche Dinge mit ungewissem Ausgang, und dass man in folgedessen wohl vorzieht, freiwillig auszusteigen».

Diese Lage zwang Flick, sich intensiv um Kredite und um sein Devisenkonto zu kümmern. So beriet er unter anderem im Dezember mit dem Allianz-Versicherungskonzern über einen Kredit in Höhe von 10 Millionen RM. Bei einem Essen mit mehreren Finanzleuten erklärte er dort, dass er «möglicherweise im Zuge der neuen Arisierungswelle ... vor Entschlüsse gestellt werden könne, die einen erheblichen Aufwand mit sich bringen». In diesen Wochen verhandelte Flick auch mit verschiedenen Konzernen, die reichlich Deviseneinnahmen, über einen Tausch Reichsmark gegen Devisen. Der sparsame Siegerländer war dabei sogar bereit, den doppelten Preis zu zahlen. Aber alle diese Gespräche brachten nicht den erwünschten Erfolg. Flick ging nun so weit, Unternehmen, die ihm nicht direkt gefährlich werden konnten, zum Beispiel die Schering AG, einzuladen, «sich an dem Erwerb bekannter Braunkohlenunternehmungen, die heute in nichtarischer, ausländischer Hand sind, zu beteiligen».

Trotz bestimmter Zusagen musste er schliesslich doch einsehen, dass seine vielfältigen Bemühungen zur Stärkung seiner Finanzkraft ein Fehlschlag waren und dass er auf diesem Wege die IG Farben nicht schlagen konnte – die Devisen waren entweder in dem erforderlichen Umfang nicht zu haben, oder

sie waren zu teuer geworden. Ein wenig Beruhigung verschaffte Steinbrinck seinem Chef in dieser kritischen Situation durch die Mitteilung, dass sehr «lebhaft» Verhandlungen zwischen der IG Farben und Wintershall über den Julius-Petschek-Besitz stattgefunden hätten, «bei denen IG Farben wie Wintershall mit grosser Selbstverständlichkeit jeder den besten Anteil für sich verlangte». Schadenfroh meinte Steinbrinck: «Die Herren sahen in einer Aufteilung des Besitzes beinahe grössere Schwierigkeiten als im Erwerb der Aktien von Julius P.»

Verhandlungsmonopol

Obwohl es für Flick angenehm zu hören war, dass sich seine beiden stärksten Konkurrenten raufen, so wusste er doch sehr genau, dass sie sich irgendwann einigen würden und er also höchstens einen Zeitaufschub erhielt. Daher lag ihm alles daran, die Überlegenheit seiner Gegner in der Devisenbereitstellung zu neutralisieren. Wieder einmal sollte ihm Hermann Göring helfen, dem er im Januar 1938 plausibel machte, dass für die Arisierung Devisen «grundsätzlich nicht in Betracht kommen und ... man zum Erwerb von deutschem Grund und Boden mit deutschen Kohlenschätzen keine Devisen aufwenden kann». Diesem «nationalen» Argument zeigte sich Göring natürlich aufgeschlossen. Warum sollte man auch ausgerechnet ausländischen Juden die knappen Devisen nachwerfen? Von einer Enteignung der Petscheks riet Flick Göring jedoch ebenfalls ab. In einem Konzept, das er für seine Besprechung mit Göring anfertigte, notierte sich der Konzernchef: «Mit der gewaltsamen Wegnahme des Besitzes auf gesetzlichem oder Verordnungswege (würde man) eine Sache beginnen, die nicht glatt über die Bühne geht und deren internationale Folgen nicht ohne Weiteres von mir übersehen werden können, immerhin aber meinem Gefühl nach möglicherweise als weittragend in den Kreis der Betrachtungen mit einbezogen werden müssen.»

Bei einer Enteignung der Petscheks fürchtete Flick aber nicht nur die internationalen Verwicklungen – diese Bedenken hatte ja auch Göring –, es missfiel ihm vor allem, dass ihm bei einem

solchen Verfahren zu viel verlorengehen würde; denn sogar Göring konnte bei einer Enteignung, wie Flick selbst einsah, kaum die Ansprüche der anderen Konzerne völlig ignorieren. In seinem Gespräch mit Göring erklärte Flick deshalb, dass er «ohne besonderen Auftrag private Verhandlungen zwecks privaten Erwerbs von Aktien aus der Petschek-Gruppe» zu führen wünsche. Da aber genau das seine Konkurrenten ebenfalls wollten, verlangte er unverfroren eine Vollmacht, die es nur ihm allein gestatten sollte, mit den Petscheks zu verhandeln. «Es steht zu befürchten, dass sich auch eine ganze Reihe von Interessenten finden werden, die alle als Reflektanten auftreten», argumentierte er. «Hierdurch», sorgte sich Flick, «würde ein gegenseitiges Herauftreiben des Preises entstehen.» Göring stimmte Flicks aussergewöhnlicher Forderung tatsächlich zu, obwohl sie wirkliche «private Verhandlungen» ausschloss und immerhin ein so einflussreicher Konzern wie die IG Farben dadurch deutlich benachteiligt wurde. Aber Göring betrachtete Flick als seinen wichtigsten Verbündeten in den Reihen der privaten Eisen- und Stahlindustriellen und legte Wert darauf, dass das so blieb. Göring war deshalb sogar bereit, Flick eine schriftliche Bestätigung für sein Verhandlungsmonopol zu geben.

Die Vollmacht verschaffte Flick einen nicht zu übertreffenden Vorteil, obwohl über die Verteilung der Petschek-Beute noch keine endgültige Entscheidung gefallen war. Die Initiative lag jetzt jedoch eindeutig bei dem Siegerländer, der als alleiniger Gesprächspartner für die Petscheks nicht nur die Höhe des Verkaufspreises, sondern auch die Art der Währung wesentlich in seinem Sinne lösen konnte. Auf Grund taktischer Erwägungen entschloss sich Flick aber, nicht beide Petschek-Gruppen gleichzeitig anzugreifen und erst mit der kleineren und konzessionsbereiteren Julius-Petschek-Gruppe zu beginnen. Dieses Vorgehen wurde ihm auch von seinem neuen «Berater» Herbert Göring, einem Vetter des «berühmten» Hermann, der als Generalreferent im Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministerium arbeitete, nahegelegt. Bereits im November 1937 hatte

Herrn

Dr. Friedrich Flick,

Berlin.

Zur vorbereitenden Lösung des Petschek-Problems beauftrage ich Sie hierdurch mit den massgebenden Kreisen der Gruppe Ignaz Petschek und der Gruppe Julius Petschek Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziel, die Erwerbsmöglichkeiten und Erwerbsbeilagen der Gruppen für den ganzen ~~österreichischen Teil dieses~~ Besitzes festzustellen. Sie sind von mir ermächtigt, allein die Verhandlungen zu führen, aber auch berechtigt, im Namen eines Konsortiums aufzutreten.

Vor dem Abschluss ist meine Entscheidung einzuholen. *Die Aufgabe ist dem Empfänger erfüllt*

17. 11. 1938

h.

W. G.
G. J.

Von Göring unterzeichnete Vollmacht für die Verhandlungen Flicks mit den Petscheks

Flick mit ihm eine Honorarvereinbarung für künftige Leistungen bei der Eroberung des Petschek-Besitzes abgeschlossen. Diese Vereinbarung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Beziehungen hoher Ministerialbeamter zu den grossen Konzernen, wobei sehr deutlich wird, dass die von den Nazis in der Weimarer Republik angeprangerte Korruption hier muntere und ungestörte Fortsetzung fand. Herbert Göring schloss ohne Scheu noch einen weiteren Vertrag «über Unterstützung und Zusammenarbeit» mit den Vereinigten Stahlwerken ab. Seine eigenartige Geschäftsmoral liess es ihm aber richtig erscheinen, im Abkommen mit dem Stahlverein festzulegen, dass «er berechtigt wäre, auch neben seiner Tätigkeit für den Stahlverein andere Aufgaben zu übernehmen».

Bei seinem Vorgehen gegen die Julius-Petschek-Gruppe konnte sich Flick sogar auf einen einflussreichen Gehilfen im Lager des Feindes stützen: Es war Carlos Wetzell, der 1937 von den Petscheks als kaufmännisches Vorstandsmitglied der Anhaltischen Kohlenwerke AG und der Werschen-Weissenfelder Braunkohlen AG bestellt worden war, nachdem der bis dahin amtierende kaufmännische Generaldirektor Pulvermann als «Nichtarier» gehen musste. Flick hatte vorher zusammen mit Wetzell im Aufsichtsrat der Schering AG gesessen, so dass sie alte Bekannte waren. Wetzell wurde jetzt Agent Flicks bei den Petscheks und informierte ihn unter anderem ständig über Absprachen zwischen den Mitgliedern der Familie seines Arbeitgebers und Vertrauten in der Geschäftsleitung, vor allem die Verhandlungsabsichten beim Verkauf des Konzerns betreffend.

Die Rolle Wetzells war besonders verhängnisvoll, weil Paul Petschek, der nach dem Tod seines Vaters Julius Petschek die Leitung der Kapitalgruppe übernommen hatte, ihm bedingungslos vertraute. Das Doppelspiel des sauberen Herrn nicht bemerkend, hatte Paul Petschek ihm bei einem erfolgreichen Abschluss der Verkaufsverhandlungen sogar ein «Sonderhonorar» in Aussicht gestellt. Wetzell wollte sich aber offenbar sein «Sonderhonorar» lieber bei Flick verdienen, dem er wohl von

vornherein die besseren Chancen gab. Erwiesen ist, dass er für seine «Verdienste» von Flick zumindest einen grösseren Kredit erhielt, den er nach der Arisierung der Julius-Petschek-Gruppe für seine «Existenz dringend und langfristig benötigte». Im Jahre 1944 unterstrich Wetzell in einem Brief an Konrad Kaietsch – er beschwerte sich darin vor allem über die Kündigung des Kredites – seine Verdienste für den Flick-Konzern. Er betonte, dass er sich von Anfang an für Flick und «gegen die Auffassung des amtierenden Aufsichtsrates und auch zunächst eines grossen Teiles ... (seiner) Mitarbeiter sehr stark exponiert und durchgesetzt habe, ganz zu schweigen von der Gruppe Petschek selbst».

Eng mit Flick arbeitete auch der Freiherr Hartmann von Richthofen zusammen, der vor 1933 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei gewesen war. Er galt als Oberschlesienexperte und berichtete Flick von Bemühungen der Petscheks, in naher Zukunft grosse Reichsmarkbeträge im polnischen Teil Oberschlesiens anzulegen. Flick war für diese Informationen doppelt dankbar. Er konnte daraus schliessen, dass sich die Petscheks damit abzufinden begannen, zumindest einen Teil des Verkaufspreises nur in Reichsmark zu erhalten, und zweitens ermöglichten ihm die Hinweise Richthofens, frühzeitig auf die Oberschlesienpläne der Petscheks zu reagieren. Da Flick für sich selbst dort noch Anlagemöglichkeiten sah, passten ihm diese Pläne gar nicht in sein Konzept. Nach seiner Auffassung sollten sich die Petscheks gefälligst «andere hochwertige Wertpapiere in Deutschland» kaufen. Offensichtlich wollte er den Petscheks auf keinen Fall Gelegenheit geben, ihren Verkaufserlös ins Ausland, das heisst ausserhalb seines Machteinflusses zu bringen. Eine Neuanlage ihres Kapitals in Deutschland erlaubte es ihm nämlich, später weitere Ansprüche auf den Petschek-Besitz zu erheben; schliesslich beruhten diese Anlagen dann auf «seinem» Geld, und bei Arisierungen hatten sich schon schlechtere Argumente als erfolgreich erwiesen. Eine wirklich bewundernswerte Weitsicht des seriösen Grossunternehmers.

Störenfriede

Nach und nach gelang es Flick, die Julius-Petschek-Gruppe durch staatliche Stellen, bezahlte Kollaborateure und skrupellose Spitzel immer perfekter einzukreisen und den Druck auf sie zu verstärken. Herbert Göring machte ihr auf Verlangen von Steinbrinck in «vollster Brutalität» die staatlichen Interessen an der Lösung des Problems deutlich und schilderte ihr die ausweglose Lage. So vorbereitet und mit Hermann Görings Vollmacht ausgerüstet, begann Flick im Januar 1938 intensive Verhandlungen mit der Gruppe. Am 26. Januar traf er mit dem Amerikaner George Murnane von der United Continental Corporation (UCC) zusammen, die als Holdinggesellschaft den Besitz seiner Gegner verwaltete. Als erstes erklärte er dem Amerikaner, dass der in ihm nunmehr den einzigen autorisierten Vertreter von deutscher Seite sehen müsse und «irgendein anderer Partner nicht in Frage komme, weil auf Befehl von Top-Quarters er die alleinige zuständige Stelle sei». «Es sei zwar», erklärte er dem UCC-Vertreter seine Position, «eine behördliche Anordnung, er hätte aber den Wunsch, privatwirtschaftlich zu verhandeln.» Der Gesinnung Murnanes schmeichelnd, ergänzte Flick: «Ich bin selbst Kapitalist.»

Der Amerikaner bekundete «Verständnis für das deutsche Problem, nämlich die Aufrüstungsfrage und die Judenfrage». In den geschäftlichen Dingen aber blieb er hart. Er wollte von Flicks Verhandlungsmonopol nichts wissen und betonte, dass mehrere Interessenten vorhanden seien. Den von ihm genannten Verkaufspreis von 15 bis 16 Millionen Dollar lehnte Flick mit der Begründung ab, dass er keine Möglichkeit sah, Devisen zu beschaffen. Dagegen schlug er vor, dass «das Vermögen der Julius-Petschek-Gruppe umgelagert wird in andere gute deutsche Werte, die aber keine Einflussnahme auf die Führung der Gesellschaft gestattet». Es käme darauf an, betonte er, «ihren Einfluss ein für allemal auszuschalten». Murnane beharrte jedoch auf einer Kaufsumme in Devisen. Die Drohung von Flick, dass bei einem Scheitern der Gespräche eine Enteignung der Petscheks erfolgen würde, konterte er trocken mit der Be-

merkung, dass man sich dann eventuell an deutschem Firmeneigentum in den USA schadlos halten würde. Das Gespräch mit Murnane bewegte Flick dazu, Steinbrinck zwei Tage danach zu Schacht zu schicken, um noch einmal über das Devisenproblem zu sprechen. Doch Schacht lehnte erneut ab und schlug vor, wieder mit Göring zu verhandeln. Bei Schacht lernte Steinbrinck auch Karl Blessing, Mitglied des Reichsbankdirektoriums und später Präsident der Bundesbank der BRD, kennen, den er von der Notwendigkeit zu überzeugen suchte, «wenigstens etwas Devisen den Amerikanern zur Verfügung zu stellen».

Flicks erster Anlauf zur Eroberung der Julius-Petschek-Gruppe blieb also ohne wesentlichen Erfolg. Zornig musste Flick ausserdem registrieren, dass seine bei Göring erwirkte Vollmacht von seinen deutschen Konkurrenten nicht allzu ernst genommen wurde; denn sowohl eine oberschlesische Gruppe (Ballestrem, Friedländer, Schaffgottsch) als auch die Wintershall AG verhandelten weiterhin mit den Amerikanern. Am 29. Januar hörte Flick von Murnane über ein Angebot von Wintershall in Höhe von 11 Millionen Dollar. Der Amerikaner warnte in diesem Gespräch erneut vor gewaltsamen Lösungen und betonte, «dass die gleichen Probleme, wie sie ihn in Deutschland jetzt beschäftigt hätten, auch in Amerika für deutsche Firmen drohten, wenn auch nicht so ernst wie in Deutschland». Flick beklagte sich nun bei Göring über das Unterlaufen seiner Bemühungen und forderte ein entschiedeneres Einschreiten gegen die «Störenfriede». Ein Schreiben Görings vom 1. Februar 1938 brachte Flick die erwünschte Unterstützung; denn darin hiess es unter anderem: «Ich beauftrage Sie hiermit, von meiner Vollmacht denjenigen Unternehmern und Gruppen Kenntnis zu geben, die mit Ignaz Petschek und Julius Petschek sowie ihren Beauftragten ebenfalls in Verbindung getreten sind, und ihnen mitzuteilen, dass Sie von mir ausschliesslich Verhandlungsbefugnis erhalten haben. Die ausserhalb meiner Vollmacht eingeleiteten Besprechungen sind daher unverzüglich einzustellen, die Verhandlungsangebote zurückzuziehen.»

Flick teilte seinen Konkurrenten umgehend die erneute Be-



Protestversammlung in New York gegen Naziregime und Judenverfolgung

stätigung seiner Vollmacht mit. Er war sich natürlich bewusst, sie damit noch längst nicht aus dem Felde geschlagen zu haben. Die IG Farben nahm diesmal Flicks Schreiben auch so ernst, dass sie sich umgehend bei Keppler um ihre Zulassung zu Gesprächen mit den Petscheks bemühte. Keppler sah jedoch keine Möglichkeit, die Anordnung Görings zu umgehen. Steinbrinck glaubte aber trotzdem nicht, dass die IG Farben ihre Ambitionen auf den Petschek-Besitz aufgeben würde, denn so gross war, wie er auf Grund seiner Erfahrungen im Umgang mit ihr wusste, ihr Respekt weder vor Göring noch vor Keppler. Flicks Chefarsierer notierte sich dementsprechend: «Ich zweifle aber nicht, dass die I. G. trotz der Stellungnahme von Keppler unter der Hand den Verhandlungsfaden weiterspinnt.»

Kampagne gegen die Petscheks

Mit den Petscheks kam Flick trotz seiner gestärkten Verhandlungsposition nicht recht weiter; denn sie gingen keine Vereinbarungen ein und liessen überhaupt die Dinge auf sich zukommen. Steinbrinck meinte dazu: «Sie glauben sich gut geschützt zu haben und warten ab, ob deutscherseits irgendwelche Gewaltmassnahmen ergriffen werden.» Man beschloss daher, die Petscheks durch eine gezielte Kampagne stärker unter Druck zu setzen. Über die Befürworter dieser Aktion notierte sich Steinbrinck: «Bezüglich der taktischen Behandlung der Petscheks sind die Herren Keppler, Pleiger, vermutlich auch Staatssekretär Körner und der Generalfeldmarschall, dafür, eine Aktion einzuleiten und vorläufig keine Verhandlungen zu führen ... Diese Vorschläge werden nachdrücklich gefördert durch Sauckel, der grossen Einfluss hat und auf die im Fall Simson/Suhl erzielten Erfolge hinweisen kann.» Steinbrinck orakelte in derselben Aktennotiz über die künftige Haltung der Petscheks, für deren Veränderung er neue Aussichten sah. Rund vier Wochen vor der Annexion Österreichs schrieb er nämlich: «Ob die Veränderung der österreichischen Verhältnisse auf die Petscheks Eindruck machen wird, wird die nächste Zukunft zeigen.» Die Äusserung beweist, dass Konzernbosse wie Flick und Steinbrinck von der

Besetzung Österreichs wussten und ihre Kenntnisse in die eigene Interessenpolitik einbezogen.

Im Februar 1938 sahen die Arisierer günstige politische Voraussetzungen für eine Kampagne. Steinbrinck bemerkte dazu: «In Österreich soll eine neue Fluchtwelle des jüdischen Elementes einsetzen, und die stärkere Einflussnahme Deutschlands auf die österreichische Aussenpolitik wird sicherlich von der Tschechei als eine gewisse Bedrohung betrachtet werden. Es gibt Persönlichkeiten, die der Meinung sind, dass ein Erwerb der P.-Werke gar nicht mehr erforderlich wäre, weil die politische Entwicklung in verhältnismässig kurzer Zeit vollendete Tatsachen schaffen werde.» Aber Flick und Steinbrinck wollten nach wie vor von einem staatlichen Enteignungsakt nichts wissen, da dies zu viele Konzerne mobilisieren würde, bei der Verteilung des Petschek-Besitzes dabeizusein. Sie beharrten weiter auf ihrem Verhandlungsmonopol, weil sie damit rechneten, bei entsprechendem Druck auf die Petscheks doch noch zu einem für sie positiven Abschluss zu kommen. Steinbrinck formulierte es so: «Da wir den Standpunkt vertreten müssen, dass wir nur im Wege privat wirtschaftlicher Abmachungen Einfluss auf die Werke gewinnen können, und aus diesem Grunde an einer politischen Aktion nicht mitwirken dürfen, haben wir Interesse daran, den Verhandlungsfaden weiterzuspinnen.»

Flick und Steinbrinck setzten bei ihrem weiteren Vorgehen gegen die Petscheks ihre differenzierte Taktik fort, wobei sie nun eine neue Variante wählten. Die flexiblere Haltung der Julius-Petschek-Gruppe honorierten sie, indem sie beschlossen, die vorgesehene Pressekampagne nur gegen die Ignaz-Petschek-Gruppe zu führen. Sie waren sicher, dass eine zeitweilige Unterbrechung der Gespräche und die publizistische Attacke gegen die Ignaz-Petschek-Gruppe auch auf die Julius-Petschek-Gruppe den gewünschten Eindruck machen würde. In diesem Sinne vermerkte sich Steinbrinck: «Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Julius P., nachdem die Pressekampagne sich eine Zeitlang ausgewirkt hat.»

Der eingeschlagene Weg erwies sich für Flick nicht ohne

Risiko; denn die Konkurrenz nutzte die eingetretene Pause sofort, um erneut gegen Flicks Verhandlungsmonopol anzugehen. Sie kreidete Flick mangelnde Fortschritte bei seinen Gesprächen an und prophezeite ihm wegen seiner Schwäche in der Devisenfrage ein Scheitern der Arisierungssaktion.

Die Lobby der IG Farben liess ihre Beziehungen zum Staatsapparat spielen, sie warb besonders mit der Devisenstärke des Chemieriesen und stellte ein schnelles Ergebnis in Aussicht, wenn sie den Verhandlungsauftrag erhalten würde. Flick musste sich fragen, wie lange Göring diesem Druck und der Verlockung widerstehen konnte, schnell zum Ziel zu kommen. Die Furcht vor Görings Ungeduld verstärkte sich, als er im März 1938 von Herbert Göring erfuhr, dass dessen berühmter Vetter dem Ministerialdirektor Wohltat, einem Finanzexperten und Vertrauten Schachts, eine schriftliche Vollmacht erteilt habe, Kontakt mit den Petscheks aufzunehmen. Wohltat war als Spezialist für die Lösung von Görings Devisenproblemen bekannt. Seine Nominierung beunruhigte Flick besonders, da es nahelag, dass Wohltat das Beschaffen von Devisen mit der Arisierung des Petschek-Besitzes verbinden und mit entsprechenden Interessenten verhandeln werde. Im April 1938 vermerkte Steinbrinck besorgt:

«Es wäre nicht ausgeschlossen, dass Wohltat mit der I. G. oder sogar Wintershall Fühlung unterhält, da er deren beider Positionen kennt und über uns hinweggeht, weil wir ihm Devisen nicht bringen können.» Bereits im Februar hatte Wohltat Steinbrinck berichtet, dass er über die Bemühungen um die Julius-Petschek-Gruppe Bescheid wisse und sowohl mit dem Amerikaner Murnane als auch mit den Petscheks konferiert habe.

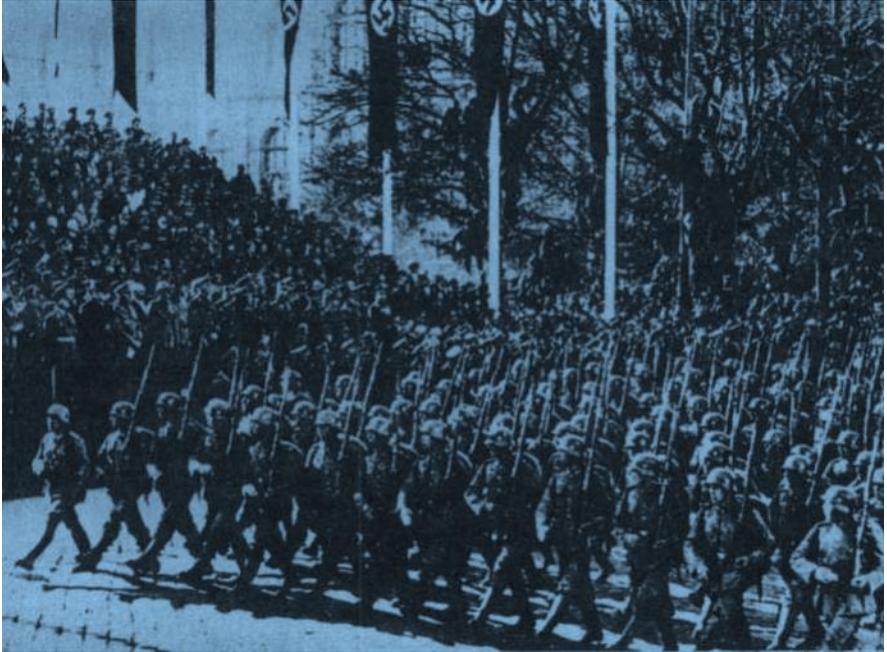
Das alles hörte sich für Flicks Ohren bedenklich an und zwang ihn und seinen Stab zu neuen Überlegungen. Im März 1938 – Österreich war okkupiert worden – schwankte man im Hause Flick, ob man nicht doch die «privatwirtschaftliche Lösung» des Petschek-Problems aufgeben und auf die weiteren «Grossraumpläne» des deutschen Imperialismus vertrauen sollte. In einem Gespräch mit dem Regierungsrat Dr. Müller vom Reichswirtschaftsministerium meinte, dazu Flick-Vetter Konrad Ka-

letsch: «Andererseits müssen wir uns überlegen, ob wir im Vertrauen auf eventuelle Veränderungen aussenpolitischer Art vielleicht etwas billiger an die Sachen kommen könnten, als es heute unter den heute möglichen Druckmitteln der Fall ist.»

Kompromiss der Konzerne

Wohltais immer konkreter werdende Verhandlungen mit Flicks Konkurrenten schlossen diese Variante dann aber doch aus. Flick entschied, weder auf Wohltais Ergebnisse noch die aussenpolitischen Veränderungen zu warten, sondern Kompromissbereitschaft gegenüber seinen Rivalen zu zeigen und dabei auf sein oft bewiesenes Geschick im Taktieren zu vertrauen. Nachdem er sich zu dieser Haltung durchgerungen hatte, traf sich Flick mit den Konzernspitzen der IG Farben, Wintershall und Salzdetfurth. Das Angebot an sie hiess: Beteiligung der drei Konzerne an den Braunkohlengruben der Julius-Petschek-Gruppe gegen Bezahlung in Devisen. Dieser Vorschlag bedeutete keineswegs eine Kapitulation, sondern war, wie das spätere Ergebnis bewies, ein kluges Arrangement, das der gegebenen Lage entsprach, die dominierende Stellung Flicks bei diesem Arisierungsgeschäft aber nicht aufhob. Seine Offerte an die mächtigen Konkurrenten hatte sicherlich auch Görings Sympathie, der durch seine allzu einseitige Begünstigung Flicks grossen Ärger mit der IG Farben befürchtete, auf deren Unterstützung er beim Erreichen der Vierjahresplan-Ziele angewiesen war. Offensichtlich sahen Flicks «Partner» auch keine günstigere Möglichkeit, eine Beteiligung am Petschek-Besitz durchzusetzen, als Flicks Vorschlag anzunehmen. So einigte man sich schliesslich: Flick erhielt von der IG Farben, Wintershall und Salzdetfurth die begehrten Devisen zugesichert, während er ihnen dafür Gruben, Abbaurechte und unerschlossene Kohlefelder aus dem Julius-Petschek-Besitz versprach.

Jetzt besass Flick natürlich eine überragende Verhandlungsposition gegenüber der Julius-Petschek-Gruppe, die sich, da die Devisenfrage geklärt war, auch entschloss, ein neuerliches Angebot von Flick zu akzeptieren. Am 25. Mai 1938 wurde ein



Parade der deutschen Wehrmacht vor Hitler nach der Okkupation Österreichs am 15. März 1938 in Wien

Verkaufsvertrag zwischen Flick und der Julius-Petsche k-Gruppe, vertreten durch die United Continental Corporation, New York, abgeschlossen. Für rund 6,3 Millionen Dollar und 970'000 RM erhielt Flick einen Aktienbesitz, der mindestens 16 Millionen Dollar wert war. Er bestand aus Wertpapieren von nominell 15,5 Millionen Reichsmark der Anhaltischen Kohlenwerke AG und nominell 15,3 Millionen Reichsmark der Werschen-Weissenfelser Braunkohlen AG.

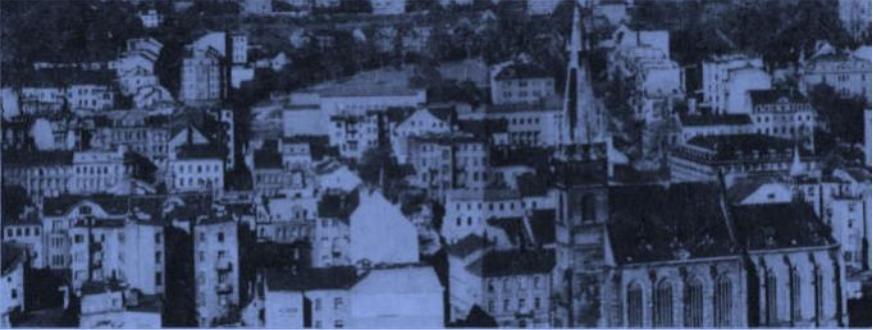
Der «Kompromiss», den Flick mit seinen Konkurrenten geschlossen hatte, ging dann so aus, dass Flick für seinen Anteil nicht nur nichts zu bezahlen brauchte, sondern sogar noch ein schönes Handgeld dazubekam. Von Wintershall kassierte er nämlich 3 Millionen, von Salzdettfurth 2 Millionen und von der

IG Farben 3 Millionen Dollar und 12,5 Millionen RM. Nach Abschluss des erfolgreichen Arisierungsgeschäftes, bei dem Flick sowohl die Verkäufer als auch die anderen Käufer kräftig zur Ader gelassen hatte, liess er sich von Göring für alle Fälle noch bescheinigen, dass er das Geschäft korrekt abgewickelt habe und dass daran nichts zu beanstanden sei.

Entgegen den Erwartungen Flicks führte die Arisierung der Julius-Petschek-Gruppe zu keiner nachgiebigeren Haltung der grösseren Ignaz-Petschek-Gruppe. Am 22. Juni bemerkte Steinbrinck in zwei gleichlautenden Schreiben an Ministerialrat Wohltat und Staatssekretär Erich Neumann zu der Position dieser Gruppe: «Nach allem, was wir bisher gehört haben, verhält man sich dort vollkommen passiv. Man nebelt sich immer mehr ein; und wir zweifeln nicht, dass im entscheidenden Augenblick englische, amerikanische und sonstige Interessen hervortreten werden.» Beruhigend fügte Steinbrinck in seinem Brief an Neumann, der bei einem zu scharfen Vorgehen in der Petschek-Angelegenheit unabsehbare Konsequenzen für das deutsche Auslandskapital befürchtete, hinzu, dass er nicht, wie viele vermuteten, an einen Schutz der Petscheks durch Morgan glaube. «Morgan», so begründete Steinbrinck seine Auffassung, «ist immer ein Judenfeind gewesen und wird sich, selbst wenn sehr gute Geschäfte locken, kaum zur Tarnung eines Juden hergeben.»

Ein Gesetz von Flick

Als Beilage zu den Schreiben Steinbrincks erhielten Wohltat und Neumann das Exposé eines Verordnungsentwurfes, dessen Ausarbeitung Flick und Steinbrinck bei einem ihrer Rechtsanwälte, Dr. Hugo Dietrich, veranlasst hatten. Schon am 23. März 1938 – kurz nach der Besetzung Österreichs – hatte Steinbrinck Wohltat einen solchen Schriftsatz angekündigt. Er war gewissermassen die praktische Konsequenz von Steinbrincks Auffassung, «dass die Gruppe Ignaz Petschek mit anderen Mitteln behandelt werden müsse wie Julius Petschek». Der erste Paragraph lautete: «Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann für



Ústí nad Labem (Aussig) in Nordböhmen – hier war der Sitz der Ignaz-Petschek-Gruppe

jedes Vermögen, das nach der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 anmeldepflichtig ist, einen Treuhänder bestellen, dessen Befugnisse der Beauftragte für den Vierjahresplan in der Bestallungsurkunde festsetzt. Insbesondere kann der Treuhänder ermächtigt werden, über das Vermögen mit Wirkung für und gegen den Vermögensinhaber gegen angemessenen Gegenwert zu verfügen.»

Die Verordnung bezweckte zweierlei: Vornehmlich sollte die Ignaz-Petschek-Gruppe durch den Entzug der Nutzniessung ihres Aktienkapitals für einen Verkauf weichgemacht werden; würde dies scheitern, bot die Verordnung aber auch eine vorzügliche Handhabe für eine Übertragung der Treuhänderschaft an den Flick-Konzern, die ihm weitgehend die Profite aus dem Besitz der noch nicht arisierten Petschek-Gruppe sicherte. Der Entwurf des Konzernanwaltes Dietrich, der so massgeschneidert Flicks persönliche Interessen zum Ausdruck brachte, fand dann seinen Niederschlag in der «Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens» vom 3. Dezember 1938 (Reichsgesetzblatt Teil I 1938, S. 1709).

Die Anklagebehörde in Nürnberg erklärte später die Vorbereitung der Verordnung durch Flick und seine Gehilfen als

<h1>Reichsgesetzblatt</h1>		
<h2>Teil I</h2>		
1938	Ausgegeben zu Berlin, den 5. Dezember 1938	Nr. 206
Tag	Inhalt	Seite
30. 11. 38	Verordnung über die Einführung der Straßenverkehrs-Ordnung in den sudetendeutschen Gebieten	1705
1. 12. 38	Verordnung zur Einführung der Betäubungsmittelgesetzgebung im Lande Österreich	1706
1. 12. 38	Ausführungsbestimmung zur Verordnung zur Einführung der Betäubungsmittelgesetzgebung im Lande Österreich	1707
2. 12. 38	Verordnung über die Einführung des Gesetzes zur Ordnung der Krankenpflege im Lande Österreich	1708
3. 12. 38	Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens	1709

Am 5. Dezember 1938 wurde die von Flick initiierte «Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens» veröffentlicht

Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In dem Plädoyer der Anklagebehörde hiess es klipp und klar: «Die Beteiligung Flicks, Steinbrincks und Kaletschs an dem Entwurf eines allgemeinen Arisierungsgesetzes beweist mit aller wünschenswerten Klarheit ihre Teilnahme an dem allgemeinen Vorgang, den Juden das Leben in Deutschland unerträglich zu machen. Sie haben, am Erlass allgemeingültiger judenfeindlicher Gesetze mitgewirkt und haben hierzu Beihilfe geleistet, um ganz bestimmte Vermögenswerte von bestimmten Juden zu erwerben und an sich zu bringen, eine Handlungsweise, die an Zynismus ihresgleichen sucht.»

Arisierungsaktion mit «wenig Material»

Gleichzeitig mit der Ausarbeitung der neuen Verordnung lief mit Flicks Zustimmung 1938 eine Aktion des faschistischen Staatsapparates gegen die Ignaz-Petschek-Gruppe an. Ausgangspunkt war eine Steuernachforderung an die Gruppe in Höhe von 30 Millionen RM. Die beabsichtigte Wirkung dieser Pression macht eine Aktennotiz Steinbrincks vom 6. August 1938 deut-

lich: «Die steuerlichen Nachforderungen belaufen sich auf RM 30 Mio. Obwohl sie umstritten sind, rechnet man im Finanzministerium mit einer erheblichen Belastung des Vermögens, um auf diese Weise den Nachlass zu zwingen, von seinen Aktien zu verkaufen.»

Nach Einschätzung Steinbrincks hatte man jedoch ausser der angeblichen Steuerschuld wenig Material gegen die Ignaz-Petschek-Gruppe in der Hand. Die Beauftragten Görings waren dann auch, kaum war das Sudetengebiet besetzt, schnell dabei, in das Archiv der Ignaz-Petschek-Gruppe in Aussig (Usti nad Labern) einzudringen, um belastendes Material zu finden. Fünf Tage nach dem Einmarsch schrieb Steinbrinck über das Ziel dieser Archivdurchsuchung: «Im Zusammenhang mit der Eingliederung von Sudetendeutschland in das Reich beabsichtigt Herr Wohltat, baldmöglichst einen Sachverständigen in die Petschek-Verwaltung nach Aussig zu senden, um aus den dortigen Akten den Konzernaufbau und die Konzernzusammenhänge studieren zu lassen. Er rechnet damit, dass die Petscheks die wichtigen Akten bereits ins Ausland abtransportiert haben. Das Fehlen von wichtigen Akten würde ihm aber um so mehr Grund geben, einen Kommissar einzusetzen, über den er dann alles Gewünschte zu erfahren hofft.»

Es kam, wie geplant. Wenig später sass dieser Kommissar, ein Staatsrat Eberhardt, in der nordböhmischen Stadt. Eberhardt hatte früher bei den Petscheks gearbeitet, sich dann aber als fanatischer Antisemit profiliert und 1936 zusammen mit dem berüchtigten Gauleiter Sauckel die Familie Petschek öffentlich diffamiert.

Mit der Besetzung des Sudetenlandes und dem Inkrafttreten der von Flick initiierten Verordnung am 3. Dezember 1938 waren die politischen und juristischen Voraussetzungen gegeben, noch härter mit der Ignaz-Petschek-Gruppe zu verfahren. Sie erhielt nun die Auflage, ihren Konzern bis zum 28. Februar 1939 zu verkaufen. Als Verhandlungspartner kam nur Flick in Frage, obwohl es durchaus weitere Interessenten gab – Stinnes, den Werhahn-Konzern, die Salzdetfurth AG, die Dresdner und die

Deutsche Bank sowie ein Schweizer Konsortium –, die aber keine Vollmacht besaßen. Hugo Stinnes jun., der sich nicht so leicht abspesen lassen wollte, erhielt eine harte offizielle Abfuhr. Ihm wurde erklärt, «dass er keine Ermächtigung zum Verhandeln ohne Zustimmung des Herrn Flick erhält». Wohltat schrieb Stinnes einen Brief, von dem der Vertreter Wohltats, ein Dr. Hahn, meinte, dass Stinnes sich ihn «hinter den Spiegel stecken könne».

Mit Hermann Pleiger – Generaldirektor der reichseigenen Hermann-Göring-Werke – erschien jetzt jedoch ein neuer starker Rivale auf der Bildfläche. Er suchte für seinen Konzern eine grössere Energiebasis, die entweder aus den Braunkohlenfeldern des Ignaz-Petschek-Konzerns bestehen oder im Tausch dieser Felder gegen Steinkohle zustande kommen sollte. Pleiger und Flick, beide gleichermassen gerissen, waren entschlossen, von der Arisierung der Ignaz-Petschek-Gruppe gehörig zu profitieren, sich notfalls aber auch zu arrangieren. Als Flick sah, dass die Wünsche Hermann Pleigers nicht ohne Weiteres zu überspielen waren, und da er lieber mit einem Konkurrenten teilte als mit einem halben Dutzend, wurden die beiden Verbündete im Kampf gegen die anderen Interessenten.

Arrangement mit Pleiger

Am 25. Februar 1939 fand eine Besprechung zwischen Flick und Pleiger statt, während der sie beschlossen, dass sie «gemeinsam dem Gf. (gemeint ist Hermann Göring – M. O.) Vortrag halten und ihm einen Aufteilungsplan für den Braunkohlenbesitz und die Austauschmöglichkeiten mit Steinkohle vorlegen» wollten. Zwei Tage später eröffnete Flick Görings persönlichem Referenten Gritzbach, dass er bereit sei, Pleiger an der Ruhr zu beteiligen und ihm Kohlenfelder «zu einem besonders billigen Preis» abzugeben. «Diese Abgabe von Steinkohlenfeldern solle erfolgen als Dank und Anerkennung für die Zuweisung weiterer Braunkohlenfelder aus dem Besitz von Ignaz Petschek an die Mittelstahlgruppe.»

Obwohl Flick sich bei der Arisierung des Ignaz-Petschek-

Konzerns ausserordentlich engagiert hatte, wollte er nach wie vor den Anschein eines legalen Geschäftes wahren. Er erklärte Pleiger deshalb, dass es für ihn «politisch untragbar» sei, «das Erbe von Ignaz Petschek zu übernehmen». Auch Steinbrinck sprach gegenüber einem Beamten des Reichswirtschaftsministeriums von der Unzumutbarkeit für seinen Konzern, die unmittelbare Erbschaft der Petscheks anzutreten und ständig mit deren Regressansprüchen rechnen zu müssen. Man war sich im Flick-Konzern also durchaus darüber im Klaren, dass das Vorgehen gegen die Ignaz-Petschek-Gruppe einem Raub gleichkam, der später erhebliche Folgen haben konnte. Dem Stellvertreter Görings, Staatssekretär Körner, erläuterte Steinbrinck offen seine und seines Chefs Bedenken, als er bemerkte: «Es handele sich bei der Braunkohle um die Behandlung von Objekten, deren Besitzverhältnisse möglicherweise einmal vor internationale Gerichtshöfe gezogen werden würden.»

Der Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums, die Aktien der Ignaz-Petschek-Gruppe einfach einzuziehen und sie dann Flick zu überreichen, fand deshalb bei dem Siegerländer keine Gegenliebe. Sein Konzernanwalt Streese hatte ihm zu bedenken gegeben, dass «die Zwischenschaltung des Staates als Ersterwerber vermutlich wenig nützen» würde, wenn der Fall später wirklich vor internationale Gerichte kommen sollte. Man überlegte sich in der Konzernspitze einen anderen Weg zur Verschleierung der Petschek-Affäre. Flick forderte vom Staat nicht weniger als die Gründung einer Auffanggesellschaft für das Aktienkapital des Ignaz-Petschek-Konzerns. Diese sollte den Tausch der Petschek-Aktien gegen Steinkohlenaktien des Flick-Konzerns vornehmen, die dann die Reichswerke Pleigers übernahmen. Aber der Konzernchef stellte noch eine weitere Bedingung: er verlangte den Erlass einer staatlichen Anordnung, die den Anschein erwecken sollte, als ob er, Flick, zu seinem neuen grossen Arisierungsgeschäft vom Staat gezwungen worden sei.

Bluff mit staatlichem Druck

Flick drang auf die staatliche Anordnung zum Aktientausch aus zweierlei Gründen. Erstens wollte er damit von jeder Verantwortung für die Arisierung freigesprochen werden; zweitens brauchte er den scheinbar offiziellen Druck, um die Mitaktionäre der zum Tausch vorgesehenen Steinkohlenbergwerke zwingen zu können, seiner Absprache mit Pleiger zu folgen. Der Vorstand der Harpener Bergbau AG wollte nämlich bei dem geplanten Tausch nicht so recht mitziehen. Flicks Rezept zur Überwindung dieser Schwierigkeiten war bewährt und denkbar einfach: Es bestand aus einer wohlkalkulierten Dosierung von erpresserischem Druck und wirtschaftlichen Versprechungen. Er erzählte dem Vorstand von Harpen eine rührende Geschichte über den furchteinflössenden Pleiger, seine Forderungen und Lockungen, denen er, Flick, weitgehend widerstanden hätte, wobei er – dank seines Einflusses und seiner Anhänglichkeit an Harpen – Pleiger das Beste abgehandelt habe, was unter den gegebenen Umständen nur möglich gewesen sei.

Unmissverständlich gab er den Vorstandsmitgliedern von Harpen zu verstehen, dass jedes Zaudern unangebracht sei, da ein Befehl Görings vorliege, den Tausch innerhalb einer Woche abzuschliessen.

Mit dem Befehl Görings hatte Flick jedoch geblufft; denn dieser existierte bis dahin noch gar nicht. Während die Vorstandssitzung bei Harpen stattfand, fuhr Vetter Kaietsch zu Görings Referenten Gritzbach, um einen solchen Befehl zu erwirken. Die beiden besprachen dann einen Entwurf, und auf Drängen von Kaietsch erklärte sich Gritzbach zögernd bereit, schnellstens für die Unterzeichnung zu sorgen. Sowohl im Vierjahresplan-Amt als auch im Reichswirtschafts- und Finanzministerium reagierte man jedoch mit Zurückhaltung auf das Begehren Flicks. Man befürchtete Verwicklungen, die sich aus einer erneuten, so eindeutigen Parteinahme für Flick gegenüber anderen privatkapitalistischen Interessen ergeben konnten. Dennoch unterzeichnete Görings Staatssekretär Körner schliesslich am 6. Dezember 1939 ein Schreiben, das, wenn

auch in milderer Form, dem Wunsch des Siegerländers entsprach. Darin hiess es: «Da die Abgabe von Zechengruppen aus dem Besitz der Harpener Bergbau AG eine unumgängliche staatspolitische Notwendigkeit ist, um die Reichswerke ‚Hermann Göring‘ mit der erforderlichen Steinkohlengrundlage auszustatten, lege ich besonderen Wert darauf, dass die Verhandlungen noch in dieser Woche zum Abschluss kommen.»

Und die Verhandlungen kamen zym Abschluss. Die von Sachverständigen einhellig vertretene Auffassung, Flick habe sich bei dem Tausch ausserordentlich bereichert, liess es ihm geraten erscheinen, sich von höchster Stelle das Gegenteil bescheinigen zu lassen. Göring war bereit, diesem Wunsch in Form eines Dankschreibens, das im Flick-Konzern entworfen worden war, zu entsprechen. Darin hiess es: «Es freut mich, dass die Harpener Bergbau-A. G., und insbesondere Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrats, den im Reichs- und Rüstungsinteresse liegenden Notwendigkeiten der Schaffung einer Kohlenbasis für die Reichswerke ‚Hermann Göring‘ in so verständnisvoller Weise Rechnung getragen haben. Mit dem Inhalt der mir übersandten Niederschrift vom 9. Dezember 1939, die bereits die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers gefunden hat, erkläre auch ich mich einverstanden und danke Ihnen und allen beteiligten Herren der Harpener Verwaltung für die Mühe, der sie sich bei der Mitwirkung der gepflogenen Verhandlungen unterzogen haben.»

Der Vertrag zwischen Harpener Bergbau AG und Reichswerken «Hermann Göring» trat am 1. Januar 1940 in Kraft. Harpen gab daraufhin die in der Zechengruppe Herne zusammengefassten Steinkohlenbergwerke, die Gewerkschaft Prinz Schoenaich von der Essener Steinkohlen AG und die der Maximilianshütte gehörenden Grubenfelder Bayern und Maximilian ab. Flick erhielt dafür Aktien in Höhe von nominell 30 Millionen RM der Anhaltischen Kohlenwerke und eine zusätzliche Zahlung von 2,5 Millionen RM. Die von Flick abgetretenen Steinkohlenzechen förderten 2,8 Millionen Tonnen jährlich und besaßen Vorräte von 1,1 Milliarden Tonnen. Flick bekam Braunkohlengruben

mit einem jährlichen Ertrag von 3,42 Millionen Tonnen und Vorräten von 3,3 Milliarden Tonnen. Ogger bemerkte zu dem Tausch: «Selbst wenn man den Wert von Steinkohle und Braunkohle gleich hoch ansetzt, hatte Flick ein glänzendes Geschäft gemacht. Doch nicht wenige Experten schätzten den Wert der Braunkohle höher ein, da sie mit viel geringeren Investitionen abzubauen war.»

Die Erben von Ignaz Petschek gingen weitgehend leer aus, da man ihnen Steuerschulden in Höhe von 30 Millionen Reichsmark berechnete. «Abgesehen von angeblich noch zu begleichenden Steuerforderungen ist die Ignaz-Petschek-Gruppe faktisch enteignet worden», stellte der marxistische Historiker Karl-Heinz-Thielecke, der sich sehr verdient um die Aufdeckung von Flicks Arisierungsgeschäften gemacht hat, fest. Es währte fast vier Jahre, bis das Tauziehen um die Arisierung des Ignaz-Petschek-Konzerns für Flick erfolgreich beendet war. Jahre, in denen die Zeit für den Siegerländer zu laufen schien; denn sie brachte ihm, der der Fährte der faschistischen Expansion wie ein Wolf folgte, auch noch anderen bedeutenden Zuwachs für sein Konzernreich.

Der Flick-Staat

An die Zeit seiner braunen Freunde liess sich Flick später nur sehr ungern erinnern, denn er sah sich nach 1945 selbst als Verfolgter. Diese «Verfolgung» musste er aber mit grosser Gelassenheit ertragen haben, da er in den Jahren vor 1939 und in den ersten Kriegsjahren durchaus Zufriedenheit ausstrahlte und umfassende Pläne für die Erweiterung seines Konzerns entwickelte. Mit Frau Maria genoss er nun auch öfter als früher die schöne oberbayrische Gegend um den Tegernsee und andere reizvolle Landschaften. Flick begann überhaupt mehr und mehr «Naturfreund» zu werden. Göring förderte diese Neigung, indem er ihm 1939 das Rittergut Bärfelde, ein Anwesen von 2'700 Hektar, vermittelte, das Flick zu einem recht ansehnlichen Grossgrundbesitzer gemacht hätte, wenn er das nicht durch seinen riesigen Industriegrundbesitz schon gewesen wäre. Die Lust am Kaufen trieb Flick auch beim Landerwerb schnell voran. Neben seinem Haus Grüneck besass er bald den schönen Alpensitz «Hof Sauersberg» und in der Steiermark bei Rottenmann ein ehemaliges Feriendomizil des österreichischen Kaiserhauses – ein prächtiges Jagdhaus mit Hochwildrevier. Als weiterer «sicherer» Landgewinn kam schliesslich noch das Gut Ebersberg auf der Schweizer Seite des Bodensees hinzu.

Jetzt begann sich Flick auch ernsthaft Gedanken über seine Nachfolge in der Konzernführung zu machen. Für ihn stand unumstösslich fest, dass das, was'er geschaffen hatte, die Grundlage für eine industrielle Familiendynastie bilden sollte, mit der sich, die Krupps vielleicht ausgenommen, in Deutschland niemand messen konnte. In seinem langaufgeschossenen Ältesten Otto-Ernst sah er seinen natürlichen Nachfolger, auf den er erstmals 1939, zum einundzwanzigsten Geburtstag, ein Aktien-

paket der Dachgesellschaft des Konzerns über nominell 200'000 Reichsmark überschreiben liess. Als Otto-Ernst dreiundzwanzig Lenze zählte, übertrug ihm der Vater bereits 9 Millionen RM Aktienkapital von den nominell 37,5 Millionen RM der Dachgesellschaft. Die 37,5 Millionen waren natürlich nur ein Bruchteil des wirklichen Wertes des Konzerns. 1941 folgte für Otto-Ernst dann nochmals eine Zugabe von nominell 6,6 Millionen Reichsmark Stammaktien.

Die 1937 geschaffene Friedrich Flick KG sollte, wie Ogger es bezeichnet, eine Art «industrieller Erbhof» sein, über den nur die Familie Flick verfügeri konnte. Allerdings wollte sich Flick nach diesen Regelungen noch keineswegs von seiner Konzernmacht trennen. Otto-Ernst hat zu jener Zeit wohl kaum eine der ihm gehörenden Aktien in der Hand gehabt; die Schenkungen waren ein reiner Verwaltungsakt, der vorsichtshalber die Nachfolge regelte und im Falle eines plötzlichen Todes des Konzernchefs die enormen Erbschaftssteuern sparen sollte. Flicks Nachfolger in spe musste ebenso wie seine Brüder anlässlich der Aktienübertragungen jedesmal unterschreiben, dass die Verfügungsgewalt über die Aktienpakete beim Familienoberhaupt verblieb.

Beide, Vater und Sohn, hatten übrigens nicht die rechte Freude aneinander. Der «Alte», auch in Familienbelangen autoritär und unduldsam wie ein absoluter Monarch, beobachtete misstrauisch die Qualitäten seines Erstgeborenen. Otto-Ernst Flick, der Kronprinzenrolle bewusst, schwankte unter der argwöhnischen Haltung des Vaters ständig zwischen zur Schau getragendem Selbstbewusstsein und demütiger Unterwerfung unter den Willen des Monarchen. Der Konzernchef, alles andere als ein Pädagoge, wusste selbst nicht, welche Eigenschaften er seinem Erben anerkennen wollte. Einerseits sollte er nach seinem Ebenbild geschaffen sein, robust und unabhängig, andererseits ging ihm jeder Ansatz des Filius, auf eigenen Beinen zu stehen und selbständige Entscheidungen zu treffen, so an die Nerven, dass er diese «Eigenmächtigkeiten» meistens zornig unterband. Auch bei der Ausbildung des Nachfolgers zeigte das Fa-

milienoberhaupt Unentschlossenheit. Zwar erfüllte Flick 1938 dessen Wunsch, in Berlin Betriebswirtschaft zu studieren, aber nach einem Semester widerrief er bereits die Erlaubnis. Offenbar nur, um dem Sohn seine Macht zu demonstrieren, übergab er ihn zur weiteren praktischen Ausbildung den Direktoren der Maxhütte in Unterwellenborn.

Krach mit Steinbrinck

Zunehmende Schwierigkeiten bekam Flick auch mit dem erfolgreichen und wendigen Steinbrinck. Im Grunde waren es dieselben Ursachen, die die Spannungen mit Otto-Ernst erzeugten. Steinbrincks «Erfolge», insbesondere bei den Arisierungsgeschäften, hatten sein Selbstbewusstsein und seine Ansprüche auf Mitsprache so gehoben, dass sie sich mit Flicks Auffassung von Steinbrincks Stellung im Konzern nicht vertrugen. Flick witterte bei ihm weitergehende Wünsche, als nur ein – wenn auch sehr hochdotierter – Spitzenmanager zu sein. Immer mehr sah er in ihm einen Rivalen und Mitregenten, und er begann, Steinbrinck die Zusammenarbeit zu verleiden. Seine Kritik nahm ständig zu, und es gab bald kaum noch etwas, was ihm dieser recht machen konnte. Selbst an den Ergebnissen der Arisierung der beiden Petschek-Gruppen, auf die sich Steinbrinck viel zugute hielt, nörgelte Flick immer häufiger herum. Bissig warf er ihm sogar vor, dass man bei besserer Verhandlungsführung die Braunkohle der Petscheks noch billiger hätte erwerben können als zu dem vereinbarten Preis. Flick argwöhnte insgeheim, dass Steinbrinck sogar persönliche Gründe gehabt habe, die Braunkohlenpreise zu akzeptieren, um eine unter seiner Führung stehende grosse Braunkohlengruppe im Flick-Konzern zu schaffen, die ihm erhöhte Machtansprüche sicherte. Auf dieser Basis wollte Flick jedoch auf keinen Fall mit Steinbrinck Weiterarbeiten. Er veranlasste deshalb, eine Trennung herbeizuführen, die dann im Dezember 1939 vollzogen wurde.

Es war kein Bruch, der alle Beziehungen zwischen Flick und Steinbrinck abschnitt; denn dazu hatten sie zu viele anrühige Sachen gemeinsam betrieben. Trotz ihrer wachsenden Gereizt-

heit und gegenseitigen Abneigung waren sie klug genug, sich nicht gegenseitig zu schaden. Flick fand seinen Stargeliebten, der inzwischen Brigadeführer beim Stab des Reichsführers SS geworden war, grosszügig ab. So schied Steinbrinck nicht allzu betrübt von Flick, zumal sein Ehrgeiz durch einen anderen, nicht weniger bedeutenden Posten befriedigt wurde. Es traf sich gerade, dass Fritz Thyssen kurz vorher ins Ausland emigriert war, weil er die auch auf Kollision mit den Westmächten orientierte Politik Hitlers missbilligte und die faschistische Aggression uneingeschränkt gegen die Sowjetunion gerichtet sehen wollte. Enttäuscht von seinen früheren Schützlingen, vor allem von Göring, der zum Nachteil der Vereinigten Stahlwerke die Reichswerke «Hermann Göring» förderte, hatte er sich in die Schweiz abgesetzt. Später ging er nach Frankreich, wo er, als die Pétain-Regierung kapitulierte, den Nazis übergeben wurde, die ihn bis zum Kriegsende in «Ehrenhaft» hielten. Nach Thyssens Emigration setzte man Steinbrinck zum Treuhänder des Thyssen-Vermögens ein und nahm ihn als stellvertretenden Vorsitzenden in den Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke auf, wo er mit dem «starken Mann» des Stahlvereins, Albert Vogler, eng zusammenarbeitete.

Friedrich Flick löste die mit dem Ausscheiden Steinbrincks aufgetretene Führungsfrage auf überwiegend familiäre Weise. Sein tiefes Misstrauen gegenüber selbständig waltenden Topmanagern bewog ihn, persönliche Loyalität, möglichst auf verwandtschaftlichen Beziehungen beruhend, hoch zu bewerten. Zum zweiten Mann an der Konzernspitze avancierte nun Vetter Konrad Kaietsch, dessen jahrzehntelange Ergebenheit und Zuverlässigkeit bei der Ausfüllung des von Flick gesteckten Rahmens damit entsprechend belohnt wurde. Kaietsch war jetzt auch für alle finanziellen Dinge verantwortlich, was seine Schlüsselstellung noch deutlicher unterstrich. Neffe Bernhard Weiss, erst fünfunddreissigjährig, wurde einer der drei Generalbevollmächtigten der Friedrich Flick KG und einer der jüngsten Wehrwirtschaftsführer des Hitlerreiches; er übernahm die Verwaltung der Steinkohlengruben und die Verarbeitungs-

industrie. Als dritten Generalbevollmächtigten neben Kaietsch und Weiss setzte Flick Odilo Burkart ein und teilte ihm die Bereiche Eisen/Stahl und Braunkohle zu.

Neben den personellen Umsetzungen beschäftigte sich Flick wieder einmal mit der Neugliederung seines Imperiums. Es drehte sich um die Verschmelzung des «alten» Konzerns mit den Arisierungsgewinnen. Dabei ging es ihm weniger um die Vorteile einer verbesserten Leitungs- und Produktionsorganisation, sondern vielmehr darum, die Arisierungsgewinne so zu verstecken, dass spätere Regressansprüche der Geschädigten ausserordentlich erschwert wurden. Als Auffanggesellschaft für seine Braunkohlenbesitzungen benutzte er nun die Anhaltischen Kohlenwerke AG (AKW), deren Grundkapital er von 37 auf 83,5 Millionen Reichsmark erhöhte.

Bomben und Granaten

Am 1. September 1939 donnerten wieder deutsche Geschütze und barsten Granaten, die zum nicht geringen Teil aus Flicks Produktion stammten. Der Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen hatte begonnen und damit der zweite Weltkrieg, in dessen Folge Millionen und aber Millionen Menschen Leben, Gesundheit, Hab und Gut verloren. Erneut ging es um imperialistische Interessen, die Erreichung der Vormachtstellung des deutschen Imperialismus. Hitler hatte das gehalten, was man sich von ihm 1933 versprochen hatte. Flick beispielsweise konnte nun über fünf Jahre lang das beglückende Erlebnis einer Hochkonjunktur geniessen, bei der die Explosion der Granaten von einer beispiellosen Explosion der Gewinne begleitet wurde. «95 Prozent meines Vermögens gebe ich ab, wenn dieses masslose Unglück an uns vorübergehen kann», das will Flick über den kommenden Krieg gedacht und auch gesagt haben.

Schon im Juli 1939 hatten sich Flick und Kaietsch allerdings damit beschäftigt, was nach dem bevorstehenden Überfall auf Polen für sie rausspringen würde. Ihr Blick fiel dabei auf die sich in jüdischem Besitz befindenden Bergwerke in Rybnik. Kaietsch empfahl damals, einige ausländische Forderungen gegen Ryb-

nik billig zu kaufen. «Falls Rybnik zu Deutschland kommen sollte, wären wir in einer günstigen Lage, den Besitz zu übernehmen», prophezeite er Flick. Karl Heinz Thielecke bemerkte dazu im «Fall 5»: «Obwohl dieser Plan aus unbekanntem Gründen nicht zur Ausführung kam, kann wiederum festgestellt werden, dass die Aggressionen des faschistischen Deutschlands nicht nur von den Faschisten und Militaristen, sondern auch von den raubgierigsten Monopolen systematisch vorbereitet wurden.»

Später, vor seinen Richtern, bezeichnete Flick es als eine ungeheuerliche Behauptung, dass er «den Krieg erstrebt haben sollte». Wie sah er selbst seine Rolle? Friedlich gesinnt und seinen Geschäften nachgehend, sei er – wie jeder andere Bürger – schutzlos faschistischem Druck ausgesetzt gewesen. Allein deshalb hätte er manches tun müssen, was er eigentlich nicht gewollt habe. Nach eigenen Angaben machte er natürlich nicht etwa nur mit, um sein Leben zu retten, für ihn stand «Hö-

Faschistische deutsche Truppen dringen in Polen ein – Der zweite Weltkrieg beginnt



heres» auf dem Spiel: die Betriebe, die Verantwortung für die Beschäftigten, das Verhindern von Schlimmerem. In Nürnberg nahm ihm sein Ankläger angesichts der Fülle belastender Fakten, die ihn als Initiator vieler verbrecherischer Unternehmungen zeigten, diese verlogene Selbstdarstellung nicht ab. Treffend charakterisierte er die Motive Flicks und seiner Konzern Strategen: «Sie heulten mit den Wölfen, weil sie mit dem Rudel jagten.» Und jene Jagd hatte bereits bis zum Beginn des Krieges für das Flick-Reich ausserordentliche Ergebnisse gebracht. Ogger: «In ihm wurde schon 1939 mehr Stahl produziert als im gesamten Krupp-Konzern (nur der Stahlverein war noch grösser). Von den Zuwachsraten der deutschen Stahlindustrie zwischen 1929 und 1941 entfielen allein 52 Prozent auf die Flick-Hütten. Trotzdem brachten Eisen und Stahl nur etwa ein Drittel des Konzernumsatzes. Der zweitgrösste Stahl schmied des Deutschen Reiches war nämlich mit den Petschek-Unternehmen zum grössten Kohlebesitzer aufgestiegen. So viel Braunkohle wie Flick förderte sonst niemand in Europa, mehr Steinkohle als er hatte nur noch die Gelsenkirchener Bergwerks-AG. Und Flick besass noch mehr: Das letzte Drittel seines Imperiums bestand aus äusserst profitablen Verarbeitungsbetrieben. Sie produzierten mehr Granaten und Kanonenrohre als jedes andere Unternehmen, Krupp ausgenommen.» Aber auch Gehäuse und Aufbauten für Panzer aus dem Gröditzter Werk und die Flugzeugproduktion seiner ATG in Leipzig brachten ihn in die Spitze der Produzenten dieser Waffen.

Während Millionen Männer an die Front mussten, Lebensmittel, Kleidung und andere lebensnotwendige Güter rationiert wurden, die Arbeiterklasse wichtige soziale Rechte wie den Achtstundentag und die freie Arbeitsplatzwahl verlor, sich die Ausbeutung durch Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enorm verschärfte, blühte der Weizen der Monopole. Kapazitätserhöhung und damit Wachstum der Profite bestimmten ihre hektische Aktivität.

Flick ging, nachdem er sein «Reich» mit Kohle und Eisen bestens versorgt* hatte, nunmehr daran, den Verarbeitungs-

komplex des Konzerns gewaltig auszudehnen. So erwarb er zum Beispiel 48,7 Prozent des Aktienkapitals des Gussstahlwerkes Döhlen vom Stahlverein. Einen noch grösseren Kapitalanteil aufzukaufen war unmöglich, da sich weitere 48,7 Prozent im Besitz des Landes Sachsen befanden. Man half ihm jedoch von staatlicher Seite wie gewohnt sehr grosszügig und ebnete ihm den Weg zur Kontrolle über das Döhlener Werk. Ein Vertrag mit dem Land Sachsen regelte, dass Flick das Mehrheitsrecht über Döhlen zugestanden wurde und er die fehlenden Aktien zur treuhänderischen Verwaltung erhielt.

Doch das war noch nicht alles. Flick pachtete ausserdem zu sehr günstigen Bedingungen einige staatliche Betriebe. Der Pachtzins betrug in der Regel 30 bis 50 Prozent des Gewinns, den anderen Teil strich Flick ein, ohne dass er nur eine Aktie dieser Unternehmen kaufen musste. Auf so lukrative Weise konnte er seinen Konzern durch die Brandenburger Eisenwerke GmbH, die Spandauer Stahlindustrie GmbH und die Freitaler Stahlindustrie GmbH ergänzen. Für notwendige Investitionen zum Ausbau der Produktionskapazität jener Werke schanzte man Flick zudem zinsgünstige Kredite zu. Flick zweifelte nicht daran, dass er die Betriebe nach dem Krieg fest in seinen Konzern eingliedern konnte, und er schaltete und waltete in ihnen schon jetzt nach Belieben. Einen weiteren vorteilhaften Schnitt machte er mit dem Kauf der Maschinenfabrik Donauwörth, einem neugebauten Rüstungsunternehmen. Dieses Werk, das einen Wert von rund 13 Millionen RM repräsentierte und das er auf Kosten der Steuerzahler zum Vorzugspreis von 5 Millionen RM bekam, behielt er auch nach dem Zusammenbruch des faschistischen Reiches.

Die ausserordentliche Aufblähung des Flick-Imperiums und die deutlich sichtbare Bevorzugung seines Konzerns gegenüber anderen Eisen- und Stahlgiganten durch den faschistischen Staatsapparat war Flick einerseits sehr angenehm, andererseits unterschätzte er aber nicht die Gefährlichkeit seiner weniger bevorzugten Konkurrenten. Anlässlich seines fünfundzwanzigjährigen Betriebsjubiläums (Eintritt in die Charlottenhütte) am

1. April 1940 schien es Flick jedenfalls angebracht, die futterneidischen Herren zu beruhigen und künftige Enthaltbarkeit zu versprechen: «Die Ära der Expansion ist beendet – wir haben genug erreicht.» Eine solche Erklärung Flicks hatte aber, wie die Entwicklung dann zeigte, nicht mehr Wert als die Erklärungen Hitlers, der ja ebenfalls nach erfolgreichen Aggressionen zu versichern pflegte, dass er keine weiteren Forderungen habe.

«Ansprüche» im Westen

Flick dachte natürlich nicht im Traum daran, bei sich anbietenden Eroberungen Abstinenz zu wahren. Wenige Monate später wandelte er schon wieder auf gewohnten Pfaden und schielte begehrlig nach Frankreichs Eisen- und Stahlindustrie und den dortigen Erz- und Kohlegruben. Noch bevor am 22. Juni 1940 die französische Delegation in dem Salonwagen im Wald von Compiègne vor dem faschistischen Deutschland kapituliert hatte, besass Flick bereits klare Vorstellungen, was ihm dieser Sieg einbringen sollte. Aber der Appetit der deutschen Herrscher über Eisen und Stahl auf ihre französischen «Siegestrophäen» war grösser als die zu verteilende Beute. Es gab ein heftiges Gerangel um die fettesten Happen, bis man sich schliesslich schweren Herzens einigte, die Ansprüche gegenseitig abzustimmen.

Im Düsseldorfer Hochhaus des Stahlvereins kamen am 7. Juni 1940 – der Krieg gegen Frankreich war in vollem Gange! – massgebende Mitglieder des «Kleinen Kreises» – eine Vereinigung ähnlich der «Ruhrlade» – zusammen, um sich über die künftigen Besitzverhältnisse in der französischen Eisen- und Stahlindustrie klarzuwerden. An der Zusammenkunft nahmen teil: Klöckner, Lübsen (Gutehoffnungshütte), Krupp-Direktor Löser, Poensgen und Vogler von den Vereinigten Stahlwerken, Tgahrt und Winkhaus vom Hoesch-Konzern, Mannesmann-«General» Zangen und Flick. Von Wirtschaftsminister Funk, dem die ständige Interessenbeeinflussung seines Amtsapparates durch die einzelnen Konzerne zuviel wurde, waren sie vorher gebeten worden, dafür zu sorgen, «dass keine Exzesse vor-

kämen» und «alle Annexionsgelüste» zurückgestellt würden.

Widerwillig, ohne ihre hochfliegenden Pläne aufzugeben, erklärten sich die Industriellen in einem Antwortschreiben an Funk bereit, miteinander ein Stillhalteabkommen zu schliessen und ihre Ansprüche erst nach Beendigung des Krieges mit Frankreich vorzubringen. Diese Vereinbarung hatte natürlich auch ihre Vorteile: Einerseits liess sich nach dem «Feldzug» der tatsächliche Umfang der Annexionsbeute besser beurteilen, zum anderen brauchte man sich noch nicht endgültig zu entscheiden. Nebenbei wurde dadurch der nervöse Funk beruhigt. Jeder hoffte ausserdem, dass die anderen sich an ihre Unterschrift gebunden fühlen würden, ohne selbst gewillt zu sein, inzwischen die Hände in den Schoss zu legen.

Auch Flick hatte keineswegs die Absicht, unnötig Zeit verstreichen zu lassen, zumal er als einziger den Brief an Funk nicht unterschrieb, weil seine Interessen im «Kleinen Kreis» nicht berücksichtigt wurden. Deutlich war ihm nämlich zu verstehen gegeben worden, dass die französische Beute nur den Ruhrkonzernen zukäme, die bis zum Ende des ersten Weltkrieges in Elsass-Lothringen Werksanlagen besessen hätten. Obwohl die Ruhrbarone für ihre Verluste längst generöse Entschädigungen erhalten hatten, hielten sie ihre Ansprüche für unanfechtbar. Als Flick in diesem Kreis keine Chancen für seine Ambitionen im Westen sah, schien es ihm angebracht, gleich Forderungen auf beschlagnahmten polnischen Besitz anzumelden. Im Protokoll hiess es: «Herr Flick macht darauf aufmerksam, dass im Osten Vorbesitzer ausgefallen waren (gemeint sind die Besitzer der im okkupierten Polen gelegenen Berg- und Hüttenwerke – M. O.). Wenn er auch in keiner Weise die Ansprüche der Ruhrwerke auf den alten Besitz in Luxemburg und Lothringen bestreite, so müsse er doch grundsätzlich seine Zustimmung zu dem Schreiben an Herrn Funk unter dem Vorbehalt machen, gegebenenfalls Ansprüche im Osten zu erheben.» Da Flicks Wünsche im Westen vom «Kleinen Kreis» jedoch als gegenstandslos angesehen wurden, erwähnte man ihn in dem Brief an Funk gar nicht.

Den Konzernen ging es aber nicht nur um ihre früheren

Unternehmen. Grosszügig entwickelten sie gleich einen Plan, wie die übrigen Erzvorkommen von ihnen genutzt werden konnten. Sie wollten daraus einen gemeinschaftlichen Besitz aller deutschen Roheisen erzeugenden Werke machen und die Vorkommen nach einem bestimmten Schlüsselsystem verteilen.

Wenig später reiste Flick zur Kur nach Marienbad in die Millionärsherberge «Esplanade», er versäumte jedoch nicht, Odilo Burkart vorher den Auftrag zu geben, seine Anwartschaft auf französische Industrieanlagen inzwischen heiss zu halten. Schon vier Tage nach der Sitzung des «Kleinen Kreises» suchte Burkart den Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlindustrie auf und unterrichtete ihn vom ungebrochenen Interesse Flicks an dem Erwerb französischer Montanunternehmen. Besonderen Wert legte Burkart dabei auf die Hüttenwerke in Rombach und Homécourt, die in der Nähe von Briey im Ornetal lagen. Rombach allein erzeugte jährlich rund eine Million Tonnen Stahl und besass Erzlagerstätten im Lothringer Minettegebiet von rund 150 Millionen Tonnen. Vor Kriegsausbruch arbeiteten in den Rombacher Hüttenwerken, die acht Hochöfen, ein Thomasstahlwerk, ein Martinwerk, ein Elektrostahlwerk und zehn Walzwerkbetriebe sowie ein Aussenwerk mit vier Hochöfen umfassten, etwa 7'600 Menschen. Homécourt war ein kleinerer Betrieb, der ebenso wie Rombach dem französischen Konzern Société Lorraine des Aciéries de Rombas gehörte. Die Erzfelder dieser beiden Unternehmen lagen dicht nebeneinander, ihre Produktion war aufeinander abgestimmt.

Hanneken alarmierte Burkart durch die Nachricht, dass sich der saarländische Eisen-und-Stahl-Magnat Hermann Röchling bereits um die Rombacher Hüttenwerke bemüht habe und wahrscheinlich sogar eine Bestallung zum kommissarischen Treuhänder erhalten werde, bis man die dortigen Besitzverhältnisse endgültig geklärt habe. Diese Nachricht störte den Kuraufenthalt des Siegerländers recht erheblich. Laufend liess er sich von nun an Informationen durchgeben, wälzte alte und aktuelle Unterlagen über die französische Montanindustrie und beorderte Kaietsch und Burkart zur Beratung nach Marienbad.

Nach seinen Erfahrungen mit den Mitgliedern des «Kleinen Kreises» ging es Flick jetzt vor allem um die Herausarbeitung eines «Anspruches», wie ihn die anderen Anwärter auf die französischen Montanwerke zu haben glaubten. So entdeckte er plötzlich in alten Akten frühere Verbindungen zwischen Harpen und Lothringen, und er beschloss, sie für seine Zwecke zu nutzen. Dem Generaldirektor von Harpen, Buskühl, teilte Flick am 23. Juni 1940 «Streng vertraulich!» seine Absichten mit und wünschte dazu dessen Rückäusserung. Unter anderem hiess es in Flicks Brief: «Obgleich die grossen Ereignisse der Gegenwart es mir – und wohl auch Ihnen – nicht allzusehr geboten erscheinen lassen, sich mit neuen geschäftlichen Transaktionen zu befassen, so halte ich es doch für richtig, dass wir unser Augenmerk rechtzeitig einmal hinlenken auf die grossen Veränderungen, die sich in der deutschen Montanindustrie im Westen vorbereiten. Es dürfte wohl ohne Zweifel damit zu rechnen sein, dass die lothringisch-luxemburgische Industrie und wahrscheinlich darüber hinaus auch das Briey-Becken einmal zu Deutschland kommen.»

Flick unterrichtete Buskühl, dass er plane, über Harpen an Rombach heranzukommen, da er auf dem Standpunkt stehe, «dass die Harpener Gesellschaft durchaus einen moralischen Anspruch hätte, bei freien Objekten an erster Stelle mit berücksichtigt zu werden». Diesen moralischen Anspruch leitete Flick Buskühl gegenüber aber nicht aus den früheren Verbindungen nach Lothringen ab – vielleicht schienen sie ihm doch zu dünn –, sondern überraschenderweise aus der Abgabe Harpener Steinkohlenzechen an die Reichswerke «Hermann Göring» im Zusammenhang mit der Petschek-Affäre. Flick schilderte Buskühl die Vorteile einer Verbindung zwischen Harpen und Rombach so: «Jedenfalls steht der Konzern Harpen/Essener Steinkohle in seiner Gesamtheit mit auch heute noch 19 Mio. t Beteiligung so gross in der Steinkohle, dass ihm eine Ergänzung nach der gemischten Seite mit dem Ziel einer teilweisen Sicherung seines Brennstoffabsatzes sicherlich nicht schlecht bekommen würde. Die Lothringischen Hüttenwerke sind, wenn sie gleich-

zeitig eine gute Kohleversorgung bekommen, in ihrer Existenzgrundlage m. E. sehr gut fundiert. Den Besitz guter Minettegruben vorausgeschickt, kann man sagen, dass in diesem Gebiet die billigsten Selbstkosten der Welt gesichert sind.» Gleichzeitig erklärte Flick der Harpener Gesellschaft aber unmissverständlich, dass er keinen anderen Weg sehe, den Kaufpreis für Rombach aufzubringen, als den Teil der Petschek-Braunkohle, den er als Entgelt für die abgegebenen Steinkohlenzechen Harpen angegliedert hatte, wieder zu verkaufen. Flick war jedoch weit davon entfernt, wirklich auf die kostbare Braunkohle zu verzichten. Er präsentierte Harpen gleich den passenden Käufer – seinen eigenen Mittelstahl-Konzern. Die Harpener Gesellschaft machte diesmal keine Schwierigkeiten; vielleicht resignierten die Verantwortlichen auch von vornherein, eingedenk der früheren Auseinandersetzungen mit ihrem Grossaktionär.

Röchling kontra Flick

Nachdem Flick in seinem eigenen Bereich die Voraussetzungen für den neuen Eroberungszug getroffen hatte, fühlte er sich für die Auseinandersetzungen gewappnet, die bald zu recht gespannten Verhältnissen zwischen einigen deutschen Monopolisten führen sollten. Im Wettlauf um die besten Werke der französischen Montanindustrie war Flick zunächst bestrebt, Einfluss auf die Bestallung der staatlichen Bevollmächtigten für die Eisen- und Stahlindustrie in den besetzten Gebieten zu nehmen. Als Kommissar für Lothringen schlug Flick einen gewissen Brennecke vor, der dort schon als Generaldirektor gewirkt hatte. Dem unruhigen Kurgast in Marienbad lag besonders viel daran, seinen Kandidaten durchzusetzen, weil er gehört hatte, dass Hermann Röchling, mit dem er sich nicht besonders stand, gute Aussichten besass, dieses Amt zu bekommen.

Am 24. Juni wurde Burkart im Reichswirtschaftsministerium aber zu verstehen gegeben, dass Flicks Kandidat – angeblich wegen seines hohen Alters – keine Chance hatte. In einer Mitteilung an seinen Chef schrieb Burkart ungewollt komisch über

seine Unterredung mit dem zuständigen Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Oberstleutnant Schrickler: «Ich erinnerte ihn, dass er (Brennecke – M. O.) nicht viel älter wäre als Hermann Röchling und ausserdem sehr frisch sei und bestimmt objektiver als Hermann Röchling.»

Bei der Einsetzung der staatlichen Beauftragten hatte der Siegerländer insgesamt kein Glück; nachdem Röchling Generalbevollmächtigter in Lothringen geworden war, erhielt Ex-Gehilfe Steinbrinck die gleiche Funktion für Elsass und Luxemburg vor Flicks Favoriten Hermann Terberger, Vorstandsmitglied der Maximilianshütte. Bei seinen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium bemerkte Burkart, dass sich hier der Einfluss anderer schwerindustrieller Konzerne offensichtlich auswirkte, die alles versuchten, um zu verhindern, dass dem Flick-Konzern in den okkupierten Westgebieten wesentliche Beteiligungen zufielen. Als Burkart am 27. August 1940 mit von Hanneken über Flicks Absichten sprach, gab sich der Generalbevollmächtigte reserviert. Von Hanneken: «Ich verstehe nicht recht, was Sie als Mittelstahl eigentlich in Lothringen zu suchen haben. Sieh, das Gute liegt so nah.» Darauf Burkart begierig: «An welche guten Objekte in der Nähe denken Sie denn?» Von Hanneken: «Zum Beispiel an Oberschlesien.»

Im weiteren Verlauf des Gespräches bot der Generalbevollmächtigte dem Flick-Konzern die im polnischen Oberschlesien gelegene Königs-Laura-Hütte und Kohlenzechen in Dombrowa an. Burkart winkte jedoch ab und zeigte sich lediglich an der Bismarckhütte interessiert, wobei er bemerkte, dass sie von Göring schon Krupp und den Reichswerken «Hermann Göring» zugesagt worden sei. Von Burkarts Hartnäckigkeit genervt, entgegnete von Hanneken unwillig: «Genau dasselbe Schauspiel wie in Oberschlesien erleben wir jetzt in Lothringen. Jeder reisst sich um Rombach, Hayingen und Differdingen, und die anderen Werke werden in einiger Zeit wie[^] Sauerbier angeboten.»

Trotz der Ablehnung der Flickschen Ansprüche durch den «Kleinen Kreis» und von staatlicher Seite stellte Flick am 2. Oktober 1940 über den Vorsitzenden der Wirtschaftsgruppe

Eisen schaffende Industrie, Ernst Poensgen, den Antrag auf Zuteilung der Hüttenwerke in Rombach und Homécourt. Noch bevor hierüber entschieden wurde, begannen Flick und Burkart eine Reise in die eroberten Westgebiete und besuchten neben anderen Industrieanlagen auch Rombach. Die Besichtigung der Rombacher Hüttenwerke verstärkte Flicks Appetit auf diese Anlagen beträchtlich. Gespräche, die er mit Wirtschaftsminister Funk, von Hanneken und Görings Staatssekretär Körner führte, brachten ihn allerdings seinem Ziel nicht näher, da sie ihm keine Zusagen machen wollten oder es nicht konnten. So wandte sich Flick am 1. November in einem Brief wieder einmal an den «Hochverehrten Herrn Reichsmarschall» und bat ihn, die Zuteilung der Rombacher Hüttenwerke an den Flick-Konzern zu veranlassen. Sein Wunsch blieb nicht unerhört. Während Görings Geburtstagsfeier am 12. Januar 1941, zu der Flick traditionsgemäss mit einem wertvollen Präsent erschienen war, erfreute ihn der «Reichsmarschall» mit einem noch grösseren Geschenk. Er teilte Flick mit, dass er das Rombach-Problem zugunsten der Flick-Gruppe gelöst habe. Empört über die Entscheidung Görings war vor allem Hermann Röchling, der schon geglaubt hatte, Flick ausgestochen zu haben. Am 22. Januar schickte er einen geharnischten Protestbrief an von Hanneken. «Eine Betriebsführungsübertragung von Rombach an Flick statt an mich», schimpfte er, «würde ich als eine ausgesprochene Zurücksetzung meiner Person betrachten.» Interessant an diesem Schreiben ist vor allem die Charakterisierung Flicks aus der Sicht eines Standesgenossen: «Es ist unbestritten, dass Herr Flick eine Unternehmerpersönlichkeit ist, die sich auf dem Wege des Zusammenkaufs von Aktien und Beteiligungen ein grosses Vermögen zu schaffen gewusst hat. Zunächst hat er im Weltkrieg sich das Fundament für seinen Aufstieg geschaffen. In der Inflation hat er in Ost-Oberschlesien grosse Beteiligungen erworben ... In Mitteldeutschland hat er die Mitteldeutschen Stahlwerke auf der Basis billigen Schrottes und billiger Braunkohle in beachtlicher Grösse fortentwickelt, nachdem er die Aktien erworben hatte. Im Westen besass er eine Zeitlang den

beherrschenden Einfluss bei den Vereinigten Stahlwerken. Als ihn die Schulden dann zu ersticken drohten, hat ihm das Reich im Jahre 1931 oder 1932 diese Aktien abgenommen. Er behielt aber die Mehrheit vom Harpener Bergbau und von den Essener Steinkohlenbergwerken aus diesem Aktiengrosskauf und hat damit die besten reinen Kohlenzechen in Rheinland-Westfalen in der Hand. Als wir infolge des schweren Kampfes, den wir hier im Westen gegen die Franzosen zu führen hatten, ... so grosse Verluste hatten, dass wir uns allein nicht mehr halten konnten, mussten wir die Mehrheit der Maxhütte verkaufen und damit das beste Unternehmen der deutschen Montanindustrie von uns geben. Flick hat damals die Maxhütte von uns erworben. Wie wenig er bereit ist, industrielle Dinge, die etwas schwierig liegen, durchzuführen, geht daraus hervor, dass er, kaum in den Besitz der Maxhüttemajorität gelangt, sofort mit der IG-Farbenindustrie einen Vertrag abschloss und ihr die Mont-Cenis-Stickstoffanlage verkaufte. Die IG hat das Werk sofort stillgelegt und ausgeschlachtet, aber nicht deshalb, weil es unrentabel oder das Verfahren nichts wert gewesen wäre, sondern weil Bosch es nicht verzeihen konnte, dass jemand es gewagt hatte, gegen sein Stickstoffverfahren in Deutschland aufzutreten ... An keiner Stelle hat Flick es gewagt, aus dem Rahmen der normalsten Eisenerzeugung oder Kohलगewinnung herauszugehen. Er hat sich nicht beteiligt an der Verarbeitung der armen Erze. Er hat keine Benzinsynthese wie Peter Klöckner aufgenommen, er hat keine von den armen Eisenerzlagerstätten Deutschlands in Abbau genommen. Allem, was ein geldliches Risiko bedeutete, ist er klug aus dem Wege gegangen.»

Röchlings Protest stiess die Entscheidung nicht mehr um, und Flick konnte die Hüttenwerke Rombach und Machern unter seine Regie nehmen.

Offiziell bezeichnete man die Übertragung der Betriebsführung zwar als Treuhandschaft, aber es wurde kein Zweifel daran gelassen, dass die sogenannten Treuhänder «nach Eintritt friedensmässiger Wirtschaftsverhältnisse» die Möglichkeit zum Kauf der Werke erhalten sollten. Für die vorgesehene «Eigen-

tumsübertragung» entwickelte Flick drei grundsätzliche Prinzipien:

a) Die Bezahlung sollte zu 50 % in bar erfolgen, die restlichen 50% in 10 Jahresraten.

b) Die Preise sollten für alle übernehmenden Konzerne auf der gleichen Grundlage ermittelt werden, einerlei, ob es sich bei den Erwerbern um frühere Besitzer handelte oder nicht. Hierdurch sollten die grundsätzlichen Vorrechte der früheren Besitzer nicht berührt werden.

c) Französische Kreise sollten bei diesen Werken auch in der Minorität nicht beteiligt bleiben.»

Nach der Übernahme der «Treuhanderschaft» über die Hüttenwerke in Rombach, zu denen auch noch die in Machern kamen, schickte Flick sofort Mitglieder seines Führungsstabs in diese Fabriken, unter anderen Generaldirektor Raabe und Bergwerksdirektor Gillitzer von der Maxhütte. Chef in Rombach wurde allerdings Otto-Ernst, der dort seine Fähigkeiten als Betriebsführer beweisen sollte. Für Rombach gründete Flick eine Betriebsgesellschaft, an der sich Harpen mit 51 Prozent und die Maxhütte mit 49 Prozent beteiligten. «De facto wurde Rombach das Eigentum der Angeklagten», sagte dazu später Flicks Ankläger in Nürnberg, «und nur der Verlust des Krieges verhinderte den formalen Eigentumserwerb. Die Angeklagten behandelten die Rombachwerke während der ganzen Zeit ihres tatsächlichen Besitzes als ihr Eigentum und erlösten, wie Flick zugegeben hat, Gewinne aus dem Betrieb der Rombacher Werke.»

Der faschistische Staat tat das Seine, um den Unternehmern das Verdienen leicht zu machen. Die Nutzung der Rombacher Hütte zum Beispiel kostete den Flick-Konzern nur eine geringe Pachtsumme, die ihm auch noch auf den späteren Kaufpreis angerechnet werden sollte, wodurch sich praktisch schon ein Kauf auf Raten vollzog. Ausserdem wurden in den besetzten Gebieten an Anlagevermögen ausserordentlich hohe Abschreibungssätze bewilligt, was eine geringere steuerliche Veranlagung zur Folge hatte. So konnte Flick bei Maschinen innerhalb

eines Jahres 100 Prozent abschreiben. Das brachte ihm allein in Rombach in den Jahren 1942/1943 einen zusätzlichen Gewinn von 3,8 Millionen RM ein.

Auch der enttäuschte Röchling, der sich so darüber erregt hatte, dass die Werke in Lothringen den Leuten in die Hand gegeben wurden, «die unter allen Regierungen Deutschlands immer gross verdient haben», erhielt noch «seinen» Anteil von der Kriegsbeute. Er durfte seinem Konzern die Karlshütte in Lothringen und die Königs-Laura-Hütte im polnischen Oberschlesien einverleiben.

Gute Zusammenarbeit

Flicks enge Beziehungen zur SS, die vor allem in seinem Wirken in Himmlers Freundeskreis, in der finanziellen Unterstützung der schwarzen Terrortruppe und in der gemeinsamen Verfolgung revolutionärer oder einfach unzufriedener Arbeiter zum Ausdruck kamen, wurden in den Kriegsjahren noch erheblich erweitert und intensiviert, insbesondere durch die zusammen mit der SS betriebene Ausbeutung Tausender Arbeitsklaven. Rund 40'000 ausländische Arbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge mussten unter grausamer Verletzung ihrer Menschenrechte für Flicks Interessen schuften. Dabei ist der dauernde Wechsel durch Tod und Arbeitsunfähigkeit noch nicht einmal in diese Zahl einbezogen.

Bereits eineinhalb Monate nach dem Überfall auf Polen arbeiteten in Flicks Maxhütte polnische Kriegsgefangene. Bis Ende 1939 kamen weitere Betriebe hinzu. Jeder Kontakt zwischen den Belegschaften und den Gefangenen war streng verboten. In einem Aushang in den Anhaltischen Kohlenwerken des Flick-Konzerns hiess es dazu: «Am 1. November des Jahres werden Kriegsgefangene in Betrieben der Grube ‚Klara‘ eingesetzt ... Es wird von jedem Gefolgschaftsmitglied allerstrengste Zurückhaltung gegenüber den Gefangenen erwartet. Gefolgschaftsmitglieder, welche die vorstehenden Bestimmungen übertreten, haben ihre sofortige Verhaftung und Überführung in ein Konzentrationslager zu gewärtigen.»

Im ersten Halbjahr 1940 forderten die Anhaltischen Kohlenwerke dann auch polnische Zivilarbeiter an. Da jedoch allzu viele Konzerne solche Anträge stellten, konnten die Wünsche des Flick-Betriebes nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden.

Um dennoch ausreichend ausländische Arbeitskräfte zu bekommen, waren für Flick in allen besetzten Ländern Agenten, zum Teil sogar mit staatlichen Vollmachten, unterwegs. Ein gewisser Alfred Klaar, der für die Maxhütte erst in Frankreich und später in Italien Arbeitskräfte beschaffen sollte, bekam die Auflage, für andere Konzerne ebenfalls tätig zu werden. Bei der Maxhütte nahm man das gelassen hin. In einem Schreiben eines Vertreters des Vorstandes der Maxhütte heisst es dazu: «An sich bestand ursprünglich die Absicht, Herrn Klaar ausschliesslich im Interesse des Konzerns einzusetzen. Ob dieser Plan sich voll durchführen lässt, steht zurzeit noch nicht fest. Immerhin werden die Interessen der Gruppe gebührend berücksichtigt werden können.»

Wie diese «Werbung» in Italien vor sich ging, zeigt ein Schreiben Klaars an Burkart vom 29. Juni 1944: «In diesen Tagen wurde die letzte grosse Arbeitskraft-Beschaffungsaktion in Italien durchgeführt. Da die Freiwilligen- und Firmenwerbung sowie die Dienstverpflichtung zu keinem wesentlichen Erfolg führten, wurde diese Aktion in der Form der militärischen Einberufung von drei Jahrgängen gestartet. Wie die früheren Aktionen ist leider auch die militärische Einberufung ergebnislos verlaufen. Insgesamt sind etwa 1% erfasst worden, die ausschliesslich den Sonderstufen zugeführt werden mussten. Eisen und Stahl und damit Mittelstahl konnten dieses Mal nicht berücksichtigt werden. Wir konnten Ihnen lediglich die Verhaftung von 500 Stahlwerksarbeitern der Firma SIAC-Genova, die nach Linz überführt wurden, melden. Da Sie in dieser Angelegenheit als erster benachrichtigt wurden, hoffen wir, dass Sie sich bei der Verteilung noch rechtzeitig einschalten konnten.»

Auf Verlangen der deutschen Konzerne wurden riesige Zwangsarbeiterheere zusammengetrieben. Die meisten der Ver-

schleppten kamen aus der Sowjetunion und Polen, und sie hatten auch das schwerste Schicksal zu erleiden. Der amerikanische Ankläger in Nürnberg wies besonders auf die Tatsache hin, «dass die russischen Gefangenen in Harpen häufig ihre Essgeschirre verbogen, um mehr Nahrung zu fassen; dass die Röntgenaufnahmen von russischen Gefangenen, die in Harpen beschäftigt waren, einen hohen Prozentsatz von offener Tuberkulose aufzeigten und dass russische Gefangene, die in Harpen arbeiteten, Streifen von ihren Hosen rissen, um sich die Lappen um ihre Füße zu wickeln».

Aber auch die zivilen sowjetischen Zwangsarbeiter waren in den Betrieben Flicks einer ähnlichen menschenunwürdigen Behandlung ausgeliefert. Selbst ein faschistischer Untersuchungsbericht vom Dezember 1942 kritisiert zaghafte die skandalösen Zustände in der Essener Steinkohlen AG und dem dazugehörigen Lager Katharine: «Die Ostarbeiter sind gegenwärtig in Baracken für Kriegsgefangene mit schwerstem Stacheldraht und vergitterten Fenstern untergebracht. Entwesung mangelhaft. Viel Ungeziefer. Strohmattressen mussten entfernt werden, daher schlafen nur auf Drahtmattressen. Zuweilen Prügel. Lohnfragen ungeklärt. Essen nicht besonders.»

Der amerikanische Ankläger in Nürnberg stellte denn auch zu diesem Kapitel Flickscher Politik unverblümt fest: «Die Beweise in den Akten erlauben keinen Zweifel daran, dass die Zwangsarbeiter und die Kriegsgefangenen in den Ruhrbergwerken des Flick-Konzerns unter schrecklichen Bedingungen ausgebeutet wurden und dass Krankheit und Tod in ungeheurem Ausmass die Folgen dieser Bedingungen waren. Auch ist es offensichtlich, dass in allen Betrieben des Flick-Konzerns besonders schlechte Bedingungen herrschten; in vielen Fällen waren die Unterkünfte elend, die Ernährung schlecht, der Hunger unerträglich, die Arbeitszeit übermässig lang; Angst und Freiheitsentziehung, körperliche Leiden und Krankheiten, Misshandlungen aller Art, darunter Auspeitschungen, waren an der Tagesordnung.»

Flick, der sonst selbst im Detail so wohlinformierte Biedermann, versuchte in Nürnberg glaubhaft zu machen, dass er

darüber so gut wie nichts gewusst habe, und falls doch, er stets bemüht gewesen sei, Verbesserungen zu erreichen. Die dazu vorgelegten «Beweise» zeigten aber deutlich, dass der einzige Zweck der angestrebten «Verbesserungen» die Stärkung der Arbeitskraft war. Humane Gründe gab es nicht. Die Konzernspitzen wollten lediglich eine allzu schnelle Vernichtung ihrer Sklaven durch Unterernährung und Erschöpfung verhindern. In einem Bericht über die rapide Gewichtsabnahme bei Kriegsgefangenen, der an den Flick-Vertrauten Tengemann gerichtet war, hiess es: «Gerade diese Zahlen scheinen die Notwendigkeit einer besseren Ernährung unserer Kriegsgefangenen krass zu beleuchten. Gelingt dies nicht, dann ist mit mathematischer Sicherheit bald mit einer starken Zunahme der Erkrankungen sowie mit einem erheblichen Nachlassen der Leistungen zu rechnen.» Wie wenig Flick und seine Direktoren hier wirklich positive Veränderungen anstrebten, verraten Vorschläge zur Ernährung der Gefangenen, die im Flick-Konzern ausgearbeitet und bezeichnenderweise im Nürnberger Prozess von der Verteidigung vorgelegt wurden. Die Vorschläge lesen sich so, als ob es um die Versorgung von unterernährtem Vieh ging: «Es fallen ... auf den Feldern sehr viele Blätter und nichtgeschlossene Pflanzen an, die vom Gemüsehandel nicht abgenommen werden. Dieser Abfall ist aber für die Versorgung der ausländischen Arbeiter in den Gemeinschaftslagern aller Industrien entweder frisch, getrocknet oder eingesauert sehr gut zu verwenden.»

Wie grob die leitenden Herren gegen echte Hilfe einschritten, musste der Arbeiter Karl Kümmert im Stahlwerk Oberschwaig der Maximilianshütte erfahren. Er hatte einem sowjetischen Kriegsgefangenen, mit dem er zusammenarbeitete, ein Stück Brot zugesteckt. In einem Schreiben des stellvertretenden Betriebsführers wurde er dafür scharf zurechtgewiesen: «Dieses Verhalten ist, wie ich schon in einer Aussprache mit Ihnen sagte, so unglaublich, dass wir Sie eigentlich den zuständigen Stellen zur Aburteilung überweisen müssten. Nur dem Umstand, dass Sie bislang Ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt haben, und der Tatsache, dass Sie mir versprochen, in Zukunft derartige Anbiede-

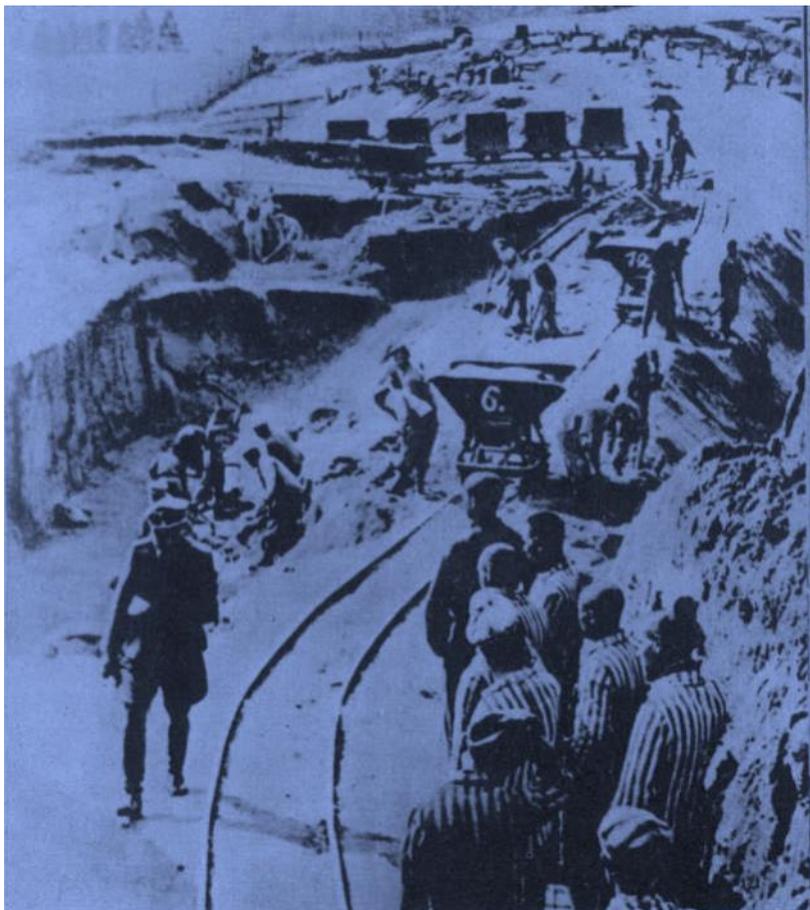
rungen mit Kriegsgefangenen nicht zu wiederholen, haben Sie es zu verdanken, dass ich von einer Meldung Abstand nehme. Sie werden hierdurch von mir auf das Schärfste verwart... Da Sie scheinbar auf die Ihnen vom Betrieb zugewiesenen zusätzlichen Lebensmittelmarken nicht angewiesen sind, wird Ihnen für 14 Tage die Schwerstarbeiterkarte entzogen.»

Unwissend und ahnungslos stellten sich Flick und seine Direktoren in Nürnberg auch in Bezug auf die Massenverschleppung von Zivilpersonen. Sie taten in dieser Frage so dumm, dass der Staatsanwalt ausrief: «Wenn die Angeklagten wirklich nicht gewusst hätten, dass es Zwangsarbeiter in Deutschland gab, so wussten sie erheblich weniger als der Durchschnittsdeutsche.» Flick, der anscheinend begriff, dass ihm solch provozierendes Dummstellen auf die Dauer nur schaden würde, erklärte schliesslich, wenn auch zögernd, dass er doch mehr bemerkt hätte. «Als die Zahl (der Zwangsarbeiter – M. O.) grösser und grösser wurde, kam ich zu dem Eindruck und der moralischen Überzeugung, dass nicht alle – dass es undenkbar war, dass sie alle freiwillig nach Deutschland gekommen waren», gestand er verschämt. Eine merkwürdig verschwommene Darstellung für einen Mann, der wegen seines Zahlengedächtnisses bekannt war und alle Kostenfaktoren seiner Produktion aus dem Effeff nennen konnte. Und gerade er soll zeitweise geglaubt haben, dass für den minimalen Lohn und bei der entwürdigenden Unterbringung, die er bot, jemand freiwillig das eigene Land verlassen und bei ihm die Arbeit aufgenommen hätte? Aber Flick war natürlich von Anfang an sehr gut darüber informiert, wie Arbeitsklaven für die deutschen Konzerne beschafft wurden, und deshalb hielt er die Zusammengetriebenen auch wie Sklaven.

In dem ihm zur Verfügung stehenden Unterdrückungsapparat, der Disziplinverstösse und Forderungen nach Milderung der schlimmsten Ausbeutermethoden hart ahndete, spielten die Polizei, die Gestapo und die SS eine entscheidende Rolle. Die Betriebsleitung der Maximilianshütte wies ihre einzelnen Bereiche direkt an, mit diesen faschistischen Terrororganen zusammenzuarbeiten. In einem Schreiben hiess es dazu: «Wenn die

betrieblichen Mittel (im Zusammenwirken mit der Deutschen Arbeitsfront!) angewendet und erschöpft sind, ist in Orten, in denen Dienststellen der Geheimen Staatspolizei sich nicht befinden, nach einer Anordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei die Anzeige bei den Ortspolizeibehörden einzureichen.»

Von der SS bewachte KZ-Häftlinge bei der Fronarbeit



Hermann Röchling, der Nachfolger von Ernst Poensgen in der Führung der Reichsvereinigung Eisen wurde, machte den Standpunkt seiner staatsmonopolistischen Unternehmerorganisation bei der Bestrafung der Sklavenarbeiter in einem Schreiben an die Direktoren der Hüttenwerke deutlich: «Liegen Verfehlungen vor, so müssen sie sofort konsequent verfolgt und streng geahndet werden, notfalls bis zum Konzentrationslager. Die Betriebe müssen schwere und wiederholte Verfehlungen der Ausländer, insbesondere ihr Verschwinden, stets unverzüglich der Gestapo melden. Die Reichsvereinigung Eisen hat die Gestapo (Sicherheitshauptamt) und das Reichsarbeitsministerium (Reichstreuhänder der Arbeit) gebeten, in solchen Fällen schnelle Verfolgung und strenge Bestrafung folgen zu lassen, was auch im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zugesagt worden ist.»

Gestapo-Angelegenheiten

In diesem Sinne handelten denn auch die Flick-Direktoren. So wandte sich zum Beispiel die Leitung der Maxhütte am 1. Februar 1943 an die Gendarmeriestation in Sulzbach-Rosenberg-Hütte und verlangte die Verhaftung des einundzwanzigjährigen polnischen Zwangsarbeiters Zygmund Galaska, weil er seine Arbeit vorzeitig beendet und gesagt hatte: «Ich arbeite nicht für Deutschland, lieber zwei Jahre Zuchthaus sitzen.» Kurz darauf wurde Galaska von der Polizei abgeholt.

Bei seinen geschäftlichen Angelegenheiten nahm Flick ebenfalls immer wieder die Unterstützung der Gestapo in Anspruch. 1940 wollte der jüdische Aktienbesitzer H. J. Davidsohn von Flick erfahren, was nach der Umgruppierung der Anhaltischen Kohlenwerke aus seinen Anteilen werden würde. Flick reagierte erst einmal unwillig. Die Anhaltischen Kohlenwerke teilten dem Fragesteller in seinem Auftrag mit: «Ihr Schreiben vom 16. d. M. an Herrn Dr. Flick ist uns mit dem Hinweis übergeben worden, dass ein weiterer Schriftwechsel zwischen Ihnen und Herrn Dr. Flick zwecklos ist; denn Herr Flick hat durch die Aufgaben der Kriegswirtschaft keine Zeit, sich damit zu befassen.»

Als Davidsohn sich auf der Hauptversammlung der Anhaltischen Kohlenwerke erlaubte, seine Anfrage erneut, diesmal mündlich, vorzutragen, wurde er anschliessend bei der Gauleitung der NSDAP in Berlin gemeldet. Diese erledigte dann das Problem zusammen mit der Gestapo. Der Gauwirtschaftsberater bei der Gauleitung meldete bald das gewünschte Ergebnis: «Die Geheime Staatspolizei teilte mir mit, dass der Jude Davidsohn wegen seiner Schreiben eindringlichst verwarnet worden ist. Ihm ist für den Wiederholungsfall Unterbringung in einem Lager angedroht worden. Sollten Sie noch einmal irgendwelche Schreiben des Genannten erhalten, darf ich bitten, mich unverzüglich in Kenntnis zu setzen.» Es kann wohl angenommen werden, dass der mit den «Aufgaben der Kriegswirtschaft» so sehr beschäftigte Flick nicht wieder durch Anfragen von Davidsohn gestört wurde.

Auf ähnlich hinterhältige Weise entledigte sich der allmächtige Konzernchef auch eines Journalisten, der sich allzusehr für die Entwicklung des Flick-Konzerns und die Praxis seiner Geschäfte interessierte. Dieser Journalist, der sich Becker-Strecker-von Rautenstrauch nannte, war bei seinen Studien auf Dinge gestossen, deren Veröffentlichung Flick scheuen musste. Nachdem Becker, der für grossindustrielle Auftraggeber arbeitete, bereits einige seiner Entdeckungen in Zeitungen publiziert hatte, die auf Flick keine besonderen Rücksichten zu nehmen brauchten, entschloss sich Flick, den Journalisten mit Geld zum Schweigen zu bringen. Der Wink mit dem Geld, gekoppelt mit gewissen Drohungen, bewirkte, dass sich Becker vertraglich verpflichtete, nichts mehr über Flick zu schreiben. Nach Darstellung Konrad Kaletschs umfasste der Vertrag vier Punkte:

«1. Becker steht uns für Arbeiten volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Art für den Konzern zur Verfügung.

1. Die nach einer bestimmten Liste aufgestellten, bereits versandten Schriftstücke, unseren Konzern bzw. die unserem Konzern nahestehenden Persönlichkeiten, besonders Dr. Flick

betreffend, hat Becker – auch wenn sie bereits verkauft sind – zurückzufordern und an uns auszuliefern.

2. Sämtliche bei ihm vorliegenden diesbezüglichen Unterlagen hat er in allen Exemplaren uns zur Verfügung zu stellen.

3. Für 2) und 3) erhielt er eine einmalige Abfindung und zu Ziffer 1) eine laufende Vergütung.»

Offensichtlich traute Becker aber den Flick-Leuten nicht so recht über den Weg, denn er wechselte auffallend oft seinen Wohnsitz und liess die fälligen Zahlungen an Bekannte überweisen. Überraschend für Flick, kündigte Becker im Dezember 1942 das Abkommen und verlangte die Nachzahlung noch nicht erhaltener Beträge. Flick hielt es daraufhin für angebracht, sich auch mit diesem Problem «vertrauensvoll» an Göring zu wenden.

Kaietsch, der den Auftrag bekam, sich der Sache anzunehmen, verhandelte mit einem Ministerialrat Schroetter vom Stabsamt des Reichsmarschalls. In einer Aktennotiz über dieses Gespräch hiess es unter anderem: «Ich fragte Herrn Schroetter, wie wir uns verhalten sollten, wenn Herr Becker nach Ablauf unseres Abkommens wieder mit seiner wirtschaftsstörenden schriftstellerischen Tätigkeit beginnt bzw. die damals begonnene fortsetzt. Schroetter meinte, dass er Becker dann unverzüglich verhaften lassen würde. Schroetter meinte, dass man Becker wohl zum Arbeitseinsatz kaum heranziehen könne, weil er über 65 Jahre alt wäre. Ich verwies Schroetter auf die vorliegende Auskunft, wonach Becker im Jahre 1882 geboren ist, also noch nicht mal 61 Jahre alt sei. Schroetter meinte daraufhin, dass er sich mit der betreffenden Stelle in Verbindung setzen und dafür sorgen würde, dass Becker zum Arbeitseinsatz herangezogen wird.»

Was Becker gegen Flick in der Hand hatte, wurde nie aufgedeckt, es musste jedoch mehr gewesen sein als ein paar un-rühmliche, aber bereits bekannte Fakten, die er in einigen kritischen Artikeln wieder aufwärmen wollte. Dafür hätte Flick kein Geld ausgegeben. Becker wusste etwas, was den Geschäftsinteressen des Flick-Konzerns wirklich schaden konnte. In einer Aktennotiz für Flick bemerkte Kaietsch nämlich, dass

man Becker unter allen Umständen hindern muss, mit dem Inhalt des Abkommens bei irgendwelchen Banken Geld zu machen. Kaietsch fürchtete anscheinend, er könnte den Vertrag, der ihm ja regelmässige Einnahmen garantierte, als Beweis für seine Kreditwürdigkeit bei einer Bank vorlegen.

Ministerialrat Schroetter kümmerte sich weiter um Becker, indem er die Gestapo informierte und von ihr eine Beurteilung des Journalisten anforderte. In der gewünschten Beurteilung schrieb die Gestapo: «Am 28.10.1936 ist Becker etwas aufgefallen im Hirschbräu in Stuttgart, wo er beim Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes sich weigerte aufzustehen und damit seiner staatsfeindlichen Haltung Ausdruck verlieh. Die Angelegenheit und insbesondere auch sein persönliches Verhalten in diesen Verhandlungen führte dazu, dass er am 16.12.1936 zu 6 Wochen Haft verurteilt wurde. Anschliessend blieb er in Schutzhaft, woraus er am 9.2.1937 entlassen wurde ... Gesamteindruck und Gesamtverhalten: – Politisch sehr undurchsichtig – jedenfalls kann mit einer positiven Einstellung zum nationalsozialistischen Reich nicht gerechnet werden.»

Flick brauchte nicht mehr sehr lange über Becker beunruhigt zu sein, denn Kaietsch teilte ihm am 4. Mai 1943 mit, dass Ministerialrat Schroetter eine Nachricht von der Gestapo bekommen hätte, nach der «Becker-Strecker-von Rautenstrauch am 20.4. in seiner Wohnung in Heidelberg an einem Herzschlag gestorben» sei. Ob dabei die Einziehung zum Arbeitseinsatz, für die Schroetter und Kaietsch sorgen wollten, von Einfluss auf den Tod Beckers war oder ob die Gestapo dabei ihre Finger im Spiel hatte, ist nicht geklärt. Abgesehen von dem Interesse an Beckers Tod – für Flick hätte es keine bessere Lösung geben können –, ist es doch sehr merkwürdig, dass die Benachrichtigung über sein Ableben bei einem Fall von normalem Herzversagen von der Gestapo kam.

Ostlandreiter

Schon bevor die deutschen Imperialisten am 22. Juni 1941 ihren Überfall auf die Sowjetunion begannen, wurden in geheimen Besprechungen detaillierte Pläne für die Ausbeutung des ersten sozialistischen Staates der Welt beraten. Bei einer Wehrmachtbesprechung am 28. Februar 1941 waren sich führende Militärs darüber einig, dass bei der Ausplünderung der besetzten Gebiete «von Anfang an ... zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden» sollten. Die neuen Möglichkeiten, ihren Machtbereich zu erweitern, trieben die Monopolisten – die faschistischen Truppen hatten die Grenzen kaum überschritten – dazu, ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, um die besten sowjetischen Produktionsstätten in ihren Besitz zu bringen. Vier Tage nach dem Angriff auf die Sowjetunion wurde Flick von gut unterrichteter Seite informiert, dass, wie es hiess, «die Reichswerke grosse Forderungen gemeldet haben, die sich auch auf die Kohlenvorkommen in der Ukraine beziehen. Ausserdem soll... eine grössere Zuteilung an die Vereinigten Stahlwerke betrieben werden. Auch andere Konzerne sollen sich bereits gemeldet haben.»

Konflikte um Waggonbaufabrik «Vairogs»

Bald war Flick ebenfalls in Auseinandersetzungen um «seinen» Anteil an der neuerlichen Expansion verwickelt. Fürs erste hatte er sich die Rigaer Waggonbaufabrik «Vairogs» ausgewählt. Da er immer nur das Beste haben wollte, war er nicht der einzige Bewerber. Vor allem in MAN, der grossen Nürnberger Maschinenfabrik, und in Krupp sah er sich mit aussichtsreichen Konkurrenten konfrontiert. Flick vertraute aber, wie so oft, auf seine bewährten Beziehungen. Ausserdem glaubte er gegenüber

den anderen Mitbewerbern ältere «Ansprüche» ins Feld führen zu können, denn seine Bautzener Waggonbaufabrik besass früher einmal die Aktienmehrheit des unter dem Namen «Phoenix» bekannten Rigaer Werkes. Es erboste ihn daher ausserordentlich, als er feststellen musste, dass MAN bereits einen Fuss in der Tür der ehemaligen «Phoenix» hatte.

MAN war der schnelle Anfangserfolg gelungen, weil der Konzern seinen Oberingenieur Schmidt vorsichtshalber zur Wehrmacht hatte einziehen lassen, so dass er als Major von der Wehrmacht sofort mit der kommissarischen Verwaltung der Rigaer Waggonbaufabrik beauftragt werden konnte. Die Direktion der Bautzener Waggonbaufabrik machte in einem Brief vom 29. Juli 1941 an Flicks Neffen Bernhard Weiss auf diese Lage aufmerksam und meinte: «Wenn unsererseits also ein Interesse an Phoenix besteht, wird es sich empfehlen, bald Schritte beim Wirtschaftsministerium zu unternehmen, um uns nötigenfalls mit in die Verwaltung und den Rückerwerb einzuschalten.»

Der verbrecherische Überfall auf die Sowjetunion – Faschistische Panzer und Infanterie beschliessen ein sowjetisches Dorf



Ein wichtiger Schritt zur Eroberung des Rigaer Waggonbauwerks durch den Flick-Konzern war daraufhin der Versuch, den MAN-Ingenieur Schmidt in Riga wieder abzulösen. In einer Aktennotiz schrieb Bernhard Weiss: «Herr Flick regte heute am Telefon an, dass wir mit Herrn Oberst John darüber sprechen, ob wir nicht einen geeigneten Herrn aus unserem Konzern für die Leitung der ‚Phoenix‘ präsentieren können an Stelle des Herrn Obering. Schmidt von der MAN.» Entsprechend dieser Anregung verhandelte Weiss nun mit dem Reichsbankrat Jacobi vom Wirtschaftsministerium, der dem Flick-Konzern vorschlug, es doch ebenso wie MAN zu machen und der Wehrmacht einen eigenen Kandidaten für die Leitung des Rigaer Werkes zu präsentieren. Gesagt, getan. Der Vertrauensmann Flicks für diesen Posten war bald in dem Ingenieur Holland von der Waggonbaufabrik in Bautzen gefunden, der als Sonderführer zur Wehrmacht abkommandiert wurde. Doch wider Erwarten klappte es mit diesem Einsatz in der Rigaer Waggonbaufabrik nicht. Jetzt wurde Dr. Timm vom Reichskommissariat Ostland eingeschaltet, mit dem sich Bernhard Weiss am 16. Oktober 1941 im Berliner Luxushotel Adlon traf, um mit ihm über die Flick-Interessen in Riga zu sprechen. Weiss, der sich über die Brückierung Hollands beschwerte, schrieb in einer Aktennotiz über die Unterredung: «Ich sagte ihm, dass Herr Jacobi mir seinerzeit zugesagt habe, unseren Wünschen zu entsprechen. Um so überraschter seien wir gewesen, als uns Herr Holland geschrieben habe, dass er bei seiner Ankunft in Riga von einem Herrn Oberkriegsverwaltungsrat Schmidt empfangen worden sei und dass dieser ihm bedeutet habe, dass für ihn im Werk Phoenix kein Platz sei, sondern dass er dieses Werk verwalte.»

Weiss berichtete dann weiter über seine Zusammenkunft mit Timm: «Ich sagte ihm, dass dies für uns natürlich unangenehm sei, da wir Herrn Holland speziell zu diesem Zwecke aus unserem Betrieb in Bautzen herausgezogen haben, obwohl wir dort auch sicherlich keinen Überschuss an Menschen haben.» Timm zeigte Verständnis für die Sorgen seines Gesprächspartners, konnte aber selbst keine Abhilfe versprechen. Dagegen bot er

an, den Ingenieur Holland von der Wehrmacht für seinen zivilen Stab anzufordern, wo er, wie er sagte, «in dieser Eigenschaft die Entwicklung der Dinge bei Phoenix im Auge behalten» könne. Flicks Hoffnungen, doch noch die Verfügungsgewalt über die Rigaer Waggonbaufabrik zu ergattern, erhielten Auftrieb, als er hörte, dass der ihm bekannte Gauleiter Lohse zum Reichskommissar für das Ostland und der ihm nicht weniger bekannte Lübecker Oberbürgermeister Dr. Drechsler zum Kommissar für Riga ernannt worden seien. Nachdem Flick die beiden über seine Interessen in Riga informiert hatte, erklärten sie sich bereit, bei einer Reprivatisierung von «Vairogs» im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Wünsche Flicks zu unterstützen. Jetzt traten jedoch neue Schwierigkeiten auf. Flick erfuhr, dass der Firma Krupp vom Heereswaffenamt – sie hatte dort traditionell starke Positionen – die Übernahme des Rigaer Waggonbauwerkes für die Lafettenfertigung von Geschützen zugesagt worden sei. Er protestierte sofort beim Heereswaffenamt und konzentrierte sich von nun an darauf, Krupp von Riga abzudrängen.

Wink mit Aufsichtsratsposten

Flicks Vertrauter Burkart setzte sich umgehend mit dem Heereswaffenamt in Verbindung. Er machte dem zuständigen Oberst Leyers die älteren «Ansprüche» Flicks auf das Rigaer Werk klar und kündigte sofortige energische Beschwerden bei massgebenden Stellen an. Leyers, der nur zu gut wusste, dass mit dem Flick-Konzern nicht zu spassen war und dessen einflussreiche Verbindungen kannte, begann daraufhin zu schwanken. Er fiel schliesslich völlig um, als Burkart den Drohungen Versprechungen folgen liess. Burkart stellte dem Oberst die Übernahme eines Aufsichtsratsmandates in der Rigaer Waggonbaufabrik für den Fall in Aussicht, dass es dort zur Gründung einer Flickschen Betriebsgesellschaft käme. Dieser habe sich über das Angebot «sehr gefreut», wie Burkart berichtete, und seine Absicht zur Zusammenarbeit bekundet. Leyers empfahl daraufhin seinem Vorgesetzten, dem Chef des Heereswaffenamtes, für Flick zu votieren.

Tatsächlich wurde dann auch die «Betreuung» des Rigaer Werkes dem Flick-Konzern übertragen. Leyers übernahm es, Krupp die neue Entscheidung über «Vairogs» mitzuteilen. Er fand dafür eine «sachliche» Begründung, die nichts von dem vorangegangenen Hickhack hinter den Kulissen widerspiegelte. Krupp erfuhr: «Der Herr Reichsminister für die besetzten Ostgebiete hat beim OKH (Oberkommando des Heeres – M. O.) angeregt, die Betreuung der Waggonfabrik ‚Vairogs‘ durch die Mitteldeutschen Stahlwerke A.G. bzw. durch deren Tochtergesellschaft Waggon- und Maschinenfabrik A. G. vorm. Busch in Bautzen vornehmen zu lassen. Der Chef des Heereswaffenamtes hat dieser Anregung mit Rücksicht darauf entsprochen, dass die Geschützfertigung auf eine möglichst breite Basis gestellt werden soll und die Heranziehung der Mitteldeutschen Stahlwerke A.G. daher in diesem Sinne eine dringende Notwendigkeit ist. Das OKH ist Ihrer Firma für die bisher geleistete Arbeit ausserordentlich dankbar und bedauert, dass die durch Sie eingeleiteten Planungen nicht durchgeführt werden können. Nachdem vom Herrn Reichsminister Speer angeordnet worden ist, dass die neu zu errichtende Fertigungsstätte in Markstädt als Ausweichfabrik errichtet werden soll, werden diese Arbeiten Ihr Haus auch voll in Anspruch nehmen.»

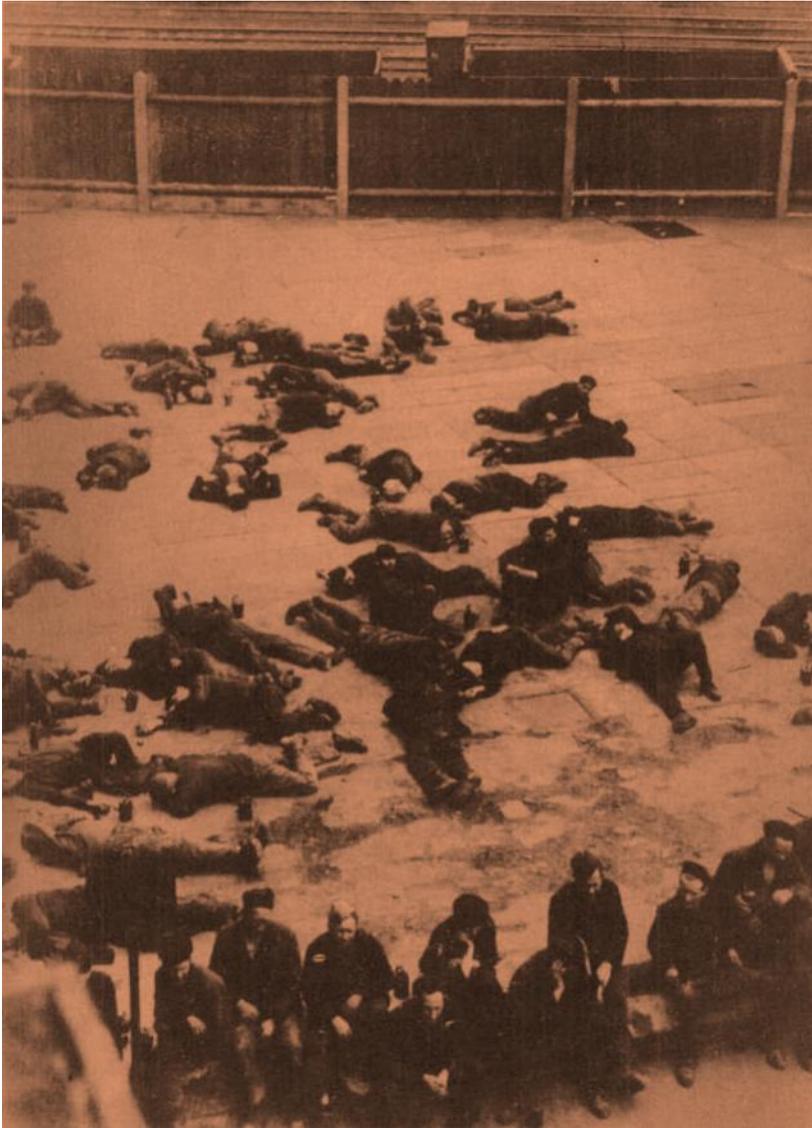
Das Tauziehen um «Vairogs» bewies einmal mehr, dass Flick im Dschungelkampf der Monopole ganz weit vorn lag und er sogar fähig war, einen solchen Rüstungsgiganten wie Krupp, der gerade in der Heeresführung viele Erfüllungsgehilfen hatte, auszustechen. Die Entscheidung zeigte aber auch das Bemühen des Rüstungsministeriums und des Heereswaffenamtes, Krupp nicht allzusehr vor den Kopf zu stossen, sondern ihn mit einem anderen Projekt zu versöhnen.

Ambitionen auf die Reichswerke «Hermann Göring»

Das Streben der deutschen Konzerne, ihren Machtbereich durch die Okkupation sowjetischer Betriebe zu erweitern, erreichte derartige Ausmasse, dass der faschistische Staatsapparat, der heftigen Konkurrenz der Konzerne leid, sich um eine bessere

Koordinierung dieser Interessen bemühte. Göring ordnete deshalb für die besetzten Gebiete der Sowjetunion die Gründung einer Monopolgesellschaft an, die die Entscheidungsgewalt über alle Berg- und Hüttenwerke bekam und ihre Verpachtung, Stilllegung und Demontage regeln sollte. Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH (BHO) verschaffte den einflussreichsten Konzernen die Möglichkeit, im Rahmen einer Art von Selbstverwaltung über den sowjetischen Industriebesitz zu verfügen. Göring hoffte, dass sich die Konzerne, ohne ständigen Druck auf den Staatsapparat auszuüben, «friedlich» einigen und die Verteilung der Beute unter sich ausmachen würden. Im August 1941 informierte Burkart Flick über die bevorstehende Konstituierung der BHO. Burkart hatte erfahren, «dass man mit der Gründung dieser Ost-GmbH einmal vermeiden wollte, dass nun ein grosses Rennen der deutschen Industrie um die russischen Werke losgehen würde». Und Ernst Poensgen, Leiter der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie, teilte den Mitgliedern des «Kleinen Kreises» in einem vertraulichen Schreiben eine ähnliche Version mit. Er nannte als Ursache für die Gründung der BHO das Bestreben einiger Konzerne, «für sich Sonderinteressen am russischen Markt zu sichern».

In den elfköpfigen Verwaltungsrat der neuen Gesellschaft traten so exponierte Grossindustrielle wie Friedrich Flick, Alfred Krupp und Ernst Poensgen ein; Vorsitzender des Verwaltungsrats wurde der Chef der Reichswerke «Hermann Göring», Paul Pleiger. Der Verwaltungsrat begann sich nach seiner Berufung als erstes damit zu beschäftigen, wie die Produktionskapazität, die er zur Verfügung hatte, durch die Vergabe von «Patenschaften» auf geteilt werden konnte. Göring hatte kategorisch angewiesen, die Vergabe sowjetischen Industriebesitzes bis zur Beendigung des Krieges zurückzustellen. Er wollte vermeiden, dass sich in dieser für den deutschen Imperialismus so entscheidenden Phase die rivalisierenden Konzerne bei einer definitiven Regelung der neuen Besitzverhältnisse allzusehr in die Haare gerieten. Göring gab jedoch zu verstehen, den deutschen Konzernen würde der Erwerb des sowjetischen Industrievermögens



Erschöpfte sowjetische Kriegsgefangene nach dem Schichtwechsel in einem Bergwerk

später ermöglicht werden. Darauf wies auch eine Notiz von Burkart an Flick hin, die der Flick-Manager nach einer Unterredung mit dem Göring nahestehenden Oberst John verfasste. Darin hiess es: «Interessant war nun noch die Angabe von Herrn John, dass der Reichsmarschall bei der Gründung der Ostwerke nochmals ausdrücklich erklärt habe, es liege ihm fern, den gesamten wirtschaftlichen Komplex in Russland ständig in Staatsbesitz zu behalten, vielmehr habe er die Absicht, nach Kriegsschluss auch hier die privatwirtschaftlichen Belange zum Zuge kommen zu lassen, genau so wie er auch den Gedanken einer Reprivatisierung der Reichswerke nicht aufgegeben habe. Herr John fügte noch hinzu, dass sich in der Richtung der Reprivatisierung der grossen Staatskonzerne (also nicht nur der Reichswerke) der Führer und der Reichsmarschall vollkommen einig seien.»

Flick durfte also hoffen, nach dem «Endsieg» nicht nur in den okkupierten Ländern riesige Industrieanlagen übertragen zu bekommen, sondern er hatte auch aus dem deutschen Staatsbesitz noch einiges zu erwarten, nicht zuletzt von den Reichswerken «Hermann Göring». Er war sicherlich der erste Anwärter, und das wusste er. Deshalb bemühte er sich intensiv, die Interessen der Reichswerke und seines Konzerns bei der Verteilung des geraubten sowjetischen Industriebesitzes zu koppeln. Während andere Konzernchefs der Eisen- und Stahlindustrie die Entwicklung der Reichswerke noch immer mit Argwohn betrachteten und sich meist distanziert zu ihnen verhielten, pflegte Flick mit den Reichswerken die besten Beziehungen. Er gründete mit ihnen im Rahmen der BHO eine Gesellschaft zur Ausbeutung der sowjetischen Hüttenwerke im Dnjeprbogen, die Dnjepr-Stahl GmbH. Krupp und Mannesmann beispielsweise zogen es dagegen vor, ihre «Patentfirmen» allein zu verwalten.

Das gemeinsame Streben Flick–Reichswerke brachte mehr ein; denn beide beanspruchten den Löwenanteil der Beute und erhielten ihn auch. Es waren acht Hüttenwerke mit einer Vorkriegs-Gesamtrohstahlerzeugung von 2,8 Millionen Tonnen

jährlich, die Flick und die Reichswerke in der Dnjepr-Stahl GmbH vereinigten. Diese Menge entsprach immerhin rund 13 Prozent der deutschen Roh-Stahlerzeugung des Jahres 1939, und sie war grösser als die des gesamten Flick-Konzerns.

Flick befriedigte besonders, dass Paul Pleiger seine Führungsrolle in dieser Gesellschaft ausdrücklich anerkannte. Pleiger förderte auch ansonsten Flick-Interessen. Bereits im Juli 1942 bot er ihm grossspurig sowjetische Anlagen in Stalingrad an, obwohl die faschistischen Divisionen die Stadtgrenze noch nicht einmal erreicht hatten. Flick fertigte über eine diesbezügliche Unterredung mit Pleiger am 13. Juli 1942 eine bemerkenswerte Aktennotiz an. Darin hielt er fest: «Ich wies noch darauf hin, dass mir bei unserer letzten Unterhaltung die geographische Lage von Stalingrad nicht gegenwärtig gewesen sei. Im Augenblick wäre wohl der Gedanke, uns dieses Werk zu geben, als etwas scherzhaft zu betrachten. Zum Schluss sagte er, dass er unserer Gruppe gegenüber in dieser Angelegenheit durchaus positiv eingestellt sei und dass er dafür sorgen würde, dass wir ‚etwas Anständiges‘ bekämen.»

«Positiv eingestellte» Leute hatte Flick überall dort sitzen, wo Entscheidungen fielen und sich Profit abzeichnete. Grundlage der Zusammenarbeit war immer der gegenseitige Vorteil. So zahlte Flicks Döhlener Gussstahlwerk seit September 1940 monatlich 1'000 RM an den General Walter Witting, damit dieser die Interessen des Flick-Konzerns vertrat. Wittings Unterstützungsmöglichkeiten waren nicht gering, da er ab 1941 als Generalinspekteur für die Rohstofffassung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion amtierte.

Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, welchen Nutzen Flick aus den Informationen des Generals über die sowjetischen Stahlwerke und Rohstoffbasen zog. Ausserdem war es dieser Ehrenmann, der die Freistellung des ältesten Flick-Sohnes vom Militärdienst erwirkte.

Otto-Ernst Flick, der Kronprinz, konnte sich also in aller Ruhe weiter auf seine künftige Laufbahn als Konzernchef vorbereiten. Daran lag dem Familienoberhaupt ganz besonders, nachdem

sein zweitältester Sohn Rudolf, der sich aus eigenem Willen zur Wehrmacht gemeldet hatte, 1941 als Leutnant beim Überfall auf die Sowjetunion ums Leben gekommen war.

Umschwung

Der Tod des Sohnes hatte Flick zwar getroffen, sein Glaube an den Sieg war zu dieser Zeit aber noch nicht gebrochen. Unverdrossen bemühte er sich in den Jahren 1941 und 1942, seinen Konzern auf Kosten sowjetischen Eigentums zu erweitern. In seinen Werken wurde mehr und mehr Stahl für die Rüstung gekocht, und der Strom von Panzern und Geschützen, Bomben und Granaten, die aus seinen Unternehmen kamen, schwoll immer gewaltiger an. Erst 1943, als die Rote Armee in der Schlacht um Stalingrad die 6. Armee und Teile der 4. Panzerarmee vernichtet hatte, begann er zu erkennen, dass er wohl nicht nur auf die von Pleiger angebotenen Stalingrader Werkanlagen werde verzichten müssen. Die Kapitulation der faschistischen Truppen in Stalingrad am 2. Februar 1943 und die dann folgenden Hiobsbotschaften von den Kämpfen in der Sowjetunion, das gescheiterte Rommel-Abenteuer in Nordafrika und das sichtbare Versagen seines Freundes Göring bei der Abwehr der alliierten Luftangriffe liessen bei Flick ständig wachsende Zweifel an einem erfolgreichen Verlauf des Krieges aufkommen.

Diese Zweifel nahmen Flick so mit, dass er nur noch selten in seinem Hauptquartier in der Bellevuestrasse erschien. Obwohl er die Produktion in seinen zahllosen Betrieben noch immer bis zur Leistungsgrenze ankurbelte, sowjetische Werke so lange ausbeutete, bis die nahende Front die Einstellung der Arbeit erzwang, und viele Anlagen und Vorräte verschleppen liess, beschäftigte er sich nun jedoch auch schon intensiv mit den Folgen eines verlorenen Krieges. Als Mann, der die Bedeutung von Rohstoffreserven und Produktionsraten zu werten gelernt hatte, wusste er um die noch verbliebenen, sehr begrenzten Möglichkeiten der deutschen Kriegswirtschaft. Eine Zusammenkunft führender Industrieller im Dezember 1943, zu der



Das Firmenschild des Krupp-Konzerns wird nach der Befreiung von Kramatorsk durch sowjetische Arbeiter entfernt

Himmler eingeladen hatte, um den Konzernchefs nach den militärischen Misserfolgen des Jahres 1943 durch die Darstellung neuer strategischer Pläne wieder Hoffnungen zu machen, verstärkte Flicks skeptische Haltung. Gegenüber dem finnischen Physiotherapeuten Felix Kersten, der Himmler und Flick behandelte, soll er geäußert haben, dass er nach dem Geschwätz von Himmler nicht sicher gewesen sei, ob er sich in einem Sanatorium für Geisteskranke oder im Hauptquartier eines der Führer des Reiches befunden habe.

Vorbereitungen für die Nachkriegszeit

1943 feierte Flick seinen sechzigsten Geburtstag. Viel Rühmendes wurde zu diesem Ereignis in der faschistischen Presse geschrieben, eine Menge lobender Worte gesprochen. Goebbels' berüchtigtes Leib-und-Magen-Blatt «Das Reich» vertrat die

Auffassung, dass niemand «die Ernennung zum Reichswirtschaftsführer (gemeint ist Wehrwirtschaftsführer – M. O.) mehr verdient als Friedrich Flick». Und Flicks Privatsekretär Dr. Robert Tillmanns, der auch nach 1945 als Mitbegründer der CDU und Bundestagsabgeordneter noch einiges für seinen bewunderten Chef tun konnte, durfte preisen: «Die Öffentlichkeit weiss wenig von ihm, aber die staatliche Führung kennt seine grossen Verdienste, die er sich um die industrielle Wirtschaft erworben hat. Seine frühe Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer und die Ehren, die ihm zuteil wurden, sind ein schöner Beweis dafür.»

Es ist anzunehmen, dass Flick diese publizistischen Ehrungen ziemlich kalt liessen, ungleich wichtiger war jedenfalls, dass er bestimmen konnte, was über ihn und sein Industrieimperium nicht gedruckt werden sollte. Dafür hatte er einige Monate vorher ein aufschlussreiches Beispiel gegeben.

Flick, der im Rahmen einer erneuten Reorganisation seines Konzerns die ihm gehörende Eisencontor-Aktiengesellschaft in eine GmbH umwandelte und dabei das Nominalkapital von 100'000 RM auf 20 Millionen RM erhöhte, wollte, dass davon nichts in die Presse gelangte. Vetter Kaietsch schrieb am 30. April 1943 einen entsprechenden Brief an das Stabsamt von Göring. Als Stimme seines Herrn forderte er, «eine Anweisung an die Presse herausgeben zu lassen, dahingehend, dass – wenn im Reichsanzeiger die Veröffentlichung der Kapitalerhöhung der Eisencontor GmbH erscheint – eine Wiedergabe oder Erörterung in der übrigen Presse unter allen Umständen zu unterbleiben hat». So geschah es denn auch. Das Stabsamt Göring erteilte der Presseabteilung der Reichsregierung die gewünschte Weisung. Darin hiess es: «In den Tagen zwischen dem 6. und 10. Mai wird im Reichsanzeiger eine Mitteilung erscheinen, wonach das Kapital der Firma Eisencontor GmbH, Sulzbach-Rosenberg-Hütte (Amtsgericht Amberg), von 100'000 RM um 19,9 Millionen RM auf 20 Millionen RM erhöht wird unter gleichzeitiger Änderung der Satzungen. Diese Kapitalerhöhung hat nur innerkonzernliche Bedeutung. Ich bitte Sie, die Presse

anzuweisen, über die ganze Angelegenheit nichts zu veröffentlichen und auch die Notiz im Reichsanzeiger nicht wiederzugeben.»

Flick hatte allen Grund, bei der Umgruppierung seines Konzerns die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu meiden; denn diese Neuverteilung orientierte sich schon auf eine spätere Zeit. Pikanterweise half ihm dabei das Amt des «Reichsmarschalls». Der vorsichtige Konzernchef wollte mit diesen Transaktionen vor allem seine gewaltigen Rüstungs- und Arisierungsgewinne verstecken. Der Krieg war ein Milliardenending für ihn geworden, und er wünschte davon soviel wie möglich in die Nachkriegszeit zu retten. Der inzwischen schätzungsweise dreifache Milliardär besass die Aktienmehrheit von nicht weniger als 132 Grossunternehmen. Allein der Bruttogewinn seiner Mitteldeutschen Stahlwerke war von bescheidenen 8,3 Millionen RM im Geschäftsjahr 1933/34 auf 53 Millionen RM im Geschäftsjahr 1942/43 gestiegen. Im Jahre 1943 erzielte Flick aus elf seiner Werke einen Reingewinn in Höhe von 182,5 Millionen RM.

Um die Publizitätspflicht der Aktiengesellschaften, die nur während des Krieges ausgesetzt war, auch für die erste Zeit nach dem Kriege zu unterlaufen, wandelte er seine wichtigste Gesellschaft Mittelstahl 1943 in eine GmbH um; ein Jahr später wiederholte er diesen Trick mit der Maximilianshütte. Eilig führte er dann in den wenigen Tagen vom 21. bis 30. September 1944 weitere entscheidende Tarnmanöver grossen Stils durch. Er veränderte das Gesellschaftskapital einiger Firmen, verschmolz andere miteinander, gab ihnen neue Namen und tauschte schliesslich diverse Aktienpakete aus. Doch allein auf sein Versteckspiel wollte sich Flick bei der vorauszusehenden Aufrolung seiner Arisierungsgeschäfte nicht verlassen. Deshalb traf er sich mit Hermann Josef Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, und mit Steinbrinck, der seit 1942 als Bevollmächtigter für Kohle in den besetzten westeuropäischen Ländern residierte, um mit ihnen seine Probleme in dieser Angelegenheit zu besprechen.

Ausgleichsofferte nach Amerika

Als sich seine beiden prominenten Partner von Flick verabschiedeten, hatten sie konkrete, zeitlich abgestimmte Aufträge des Industriekapitäns in der Tasche. Abs sollte der Familie Petschek in Amerika die Nachricht zuspätspielen, dass Flick bereit sei, nach der Beseitigung Hitlers erneut mit ihnen über seine Arisierungsgeschäfte zu verhandeln. Steinbrinck, dem als Verantwortlichen für die Arisierung des Petschek-Besitzes persönlich an einer Versöhnung mit den Petscheks gelegen war, flog dann im Oktober 1944 mit Billigung der SS-Führung, die sich mit sinkendem Glauben an einen Siegfrieden zunehmend an Auslandskontakten zur Herbeiführung eines für sie annehmbaren Friedens interessiert zeigte, nach Stockholm, um dort mit Beauftragten der Petscheks zu verhandeln. Über den Zweck der Reise wurde in Steinbrincks SS-Personalakte folgende Eintragung gemacht: «Er soll mit früheren Hauptaktionären, die nach der Machtergreifung Deutschland hatten verlassen müssen, in Verbindung treten, da man erwartet, dass diese Persönlichkeiten nach der Niederlage des Dritten Reiches ihre Ansprüche gegenüber den jetzigen Machthabern der Vereinigten Stahlwerke und des Flick-Konzerns geltend machen werden.»

Zu Flicks weiteren Schritten für die Zeit nach dem Kriege gehörte die Einsetzung von Bevollmächtigten in den künftigen Besatzungszonen; denn Flick hatte schon 1943 durch seinen Nachrichtendienst eine Karte erhalten, auf der die von den Alliierten vereinbarten Besatzungszonen eingezeichnet waren. Zum Berliner Bevollmächtigten bestimmte er Konrad Kaietsch, zu dessen Unterstützung er den jungen Willy Schlieker aus Speers Rüstungsministerium anwarb, der nach dem Kriege noch durch eine steile Karriere als Eisenhändler und Werftbesitzer sowie einen aufsehenerregenden Bankrott von sich reden machen sollte. Im Februar 1945 ernannte Flick ihn zum Vorstandsmitglied seines Konzerns. Elf Monate vorher hatte er bei einem Notar in Berlin-Friedenau bereits seine Kapital- und Erbverhältnisse geregelt. Neunzig Prozent des Nominalkapitals der Friedrich Flick KG teilte er zwischen seinen beiden Söhnen Otto-

Ernst und Friedrich Karl auf, die damit jeder ein Nominalkapital von rund 16,9 Millionen Reichsmark besaßen. Diese Summe war jedoch lediglich der goldene Schlüssel zu dem milliarden-schweren Gesamtvermögen des Konzerns. Für sich behielt der Konzernchef nur noch zehn Prozent des Nominalkapitals seiner Dachgesellschaft; das weitere Verfügungsrecht über den Aktienbesitz der Söhne und die Beibehaltung seiner Geschäftsführung über den Konzern liess er sich von seinen Erben aber ausdrücklich bestätigen. Mit der Erbschaftsregelung verfolgte Flick zwei Ziele. Vor allem wollte er seinen beiden Söhnen die Erbschaft des Konzernvermögens nach der voraussehbaren Niederlage Hitlerdeutschlands sichern. Da er damit rechnen musste, nach dem Kriege für seine Taten vor Gericht gestellt zu werden, bestimmte er vorsichtshalber auch gleich Konrad Kaietsch zum «Pfleger» des achtzehnjährigen Sohnes Friedrich Karl. Zum anderen folgte er bei der Übertragung des Kapitals der Kommanditgesellschaft an die Söhne seinem üblichen Leitmotiv: Geldverdienen. Er ersparte seinen Nachkommen die im Falle seines Todes gewaltige Erbschaftssteuer. Die Schenkungssteuer war erheblich niedriger und konnte ausserdem in Raten gezahlt werden.

Versteck in Bayern

Flick prüfte sehr aufmerksam alle Nachrichten, die ihm Aufschluss über die Nachkriegspolitik der Antihitlerkoalition gaben. Er kam zu dem Schluss, dass nach dem Untergang des Hitlerfaschismus zeitweilig mit einer Volksfrontregierung der ehemaligen Parteien der Weimarer Republik, die links von den Deutschnationalen und der NSDAP gestanden hatten, zu rechnen sei. Vorausschauend verlegte er seine Konzernzentrale in das zu erwartende Besatzungsgebiet einer der imperialistischen Siegermächte, nach Düsseldorf, da er sich dort nicht zu Unrecht einen grösseren Schutz seiner Konzernmacht versprach. Zu Flicks Vorbereitungen für die Nachkriegszeit gehörte nicht zuletzt die gründliche Vernichtung kompromittierender Materials. Andererseits liess der kühle Rechner und Stratege Unter-

lagen über die finanzielle Unterstützung, die er bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie während der Weimarer Republik gegeben hatte, zusammenstellen, um sie gegebenenfalls als Beweis für seine «demokratische» Vergangenheit präsentieren zu können. Nachdem Flick sein Archiv frisiert hatte, wurde es aus Berlin in die Zentrale der Maxhütte nach Sulzbach-Rosenberg verlagert. Seinen Sohn Otto-Ernst bestimmte er, als dieser sich vor der nahenden Front aus Rombach abgesetzt hatte, zum Direktor der Maxhütte. Für sich, Frau Maria und den Jungmann Friedrich Karl zog er einen ruhigeren Ort vor, den Untergang des Dritten Reiches zu überdauern. Dafür auserwählt hatte er einen Flecken in den Alpen – seinen «Hof Sauersberg» bei Bad Tölz.

Obwohl sich Flick bereits seit längerer Zeit keine Illusionen darüber machte, dass der Krieg für ihn und seinesgleichen verloren war, gestaltete sich sein Verhältnis zu den politischen Grössen des Faschismus bis zuletzt recht problemlos. Dabei verbarg er nicht einmal, dass er sich auf eine Ära ohne Hitler, Göring und Himmler vorbereitete. Allerdings vermied er es, sich ausdrücklich von ihnen zu distanzieren oder sich gar bei den Versuchen bestimmter Kreise des Finanzkapitals und führender Militärs zu exponieren, einen Weg aus der prekären militärischen, politischen und wirtschaftlichen Situation durch die Ausschaltung Hitlers und seiner nächsten Satrapen zu finden. Informiert war er über diese Pläne, da Weiss Kontakt mit dem zur Stauffenberg-Gruppe gehörenden General Lindemann hatte, der dem Flick-Direktor wiederholt die militärische Lage und die bestehenden oppositionellen Bestrebungen erläuterte. Im Jahre 1944 trafen Flick und Lindemann persönlich zusammen und waren sich dabei einig, dass der Krieg verloren und Hitler möglichst zu beseitigen sei. Während sich der General aber für eine Kapitulation an der Ostfront aussprach, trat Flick für eine Kapitulation im Westen und die Fortführung des Krieges gegen die Sowjetunion ein. Flick bot Lindemann, in dem er ein einflussreiches Mitglied der Opposition sah, nach einem erfolgreichen Putsch eine leitende Stellung in seinem Konzern an. Er

hoffte, damit auch bei dieser Entwicklung gut vorgebaut und sich Einfluss auf eine mögliche neue Staatsführung gesichert zu haben. Jene Verbindung benutzte Flick später unter anderem, um sich als eine Art Widerstandskämpfer zu präsentieren. Als weiteren «Beweis» nannte erzürn Beispiel eine Unterhaltung mit dem Generaldirektor der AEG, Bücher, dem er von seinem Verdacht erzählt haben wollte, dass in seinem Büro von der Gestapo Abhörgeräte installiert worden seien. Nach dem Krieg fand sich sogar ein «Zeuge», der über eine angebliche Gefährdung Flicks aussagte. Es war der Physiotherapeut Felix Kersten, der berichtete, dass Himmler ihm gegenüber davon gesprochen habe, Flick verhaften zu lassen. Wenn überhaupt etwas daran war, so blieb die Äusserung Himmlers jedenfalls ohne konkrete Folgen. Gegen die Aussage Kerstens spricht aber nachdrücklich, dass Flick noch im Dezember 1944 ein «persönliches» Geschenk des Reichsführers SS erhalten hatte.

Was bewog Flick, der durch seine engen, ja freundschaftlichen Beziehungen zu wichtigen Militärs wie den Feldmarschällen Kesselring und Milch genaue Kenntnis über den immer aussichtsloseren Frontverlauf hatte, nicht von der bisherigen politischen Spitze abzurücken? Es war wohl vor allem die Hoffnung, die auch andere Grössen des Finanzkapitals veranlasste, die Nazierrschaft weiter zu unterstützen und den Krieg mit allen Mitteln fortzusetzen: die Hoffnung, dass der latente Antikommunismus der Westmächte doch noch zu einem Separatfrieden führen werde, wenn nicht sogar zu einem gegen die Sowjetunion gerichteten Bündnis. Flick, der aus den USA und Grossbritannien Nachrichten erhielt, dass sich auch dort einflussreiche Kreise mit solchen Gedanken trugen, vertraute – ihre Möglichkeiten in der damaligen Situation überschätzend – diesen Kräften. Vergeblich, wie wir wissen, denn die Völker wollten die Opfer im Kampf gegen den Faschismus nicht umsonst gebracht haben.

Der Glaube an die Stärke der offen antisowjetischen Gruppierungen trieb Flick bis zuletzt an, seine Rüstungsproduktion auf vollen Touren laufen zu lassen, soweit das trotz der wach-

senden Zerstörung der Produktionsanlagen, der näher rückenden Fronten und des immer grösser werdenden Rohstoffmangels überhaupt durchzusetzen war. Seine ausländischen Sklavenarbeiter mussten bis fünf Minuten vor zwölf schuften. Die Zahl ihrer Opfer ging bis dahin in die Tausende. Noch am 17. April 1945 – die Befreiung fast vor Augen – erschoss die SS 186 sowjetische Kriegsgefangene, die im Stahlwerk Gröditz gearbeitet hatten. Anfang Mai 1945 musste Flick jedoch endgültig erkennen, dass sich seine an eine Verlängerung des Krieges gebundenen Hoffnungen nicht verwirklicht hatten. Am 7. Mai blieb ihm nichts mehr übrig, als sein vorbereitetes Alpenversteck aufzusuchen. Er wollte zunächst einmal das unmittelbare Kriegsende überstehen, um sich danach mit den Amerikanern, gestützt auf seine früheren Geschäftsverbindungen, zu arrangieren.



So hinterliess der Krieg die meisten Produktionsstätten – Zerstörte Anlagen im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf

Mitgefangen – mitgehangen?

Flicks heimliche Sorge, den ersten Wirren der Besetzung zum Opfer zu fallen, erwies sich als unbegründet. Die amerikanischen Fronttruppen hatten zwar Bad Tölz und Umgebung besetzt, «Hof Sauersberg» und seinen Bewohnern aber keine grössere Beachtung geschenkt. In Flicks Nachbarschaft gingen die Bauernfamilien – wenn ihnen auch oft die Söhne, Väter und Ehemänner fehlten – bereits wieder ihren gewohnten Frühjahrsarbeiten, der Heumahd und dem Viehtrieb, nach und vermittelten ein täuschendes Bild von ungetrübter Idylle und Sicherheit. Verändert hatte sich überraschend wenig, abgesehen davon, dass die örtlichen braunen Gebieter einstweilen verschwunden waren. «Im Dickicht, in der Wohnung der Freundin, im trauten Heim», so beschrieb der westdeutsche Publizist Kurt Pritzkolet ihr Verschwinden, «hatten sie das goldene Federkleid abgelegt und das seit langem bereitliegende Zivil übergestreift. Dann tauchten sie unter: als Landarbeiter auf Einödhöfen, als Waldarbeiter bei hilfsbereiten Forstverwaltungen oder als Schwarzhändler in den Städten ... Die grosse Masse überwinterter die harte Zeit im Verborgenen, bis sie wieder in die Ämter und Würden einrückten, die die staatserhaltenden Parteien zu vergeben hatten.»

Flick erfuhr, dass die Amerikaner in Bad Tölz ein Standortquartier eingerichtet hatten und US-Soldaten durch die mit biblischen Bildern gezierten Strassen der Altstadt spazierten. Obwohl vorerst von den Amerikanern ungeschoren geblieben, wollte Flick das «Ausspannen» in der Alpenlandschaft nicht so recht gelingen. Er konnte weder das spürbare Aufatmen der Menschen nach den Schrecken des Krieges teilen noch dem schönen Frühlingswetter etwas abgewinnen. Verborgenen in sei-



Nach der Verhaftung – F. Flick, O.-E. Flick und Kaietsch auf dem Transport nach Nürnberg

nem Arbeitszimmer, hockte er stundenlang an seinem Radiosuper, um festzustellen, was «draussen» geschah. Und fast täglich bekam er zu hören, dass immer mehr seiner ehemaligen prominenten NS-Freunde in ihren Verstecken festgenommen wurden. Göring, Funk, Ley und viele andere sassen bereits hinter Gittern. Der einst germanisches Übermenschentum vertretende Reichsaussenminister von Ribbentrop wurde unter recht kläglichen Umständen aus dem Bett einer Hamburger Pension herausgeholt, wo er sich unter dem Namen Riese versteckt hatte. Flick musste auch zur Kenntnis nehmen, dass der Namensgeber des «Freundeskreises Reichsführer SS Heinrich Himmler», dem er solange angehört hatte, verkleidet und mit falschen Papieren versehen, aufgestöbert worden und in auswegloser Situation Selbstmord begangen hatte. Beeindruckt von so vielen Hiobsbotschaften, war Flick nicht einmal überrascht, als er dann selbst am 13. Juni 1945 entdeckt und abgeführt wurde.

Er lernte nun verschiedene Internierungslager für Prominente des NS-Reiches kennen, in denen es ihm keineswegs schlecht, aber natürlich nicht so gut wie auf «Hof Sauersberg» erging. Flick beklagte das Fehlen des gewohnten Komforts ebenso wie das mangelnde Verständnis der ihn verhörenden US-Offiziere für seine Tätigkeit im Dritten Reich. Von den Amerikanern, die schliesslich aus dem Hochland des Kapitalismus kamen, hatte er eigentlich mehr Verständnis für sein kapitalistisches Gewinnstreben erwartet. Doch vorerst wirkte sich der noch existierende Geist der Antihitlerkoalition nachteilig für ihn aus. Bei den US-Besatzungstruppen gab es zu dieser Zeit Offiziere, die, geprägt durch das Amerika Roosevelts, ehrliche Hitler-Gegner waren und die Schuldigen am Krieg und an den faschistischen Greueln bestrafen wollten. Auch die einflussreichen politischen und wirtschaftlichen Kräfte in den USA, Grossbritannien und Frankreich, die auf eine Konfrontation mit der Sowjetunion hinarbeiteten, konnten so kurz nach Kriegsende die Prinzipien der Antihitlerkoalition nicht ohne Weiteres negieren. Das Potsdamer Abkommen, das diesen Prinzipien entsprach, war für Flick ein schwerer Schlag, da es ausser der Beseitigung aller politischen Formen des Faschismus auch die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Grundlagen in den vier Besatzungszonen Deutschlands festlegte. Die Vereinbarung, «das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Beseitigung der bestehenden übermässigen Konzentration der Wirtschaft», richtete sich eindeutig auch gegen Flicks Imperium. Mehr noch. Jene im Potsdamer Abkommen enthaltene Verpflichtung, in Vorbereitung und Durchführung des Krieges begangene Verbrechen gerichtlich zu ahnden, bedrohte sogar Flicks persönliche Existenz. Massgebende USA-Instanzen kamen damals nicht umhin festzustellen, dass das deutsche Grosskapital erheblichen Anteil an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges und den Kriegsverbrechen hatte. Ein Senatsausschuss unter Leitung von Senator Kilgore veröffentlichte im Oktober 1945 ein diesbezügliches Untersuchungsergebnis, in dem es klipp und klar hiess: «Die Tatsachen machen die Industriellen einwandfrei

mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.»

Im Juli 1945 begann die amerikanische Untersuchungsbehörde Beweismaterial gegen Flick zu sammeln. Wenig später waren über 10'000 Seiten Dokumentenmaterial zusammengetragen und zahlreiche Personen gehört worden, die mit Flick und seinem Konzern in Beziehungen gestanden hatten und deren Aussagen für eine Anklage gegen Flick von Bedeutung waren. Auch gelang es bald, der gesamten Konzernspitze und Steinbrincks habhaft zu werden. Am 30. August 1945 wurde Otto Steinbrinck verhaftet, am 5. beziehungsweise 8. Dezember Odilo Burkart und Konrad Kaietsch. Bernhard Weiss gesellte sich am 1. Februar 1946 unfreiwillig zu den bereits Inhaftierten. Willy Schlieker, das jüngste Vorstandsmitglied der Friedrich Flick KG, suchte, da auf freiem Fuss geblieben, weiterhin Konzerninteressen wahrzunehmen. Er hielt «es für seine Pflicht, für Flick zu retten, was im sowjetisch besetzten Gebiet noch zu retten war» (Kurt Pritzkolet). Als aber dort nichts mehr zu retten war, wechselte er in die Westsektoren Berlins über und wurde von den westlichen Besatzungsbehörden «ausgeflogen». Kurze Zeit darauf beriet er diese im Verwaltungsamt Stahl und Eisen bei der Produktionsplanung und Dienststellenorganisation.

Auf der Anklagebank

Die Recherchen und das Aufsetzen der Anklageschrift gegen Flick und seine wichtigsten Mitarbeiter zogen sich eineinhalb Jahre hin. Erst am 18. April 1947 wurde vordem amerikanischen Militärgerichtshof IV in Nürnberg das Verfahren gegen Friedrich Flick, Otto Steinbrinck, Konrad Kaietsch, Bernhard Weiss, Odilo Burkart und den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Maxhütte, Hermann Terberger, eröffnet. Die Anklage warf ihnen vor:

- I. Teilnahme am Sklavenarbeitsprogramm des Dritten Reiches und die Verwendung von Kriegsgefangenen in der Rüstungsproduktion.



Flick beim Verhör vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg

- II. Plünderung von öffentlichem und privatem Eigentum in besetzten Gebieten (Terberger wurde davon ausgenommen).
- III. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Flick, Steinbrinck und Kaietsch).
- IV. Finanzielle Unterstützung der SS (Flick und Steinbrinck).
- V. Mitgliedschaft in der SS (Steinbrinck).

Der Prozess wurde zu einem zähen Ringen zwischen der Anklagebehörde und den Angeklagten, die mit erfahrenen Anwälten versuchten, die belastenden Tatsachen abzuleugnen oder die Verantwortung auf andere zu lenken. Doch bald ging es bei dem Prozess nicht mehr allein um die Schuld der Vergangenheit, um die Aufdeckung von Verbrechen und um ein gerechtes Urteil. Obwohl, wie Klaus Drobisch in seiner Einleitung der Publikation «Fall 5» über den Flick-Prozess bemerkte,

die Anklagevertreter zu einer «für bürgerliche Juristen bemerkenswerten Einschätzung» kamen, als sie feststellten, dass das faschistische System eine «unheilige Dreieinigkeit des Nationalsozialismus, Militarismus und Wirtschafts imperialismus» war, wirkte sich schliesslich auf den Prozess und insbesondere auf das Urteil die Verschärfung des antisowjetischen Kurses der westlichen Besatzungsmächte aus. Schon in der Zeit vor dem Prozess veränderte sich ihre Haltung zum Inhalt des Potsdamer Abkommens immer mehr. Bereits Anfang September 1946 hatte der amerikanische Aussenminister Byrnes angedeutet, dass, wenn die amerikanischen Vorstellungen von der deutschen Nachkriegsentwicklung sich nicht durchsetzen liessen, eine gesonderte Verbindung der amerikanischen mit der britischen Besatzungszone erfolgen würde. Wörtlich sagte er: «Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine grösstmögliche Vereinigung zu sichern.»

Das fand schliesslich am 2. Dezember 1946 in dem Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur sogenannten Bizone einen für die deutsche Einheit folgenschweren Niederschlag. Die amerikanische und die britische Zone wurden dadurch unter Bruch des Potsdamer Abkommens aus dem deutschen Wirtschaftsorganismus herausgelöst und bildeten die Vorstufe für die Gründung des westdeutschen Separatstaates mit antisowjetischer Ausrichtung.

Die Verhinderung grundlegender antifaschistischer Veränderungen, die nun immer offener das erklärte Ziel der westlichen Besatzungsmächte wurde, wirkte sich auch zunehmend auf die Beurteilung der Naziverbrechen aus, insbesondere, wenn damit eine Anklage des Monopolkapitals verbunden war. Klaus Drobisch schreibt dazu: «Schon während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und danach unternahmen einflussreiche Kreise der imperialistischen Besatzungsmächte, besonders der USA, viele Versuche, internationale Prozesse gegen deutsche Monopolkapitalisten, die Verbrechen gegen den

Frieden und die Menschlichkeit begangen hatten, zu verhindern. Die Bestrebungen fanden ihre Widerspiegelung in einer Erklärung des US-Kriegsministers Patterson vom 24. April 1946 – noch während der Verhandlungen gegen die Hauptkriegsverbrecher –, dass solche Prozesse höchst unerwünscht seien.»

Robert H. Jackson, der amerikanische Ankläger im Hauptkriegsverbrecherprozess, riet auf Grund seiner Kenntnisse des Belastungsmaterials gegen das deutsche Monopolkapital in einer geheimen Denkschrift vom 7. Oktober 1946 von Prozessen gegen dessen Vertreter ab: «Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozess gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer gross werden. Ich hege die Befürchtung, dass eine sich über lange Zeit erstreckende öffentliche Debatte gegen die Privatindustrie – und zu einer solchen würde es im Laufe dieses Prozesses kommen – den Industriekartellen den Mut nehmen würde, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmassnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten.»

Natürlich entging den Angeklagten und ihren gewieften Verteidigern nicht, dass der politische Wind für sie allmählich immer günstiger wehte. Das bestärkte sie darin, die Anklage als einen Angriff auf das industrielle Eigentum und das Kapital schlechthin darzustellen, stets in der Hoffnung, dass massgebende Kreise des amerikanischen Finanzkapitals und der US-Regierung eingreifen würden. Der Verteidiger Walter Siemers, der vorher den Kriegsverbrecher Raeder verteidigt hatte und nun den Flick-Neffen Bernhard Weiss vertrat, erklärte denn auch wider besseren Wissens dem Gericht: «Dieser erste Wirtschaftsprozess ist kein Angriff gegen Dr. Flick und seine Mitarbeiter, sondern ein Angriff gegen die ganze deutsche Wirtschaft, gegen den Kapitalismus und gegen seine Industriellen.»

Das Team der Verteidiger – jeder Angeklagte hatte einen eigenen Rechtsbeistand zur Verfügung – war sorgfältig aus-

gewählt worden; sie gehörten durchweg zur Spitzenklasse und hatten fast alle bereits im Hauptkriegsverbrecherprozess Erfahrungen für ihre neue Aufgabe sammeln können. Flick nahm Rudolf Dix zum Anwalt, der im Hauptkriegsverbrecherprozess Schacht verteidigt hatte, und Otto Steinbrinck wählte Hans Flächsner, der zuvor Speers Rechtsvertreter gewesen war. Die Anwälte verfügten wiederum über sorgfältig ausgewählte «Assistenten». Flick stützte sich auf den erfahrenen hauseigenen Juristen Fritz Streese, Flächsner auf Franz von Papen jr., den Sohn des ehemaligen Reichskanzlers und Steigbügelhalter Hitlers, und Kranzbühler als Rechtsbeistand von Weiss wählte Wolfgang Pohle, der fortan ein enger Vertrauter Flicks bleiben und als späterer Schatzmeister der CSU und Bundestagsabgeordneter einer der wichtigsten Interessenvertreter Flicks auf der Bonner politischen Bühne werden sollte.

Das Belastungsmaterial, das die Anklagebehörde zusammengetragen hatte, war überwältigend. Es bewies, dass allein im Jahre 1944 50'000 Menschen unter den grausamsten Verhältnissen, bis zur physischen Erschöpfung, Sklavenarbeit für Flick leisten mussten. Auspeitschungen und andere Brutalitäten waren in den Flick-Betrieben zur Aufrechterhaltung von «Zucht und Ordnung» gang und gäbe. Waren die Kriegsgefangenen, Zwangsdeportierten und KZ-Häftlinge für die Rüstungsindustrie nicht mehr verwendungsfähig, erwartete sie ein mitleidsloses Ende.

Die direkte finanzielle Unterstützung der Nazibarbarei, so konnte die Anklage ferner ermitteln, hatte sich Flick von 1933 bis 1945 insgesamt 7,65 Millionen RM kosten lassen, was allerdings nur gut ein Drittel der wahren Summe ausmachte.

«Die wussten, wie die Dinge wirklich standen ...»

Dem grossen Anwaltsaufgebot entsprechend, war der Aufwand der Verteidigung gewaltig. Sie versuchte vor allem, durch mündliche Zeugenaussagen in Form von eidesstattlichen Erklärungen den erdrückenden Berg von dokumentarischem Belastungsmaterial zu unterminieren. Dazu hatte sie ein Heer von über 50 Entlastungszeugen benannt, darunter viele führende Vertre-

ter der Wirtschaft und der faschistischen Wehrmacht sowie leitende Angestellte des Flick-Konzerns. Zu den prominentesten gehörten Hjalmar Schacht, Ex-Rüstungsminister Albert Speer und der ehemalige Generalfeldmarschall Eberhard Milch, Görings besonderer Vertrauter. Auch General von Hanneken, der Flicks Expansion im Dritten Reich aus unmittelbarer Nähe verfolgt hatte, wurde aufgeboten. Seine Aussage löste jedoch bei den Angeklagten und deren Anwälten keine Begeisterung aus, da sie nicht gerade ihrer Absicht entsprach, die Unschuld der gesamten Industrie schlechthin zu beweisen. Zu den Möglichkeiten der Industriellen befragt, den verbrecherischen Krieg zu verhindern, äusserte Hanneken: «Die Tendenz der Industriellen war, so viel Aufträge wie möglich zusammenzuraffen ... die wussten, wie die Dinge wirklich standen ... sie haben gesagt: ‚Wir wollen Hitler stützen.‘ Hätten sie nämlich gesagt: ‚Wir treiben hier in eine Schweinerei hinein« – dann wären die Dinge anders gekommen ...»

Selbst «Kronprinz» Otto-Ernst, der ebenfalls als Zeuge der Verteidigung geladen worden war, riss sich mit seiner Aussage kein Bein aus. Es war ihm deutlich anzumerken, dass er sich heraushalten wollte und deshalb ein entschiedenes Engagement vermied. Zu Bekannten äusserte er in dieser Zeit seine Freude darüber, wenigstens nicht auch noch Friedrich zu heissen. Diese Haltung und das «dolce vita» des Ältesten während seiner Haft vergass Flick nie ganz, was der Sohn noch deutlich merken sollte.

Einstweilen musste der Konzernchef sich jedoch darauf konzentrieren, wie er den Vorwürfen der Anklagebehörde standhalten sollte. Seine grösste Hoffnung war die antisowjetische Politik der Amerikaner, für deren Verwirklichung sie einen Mann wie ihn auf längere Sicht nicht entbehren konnten. Diese Gewissheit prägte seine Haltung vor Gericht. In der Regel behauptete er, von den ihn belastenden Vorgängen nichts gewusst zu haben oder nicht zuständig gewesen zu sein. Wurde ihm seine Schuld aber so eindeutig nachgewiesen, dass er diese Position nicht halten konnte, erklärte er unverblümt, lediglich unter dem Zwang des Naziregimes gehandelt zu haben.

Die Anklagebehörde nahm Flick und seinen Helfern solche Argumentation nicht ganz ab und war der Meinung, dass das Ergebnis der Verhandlung wenig Raum für Zweifel an der Schuld der Angeklagten liess. Chefankläger Telford Taylor in seinem Schlussplädoyer: «Vieles in dem, was als Verteidigung dienen soll, ist unwahr, andere Punkte sind unerheblich oder halten einer ernstlichen Prüfung nicht stand. Das ganze Gebilde fällt, wenn man es vom rechtlichen und tatsächlichen Standpunkt untersucht, auseinander wie ein Spinnwebgewebe, das vom Besen der Hausfrau berührt wird.»

Taylor nannte noch einmal die harten Fakten, denen die Angeklagten nur stereotyp die Bemerkung über ihre angebliche Unzuständigkeit entgegensetzen konnten: «Millionen von Zivilpersonen wurden aus den von Deutschland besetzten Gebieten gegen ihren Willen ins Reich gebracht und zur Arbeit eingesetzt. Tausende von ihnen arbeiteten als Zwangsarbeiter in Werken des Flick-Konzerns. Das stellt Versklavung dar. Häufig waren die Arbeitsbedingungen so, dass Krankheiten und Todesfälle die Folge sein mussten und tatsächlich die Folge waren. Flick und die anderen Angeklagten des Flick-Konzerns wussten während des Krieges, dass viele Sklavenarbeiter in der Belegschaft ihrer Werke waren. Die Angeklagten haben tatsächlich Fabriken und andere wesentliche Werte in den besetzten Gebieten gegen den Willen der wahren Eigentümer in ihren Besitz und unter ihre Kontrolle zu bringen versucht und haben tatsächlich diesen Besitz und diese Kontrolle erlangt. Die Angeklagten haben sicherlich versucht, umfangreichen Besitz in Deutschland von jüdischen Eigentümern zu erwerben, die ihr Eigentum nicht aufzugeben wünschten, und haben tatsächlich diesen Besitz erworben; bei dem Erwerb dieses Besitzes machten sich die Angeklagten die antisemitische Gesetzgebung und Politik der nationalsozialistischen Regierung zunutze und gebrauchten sie als Druckmittel. Die Angeklagten Flick und Steinbrinck haben sich tatsächlich frühzeitig mit Himmler in Verbindung gesetzt, sind dann regelmässig bis zum Kriegsende mit Himmler und anderen berüchtigten SS-Führern zusammen-

gekommen und haben erhebliche Summen Geldes beigesteuert, welche zu finanziellen Hilfsquellen der SS wurden. Alle diese grundlegenden Tatsachen, die in der Anklageschrift zur Last gelegt werden, sind einwandfrei bewiesen worden und können ernstlich nicht mehr bestritten werden.»

Taylor forderte im Schlussplädoyer daher, durch das Urteil und den Schuldspruch die allgemeinen Gesetze menschlichen Betragens, wie sie in der zivilisierten Gesetzgebung niedergelegt sind, zu bestätigen und mit dem Urteil zur Aufklärung des deutschen Volkes und aller Völker beizutragen.

Das Urteil

Die amerikanische Anklagebehörde hatte natürlich die veränderte Haltung entscheidender politischer Kräfte in ihrem Heimatland gegenüber dem deutschen Monopolkapital zu spüren bekommen, und Taylor bezweifelte deshalb, ob der geforderte Schuldspruch durch das Gericht gefällt würde. Er versuchte daher, taktischen Erwägungen der Richter entgegenzuwirken, als er bemerkte: «Die Verbrechen der Angeklagten standen in Zusammenhang mit dem Krieg; und der Krieg ist etwas, was jeder gerne vergessen möchte. Die Augen der Welt sind jetzt auf andere Dinge gerichtet. Aus diesem Grunde hat die Verteidigung uns erklärt – und wird uns zweifellos von neuem erklären –, dass die Verhandlung gegen diese Angeklagten ein reiner Anachronismus sei. Aber der Wiederaufbau, nach dem die zivilisierte Welt dringend verlangt, ist ein Wiederaufbau nicht nur in materieller, sondern auch in moralischer Hinsicht. Und eines der Mittel zu diesem Zweck ist die erneute Bestätigung grundlegender Rechtssätze. Wir können nicht zulassen, dass ausserordentlich umfangreiche Verletzungen dieser Rechtssätze ungestraft bleiben und, was noch schlimmer ist, vergessen werden.»

Nach neunmonatiger Verhandlung erging am 22. Dezember 1947 das Urteil. Die drei amerikanischen Richter Charles B. Sears, Richter a. D. am Berufungsgericht des US-Staates New York, Frank N. Richman, Richter a. D. am Obersten Gericht des

US-Staates Indiana, und William C. Christianson, Richter a. D. am Obersten Gericht des US-Staates Minnesota, fällten ein skandalöses Urteil, das Ankläger Taylor als «äusserst, um nicht zu sagen übertrieben milde und versöhnlich» bezeichnete. Flick erhielt danach sieben Jahre, Steinbrinck fünf und Weiss zweieinhalb Jahre Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Zu Punkt I (Sklavenarbeit) befand man Flick und Weiss für schuldig, wobei das Gericht noch Einschränkungen machte: «Das Beweismaterial, das zur Erhärtung dieser Anschuldigung vorgebracht wurde, war dürftig.»

Beim Anklagepunkt II (Plünderung) wurde nur bei Flick, und das auch sehr eingeschränkt, auf schuldig erkannt.

Für den Anklagepunkt III (Arisierung) erklärte sich das Gericht nicht zuständig. Begründung: «Die Aburteilung von Kriegsverbrechen ist eine so umfangreiche Aufgabe, dass weder eine Notwendigkeit noch ein Vorwand dafür bestehen, durch dieses Gericht Personen aburteilen zu lassen, die strafbare Handlungen ohne Zusammenhang mit dem Krieg begangen haben.»

Zum Anklagepunkt IV (Finanzielle Unterstützung der SS) wurden Flick und Steinbrinck zwar für schuldig befunden, aber auch hier schwächte das Gericht ab: «Wir können in den Versammlungen (des Freundeskreises Himmler – M. O.) selbst nicht die finsternen Zwecke finden, deren Bestehen die Anklagebehörde behauptet hat.»

Am Anklagepunkt V (Mitgliedschaft in der SS) war nichts zu deuteln – das Gericht erkannte daher auf Schuld von Steinbrinck.

Obwohl das Strafmass für die Verurteilten in Anbetracht ihrer Verbrechen ausserordentlich niedrig war, zeigten sie sich betroffen über die «Härte des Gerichts».

Uneinsichtig gegenüber den eigenen Taten und ohne eine Spur von Bedauern gegenüber dem menschlichen Leid, das durch ihn und in seinem Namen zahllose Opfer erleiden mussten, verzichtete Flick in seinem Schlusswort, das er für alle Angeklagten sprach, nicht auf die grosse Pose. «Ich protestiere ge-



Flick bei seiner Verurteilung als Kriegsverbrecher

gen die Tatsache», rief er aus, «dass in meiner Person Deutschlands Industrielle vor der ganzen Welt als Sklavenausbeuter und Räuber verleumdet werden ... Niemand unter den vielen Leuten, die meine Mitangeklagten und mich kennen, wird glauben wollen, dass wir Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, und niemand wird uns unterstellen, dass wir Kriminelle sind.»

Flick trug während des Prozesses die gewohnte Maske eines biedereren Geschäftsmannes. Was auch immer in und um den Flick-Konzern geschehen war, sein Chef wollte nie etwas anderes gewesen sein als ein seriöser Unternehmer. Seine amerikanischen Richter, die anscheinend viel für das Big Business übrig hatten, zeigten sich denn auch davon beeindruckt und rechtfertigten die Untaten des Angeklagten gewissermassen selbst, als sie in ihrem Urteil bemerkten: «Etwas zu begehren

ist eine Sünde gemäss den Zehn Geboten, aber weder eine Verletzung der Haager Bestimmungen noch ein Kriegsverbrechen.» Das Gericht befand in kaum zu übertreffender Ignoranz aller Fakten, dass, abgesehen von gewissen Tätigkeiten Steinbrincks, «die Angeklagten in keiner Verbindung mit der nationalsozialistischen Regierung» gestanden hätten, sondern «private Bürger» waren, «die sich in der deutschen Schwerindustrie betätigten».

So stand Flick am Ende des Prozesses – dank dem Verständnis seiner Richter – beinahe als das da, was er immer zu sein vorgab: ein stets streng legal handelnder Geschäftsmann. Der «königliche Kaufmann» musste sich jedoch grollend damit abfinden, dass die Amerikaner mit Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit gezwungen waren, ihn wenigstens für eine Zeitlang ins Gefängnis zu schicken. Das gleiche traf übrigens auch für Alfred Krupp und die Konzernspitze der IG Farben zu, die in zwei weiteren Prozessen vor amerikanischen Militärgerichten zur Verantwortung gezogen worden waren.

Im komfortabelsten Gewahrsam der Alten Welt

Flick, der nach seiner Verurteilung in das Gefängnis von Landsberg kam, in dem Hitler nach dem Münchener Putsch von 1923 gesessen hatte und die Gelegenheit fand, sein Druckwerk «Mein Kampf» zu verfassen, dachte nicht daran, zu resignieren und sich mit seiner Lage abzufinden. Er beschäftigte sich sehr intensiv mit den Möglichkeiten eines Revisionsverfahrens beziehungsweise mit der Erlangung eines Hafterlasses; ausserdem vernachlässigte er auch jetzt die vielfältigen Konzernprobleme nicht. Flick beauftragte die drei amerikanischen Anwälte Carter, Ledyard und Milburn, seine Interessen zu wahren und insbesondere eine Revision des Urteils zu erreichen. Da sie die Fakten der Anklage nicht entkräften konnten, bedienten sie sich mehr als zwielfältiger Methoden. Sie versuchten es unter anderem damit, dass sie der US-Regierung nachwiesen, dass in den USA während des Krieges deutsche Kriegsgefangene für die Rüstungsindustrie eingesetzt worden waren.

Doch für Flick änderte sich dadurch nichts. Dass ihm die

Bemühungen seiner Anwälte und ihre Recherchen vorerst keinen Nutzen brachten, erbitterte den Konzernchef erheblich. «Mein Court», so äusserte er sich später, «war eindeutig ein amerikanisches Gericht. Alle, Sekretärinnen, Hilfsleute und Richter, waren Amerikaner. Ausserdem haben sie doch zweimal täglich für die USA gebetet. Die Ablehnung meiner Revision entsprach nur der Staatsräson der USA. Die Amerikaner befürchteten ganz einfach von ihr unangenehme Folgen für ihre anderen Sonderprozesse; die Ärzte (die im SS-Ärzteprozess verurteilt worden waren – M.O.) hatten sie ja schon aufgehängt.»

Der Insasse der Prominentenhaftanstalt Landsberg, nach amerikanischer Einschätzung das «komfortabelste Gewahrsam der Alten Welt», bekam bald eine Vorzugsstellung als Registrator der Gefängnisbibliothek, die er im Übrigen sträflich vernachlässigte. Der Umgang mit Büchern regte Flick aber an, sich selbst literarisch zu betätigen. Was ihn am meisten beschäftigte, war sein eigenes Leben, und so begann er logischerweise mit einer Autobiographie. Es blieb beim Beginn; denn in den Jahren seiner Haft entstanden nur ganze dreizehn Seiten, da er wenig Zeit für diese selbstgewählte Aufgabe fand. Das Hauptinteresse Flicks galt, wie könnte es anders sein, auch in Landsberg dem Konzern.

Konrad Kaietsch, nach seinem Freispruch im Dezember 1947 aus der Haft entlassen, knüpfte die Fäden zwischen dem Konzern und Flick. Was scherte einen Mann wie Flick, obwohl er rechtskräftig verurteilter Kriegsverbrecher war, etwas so Läppisches wie die Gefängnisordnung. Für ihn war es offensichtlich eine Kleinigkeit, Landsberg zu einer Art Konzernzentrale umzufunktionieren. «Zweimal pro Woche», so schrieb «Der Spiegel», «kam der Bevollmächtigte Kaietsch. Jedesmal brachte er einen anderen Direktor der im Westen verbliebenen Fabriken mit in das Gefängnis; getarnt als Rechtsanwalt oder Aktenträger.» Zu den Besuchern gehörten sinnigerweise auch die früheren Mitangeklagten Odilo Burkart und Alfred Rohde.

Kaietsch informierte den Chef darüber, was von seinem

einstigen Imperium noch übriggeblieben war und wie es in den Werken aussah. Ausserdem beriet er mit ihm die anstehenden Aufgaben, vor allem die Einsetzung von geeigneten Betriebsleitungen. Nach dem Militärgesetz Nr. 52 war zwar dem gesamten Flick-Clan die Ausübung seiner Eigentumsrechte zeitweilig untersagt, aber Flick blieb es dennoch vorbehalten, die Treuhänder für seine Betriebe selbst zu bestimmen. Er wählte dazu nicht nur Spitzenmanager des eigenen Konzerns aus, sondern ebenso einflussreiche Bankiers wie Robert Pferdmeniges (Kölnener Oppenheim-Bank) und Hermann Josef Abs (Deutsche Bank), die über gute Beziehungen zu den imperialistischen Besatzungsmächten und zu den neuformierten politischen Kräften, insbesondere der CDU, verfügten. Beide fungierten als Berater, ja Vertraute des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer.

Kaietsch war um Kontakt mit den Treuhändern bemüht und dazu ständig unterwegs. Über seine Schwierigkeiten dabei äusserte er sich später: «Mit einem alten Volkswagen und ein paar tausend Papiermark, die mir alte Freunde geliehen hatten, bin ich in der Zeit, da der ‚Alte Herr‘ noch in Haft sass, kreuz und quer durch die Lande gefahren und habe Bestandsaufnahmen gemacht. Weder hatten wir brauchbare Unterlagen über das, was uns nach dem Zusammenbruch geblieben war, noch wussten wir, auf welchen Banken Konten bestanden oder gar wieviel Geld dort verbucht war.»

Die Nachrichten, die Flick aus der sowjetischen Besatzungszone erhielt, mussten für ihn bestürzend sein. Das, was ihm sein «treuer Eckehart» Kaietsch von dort als Bilanz offerieren konnte, waren nur Nullen. Schon bevor er zur Verbüssung seiner Gefängnisstrafe nach Landsberg ging, hatte Flick erfahren müssen, dass seine gesamten Produktionsanlagen und Kohlengruben in der damaligen Ostzone enteignet worden waren. In einem Volksentscheid im Land Sachsen hatten sich am 30. Juni 1946 77,6 Prozent aller Teilnehmer für ein Enteignungsgesetz entschieden, dessen Artikel 1 lautete: «Das ganze Vermögen der Nazipartei und ihrer Gliederungen und die Betriebe



Der Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wird vorbereitet

Von Flick befreit – Die Maximilianshütte in Unterwellenborn als landeseigener Betrieb



und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazi-Partei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes übergeführt.» Dem Beispiel Sachsens waren bald die anderen Länder der sowjetischen Besatzungszone – Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg und Brandenburg – gefolgt.

Flick war sich auch seines westdeutschen Besitzes keineswegs sicher. Die Schuld des deutschen Monopolkapitals an Faschismus und Krieg war trotz weitaus geringerer Aufklärung im Bewusstsein der Bevölkerung auch hier so deutlich, dass in die Länderverfassungen von Hessen und Nordrhein-Westfalen, wo Flick mit Harpen bedeutenden Steinkohlenbesitz hatte, Artikel aufgenommen wurden, die eine Enteignung der Grundstoffindustrien und anderer monopolartiger Gebilde vorsahen. Ausserdem quälte den Häftling in Landsberg noch die Auflage der Alliierten, den Rest der Friedrich Flick KG in 23 Einzel-firmen aufzulösen. Otto-Ernst Flick, der anfangs von den Amerikanern ebenfalls verhaftet worden war, später aber freigelassen wurde, hatte so wenig Zutrauen in die Zukunft des Flick-Konzerns, dass er es vorzog, sich für alle Fälle eine selbständige Existenz aufzubauen. Er betrieb von München aus die Eisenhandelsfirma «Südferrum» und erreichte mit einer Ware hohe Umsätze, die es als einzige ziemlich reichlich gab – mit Schrott. Bei seinen Geschäften halfen ihm natürlich die alten Konzernbeziehungen; denn sein Hauptabnehmer war der in der amerikanischen Besatzungszone gelegene Teil der Maxhütte, der – ohne im Krieg Schaden genommen zu haben – erneut produzierte. Flick soll die Eigenständigkeit seines Sohnes übrigens nicht besonders gern gesehen haben; einmal wohl, weil ihn die Unabhängigkeit des «Kronprinzen» störte, zum anderen, weil er bei ihm so etwas wie «Fahnenflucht» witterte.

Zusammenarbeit im Gefängnis

Aber Flick hatte nach einer gewissen Durststrecke auch wieder Gelegenheit, sich zu freuen, so, als er erfuhr, dass die westlichen Besatzungsmächte untersagt hatten, dem Beispiel in der sowjetischen Besatzungszone zu folgen und die Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher zu enteignen. Seine Besucher konnten dem erleichterten Konzernchef berichten, dass sich dahinter die Absicht verbarg, die Grundlagen für die kapitalistische Entwicklung eines geplanten westdeutschen Separatstaates unbedingt zu erhalten. Mit Vergnügen hörte Flick, dass die westlichen Besatzungsmächte immer offener davon sprachen, dass sie eine politische Entwicklung wie die im Osten nicht zulassen würden. Es erfüllte ihn mit Genugtuung, dass die Amerikaner ihre Wirtschaftshilfe in Form des Marshallplanes nur leisten wollten, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung intakt blieb. Ein Berater der amerikanischen Militärregierung sprach es aus: «Das deutsche Volk soll sich keinen Illusionen hingeben. Der Marshallplan ist die konsequenteste Restauration des Privateigentums. Mit ihm ist keine Art von Sozialismus zu vereinbaren.» Das verriet deutlich die amerikanische Interessenpolitik, die mit der Lieferung von Roh- und Brennstoffen sowie Lebensmitteln sowohl den angeschlagenen Kapitalismus in den Empfängerländern als auch deren Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus stärken wollte.

Flick war über die politische und ökonomische Entwicklung, die sich «draussen» vollzog, nicht nur durch seine Besucher, sondern auch durch die ihm als Gefängnisbibliothekar zur Verfügung stehenden Informationen bestens orientiert. Er kümmerte sich zwar nicht gerade emsig um seinen Posten in der Bibliothek, wo er seinem Nachfolger bei der Entlassung einen Bearbeitungsrückstand von vier Monaten hinterliess, las dafür aber um so mehr. Besonders berührten ihn alle Nachrichten über die wirtschaftspolitische Lage in den westlichen Besatzungszonen und die Vorbereitungen für die separate Staatsgründung. Darüber hinaus verschlang der privilegierte Häftling, wie «Der Spiegel» berichtete, «täglich Bilanzen, Statistiken und Pro-

duktionsberichte der westdeutschen Industrie». Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den USA beschäftigten ihn ebenfalls intensiv, da er nicht zu Unrecht glaubte, von ihnen die künftige Entwicklung in den anderen Ländern des Kapitals ablesen zu können.

Flick hatte aber neben diesem mehr allgemeinen auch ganz konkretes Interesse an dem Sieger aus Übersee. Die traditionell guten Geschäftsbeziehungen zu so einflussreichen Wallstreetgrößen wie Morgan, Rockefeller und Harriman waren nicht vergessen. Seine in die USA reichenden Verbindungen waren nicht etwa darauf beschränkt, CARE-Pakete zu bekommen. Noch als Häftling verhandelte er bereits eifrig mit den Amerikanern über erneute wirtschaftliche Zusammenarbeit, obwohl ihm das Verfügungsrecht über seine Betriebe entzogen worden war.

Die milden Urteile im Flick-Prozess bildeten eine entsprechende Basis für diese Geschäfte. Wie weit sie schon während Flicks Gefängnisaufenthalt gediehen waren, verriet unfreiwillig ein Bericht der BRD-Zeitschrift «Die Atomwissenschaft» anlässlich der am 27. Oktober 1956 erfolgten Übergabe des ersten in der BRD hergestellten Uranstabes durch den wieder als Generaldirektor der Maxhütte zu Ehren gekommenen Odilo Burkart an Kriegsminister Franz Josef Strauss. In dem Bericht hiess es: «Dr. Burkart gab einige Einzelheiten aus der Entwicklung der deutschen Urangewinnung in Weissenstadt bekannt, die bereits im Frühjahr 1950 von der Max-Hütte (Eisenwerk Maximilianshütte AG, Sulzbach-Rosenberg) vorbereitend aufgenommen wurde. Trotz des damaligen Verbots durch alliierte Gesetze nahm der Besitzer der Max-Hütte, Friedrich Flick (damals noch im US-Gefängnis in Landsberg), zusammen mit dem Leiter der US-Sektion der alliierten Sicherheitsabteilung in Berlin, Mr. Kelly, das Risiko auf sich, die Prospektionsarbeiten zu finanzieren und gegenüber dem alliierten Sicherheitsdienst abzudecken.»

Neben solchen geheimen Rüstungsarbeiten beschäftigte Flick auch die Neugruppierung seines Restkonzerns. Der Kriegs-

Verbrecher füllte viel Papier mit diesem reizvollen Puzzlespiel. Ausgangspunkt für seine Überlegungen war die alliierte Auflage, die Friedrich Flick KG aufzulösen und die dazu gehörenden Werke zu entflechten, das heisst, ihre bisherigen Kapitalverbindungen zu lösen. Ausserdem wurde von Flick gefordert, sich entweder von seinem Kohle- oder von seinem Stahlbesitz zu trennen. Was Flick in Landsberg an Entwürfen zustande brachte, blieb allerdings bis zu seiner Entlassung nur Theorie; denn als Häftling weigerte er sich beharrlich, irgendwelche Verpflichtungen zur Veränderung seines Konzerns zu unterschreiben. Er sah in dieser störrischen Haltung ein Mittel, den Aufenthalt in Landsberg zu verkürzen. Aber auch die Freunde Flicks bemühten sich weiterhin, und verstärkt nach der Gründung der BRD, den Industriemagnaten vorfristig auf freien Fuss zu setzen. Wichtige Verbindungen von Landsberg nach Bonn liefen dabei über Odilo Burkart und Robert Tillmanns, die beide in die CDU eingetreten waren. Flicks ehemaliger Privatsekretär Tillmanns, der, wie bereits erwähnt, sogar Gründungsmitglied der CDU war, gehörte dem Geschäftsführenden Parteivorstand sowie dem Bundesparteiausschuss an und wirkte als Vorsitzender der CDU in Westberlin. Von 1953 bis zu seinem Tod 1955 war er Mitglied der Adenauer-Regierung und mit der Funktion eines «Ministers für besondere Angelegenheiten» betraut.

Zu den «besonderen Angelegenheiten» Tillmanns' gehörte es zweifellos jederzeit, Flicks Interessen, unter anderem auch gegenüber Konrad Adenauer, zu vertreten. Bei diesem, der dabei war, alle restaurativen Kräfte um sich zu scharen, fand Tillmanns Drängen auf Freilassung Flicks den gewünschten Widerhall. Adenauer setzte sich nachdrücklich für Flick ein und nutzte dazu erfolgreich seine überaus engen Beziehungen zu den Amerikanern. So kam Flick schliesslich am 25. August 1950 durch einen Amnestieerlass des amerikanischen Hohen Kommissars John McCloy, Verwandter und Vertrauter des Bundeskanzlers, vorzeitig frei und wurde erwartungsvoll von «alten» und «neuen» Freunden empfangen. Nur wer den Siegerländer «Geier» nicht kannte, konnte annehmen, dass der jetzt Sie-

benundsechzigjährige sich nach seinen jüngsten Erfahrungen nun auf ein beschauliches Rentnerdasein orientierte. In guter körperlicher und geistiger Verfassung, mit ungebrochenem Machtstreben, ausgerüstet mit einem fundierten Wissen über die wirtschaftlichen Möglichkeiten in der seit einem Jahr bestehenden BRD, verliess er, bereit zu neuen Taten, sein Gefängnis in Landsberg.

Es war eine «Heimkehr» besonderer Art, vergleichbar mit der Rückkehr eines Königs aus dem Exil, hätte man nicht bewusst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vermieden. Alle entscheidenden Türen des jungen Staates öffneten sich ihm, da in dieser Republik das Motto «Geld regiert die Welt» ganz oben stand. Und der Häftling von Landsberg war vom ersten Tag der BRD an einer ihrer reichsten Männer, denn trotz der Verluste am Konzernvermögen stellte der Rest doch immer noch einen Wert von mehreren hundert Millionen DM dar.

Goldene Schlange – Entflechtung

Während Flick durch die Enteignung seiner Betriebe auf dem Gebiet der heutigen DDR jegliches Verfügungs- und Mitspracherecht über sie verloren hatte, lief im Westen ein schizophrenes Spiel, das etwas verändern wollte, was sich in Wirklichkeit nicht verändern sollte. Sinn des Spiels, das sich Entflechtung nannte, war es, einige Grosskonzerne wie die Vereinigten Stahlwerke, die IG Farben und den Flick-Konzern in mehrere selbständige Unternehmen aufzulösen. Es war von den westlichen Besatzungsmächten begonnen worden, um dem weltweiten Drängen nach Zerschlagung der Machtgrundlagen der deutschen Monopolbourgeoisie, der offensichtlich Hauptschuldigen am zweiten Weltkrieg, scheinbar nachzukommen, aber auch aus dem Wunsch heraus, dem imperialistischen Gegner ein paar Zähne zu ziehen.

Der Entflechtung standen allerdings ihre Bemühungen entgegen, alles abzuwenden, was eine grosskapitalistische Entwicklung in Westdeutschland verzögern oder gar verhindern konnte. Aus dieser politischen Grundhaltung heraus waren die imperialistischen Besatzungsbehörden gegenüber den Wünschen der deutschen Monopole nicht nur – milde gesagt – kompromissbereit, sie gingen sogar so weit, den Bock zum Gärtner zu machen, als sie denjenigen die Entflechtung überliessen, die daran alles andere als interessiert waren – den deutschen Konzernherren selbst.

Die Monopolisten erkannten recht bald, dass die Devise «Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass» für sie gerade die richtige Haltung zur Schaukelpolitik der westlichen Besatzungsmächte war. Auch Flick handelte danach. Er hatte zwar nach wie vor die Auflage, die Friedrich Flick KG als Dach-

gesellschaft seines Konzerns aufzulösen, zeigte jedoch keinerlei Neigung, dies tatsächlich zu tun. Geringschätzig äusserte er einmal, dass er sich nicht sein letztes Hemd wegnehmen lassen wolle. In diesem Sinne begann Flick auch erfolgreich, seinen Einfluss in Bonn zu mobilisieren. Nur fünf Monate nach seinem Abschied von Landsberg, im Januar 1951, hatte er bereits einen zeitweiligen Aufschub für die Auflösung seiner Dachgesellschaft in der Hand. Man konnte dazu in der westdeutschen Presse lesen: «Die vom Alliierten Oberkommissariat auf Grund einer neuen Durchführungsverordnung zum Gesetz 27 angeordnete Liquidation... der Friedrich Flick KG, Düsseldorf, ist vorläufig ausgesetzt worden. Die Bundesregierung hatte gegen diese Massnahmen Bedenken geltend gemacht, die zurzeit vom Oberkommissariat geprüft werden.»

«Die Bundesregierung» war in Wirklichkeit Adenauer selbst, denn der Flick-Kolonie in Bonn war es gelungen, den Bundeskanzler erneut vor ihren Wagen zu spannen. Er brachte die Bedenken gegen die angeordnete Liquidation der Friedrich Flick KG vor. Aber Flick verhandelte zusätzlich persönlich mit den zuständigen alliierten Stellen und machte ihnen einige Vorschläge zur «Entflechtung», die mit seinen Vorstellungen für eine Neustrukturierung des Konzerns übereinstimmten. Am 1. Juli 1951 erhielt Flick von ihnen zur Realisierung dieser Pläne die Handlungsvollmachten für seinen westdeutschen Konzernbesitz zurück. Bereits während seiner Landsberger «Studienzeit» hatte er erkannt, dass künftig nicht unbedingt der Kohlebergbau und die Eisenindustrie die grössten Profite bringen würden. Seiner Auffassung nach boten die modernen Wachstumsbranchen Chemie, Elektroindustrie, Maschinen- und Automobilbau günstigere Profitbedingungen, und diese Erkenntnis wollte er natürlich bei der anstehenden Veränderung seines Imperiums nicht ungenutzt lassen. Die Anweisung des Alliierten Oberkommissariats, sein Montanreich zu entflechten und sich entweder von seinen Kohlengruben oder seinen Stahlwerken zu trennen, machte Flick die Zuwendung zu anderen Industriezweigen leicht. Vor die Wahl Kohle oder Eisen gestellt,

blieb er dem Eisen treu (Flick: «Ich bin ein Eisenmann»), eine sich später als vorteilhaft erweisende Entscheidung.

Beratung mit Adenauer

Eine Zeitlang hatte sich Flick jedoch mit dem Gedanken getragen, neben dem Eisen noch die Kohle zu behalten. Über die Möglichkeiten, die Auflage der Besatzungsmächte auf Schleichwegen zu umgehen, konferierte er unter anderem mit Bundeskanzler Adenauer. Sie waren sich einig, dass ein Tarnungsmanöver nur bei einem zeitweiligen Einfrieren von Flicks Kommandogewalt im Kohlebergbau gelingen könnte.

Flick würde sich damit sicherlich abgefunden haben, wenn es ihm finanziell lohnend erschienen wäre und die «neuen» Industrien nicht gelockt hätten. «Stille» Teilhaberschaft war ihm ja durchaus vertraut. Später begründete er das Abstossen der Kohle, zu dem er sich schliesslich durchrang, allerdings mit seinen eingeschränkten Unternehmerrechten, die er hätte in Kauf nehmen müssen. 1958 äusserte er sich gegenüber dem «Spiegel»: «Ich habe alles versucht, um die Verkaufsaufgabe abzuschütteln. Aber auch der Bundeskanzler konnte mir nichts in Aussicht stellen. Ich sollte also bei der Kohle, wenn ich nicht verkaufte, das volle unternehmerische Risiko laufen, aber nicht einmal einen Sitz im Aufsichtsrat bekommen. Aber das Risiko laufen und keinen Einfluss auf die Geschäfte nehmen, das passte nicht zu meinem Fahrplan. Ich habe meine Geschäfte immer selbst geführt, und es wäre mir scheusslich gewesen, wenn das Leute tun sollten, die von den Dingen nicht so viel verstehen, wie ich es von mir glaube.»

Diese selbstbewussten Sätze waren nicht die ganze Wahrheit, sondern sollten wohl in erster Linie vor jeder künftigen Einschränkung seiner Unternehmersherrlichkeit warnen. Der Verkauf der Kohlenzechen wurde für Flick jedenfalls ein grosses Geschäft. Die Grundlagen für diesen Coup hatte er bereits im Gefängnis gelegt, als er eine Neugruppierung seiner Kohlegesellschaften veranlasste. Aus der Harpener Bergbau AG, deren Aktien er zu 65 Prozent besass, hatte er die Essener Stein-



Separate westdeutsche Währungsreform – Vor einer Umtauschstelle

kohlenbergwerke AG, die von Harpen hundertprozentig kontrolliert wurde, herausgelöst. Als Mehrheitsaktionär konnte er beide Gesellschaften fast nach Belieben Ordnen, und so hatte er ihnen die Kohlenzechen nach geographischen Gesichtspunkten zugeteilt; die Essener Gesellschaft bekam die im Westen und Harpen die im Osten des Ruhrgebietes gelegenen Gruben.

Gleichzeitig mit dieser Regelung veränderte Flick auch die bestehenden Kapitalverhältnisse, was ihm bei der Währungsreform, die die Sachwertbesitzer ohnehin begünstigte, erlaubte, einen weitaus besseren Schnitt zu machen als die meisten Westdeutschen, die ihre Reichsmarkbeträge im Verhältnis 10:1 umgetauscht bekamen.

Bereits einen Tag nach der Währungsreform erhöhte Flick das Grundkapital der Harpener und Essener Gesellschaft von 142 Millionen RM auf 262 Millionen DM aus bisher angesammelten, aber aus steuerlichen Gründen versteckten Gewinnen. Durch die Umverteilung der Aktien zwischen beiden Unter-

nehmen sicherte er sich 65 Prozent des neuen Grundkapitals. Betrag der Anteil Flicks vor der Währungsreform 92,3 Millionen alte Mark, so hatte er daraus 170,3 Millionen neue Mark gemacht. Wäre Flick ein «normaler» Bürger gewesen, der sein Bargeldguthaben im Verhältnis 10:1 hätte umtauschen müssen, so würde er nur 9,23 Millionen DM erhalten haben.

Nach dieser gelungenen Umstellung suchte Flick, als er die Verfügungsgewalt über seinen Konzern wiedererlangt hatte, einen zahlungskräftigen Käufer. Der Konzernchef, der einst an Göring begeistert von der «gemeinsamen nationalen Sache» geschrieben hatte, war besonders davon angetan, dass sich ausländische Monopole für seine Harpener Bergbau AG fanden, die immerhin bei 28'000 Beschäftigten 5 Prozent der gesamten Ruhrkohle und 10 Prozent des Ruhrkokes sowie rund 100'000 Tonnen Teer, 33'000 Tonnen Ammoniak, 32'000 Tonnen Rohbenzol und fast 1'400 Millionen Kubikmeter Gas im Jahr produzierte.

Der Interessent war ein französisches Konsortium, die Société Sidérurgique de Participations d'Approvisionnement en Charbons S. A. (kurz Sidéchar genannt), in dem sich zehn französische Montankonzerne – darunter so bedeutende wie de Wendel, Sidelor und Châtillon-Commentry – zusammengeschlossen hatten. Diesem Konsortium, aus dem de Wendel vorher ausschied, verkaufte Flick nach langen zähen Verhandlungen im April 1954 sein Aktienpaket von Harpen, obwohl sich mit der Bundesbahn auch ein westdeutscher Bewerber meldete. Für das Harpener Aktienpaket, nach dem Börsenkurs einen Wert von 67,26 Millionen DM repräsentierend, schlug Flick eine Summe von 180 Millionen DM heraus. Diesen phantastischen Preis erreichte er durch das Versprechen, zusätzlich noch weitere Aktien von Harpen zu beschaffen, die das Harpenpaket zur begehrten «qualifizierten Mehrheit» von über 75 Prozent aufstocken sollten. Tatsächlich gelang Flick auch das; seine Aktien an der Essener Kohlegesellschaft verringerten sich dadurch aber auf 51 Prozent, weil er mit ihnen Harpener Aktien eintauschen musste.

«Hätten Sie mehr geboten?»

Mit den Franzosen war vereinbart worden, dass Flick 42,5 Prozent der Kaufsumme in französischer Währung erhielt. Diese rund 6,4 Milliarden Franc mussten in Frankreich investiert werden. Flick gründete daraufhin zur Verwertung des Kapitals in Paris eine Gesellschaft, die Société de Gestions et des Participations Mercure, die ihm neuen Einfluss in «Feindesland» verschaffte. Doch so wollte es Flick natürlich nicht mehr verstanden wissen, sondern – ganz modern – als einen Beitrag zur «Einigung Europas». Das westdeutsche «Handelsblatt» kommentierte das Geschäft mit den Franzosen ebenfalls in jenem Sinne. «Diese Transaktion», so schrieb es, «trägt somit auch dem Grundgedanken einer wirtschaftlichen europäischen Integration Rechnung.» Als ein Kritiker Flick vorwarf, das «Herz der Ruhr» an die Franzosen verkauft zu haben, führte er solche Phrasen in schöner, für ihn allerdings ungewohnter Offenheit selbst ad absurdum. Sarkastisch fragte er seinen Gesprächspartner: «Hätten Sie mehr geboten?» Schon bei einer anderen Gelegenheit – anlässlich der Beschäftigung mit dem supranationalen Montanunion-Projekt (der 1952 ausgehandelten staatsmonopolistischen Zusammenarbeit der Kohle- und Stahlmonopole in Westeuropa) – hatte er deutlich gemacht, wo seiner Meinung nach die Voraussetzungen für einen westeuropäischen Zusammenschluss lagen. «Das kann nur etwas werden», äusserte er, «wenn die westeuropäischen Aktionäre gegenseitig Beteiligungen austauschen.»

Seinen Anteil an der Essener Steinkohlenbergwerke AG verkaufte Flick jedoch einem deutschen Partner, dem Mannesmann-Konzern. Der Börsenwert dieses Paketes betrug zwar nur etwa 39 Millionen DM, in Fachkreisen sickerte aber trotz vereinbarter Geheimhaltung durch, dass Flick dafür über 100 Millionen DM eingestrichen hätte. Flick erhielt also durch das Abstossen seiner Kohleaktien mindestens 280 Millionen DM, die er nun für den geplanten massiven Einstieg in die modernen Wachstumsindustrien nutzen konnte. Dabei veräusserte er noch nicht einmal seinen gesamten Kohlenbesitz, denn der gerissene

Fuchs zweigte vor diesen Verkäufen durch einen Trick einige ergiebige Kohlezechen ab, um die Kohleversorgung seiner Maximilianshütte langfristig zu sichern. Er löste diese Zechen aus der Essener Steinkohlenbergwerke AG heraus und fasste sie in einer eigenen Gesellschaft, der Monopol-Bergwerks AG Kamen, zusammen, die er dann an die sich nun in französischen Händen befindliche Harpener Gesellschaft verpachtete.

Die mehr als toleranten Entflechter der Westmächte waren damit zufrieden. Sie waren auch mit dem zufrieden, was sich Flick für die Maximilianshütte einfallen liess, um die Entflechtungsaufgabe zu erfüllen. Flick, der 100 Prozent des Aktienkapitals an der als «Gemischter Konzern», das heisst als Kohle- und Stahlproduzent, eingestuft Maximilianshütte besass, verkaufte nämlich im Dezember 1951 26 Prozent davon an den bayrischen Staat und brachte die übrigen 74 Prozent in eine eigens dafür gegründete Holdinggesellschaft, die Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmungen GmbH, ein. Als Gesellschafter gab er seine beiden Söhne Otto-Ernst und Friedrich Karl an. Auf einer Pressekonferenz musste sich die bayrische Staatsregierung zu diesen Manipulationen fragen lassen, was sie veranlasst habe, Flick einen Teil seines Aktienpakets abzunehmen. Staatssekretär Ringelmann vom Finanzministerium verwies im Dezember 1952 in seiner Antwort auf den Artikel 160 der Bayerischen Staatsverfassung, der eine Sozialisierung der Grundstoffindustrie vorsah. Da zu dieser Zeit niemand ernsthafte Sozialisierungsabsichten bei der bayrischen Staatsregierung vermutete, fügte er erklärend hinzu, dass man mit der Übernahme des Aktienpakets «ausländischen Interessen» zuvorkommen wollte, womit er zu verstehen gab, dass seine Regierung eine vaterländische Tat vollbracht habe.

Flick gefiel diese allzu durchsichtige Darstellung nicht, da keiner die ausländischen Interessenten nennen konnte. So liess er denn selbst erklären, dass «weder damals noch bis zum heutigen Tage» ausländische Bewerber eine Beteiligung an der Maximilianshütte angeboten hätten. Der Verkauf des Aktienpaketes sei nur erfolgt «aufgrund einer der vom Lande Bayern

Anfang 1949 unter Hinweis auf den Artikel 160 der Bayerischen Staatsverfassung gestellten Forderung».

In einer 1959 in der DDR erschienenen Untersuchung des Deutschen Wirtschaftsinstitutes wurde das wahre Motiv jener Transaktion genannt: «Da es nach Mitteilung der Friedrich Flick KG von ausländischer Seite niemals eine Absicht gab, Anteile der Maximilianshütte zu kaufen, kann man Ringelmanns Äusserung also nur so deuten, dass der bayrische Staat durch seine Beteiligung bewusst eine Einbeziehung der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte GmbH in die ‚Entflechtung‘ entsprechend den Gesetzen Nr. 35 und Nr. 27 der Militärregierung verhindert hat.»

Flick hatte sich durch seine Freunde in der bayrischen Regierung also bezeichnenderweise gerade den progressivsten Artikel der Bayerischen Staatsverfassung zunutze machen können, um seinen Monopolbesitz zu retten; denn 1955, als die westlichen Besatzungsmächte endgültig jegliches Interesse an der Entflechtung verloren hatten, gab die Regierung ihr Maxpaket für 33 Millionen DM an Flick zurück. Die «Frankfurter Rundschau» zog 1956 eine spöttische Bilanz dieser «Entflechtung», als sie über Flick schrieb: «In zähen Verhandlungen mit den alliierten Konzernentflechtern gelang es ihm, seinen eigenen Neuordnungsplan im Wesentlichen durchzusetzen. Als seine Vertreter schliesslich den rotversiegelten Entflechtungsplan für das restliche Flick-Vermögen aus alliierten Händen entgegennahmen, sagte der Vertreter Frankreichs ironisch: ‚Meine Herren, Ihnen gebührt der Entflechtungsorden – eine goldene Schlange, die sich in den Schwanz beisst.‘ Der Franzose hatte wohl erkannt, dass bei Flick im Grunde alles beim Alten bleiben würde.»

Auf ein Neues

Die Anfang der fünfziger Jahre wieder prall gefüllte Kriegskasse Flicks und die zu erwartenden Aktivitäten des grossen Spekulanten regten die zahllosen Börsenjobber zum Verbreiten abenteuerlicher Gerüchte und zu mannigfaltigen realen und phantastischen Vermutungen an. Viele dieser kleinen Börsenstrategen wiegten sich sogar in der Hoffnung, Flicks Absichten zu kennen und dadurch an dem Steigen der von ihm gewählten Aktienwerte mitzuverdienen. Einige der hitzigsten Aktienspekulationen an den westdeutschen Börsen hatten hier ihren Ausgangspunkt. Aber auch die Grossen in den Konzernbüros dachten mit Unbehagen an die Millionenbeträge, die bei Flick brachlagen und von ihm kurz über lang für neue Eroberungen eingesetzt werden würden. Misstrauisch, jedoch so gut wie ohne Erfolg, versuchten sie, jeden seiner geschäftlichen Schritte zu beobachten. Der gerissene Siegerländer war natürlich viel zu clever, sich in die bereits für das grosse Spiel gemischten Karten schauen zu lassen. Die einzigen Schritte, bei denen man ihn wirklich beobachten konnte, waren die, die er – geschützt durch «Gorillas» und Schäferhunde – bei seinen regelmässigen Spaziergängen im Grafenburger Wald oder am Rheinufer machte. Man begnügte sich aber nicht nur mit der Beschattung des Gefürchteten, sondern unzählige Geschäftemacher des unterschiedlichsten Formats bedrängten ihn mit ihren Vorschlägen zu gemeinsamen Unternehmungen. Flick hörte die Aufdringlichen ohne sichtbares Interesse an und hütete sich, etwas von seinen eigenen Plänen anzudeuten. In der Regel verabschiedeten sich die Besucher mit dem unbehaglichen Gefühl, nicht ernst genommen worden zu sein.

Auslandsstart

Gab es doch einmal Nachrichten aus der Konzernzentrale, so war keiner sicher, ob sie nicht eher zur Tarnung der wirklichen Pläne als zur Information der Geschäftswelt gedacht waren. Die ersten exakten Meldungen kamen dann erstaunlicherweise nicht aus Düsseldorf, sondern aus dem Ausland. Im August 1955 erfuhr die Öffentlichkeit, dass Flicks rund 6,4 Milliarden französische Franc – entsprechend der Vereinbarung, dass das Geld in Frankreich angelegt werden musste – ihr Ziel gefunden hatten. Flick hatte seinem Imperium eine ansehnliche Beteiligung an dem französischen Montanunternehmen Société des Acieries et Tréfileries de Neuves-Maisons-Châtillon hinzugefügt.

Zu diesem Betrieb, eine erst im Juli 1955 erfolgte Neugründung des französischen Stahlgiganten Châtillon-Commentry, der auch an dem Harpengeschäft beteiligt war, gehörten ein prächtiges Hüttenwerk, eine Minette-Erzgrube und fünf Drahtziehwerke. Châtillon-Commentry hielt über die Hälfte des Aktienkapitals, Flicks Anteil an dem neuen Unternehmen wurde auf 22 bis 45 Prozent geschätzt, die ihm auf alle Fälle das Mitspracherecht bei künftigen Satzungsänderungen sicherten, da dazu nach französischem Aktienrecht bereits 20 Prozent ausreichten. Ogger rühmte Flicks Wahl: «Mit sicherem Instinkt hatte der alte ‚Eisenmann‘ eine Perle unter den französischen Hüttenwerken herausgepickt.»

Aber Flicks Neuerwerbung war nicht nur eine gute Geldanlage (Betriebsgewinn 1957: 1'077 Mill. FF), sie hatte für den passionierten Verschachtelungsspezialisten noch einen weiteren erfreulichen Vorteil. Ogger bemerkt dazu: «Der frühere Harpenbesitzer mag sich ein Schmunzeln nicht verkneifen haben, da er nun über Châtillon-Commentry, einem der Mitglieder des Sidéchar-Konsortiums, indirekt wieder an seiner alten Kohlenzeche beteiligt war, wenn auch nur zu einem winzigen Bruchteil.» Die Franzosen bekamen durch Flicks Aktienkauf altbekannte Gesichter aus der deutschen Besatzungszeit zu sehen; denn im Aufsichtsrat des Unternehmens nahmen Konrad Katsch und Günter Max Paefgen, der Chef von Flicks Pariser

Mercure-Gesellschaft, und im Direktionskomitee «Kronprinz» Otto-Ernst Platz.

Flick, den es mit besonderer Genugtuung erfüllte, als erster westdeutscher Konzernchef Zugang zur französischen Schwerindustrie erlangt zu haben, hatte jetzt offensichtlich Blut geleckt, denn er spähte nach weiteren lukrativen Geldanlagen im Ausland.

Bereits am 6. April 1956 verkündete das westdeutsche «Handelsblatt» mit folgenden Worten eine neue Eroberung Flicks: «Die Société de Gestions et des Participations Mercure, Paris, französische Tochtergesellschaft der Flick-Gruppe, hat eine Beteiligung an der Société Métallurgique Hainaut-Sambre, Couillet/Belgien, erworben.» Flicks zweiter grosser Kauf im Ausland sollte allerdings nicht ganz so unproblematisch vor sich gehen wie die französische Transaktion. Hainaut-Sambre gehörte zu den grössten Hüttenwerken Belgiens und beschäftigte rund 7'000 Arbeiter, die jährlich mit mehr als einer Million Tonnen Rohstahl knapp 20 Prozent des belgischen Rohstahls erzeugten. Auch in Belgien war es bisher noch keinem deutschen Konzern gelungen, nennenswerten Einfluss auf die Stahlindustrie auszuüben. Nun war Flick durch seine beträchtliche Investition gleich zum einflussreichsten Grossaktionär bei Hainaut-Sambre geworden. Obwohl Flick nur über die Sperrminorität (nach belgischem Aktienrecht ab 20 Prozent) verfügte, verschaffte ihm die breite Streuung des Aktienkapitals eine beherrschende Stellung in diesem Hüttenwerk.

Für Flick völlig unerwartet, registrierte die belgische Öffentlichkeit sein Engagement mit heftiger Empörung. Die Erfahrungen mit dem deutschen Monopolkapital während zweier Weltkriege hatten bei den Belgiern nachhaltige Wirkung hinterlassen. «Le Peuple», eine den Sozialisten nahestehende Zeitung, löste eine breite Protestwelle aus, als sie ein Bild Flicks vor dem Nürnberger Militärgerichtshof mit der folgenden Unterschrift veröffentlichte: «Der Mann, den man hier zwischen zwei amerikanischen Polizisten vor dem Nürnberger Gerichtshof stehen sieht, rühmte sich vor einigen Tagen in Düsseldorf, einen

Lesen Sie heute:
Südlicher Markt nach dem Jahre 50
Währungs- und Devisenkurs-Aussichten
Fremdwährungs- und Devisenmarkt
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Flick-Gruppe erwirbt französische Anteile

Die Flick-Gruppe erwarb eine Beteiligung an der „Société des Aciéries et Tréfileries de Neuves-Maisons-Chatillon“. Gelegenheit hierzu bot die Umgruppierung der „Compagnie des Forges de Chatillon-Commeny et Neuves-Maisons“, bei der die zuerst genannte Gesellschaft das Hüttenwerk Neuves-Maisons sowie die damit verbundene Erzgrube Maron-Val de Fer und die Drahtzieherei übernahm. Bei der Umgruppierung wurde das eigentliche Hüttenwerk in Neuves-Maisons, dessen jährliche Stahlproduktion bei 500 000 t liegt, zusammen mit den erwähnten anderen Anlagen in die neue Firma eingebracht. Das Kapital der neuen Firma beträgt 3,68 Mrd. ffrs, während das Kapital des alten Konzerns unter 3 Mrd. ffrs lag. (VWD)

Frankenblatt

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG

DUSSELDORF, FREITAG, 8. APRIL 1956 (WOCHENEND-AUSGABE)

T:

ng . S. 2
... S. 2
... S. 3
ndel . S. 4
... S. 4
... S. 6
... S. 6
ini . S. 7
... S. 6
... S. 13
and . S. 14
Kultver-
lege
tie
kurze No-
tizen

Flick erwirbt belgische Beteiligung

Interessenzugabe am zweitgrößten Hüttenwerk in Belgien

Die Flick-Gruppe hat über ihre französische Tochtergesellschaft „Mercure“ eine Beteiligung an dem belgischen Hüttenwerk Hainaut-Sambre erworben und damit nach dem im Jahre 1955 erfolgten Erwerb einer Schachtelbeteiligung bei dem französischen Hüttenwerk Neuves-Maisons-Chatillon einen neuen Beitrag zur industriellen Besitzverflechtung über die Grenzen hinweg geleistet.

Die offizielle Mitteilung über diesen Vorgang beschränkt sich auf den folgenden Satz: „Die Sociétés de Gestion et de Participations 'Mercure', Paris, französische Tochtergesellschaft der Flick-Gruppe, hat eine Beteiligung an der Société Métallurgique Hainaut-Sambre, Couillet/Belgien, erworben.“

Rohstahlerzeugung jährlich 1,1 Mill. t

Die Société Métallurgique Hainaut-Sambre, Couillet, ist aus der Anfang 1955 durchgeführten Fusion der S.A. Usines Métallurgiques du Hainaut, Couillet (Belgien), und der S.A. Métallurgique de Sambre et Moselle, Monbignies-sur-Sambre (Belgien), hervorgegangen. Mit einer Erzeugung von etwa 1,1 Mill. t Roh-

stahls hat die Gesellschaft einen Gesamtkapital von Hainaut-Sambre liegt bei etwas über 80 Mill. DM. Der Kaufpreis für den Beteiligungserwerb, der des heutigen Börsenkurses wohl kaum überschreiten dürfte, ist aus dem französischen Frankens Guthaben der Flick-Gruppe bestritten worden, das aus dem schätzzeitigen Verkauf der Mehrheit der Harpenner Bergbau AG von Flick an das französische Hütten- und Stahlwerkskonzern Sidécor gebildet wurde und aus dem auch im verlossenen Jahr der Erwerb der Schachtelbeteiligung an der französischen Hüttenwerksgesellschaft Société des Aciéries et Tréfileries de Neuves-Maisons-Chatillon bezahlt worden war. Mit dem Erwerb der französischen und belgischen Beteiligung dürfte die Flick-Gruppe den größten Teil der Eisenwerkstoffe des — von

wert von insgesamt 76,5 Mill. DM gehabt haben soll, fest angelegt haben. Was mit dem Rest des Guthabens geschehen soll, scheint im Augenblick noch nicht festzustellen.

Der Flick-Konzern, der erst vor wenigen Tagen durch den Verkauf einer Minderheitsbeteiligung der Monopol-Bergwerks AG in Kamen (West) an die neu errichtete Französische Energie-Gesellschaft mit in Nürnberg und den dadurch eingeleiteten Energieverband zwischen dem Ruhrgebiet und Süddeutschland von sich reden machte, hat mit seiner Interessenzugabe in der französischen und belgischen Stahlindustrie seine Struktur weiter verändert. Der montan-industrielle Schwerpunkt des Flick-Konzerns besteht im Bundesgebiet nach dem Verkauf der bedeutenden Steinkohleninteressen an der Ruhr mit Ausnahme der Monopol-Majoyität jetzt im wesentlichen nur noch in der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte, während an die Stelle der abgegangenen Ruhrzechen (Harpen und Essener Steinkohle) die neuen Schachtelbeteiligungen bei der Daimler-Benz

N
n
für
sich
geht
lose
auf
ner
war
Mar
Die
257
Wei
in
t
der
auf
sch
bra
gen

Pressemeldungen zu Flick-Beteiligungen in Frankreich und Belgien

massgeblichen Einfluss auf eines der grössten Hüttenwerke unseres Landes gewonnen zu haben.» Im belgischen Parlament wandte sich der christlich-soziale Minister Oscar Behogue gegen Flicks Geschäfte. Sein Gewissen revoltierte, «wenn solche Komplizen des Hitlerregimes mit ihrem Geld ins Land kämen, um dort die Rolle eines Herrn zu spielen», erklärte er erregt. Der Regierung warf Behogue indirekte Komplizenschaft mit Flick vor, da er unmöglich annehmen könne, dass diese «keine Erkundigung über die Person des Aktionärs» eingezogen habe. Die Empörung über den Aktienverkauf an Flick erfasste immer mehr Bürger. Im Industriebezirk Charleroi rüsteten Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschafter zum Streik. Ministerpräsident van Acker sah sich schliesslich gezwungen, selbst Stellung zu nehmen und sich gegen Flicks Kapitalinvasion auszusprechen, «da eine Beteiligung von Personen, die als Kriegsverbrecher verurteilt wurden, dem öffentlichen Interesse nicht entspreche». Er versprach, alles dafür zu tun, dass Flick bei Hainaut-Sambre wieder ausgebootet werde. Aber offensichtlich reichte der Einfluss van Ackers, falls er ihn wirklich einsetzte, nicht aus; denn nach einer Intervention der Adenauer-Regierung endete die Affäre sogar mit einer Art Ehrenerklärung für Flick. Wirtschaftsminister Jean Rey äusserte, man habe ihm von deutscher Seite versichert, Flick habe das Schicksal aller führenden Ruhrindustriellen geteilt, die von alliierten Gerichten abgeurteilt worden seien. Flick sei ihm von deutscher Seite als Gegner des Hitlerregimes hingestellt worden. So blieb Flick im Besitz seines belgischen Aktienpaketes und konnte gleich im ersten Jahr enorme 27,8 Prozent Dividende einstreichen. Später, 1966, gelang es Flick, die französischen und die belgischen Stahlerzeuger, deren Aktien er besass, miteinander zu verflechten, wodurch er besonders seine Position bei seiner französischen Erwerbung Neues-Maisons stärkte. Gelegentlich dozierte Flick vor seinen Spitzenmanagern über das eigene Erfolgsrezept. «Sie müssen», so der sonst mit Ratschlägen wie mit Geld sparsame Konzernchef, «einen Blick dafür haben, was ein Werk wert ist und welche Ergänzung es für ein anderes bietet.

Ich bilde mir ein, ich habe diesen Blick, weil ich die Betriebsvorgänge kenne.»

Flicks guter Stern – Mercedes

Die Entwicklung in der BRD machte Flick Mut, auch im eigenen Land auf Expansion zu schalten. Mitte der fünfziger Jahre war die Enteignung der grossen Konzerne keine akute Drohung mehr, die Zeichen der Zeit hatten sich gründlich geändert. Das KPD-Verbot wurde ausgesprochen, die BRD gehörte der aggressiven NATO an, die Aufrüstung vollzog sich in immer schnellerem Tempo, und die EWG befand sich im letzten Stadium ihrer Vorbereitung. Die Verflechtung der Monopolmacht mit der Staatsmacht ging zügig voran, das deutsche Monopolkapital sah wieder reale Chancen, als wichtiger Verbündeter des USA-Imperialismus und ausgestattet mit dem entsprechenden industriellen Potential, eines Tages erneut eine hegemoniale Rolle spielen zu können. Flick-Freund Fritz Berg, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie, verkündete deshalb ungeniert: «Dieser Staat ist eine Chance für unsere Freiheit, insbesondere für die freie unternehmerische Arbeit.»

Flick, der persönlich und durch seine auf der politischen Ebene wirkende Lobby die Entwicklung der BRD mit beeinflusste, sah mit Befriedigung, dass sich die Machtgrundlagen seinesgleichen in Westdeutschland rasch festigten. Diese sich immer günstiger gestaltende Kräftekonstellation regte ihn zu weitreichenden Plänen und neuen wirtschaftlichen Unternehmungen an.

Nach bewährtem Rezept blieb er jedoch ein Mann einsamer und nicht voraussehbarer Entschlüsse. Selbst in seiner nächsten Umgebung wusste man nicht zu sagen, was der wortkarge «Alte» vorhatte. Lediglich Vetter Kaietsch bekam den allgemeinen Hinweis: «Wir werden in die Fertigungsindustrie derjenigen Branchen einsteigen, die der Montanindustrie verwandt oder ihre unmittelbaren Abnehmer sind.»

Flick hatte allerdings niemals darauf verzichtet, sich auf dem Aktienmarkt gründlich umzusehen. Er kaufte sogar ab und zu

ein Aktienpaket, um es dann mitunter auch wieder abzustossen. Nichts verriet, was er wirklich beabsichtigte.

Bereits 1952 begann er heimlich, aber systematisch mit dem Sammeln von Aktien der Untertürkheimer Daimler-Benz AG, deren Mercedes-Wagen sich zum Statussymbol Westdeutschlands Arrivierter schlechthin entwickelten. Ende 1952 bemerkte das Management der Untertürkheimer Automobilwerke die für sie anonymen Aktienkäufe, da die Daimler-Papiere an der Börse unerwartet anzogen. Generaldirektor Fritz Koenecke wandte sich deshalb mit dem Verdacht an Hermann Abs, dass irgendjemand die Mehrheitsverhältnisse bei Daimler-Benz ändern wolle. Doch der Chef der Deutschen Bank hielt das für ausgeschlossen, weil er die Aktienbewegung, wie er meinte, genau unter Kontrolle habe.

Abs war offensichtlich nicht im Bilde, oder er trieb doppeltes Spiel, denn Flick konnte sein Daimler-Benz-Paket durch Mittelsmänner und verschiedene Bankinstitute ständig aufstocken. Als er schliesslich 15 Prozent des Kapitals zusammen hatte, hielt er es für angebracht, an die Öffentlichkeit zu gehen. Er stellte sich auf Anhieb als der drittgrösste Aktionär des renommierten Autokonzerns vor, der nur noch von dem Grossindustriellen Günther Quandt und der Deutschen Bank übertroffen wurde. Obwohl es schon vorher Gerüchte über Flicks Kaufabsichten gegeben hatte, löste der massive Einstieg des Branchenfremdling bei Daimler-Benz doch allgemeine Überraschung aus. In der Konzernzentrale, die mit Fragen über die weiteren Absichten Flicks bestürmt wurde, gab man sich harmlos. «Der Spiegel», 1958, in seinem Flick-Report: «Von Journalisten befragt, wieso das Haus Flick sich plötzlich für Automobile interessiere, winkte man in Düsseldorf mit dem Bemerkten ab, der Alte mache das als Hobby.»

Da das niemand glaubte, kletterten die Aktien der Untertürkheimer unaufhörlich. Direktor Koenecke machte sich nun ernsthaft Sorgen, sein Konzern könne Ziel einer grossangelegten Spekulation werden. Voll Unruhe setzte er sich in seinen Mercedes, um Flick aufzusuchen und von ihm ohne Ausflüchte zu



Werkeingang der Daimler-Benz-AG in Untertürkheim

erfahren, was er mit seinen Aktienkäufen wirklich beabsichtige. Wie «Der Spiegel» berichtete, verliess Koenecke dann vor dem Gefürchteten aber der Mut: «Der Daimler-Benz-Chef sagt von sich selbst mit Recht, er habe eine ziemlich offene Schnauze. Trotzdem wagte er es nicht, offen zu fragen, ob der Finanzjongleur Flick bei Daimler-Benz nur ‚jobbern‘, das heisst Kursgewinne mitnehmen, oder Pakete tauschen wolle.» Vorsichtig erwähnte Koenecke seine Befürchtungen und verwies auf «die alten Traditionen und die Seriosität» des von ihm vertretenen Unternehmens. Um sein Verantwortungsgefühl gegenüber dem Ruf von Daimler-Benz zu demonstrieren, bot Koenecke sogar an, seinen Posten einem Repräsentanten des Flick-Konzerns zu überlassen. So selbstlos, wie das aussah, war es jedoch nicht gemeint. Der Automobilbauer wollte den alten Stahlmonopolisten damit vor allem beeindrucken; denn er hatte erkannt, dass dieser künftig bei Daimler-Benz wohl ein entscheidendes Wort

mitreden werde. Entgegenkommendes Verhalten sollte den neuen Grossaktionär verpflichten. «Der Spiegel» verriet die Antwort des Mächtigen: «Flick grunzte, Koenecke solle getrost auf seinem Posten bleiben; man werde bei Daimler bald merken, dass er – Flick – nicht nur abkassieren wolle.» Nun schienen die Fronten geklärt, und Koenecke fuhr nach Untertürkheim mit dem Eindruck zurück, Flicks Absichten halbwegs zu kennen.

Auftrag an Abs

Mit einem Kapitalanteil von 15 Prozent war Flick bei Daimler-Benz allerdings noch immer ein Aussenseiter, wenn auch ein gewichtiger. Sein Nahziel musste deshalb sein, zumindest die Sperrminorität zu erlangen. Der alte Börsenstrategie, der über Strohänner jede habhafte Daimler-Benz-Aktie aufkaufen liess, musste jedoch an den rapide anziehenden Kursen und dem schnellen Verschwinden der Aktien bald bemerken, dass er nicht allein bot. Er entdeckte zu seiner Überraschung, dass es gerade Abs und die befreundete Deutsche Bank waren, die da mithielten. Die Deutsche Bank, die den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Daimler-Benz stellte und dort einen erheblichen Einfluss ausübte, wollte auch vor Flick nicht zurückweichen. In schöner Selbstlosigkeit rechtfertigte sie die eigenen Aktienkäufe als Hüterin der Kapitaldemokratie, die Flicks Alleinherrschaft in einer der bedeutendsten Firmen zu verhindern trachtete.

Flick versuchte daraufhin, den Kaufeifer der Deutschen Bank zu bremsen, indem er sie anwies, für ihn Daimler-Benz-Aktien zu erwerben. Aber dieser Auftrag löste bei Abs und seinen Leuten nicht den erwünschten Konflikt zwischen Eigeninteressen und ihrem Kundendienst aus. Der Umfang des Aktienpaketes der Deutschen Bank entwickelte sich ungestört weiter, ohne Flicks Wünsche zu berücksichtigen. Doch auch Flicks Paket wuchs, am 18. Juli 1955 konnte Konrad Kaietsch auf der Aktionärsversammlung bei Daimler-Benz schon einen Besitz von 25 Prozent des Nominalkapitals von 27 Millionen DM vorweisen. Damit hatte Flick etwa den Kapitalanteil der Deutschen Bank erreicht und die Quandt-Gruppe bereits überflügelt.

Lehre für Krages

Aber der Siegerländer wollte mehr, und er zog die Börsenkurse durch seine Kaufwut bald auf über 300 Prozent. Allerdings regte der Sammeleifer um Daimler-Benz-Aktien auch noch andere Hechte im Karpfenteich der Börse an. Im Dezember 1955 liess sich der erfolgreiche Nachwuchsmann des westdeutschen Börsengeschäftes, der damals 45 Jahre alte Hermann D. Krages aus Bremen, bei Flick melden. Krages genoss einen etwas umstrittenen Ruf bei den Grossen an der Ruhr, da er es als «Revierfremder» nach dem zweiten Weltkrieg gewagt hatte, «billige» Stahlvereinsaktien aufzukaufen und sich dadurch an der Ruhr Einfluss zu verschaffen. Für 13,2 Millionen Reichsmark hatte Krages vor der Währungsreform drei Prozent der Stahlvereinsaktien erworben. Nach der Entflechtung des Stahlvereins bekam er dafür Aktien der Nachfolgegesellschaften mit einem Nominalwert von 42 Millionen DM, die 1955 in Wirklichkeit aber mehr als 70 Millionen DM wert waren.

Krages erzielte also ebenso wie Flick eine glänzende Umtauschquote für seine Reichsmark. Er musste jedoch, da er oft mit der Quote beim Umtausch alte gegen neue Aktien nicht einverstanden war, häufig prozessieren, Kreditsperren der Banken erdulden und sich böse Worte sagen lassen. Als er bei Flick erschien, war er jedoch bereits über den Berg und spähte ständig nach neuen günstigen Möglichkeiten aus, viel Geld zu verdienen. Zwischen den Karrieren Flicks und Krages' gab es gewisse Parallelen. Beider Väter hatten mit Holz gehandelt –des Bremers Erzeuger allerdings in grösserem Stil –, beide besaßen Beziehungen zum Siegerland – Krages betrieb dort ein grosses Holzplattenwerk –, und beide hatten es gewagt, als «Revierfremde» ins Ruhrgebiet einzudringen und den eingesessenen «Grossen» Positionen abzunehmen.

Krages besuchte Flick aber nicht deshalb und erst recht nicht aus Sympathie, sondern weil er ahnte, dass sie gemeinsam ein Geschäft machen konnten. Auch Flick war an dem erfolgreichen Aktienjäger nicht uninteressiert, und er beschloss, ihn für sich einzuspannen. So direkt legte Routinier Flick seine Absichten

aber nicht dar. Er sprach über ganz allgemeine wirtschaftliche Probleme, über die Ertragslage der verschiedenen Branchen und betonte seine Auffassung, dass die Automobilindustrie besonders gute Entwicklungschancen habe. Krages verstand dennoch. Er verabschiedete sich höflich, ohne dass konkrete Dinge vereinbart wurden. Konrad Kaietsch, der dem Gespräch der beiden Börsenstars beigewohnt hatte und dem der Sinn offenbar nicht klargeworden war, fragte sich nach der Verabschiedung von Krages verwundert: «Was wollte der bloss von uns?»

Krages kaufte nach seiner Begegnung mit Flick Daimler-Benz-Aktien, was das Zeug hielt. Als er acht Prozent beisammen hatte, ging er allerdings nicht zu Flick, sondern zu dessen Konkurrenten, den Quandts, und offerierte ihnen seinen Schatz zu einem Kurswert von über 700 DM für eine 100-DM-Aktie. Da der offizielle Kurs damals bei rund 385 DM stand, war das den Quandts zuviel. Auch Flick passte bei diesem Preis, als ihm das Paket dann angeboten wurde, er einigte sich jedoch mit den Quandts, und die beiden Giganten beschlossen, dem Neuling das Spiel zu verderben. Sie verabredeten, dass keiner allein Krages' Aktien nehmen wollte, auch wenn dieser mit seinen Forderungen nachliess. Für Krages war das eine böse Überraschung, vor allem, weil er schon sehr hoch gekauft hatte und das angelegte Kapital für seine vielen Geschäfte nun wieder flüssig bekommen musste. Es blieb ihm schliesslich nichts anderes übrig, als zu den Bedingungen zu verkaufen, die den Quandts und Flick angemessen erschienen. Quandt erwarb das Gesamtpaket von Krages zu einem Preis von 430 Prozent, zwei Drittel gab er an Flick weiter, der damit auf über 30 Prozent des Aktienkapitals bei Daimler-Benz kam. Die Quandt-Gruppe hatte sich offensichtlich schon mit der Rolle eines Juniorpartners bei Daimler-Benz abgefunden, denn sie begnügte sich mit einem Anteil von 12 Prozent.

Locken mit Auto Union

Mit dem erreichten Stand war der Aktienmarkt für Flick jedoch erschöpft, denn nennenswerte Zukäufe boten sich nicht mehr an, da fast alle Aktien in festen Händen waren und die Deutsche Bank ihre nicht herausrückte. Um trotzdem weiterzukommen, probierte er sein altes Rezept mit dem Tausch von Aktienpaketen. Aus seinem grossen Vorrat an Aktien der verschiedenen Unternehmen, der es ihm ermöglichte, jederzeit und in fast jede Richtung Spekulationen durchzuführen, ohne dass die Börsianer seine wahren Absichten erkennen konnten, liess Flick besonders sorgfältig die Aktien der in den zwanziger und dreissiger Jahren hochgerühmten Auto Union zählen. Der Automobilkonzern, der seine wichtigsten Produktionsstätten in Zwickau und Schönau gehabt hatte, war nach dem Kriege in Volkseigentum übergeführt worden; im westdeutschen Ingolstadt fand daraufhin am 29. November 1948 mit dem bescheidenen Grundkapital von 3 Millionen DM eine Neugründung statt. Die in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung nur schwer Fuss fassende und ständig von Geldsorgen geplagte Auto Union besass allerdings noch Beteiligungen an zwei weiteren Gesellschaften, der Auto Union GmbH (nominelles Kapital 5,5 Millionen DM) als Produktionsgesellschaft und der Auto Union Berlin GmbH (nominelles Kapital 2 Millionen DM), die als Zubehörhersteller fungierte. Nachdem Flick die Verhältnisse bei Auto Union gründlich studiert hatte, war ihm klar, dass es ihm nicht schwerfallen würde, bei dem sich stets nach kräftigen Kapitalspritzen umsehenden Unternehmen einzusteigen. Ausserdem, und das war für ihn viel wichtiger, sah er gute Aussichten, Daimler-Benz an der Auto Union zu interessieren.

Flick konzentrierte sich vorerst auf die Eroberung der Produktionsgesellschaft der Auto Union. Da deren Anteile Grossaktionäre hielten – 37,15 Prozent das Bankhaus Oppenheim, 31,46 Prozent die Schweizer Industriellenfamilie Göhner und 31,39 Prozent die beiden anderen Auto-Union-Gesellschaften –, musste wenigstens einer von ihnen mit Flick zusammenspielen.

Er fand seinen Partner in dem Kölner Bankhaus Oppenheim. Die Kölner schlugen ihren Mitaktionären vor, das Stammkapital der Produktionsgesellschaft der Auto Union von 5,5 auf 12 Millionen DM zu erhöhen. Sie nannten dafür überzeugende wirtschaftliche Gründe, die die Mitaktionäre akzeptierten. Weil sie jedoch nicht in der Lage waren, sich an der Kapitalerhöhung zu beteiligen, stand die Tür für Flicks Einstieg offen. Im September 1956 erfuhr es alle Welt: Flick ist mit einem Kapitalanteil von 25 Prozent Grossaktionär bei der Auto Union GmbH geworden.

Diese Nachricht löste in den Büros der westdeutschen Automobilbosse erhebliche Unruhe aus, da das Vordringen Flicks zu entscheidenden Machtveränderungen in der Branche führen konnte. Im Hinblick auf Flicks frühere Tätigkeit als Schmied von Mammutkonzernen erwarteten nicht wenige von ihm, dass er die Schaffung eines riesigen Automobilkonzerns plane. Die logische Folge war, dass die Aktien anderer Automobilhersteller zu klettern begannen, obwohl die Bilanzen dazu keinerlei Veranlassung gaben. So zogen Anfang 1956 völlig unmotiviert die Aktien von BMW plötzlich auf 180 Prozent an, obgleich das Werk noch nicht einmal Dividende ausschüttete. Viele tippten darauf, dass Flick mit seinem angeblichen Streben nach einem Superkonzern dahintersteckte, der, wie vermutet wurde, vorerst aus Daimler-Benz, Auto Union, BMW und der Münchner Lastwagen- und Lokomotivenfabrik Krauss-Maffei bestehen werde. Diese Version blieb auch im Gespräch, als Kaietsch versicherte: «Ehrlich, wir haben keine einzige BMW-Aktie!»

Ballastabgabe an VW

Das Daimlermanagement war in dieser Zeit peinlich darauf bedacht, die Intentionen Flicks nicht zu stören. Wieder war es Daimler-Benz-Chef Koenecke, der sich gegen Ende des Jahres 1957 aufraffte und den undurchsichtigen Börsenstrategen direkt fragte, wie er sich auf längere Sicht die Zukunft der Auto Union vorstelle. Flick gab daraufhin zu verstehen, dass er den Zusammenschluss von Daimler-Benz und Auto Union zur Stärkung ihrer gemeinsamen Position auf dem EWG-Markt für



Arbeit am Fließband bei Daimler-Benz

erstrebenswert halte. Das fand dann auch Koenecke, so dass man sich prinzipiell auf diese Zusammenführung einigte. Bevor es dazu kam, mussten allerdings noch bequemere Verhandlungspartner bei Auto Union gefunden werden. Der Streit um die Marktchancen eines dreisitzigen Kleinwagens mit Kunststoffkarosserie reichte Flick als Vorwand, erfolgreich die Ablösung von Generaldirektor Richard Bruhn und des technischen Direktors Zerbst zu betreiben. An ihre Stelle setzte er zwei bereitwilligere Leute, den Kaufmann Werner Henze und den Techniker William Werner. Mit ihnen handelte Koenecke die Fusion der beiden Autokonzerne aus, nachdem sie vorher Posten und Bezüge garantiert erhalten hatten. Die Bilanzen der Auto Union hatte Koenecke nach eigener Aussage vor der Vereinigung gründlich geprüft. Koenecke fachmännisch: «Wir wollten ja kein buckliges Mädchen ins Bett nehmen.» Nachher stellte sich aber doch heraus, dass das Mädchen nicht so schön war, wie er es angeblich gesehen hatte. Doch das spielte keine wesentliche Rolle mehr, denn für Flick war vor allem wichtig, dass durch die Einbringung der Auto-Union-Gruppe Flick-Oppenheimer-Göhner sein Anteil bei Daimler-Benz auf rund 40 Prozent gestiegen war. Als sich dann später zeigte, dass die Ehe zwischen Daimler-Benz und Auto Union, als Europas grösster Automobilkonzern anfangs viel gepriesen, glücklos war; lösten die Daimler-Benz-Manager sie mit Flicks Einverständnis in den sechziger Jahren wieder auf. Einen geeigneten Käufer sah Flick in VW-Generaldirektor Heinrich Nordhoff, dem er eine Interessengemeinschaft zwischen Daimler und VW sowie eine Aufteilung des Marktes anbot. Daimler würde, wenn VW ihm die Auto Union abnahm, darauf verzichten, ein Auto der unteren Mittelklasse zu bauen, für die sich VW interessierte. Nordhoff akzeptierte Flicks Vorschläge. Für rund 300 Millionen DM erhielt er das Aktienpaket der für Flick überflüssigen Auto Union.

Die Erwartung, Flick werde jetzt Anlauf auf die 51 Prozent bei Daimler-Benz nehmen, löste eine regelrechte Jagd nach Aktien des Untertürkheimer Konzerns aus. Der Kurs einer 100-DM-Aktie kletterte daraufhin 1958 von 350 DM auf 760 DM.

Doch dieser Preis war nun selbst Flick zu teuer. Er verzichtete auf umfangreiche Zukäufe. Das war ein Novum in seinem Geschäftsgebaren, denn bisher hatte er Unternehmen, die er beherrschen wollte, stets ohne Zeitverlust erobert. Konrad Kaietsch verriet die Gründe der ungewöhnlichen Zurückhaltung seines Chefs: «Wegschnappen kann uns Daimler niemand mehr, niemand kann bei diesem Kurs stärker einsteigen als wir.»

Billige Kapitalerhöhung

Natürlich beobachtete Flick alles, was Daimler-Benz betraf, weiterhin mit grösster Aufmerksamkeit. Zweimal in der Woche mussten die Untertürkheimer Chefs telefonisch nach Düsseldorf berichten, keine wichtige Vorstandsentscheidung fiel ohne die Zustimmung des Grossaktionärs. Dieses Interesse war nur allzu verständlich, denn um das repräsentativste Kind der westdeutschen Industrie beneideten ihn viele. Aus Millionen wurden hier Milliarden. Als Flick bei Daimler-Benz einstieg, betrug das Stammkapital des Konzerns nur 72 Millionen DM, womit der Konzern weit unterkapitalisiert war. Allein 1957 erzielten die Mercedesproduzenten einen Umsatz von 1,6 Milliarden DM und konnten damit einen Reingewinn von etwa 80 Millionen DM verbuchen, einen Profit also, der die gesamte Kapitaleinlage übertraf. Die längst fällige Korrektur zwischen Kapitaleinlage und Gewinn verhinderte Flick jedoch durch seine Sperrminorität – er wollte erst teilen, wenn sein Stück an dem Kuchen gross genug war.

Nach Vereinbarung zwischen dem Daimlermanagement und Flick wurden die Überschüsse vor allem in den Ausbau der Produktionsanlagen investiert oder in Reservefonds angelegt. Das Missverhältnis zwischen Kapital und Gewinn sowie der Spekulationsboom auf eine kommende Kapitalaufstockung trieben die Aktienkurse in schwindelerregende Höhen. So mussten 1960 für eine 100-DM-Aktie bereits 6'325 DM bezahlt werden. Dadurch verkörperte das Daimler-Benz-Kapital insgesamt den enormen Wert von rund 7,2 Milliarden DM – 1953 wären dafür nur 94 Millionen DM zu zahlen gewesen. Grösster

Nutzniesser dieser fast achtzigfachen Steigerung des Aktienwertes war natürlich Hauptaktionär Flick.

Als der Siegerländer rund 43 Prozent des Nominalkapitals erreicht hatte, stimmte er schliesslich einer Kapitalerhöhung und einer Neuaufteilung der Anteile zu. 1963 wurde das nominelle Kapital um rund 135 Millionen DM vergrössert und die Aktien zu günstigen Bedingungen an die Aktionäre verteilt, wobei die Hälfte der 135 Millionen aus den Reserven der Gesellschaft genommen wurde. Die andere Hälfte der Aktien erhielten die Aktionäre zum Nominalwert. Flick bekam dadurch auf Grund seines Anteils von 43 Prozent am Gesamtkapital Aktien in Höhe von 58 Millionen DM, für die er lediglich 29 Millionen DM zu zahlen hatte. Zwar verringerte die Kapitalaufstockung den Wert der einzelnen Daimler-Aktie, dennoch betrug der Börsenwert dieses Aktienpaketes damals nicht weniger als 754 Millionen Mark. Sein jahrelanges Warten mit der Kapitalerhöhung bei Daimler-Benz hatte sich gelohnt. Das Geld war, so sah es Flick, nicht an Kleinaktionäre verschwendet worden, sondern kam vor allem ihm, der Deutschen Bank und den Quandts zugute. Ein Federstrich – sein Namenszug unter den Beschluss zur Kapitalveränderung – hatte ihm einen Vermögenszuwachs von 725 Millionen DM gebracht.

Natürlich hätte man die horrenden Gewinne des florierenden Automobilkonzerns auch an die wirklichen Schöpfer der gewonnenen Werte, die Arbeiter und Angestellten von Daimler-Benz, verteilen können. Aber dagegen sträubte sich Flick noch mehr als gegen die Verteilung an die Kleinaktionäre. Im Jahr der Kapitalerhöhung kam es in Baden-Württemberg zu einem scharfen Kampf der Metallarbeiter um bessere Löhne, an dem Flicks Automobilbauer wesentlich beteiligt waren. Flick zeigte sich dabei von seiner härtesten Seite. Als die Tarifverhandlungen mit der IG Metall gescheitert waren, zögerte er keinen Augenblick, die Fabrikttore für die Arbeiter zu schliessen. Bei der Aussperrung tat sich der Untertürkheimer Personalchef Hanns-Martin Schleyer, der spätere Präsident des Bundes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbandes

der Deutschen Industrie (BDI) hervor, der sich besonders wohl fühlte in seiner Rolle als «Arbeiterschreck». Die Auseinandersetzungen bewiesen einmal mehr sehr eindringlich, dass das Gerede von der angeblichen Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern pure Heuchelei war, die «den Leuten» einen harmonischen «Arbeitsfrieden» vorgaukeln sollte. Die Daimler-Benz-Arbeiter zeigten jedoch eindrucksvoll, was sie vom «Sozialpartner» Flick wirklich hielten. Im Demonstrationzug, mit dem sie gegen ihre Aussperrung protestierten, führten sie sehr deutliche Losungen mit. Hier nur ein Beispiel: «Multimillionär Flick – 1923 Kriegsgewinnler – 1940 Wehrwirtschaftsführer – 1945 verurteilt als Kriegsverbrecher – heute sperrt er Arbeiter aus.»

Aktienpoker um Feldmühle und Dynamit Nobel

Zu einem handfesten Skandal entwickelte sich Flicks rücksichtsloses Vorgehen bei seiner zweiten spektakulären Nachkriegseroberung, der Einverleibung der «Feldmühle Papier und Zellstoff AG». Dieser Konzern, kurz Feldmühle genannt, der nach dem Krieg zum grössten Papierproduzenten Westeuropas aufgestiegen war, hatte Appetit auf die Kunststoffindustrie. Aufsichtsratsvorsitzender Hugo Stinnes jun. gab auf einer Aktionärsversammlung der Feldmühle die künftige Entwicklungsrichtung an: «Heute mehr denn je läuft die Entwicklung Papier und Kunststoff parallel, und es würde für die Feldmühle Stillstand gleich Rückschritt bedeuten, wenn sie diese Entwicklung in der Chemie nicht mitmacht.»

Von den Möglichkeiten der Wachstumsbranche Kunststoff angelockt, hatte sich Flick – wie immer nach gründlicher Erkundigung der Markt- und Gewinnlage sowie dem Studium der Berichte seines Geheimdienstes über «Internes» dieses Betriebes – die Eroberung der Feldmühle zum Ziel gesetzt. Erster Schritt dazu war wieder einmal ein Aktientausch. 1952 hatte Flick ein mittleres Chemieunternehmen, die Firma Wolff & Co. in Walsrode, die aus der Entflechtungsmasse des IG-Farben-Konzerns stammte, zu 75 Prozent aufgekauft und dafür

7,5 Millionen DM auf den Tisch gelegt. Die Firma Wolff & Co. war mit ihrer Kunststoff-Folien-Produktion ein durchaus entwicklungsfähiges Unternehmen. Aber Flick war ja weniger an seinem Ausbau interessiert als vielmehr an dessen Verwendbarkeit für seine Kapitalkombinationen. Als die Feldmühle im Jahre 1955 ins Geschäft mit dem Kunststoff einsteigen wollte, hielt Flick seine Chance für gekommen. Er bot der Feldmühle seinen Anteil an Wolff & Co. an. Hugo Stinnes jr. – in vergangenen Zeiten durch vielerlei Transaktionen mit ihm verbunden – nahm an. Der Siegerländer verlangte für seine nominell 7,5 Millionen DM Wolff-Aktien lediglich Feldmühle-Aktien in Höhe von nominell 5 Millionen DM. Allerdings stellte das bereits 1/3 des Gesamtkapitals der Feldmühle dar, die mit 37 Millionen DM ebenso wie Daimler-Benz erheblich unterkapitalisiert war.

Flick machte sein Tauschangebot nicht etwa aus Sympathie für Hugo Stinnes jun., sondern nur, um ihm die Feldmühle früher oder später abzugeben. Für den BRD-Wirtschaftsjournalisten Friedrich Kroeck ist Flicks Feldmühleaktion noch nachträglich ein Grund zum Schwärmen, wenn er in seinem 1970 veröffentlichten Buch «Die Grossaktionäre in Deutschland» schreibt: «Flick kann als Musterbeispiel der Gravitationskraft des Vermögens angeführt werden. Er ist kein Anfänger im Stil des Herrn Krages, kein Börsenjobber, wie ihn der kleine Max und Hollywood sich vorstellen. Er ist der Rastello wirtschaftlicher Macht schlechthin.»

Der Rastello liess nun fleissig nach weiteren Feldmühleaktien Ausschau halten und kaufte, wo er konnte. Sein Anteil an der Feldmühle vergrösserte sich dadurch allerdings nicht wesentlich, und die Aussichten, auf diesem Wege entscheidende Mehrheiten zu erlangen, waren gleich Null, da die Masse des Stammkapitals bei einigen Grossaktionären in festen Händen war. Deshalb suchte Flick nach einem ähnlichen Unternehmen wie Wolff & Co., das sich für eine weitere Angliederung an die Feldmühle eignete. Er fand es in der Dynamit Nobel AG, die ursprünglich vor allem Sprengstoffe und Munition produzierte,

inzwischen aber ebenfalls Kurs auf die Verarbeitung von Kunststoffen genommen hatte. Aktienhändler und Tausendsassa Hermann Krages besass auch von dieser Firma ein ansehnliches Aktienpaket mit einem nominellen Wert von 7,5 Millionen DM, das immerhin rund 16 Prozent des Stammkapitals ausmachte. Trotz Krages' Pleite beim Geschäft mit Daimler-Benz war der Kontakt zwischen dem Bremer und Flick nie unterbrochen. Diesmal einigten sie sich ziemlich schnell und ohne dramatische Manöver.

Bald konnte Flick noch einen weiteren Sammelerfolg bei Dynamit-Nobel-Aktien verbuchen. Den Schweizer Waffenfabrikanten Dieter Bührlle, der rund 32 Prozent des Kapitals von Dynamit Nobel hielt, überzeugte er, dass kaum Aussichten bestünden, dass er, Bührlle, sein Aktienpaket auf 51 Prozent bringen könne. Warum, so fragte Flick ihn treuherzig, wolle er sein Aktienpaket nicht auf die Sperrminorität abrunden und den Rest günstig verkaufen. Flick bekam von Bührlle tatsächlich 7 Prozent der Anteile, womit er – ergänzt durch zusätzliche Käufe am Aktienmarkt – selbst die Sperrminorität erreichte. Das brachte ihm 1958 zur Überraschung vieler Aktionäre, darunter der Rhein Stahl AG, die etwa 32 Prozent besass, sogar den Vorsitz im Aufsichtsrat der Dynamit Nobel ein. Aber Flick hatte es ja nicht in erster Linie auf Dynamit Nobel, sondern auf die Feldmühle AG abgesehen, der er dann auch bald sein neues Aktienpaket anbot. Die Feldmühleaktionäre konnten nicht widerstehen und schnappten begierig nach dem vermeintlich fetten Brocken.

Man beschloss, Flicks Dynamit-Nobel-Paket gegen Feldmühleaktien zu übernehmen. Dieser Tausch und einige Zukäufe ermöglichten, dass sich Flick plötzlich mit einem Anteil von 57 Prozent als der Mehrheitsaktionär der Feldmühle entpuppen konnte. Der besondere Witz daran war, dass er über die Feldmühle immer Nutzniesser der Dynamit-Nobel-Aktien blieb. Er hätte wohl auch ungern auf das lukrative vielversprechende Unternehmen verzichtet.

Neue Männer – alte Mächte

Eine der Voraussetzungen für diese geschäftliche Expansion war die Festigung der nicht nur für den Flick-Konzern günstigen politischen Konstellation. Im September 1957 erreichte die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen erstmals die absolute Mehrheit. Nach Angaben der SPD hatten «Industrie- und Wirtschaftskreise» den Wahlkampf der CDU/CSU mit der Rekordsumme von 100 Millionen DM unterstützt. Die Sieger bestritten zwar die 100 Millionen und meinten, dass es weniger gewesen sei, aber im Grossen und Ganzen leugneten sie diese generöse Finanzspritze nicht. Flick als «alter Wahlhelfer» dürfte sein Scherflein dazu beigetragen haben. Die Herren der Grossindustrie und ihre politischen Freunde machten aus ihrer Zufriedenheit über die gut angelegten Millionen keinen Hehl. Im Siegestaumel fiel manches Wort, das man vorher unterdrückt oder weniger direkt gesagt hätte. So erklärte Bundeskanzler Adenauer «die Schaffung von Kapital» zur wichtigsten Aufgabe seiner Regierung, hinter der die Realisierung von Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzungen zurückzustehen hätten.

Die Konsolidierung der alten Mächte und die damit verbundene restaurative Entwicklung der Gesellschaft wurde nun in rasantem Tempo vorangetrieben. Das kapitalistische System wurde hemmungslos verherrlicht, laut werdende Zweifel wie ein Sakrileg an heiligsten Gütern gebrandmarkt. Wilhelm Zangen, unter Hitler Leiter der Reichsgruppe Industrie, des staatsmonopolistischen Führungsorgans der Industrie, und massgebliches Mitglied des faschistischen Rüstungsrates, konnte jetzt als Chef des Mannesmann-Konzerns wieder alte, wohlvertraute Sprüche über die Glorie des Unternehmertums klopfen. In einem 1958 von ihm verfassten Geleitwort zu dem Buch von K. H. Herchenröder «Neue Männer an der Ruhr» heisst es unter anderem: «Es besteht kein Zweifel, dass die deutsche Industrie auf Grund dieses jahrzehntelang ausgeübten Ausleseprozesses auch in der Spitze hervorragende Persönlichkeiten hervorgebracht hat.» Als unbedingt notwendige Voraussetzung für das Eindringen in diesen erlauchten Kreis nannte er selbstgefällig «einen soliden,

festen und geradlinigen Charakter, der die Beschreitung von ungeraden Wegen verbietet», was natürlich «gesunden Ehrgeiz» nicht ausschliesse. «Im Gegenteil, nur der ehrgeizig strebende junge Mensch wird», nach Zangen, «sich allmählich in Führungspositionen hinaufarbeiten.»

Als weitere Bedingung für den Aufstieg beschwor Zangen, mit einem Seitenhieb auf die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen, auch das Uraltklischee von der notwendigen harten und langen Arbeit. «Wer sich heute in Spitzenpositionen befindet», so erklärte Zangen, «hat niemals nach 48-Stunden-Woche, geschweige denn nach einer kürzeren fragen können.» Beflügelt vom Zeitgeist der Restauration, machte sich Zangen keine Sorgen, dass sich auch in Zukunft so aufopferungswillige Unternehmer finden werden. «Das deutsche Unternehmertum an Rhein und Ruhr ist von Generation zu Generation durch eine harte Schule gegangen», versicherte er. «Ich habe keinen Zweifel, dass auch die kommenden Unternehmergegenerationen ihren Mann stehen werden.»

Das erwähnte Buch von Herchenröder schwärmt denn auch von den neuen Männern an der Ruhr und bedenkt sie mit den schmeichelhaftesten Attributen.

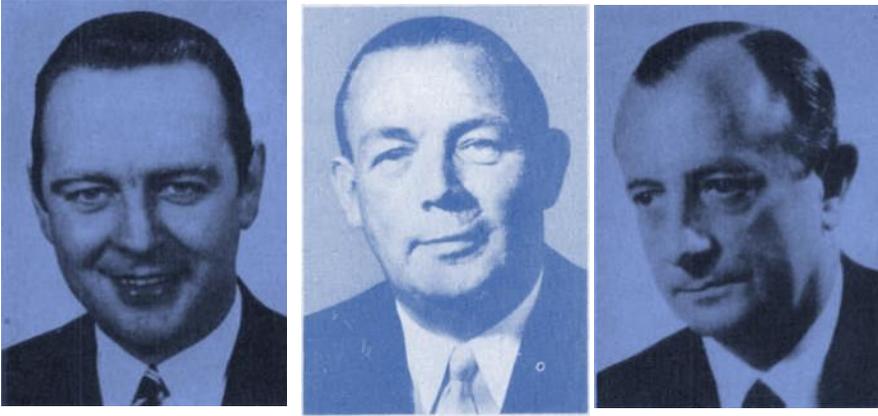
So wird Werner Söhngen, der Vorstandsvorsitzende der Rheinischen Stahlwerke, beispielsweise schon in der Überschrift als «Manager mit Herz» charakterisiert. Als wesentliche Eigenschaft für die Bestallung von Berthold Beitz zum Generalbevollmächtigten des Krupp-Konzerns, so erfährt man, brachte «Beitz seine Fähigkeit mit, Kontakte herzustellen, auseinanderstrebende Kräfte wieder zusammenzuführen und zu koordinieren. Nach seinen eigenen Worten fühlt er sich wie der Dirigent eines Orchesters, in dem verschiedene gute Solisten so Zusammenwirken sollen, dass eine echte Harmonie entsteht.» Als standesgemässes Hobby des Topmanagers wird die Jagd genannt, und der Verfasser vermerkt bewundernd, dass Beitz ein hervorragender Schütze ist, bei dem man nicht weiss, «ob er sich mehr freut, dass er an einem Abend vom Anstand aus vier Sauen schoss, als über ein gutes Geschäft, das er soeben angebahnt hat».

Nach den bedrückenden Worten Zangens über die Langarbeitszeit der Industriebosse ist es dem Leser doch eine rechte Beruhigung, wenn er erfährt, dass diese Schwerschaffenden ihrem Dauerstress wenigstens zeitweilig entfliehen können, um dem Leben mindestens ein paar angenehme Stunden abzugewinnen.

Von Fritz Berg, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hört man, dass er sich Gedanken darüber macht, ob die 40-Stunden-Woche auch die Volksgesundheit fördere. Auf die besorgte Frage, wie er die Strapazen seines Amtes erträgt, antwortet er recht unkonventionell: «Das würde ich nicht tun, wenn es mir nicht viel Spass machen würde.» Erleichtert konnte Herchenröder feststellen: «Er sieht nicht so aus, als ob er, der selbst kein Manager, sondern ein selbstverantwortlicher Unternehmer ist, leicht der Managerkrankheit zum Opfer fallen könnte. Er reitet, spielt Golf und geht mit Begeisterung zur Jagd, damit diese Gefahr gar nicht erst entstehen kann.»

Von Hans Bilstein, dem Alleininhaber der von seinem Vater aufgebauten August Bilstein GmbH, einem Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie, wird berichtet, dass er «eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit im derzeitigen Stadium für nicht ungefährlich» hält. Bemerkenswerterweise sah «er es auch als bedenklich an, wenn man auf Arbeitnehmerseite auf dem Standpunkt beharren sollte, dass sich jede Lohnaufbesserung nach dem Produktivitätsfortschritt richten müsse». Ein Hundsfott, der hier egoistische Motive wittert, denn Bilstein jr. ist «ein humorvoller, warmherziger, aber auch ziemlich leichtverletzlicher Mensch, der, weil er von seinen Mitmenschen bis zum Beweis des Gegenteils immer nur das Beste denkt, über Enttäuschungen, die er so zwangsläufig immer wieder erleben muss, nur sehr schwer hinwegkommt».

War es bei Bilstein die Sensibilität, mit der er das Herz des Lesers gewinnt, so ist es bei Hans Dütting, der seit 1957 auf dem Sessel des Vorstandsvorsitzenden der Gelsenkirchener Bergwerks-AG in Essen sass, die Bescheidenheit. Auch Dütting



Erfolgreiche Freizeitgestalter: Berthold Beitz, Fritz Berg, Günter Henle (v.l.n.r.)

plagen «grosse Sorgen», wie Herchenröder berichtet, und zwar «über die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzungen im Bergbau». Er setzte sich besonders dafür ein, «dass die Mechanisierung der Kohlegewinnung und die Automatisierung der Fördervorgänge weiter vorangetrieben wird, um so Arbeitskräfte zu sparen». Diesem «sachlichen» und «verbindlichen» Mann machte es in «seiner persönlichen Bescheidenheit», wie man erfährt, viel mehr Freude, seine Zeit auf der Jagd oder auf dem Rücken seines Reitpferdes zu verbringen, «als etwa in der Halle eines Luxus-hotels an der Riviera zu sitzen».

Aber «die neuen Männer an der Ruhr» – wobei die Ruhr nicht als geographischer Begriff verstanden wird – sind nicht nur empfindsam und naturverbunden, sondern auch kraftstrotzend und zuversichtlich. So zeichnen Ulrich Haberland, den Vorsitzenden des Vorstandes der Farbenfabriken Bayer in Leverkusen, vor allem «Vitalität und dazu unverwüstlicher Optimismus» aus. Das hat ihm wohl geholfen, wie Herchenröder ahnt, «die Brücke von der Vorkriegszeit zu den Aufgaben von heute, aufbauend auf einer grossen Tradition, die trotz aller Erschütterungen durch den Krieg und seine Folgen nicht abgerissen

ist», zu schlagen. Haberland ist Träger des goldenen Sportabzeichens und begeisterter Skiläufer. Herchenröders Resümee: «Kurzum, Haberland ist ein Mann, der sich vom Betrieb und vom Managertum offenbar nicht völlig auffressen lässt, und das ist gut so, denn diese Einstellung kommt schliesslich seinem Werk und den darin tätigen Menschen zugute.»

An die Spitze der Klöckner-Unternehmen trat nach dem Tode von Peter Klöckner im Jahre 1940 der Ex-Diplomat Günter Henle. Sein Anliegen war, «eine echte Förderung des Kapitalmarktes» und eine Reduzierung der Steuern aus Aktienbesitz zu erreichen. Er liebt die Musik und das Golfspiel.

Bei Paul Keller, der 1957 in das Direktorium von Krupp berufen wurde, wird klar, welche Eigenschaft ausserdem für den Aufstieg in das Spitzenmanagement unentbehrlich war, die Zangen zu nennen vergessen hat. Paul Keller hatte sich bei Krupp um die «Wiederzusammenführung von Betrieben, die durch die Entflechtung auseinandergerissen wurden», verdient gemacht und damit vor allem «Loyalität und Treue» gegenüber dem Eigentümer bewiesen, «für dessen berechnete Ansprüche er sich stets einzusetzen bereit» war. Dieser Einsatz bekam ihm ausgezeichnet. Herchenröder berichtet: «Darauf bedacht, auch körperlich fit zu bleiben, sucht und findet er Entspannung beim Tennisspiel und auf der Jagd. Offensichtlich mit gutem Erfolg, denn er wirkt viel jünger, als er den Jahren nach ist.»

Lassen wir es genug sein mit der Hofberichterstattung des Herrn Herchenröder und begnügen wir uns mit der Feststellung, dass die von Zangen geschilderte Schwerstarbeit doch wohl ganz gern gemacht wurde und sogar noch einige Zeit zu Vergnügen und Entspannung liess. Engelbert Raueiser, der Generaldirektor des Gemeinschaftsbüros der Ruhrkohle-Verkaufsgesellschaften, meinte denn auch unverblümt offen, dass er nicht viel von Unternehmern halte, die ständig über zuviel Arbeit klagten, aber nicht bereit seien, einen Teil ihrer Arbeit abzugeben.

Selbst die verstaubte Mär von den grossen Aufstiegschancen für jedermann wurde in dieser Restaurationsphase wieder gern und vielfältig verbreitet. «Gerade im sogenannten Kapitalis-

mus», so Zangen, «ist es möglich, dass der Tüchtige allmählich aufsteigt, dass er sich von der untersten Sprosse bis ganz nach oben spielt und dass in diesem fortwährend erneut an ihn herantretenden Auslesekampf eine kraftvolle, stete Verjüngung des Führungskorps durch Kräfte gewährleistet ist, die aus diesem Führungskorps bisher fremden und abgewandten Schichten stammen.» Interessant an diesem Zitat ist kaum der abgedroschene Inhalt, sondern die Tatsache, dass es aus dem Jahre 1958 stammt und nicht, wie man vermuten sollte, aus der Zeit des Dritten Reiches.

Der keineswegs kapitalismusfeindliche Eberhard Schulz von der «Deutschen Zeitung und Wirtschafts-Zeitung» kennzeichnet 1958 die Aufstiegschancen in der BRD weit realistischer. «Man hat seit Kurzem von den Aufstiegschancen gesprochen», schrieb er. «Sie sind – gemessen an der Gesamtzahl auch bei unseren Grossbetrieben – sehr gering. Wir hören von sechshundert Jugendlichen und dreihundertfünfzig Erwachsenen, die durch schwierige Tests ausgelesen sind, um vielleicht die Meisterschulung einmal zu durchlaufen. In einem Werk von ähnlichem Umfang – etwa dreissigtausend – hat man Sonderkurse für eine jüngere Generation von Meistern eingerichtet. Hier liefen vier Schulungsgruppen, die mit je fünfundzwanzig Teilnehmern belegt waren... Die Bereitschaft innerhalb der Arbeiterwelt mag oft nicht sehr gross sein, die Chancen sind es aber auch nicht.»

Zu der «neuen Gesellschaft» in der Bundesrepublik gehörte es schon wieder, das Bewusstsein zu pflegen «Wir sind wieder wer». Der westdeutsche Publizist Erich Kuby vermerkte bereits damals, dass erneut nationalistische Machtpositionen aufgebaut werden: «Es geschieht in der Bundeswehr, in Vertriebenenorganisationen, in der Heimatpresse, im Rundfunk, im Film, in den Traditionsverbänden der Soldaten und der ehemaligen SS, im Auswärtigen Dienst, in Jugendverbänden, in kleinen und kleinsten Organisationen, die vorgeben, die Demokratie schützen zu wollen, in Wirklichkeit aber nur dafür sorgen, dass das Gefühl der Bedrohung wachgehalten wird und wächst.»

Besonders die Massenmedien führten einen grossangelegten Verdummungsfeldzug mit starken antikommunistischen Akzenten durch. In der «Bild-Zeitung» dominierten Schlagzeilen wie «FDJ-Sekretär vergewaltigt Mädchen» – «Mörder flüchtete durch die Küche» – «Kinderschreck im Smoking gefasst» und ähnliches. Kuby kam zu der Erkenntnis, dass das alles nicht ganz zufällig so war. «In vielen Versäumnissen der Regierung», so bemerkte er, «muss man den Beweis dafür sehen, dass die herrschende Schichte die diesen Staat geschaffen hat, das Volk mit Absicht auf einem anspruchslosen geistigen Stand hält.»

Dieses Klima förderte die Geschäfte und bereitete der Wirtschaft ihre «Goldenen fünfziger Jahre». Die Bundesrepublik kletterte in der Industrieproduktion von 1956 bis 1961 vom dritten auf den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt und unternahm eine intensive Aussenhandelsexpansion. Aber auch in dieser Zeit des Aufschwungs liessen die Schwierigkeiten nicht auf sich warten. 1958 begann im westdeutschen Steinkohlenbergbau eine Krise, die zum Rückgang der Produktion und zu hohen Kohlenhalden führte. Tausende von Bergleuten verloren ihren Arbeitsplatz für immer. Flick konnte sich angesichts der Kohlenkrise nur beglückwünschen, dass er seine wichtigsten Steinkohlenzechen längst abgestossen hatte.

Umgang mit kleinen Aktionären

Mit der Erringung der Majorität über die Feldmühle und Dynamit Nobel erreichte der Flick-Konzern seine angestrebte neue, moderne Grundstruktur, die sein Gesicht veränderte. Kurt Pritzkoleit nannte ihn denn auch «Konzern in beständigem Wandel» und bemerkte dazu: «Medusengleich wandelte er die Gestalt, hielt bald dieses, bald jenes und war in aller Verwandlung doch immer er selbst.» Hinter diesem Wandel steckte natürlich Methode, die Erkenntnis, dass die technische Revolution Auswirkungen auf die Struktur der bisherigen Produktion haben musste, bei der das Öl die Kohle verdrängte und die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie von der Entwicklung neuer Industriezweige überrollt wurde. Allerdings war Flick mit

dem, was er bei Dynamit Nobel und Feldmühle erreicht hatte, noch längst nicht zufrieden. Jetzt ging es ihm vor allem darum, weitere Anteile des Sprengstoffkonzerns zu erlangen.

Der Aktienmarkt bot jedoch wenig Aussichten; das Angebot war gering, und ausserdem hatte man hier schon Flicks Interesse an Dynamit Nobel bemerkt, so dass die Aktienkurse schnell von 400 auf 620 Prozent kletterten. Flick entschloss sich deshalb, den Rheinstahlbossen ihre 32 Prozent von Dynamit Nobel mit einem anderen Aktienpaket abzutauschen. Aus seinem eigenen Besitz offerierte er ihnen ein Mehrheitspaket der Stahlwerke Südwestfalen und ein 33-Prozent-Aktienpaket der Edelstahlwerke Witten, die beide hochwertigen Edelstahl produzierten. Die Stahlwerke Südwestfalen hatte er Anfang der fünfziger Jahre aus der Entflechtungsmasse des Stahlvereins gekauft. Zu ihnen gehörte übrigens auch seine Siegerländer Charlottenhütte, über die er inzwischen erneut massgebenden Einfluss erlangt hatte. Nun, da sich dafür Besseres herauschlagen liess, war der alte Aktien- und Menschenhändler wieder einmal bereit, sie fortzugeben.

Nachdem es anfangs so aussah, als ob die Rheinstahlaktionäre mit Flicks Angebot einverstanden seien, lehnte die Hauptversammlung am 17. Juli 1959 überraschend ab. Ihr Generaldirektor Werner Söhngen verlangte höhere Anteile an den beiden Stahlwerken. Doch Flick gab nicht auf und bearbeitete Rheinstahl weiter. Im Dezember kapitulierte Söhngen schliesslich und überliess dem «Geier» das begehrte Dynamit-Nobel-Paket. Rheinstahl erhielt nun Flicks 33-Prozent-Anteil an den Edelstahlwerken Witten und einen Barbetrag, über den kein Wort verlauten zu lassen beide Partner gelobten. (Seinen Anteil an den Stahlwerken Südwestfalen verkaufte er später für 115 Millionen DM an den bayrischen Grossaktionär und -industriellen August von Finck.) Zusammen mit den von Rheinstahl erworbenen Aktien hatte Flick jetzt bereits rund 57 Prozent des Dynamit-Nobel-Kapitals erworben, für das er sich überwiegend Feldmühleaktien eintauschte. Dadurch erhöhte er seinen Anteil bei der Feldmühle auf knappe 70 Prozent.



Verwaltungsgebäude der «Feldmühle» in Düsseldorf-Oberkassel

Flicks Ziel bei der Feldmühle war jedoch die absolute Alleinherrschaft. Dazu musste er allerdings noch den Aufsichtsratsvorsitzenden Hugo Stinnes jun. mit seinem Anteil von 21,4 Prozent aus dem Feld schlagen. Unverblümt machte er ihm klar, dass sein Anteil künftig nicht mehr ausreichen werde, um auf das Unternehmen einen nennenswerten Einfluss auszuüben und seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender behalten zu können. Der offensichtlich resignierende Stinnes verstand den derben Wink und erklärte sich nicht nur bereit, seinen Anteil an Flick zu verkaufen, sondern auch bei der Umwandlung der Feldmühle von einer Aktiengesellschaft in eine Personalgesellschaft mitzuwirken. Was Flick nun noch von der hundertprozentigen Macht über die Feldmühle trennte, waren «nur» einige Kleinaktionäre sowie Hermann Krages und der Waschmittelproduzent Konrad Henkel, die beide Aktienpakete von mehreren Millionen DM besaßen. Bei dem beabsichtigten Rausschmiss konnte sich Flick sogar auf den Gesetzgeber stützen. Ein am 12. November 1956 erlassenes Gesetz ermöglichte es Aktionären, die über 75 Prozent des Grundkapitals verfügten, ihre Kapitalgesellschaft in eine Personalgesellschaft umzuwandeln.

Der Gesellschafter übernahm dabei die persönliche Haftung, wobei er nicht unbedingt eine natürliche Person, sondern auch eine juristische, das heisst wieder eine Kapitalgesellschaft, sein konnte. Vor dem Umwandlungsbeschluss musste die neue Kapitalgesellschaft aber bereits konstituiert werden. Mit diesem Gesetz konnte der einzelne Mehrheitsaktionär oder mehrere, die sich zusammaten, die Minderheit aus der bisherigen Gesellschaft verdrängen. Der Gesetzgeber nahm dabei, wie Pritzkolet bemerkte, «die Partei des wirtschaftlich Stärkeren, des Mehrheitsbesitzers» und schritt «über die Belange der Minderheit ungerührt» hinweg. Diese Umwandlung der Gesellschaften wurde vom Staat sogar steuerlich begünstigt, allerdings befristet bis zum Jahresende 1959.

Flick musste sich also beeilen, wenn er in den Genuss der recht erheblichen Steuervorteile kommen wollte. Bevor ihm Stinnes seinen Anteil verkaufte, hatte er mit ihm gemeinsam noch rasch die AG für Papier- und Zellstoff-Interessen gegründet, eine Voraussetzung für die Eintragung in das Handelsregister als juristische Person nach der erfolgten Umwandlung. Beide brachten ihre Anteile an der Feldmühle darin ein. Drei Tage vor Weihnachten wurde die Hauptversammlung der Feldmühleaktionäre nach Düsseldorf einberufen, um die Wünsche Flicks zu sanktionieren. Es wurde eine der lebhaftesten Aktionärsversammlungen in der Geschichte der BRD. Rein rechtlich konnten die Minderheitsaktionäre gegen Flicks Umwandlungsbeschluss nichts unternehmen, ihre Chance, ihn zu verhindern, lag beim Aushandeln der Abfindungssumme für ihr Ausscheiden. Hauptkämpfer gegen Flick war Hermann Krages. Beide trieb das gleiche Motiv – Gewinnsucht. Krages, der die Korrektheit von Flicks Vorgehen bezweifelte und rechtliche Einwände erhob, hatte beim Landgericht Düsseldorf die einstweilige Verfügung erwirkt, dass das voraussehbare Ergebnis der am 22. Dezember 1959 angesetzten Generalversammlung, der Umwandlungsbeschluss, nicht in das Handelsregister eingetragen werden durfte. Als Ergebnis dieser Verfügung stiegen die Aktien der Feldmühle auf über 1'000 Prozent.

Auf der Hauptversammlung bot Flick dann den Minderheitsaktionären 770 Prozent je Aktie als Entschädigung an. Flick hatte vorher von zwei ihm wohlgesonnenen Wirtschaftsprüfern ein Gutachten anfertigen lassen, in dem ein Wert von 668 Prozent pro Aktie errechnet worden war. Offensichtlich ahnte Flick jedoch, dass er mit diesem Gutachten nicht durchkommen würde, und bestellte noch ein weiteres bei der Treuhandgesellschaft des deutschen Wertpapierbesitzes, die 770 Prozent ermittelte. Angesichts des Börsenwertes der Aktien löste Flicks Angebot auf der Generalversammlung aber einen Riesenprotest aus.

Bevor es richtig losging, gab es schon den ersten Streit, ob einer der Minderheitsaktionäre, der Darmstädter Kohlenhändler Erich Nold, die Diskussion auf Tonband aufnehmen dürfe. Er durfte nicht. Jetzt weigerte sich Nold, das Tonband abzustellen, wenn ihm nicht ein Protokoll der Diskussion zugesichert werde. Stinnes befahl, dem Kohlenhändler das Gerät kurzerhand durch ein Vorstandsmitglied abzunehmen. Daraufhin schmähte der Kohlenhändler laut: «Sie sind der Vorstand der Feldmühle und befassen sich mit so einem Dreck.» Doch Stinnes liess sich durch den Zwischenfall nicht irritieren. Er hatte sich bereits vollständig auf die Seite Flicks geschlagen, da er hoffte, bei seinen eigenen, nicht gerade glücklichen Geschäften von Flick unterstützt zu werden. Der sprang ihm später aber lediglich mit einem 10,5-Millionen-Kredit zur Seite, der dann auch prompt im Strudel des weiteren Untergangs der Stinnes-Macht verlorenging.

Die Aktionärsversammlung der Feldmühle brachte noch mehr Unfreundlichkeiten. Stinnes verkündete, dass er die Türen habe verschliessen lassen, da während der Diskussion niemand mehr den Saal verlassen dürfe, um die Kapitalpräsenz nicht zu verändern. Diese autoritäre Handlung löste erneut tumultartige Proteste aus.

Der durch die Einziehung seines Tond band gerätes noch zusätzlich verbitterte Kohlenhändler Nold meldete sich als erster Diskussionsredner, um zum Antrag Flicks auf Umwandlung der bisherigen Unternehmensform Stellung zu nehmen. «Ich habe

dieses Grundstück und dieses Haus heute betreten als Miteigentümer», rief er in den Saal, «wenn die heutige Versammlung so über die Bühne geht, wie unser Grossaktionär es sich wünscht, dann werde ich das Haus verlassen als Enteigneter.» In seinem Zorn, von den grossen Räufern geplündert worden zu sein, fragte Nold anklagend: «Wo bleiben die Staatsanwälte, die es wagen, gegen Flick, Stinnes und Konsorten vorzugehen?» Sarkastisch gab er den übrigen Minderheitsaktionären dann einen abschliessenden Rat: «Wenn Sie noch etwas tun wollen, vergessen Sie nicht, Herrn Flick zum neuen Jahr einen Glückwunsch zu schicken, damit man Ihnen nicht so viel am Zeuge flickt wie mir und Riemen aus Ihrer Haut schneidet wie mir.»

Es ging also recht grobschlächtig auf dieser Versammlung zu. Flick und Gegenspieler Krages hatten das geahnt und mochten sich solchen Grobheiten nicht persönlich aussetzen; sie liessen sich durch ihre Anwälte vertreten. Wie erwartet, konnte der Widerstand der Minderheitsaktionäre nichts daran ändern, dass Flick den Umwandlungsantrag durchboxte. Vorstandsvorsitzender Rohrer wies die Schimpfenden zwar auf den Rechtsweg hin, drohte ihnen aber gleichzeitig, dass die Abfindung dann wahrscheinlich noch geringer ausfallen werde. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht entschied sich am 14. April 1960 für die Rechtsgültigkeit von Flicks Vorgehen im Fall Feldmühle und gab den Umwandlungsbeschluss zur Eintragung in das Handelsregister frei.

Doch damit war der Streit nicht beendet. Dem zuständigen Registerrichter, der die Eintragung genehmigen musste, einem beherzten Mann namens Wendel, kamen Bedenken, ob die Entscheidung des Oberlandesgerichtes, die auf dem am 12. November 1956 erlassenen Umwandlungsgesetz beruhte, mit dem Grundgesetz der BRD, insonderheit mit Artikel 3 (Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich) und Artikel 14 (Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet), zu vereinbaren sei. Er reichte deshalb die Angelegenheit an das Bundesverfassungsgericht weiter, das nun über Flicks Umwandlungsbeschluss zu befinden hatte.

Grundsatzurteil

Noch bevor das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das lange auf sich warten liess, gefällt wurde, einigte sich Flick mit seinem einflussreichsten Kläger Hermann Krages. Das war für beide opportun, denn auch Flicks Konkurrenz im Lager des Grosskapitals fand sich bereit, sein taktisch ungeschicktes Vorgehen zu kritisieren. Die Düsseldorfer Industriezeitung schrieb am 15. März 1960: «Der Name Flick ist ein Begriff für rücksichtslose Ausweitung persönlicher wirtschaftlicher Macht geworden, die sechzehn Jahre nach dem Zusammenbruch grösser ist, als sie vorher war ... Sein Handeln im wirtschaftlichen Bereich lässt nicht erkennen, dass er aus seiner Vergangenheit gelernt hat.» Als Verfechter der Gesamtinteressen des Monopolkapitals murrte auch der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard im Hinblick auf Flicks Praktiken über die «Instinktilosigkeit der Grossaktionäre». Flick hatte also grosses Interesse, die ganze Sache so schnell wie möglich hinter sich zu bringen. Er zahlte Krages für dessen Aktien in Höhe von nominell 3 Millionen DM die stolze Summe von 80 Millionen DM. Krages verpflichtete sich dafür, aus der Front der Umwandlungsverweigerer auszuscheren.

Nachdem Flick das Aktienpaket Henkels ebenfalls zu Vorzugsbedingungen gekauft hatte, setzten nur noch die Kleinaktionäre der Feldmühle ihre Hoffnung auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Ohne nunmehr befürchten zu müssen, die Interessen irgendwelcher Grossaktionäre zu verletzen, konnte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes unter Vorsitz seines Gerichtspräsidenten Dr. Gebhard Müller (CDU) im August 1962 ein «unbefangenes» Urteil fällen. Da die Urteilsbegründung einen ausgewogenen Eindruck machen sollte, wurden in ihr mit vielen Worten die Rechte der kleinen Aktionäre erörtert, um schliesslich doch Flick die Legalität seines Vorgehens bei der Umwandlung der Feldmühle zu bestätigen. Das Gericht stellte in Rechnung, dass die Rechte der Miteigentümer nur so weit eingeschränkt werden dürfen, «wie dies zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft unentbehrlich

ist». Mit einem Stossseufzer der Erleichterung erkannte dann aber das Gericht, was der Gesetzgeber bestimmt hatte, nämlich «den Schutz des Eigentums der Minderheitsaktionäre hinter den Interessen der Allgemeinheit an einer freien Entfaltung der unternehmerischen Initiative im Konzern zurücktreten zu lassen».

Trotz aller bekundeten Bauchschmerzen entsprach das Urteil also lupenrein den Interessen der Monopole, denn als Grundsatzurteil hatte es auch für die weitere Umwandlungspraxis der Grossaktionäre bleibende Bedeutung. Günter Ogger zog folgendes Fazit aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes: «Auf 37 Seiten hatte der Karlsruher Senat

1. den bundesdeutschen Konzernleitungen überragende Einsicht attestiert und sie zu Sachwaltern des Allgemeinwohls erhoben;
2. die Kleinaktionäre als blosse Dividendenjäger abgestempelt und
3. die in Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit als einen Schutz für die freie Entfaltung von Konzernleitungen interpretiert.»

Der fast achtzigjährige Flick, der sich bis auf Bronchialbeschwerden und eine zunehmende Schwerhörigkeit bester Gesundheit erfreute, konnte nach diesem Urteil seine ausdauernden Spaziergänge noch beschwingter unternehmen. Ihn und seine Geschäfte beschützten mehr als nur seine bewaffneten Leibwächter und die scharfen Wolfshunde. Einen Tag, nachdem er «sein Recht» durch das Bundesverfassungsgericht bekommen hatte, liess der aktive Greis die umgewandelte «Feldmühle», die ihm endlich bis zum allerletzten Prozent gehörte, ins Düsseldorfer Handelsregister eintragen. Die neue Firma hiess nun nicht etwa AG für Papier- und Zellstoff-Interessen, denn da ihm jetzt niemand mehr hineinreden konnte, liess er den alten und bewährten Namen Feldmühle AG als Personalgesellschaft offiziell registrieren.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts beschäftigte sich allerdings das Oberlandesgericht Düsseldorf nochmals mit

dem Fall, um ein Urteil über die Bewertung der Feldmühleaktien zu fällen. Am 31. Juli 1964 entschied es, dass 920 Prozent ein angemessener Wert seien, wobei festgelegt wurde, dass den ausscheidenden Aktionären der Feldmühle zuzüglich noch 6 Prozent seit dem 8. Januar 1962 als Abfindung zu zahlen sind. «Die Minderheitsaktionäre mussten also nicht nur», wie der westdeutsche Verfasser des Buches «Die Macht der Mächtigen», Hermann Marcus, bemerkt, «weil es den Mächtigen gefiel, das Feld in der Feldmühle räumen (mit dem finsternen Verdacht im Herzen, dass sie beim Hinausschmiss auch noch überverteilt werden sollten), sie mussten auch fünf Jahre warten, bis der Wert ihrer Aktien objektiv feststand und sie ihr Geld dafür erhielten.»

Nicht anders als den Minderheitsaktionären der Feldmühle erging es denen der Dynamit Nobel AG. Nachdem Flick und sein Partner Bührlé durch Rheinstahl die notwendige Dreiviertelmehrheit über den Sprengstoff- und Kunststoffkonzern erhalten hatten, wandte Flick hier ebenfalls das Feldmühlerezept an. Kurz vor der Jahreswende 1959/60 beschloss die Hauptversammlung der Aktionäre die Umwandlung der Dynamit Nobel AG in die AG für Kunststoffwerte und die finanzielle Abfindung der Minderheitsaktionäre. Als Entschädigung bot Flick für jede Aktie 735 Prozent an, obwohl sie an der Börse mit 1'500 Prozent gehandelt wurde. Auch hier hatte das Gericht über die Höhe der Entschädigung zu entscheiden. Das Kölner Oberlandesgericht fand im August 1962 einen «Kompromiss»: Es hielt 811,5 Prozent für eine angemessene Entschädigung. Der Name Dynamit Nobel AG verschwand durch die Umwandlung ebenfalls nicht, denn nach seinem Sieg liess Flick den bekannteren Namen in das Handelsregister eintragen. Nach den Umwandelungsgeschäften wurden entgegen den vorangegangenen zweckpessimistischen Prognosen, die die Aktionäre negativ beeindruckten sollten, enorme Gewinne erwirtschaftet. 1963 konnten die miteinander verflochtenen Gesellschaften Feldmühle und Dynamit Nobel eine Dividende von 20,6 Millionen DM zahlen, fast ein Viertel des Grundkapitals.

Neben den laufenden Gewinnen, die Flick aus den beiden Unternehmen zuflossen, konnte er zufrieden einen erheblichen Vermögenszuwachs seines Kapitals konstatieren. Berechnungen des westdeutschen «Handelsblatts» zufolge hatte er für die Eroberung von Dynamit Nobel und Feldmühle lediglich 132 Millionen DM aufwenden müssen. Die sich aus der Umwandlung der Firmen ergebenden Steuervergünstigungen brachten ihm aber allein schon 140 Millionen DM ein. Nach einigen Kapitalerhöhungen repräsentierten die Unternehmen beim Tode Flicks, also rund zehn Jahre später, etwa 1,5 Milliarden DM.

Dieter Bührle, der letzte Mitaktionär bei Dynamit Nobel, verkaufte seinen Anteil 1967 an eine Schweizer Interessengesellschaft, weil er ständig von Flick geprellt wurde, da dieser einseitig Kapitalerhöhungen verfügte und auf diesem Wege Bührles Anteil systematisch reduzierte. Flick sicherte sich danach bei dem neuen Besitzer das Vorkaufsrecht für die Aktien, um nicht eines Tages einen unerwünschten Mitaktionär akzeptieren zu müssen.

Dynamit Nobel und Feldmühle waren nicht Flicks einzige Umwandlungsgeschäfte. Bevor das Jahr 1959 zu Ende ging und damit die Steuervergünstigungen hinfällig wurden, teilten auch noch die Metallhüttenwerke Lübeck und die Westberliner Waffenfabrik Gustav Genschow das Schicksal, von Flick in eine GmbH umgewandelt zu werden.

Das Geld und die Macht

Weder Flicks rabiate Aufkaufpolitik noch die durch seinen rüden Umgang mit Kleinaktionären geradezu lächerlich gemachte gesellschaftspolitische Propagandathese «Eigentum für alle», die bei der regierenden CDU trotz des ihr bewussten gesetzmässigen Wirkens des Konzentrationsprozesses des Kapitals so beliebt war, weil sie damit eine Entschärfung des Klassenkampfes und eine moralische Aufwertung des Kapitalbesitzes zu erreichen hoffte, führte zu einer ernsthaften Trübung der Flickschen Beziehungen mit Bonn. Die gelegentlichen kritischen Bemerkungen über seine Geschäftspraktiken störten ihn nicht weiter; denn er wusste, dass seine Kontakte zu den massgebenden Regierungskreisen auf handfesteren Dingen beruhten als auf Schlagworten. Das Gewebe von politischen und wirtschaftlichen Interessen, das die CDU als führende Partei der Bourgeoisie mit dem Monopolkapital verband, liess auch Flicks Weizen erneut blühen. Ein Beispiel dafür ist die «Entschädigung» der Petscheks, die, wie man annehmen sollte, für ihn zu einem gehörigen finanziellen Aderlass hätte werden müssen.

Flick sah das anders. Dreist begann er ein kompliziertes Spiel, das ihn nicht nur von den Forderungen der Petscheks befreien, sondern sogar zusätzlichen Gewinn bringen sollte.

Als die Petscheks, wie erwartet, ihre Entschädigungsansprüche anmeldeten – zu dieser Zeit wurde ihm gerade der Prozess in Nürnberg gemacht –, hatte er sich längst überlegt, dass ihm am besten geholfen sei, wenn er die mit den Reichswerken «Hermann Göring» geschlossenen Verträge über die Verteilung der Braunkohlengruben der Petscheks für null und nichtig erklären liess. Da die Braunkohlengruben, die er den Petscheks abgenommen hatte, inzwischen in Volkseigentum übergeführt



Das Grosskapital im Bundestag – Bankier Pferdmeniges im Gespräch mit Adenauer

worden waren, fand er, der seinerzeit mit Pleiger vereinbarte Tausch sei durch den Zufall, dass die den Reichswerken überlassenen Steinkohlenzechen zur Britischen Besatzungszone gehörten, für ihn allzusehr zum Nachteil ausgefallen. Ausserdem lagen nunmehr auch die Forderungen der Petscheks vor. Während die Julius-Petschek-Gruppe einen Nachzahlungsbetrag von 12 Millionen Dollar plus Zinsen verlangte – Flick bot ihr daraufhin unverschämt Aktien der längst volkseigen gewordenen Anhaltischen Kohlenwerke an –, orientierte sich die Ignaz-Petschek-Gruppe auf die westdeutschen Steinkohlenzechen, die die Reichswerke für die Petschek-Kohle erhalten hatten. Flick kam die Erhebung dieser Forderung nicht einmal ungelegen. Es wurde sogar der Verdacht geäussert, Flick habe selbst die Rückzahlungsforderungen der Ignaz-Petschek-Gruppe provoziert. Sicher war auf jeden Fall, dass, wenn die Ansprüche dieser Gruppe auf die westdeutsche Steinkohle anerkannt wurden, auch Flick gute Chancen besass, durch Annullierung des Tauschvertrages mit den Reichswerken einen Teil seiner früheren Zechen wieder in seinen Besitz zu bekommen. Er musste nur behaupten, dass Pleiger ihn gezwungen habe.

49 Millionen für Makulatur

Trotz der eindeutig dagegen sprechenden Fakten wurde dann bei den Verhandlungen auch tatsächlich davon ausgegangen, dass Flick seinerzeit zum Tausch Petschek-Braunkohle gegen Harpen-Steinkohle gezwungen worden war. Die Verhandlungen zwischen den Beteiligten – den Petscheks, Flick, der Harpener Bergbau AG und dem bundeseigenen Salzgitterkonzern (Nachfolger der Reichswerke «Hermann Göring») – zogen sich jahrelang hin und endeten erst 1957 mit einem Vergleich. Flick schnitt dabei höchst vorteilhaft ab; denn er empfing von der Harpener Bergbau AG für ein praktisch wertloses Aktienpaket von nominell 40 Millionen Mark der Anhaltischen Kohlenwerke 49 Millionen DM. Auch Harpen liess sich bei dieser Transaktion ausschliesslich von dem Streben nach Profit leiten. Es erhielt nämlich für das AKW-Paket vom Salzgitterkonzern die Steinkohlenzeche Victoria-Lünen, die einen Wert von 200 Millionen DM repräsentierte. Der Salzgitterkonzern gab wiederum einen Teil der ungeliebten, da wertlosen AKW-Aktien als «Entschädigung» für die Petscheks nach New York weiter. Die Petscheks bekamen ausserdem einen Anteil von 45 Prozent an der dem Salzgitterkonzern gehörenden Märkischen Steinkohlengewerkschaft mit der Zeche «Sachsen» und der Zechengruppe Herne/Recklinghausen als Abgeltung ihrer Ansprüche. Der getroffene Vergleich gefiel Flick nicht schlecht, weil er dadurch mit Unterstützung der Bundesregierung und auf Kosten der Steuerzahler für seine gegenstandslos gewordenen AKW-Aktien 49 Millionen DM einheimsen konnte und ausserdem mit den Petscheks ins Reine kam.

Grosses Bundesverdienstkreuz

Adenauer, der sich ja im Umgang mit Staatsgeldern auch nicht «pingelig» anstellte, nahm Flick die Schröpfung der Staatskasse offensichtlich nicht übel. Anlässlich des 75. Geburtstags Flicks richtete Adenauer 1958 ein huldigendes Glückwunschtogramm an den Alt-Milliardär. «Zur Vollendung Ihres fünfundsiebzigsten Lebensjahres», so schrieb der Bundeskanzler, «wünsche

ich Ihnen von Herzen Glück. Sie haben in langer und entsagungsreicher Arbeit, unbeirrt von allen Schicksalsschlägen, die unser Volk und Sie persönlich getroffen haben, ein grosses stauenswertes Lebenswerk aufgebaut. Mögen Ihnen Kraft und Gesundheit noch lange vergönnt sein, um sich Ihrer Erfolge und Ihres Werkes zu erfreuen.» Noch höhere Würdigung fand fünf Jahre später der 80. Geburtstag des Industriepotentaten. Bundespräsident Lübke verlieh ihm die höchste Auszeichnung der BRD, das Grosse Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Doch nicht nur Sympathie und Bewunderung zog die Bonner Regierenden zu Flick hin. Spendabel, wie er war, wenn es ihm angebracht schien, gab Flick einen sehr beträchtlichen Teil seiner politischen Finanzhilfe den mitgliederschwachen CDU und CSU. Er konnte sein Geld nicht besser anlegen, denn sein Wiederaufstieg nach dem zweiten Weltkrieg wäre ohne den von der CDU/CSU beherrschten Staatsapparat derartig reibungslos nicht möglich gewesen. Bei der Wiedererlangung der Verfügungsgewalt über seinen Konzern, bei der Förderung seiner Kapitalverwertung durch staatsmonopolistische Hilfen wie Steuervergünstigungen, Subventionen, Kredite zu Vorzugsbedingungen und bei riesigen Aufträgen, überall fand Flick helfende Bundesgenossen in Parteizentralen und Ministerien. Sie setzten ihn sogar in die Lage, aus unrentablen Unternehmen Gewinne zu ziehen, so, als er die Hälfte des Kapitals der Waggonbaufirma für Fahrzeug- und Maschinenwerke (Famas) erworben hatte. Bei der mit Verlusten arbeitenden Firma, die zur anderen Hälfte der bundeseigenen Industrieverwaltungs-GmbH gehörte, erreichte Flick für sich dennoch eine profitable Lösung. Er kassierte vier Prozent des Umsatzes als Gewinn, während er die Verluste einseitig dem bundeseigenen Betrieb auflud. Das zu erreichen, bedurfte es wieder eines Tricks. Flick konnte die Famasführung überzeugen, dass die Aufträge reichlicher eingehen würden, wenn sie unter dem angesehenen Namen Linke-Hofmann und Lauchhammer Kunden warb. Er gründete deshalb diese Firmen in der BRD neu und verlangte dafür vier

Prozent Umsatzprovision von der Famas. Bei den erheblichen Minusgeschäften der Famas wirbelte das doch einigen Staub in Bonn auf. Als man ihm anbot, auch die zweite Hälfte des Kapitals der Waggonfirma zu übernehmen, lehnte er mit der Begründung ab, es sei ihm schon seit Jahrzehnten klar, dass an Waggonen nichts zu verdienen sei. Alle Androhungen von staatlicher Seite, den Vertrag anzufechten, beantwortete er stets selbst mit Klagedrohungen. Später löste Flick dann aber den Vertrag, weil er den im Waggonbau eingeführten Namen Linke-Hofmann-Busch gegen einen stattlichen Betrag an die ebenfalls bundeseigene Salzgitter AG verkaufen konnte. Aber Flick begnügte sich nicht damit, die Namen seiner ehemaligen, jetzt volkseigenen Betriebe in der DDR zum Handelsobjekt zu machen. Er verfolgte aufmerksam ihren Aufstieg, da er die Hoffnung, sie eines Tages wieder zu besitzen, nie aufgab. Mit Adenauer, den der sonst in der Öffentlichkeit so schweigsame' Siegerländer wiederholt nachdrücklich lobte, wusste er sich zu seiner tiefsten Befriedigung darin einig, dass alles getan werden müsse, die sozialistische Entwicklung in der DDR rückgängig zu machen.

Flick-Lobby in Bonn

Auch durch den Ankauf von Mittelstahlwerten an westdeutschen Börsen, die dort noch immer geführt wurden, unterstrich Flick sein ungebrochenes Interesse an seinen früheren Betrieben in der jetzigen DDR. Obwohl die Mittelstahlaktien lediglich Makulatur waren, wurden sie dennoch als Bonus auf eine erträumte Rekapitalisierung der volkseigenen Betriebe weiter gehandelt. Da die Börse den Wert dieser Aktien allerdings nicht sehr hoch veranschlagte, konnte Flick seine Aktienpakete von Mittelstahl mit wenig Geld vergrößern und ungeachtet der politischen Realitäten das längst Verlorene auf dem Papier einmal mehr umgruppieren. So gab er den Mitteldeutschen Stahlwerken, dem Sächsischen Gussstahlwerk Döhlen, den Linke-Hofmann-Werken, den Brandenburger Eisenwerken und einigen anderen Betrieben jeweils den Status einer GmbH und liess



Ehemaliger Flick-Betrieb zeigt den neuen Besitzer an

sie in seinen Bilanzen auch weiterhin als Unternehmen ohne Geschäftsbetrieb auftauchen.

Die Bonner Regierungspolitik sollte helfen, hinter der zahlenlosen Aufreihung eines Tages wieder Millionenbeträge einzutragen. Deshalb lag ihm ausser an der intensiven Pflege der vielfältigen persönlichen Kontakte zu Bonner Politikern besonders viel an der Etablierung einer ständigen Interessenvertretung in der Bundeshauptstadt, wie sie andere Konzerne und Verbände schon hatten. Für diese Form der Einflussnahme, die legale Methoden oft mit Erpressung und Bestechung verbindet, bürgerte sich nach nordamerikanischem Vorbild der Begriff Lobby ein, so genannt nach der Vorhalle von Parlamentsgebäuden, einem idealen Treffpunkt für Parlamentarier und alle, die etwas von ihnen wollen. In den ersten Jahren der Adenauer-Regierung war Flicks wichtigster Lobbyist in Bonn sein ehemaliger Privatsekretär Dr. Robert Tillmanns, der es dort, wie bereits erwähnt, bis zum «Bundesminister für besondere Angelegenheiten» unter Adenauer brachte. Nach Tillmanns Tod im Jahre 1955 konnte Flick dann zwar keinen direkten Vertreter seines Konzerns wieder so hoch plazieren, aber in Franz Josef Strauss gewann er einen Freund, der bereit war, Flicks Interessen in Bonn wirkungsvoll zu wahren.

Der bullige und autoritätsbewusste Bayer war im Hause Flick hochgeschätzt und nicht nur deshalb, weil er als Verteidigungsminister dem Konzern bedeutende Rüstungsaufträge zugeschanzt hatte. Es war der politische Stil des CSU-Chefs, der dem herben Milliardär oftmals anerkennenden Zuspruch abrang. Strauss gebrauchte die Sprache, die Flick am liebsten hörte, da sie seiner Meinung nach alles an den richtigen Platz stellte. Die Antwort, die Strauss den Vertretern der Jungen Union Bayerns auf ihre Forderung gab, er solle sein Meinungsmonopol beim «Bayernkurier» aufgeben, war von flickscher Art. «Ich bin die Stimme der Partei», rief Strauss ihnen zu, «bringen Sie das Geld mit, dann dürfen Sie auch mitreden.» Einen Zwischenrufer auf einer Wahlversammlung schüchterte er mit den Worten ein: «Jetzt halten Sie den Mund, Sie hirnloser Schreier. Sonst fliegen Sie hinaus, Sie Pfifferling, Sie.» Solche Worte entsprachen weitgehend Flicks Gefühlen gegenüber aufsässigen Kleinaktionären. Auf seine Einstellung zum Flick-Konzern einmal angesprochen, erklärte Strauss unverblümt, Männer wie Flick seien der Preis für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Strauss liess von sich aus keinen Zweifel an seiner Bereitschaft, diesen Preis zu zahlen. Die engen Beziehungen zu Flick führten dann nach der «Spiegel-Affäre» und seinem Rücktritt als Minister zu Gerüchten, dass er eine Spitzenposition im Flick-Konzern übernehmen werde. Der Bayer blieb aber schliesslich doch in der Politik und damit, wenn auch auf andere Weise, dem Hause Flick dienlich.

Für die ständige Pflege von Kontakten in Richtung Bonn engagierte Flick 1960 den anpassungsfähigen Dr. Wolfgang Pohle, der bisher im Vorstand des Mannesmann-Konzerns sass und ihn schon als Mitglied seines Verteidiger Stabes in Nürnberg unterstützt hatte. Nach dem Prozess gehörte Pohle zu den regelmässigen Besuchern, die dafür sorgten, dass Flicks Beziehungen zur Aussenwelt nicht abrissen. Pohle: «Aus dieser Zeit stammt mein besonderes Vertrauensverhältnis zu Flick.» Der Neuverpflichtete wurde bei Flick Generalbevollmächtigter und etwas später sogar Mitgesellschafter. Er verkörperte jenen



Flicks Mann in Bonn: Wolfgang Pohle

Managertyp, der sich die Interessen seines jeweiligen Chefs stets vorbehaltlos zu eigen macht. Während er bei Mannesmann noch ein Loblied auf die Rechte der Aktionäre sang, spielte er im Dienste Flicks bei Auseinandersetzungen mit kleineren und mittleren Kapitaleigentümern den starken Mann. Eine der ersten Aufgaben Pohles war es, die Bonner Spitzen über die Feldmühleaktion aufzuklären und für guten Wind zu sorgen. Die nötigen Voraussetzungen dazu besass er schon bei seinem Eintritt in den Flick-Konzern, da er neben seiner geschäftlichen bereits eine politische Karriere hinter sich hatte, wobei für ihn kennzeichnend war, dass sich beides nicht voneinander trennen liess. 1953 war Pohle von der nordrheinischen CDU in den Bundestag geschickt worden; später gelangte er über Bonn in das Parlament der Montanunion und in das sogenannte Europa-Parlament nach Strassburg. Seine allzu direkte wirtschaftliche Interessenvertretung auf der politischen Bühne, die geschäftliche Rivalen auf den Plan rief, bewog die CDU, ihn dann 1957 nicht wieder als Kandidaten für den Bundestag zu nominieren.

Nachdem Pohle in Flicks Team eingetreten war, betrieb der Siegerländer die politische Reaktivierung des Exabgeordneten. Er verständigte sich mit Strauss darüber, und dieser zeigte im Jahre 1965 keine Scheu mehr, den Flick-Mann in seiner bayrischen CSU zu Amt und Würden kommen zu lassen. Pohle

berichtete einmal über sein Comeback: «Ich fuhr also nach München zu Strauss, der mir sagte, wir haben auf jeden Fall zu wenig Leute aus der Wirtschaft; ich werde alles tun, dass du in Bayern auf eine Liste gesetzt wirst.» Ob Pohle dem CSU-Boss bei dieser Gelegenheit einen Scheck mitbrachte oder ob Flick schon vorher damit gewinkt hatte, wurde nicht publik. Auf alle Fälle hatte die ganze so erfreulich reibungslos verlaufende Angelegenheit viel mit Geld zu tun; denn in der Folge rückte Pohle sogar zum Kassenwart der CSU auf. Seine wichtigste Arbeit war nicht die Verwaltung der vorhandenen Finanzen, sondern die Erschliessung immer neuer, munter sprudelnder Geldquellen. Pohle machte seine Sache offensichtlich so gut, dass er für die Lösung noch grösserer Aufgaben eingesetzt werden konnte. Bald wurde er über die CSU-Liste wieder Mitglied des Bundestages und gelangte später in den Verteidigungsausschuss, um dort der «abendländischen Freiheit» und Flick zu dienen.

Wieder Rüstung

Nachdem in den fünfziger Jahren die vereinigte Automobillobby in Bonn vorgemacht hatte, was man durch massive Interessenpolitik erreichen konnte, und ihrem Industriezweig durch erhebliche Steuerprivilegien bevorzugte Entwicklungsbedingungen gesichert hatte, eiferte in den sechziger Jahren die Rüstungslobby diesem Vorbild nach. Mit der wachsenden Eigenproduktion von Kriegsgerät gewannen die BRD-Rüstungskonzerne immer grösseres Gewicht in Bonn. «Der Spiegel» schrieb 1972 über sie: «Die deutsche Rüstungswirtschaft fährt wieder donnernd ihre Geschütze auf, wenn sie ihren Umsatz in Gefahr sieht – ein militärisch-industrieller Komplex, der (nötig oder unnötig) um seine Absatzchancen zu kämpfen versteht.»

Den fraglichen Monopolen kam es vor allem darauf an, einen erheblichen Teil des Staatshaushaltes den Rüstungsausgaben vorzubehalten und bei gleichzeitigem Abbau der Waffenimporte aus den USA, England und Frankreich die Rüstungsproduktion im eigenen Land kontinuierlich zu verstärken. Viele Konzerne, die in den fünfziger Jahren noch keine Rüstungsgüter erzeugten, gingen später immer mehr dazu über, zumindest einen Teil ihrer Produktion auf militärische Zwecke auszurichten, da dieser Markt langfristig gesichert schien und Maximalprofite garantierte. Der Chef der zur Quandt-Gruppe zählenden Industrie-Werke Karlsruhe-Augsburg (IWKA), Joachim Häusler, stellte denn auch schon am Anfang der siebziger Jahre zufrieden fest: «Mittlerweile kann man wieder darüber reden. Die Wehrtechnik ist unser umsatzstärkster Unternehmensbereich.»

«Volkvertreter»

Bereits 1956, noch im Frühstadium der westdeutschen Aufrüstung, stellte Bonn einen Etat von 7,3 Milliarden DM auf, der, von Jahr zu Jahr erhöht, 1979 schon 59 Milliarden überstieg und insgesamt in dieser Zeit mehr als 480 Milliarden DM verschlungen hat.

Der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Flick wollte an solchen Beträgen natürlich nicht vorübergehen. Einer seiner Trümpfe im Kampf um die lockenden Extraprofite war Pohle. Flick setzte erfolgreich alle Hebel in Bewegung, um ihn im Verteidigungsausschuss des Bundestages zu plazieren; denn jener Ausschuss sprach ein entscheidendes Wort bei der Rüstungsplanung und der Vergabe der Aufträge mit.

Neben ihrem generellen Engagement für die Rüstung übten die einzelnen Angehörigen der Rüstungslobby, die mitunter gewichtige Regierungsämter und Mandate einnahmen, auch noch eine sehr spezielle Interessenvertretung aus. Da der Staat bei Rüstungsaufträgen direkt als Besteller und Geldgeber fungierte, versuchte jeder Lobbyist – in Bonn gab es Mitte der siebziger Jahre rund 180 Verbindungsbüros, Verbindungsstellen und Verkaufsbüros für Rüstungsgeschäfte –, seinen Einfluss bei Politikern, Beamten und Militärs geltend zu machen, um seinem Konzern lukrative Aufträge zu verschaffen.

Für diese Zielgruppen werden eine Unzahl «unverfänglicher» Treffen arrangiert, die von urgemütlichen Bierabenden und feudalen Jagdfesten bis zu hochgestochenen Hauskonzerten und Dichterlesungen reichen. Am Rande solcher «gesellschaftlichen Ereignisse» geht es meist weniger gemütlich zu. Hier wird dann Klartext geredet, geht es doch um die Anbahnung neuer Kontakte, den Austausch streng geheimer Informationen und die Vorbereitung lukrativer Geschäfte, die oft genug nicht nur an der Grenze der Legalität liegen. Alle Konzerne waren jedoch besonders bestrebt, wichtige Rüstungsaufträge schon von der politischen Ebene her zu beeinflussen. Und daran wirkten Abgeordnete vom Format Pohles mit. Wie umfassend Bundestagsabgeordnete die Vertretung von Firmeninteressen auffas-

sen, wurde durch eine Äusserung von Lothar Haase (CDU) deutlich, der, aus Kassel kommend und eng mit Rheinstahl verbunden, offen erklärte: «Wenn ich im Haushaltsausschuss sitze, lasse ich doch keine Gelder an der Fulda vorbeifliessen. Da müsste ich ja ein Narr sein.»

«Volksvertreter» Pohle rechtfertigte die in ihn gesetzten Erwartungen in vollem Masse. Bis zu seinem Tode 1971 konnte er als Mitglied des Verteidigungsausschusses dem Hause Flick die gewünschten Rüstungsaufträge sichern. Ein Jahr vorher wurde er sogar noch Vorsitzender des auf Vorschlag des damaligen Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt und seines Staatssekretärs Mommsen gegründeten «Arbeitskreises Rüstungswirtschaft», eines staatsmonopolistischen Leitungs- und Koordinierungsorgans. Auf der Gründungsversammlung dieses exklusiven Kreises, zu dem vor allem die Topleute der grossen Konzerne gehörten, sah man unter anderen Ludwig Bölkow (Messerschmitt-Bölkow), Toni Schmücker (Rheinstahl), Hans-Günther Sohl (Thyssen), Gerhard Vieweg (Quandt), Günter Vogelsang (Krupp) und Wolff von Amerongen. Mit von der Partie in diesem Zirkel, der gewöhnlich alle drei Monate zusammentritt, sind auch die Spitzen des Verteidigungsministeriums (bei der Gründung Schmidt und Mommsen) sowie der Bundeswehr (Generalinspekteur und die Inspektore der Teilstreitkräfte).

Intimkenntnisse

Der «Arbeitskreis Rüstungswirtschaft» sollte die Zusammenarbeit zwischen den Konzernen und dem Bundesverteidigungsministerium ausbauen, insbesondere im Bereich der Planung. Es war ein weiterer Schritt zur Vertiefung der bereits bestehenden engen Beziehungen innerhalb des Militär-Industrie-Komplexes, der sich immer stärker als Herrschaftsgruppierung der Rüstungskonzerne, der militärischen Führung und Militarisierungsorgane des Staates innerhalb der Gesellschaft formierte. Dazu trug auch die wachsende personelle Verflechtung bei. Ein grosser Teil der höheren Nazioffiziere hatte bis zu ihrer Übernahme in



Adenauer inspiziert BRD-Truppen in Begleitung von Blank, Laegeler und Heusinger

die Bundeswehr im Zuge der Wiederaufrüstung einflussreiche Stellungen in der Industrie gefunden. Mit den Jahren wurde es aber zunehmend gang und gäbe, dass ausscheidende leitende Beamte des Bundesverteidigungsministeriums und Offiziere der Bundeswehr wichtige Posten in den Rüstungskonzernen erhielten. Die Hamburger Wochenzeitung «Die Zeit» schrieb 1970 darüber: «Wer im Offizierskorps auf sich hält, wechselt nur die Fronten und bleibt doch im Geschäft, nämlich im Rüstungsgeschäft ... Immerhin verfügen die ranghohen Ex-Soldaten über die besten Intimkenntnisse, wenn der 20-Milliarden-Etat des Bonner Verteidigungsministeriums mit seinen Auswirkungen auf die Wirtschaft zur Debatte steht.» Vielfach regelten die Rüstungskonzerne diese neuen Beziehungen bereits während der aktiven Dienstzeit der Offiziere. Laut «Spiegel» gibt es kaum noch ein Rüstungsunternehmen, das nicht Bundeswehroffiziere

für ihre Hilfe bei der Planung und der Vermittlung von Aufträgen unter Vertrag hält. Auch Flick fehlte nicht bei solchen Anwerbungen aus dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr. Unter anderem verpflichtete er den langjährigen Ministerialrat im Bundesverteidigungsministerium Alfred Rennert, der schon als Mitarbeiter Görings bei der Organisation der faschistischen Kriegswirtschaft mitgewirkt und von 1956 bis 1965 nicht unerheblichen Einfluss auf die Wiederaufrüstung in der BRD ausgeübt hatte. Rennert wurde Vorstandsmitglied bei der Dynamit Nobel AG und verantwortlich für den Bereich Sprengstoffe. Es war nur natürlich, dass er seine Beziehungen nach Bonn fortan für die Berücksichtigung der Interessen des Flickschen Sprengstoffunternehmens nutzte.

Dynamit Nobel erzielte denn auch jährlich Umsätze, die bei weitem die Milliardengrenze überstiegen und an denen die Sprengmittel einen wesentlichen Anteil hatten. Aber die Bundeswehr war nicht bloss für die Gewehr-, Artillerie- und Panzermunition, für die Panzerfäuste und für die Raketen (unter anderem die Artillerierakete LAR mit einer Reichweite von 14,5 Kilometern), die der Konzern produzierte, der wichtigste Abnehmer. Flick hatte sich für die beiden Automobilkonzerne Daimler-Benz und Auto Union ebenfalls lukrative Rüstungsaufträge in Bonn besorgt. Daimler-Benz wurde ständiger Lieferant der Bundeswehr für Lastkraftwagen, geländegängige Nutzfahrzeuge, Flug-, Panzer- und Schiffsmotoren; die Auto Union erhielt den Auftrag für die Fertigung des Bundeswehrgeländewagens «Mungo». Daimler-Benz war darüber hinaus mit anderen Rüstungsproduzenten wie Rhein Stahl, Hanomag-Henschel, MAN an der Produktion weiterer Waffensysteme beteiligt.

Der «Wunderpanzer»

Flicks spektakulärster Erfolgsschlag im Rüstungsgeschäft wurde jedoch der Kampfpanzer «Leopard», der sich auch als ein grosser Renner im Exportgeschäft erwies und den Siegerländer «Eisenmann» zum grössten Panzerfabrikanten Westeuropas

machte. Hersteller des neuen «Wunderpanzers» war die Münchner Lastwagen- und Lokomotivenfabrik Krauss-Maffei AG, die er über die 1956 erworbenen Mehrheitsanteile an den Buderuschen Eisenwerken in Wetzlar beherrschte. Gegen heftige Konkurrenz der Quandt-Gruppe hatte Krauss-Maffei 1963 den Auftrag zur Serienproduktion eines Kampfpanzers erhalten, der in Fortsetzung der faschistischen Namensgebungen «Tiger» und «Königstiger» die Bezeichnung «Leopard» erhielt. 2'500 der rund 1,5 Millionen DM teuren Panzer hat die Bundeswehr davon inzwischen bestellt, und eine Reihe westeuropäischer Staaten wurden ebenfalls Bezieher dieses Flick-Erzeugnisses. Der Bundesverband der Deutschen Industrie bejubelte in seinem Jahresbericht 1967/68 den «Waffenerfolg»: «Der hohe Stand der Entwicklung unserer Industrie brachte erste Früchte. In zunehmendem Ausmass finden deutsche Geräte wieder das Interesse anderer NATO-Partner und neutraler Länder. Mit dem Kampfpanzer ‚Leopard‘ wird zum erstenmal ein Grossobjekt in erheblicher Stückzahl an andere NATO-Länder geliefert. Länder ausserhalb der NATO zeigen für ihn Interesse.» Mehr als zufrieden konnte Friedrich Flick konstatieren, dass sich der Umsatz des Münchner Unternehmens durch die Leopardproduktion verdreifacht hatte und ein Ende des Hochs nicht abzusehen war. «Wenn man dieses Geschäft erst einmal in der Hand hat», so Direktor Friedrich Beyer von Krauss-Maffei, «ist es ein Dauererfolg.»

Es war kein Zufall, dass die Wiege des «Leopard» in Bayern stand. Dieses Bundesland hatte sich Schritt für Schritt zu einem wahren Eldorado für die Rüstungskonzerne entwickelt, in dem inzwischen über 40 Prozent der BRD-Kriegsproduktion erzeugt werden. Auf Initiative von Franz Josef Strauss und seiner CSU stellte der bayrische Staat den Konzernen Milliardenbeträge als Anreiz für ihre Ansiedlung in Bayern zur Verfügung. «Der ‚Erfolg‘ besteht vor allem darin», so Fred Schmid in einer in der BRD erschienenen Monografie über den Militär-Industrie-Komplex, «dass Bayern systematisch zum Kalifornien der BRD, zur Waffenschmiede Nr. 1 ausgebaut wurde. Bereits 1960



Flicks Kampfpanzer «Leopard» bei einer Manöverübung

wurden unter dem damaligen Verteidigungsminister Strauss 32,9 Prozent der Inlandsaufträge an bayrische Rüstungsfirmen vergeben.»

Strauss nutzte dabei seine persönlichen Beziehungen zu den Vertretern der grossen Konzerne weidlich aus. Der ehemalige Strauss-Berater Klaus Bloemer sprach sogar von einem «Freundeskreis Strauss» und meinte damit die Exponenten der Export- und Wachstumsindustrien, die durch das Wirken des Ministers Strauss in den Regierungen Adenauer und Kiesinger erheblich profitiert hatten. «Diese Gruppe», so Bloemer, «reicht von Flick über Quandt, Bölkow/Messerschmitt und Siemens und schliesst Teile der stahlverarbeitenden Industrie an Rhein und Ruhr sowie die Grosschemie ein. Dazu kamen entsprechende Bankverbindungen und nicht zuletzt der expansionsträchtige Axel Cäsar Springer.»

Strauss und andere massgebende Bonner Politiker wie von Hasse! und Helmut Schmidt förderten die wachsende Exportorientierung der Rüstungsindustrie. Tatsächlich fand nicht nur Flicks «Leopard» im Ausland Absatz. Bereits 1972 konnte «Der Spiegel» feststellen: «27 Jahre nach Ende des zweiten

394

Weltkrieges schiessen deutsche Panzer erneut bei Narvik und am Monte Cassino, feuern deutsche U-Boote demnächst am Rio de la Plata – Westdeutschlands Rüstungs-Manager melden wieder Erfolge an allen Fronten. ‚Jede Waffe von uns‘, sagt Raketentbauer Ludwig Bölkow, ‚ist besser als die der Amerikaner.‘»

Neben dem offiziellen wurde aber auch der illegale Waffenhandel zu einem profitablen Geschäft. Selbst Flick beteiligte sich über die Tochtergesellschaft von Dynamit Nobel, der Waffenfabrik Gustav Genschow GmbH, daran. Um den Gewinn allein ging es ihm diesmal jedoch nicht, denn sein Kundenkreis verriet sorgfältige politische Auswahl: Israel, Südafrika und das Griechenland der Obristen waren seine bevorzugten Abnehmer. Hinzu kam, dass sich reaktionäre Putschisten in aller Welt bei ihm mit entsprechendem Feuerwerk eindecken konnten.

Über die Motive für seine Rüstungsgeschäfte schwieg Flick sich verständlicherweise aus. Bekannt ist lediglich eine Äusserung Konrad Kaletschs aus dem Jahre 1956, die keines Kommentars bedarf: «Flick hat eine tiefe Abneigung gegen jede Art Rüstung.»

Dynastischer Streit

Konzernkönig Flick hatte seine dynastischen Pläne zum Erhalt des grossen Familienimperiums nie aus den Augen verloren. Die bereits im Hitlerreich getroffenen Regelungen für seine Nachfolge, die nach und nach zur Übertragung der meisten Aktienpakete an die Söhne führten, wurden von dem Industriemonarchen im Laufe der Jahre verändert, wobei das wechselnde persönliche Verhältnis zu seinen Söhnen eine erhebliche Rolle spielte.

Obwohl Flick seine Vermögensanteile gleichmässig auf seine beiden lebenden Söhne übertragen hatte, galt doch Otto-Ernst, der Älteste, lange Zeit als die natürliche Nummer 1 in der Flickschen Erbfolge. Während der «JCronprinz» seit 1937 innerhalb des Konzerns schon wichtige Posten in der faschistischen Kriegswirtschaft bekleidete, drückte der 1927 geborene Friedrich Karl damals noch die Schulbank. Das Verhältnis zwischen Vater und Erstgeborenem, das nie besonders herzlich war, wurde durch eigene Wege Otto-Ernsts nach dem Kriege erheblich belastet, renkte sich aber nach Flicks Haftentlassung ein, da der Sohn seit 1953 wieder an den Konzerngeschäften mitwirkte – erst als Geschäftsleiter und dann als Generalbevollmächtigter, wobei sich letzteres vom Titel her sehr ansehnlich ausnahm, bei Flick jedoch keineswegs eine Blankovollmacht für alle Geschäftsangelegenheiten bedeutete. Die Ernennung erfolgte anlässlich seines 40. Geburtstages, und Otto-Ernst konnte nunmehr wenigstens seinen strengen Erzeuger in zahlreichen Aufsichtsräten vertreten.

Mitte der fünfziger Jahre verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den beiden erneut. Wenn auch in einflussreichen Stellungen repräsentierend, fühlte sich Otto-Ernst doch ständig

von seinem Vater brüskiert und mit Nichtachtung gestraft. Den meist recht langatmigen Ausführungen seines Filius während der Lagebesprechungen in der Konzernleitung folgte der Chef nur ungeduldig oder hörte überhaupt nicht hin; dagegen war er sehr darauf bedacht, dessen Kompetenzen in so engen Grenzen zu halten, dass sie einer Diskriminierung gleichkamen. Lange Jahre galt Otto-Ernst als willig im Ertragen der väterlichen Autorität. Widerstandslos hatte er den Befehlen des Vaters entsprochen, so, als dieser von ihm den Abbruch des Betriebswirtschaftsstudiums schon nach dem ersten Semester verlangte oder als er ihm untersagte, in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank und den Beirat der Commerzbank einzutreten.

Aufbegehren

Mit zunehmendem äusserem Glanz seiner Stellung änderte sich Otto-Ernsts Haltung, er spürte mehr und mehr den Wunsch, bei wichtigen Konzernangelegenheiten mitzusprechen. «In der Furcht des Herrn ergraut», berichtete «Der Spiegel», «erlebten die Manager mit Erstaunen, dass der schüchterne ‚OE‘ immer häufiger dem Vater eigene Ansichten vortrug und von ihm überzeugt werden wollte, warum seine Vorschläge nicht verwendbar seien. Die Spannung zwischen Friedrich Flick und dem Erstgeborenen wuchs.»

Eine an und für sich banale Angelegenheit führte dann schliesslich zum offenen Krach. Während einer Sitzung der Konzernleitung am 27. März 1958 wünschte Otto-Ernst, der Aufsichtsratsmitglied der Metallhüttenwerke Lübeck war, bestimmte Unterlagen über dièse Firma einzusehen. Flick lehnte ab, aber Otto-Ernst kuschte nicht. Mit gerötetem Gesicht pochte der «Kronprinz» auf seine gesetzlichen Pflichten und Rechte als Aufsichtsratsmitglied. Sein Vater winkte geringschätzig ab und knurrte ihn an, dass ihn die gewünschten Unterlagen gar nichts angingen, da er lediglich einfaches Aufsichtsratsmitglied sei. Den Unmut des Gefürchteten nur schwer ertragend, aber die Verpflichtung fühlend, vor den anwesenden Managern eine standhafte Haltung zu zeigen und sein Recht zu verteidigen

beharrte Otto-Ernst störrisch auf seinem Verlangen. Soviel Hartnäckigkeit liess dem Alten die Galle überlaufen, und er raunzte warnend: «Du lebst von meiner Gnade. Ich kann dich rausschmeissen und wieder holen.» Otto-Ernst wurde leichenblass und rang um Fassung. Dann erhob er sich benommen und ging mit unsicheren Schritten aus dem Raum. In seinem Arbeitszimmer blieb er apathisch sitzen, bis er sich endlich entschloss, seine Sachen zu packen. Etwas später verliess er die Konzernzentrale, wie er annahm, für immer.

Der erboste Konzernchef entzog seinem Sohn daraufhin die Generalvollmacht und begann, dessen Kommanditanteile zu reduzieren. Um Otto-Ernst wurde es nun eine Zeitlang sehr ruhig. Zurückgezogen, aber ungestört von materiellen Sorgen und beruflicher Beanspruchung lebend, ging er seinen Hobbys nach. Wahrscheinlich war dem Vater diese berufliche Abstinenz nicht einmal unlieb, denn erst als Aufsichtsratsvorsitzender Zangen von Mannesmann sich 1960 an Otto-Ernst wandte, um ihm den Posten des Verkaufsleiters im Eisenhandel seines Konzerns anzubieten, erwachte plötzlich Flicks Interesse an seinem Ältesten wieder. Da er befürchtete, dass Otto-Ernst dem Eisenhandel des Flick-Konzerns schaden konnte, entschloss er sich zu einer versöhnenden Geste und lud ihn zu einem Gespräch ein. Nach dieser Unterhaltung erklärte sich Otto-Ernst bereit, künftig als Vorstandsvorsitzender der Lübecker Metallhüttenwerke im Konzern mitzuwirken. Flicks Prophezeiung, dass er den Sohn holen konnte, wann es ihm passte, hatte sich also erfüllt.

Otto-Ernst musste sich nun mit dem Anteil von zehn Prozent am Kapital der Dachfirma begnügen, weil Flick festgelegt hatte, dass er 32,5 Prozent seines Konzernanteils an seine drei Kinder abzutreten habe. Diese Erbschaftsregelung kostete Flick immerhin 35 Millionen DM Steuern, was jedoch weit billiger war, als wenn die Regelung erst nach seinem Tode in Kraft getreten wäre. Das Erbe der Enkel liess er nicht etwa von Otto-Ernst verwalten, sondern, was recht diskriminierend für diesen war, von gerichtlich bestellten Pflegern.

Aber auch Flicks jüngerer Sohn konnte nicht verhindern, dass sein Erbe für die folgende Generation vom Vater bestimmt wurde. Der damals noch unverheiratete Friedrich Karl musste 35 Prozent der Kommanditanteile in eine neugegründete Flick-Stiftung zugunsten seiner Nachkommen einbringen, bei deren Ausbleiben sollten die Kinder von Otto-Ernst Nutzniesser werden.

Steuersparender Adoptionsvorschlag

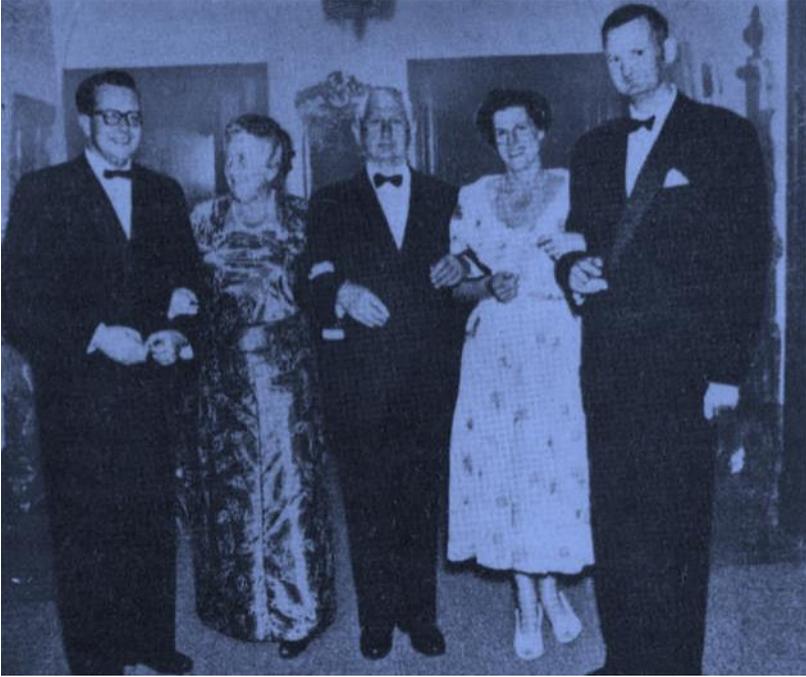
Die Sicherung der Erbfolge von Friedrich Karl kostete den sparsamen Siegerländer allerdings noch erheblich mehr Steuern als die von Otto-Ernst – 114 Millionen DM insgesamt. Diese horrende Summe ergab sich aus dem Fehlen direkter Nachkommen Friedrich Karls. Der verdrossene Konzernbegründer ersann deshalb einen geradezu abenteuerlichen Ausweg. Er überraschte Otto-Ernst eines Tages mit dem Vorschlag, seinen ältesten Sohn Gert-Rudolf von Friedrich Karl adoptieren zu lassen, um so einen grossen Teil der anfallenden Schenkungssteuer einzusparen. Otto-Ernst, der diesen genialen Schachzug offensichtlich nicht so recht zu würdigen wusste, sah in ihm eine neuerliche Nichtachtung seiner Person und ging in Abwehrstellung. «Der Spiegel»: «Erbost lehnten Otto-Ernst und Frau Barbara diesen Vorschlag ab. Gemeinsam mit dem Vater setzte daraufhin Friedrich Karl dem Bruder zu, wenigstens einen Teil der 114 Millionen Mark zu übernehmen, weil zunächst seinen Kindern die Ausschüttungen der Stiftung zugute kommen würden. Otto-Ernst weigerte sich zu zahlen.»

Obwohl ärgerlich über die teure Halsstarrigkeit seines Ältesten, liess sich der auf die langfristige Regelung seiner Nachfolge geradezu versessene Konzernchef nicht von seinen Plänen abbringen. Er bestimmte, dass seine beiden Söhne sich nicht gegenseitig durch eine kapitalmässige Majorisierung aus der Geschäftsleitung verdrängen durften und dass sie nicht berechtigt seien, selbständig Zweigwerke zu errichten, Konzernvermögen zu verkaufen oder Anleihen aufzunehmen, die 10 Millionen DM überschritten. Bei unterschiedlicher Kapital-

beteiligung setzte er für beide ausserdem gleiche Bezüge fest. Für ihren persönlichen Aufwand erhielten die Söhne vorerst jährlich je 250'000 DM aus der Konzernkasse, wohingegen Flick für sich selbst immerhin 5 Millionen netto beanspruchte, obwohl er weitaus geringere Kapitalanteile besass. Das wichtigste bei allen diesen Massnahmen war aber die erneute Bestätigung seines alleinigen Verfügungsrechtes über das Konzernvermögen, da sie bald erhebliche Bedeutung für weitere Erbschaftsbestimmungen bekommen sollte. Die Parität in der künftigen Führung des Konzerns schien jedoch nach der jetzigen Regelung gesichert. Doch die Uhren liefen immer noch gegen Otto-Ernst. Waren die vom Vater vollzogenen Veränderungen vorerst nur darauf gerichtet gewesen, seine Kronprinzenrolle zu beseitigen, so sollte das folgende Jahr zu einer erneuten Verschlechterung seiner Position führen. Otto-Ernst ging nach der Unterzeichnung der Erbschaftsverträge im Dezember 1960 brav nach Lübeck zurück, während Friedrich Karl in der Düsseldorfer Konzernzentrale blieb. Die enge Zusammenarbeit mit dem Vater führte dann recht schnell dazu, dass Flick senior in Friedrich Karl bald seinen alleinigen Nachfolger sah. Kaum war die Tinte unter den Verträgen trocken, da bastelte Flick schon wieder an einer neuen Nachfolgevariante, obwohl sich Otto-Ernst in jener Zeit williger als sonst zeigte. Er begehrte nicht einmal auf, als ihm der Vater die Leitung der gesamten Stahlgruppe des Konzerns verweigerte, obgleich der in Rente gehende Odilo Burkart ihn als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Flick liess dem Sohn lediglich die Wahl zwischen der freigewordenen Maximilianshütte und Lübeck, wobei sich Otto-Ernst für das bayrische Werk entschied.

Neuer Erbschaftsvertrag

Doch der Flick-Sohn sollte auch dort nicht zur Ruhe kommen. Als einige Posten im Management der Stahlwerke Südwestfalen neu besetzt werden mussten, vertrat der unglückselige Otto-Ernst einmal mehr einen verkehrten Standpunkt. So sah es jedenfalls der Konzernchef, der mit gespielterm oder echtem



Hier demonstriert die Flick-Familie noch Eintracht. Friedrich Karl Flick, Marie Flick, Friedrich Flick, Barbara und Otto-Ernst Flick (v.l.n.r.)

Groll die Gelegenheit wahrnahm, Otto-Ernst sogar zur Rückkehr nach Lübeck zu zwingen, was unter den gegebenen Umständen einer Degradierung gleichkam. Zähneknirschend, aber gehorsam ging Otto-Ernst wieder nach Lübeck. Selbst diese Fügsamkeit gewann dem ehemaligen «Kronprinzen» die Gunst des Vaters jedoch nicht mehr zurück. Quasi als Neujahrsgross schickte ihm der Allmächtige Silvester 1961 kommentarlos einen neuen Erbschaftsvertrag zur Unterzeichnung.

Fassungslos nahm Otto-Ernst die neueste Prosa seines Vaters auf, die der in aller Heimlichkeit, sogar ohne die Hilfe seiner Rechtsanwälte, verfasst hatte. Der «Alte» verlangte nichts weniger als das Einverständnis zu seiner völligen Entmachtung und

zur Einsetzung Friedrich Karls als künftigen Konzernchef. Nach Beratung mit Frau Barbara, die die neuerliche Beleidigung ihres Otto-Ernst um so heftiger empfand, als ihr der Schwiegervater noch im Oktober ungewöhnlich freundlich zum Geburtstag gratuliert und ihr kostbare Geschenke gemacht hatte, beschloss man vorsichtige Widersetzlichkeit. Am 3. Februar 1962 erhielt Flick statt des unterschriebenen Vertrages einen Brief von Otto-Ernst, in dem dieser eine Absage formuliert hatte. «Der Vertrag», so begründete er, «verletzt aufs Schwerste die Interessen von mir und meinen Kindern.»

Drei Wochen musste Otto-Ernst warten, bis die Antwort des Vaters kam. Flick beharrte darin auf seinen einmal getroffenen Entscheidungen, wobei er betonte, dass er sie allein gefällt habe. Wahrscheinlich tat er das, um den Ärger Otto-Ernsts über seinen jüngeren Bruder nicht unnötig anzuheizen. Offensichtlich gelang ihm das aber nur sehr ungenügend; denn Otto-Ernst machte seine bodenlose Enttäuschung in einem Schreiben an den Vater vom 14. März 1962 deutlich. «Mein Vertrauen in Dich und Friedrich Karl ist aufs Schwerste erschüttert», hiess es da. Otto-Ernst weigerte sich jetzt jedoch nicht mehr grundsätzlich, dem neuen Gesellschaftsvertrag zuzustimmen, forderte aber eine Garantieerklärung darüber, dass er später in die gleiche Position wie Friedrich Karl käme und nicht daraus entfernt werden konnte.

Der neue Gesellschaftsvertrag liess in der Tat mehrere Auslegungen über die zukünftige Rolle von Otto-Ernst im Konzern zu. So war zwar vorgesehen, dass Friedrich Karl sofort persönlich haftender Gesellschafter des Konzerns wurde, der Vertrag enthielt aber auch die Möglichkeit, Otto-Ernst nach dem Tode des Vaters in die gleiche Position gelangen zu lassen. Bei einer Einsetzung als persönlich haftender Gesellschafter würde dann Flicks Ältester äusserlich wieder die gleiche Stellung wie Friedrich Karl bekommen, allerdings vermochte ihn dieser, wenn es ihm passte, jederzeit auszubooten. Im Gegensatz zu Friedrich Karl nämlich, der nur mit mehr als 90 Prozent der Stimmanteile von seiner Position abberufen werden konnte, was

bei der Verteilung des Aktienkapitals so gut wie unmöglich war, sollte Otto-Ernst schon bei Vorliegen eines «wichtigen Grundes» wieder gehen müssen. Dazu brauchte er nur kapitalmässig überstimmt zu werden, denn der neue Vertrag sah kein Schiedsgericht mehr für die Streitfälle der Brüder vor. Mit den Kapitalanteilen des Vaters, die Friedrich Karl bekommen sollte, verfügte dieser über mehr als 60 Prozent der Aktien des Konzerns, konnte seinen Bruder also ohne Weiteres überstimmen. Die Übervorteilung des ältesten Flick-Sohnes durch den neuen Gesellschaftsvertrag war also eindeutig.

Otto-Ernst, noch immer auf seinem Posten in Lübeck, vertraute auf ein Nachgeben des greisen Familienoberhauptes. Aber er täuschte sich erneut, denn Flick reagierte auf die Vorwürfe und Garantiewünsche mit keinem Wort. Am 16. April 1962 entschloss sich Otto-Ernst dann endlich, von seinem Posten als Vorsitzender des Vorstandes in Lübeck zurückzutreten. Wieder einmal räumte er seinen Schreibtisch aus, diesmal in der stillen Hoffnung, durch diese Demonstration doch noch seine Garantiewünsche erfüllt zu bekommen. Ausserdem glaubte er, dass vor allem die Ankündigung gerichtlicher Schritte den jedes Aufsehen scheuenden Alten zum Einlenken bewegen werde. Als das nicht geschah, bereitete sich der «arbeitslose» Flick-Sohn schliesslich mit Hilfe seines Anwalts Werner Liertz auf einen Prozess vor dem Düsseldorfer Landgericht vor. In der von ihm eingebrachten Klage forderte er eine Nichtigkeitserklärung des neuen Gesellschaftsvertrages, die Annullierung der Vollmachten für den Vater wegen Missbrauchs sowie die Auflösung des Konzerns wegen Mangels an Vertrauen zwischen den Gesellschaftern.

Vor Gericht

Der Antrag Otto-Ernsts schlug wie eine Bombe ein, die Presse hatte ihre Schlagzeilen. Im Allgemeinen gab man dem Vater die grösseren Chancen. Bereits das Vorgeplänkel zeigte denn auch, dass ein Leichtgewichtler einen Schwergewichtler herausgefordert hatte. Um Geld zu sparen, wollte Otto-Ernst den Streitwert

auf 100'000 DM beschränkt wissen, Flick liess ihn jedoch mit gutem Grund auf 200 Millionen DM anheben, da das die Gerichtskosten von vornherein auf über eine Million DM trieb.

Flick senior wurde vor der Ersten Kammer für Handelssachen des Düsseldorfer Landgerichts von Rechtsanwalt Hans Hengeler vertreten. Als der Prozess am 10. Mai 1963 begann, beantragte Hengeler nicht nur die Zurückweisung der Klage von Otto-Ernst, den er als «Störenfried im Konzern» bezeichnete, sondern schlug sofort zurück und erhob gegen ihn eine Klage wegen groben Undanks, die an die Zivilkammer verwiesen wurde. Das war eine schwere Bedrohung für Otto-Ernst, denn wenn sich das Gericht gegen ihn entschied, bekam Flick die Möglichkeit, auf der Grundlage des Paragraphen 530 des Bürgerlichen Gesetzbuches seine an den Sohn und dessen Kinder übergebenen Kapitalanteile der Friedrich Flick KG zurückzufordern.

Erst einmal stand jedoch die Klage von Otto-Ernst zur Entscheidung. Er begründete den Antrag mit mangelndem Vertrauen zwischen den Gesellschaftern und der von seinem Vater gepflegten Praxis, die Gewinne der zum Flick-Konzern gehörenden Gesellschaften bei diesen zu belassen und sie nicht der Konzernzentrale zuzuführen. Dadurch waren die Profite der Dachgesellschaft oft sogar unter den fälligen Steuerbeträgen geblieben. Die «Schulden» liess Flick dann einfach auf die Konten der Mitgesellschafter verbuchen, so dass Otto-Ernst durch dieses recht seltsame Verfahren 13 Millionen DM Schulden besass. Eine zweifellos prekäre Situation für den ehemaligen «Kronprinzen». Nur ein Urteilsspruch gegen den Konzernchef oder ein angemessener Vergleich konnte ihn vor den finanziellen Schwierigkeiten retten. Die Richter zeigten für seine Auffassungen jedoch wenig Verständnis und verfahren recht hart mit ihm. Vielleicht hatten sie dabei das Sprichwort «Reicher Leut Kinder geraten selten» im Sinn. Jedenfalls schienen sie von Anfang an auf der Seite des einflussreichen Industriellen zu sein, der nun mal Ärger mit einem «ungeratenen» Sohn hatte. Sie dachten nicht im entferntesten daran, deswegen eines der gewaltigsten Konzerngebilde ihres Staates

zu zerstören. Die Handelsrichter nannten Flicks Werk bewundernd und voller Sympathie «ausserordentlich bedeutsam», und ein Rechtsentscheid gegen Flick, dessen waren sie sich offenbar nur allzu bewusst, würde für diesen «die schmerzlichste Enttäuschung bedeuten, dass sein Lebenswerk zerstört wird».

Ein grosser Monopolist vor den Schranken eines BRD-Gerichtes stellt eine Ausnahmeerscheinung dar, für die die bestehenden rechtlichen Normen lediglich bedingt Geltung haben. So kam es, wie es kommen musste, das Gericht lehnte den Antrag auf Auflösung der Friedrich Flick KG ab und erwies in seiner Begründung der wirtschaftlichen Machtkonzentration und dessen Träger seine Reverenz, als es erklärte: «Zwar blieben die einzelnen Unternehmen bestehen (im Falle der Auflösung des Konzerns – M. O.), aber die Zusammenfassung dieser Einzelkörper in einem einzigen wirtschaftlichen Machtblock, der grösser ist als die Summe seiner Teile, würde beendet sein. Diese Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, nicht bloss die Anhäufung von Besitz, war jedoch der eigentliche Antrieb zu den vom Beklagten vollbrachten aussergewöhnlichen Leistungen.»

Das am 14. Juni 1963 ergangene Urteil sah auch die Vollmachten, die sich Flick von seinen Söhnen hatte geben lassen, als rechtens an, und lediglich der einsam ausgearbeitete neue Gesellschaftsvertrag wurde für nichtig erklärt. Doch damit war für Otto-Ernst noch nichts gewonnen, denn die letzte Entscheidung über seine weitere Rolle im Konzern fiel erst durch das Urteil der Zivilkammer, die darüber befinden musste, ob Otto-Ernst wirklich des «groben Undanks» schuldig sei. Das Urteil dazu erging erst rund zwei Jahre später, am 14. April 1965, und fiel negativ für Otto-Ernst aus. Flick hatte also das Recht, die Schenkungen an seinen Sohn zurückzunehmen.

Die Richter sahen den groben Undank vor allem deshalb als erwiesen an, weil Otto-Ernst auf Aufteilung des Konzerns geklagt hatte. Landgerichtsdirektor Dr. Speckmann stellte zwar in Rechnung, dass das einsame Vorgehen des Konzernchefs bei der Ausarbeitung eines neuen Gesellschaftsvertrages nicht in Ordnung war – er nannte Flick «sehr vorsichtig, beinahe miss-

trauschund machtempfindlich» und erkannte auch eine ver-söhnliche Haltung bei Otto-Ernst an, weil er gegen das erste Ur-teil nicht Berufung eingelegt hatte –, aber die «schweren Verfeh-lungen», deren er sich schuldig gemacht habe, als er die «Gren-zen der Gegenwehr weit überschritt», hätten «tadelnswerte Ge-sinnung» und «groben Undank» offenbart.

Gegenseitiges Einvernehmen

Ungeachtet der lobenden Worte über den Verzicht von Otto-Ernst auf Revision, kündigte die geschlagene Partei diesmal die Anrufung der nächsthöheren Instanz an. Eine jahrelange Be-schäftigung der Gerichte mit dem Fall Flick gegen Flick schien bevorzustehen, was natürlich nicht im Interesse des Gross-industriellen lag. Flick glaubte jetzt genug getan zu haben, um seinen Ältesten nachhaltig zu beeindrucken und seinen Erb-folgeplan durchzusetzen. Er vermutete nicht zu Unrecht, dass Otto-Ernst im Grunde seinen Schneid verloren hatte und deshalb ein Vergleich, der im Wesentlichen die Wünsche des Familien-oberhauptes berücksichtigte, nicht schwer zu erreichen sei.

Otto-Ernst, der nachdrücklich mit der Nase darauf gestossen worden war, wer in seinem Streitfall die stärkeren Bataillone führte, war inzwischen schon zufrieden, wenn er seine Schulden los wurde und die finanziellen Mittel für den Aufbau einer neuen Existenz bekam. Unter diesen Voraussetzungen gelang es Flick, einen Vergleich mit ihm zu erreichen, der den Gerichten den Fall aus den Händen nahm.

Flick unterbreitete einen neuen Gesellschaftsvertrag, der dann auch am 9. September 1966 von den Familienangehörigen und Teilhabern unterschrieben wurde. Nach der neuerlichen Verteilung der Anrechte an der Kommanditgesellschaft gehörte Otto-Ernst nicht mehr zu den Gesellschaftern, denn er hatte sich schon vorher bereit erklärt, in «gegenseitigem Einvernehmen» aus dem Konzern auszuscheiden. Als Flick seinen neuen «Kronprinzen» Friedrich Karl durchgesetzt hatte, konnte er es sich leisten, bei der finanziellen Abfindung seines Ältesten gross-

zünftig zu sein; die Entschädigungssumme soll 100 Millionen DM überschritten haben. Otto-Ernst hatte ausserdem die Genugtuung, dass seine beiden Söhne Gert-Rudolf und Friedrich Christian (Muck und Mick genannt) mit je 12,12 Prozent und seine Tochter Dagmar mit 6,06 Prozent am Konzernvermögen beteiligt wurden. In dem Vertragstext war ferner festgelegt, dass die beiden Enkelsöhne Flicks nach Vollendung ihres achtundzwanzigsten Lebensjahres als persönlich haftende Gesellschafter in die Konzernleitung eintreten sollten.

Auf der Grundlage der 1966 ausgehandelten Erbschaftsregelung übergab Flick nun bis zu seinem Tod nach und nach fast das gesamte Konzernvermögen an die Erben. Durch seine Schenkungen ersparte der scharf kalkulierende Konzerngründer ihnen Unsummen an Erbschaftssteuer. «Der Spiegel» bemerkte dazu: «Hätte der Flick-Patriarch nicht vorgesorgt, so hätten die Erben für das etwa sechs Milliarden Mark betragende Erbe 15 Prozent Steuern in Höhe von 900 Millionen Mark zu zahlen gehabt... Beim Tode des Konzerngründers brauchte jedoch kein Pfennig Erbschaftssteuer bezahlt werden.» Flick zeigte sich somit auch bei der Vermittlung seines Erbes als der Mann, der er zeitlebens gewesen war und der selbst seinen eigenen Tod zum Millionengewinn für seine Dynastie nutzte.

Abschied in Raten

Als Flick 1966 den neuen Gesellschaftsvertrag durchgesetzt hatte, befand er sich bereits im 82. Lebensjahr, und es sah so aus, als ob er jetzt endlich doch auf seine Konzerngewalt verzichten wollte. Der Machtbesessene widmete von nun an einen grossen Teil seiner Zeit der Übergabe der Geschäfte an Friedrich Karl, wenn auch in seiner näheren Umgebung niemand so recht daran glauben wollte, dass er sich wirklich zurückziehen werde. Die Übergabe vollzog sich keineswegs reibungslos, da Misstrauen und Vorbehalte die Gespräche mit Friedrich Karl belasteten. Bei allem Einsatz für seinen jüngeren Sohn war es Flick wohl stets mehr um die Durchsetzung seines Willens als um die Überzeugung gegangen, den richtigen Nachfolger gefunden zu haben. Flick, im Grunde zeitlebens nur immer von sich selbst überzeugt, hatte von Friedrich Karls Fähigkeiten als Konzernchef keine allzu hohe Meinung. Störte Flick an seinem fitesten der mitunter aufgetretene Widerspruchsgeist, so befürchtete er bei dem anpassungsfähigeren jetzigen «Kronprinzen» mangelnde Führungsqualitäten.

Friedrich Karl war sich des Unbehagens des Alten bewusst; als dieser sich jedoch schliesslich 1966 aus Düsseldorf an den Bodensee zurückzog, hatte er die Leitung aber weitgehend an ihn übergeben, so dass Friedrich Karl fortan nach aussen als Konzernchef galt. Der unverwüstliche Flick hielt ihn aber auch vom fernen Bodensee aus noch an der Leine, und bei allen wichtigen Geschäftsentscheidungen war sein Urteil nach wie vor ausschlaggebend. Wöchentlich einmal fuhr jemand aus Düsseldorf an den Bodensee – meistens war es Konrad Kaietsch –, um ihm über die laufenden Geschäfte zu berichten. Kaietsch wirkte nach dem Abgang Flicks als der Schatten seines Herrn

Macht nie ganz aus
den Händen gegeben –
Flick im Jahre 1968



und Meisters in der Schaltzentrale des riesigen Industrieimperiums, und Jungchef Friedrich Karl unternahm kaum etwas gegen seinen Rat. Da Kaietsch so engen Kontakt zu Flick hatte und er bedingungslos dessen Auffassungen vertrat, stieg sein nicht geringer Einfluss unter Friedrich Karl zeitweilig noch an. Bereits 1963 hatte ihm Flick anlässlich seiner vierzigjährigen Firmenzugehörigkeit den höchsten Rang, den er in der Konzernhierarchie zu vergeben hatte, den Status des persönlich haftenden Gesellschafters, verliehen. Damit war Kaietsch auf eine Stufe mit den Kapitaleignern des Familienclans gestellt und am Gewinn beteiligt, ohne allerdings Kapitalanteile zu bekommen. Wie gewohnt, hatte Flick diesen Beschluss gefasst, ohne vorher jemand zu informieren. Nur beiläufig unterrichtete Flick den Vetter am 22. Oktober 1963 mit den Worten: «Apropos, ich habe dich zum persönlich haftenden Gesellschafter ernannt. Eigentlich wollte ich das an deinem Geburtstag machen, aber der Notar ist gerade da, der kann die Dinge erledigen.»

Mit Haut und Haaren

Trotz der Gemütsarmut seines Chefs war Kaietsch ergriffen. Seine Dankbarkeit drängte auch an die Öffentlichkeit. «Wer so eine Vertrauensstellung bekommt wie ich», äusserte er, «muss sich ihr mit Haut und Haaren verschreiben. Es ist aber auch eine Freude, mit einem Erfolgreichen zu arbeiten.» Flick wollte Kaietsch mit der «Beförderung» allerdings nicht nur ein Jubiläumsgeschenk machen, sondern es ging ihm darum, ihn als Kontinuitätsfaktor in der Konzernspitze zu stärken.

1965 erhielten erstmals drei Spitzenmanager, die nicht zur Flick-Sippe gehörten, den Status des persönlich haftenden Gesellschafters. Es waren Wolfgang Pohle, der «Politiker» der Konzernspitze, Eberhard von Brauchitsch, Geschäftsführer und Jugendfreund Friedrich Karls, und Otto Andreas Friedrich, der langjährige Präsident des Arbeitgeberverbandes der BRD, der die Tarifpolitik der Unternehmer bestimmte. Friedrich, der 1975 verstarb, stammte aus der Gummibranche. Bevor er 1965 zu Flick ging, war er Generaldirektor der Phoenix-Gummiwerke, eines Ablegers des amerikanischen Goodrich-Konzerns. Der in jungen Jahren etwas verbummelte Chirurgensohn hatte ursprünglich keinerlei Beziehungen zum Grosskapital. Nach mehreren misslungenen Versuchen, auf verschiedenen Gebieten Karriere zu machen, wanderte er 1926 in die USA aus, wo ihm endlich beim Goodrich-Konzern der grosse Wurf gelang. Dieser Aufstieg prägte ihn ein für allemal zum unbedingten Verfechter grossindustrieller Interessen.

1939 liess sich Friedrich von seinen Bossen nach Deutschland schicken, um als Vorstandsmitglied des amerikanischen Goodrich-Ablegers deren Interessen zu vertreten. Der gewandte und verbindlich wirkende Friedrich, der sich in langjährigem Dienst als Spitzenmanager wichtige Verbindungen geschaffen hatte, schien denn auch Flick geeignet zu sein, seinem Konzern bessere Beziehungen zu Kapitalkreisen zu sichern, zu denen der Kontakt nicht so eng wie erwünscht war. Dessen späterer Wahl zum Präsidenten des Arbeitgeberverbandes liess ihn für Flick natürlich noch wertvoller werden. Der gut formulierende

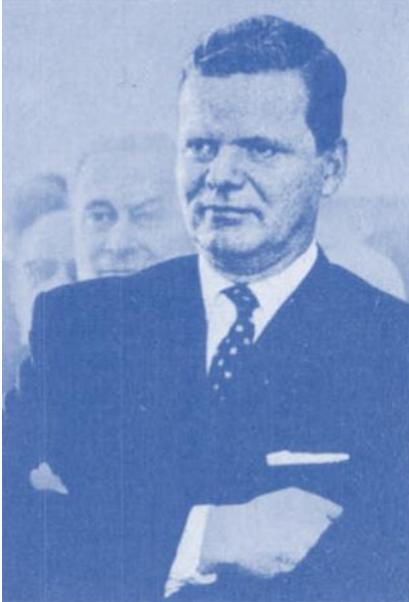
Flick-Vertrauter:
Arbeitgeberpräsident Friedrich



Friedrich war in seinem Amt geschmeidiger als Flick-Intimus Fritz Berg, der als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Vertreters der monopolkapitalistischen Grundinteressen, eine offen brutale Note bevorzugte.

Allein schon durch seinen immer drohend klingenden Tonfall versetzte Berg die Gewerkschaften oft in Harnisch. Friedrich dagegen sprach lieber salbungsvoll von der sozialen Verantwortung des Eigentums und von sozialer Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, da er annahm, mit einer flexibleren Haltung den Interessen des Grosskapitals auf längere Zeit besser zu dienen. «Reichtum und wirtschaftliche Macht», so formulierte er einmal, «haben zu keiner Zeit die öffentliche Meinung gegen die führenden Schichten aufgebracht, wenn sie wohl angewandt waren.» Doch hinter der Maske pathetischer Worte und jovialen Gebarens verbarg Friedrich ein ausgeprägtes Machtempfinden und rücksichtslosen Einsatz für sich und seinesgleichen.

Einen anderen Typ verkörperte Eberhard von Brauchitsch, dem das Kunststück gelang, bereits mit 38 Jahren persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer bei Flick zu werden. Der athletisch gebaute Spross des bekannten Adelsgeschlechts pflegt das Image des tatkräftigen und alle Schwierigkeiten überwindenden Managers. Brauchitsch hatte nach dem



In starker Pose –
Manager von Brauchitsch

Studium der Rechtswissenschaft und seinem Assessorexamen eigentlich die Absicht, sich als Rechtsanwalt niederzulassen, ging dann jedoch zur Lufthansa und trat, nachdem er dort die Geschäftsgepflogenheiten kennengelernt hatte, in das Charterunternehmen Deutsche Flugdienst GmbH ein. Sein Jugendfreund Friedrich Karl holte ihn mit 34 Jahren in den Konzern, wo er als Prokurist seine ersten Sporen verdiente. Die beiden hatten als Kinder zusammengespield und später in Bad Tölz zeitweise die gleiche Schule besucht. Auch der alte Flick kannte Brauchitsch schon als Kind und duzte ihn seither.

Der neue Mann schlug dann im Konzern besser ein, als erwartet werden konnte. Er drängte schnell nach vorn und – nachdem er Geschäftsführer und Gesellschafter geworden war – sogar den Flick-Sohn allmählich in den Hintergrund. Der Jungmanager galt als «starker Mann» und mehr noch als der «Mann von morgen». Friedrich Karl beobachtete das mit wachsendem Ärger und auch mit Besorgnis, vor allem im Hin-

blick auf die kritische Haltung des Vaters ihm gegenüber. Journalisten und Wirtschaftsfachleute fanden den Geschäftsführer interessanter als den unauffälligen Friedrich Karl, und sie nahmen an, dass eigentlich er es sei, der das Sagen in der Konzernzentrale hatte. Springers «Welt am Sonntag» bezeichnete im März 1970 Brauchitsch als «Mann an der Spitze» und erwähnte Friedrich Karl – nun längst offiziell Konzernchef – lediglich als Jugendfreund, mit dem Brauchitsch als «Kind im Grünewald spielte».

Als sich Brauchitsch noch in diesem Glanze sonnte und sich des Wohlwollens der Flicks sicher dünkte, sann Friedrich Karl bereits darüber nach, wie er den ihm zu auffälligen Schulfreund wieder loswerden könnte. Brauchitsch hegte die unter Spitzenmanagern weitverbreitete Illusion, schon zur Crème de la Crème des Kapitals zu gehören, die, da sie sich für völlig unentbehrlich halten, von ihrem Sturz am meisten überrascht werden. Der westdeutsche Publizist Bernt Engelmann bemerkte dazu in seinem Buch «Die Macht am Rhein»: «All die eifrigen Streber, die glauben (und uns glauben machen), sie seien längst am Ziel, weil sie, scheinbar unerschütterlich fest, auf irgendeiner Kommandobrücke stehen, erfahren das immer wieder und meist in einer ganz unerwarteten und oft recht peinlichen Weise.» Auch Brauchitsch musste erfahren, dass zwischen Kapitalbesitzer und Manager – selbst wenn sie in noch so bevorzugten Stellungen sitzen – die Karten ungleich verteilt sind. Obgleich er als Geschäftsführer die Gunst der anderen «persönlich haftenden Gesellschafter» Kaietsch, Pohle und Friedrich genossen haben soll, musste er schliesslich den Hut nehmen, als Friedrich Karl sich zu der Kraftprobe «entweder er oder ich» entschloss. Flick, nach wie vor bei solchen Fragen entscheidend, opferte, des Familienzwistes überdrüssig, den Jungmanager, wenn auch mit grossem Bedauern. Offiziell hiess es zu der Trennung, dass Brauchitsch «auf eigenen Wunsch» und «im freundlichen Einvernehmen» ausgeschieden sei. Der Gestürzte verriet aber später selbst: «Ich habe hingeschmissen, ohne zu wissen, wo ich hingehge.» Er fand dann in Axel Cäsar Springer

einen Interessenten für seine Qualitäten. Der Zeitungskönig der BRD konnte für seine ideologische Aufrüstung den ehemaligen Geschäftsführer des grössten Waffenproduzenten der BRD gebrauchen und engagierte ihn als seinen Generalbevollmächtigten.

Die Enkel

Mit zunehmender Schwerhörigkeit und sich verstärkender Bronchitis verliess Flick immer seltener sein Domizil am Bodensee. Nachdem seine Frau 1966 verstorben war, kümmerte er sich intensiver um die Söhne von Otto-Ernst, der mit einem Teil seiner Entschädigungsgelder Grossgrundbesitz in den USA, Kanada, Italien und Frankreich erworben, sich aber auch an ausländischen Industrieunternehmen, unter anderem an einem grossen amerikanischen Elektrokonzern, beteiligt hatte. Soweit es ihre Ausbildung zuliess, trafen die Enkel alle zwei Wochen in Konstanz bei Flick ein, um, wie «Der Spiegel» berichtete, «bei gemeinsamem Frühstück und Waldspaziergang den Rat des Alten zu hören und Konzernpläne zu erörtern». Als sie ihm bei einem dieser Besuche mitteilten, dass sie Juristen werden wollten, rügte er sie unwillig: «Juristen hält man, Jurist wird man nicht.» Man einigte sich schliesslich doch. Nach dem Jurastudium sollte eine ihrem späteren Einsatz im Konzern gemässe Wirtschaftsausbildung folgen. Gert-Rudolf Flick hospitierte entsprechend dieser Abmachung nach dem Studium in dem Düsseldorfener Privatbankhaus Simon und dann in der European-American Bank New York. Im Mai 1971 begann er im Flick-Konzern zu arbeiten. Sein Bruder Friedrich Christian erhielt seine kaufmännische Ausbildung beim Osramkonzern in München und in der J. Henry Schroeder-Bank in New York. Er stiess im September 1972 zum Flick-Imperium.

Der häufige Kontakt der Enkel zu dem am Bodensee residierenden Siegerländer sollte sich mit der Zeit ähnlich günstig für sie auswirken wie seinerzeit die enge Verbindung zwischen Friedrich Karl und dem Vater.

Die Enkel trugen es dem Grossvater nicht nach, dass er ihren



Alle zwei Wochen in Konstanz: Flick-Enkel Friedrich Christian (links) und Gert-Rudolf

Vater so geschasst hatte. Sie hofften, durch ihre Beziehungen zum Konzerngründer einiges davon auf Kosten ihres Onkels wiedergutmachen zu können. Kritiklos akzeptierten sie den alten Herrn, der noch immer, fern von Düsseldorf, seine Ränke schmiedete. Auch nach dem Tode Flicks hielten sie unbedingt zum Senior des Hauses Flick. Auf eine entsprechend kritische Frage eines Journalisten entgegnete Gert-Rudolf: «Mein Grossvater Friedrich (war) eine ausserordentliche Persönlichkeit. Sie können davon ausgehen, dass der Gründer eines solchen Unternehmens sein Haus auch für die Zukunft richtig bestellt.» Er sagte das mit der Befriedigung, die ein geglückter Coup verschafft. Als nämlich Friedrich Flick am 20. Juli 1972 an Herzversagen infolge einer Bronchitis verstarb, hinterliess er eine testamentarische Verfügung, die in die künftige Führung des Konzerns nochmals einschneidend eingriff – diesmal zugunsten der Enkel Mick und Muck. Wenige Tage vor Flicks Tod, als sich die Angehörigen am Bett des Familienoberhauptes versammelt hatten, war noch kein Wort über die neue testamentarische

Verfügung gefallen. Auch die beiden Youngster, die davon wussten, schwiegen. So wurde weder die Trauerfeier in Düsseldorf noch die Beerdigung Flicks in seinem Geburtsort Kreuztal von einem neuerlichen Familienkrach überlagert.

Die Trauerfeier vereinte ziemlich alles, was in Politik und Wirtschaft der BRD Rang und Namen hatte. Ruhiger ging es in Kreuztal zu, wo der – laut Westpresse – «reichste Mann Deutschlands in einem einfachen Eichenholz-Sarg, geschmückt mit 1'000 lachsfarbenen Rosen» zu Grabe getragen wurde. Vergeblich suchte der Pfarrer von Kreuztal bei der Bestattung nach Worten, die dem Toten gerecht wurden. «Es ist nicht die Sache eines evangelischen Pfarrers», so führte er aus, «eine Laudatio auf den äusseren Erfolg dieses grossen Verstorbenen zu halten. Aber wir alle hier in Kreuztal sind ihm dankbar für seine Güte und Grosszügigkeit. Unserer Kirche hat er vor fünf Jahren, als er erfuhr, dass wir nur über ein kleines Harmonium verfügen, die grosse Kirchenorgel gestiftet. Oft haben grosse Männer geglaubt, des Gebetes und Glaubens entbehren zu können. Friedrich Flick hat es nicht getan. Er war ein frommer Mensch, und Gott wird ihn belohnen.»

Symbolfigur

Grosszügigkeit, Güte und Frömmigkeit waren merkwürdige Etikette für Flick, selbst wenn er damit bei einer Trauerrede versehen wurde und man dort gesprochene Worte nicht auf die Goldwaage legen sollte. Eine einzige Orgel schuf ihm diesen erhebenden Nachruf. Was für ein Geschäft für den alten Geschäftemacher! Auch Axel Cäsar Springer, ein grosser Bewunderer Flicks, liess für die bescheidene Denkmalsart der Bild-Leser das Porträt eines frommen und grosszügigen Mannes entwerfen, und die gespendete Orgel gehörte selbstverständlich dazu. Ob nicht doch wenigstens einige seiner Leser bei diesem Beweis von Wohltätigkeit mit Tucholsky gefragt haben: «Gut. Das ist der Pfennig. Aber wo ist die Mark?» Für den Leserkreis seiner «Welt» verzichtete der Zeitungscäsar auf die Wohltätigkeitsarie. Dort wurden andere, handfestere Leistungen Flicks

Bild „Er war ein frommer Mensch,
und Gott wird ihn belohnen“



Trauerfeier für Flick in Düsseldorf. Friedrich Karl Flick, Ursula Flick, Gert-Rudolf Flick, Barbara Flick (v. r. n. l.)

gewürdigt – Erfolg und Kapitalbesitz. Für «Die Welt» bestand kein Zweifel, dass hier ein «grosser Mann» des Kapitals, ein hochgeschätzter Kämpfer des freien Unternehmertums abgetreten ist. Denn, so «Die Welt»: «Friedrich Flick, der selbst die Zurückgezogenheit, die Tätigkeit im Stillen liebte, ist immer wieder ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gezogen worden – vor allem von seinen Gegnern. Es waren dies weniger persönliche Widersacher und Konkurrenten als vielmehr die Feinde unseres Wirtschaftssystems, die gegen die Unternehmerwirtschaft zu Felde zogen und weiter ziehen. Für sie war und ist der grosse erfolgreiche Unternehmer die Symbolfigur, die zur Zielscheibe des Angriffs genommen wird, um zugleich die Leistung der

gesamten Unternehmerschaft zu diffamieren.» Eine schöne Leistung von Springers «Intelligenz»-Blatt, alle zu Feinden der bestehenden Ordnung in der BRD zu erklären, die Flick kritisch begegneten.

Während sich der Pfarrer von Kreuztal immerhin über die geschenkte Orgel freuen konnte, spürte Friedrich Karl Flick, obwohl nun unwiderruflich Häupterbe eines gigantischen Industrievermögens, beim Erbantritt nur grossen Zorn. Und auch Kaietsch liess ungewohnte Bitternis über den Verstorbenen anklingen. «Wir sind schwer enttäuscht», kommentierte er knapp den letzten Willen des Konzerngründers. Der neue Familienstreit im Hause Flick war durch ein Schreiben des Düsseldorfer Notars Linderhaus an die persönlich haftenden Gesellschafter des Konzerns ausgelöst worden. Mit diesem Schreiben wurden die Empfänger über den Inhalt einer Vereinbarung informiert, die Friedrich Flick zwei Monate vor seinem Tod mit seinen Enkeln getroffen hatte. Unter dem Dokument standen die Unterschriften der drei beteiligten Flicks und des Notars. Kernpunkt der Vereinbarung war, dass Flick gemäss seines Sonderrechtes im Gesellschaftsvertrag der F. Flick KG Gert-Rudolf und Friedrich Christian zu alleinigen Vorstandsmitgliedern der Stiftung, die Flicks Namen trug und der er bisher selbst vorstand, bestellte. Die Stiftung besass zwar nur einen Kapitalanteil von 3,03 Prozent am Gesamtkonzern, verfügte aber in der Konzernleitung über ein eigenes Stimmrecht, so dass die Flick-Enkel nunmehr über drei Stimmen verfügten. Da der Gesellschaftsvertrag festlegte, dass bei Entscheidungen der persönlich haftenden Gesellschafter nicht die Höhe der Kapitalanteile, sondern die Stimmenmehrheit ausschlaggebend sei, bedeutete die Übertragung der Stimme der Flick-Stiftung an die Enkel eine Veränderung des bisherigen Kräfteverhältnisses in der Konzernleitung. Aber Flick hatte noch ein Übriges zur Schwächung der Stellung seines Sohnes Friedrich Karl getan, indem er verfügte, dass Brauchitsch wieder in den Konzern als persönlich haftender Gesellschafter zurückkehren sollte. «Der Spiegel» bemerkte zu dieser Konstellation:

«Zusammen mit Rückkehrer Brauchitsch könnten die Neffen den Onkel ausstechen.»

Zur Öffnung des Testaments waren die Erben nur durch ihre Anwälte vertreten gewesen. Als der das Testament verlesende Rechtspfleger Stein den Brauchitsch betreffenden Passus vortrug, liessen die Anwälte der Flicks die weitere Verlesung unterbrechen. Nachdem Friedrich Karl informiert worden war, beauftragte er seinen Anwalt sofort, die Anfechtungsmöglichkeiten des Testaments zu prüfen. Unabhängig davon berieten die drei Gesellschafter Friedrich Karl Flick, Kaietsch und Otto A. Friedrich die neue Situation und mögliche Konsequenzen auf die Leitung des Konzerns. Sie argwöhnten, dass Otto-Ernst versuchen würde, über seine Söhne erneut Einfluss auf das Unternehmen zu gewinnen. Ausserdem glaubten sie fest daran, dass er sie dazu gebracht habe, auf das geschwächte Familienoberhaupt im Sinne einer Testaments Veränderung einzuwirken. Besonders ergrimmte die bislang tonangebenden Gesellschafter die Geheimhaltung der Vereinbarung durch die beiden Jungkommanditisten. Sie bezichtigten sie schlicht des Vertrauensbruchs und schmähten Mick und Muck als Heimtücker. Ärgerlich war für sie auch, dass sie keine Möglichkeit sahen, diesen Teil der testamentarischen Verfügung rückgängig zu machen. Denn die Enkel hatten, um sich nicht erst dem Druck aussetzen zu müssen, auf die für sie so günstige Regelung zu verzichten, dafür gesorgt, dass in die Vereinbarung ein Passus aufgenommen wurde, der jeden einseitigen Rücktritt ihrerseits von dem Vertrag ausschloss.

Zeitzünderbombe

Die Begleitumstände bei dem Abschluss der testamentarischen Verfügung mussten Friedrich Karl Flick und seine Mannen zwangsläufig zu dem Schluss kommen lassen, dass es sich hier um eine grossangelegte Verschwörung handelte.

Für Flick dürfte das Misstrauen in die Fähigkeiten Friedrich Karls wohl das bestimmende Motiv der erneuten Veränderungen in der Konzernleitung gewesen sein. Natürlich werden die Enkel

Vereinbarung

Verhandelt
zu Konstanz am 15. Mai 1972

Vor mir,

DIETHELM LINDERHAUS,
Notar mit dem Amtssitz in Düsseldorf,

erschiene(n):

- 1) Herr Dr. Friedrich F l i c k, Industrieller, z.Z. Insel
Hotel Konstanz,
- 2) Herr Dr. Gert-Rudolf F l i c k, Kaufmann, 4 Düsseldorf,
Sybelstraße 7,
- 3) Herr Friedrich-Christian F l i c k, Kaufmann, 4 Düsseldorf,
Im Rottfeld 15,

dem Notar von Person bekannt.

- 1) Zunächst erklärte Herr Dr. Friedrich Flick was folgt:

In Ausübung meines Sonderrechts gemäß Ziffer 5 c des Zusatz-
vertrages vom 14. Dezember 1960 zum Gesellschaftsvertrag
der Friedrich Flick Kommanditgesellschaft vom 14. Dezember
1960 bestimme ich, daß die Dr. Friedrich Flick-Stiftung
mit dem Sitz in Düsseldorf persönlich haftende Gesellschafterin
der Friedrich Flick Kommanditgesellschaft mit dem Sitz
in Düsseldorf wird, aufschiebend bedingt mit meinem Aus-
scheiden aus der Friedrich Flick KG. Zum gleichen Zeitpunkt
berufe ich meine Enkel, Dr. Gert-Rudolf Flick und Friedrich-
Christian Flick zu alleinigen Stiftungsvorstandsmitgliedern

Flicks geheime Vereinbarung mit den Enkeln

und Destinatären an erster Stelle unter gleichzeitiger Abberufung der bisherigen Mitglieder des Stiftungsvorstandes.

- 2) Sodann erklärten die Herren Dr. Gert-Rudolf Flick und Friedrich-Christian Flick was folgt:

Wir nehmen diese Verfügung mit vertraglicher Bindung an.

- 3) Die Beteiligten behielten sich das Recht zum einseitigen Rücktritt von diesem Vertrage nicht vor.

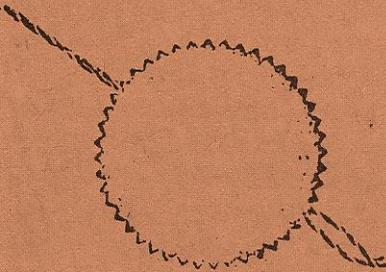
Diese Niederschrift wurde vorgelesen, von den Erschienenen genehmigt und von ihnen und dem Notar eigenhändig wie folgt unterschrieben:

Friedrich Flick

Friedrich-Christian Flick

Gert-Rudolf Flick

Münchhausen, Notar



bei ihren vielen vertraulichen Gesprächen mit dem Grossvater sicherlich auch nicht gerade ein Loblied auf den Onkel gesungen haben.

Mit seiner letzten Entscheidung hatte Flick seinen Erben allerdings eine Zeitzunderbombe ins Nest gelegt. Die Konzernführung wurde durch die Herbeizitierung Brauchitschs und die erweiterten Rechte der Enkel nicht nur nicht gestärkt, sondern sogar in Frage gestellt. Eine Zeitlang versuchte man es aber doch miteinander. Nach vielen Gerüchten über interne Auseinandersetzungen in der Konzernspitze und einem bevorstehenden Bruch, die von Sprechern des Unternehmens immer freudloser dementiert wurden, platzte dann Anfang 1975 die Bombe. Voran gingen sensationelle Berichte über die Absichten der Flick-Leute, das konzerneigene Aktienpaket von Daimler-Benz an den Schah von Persien zu veräussern. Presse, Wirtschaft und Bundesregierung gerieten darüber in höchste Erregung, zumal bereits kurz vorher die Quandt-Gruppe ihren Anteil an Daimler-Benz nach Kuwait verkauft hatte. Allgemein wurde als Grund vermutet, dass sowohl die Flicks als auch die Quandts für eine weitere Wertsteigerung ihrer Automobilaktien kaum Chancen sahen.

Das BRD-Renommierunternehmen drohte also unter ausländische Kontrolle zu geraten. Bundeskanzler Schmidt hängte sich ungeniert in die geplante Transaktion hinein und warf dabei die ansonsten vielgelobten «freien» Wettbewerbsparolen über Bord, indem er erklärte, dass der Übergang von Daimler-Benz in ausländische Hände weder den Arbeitnehmern bei Daimler-Benz noch dem Standing der deutschen Wirtschaft in der Welt, noch der eigenen Selbstachtung zugemutet werden könne. In seinem Auftrag setzte sich Wirtschaftsminister Friderichs mit Friedrich Karl Flick in Verbindung, um den Verkauf der Aktien ins Ausland zu verhindern. Dem Chef des Flick-Clans versprach Friderichs Steuervergünstigungen in Höhe von einer Milliarde DM beim Aktienverkauf, wenn sie im Lande blieben. Tage der Ungewissheit folgten. Auf dem Höhepunkt der Erregung kam schliesslich die Mitteilung, dass Franz Heinrich Ulrich, der Chef

der Deutschen Bank, eingegriffen habe. Die «nationale Schande» war abgewandt.

Nicht wenige kompetente Fachleute hielten die Berichte über den angestrebten Verkauf der Aktien an den Schah allerdings für einen Verkaufstrick, wie ihn seinerzeit der alte Flick im Falle Gelsenberg benutzt hatte. Parallelen ergaben sich schon durch das Engagement von Bundeskanzler Schmidt, der darin dem früheren Reichskanzler Brüning nicht nachstand. Das Wesen dieses Tricks hatte Erich Weinert in seinem Gedicht «Der grosse Flicklappen» schon 1932 gekennzeichnet:

«Ein deutscher Unternehmer wird nicht bange,
Er schreit: Regierung, Hilfe! Feind im Land!
Die deutsche Industrie in fremder Hand!
Es geht um Nationalbelange!»

Entscheidung in der Konzernspitze

Auch den Flick-Erben brauchte nicht bange zu sein. Nach Abschluss der Transaktion mit den Daimler-Benz-Aktien verfügten sie über mehr als zwei Milliarden DM. Friedrich Karl Flick hatte einen Teil der Summe bereits fest für eine ungewöhnliche Unternehmung eingeplant: Er wollte damit die Kinder seines Bruders aus der Konzernführung entfernen. Diese hatten das offensichtlich geahnt; denn sie widersetzten sich bis zuletzt hartnäckig dem Verkauf der Daimler-Benz-Aktien, der dem Konzernchef für sein Vorhaben gewaltige finanzielle Mittel in die Hand gab. Die Friedrich-Karl-Gruppe, mit der sich Brauchitsch trotz aller vergangenen Streitigkeiten wider Erwarten verband, konnte jedoch die Flick-Enkel auf Grund ihrer Stimmenanteile majorisieren. Zwei Wochen nach dem Verkauf der Daimler-Benz-Aktien meldete die Presse das Ausscheiden von Friedrich Christian und Gert-Rudolf Flick sowie deren Schwester Dagmar Gräfin Vitzhum aus dem Konzern. Als Abfindung wurden 700 Millionen DM genannt, ein Preis, den Friedrich Karl als letzten Tribut betrachtete, um wirklich alleiniger Herr über den Flick-Konzern zu werden.

Die beiden Enkel finanzierten damit inzwischen umfangreiche



Konzernbesitzer Friedrich Karl Flick im Gespräch mit dem Chef der Deutschen Bank Ulrich, dem Käufer seines Aktienpaketes von Daimler-Benz

Landkäufe in Nordamerika, Schwester Dagmar beteiligte sich an einem Freizeitpark in Schleswig-Holstein.

Noch im Jahr der Daimler-Benz-Transaktion veräußerte der jetzt absolut herrschende Konzernchef seines Vaters Arisierungsgewinn, die Metallhüttenwerke Lübeck, für rund 100 Million DM an den amerikanischen Stahlriesen US-Steel-Corporation. Dann folgte im Jahre 1976 der spektakuläre Verkauf der Sulzbach-Rosenberger Maximilianshütte an die Klöckner-Gruppe, den zweitgrößten Stahlkonzern der BRD. Klöckner zahlte für ein Aktienpaket von 51 Prozent 137 Millionen DM und vereinbarte die restliche Übernahme der Aktien zum Ende des Jahres 1978.

Die Verkäufe, die ein Ende des Flick-Konzerns als nennenswerter Eisen- und Stahlproduzent bedeuteten, begründete die Konzernleitung damit, dass die Kapazität beider Werke nicht ausgereicht habe, um gegen die Grossen in dieser Branche

konkurrieren zu können. Ein Ausbau der Werke aber, so hiess es weiter, der notwendigerweise mit einer Erweiterung der Roh-eisen-, Rohstahl- und Walzwerkskapazität verbunden gewesen wäre, sei angesichts des scharfen internationalen Wettbewerbs als «unverantwortliches Abenteuer» nicht in Frage gekommen.

Die «Süddeutsche Zeitung» sieht in den Verkäufen des Flick-Konzerns allerdings vor allem den Versuch, Kapital zu sammeln, um es in Objekten anzulegen, «die nachhaltig mehr Rendite bringen». «So lange es den Flick-Konzern gibt, ist immer gekauft worden», schreibt sie, «der Wechsel war das einzig Beständige. Dem Konzerngründer sagte man ein sehr unsentimentales Verhältnis zu Zahlen nach. Für ihn waren Unternehmen weniger lebendige Gebilde, von denen zahlreiche Menschen existieren mussten, als Aktienpakete, bei denen die nachhaltige Rendite zu stimmen hat.»

Dieser Einstellung ist Friedrich Karl Flick allerdings treu geblieben. Über das künftige Geschick der Arbeiter und Angestellten seiner verkauften Betriebe machte er sich keine Sorgen, auch wenn sie jahrzehntelang für die Flicks gearbeitet haben.

Die grossbürgerliche «Frankfurter Allgemeine Zeitung» verkündete am 17. August 1976, nachdem der Verkauf der Maximilianshütte bekannt geworden war, deren Arbeitern und Angestellten, die vielfach schon nur in Kurzarbeit standen, eine Hiobsbotschaft. «Im Rahmen der zukünftigen Aufgabenstellung sowie der Absatzlage und der Produktionsplanung», so hiess es, «werden sich strukturelle Veränderungen-in den Betrieben der Maxhütte mit den entsprechenden Folgen für die Personalplanung des Unternehmens ergeben.»

Mit den Verkaufserlösen und den vom Bonner Staat bewilligten umfangreichen Steuerpräferenzen, die der Konzernchef erhielt, da er innerhalb von zwei Jahren das frei gewordene Kapital in förderungswürdige Anlagen investiert hatte (allein aus dem Verkauf der Daimler-Benz-Aktien sparte er eine Steuersumme von einer Milliarde DM ein), betrieb Friedrich

Karl neben massiver Expansion eine intensive arbeitsplatzvernichtende und profitfördernde Rationalisierung in seinen Unternehmen. Seit 1973 wurden im Flick-Konzern über zehntausend Arbeitsplätze beseitigt. So liess er bei der Feldmühle für 300 Millionen DM eine neue Mammutanlage zur Papierproduktion aufstellen, zu deren Bedienung nur noch 100 statt 550 Beschäftigte benötigt werden. Bei Dynamit Nobel und Buderus wurden für Rationalisierungsmassnahmen weitere 150 Millionen DM investiert.

Noch bedeutend grössere Summen gab der Konzernchef für Neuerwerbungen aus. Aufsehen erregte besonders eine einunddreissigprozentige Beteiligung in Höhe von 800 Millionen DM an der USA-Chemiegruppe W. R. Grace & Co, durch die eine stärkere Zusammenarbeit mit Dynamit Nobel fundamementiert werden soll, und die Beteiligung von 34,5 Prozent gleich 210 Millionen DM bei US Filter. Damit wurde Friedrich Karl Flick der grösste ausländische Einzelinvestor in den USA. Einen Einstieg in eine neue Branche brachte die Übernahme des skandalumwitterten Kölner Versicherungskonzerns Gerling, für die ebenfalls 210 Millionen DM aufgewendet wurden. Der Grossindustrielle zeigte sich hier besonders von den Möglichkeiten des Industrieversicherungsgeschäfts fasziniert.

Obwohl Chefmanager Eberhard von Brauchitsch immer wieder betonte, dass mit dem Verkauf der Daimler-Benz-Aktien und der Veräusserung der beiden Hüttenbetriebe keineswegs ein Ausverkauf beim Flick-Konzern begonnen hat, sondern dass man auf der Suche nach «einem Kleid für die achtziger Jahre» sei, besteht kein Zweifel daran, dass auch die ungünstige Ertragslage des Konzerns für die Verkäufe mitbestimmend war. «Struktur- und Konjunktur-Krisen trieben», stellte «Der Spiegel» fest, «Flicks Fabriken teilweise über Jahre hinweg in die Verlustzone.» Tatsächlich musste der Konzern den vollen Verkaufserlös für die Metallhüttenwerke Lübeck benutzen, um die im Jahre 1975 aufgetretenen erheblichen Verluste bei der Buderus-Gruppe auszugleichen. So meint denn dieses Nachrichtenmagazin, «dass Brauchitschs Versicherungen, dass es im Hause

Flick weder eine Ausverkaufsstimmung noch eine Ausverkaufsphilosophie gebe, reichlich hohl» klangen.

Die Umgruppierungen im Flick-Konzern lassen Spekulationen über einen weiteren Einstieg in andere Branchen nicht zur Ruhe kommen. Besonders häufig spricht man über Beteiligungen im Energie- und Rohstoffbereich. Wie auch immer! Auf die hohe Kante werden die Flicks ihr noch vorhandenes Kapital und neue Profite nicht legen. Der Alleinherrscher des Flick-Konzerns legt ohnehin Wert darauf, in die Fuststapfen seines Vaters zu treten. Selbst wenn viele, die den gehemmt wirkenden und misstrauischen Friedrich Karl kennen, ihm die Führung des Konzerns nicht zutrauen, so kann sich der Flick-Sohn doch bei künftigen Expansionen auf eine auserlesene Expertenschar stützen.

Diese Schar sieht es im Interesse ihres Einflusses allerdings auch gar nicht so ungern, wenn der zum zweitenmal verheiratete Konzernchef sich viel mehr als sein Vater einem aufwendigen Privatleben widmet. Friedrich Karl Flick genießt seinen Reichtum. Und das in einer Weise, die mal jemand treffend als «die aufwendigste Durchschnittlichkeit, die man sich denken kann» charakterisiert hat. Ihn reuen nicht 40'000 DM für ein Silvesterfeuerwerk auf seinem Besitz am Starnberger See, wenn er damit vor drei Dutzend Gästen repräsentieren kann. An die Nieren geht es ihm jedoch, wenn ein weniger Reicher ihn zu überbieten trachtet. So geschehen in Cannes, als ein mit nicht ganz so vielen Millionen gesegneter Plutokrat es wagte, mit einer längeren Jacht neben der ihm gehörenden von 42 Meter Länge zu ankern.

Aber Friedrich Karl Flick ist glücklicherweise nicht nur auf das Wasser angewiesen. Ein Privatjet vom französischen Typ Mystère steht mit zwei Piloten zu jeder Stunde für ihn bereit, um ihn in Gegenden zu bringen, in denen das Vergnügen auf ihn wartet. Beispielsweise nach Paris, wo er bei seinem Aufenthalt im Spitzenhotel «Lancaster» für sich und seine Freunde natürlich gleich eine ganze Etage mietet. Auch in Tirol wird Friedrich Karl Flick oft und dank seiner spendablen Art gern gesehen. Am

Arlberg im Hospiz von St. Christoph warten stets reservierte Zimmerfluchten auf ihn. Experten suchen ständig neue interessante Pisten in aller Welt für den Skinarren aus. Die Reisen und Vergnügungen werden für ihn wie für einen absoluten Monarchen organisiert. Spezialisten inspizieren vorher sorgfältig die Räumlichkeiten und die gastronomische Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Luxusherbergen und Schlemmerlokale. Sollte die Restauration der entsprechenden Etablissements einmal der Liste der bevorzugten Getränke des anspruchsvollen Milliardärs nicht gewachsen sein, helfen die Arrangeure des Konzernchefs. Im gekühlten Kofferraum eines Automobils werden die begehrten Getränke, deren Preis pro Flasche über 200 DM liegt, selbst mitgebracht.

Der Unterhaltung des ungekrönten Monarchen wird die gleiche Sorgfalt gewidmet. Wenn Friedrich Karl beispielsweise das von ihm bevorzugte Münchner Speiselokal «Franziskaner» auf sucht, das ansonsten ohne Musik auskommt, engagieren Flicks Heinzelmännchen schnell eine exquisite Nachtclubband, ohne auf ein paar Tausender zu sehen. Richtig entspannen kann sich der Superreiche dennoch nicht, denn Ängste quälen ihn. Die häufigste und beunruhigendste ist die, eines Tages seinen Reichtum zu verlieren. Dabei denkt er weniger an schlechte Geschäfte, die ihn ruinieren könnten, als an linke Gefahren. Zwar hält er sich keineswegs an die Devise des Hauses Siemens, Reichtum versteckt zu genießen, da die Siemens nicht durch die Erregung von Neid den Kommunismus fördern wollen, aber die Furcht, dass ihm eines Tages der Genuss seines Erbes beschnitten werden könnte, lässt ihn auch gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften tiefes Missbehagen empfinden. In den politischen Anschauungen folgt er ganz seinem Vater. Sein politischer Favorit, sein Programm und seine Hoffnung zugleich ist Franz-Josef Strauss. Aus diesem Grund nahm er – laut «Spiegel» – im November 1969 an einer konspirativen Versammlung teil, die von Strauss veranlasst worden war, um «am Sturz der Bonner SPD/FDP-Regierung zu arbeiten». Doch trotz politischer und persönlicher Freundschaft zu dem stiernackigen

Bayern, die ihn zu einem der Hauptfinanziers der CSU werden liess, sieht er bedrückt in die Zukunft. Die Kritik am «freien Unternehmertum», die auch in der BRD immer mehr anwächst, verleidet ihm die Umwelt. Er straft sie durch Einschränkung des Kontaktes mit ihr, den er im Wesentlichen nur durch Untergebene und persönliche Freunde aufrechterhält. Hin und wieder befällt ihn aber doch das Bedürfnis, ihm fremde Menschen zu sehen und zu beobachten. Dann setzt er sich unerkannt in ein Restaurant und versucht – manchmal unauffällig durch einen Taschenspiegel – in den Gesichtern zu lesen, so, als suche er dort Antwort auf seine quälenden Ängste.

Der Flick-Skandal

Friedrich Karl Flick, in der BRD oft als der «reichste Deutsche» bezeichnet, blieb es vorbehalten, für einen der grössten politischen Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik zu sorgen. Damit unterstrich der Konzernchef, dass er ebenso wie sein Vater die gewissermassen traditionell krummen Pfade zum Erfolg nicht scheute. Was sich Anfang der achtziger Jahre zum aufsehenerregenden Flick-Skandal entwickelte und den Namen Flick in einem bis dahin unerreichten Masse in aller Munde brachte, begann in den siebziger Jahren recht harmlos mit einigen Steuerprüfungen. Sie brachten nach und nach Erkenntnisse über Parteispenden an den Tag, die den Spitzen der etablierten Bundestagsparteien CDU/CSU, SPD und FDP den Frost unter die Haut trieb.

In der BRD ist es eigentlich ein legales Unterfangen, politischen Parteien Geld zu spenden, was immer auch die Motive dafür sein mögen und was immer es bewirken soll. Natürlich bestreiten alle Parteien kategorisch, dass dadurch irgendwer Einfluss auf sie ausüben oder gar ihre Entscheidungen in eine bestimmte Richtung lenken könnte. Dennoch sind weder die Parteien noch ihre Geldgeber an Publizität in dieser Frage interessiert. Der Grund: Das Geschäft des Gebens und Nehmens bedarf, zumal bei den hier in Frage kommenden Dimensionen, grösster Diskretion sowohl von Seiten des Spenders als auch des Empfängers. Nur so können bestimmte Interessen gefördert und unangenehme Spekulationen in der leicht erregbaren Öffentlichkeit verhindert werden. Ausserdem ist immer zu befürchten, dass man etwaige Konkurrenten auf den Plan ruft.

Aber die meisten Grossspenden hatten auch noch aus einem anderen Grund das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Nach

einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes dürfen von Parteispenden jährlich nur 1'800 DM von der Steuer abgesetzt werden. Spenden, die 20'000 DM übersteigen, müssen sogar öffentlich deklariert werden. Spender wie Bundestagsparteien aber empfanden sowohl die Versteuerung der Spendengelder als auch ihre Veröffentlichung als so störend, dass sie diese Gebote möglichst zu umgehen trachteten. Aus dieser Interessenlage heraus hatte sich in der BRD eine lebhaft und langjährige schwarze Parteienfinanzierung entwickelt, die auch von den höchsten Dienern des Staates ungeniert hingenommen wurde.

Spenden der Grossindustrie an die Bundestagsparteien waren auch vorher so unbekannt nicht gewesen, auch nicht, dass damit Unternehmerinteressen durchgesetzt wurden. Aber dass dies, wie im Falle Flick, so direkt und massiv in der Verfolgung von Sonderinteressen eines Konzerns geschah, das rief selbst in der BRD erhebliches Erstaunen hervor. Die Spenden zeigten, dass der «reichste Deutsche» und zahlreiche andere Unternehmer den im Bonner Grundgesetz verankerten Artikel von der sozialen Verantwortung der Eigentümer auf eine sehr eigenwillige Weise ausgelegt und praktiziert hatten. Sie hatten Geld, viel Geld, an Minister, Parteiführer und Abgeordnete, und zwar unter gröblichster Verletzung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, gegeben. Die Enthüllungen darüber liessen insbesondere F. K. Flick für die Öffentlichkeit zum «Mann, der alle kaufte» werden, der gewissermassen exemplarisch bewies, was alles man in Bonn mit Geld erreichen konnte.

Das Bekanntwerden der Zahlungen F. K. Flicks an die politische Prominenz Bonns in Millionenhöhe, um damit Hunderte Millionen DM zu gewinnen, liess auch in der in dieser Hinsicht vieles gewohnten BRD den Blätterwald rauschen. So war es ausserordentlich schwierig, den Skandal zu vertuschen. Sogar die durchaus industriefreundliche «Zeit» bezeichnete den Vorgang als «bislang massivstes Unternehmen zur Korruption von Staats- und Mandatsträgern». Hintergrund dieses «Unternehmens» war der Verkauf der Daimler-Benz-Aktien an die Deutsche Bank und die seinerzeit von Wirtschaftsminister

Friderichs in Aussicht gestellte Steuerermässigung für den dadurch erzielten Gewinn. Rund 2,3 Milliarden DM hatte Flick für sein Aktienpaket erhalten, knappe 2 Milliarden hätte er davon normalerweise als Gewinn versteuern müssen, und der Abzug wäre nicht gering ausgefallen: genau 986 Millionen DM.

Die beim Verkauf der Aktien im Gespräch gewesene Steuerbefreiung nach dem Paragraphen 6 b des Einkommenssteuergesetzes für förderungswürdige Anlagen erwies sich als keine einfach zu handhabende Angelegenheit. Zur Erlangung der Steuerbefreiung musste ein langer komplizierter Weg durch die verschiedenen Ebenen des Wirtschafts- und des Finanzministeriums zurückgelegt werden, und auch die Bundestagsparteien mussten dabei mitspielen. Der Aufgabe, die Steuerbefreiung auf diesem Weg hilfreich zu begleiten, hatte sich Chefmanager von Brauchitsch persönlich angenommen. Für F. K. Flick, der meist in München sein Leben genoss, residierte von Brauchitsch als oberster Repräsentant des Flick-Konzerns in der Düsseldorfer Zentrale, eine Stellung, die seinem nicht geringen Geltungsbedürfnis Rechnung trug. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Amtsführung sah er eine enge Tuchfühlung und gepflegte Beziehungen zu den politisch massgebenden Leuten in Bonn für unerlässlich an. Er betonte das auch gegenüber dem Konzernchef. «Ich glaube», schrieb er ihm, «wir sollten nicht unterschätzen, welche grosse Bedeutung für unser Haus die besondere Pflege der Bonner Landschaft, aber auch der gutwilligen Leute im Gewerkschaftsbereich hat.» Dabei verwies von Brauchitsch, wie das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» enthüllte, auf die Erfolge bei der Steuerbefreiung im 6-b-Bereich, liess aber auch das grosse Ganze nicht aus. Nach seiner Meinung konnte man, «wenn es einmal notwendig ist, politisch unpopuläre Massnahmen durchzuführen», sich auf diese gepflegten Kontakte verlassen.

Solchen Gedanken und der damit verbundenen finanziellen Grosszügigkeit waren die Steuerfahnder keineswegs auf der Spur, als sie sich mit einigen Steuervergehen befassten. Was sie mit ihren Untersuchungen letztlich in Bewegung setzen

würden, war ihnen dabei anfangs keineswegs klar. Sie vermuteten lediglich Verstösse einzelner Sünder, die man zu einer Steuernachzahlung veranlassen konnte. Die Untersuchungen, die schliesslich in den Flick-Skandal mündeten, begannen im Jahre 1975. Als Steuerfahnder bei dem Bonner Geschäftsmann Peter Müllenbach, einem engagierten CDU-Förderer, eine Durchsichtung seiner Steuerunterlagen vornahmen, weil er die Herkunft von 110'000 DM nicht nachweisen konnte, machten sie einen aufsehenerregenden Fund. Aus einem von Müllenbachs Aktenordnern ging, wie das von den «Spiegel»-Redakteuren Hans Werner Kilz und Joachim Preuss verfasste Buch «Flick – Die gekaufte Republik» nachwies, eindeutig hervor, dass sich die CDU schon jahrelang auf illegalem Wege grosse Geldsummen besorgt und den Staat um erhebliche Steuerbeträge betrogen hatte. Wichtige Geldquelle, so stellte sich heraus, war eine als «Europäische Unternehmensberatungsanstalt» (EU) im Liechtensteinschen Vaduz eingetragene dubiose Firma. Sie verkaufte Gutachten an Unternehmen, die, wie es aussah, über die Schar ihrer eigenen Experten hinaus, den Rat der EU brauchten. Für ein Gutachten über die «Problematik der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland» zahlte, zum Beispiel, die Firma Melitta in Minden 25'000 DM und das Karosseriewerk Karmann 20'000 DM. Eine Bekleidungsfirma war bereit, 20'000 DM für ein Gutachten der EU über die «Wirkung von Farben» herzugeben, und den BAT-Cigaretten-Fabriken in Hamburg war das gleiche Gutachten sogar 30'000 DM wert. Der Warenhauskonzern Kaufhof bekam das wertvolle Geistesprodukt dagegen schon für 16'000 DM. Sowohl an der Ausländerproblematik als auch an dem Farbenspiel zeigte sich der Zahnpasta-Hersteller Biendax interessiert und blätterte dafür insgesamt 50 Tausender hin.

Die BRD-Firmen achteten aber anscheinend nicht nur den schriftlichen Rat der Vaduzer, sondern schätzten auch deren mündliche Auskunft hoch ein. Der Autofirma Daimler-Benz waren für eine mündliche Beratung 50'000 DM nicht zuviel. Eine andere Firma, die Küchenmöbel herstellte, zahlte der

offensichtlich auf allen Gebieten beschlagenen EU für eine mündliche Auskunft über die Absatzchancen von Küchenmöbeln, wie aus dem verräterischen Aktenordner zu entnehmen war, 5'000 DM. Nun können die Unternehmer in der BRD für ihr Geld kaufen, was sie wollen, auch obskure Gutachten. Was die Steuerfahnder stutzen liess, war die Tatsache, dass die Gutachtengelder wieder in die BRD, und zwar alle an die Adresse der CDU, zurückgeflossen waren. Sie fanden denn auch in dem Aktenordner Müllenbachs den Beweis, dass die CDU in den Jahren von 1972 bis 1974 rund 1,6 Millionen DM allein von der EU kassiert hatte. Der Trick mit der Bezahlung von Gutachten diente lediglich dazu, das Parteienfinanzierungsgesetz zu umgehen und die Aushaltung der CDU durch die Grossindustrie zu tarnen.

Nachdem die CDU-Spitzen vom Fund der Bonner Steuerbeamten hörten, wurde ihnen mehr als unbehaglich. Es war zu vermuten, dass nicht nur die Geldgeber der CDU von der Steuer peinlichen Besuch zu erwarten hatten –was sich auf deren künftige Spendenfreudigkeit ungünstig auswirken konnte –, sondern dass darüber hinaus auch beim Wahlvolk Schaden eintrat. Die öffentliche Darstellung als von der Grossindustrie ausgehaltene Partei und Steuerbetrüger, man stand vor den Bundestagswahlen des Jahres 1976, konnte für die CDU kein Wahlschlager sein. So war es nicht verwunderlich, dass der erste Gedanke war, die unbequemen Steuerfahnder an die Kette zu legen. Doch das erwies sich als keineswegs so einfach. In Bonn regierte die SPD/FDP-Koalition, und auch die dem Bundesland Nordrhein-Westfalen unterstellten Steuerbeamten wurden sozialliberal regiert. Der von der CDU-Führung mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragte Kölner Steueranwalt Felix musste feststellen, dass SPD und FDP sich nicht gerade ein Bein ausrissen, um der Konkurrenz um die Macht zu helfen.

Vergeblich bemühte sich Felix, durch Appelle an die politische Verantwortung der Steuerfahnder den Skandal in Grenzen zu halten. Er bot sogar, wie die «Spiegel»-Redakteure Kilz und Preuss ermittelten, Selbstanzeige der Steuersünder und die

Nachzahlung der Steuern an, wenn sich dadurch die Angelegenheit aus der Welt schaffen liesse. Doch der Leiter der Bonner Steuerfahndung, Klaus Förster, der für das Kapital und die beteiligten Parteien eine unbequeme Aussenseiterrolle spielen sollte, verwies auf die Buchstaben des Gesetzes. Felix versuchte es daraufhin mit einer anderen Taktik. Er deutete an, dass nicht nur die CDU, sondern auch SPD und FDP sich illegal finanziert hätten. Felix nannte in diesem Zusammenhang die Namen der Schatzmeister Alfred Nau und Heinz Herbert Karry, ja er liess sogar durchblicken, dass selbst der damals amtierende Bundespräsident Walter Scheel Spendengelder entgegengenommen hätte. Da die Steuerbeamten ihre Spur auch jetzt noch nicht aufgeben wollten, war Felix in der Folge bemüht, wenigstens zu erreichen, dass der CDU der «Schwarze Peter» nicht allein zugespielt wurde. In Briefen an den Generalstaatsanwalt, die Bonner Staatsanwaltschaft und die Leute von der Steuer verschickte der Rechtsanwalt einen aus der «Welt» ausgeschnittenen Artikel, in dem auf sozialdemokratische Spendenvergehen hingewiesen wurde. In seinem Begleitschreiben forderte er die Adressaten auf, künftig auch in diese Richtung zu ermitteln. Später ging Felix sogar so weit, auf Grund von Aussagen einer «gekauften» FDP-Sekretärin Anzeige wegen der Spendenpraxis der FDP zu erstatten.

Die Bonner Staatsanwaltschaft war allerdings bei eigenen Ermittlungen, die sie inzwischen auf Ersuchen der Steuerfahnder aufgenommen hatte, auch schon darauf gestossen, dass SPD und FDP keine weisse Weste hatten. Bei der Zigarettenfabrik Brinkmann in Bremen hatte man Unterlagen gefunden, aus denen hervorging, dass der Zigarettenproduzent neben 100'000 DM an die CDU auch an die CSU, SPD und FDP Zahlungen geleistet hatte. So waren an Flick-Mann Pohle für die CSU 50'000 DM, an die sozialdemokratische «Friedrich-Ebert-Stiftung» 800'000 DM und die FDP-Gründung «Deutsche Gruppe der Liberalen Weltunion» 100'000 DM gegangen.

«Soverdia – Gesellschaft für Gemeinwohl»

Die auf Grund der Aktenfunde eingeleiteten Ermittlungsverfahren – ihre Zahl stieg schnell auf über hundert – zogen sich aber in die Länge. Das Beweismaterial war oft längst aus den Firmen- und Parteibüros verschwunden, so dass über diese Ermittlungen Jahre ins Land gingen und es so aussah, als ob sie im Sande verliefen. Da gerieten die Bonner Steuerfahnder Ende 1979 auf eine neue Spur, die sie erheblich weiterbringen sollte. Sie hatten die «Gesellschaft des Göttlichen Wortes» in St. Augustin bei Bonn besucht, ein Priesterseminar der Steyler Missionsgesellschaft, um zu überprüfen, woher die Mönche die grossen Beträge hatten, mit denen sie sich als finanzkräftige Bauherren betätigten. Die Fahnder stellten fest, dass die katholische Missionsgesellschaft in den vergangenen Jahren häufig vier- und fünfstelligen Summen erhalten hatte – und das auch von Protestanten. Alle Einzahlungen waren ordnungsgemäss eingetragen und von der «Soverdia – Gesellschaft für Gemeinwohl», die als Vermögensverwalter der Missionsgesellschaft fungierte, quittiert worden. Scheinbar war alles in Ordnung. Doch bei einer Befragung gab eine Spenderin zu, dass sie von der Soverdia höhere Summen quittiert bekommen hatte, als ihre Einzahlungen betragen. Für jede 1'000-DM-Spende gaben ihr die Missionare kulant eine Quittung über 5'000 DM. Dieses Geständnis regte die Steuerfahnder zur Tiefenprüfung an. Dabei entdeckten sie unter den Einzahlern auch den Flick-Konzern, der besonders durch die Höhe seiner Spenden auffiel. Mit 3,5 Millionen DM, gezahlt innerhalb von drei Jahren, stand Flick an der Spitze aller Geldgeber. Man beschloss daher, sich in der Flick-Zentrale in Düsseldorf nach den Gründen zu erkundigen. Als die Beamten dort im Januar 1980 erschienen, konnten sie im Büro des Leiters der Flickschen Finanzverwaltung, Rudolf Diehl, gerade noch rechtzeitig den Ordner mit den Überweisungen an die Soverdia sicherstellen, ehe Diehl Gelegenheit hatte, ihn verschwinden zu lassen. Bei einer Begegnung mit von Brauchitsch gab sich dieser gegenüber den Steuerfahndern unbekümmert, mass dem allen keine grosse Bedeutung bei und bot generös seine weitere

Unterstützung an. Man verzichtete aber einstweilen darauf und begnügte sich mit dem Fund bei Diehl.

Als die Fahnder den Ordner studiert hatten, fühlten sie sich in ihrem Verdacht, dass in der Zusammenarbeit Flick–Soverdia nicht alles mit richtigen Dingen zunging, bestätigt. Insgesamt wiesen, wie in Hamburger Nachrichtenmagazinen zu lesen war, die Unterlagen Zahlungen des Flick-Konzerns an die Mönche in Höhe von 10 Millionen DM aus. Auf nachdrückliches Befragen nannte dann Pater Schröder, der die Finanzgeschäfte der Soverdia leitete, die Gründe für die hohen Zahlungen. Die seit 10 Jahren eingegangenen Spenden Flicks, so erfuhren die Steuerbeamten, waren an bestimmte Voraussetzungen geknüpft gewesen. 80 Prozent der jährlichen Spendensumme von 1 Million DM wollte Flick nämlich wieder zurückhaben. Darüber hinaus hatte die Soverdia die Aufgabe, das Geld auf Schweizer Konten zu überweisen und von da nach und nach im Reisegepäck Beauftragter oder auf andere Weise in die Hände von Flicks Kassenführer gelangen zu lassen. Abgesehen von den eingesparten 5 Millionen an Steuergeldern, die dem Konzern dadurch zugute kamen, flössen Flick allein aus diesen Spenden in seine «schwarze Kriegskasse» 8 Millionen DM, die ihm ohne Nachweis und nach Belieben zur Verfügung standen.

Die Bonner Beamten konnten sich allerdings ihrer Erfolge nicht lange freuen. Ihr Chef, der unnachgiebige und pflichtbewusste Förster, wurde gegen seinen Willen auf einen anderen Posten abgeschoben und schied daraufhin, ernstlich erschüttert im Verständnis für seinen Staat, aus dessen Diensten. Doch die Untersuchungen hatten schon zu weite Kreise gezogen, als sich einfach abwürgen zu lassen. So klopfte man auch beim Flick-Konzern wieder an, diesmal von der Bonner Staatsanwaltschaft. Mehrere Beamte besichtigten am 4. November 1981 Diehls Büro sehr sorgfältig und fanden dabei einen Schlüssel, der zu einem Safe der Dresdner Bank gehörte. Was sie dann in dem Safe fanden, war sensationell: Er enthielt das schwarze Kassenbuch des Flick-Konzerns. Sorgfältig von Diehl geführt, wies es exakt aus, an wen in welcher Höhe gezahlt

worden war. Als die Bonner Staatsanwälte Diehls Aufzeichnungen gelesen hatten, waren sie verwirrt und betroffen. Kaum ein führender Politiker der BRD fehlte darin. Das musste, wie sie wussten, noch stärkere Komplikationen bei den Ermittlungen hervorrufen und politische Konsequenzen nach sich ziehen.

Dennoch liessen sich die Staatsanwälte durch die ranghohen Namen noch nicht allzusehr von ihrem Bemühen abbringen, offensichtliche Rechtsverletzungen zu verfolgen. Am 11. November 1981 waren sie wieder in der Flick-Zentrale, diesmal mit richterlichem Durchsuchungsbefehl. Die Räume von F. K. Flick und von Brauchitsch wollten sie sich genau ansehen. Als sie nach 10 Tagen dort ihre Arbeit beendeten, nahmen sie 100 beschlagnahmte Ordner und 150 Spendenhefte mit. Diesmal zeigte sich von Brauchitsch alles andere als jovial: Er raunzte die Beamten nervös an und bot ihnen sogar, auf seine Boxervergangenheit verweisend, Prügel an. Was die Staatsanwälte aus seinem Büro abtransportierten, musste dem Topmanager aber auch die Haare zu Berge stehen lassen. Das Material bewies mehr als Steuerhinterziehung und illegale Parteienfinanzierung. Es gab «Hinweise» darauf, wie die Staatsanwaltschaft danach vorsichtig formulierte, «dass die Firma Flick im Zusammenhang mit der ihr gemäss § 6b des Einkommenssteuergesetzes erteilten Bescheinigung für einen Steuerabzug aus der Veräusserung ihrer Daimler-Benz-Beteiligung Amtsträgern Zuwendungen versprochen oder gemacht hat».

Das gefundene Material reichte aus, um nunmehr offizielle Ermittlungsverfahren gegen neun Personen einzuleiten, darunter – ein einmaliger Vorgang – gegen zwei amtierende Bundesminister: Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) und Finanzminister Hans Matthöfer (SPD). Weiterhin wurde ermittelt gegen Staatssekretär Lahnstein (SPD), den früheren Bundeswirtschaftsminister Friderichs (FDP), zu dieser Zeit schon Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank, den baden-württembergischen Wirtschaftsminister Eberle (CDU), den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Riemer (FDP) und die

stellvertretende Bundestagspräsidentin Liselotte Funke (FDP) sowie gegen F. K. Flick und seine beiden Führungskräfte von Brauchitsch und Nemitz.

Die «Geleitzüge» für die Steuerbefreiung

Von Brauchitsch selbst hatte wesentlich, wenn auch unbeabsichtigt, dazu beigetragen, der Bonner Staatsanwaltschaft Beweise zu liefern und sie ihren Verdacht öffentlich formulieren zu lassen, dass Amtspersonen bestochen worden waren. Die bei Flicks erstem Mann sichergestellten Terminkalender und sehr ordentlich geführten Tagesnotizen gaben deutlich darüber Auskunft, mit wem von Brauchitsch über bestimmte Themen gesprochen hatte. Die Staatsanwälte stellten nunmehr auffallende Parallelen zwischen diesen Besprechungen und Zahlungen an seine Besucher fest, wie sie Diehl auf gezeichnet hatte. Beispielsweise entdeckten sie unter dem 22. Februar 1976 in von Brauchitschs Terminkalender die Eintragung: «Ca. 21.00 bis 21.30 Minister Friderichs Metzka». Die Nachricht wurde entschlüsselt als ein Termin für eine Zusammenkunft zwischen Friderichs und von Brauchitsch in des letzteren Wohnhaus in Metzkausen. In Diehls Kassenbuch stand unter dem 1. April 1976 die Eintragung «Ka wg. Dr. Friderichs 75'000,-». Im Klartext bedeutete das: Die Zahlungsanweisung erfolgte wegen Dr. Friderichs in dieser Höhe durch Kaietsch.

Auffallend an den Besprechungen von Brauchitschs mit seinen verschiedenen Besuchern war das immer wiederkehrende Thema der Steuerbefreiung für den Daimler-Benz-Erlös. Unter dem 21. August 1975, zu Beginn der Steuerbefreiungsaktion, hatte von Brauchitsch nach einer Begegnung mit Friderichs festgehalten: «Unser Anliegen – 6b – sei von derartig eminenter politischer Brisanz, dass er, falls er (Friderichs – M. O.) zu einer positiven Entscheidung im einen oder anderen 6b-Fall käme, die volle Identität aller Sparten seines Hauses» benötige. Aber von Brauchitsch war optimistisch. So notierte er, «dass man uns bei der Wiederanlage des Daimler-Erlöses in irgendeinem Rahmen helfen möchte». Ebenfalls Zustimmung signalisierte

die SPD über den damaligen Finanzminister Apel. Bei SPD-Schatzmeister Nau gingen danach grössere Summen vom Flick-Konzern ein. Auch die CDU als Oppositionspartei zeigte in Sachen Steuerbefreiung für Flick keine Lust zur Opposition. Ihr Vorsitzender Helmut Kohl erklärte sich sogar bereit, dafür zu sorgen, dass aus seinen Reihen kein Widerspruch dagegen auftrete. Im Kassenbuch Diehls taucht der Name Kohl für die Jahre 1974 bis 1980 häufig auf. Insgesamt hat danach der CDU-Vorsitzende 565'000 DM von Flick erhalten.

Die Zahlungen an Politiker liefen übrigens recht locker ab. Von Brauchitsch oder andere Konzernbeauftragte drückten ihnen einfach einen Umschlag oder ein kleines Päckchen mit dem Geld in die Hand. Quittiert wurde nicht, die Verwendung des Geldes auch nicht kontrolliert. Die von F. K. Flick so Bedachten konnten das Geld behalten oder es nach Belieben auch an ihre Partei weitergeben. Ihm war es egal.

Neben der eben geschilderten Art, Politikern und Parteien Geld zukommen zu lassen, wurde das auch noch auf eine andere, sehr verbreitete Art praktiziert. Es funktionierte so ähnlich wie mit der Soverdia. Da gab es Vereine und Stiftungen, die über einen förderungswürdigen und damit steuerlich begünstigten Status verfügten, was zu Spenden an diese einlud, die sie dann für ihnen geeignet erscheinende Zwecke verwenden konnten. Ganz besonders tat sich da bei der Parteienfinanzierung die «Staatsbürgerliche Vereinigung» hervor, die sich die Förderung des «demokratischen Staatswesens» vorgenommen hatte und in den Jahren von 1969 bis 1980 die CDU/CSU und die FDP mit 214 Millionen DM unterstützte. Grundvoraussetzung für die Zahlung war die Steuerung eines unternehmerfreundlichen Kurses. Alle Bundestagsparteien hatten aber auch ihre eigenen Fördervereine. Bei der FDP waren es sogar sechs, meist mit grossartigen Namen, wie «Club für Europäische Wirtschaftspolitik» oder «Gesellschaft zur Förderung der freien Marktwirtschaft», für die Finanzierung der SPD spielte die «Friedrich-Ebert-Stiftung» die gleiche Rolle. Ihr Vorsitzender war Alfred Nau, der 1983 verstorbene langjährige SPD-Schatzmeister.

Er nahm auch bei Flick kräftig ein. Die SPD verdankte ihre Förderungswürdigkeit durch Flick aber weniger dessen gewachsener Sympathie für sie als vielmehr der Tatsache, dass sie Regierungspartei war und bei der Steuerbefreiung des Daimler-Benz-Erlöses ein wichtiges Wort zu sagen hatte. Nach einer Besprechung am 13. August 1980 mit Nau notierte sich von Brauchitsch, dass der SPD-Geldeinnehmer versprochen hatte, «an der Sache» dranzubleiben. Einen Tag später ging eine Spende vom Hause Flick in Höhe von einer halben Million DM bei der «Friedrich-Ebert-Stiftung» ein. Bei einer späteren Befragung von Brauchitschs vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Bonn im Februar 1984 sagte dieser zu seinen Begegnungen mit Nau salopp: «Es war für unsere Zwecke gut, den Herrn Nau heiter zu stimmen, und er kam immer wieder, wenn er nicht mehr heiter war.»

Insgesamt sollen es 4,5 Millionen DM gewesen sein, die von Brauchitsch an die SPD-Stiftung gezahlt hat. Eine Summe, an die der Konzernchef, der sonst von Brauchitsch weitgehend freie Hand liess, Anstoss nahm. Seine Animosität gegen die SPD konnte F. K. Flick nicht so leicht überwinden. Bei der «Zuwendung in diese Richtung», liess er von Brauchitsch wissen, sei er davon ausgegangen, dass sie sich «im üblichen Rahmen bewegt». Diese Zurechtweisung war ein wichtiges Anzeichen für die beginnende Distanzierung des Konzernchefs, der sich durch die laufenden Untersuchungen zur Parteienfinanzierung beunruhigt zeigte, von seinem obersten Interessenverwalter. «In welches Licht», fragte er von Brauchitsch vorwurfsvoll, «bringst du das Haus, wenn wir 6-b-Anträge laufen haben und gleichzeitig in die Richtung dieser Regierung Wohltaten dieser Grössenordnung ausschütten?» Das war 1981. Bis dahin hatte der Flick-Konzern schon für zwei seiner Anträge auf Steuerbefreiung die ministerielle Zustimmung erhalten. Das erste Paket – in der vertraulichen Sprache zwischen dem Hause Flick und den beteiligten Politikern «Geleitzug» genannt – wurde noch unter Wirtschaftsminister Friderichs am 8. September 1976 genehmigt. Allerdings hielt man die Genehmigung – man ahnt das

schlechte Gewissen – bis nach den Bundestagswahlen vom 3. Oktober 1976 geheim. Der 1. Geleitzug umfasste: Steuerbefreiung für eine Kapitalerhöhung bei Dynamit Nobel von 100 Millionen DM und für den Zukauf von Aktien dieses Unternehmens im Werte von 80 Millionen DM. Weiterhin gehörte dazu eine Kapitalerhöhung bei Buderus von 50 Millionen und die US-Investition bei Grace von 290 Millionen DM.

Den 2. Geleitzug unterschrieb am 28. September 1978 Graf Lambsdorff, der Friderichs im Wirtschaftsministerium abgelöst hatte. Friderichs war inzwischen mit Unterstützung des Hauses Flick an die Spitze der Dresdner Bank getreten. Der Wechsel im Ministeramt tat den Bemühungen des Flick-Konzerns um die Steuerbefreiung keinen Abbruch. In von Brauchitschs Notizen fanden sich nur wohlwollende Bemerkungen über den neu- en Minister und in Diehls «schwarzem Kassenbuch» ausserordentlich viele Eintragungen mit dessen Namen. Andere kamen bei von Brauchitsch nicht so gut weg. Über Apel hiess es, dass ihm «die Hosen flatterten», über einen anderen, «er müsse auf Linie gebracht werden», und ein weiterer hatte nach seiner Auffassung einfach «Schiss».

Der zweite Antrag bezog sich insgesamt auf 785 Millionen DM: 500 Millionen bei Grace, 200 Millionen bei der Feldmühle und 85 Millionen DM bei Buderus. Damit gab sich Flick aber noch nicht zufrieden. Auch die 208 Millionen DM, die er für seinen Einstieg beim Versicherungskonzern Gerling gezahlt hatte, sollten ebenso steuerfrei bleiben wie die 210 Millionen DM für US-Filter und die 25 Millionen DM für sein Kohleveredelungsunternehmen PCV. Zusammengenommen bildeten diese Unternehmen den 3. Geleitzug. Insgesamt verkörperten die drei Geleitzüge nunmehr ein Kapital von über 1,7 Milliarden DM.

Als der 3. Geleitzug komplett im Wirtschaftsministerium vorlag, bekamen die Flick-Freunde dort kalte Füsse. Staatssekretär Schlecht rief von Brauchitsch erschreckt an und erinnerte ihn daran, dass man vereinbart hatte, nach dem 2. Geleitzug Schluss zu machen. Von Brauchitsch beharrte jedoch auf den Anträgen und berief sich auf erhaltene Zusagen für eine Steuerbefreiung

bei dem Einstieg Flicks in den angeschlagenen Gerling-Konzern. Doch auch er musste bald einsehen, dass der 3. Geleitzug grössere Schwierigkeiten machen werde. Der SPD-Abgeordnete Dieter Spöri, ein Gegner der Steuergeschenke an Flick («Jeder Kindergeld-Antrag wird präziser und schärfer geprüft»), hatte dazu eine unangenehme Anfrage im Bundestag eingebracht. Mit Hinweis auf das Steuergeheimnis war das Wirtschaftsministerium zwar einer Antwort ausgewichen, doch im Kreise der Geleitzugförderer war man beunruhigt, denn auch im Finanzministerium, in dem Matthöfer seinen Parteifreund Apel abgelöst hatte, verstärkte sich der Widerstand. Nicht durch Matthöfer selbst, aber in seinen zuständigen Abteilungen und sogar bei seinem Staatssekretär Böhme. Nach einigem Hin und Her zog das Haus Flick deshalb aus taktischen Gründen den Antrag für US-Filter zurück, um so sicherer Gerling und PCV durchzubringen. Flick verkaufte anschliessend seine Beteiligung bei dem amerikanischen Konzern, übrigens mit einem Gewinn von rund 100 Millionen DM.

Mühelos liess sich allerdings auch der Rest nicht abwickeln. Von Brauchitsch musste sogar den FDP-Vorsitzenden Genscher bitten, auf den aufmüpfigen Unterabteilungsleiter im Finanzministerium Uelner, der der FDP angehörte, einzuwirken, damit der seinen Widerstand aufgab. Von Brauchitsch notierte nach dem Gespräch: «a) Genscher ist bereit zu helfen; b) Genscher wird auf Uelner einwirken». Schliesslich ist es dann auch soweit mit dem 3. Geleitzug. Am 10. August 1981 wird der PCV-Antrag und zwei Tage später der Gerling-Antrag von Lambsdorff unterschrieben. Trotz der wachsenden Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für diese Vorgänge, trotz der laufenden Untersuchungen der Bonner Staatsanwälte und trotz des Widerstandes innerhalb der Ministerialbürokratie gelangte auch dieser Geleitzug, allerdings diesmal nicht ganz unbeschädigt, in den Hafen.

«Die Macht hat stets, der zahlt»

Diese Erkenntnis von Brecht bekamen die Geleitzugförderer zu spüren. Obwohl sie sich durchaus bewusst waren, dass die Fortsetzung der Steuerbefreiung für Flick sie in Schwierigkeiten bringen würde, blieben sie auf dem vorgegebenen Kurs, denn Flick liess nicht locker. Unzufrieden mit der Verzögerung seines letzten Antrages, hatte er sie zu Beginn des Jahres 1981 unter Druck gesetzt. Er wies von Brauchitsch an, SPD-Schatzmeister Nau keine Zusagen mehr zu geben und ihm verständlich zu machen, «dass wir zu nichts mehr bereit sind, bevor nicht endlich der Steuerbescheid da ist». Auch von Brauchitsch bekam den Unwillen des Konzernchefs zu spüren, weil er nicht schneller vorankam. F.K. Flick verlangte nun striktes Vorgehen, weil, seiner Meinung nach, sein Haus «rechtens» handele und «wir uns parlamentarischer Kunsttricks nicht zu befleißigen brauchen». Er befiehlt deshalb seinem Statthalter: «Sofort zu M&L hingehen.» M steht hier für Matthöfer und L für Lambsdorff. Und M&L handelten danach. Wie schrieb das BRD-Wirtschaftsblatt «Capital» ironisch: «Ein Abgeordneter ist nicht an Weisungen gebunden, sondern an Überweisungen.»

Ein Unrechtsbewusstsein liess keiner der Beteiligten erkennen. Die linksorientierte Wochenzeitung «Deutsche Volkszeitung/Die Tat» fragte deshalb auch: «Ist Unrecht Recht ab tausend Millionen DM, wenn Minister dabei die Hand im Spiel haben?»

Dafür, dass aus Unrecht Recht wurde, wollten die im Bundestag vertretenen Parteien sorgen. Noch lag im Herbst 1981 die offizielle Einleitung der Ermittlungsverfahren durch die Bonner Staatsanwaltschaft nicht vor, als führende Vertreter der Bundestagsparteien bereits die Köpfe zusammensteckten, um zu überlegen, wie man diesen Ermittlungen etwas Wirkungsvolles entgegensetzen konnte. Der Plan der CDU, nicht allein den «Schwarzen Peter» der illegalen Parteienfinanzierung zu behalten, war inzwischen aufgegangen. Man sprach bereits von 510 Ermittlungen bei der FDP, 170 bei der CDU/CSU und 22 bei der SPD. Die CSU, im fernen München zu Hause, hatte es insgesamt etwas besser getroffen. Der Arm der Bonner Staatsanwälte

reichte da so recht nicht hin, obwohl der CSU-Vor sitzende Franz-Josef Strauss zwischen 1975 und 1979 950'000 DM von Flick bekommen haben soll. In Diehls Aufzeichnungen stand er jedenfalls mit 450'000 DM zu Buche. Nun, da sämtliche Bundestagsparteien sich bedroht fühlten, verbreitete sich trotz aller parteipolitischen Differenzen Solidarität. Bald war man sich in einer Arbeitsgruppe, der Hans-Jürgen Wischnewski (SPD), Detlef Kleinert (FDP) und Karl-Heinz Spilker (CSU) angehörten, einig, dass man alles sehr schnell unter den Teppich kehren wollte. Die illegale Spendenpraxis gedachte man legal zu gestalten, und was in der Vergangenheit passiert war, sollte unter eine Generalamnestie fallen. Dabei war ihnen die Amnestie noch wichtiger als die künftige Spendenpraxis. Von den Parteioberen kam zu der ausgearbeiteten Lösung Beifall. Allerdings regte sich – mit Ausnahme bei der CDU/CSU – in den anderen Bundestagsfraktionen Widerstand, innerhalb der SPD-Fraktion in solchem Masse, dass bald klar wurde, mit ihr würde die Amnestie politisch nicht durchsetzbar sein. Zu deutlich hatten die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen zu spüren bekommen, dass dafür bei ihren Wählern kein Verständnis vorhanden war. Die FDP-Führung, die wegen des gefährdeten Lambsdorffs besonders an der Amnestie interessiert war, reagierte darauf empfindlich. FDP-Vor sitzender Genscher schimpfte empört: «Das nehmen wir nicht hin, die SPD hat ihr Wort gegeben und es nicht eingehalten, nur weil einige bei denen meinen, sie müssten Lambsdorff kippen.»

Genschers Worte waren keine leere Drohung. Er und Lambsdorff sympathisierten schon längst mit der CDU, mit der sie zusammen in einer Regierung die Interessen des Grosskapitals, besonders in der Aufrüstungs- und Sozialpolitik, besser gewährleistet sahen. Hinzu kam, dass Oppositionsführer Kohl Hilfe bei ihren Sorgen und ausserdem Unterstützung der Union für eine Neuregelung der Parteienfinanzierung versprach. Besonders Lambsdorff betrieb daher energisch einen politischen Kurswechsel. Im Herbst 1982 war es dann auch soweit: Helmut Schmidt (SPD) wurde gestürzt, und Helmut Kohl (CDU) trat an

seine Stelle als Bundeskanzler. SPD-Geschäftsführer Glotz wertete die Amnestiefrage bei der Herbeiführung des Regierungswechsels hoch. «Die Nichteinigung mit der SPD über die Amnestie», meinte er, «war ein wichtiger Grund, dass Lambsdorff rüber zur CDU wollte und Genscher die Koalition mit uns verlassen hat.»

Eigentlich hätte F. K. Flick nun sehr zufrieden sein müssen. Die SPD wieder auf den Oppositionsbänken zu sehen, war sein lang gehegter Wunsch. Jahrelang hatte er viel getan, um nach seiner Auffassung linke Kräfte von der politischen Macht fernzuhalten. Das «Spiegel»-Buch «Flick – Die gekaufte Republik», das bei allen Aufklärungsbemühungen über eine bürgerliche Kritik am Flick-Skandal keineswegs hinausgeht, kam immerhin zu der klaren Feststellung: «Die Flick-Zentrale, die mehr als 100 Firmen im In- und Ausland mit einem Jahresumsatz von fast zehn Milliarden Mark dirigiert, beeinflusst mit Millionensummen nicht nur Bonner Entscheidungen über die Steuerbefreiung für die beim Verkauf der Mercedes-Aktien angefallenen Gewinne. Manager von Brauchitsch und seine Helfer versuchen auch

- mit Geldzahlungen den allgemeinen wirtschaftspolitischen Kurs von CDU, CSU, SPD und FDP zu beeinflussen,
- Politiker durch Geschenke, Spenden und durch Betreuung auf Auslandsreisen für ihre Zwecke gewogen zu machen,
- den Einfluss der Linken in FDP und SPD zu neutralisieren,
- die Karriere Flick-genehmer Nachwuchspolitiker zu forcieren und
- durch gezielte Spendenzahlungen innerparteiliche Flügelkämpfe zu entscheiden.»

Flick, der die «Wende» in der BRD-Politik angestrebt und durch den von ihm verursachten Skandal sogar direkt dazu beigetragen hatte, war mit dem Verlauf der Dinge dennoch nicht zufrieden. Zuviel war mit dem Skandal über die Zusammenhänge zwischen Politik und wirtschaftlicher Macht an die Öffentlichkeit gedrunken, von dem Schaden für den eigenen Konzern ganz abgesehen. Seine Unzufriedenheit bekamen besonders seine Manager in der Düsseldorfer Zentrale, die den

Skandal nicht zu verhindern gewusst hatten, zu spüren. Dass von Brauchitsch den Staatsanwälten entscheidende Unterlagen über die Machenschaften seines Hauses in die Hände fallen lassen, erschütterte F. K. Flicks Zutrauen zu dem ungeliebten, aber bisher mit einer Erfolgsaura umgebenen Manager. Nun sah er in ihm nur noch einen aufgeblasenen Versager. In diesem Falle reagierte er wie der Vater: Gegen Ende des Jahres 1982 schickte er von Brauchitsch schriftlich den Rausschmiss. «Per Einschreiben mit Rückschein wie einem kleinen Angestellten», bemerkte die Illustrierte «Stern» dazu.

Die finanzielle «Abfindung» von Brauchitschs soll jedoch nicht gering ausgefallen sein. Man sprach von 7 Millionen DM. Gleichzeitig mit von Brauchitsch gingen noch 4 weitere Spitzenleute des Konzerns, darunter auch der für das «schwarze Konto» zuständige Diehl. Den Abgang der Spitzenkräfte kommentierte F. K. Flick so: «In schweren Zeiten kann man nicht nur Leichtmatrosen feuern.» Von Brauchitsch übernahm nun die Rolle des «Beelzebubs des Kapitals», wie es der «Stern» nannte. Möglicherweise war das auch die Erklärung für die hohe Abfindung. Gegen von Brauchitsch richteten sich jedenfalls in erster Linie die öffentlichen Angriffe, während F. K. Flick im Hintergrund blieb. Als die Bonner Staatsanwaltschaft am 29. November 1983 ein vorläufiges Resümee ihrer Untersuchungen zog, war der Konzernchef nicht mehr unter denjenigen, gegen die Anklage erhoben wurde. Vom Flick-Konzern sollten nur von Brauchitsch und Nemitz wegen aktiver Bestechung angeklagt werden. Den «reichsten Deutschen» auf die Anklagebank setzen, das wollten auch die Bonner Staatsanwälte nicht. Bei F. K. Flick sei nicht hinreichend sichergestellt, dass er beteiligt gewesen war, hiess es offiziell.

Die Bundestagsparteien CDU/CSU, FDP und SPD taten inzwischen einiges, um die illegale Spendenpraxis zu legalisieren und die Parteikassen weiterhin zu füllen. Auf die Spender aus der Wirtschaft wollte man natürlich auch in Zukunft nicht verzichten, sondern, wenn irgend möglich, ihre Zahlungsfreudigkeit noch stimulieren. So gestand man ihnen nunmehr per Gesetz

für die Parteispenden erhebliche Steuervorteile zu. Gleichzeitig bewilligten sich die Bundestagsparteien gegen die Stimmen der «Grünen» auch noch höhere Staatszuschüsse für ihre Parteilassen. Am Prinzip der Parteienfinanzierung in der BRD und damit auch der Einflussnahme finanzstarker Interessen wurde also nichts geändert. «Es wird nicht besser», so charakterisierte der Abgeordnete der «Grünen» im Bundestag Otto Schily diese Neuregelung, «es wird nur versucht, eine miese Praxis zu legalisieren.»

Eine allgemeine Amnestie für die ungesetzliche Parteienfinanzierung der Vergangenheit liess sich allerdings auf Grund der empörten Öffentlichkeit nicht durchsetzen. Zwar wollte die CDU/CSU gemeinsam mit der FDP eine entsprechende Vorlage im Bundestag durchpeitschen, doch ein grosser Teil der FDP-Abgeordneten, bedacht auf die eigenen Wahlchancen, versagte gerade hier seine Mitwirkung. Dadurch geriet Parteichef Genscher, der sich gemeinsam mit Bundeskanzler Kohl ohne Abstriche für die Amnestie eingesetzt hatte, in eine tiefe Führungskrise, die ihn schliesslich zwang, seinen Rücktritt vom Vorsitz der Partei anzukündigen.

Von den belasteten Politikern wollte die Staatsanwaltschaft schliesslich nur noch Lambsdorff, Friderichs und Riemer anklagen. Angesichts des riesigen Ausmasses des Skandals verblieb also lediglich ein kleiner Kreis im Rampenlicht. Als das zuständige Bonner Landgericht Anfang Juli 1984 dann beschloss, ein Gerichtsverfahren in der Flick-Affäre durchzuführen, schied auch Riemer noch aus dem Kreis der Angeklagten aus. Das gleiche Glück hatte Manager Nemitz. Gegen sie bestätigte das Gericht den Tatverdacht nicht. Die Fülle des belastenden Materials gegen von Brauchitsch, Lambsdorff und Friderichs liess dem Gericht keinen Spielraum, hier musste es Verfahren durchführen. Von Brauchitsch wird sich wegen Bestechung, Lambsdorff und Friderichs wegen Bestechlichkeit vor Gericht zu verantworten haben. Nach dieser Entscheidung liess sich auch Lambsdorff als Minister nicht mehr länger halten, und er sah sich genötigt, von seinem Amt zurückzutreten. Was allerdings das voraussichtli-

che Strafmass betrifft – wenn es überhaupt zu einer Verurteilung kommen sollte –, so rechnet man allgemein mit milden Urteilen. Die Neuregelung der Parteienfinanzierung wird den Richtern sicherlich bei der Begründung helfen.

Fast schien es, als ob man nun den Deckel auf den Topf bekommen hätte, in dem die trübe Flicksuppe kochte. Doch dann schwappte sie wieder über. Im Oktober 1984 war in Zeitschriften und Zeitungen der BRD zu lesen, dass der ansonsten viel moralpredigende Rainer Candidus Barzel, als Bundestagspräsident Inhaber des zweithöchsten Amtes des Landes, seit 1973 rund 1,7 Millionen DM von Flick empfangen haben soll. Der Abgeordnete der «Grünen» Jürgen Reents äusserte dazu am 18. Oktober im Bundestag die Ansicht, dass mit diesem Geld Kanzler Kohls «Weg an die Spitze seiner Fraktion und seiner Partei... von Flick freigekauft wurde». Reents spielte damit auf den damaligen Amtsverzicht Barzeis zugunsten des vom Volk anscheinend mehr begünstigten Helmut Kohl an. Für diese Äusserung handelte sich Reents zwar von Bundestagsvizepräsident Stücklen (CSU) einen Ausschluss für fünf Sitzungstage ein – es war der erste Ausschluss nach dreiundzwanzig Jahren –, doch damit war die Äusserung nicht aus der Welt geschafft.

Trotz hoch gespielter Empörung und falscher Dementis Barzels stellte sich schliesslich heraus, dass ihm das Geld von Flick über das Rechtsanwaltsbüro Paul, in dem er sich hatte anstellen lassen, zugeflossen war. Pikanterweise führte gerade die Aussage des früheren Flick-Gesellschafters Paefgen, der diese Zahlungen bestätigte, zur Entlarvung Barzeis, der daraufhin von seinem Amt als Bundestagspräsident wohl oder übel zurücktreten musste.

Die Affäre zog nicht zuletzt auch dadurch weitere Kreise, dass Bundeskanzler Helmut Kohl sich selbst ins Bild rückte, indem er zunächst gegenüber der Öffentlichkeit die Enthüllungen über die Angelegenheit Flick–Barzel als einen Angriff auf sich und sein Amt interpretierte. Aufsehen erregte ausserdem, dass er dieses Amt dazu missbrauchte, das Auftreten eines Journalisten im ARD-Fernsehen zu verhindern, der für einen wesent-

lichen Teil der entsprechenden Recherchen und Enthüllungen verantwortlich zeichnete.

Auch dieser neue Korruptionsfall enthüllte eindrucksvoll, was hinter der demokratischen Fassade der BRD steckt. Er zeigte, wie die «Frankfurter Rundschau» schrieb, dass es den auf gefüllten Geldsäcken Sitzenden möglich ist, «wie Puppenspieler an Fäden zu ziehen und Politiker tanzen zu lassen». Dass der Sturz Barzeis der Schlusstrich unter dem Flick-Skandal sein könnte, das wagte nunmehr im Herbst 1984 niemand mehr in den politischen Kreisen Bonns zu hoffen. Jetzt hörte man vielmehr die sorgenvolle Frage: Wer ist der nächste?

F. K. Flick konnte der Skandal, der seinen Namen trägt, juristisch nichts anhaben. Aber einen Teil der dem Staat vorenthaltenen Steuern wird er nun wohl doch zahlen müssen. Unter dem Druck der Enthüllungen über die Steuerbefreiung hatte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff noch vor seinem Rücktritt einige seiner Entscheidungen zurückgezogen. Das kann F. K. Flick eventuell ein paar seiner Aktienpakete kosten. Dass es allerdings den Lebemann zwingen wird, statt der 30 Millionen DM, die er jährlich für sich persönlich verbraucht, weniger auszugeben, ist unwahrscheinlich. Eher ist denkbar, dass er die ausgestandenen Aufregungen durch noch mehr aufwendigen Spass kompensieren wird. «Umstände», so sagte bereits Oscar Wilde, «sollten niemals Grundsätze verändern.»

Anmerkungen

- 1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Bei ihr sind die Gesellschafter durch Einlagen am Stammkapital beteiligt. Die Gründung ist gegenüber der Aktiengesellschaft vereinfacht. Bilanzen brauchen nicht veröffentlicht zu werden, und für Verpflichtungen der Gesellschaft haften die Gesellschafter nur bis zur Höhe ihres Geschäftsanteils. Die Geschäftsanteile werden nicht an der Börse gehandelt.
- 2 Personalgesellschaft – Der Gesellschafter leitet selbst das Unternehmen und haftet uneingeschränkt mit seinem Vermögen.
- 3 Kommanditgesellschaft – Gesellschaft mit unterschiedlicher Stellung der Gesellschafter. Mindestens ein Gesellschafter haftet mit seinem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten der KG (Komplementär) und mindestens ein Gesellschafter mit seiner Kapitalanlage (Kommanditist). Die Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft erfolgt lediglich durch die Komplementäre. Am Gewinn sind alle Mitglieder der KG beteiligt.
- 4 Verschachtelung – Verfahren, um kapitalistische Unternehmen durch gegenseitigen Aktienerwerb, Aktienaustausch oder Aktienaufkauf kapitalmässig miteinander zu verbinden.
- 5 Aufschlag.
- 6 Holdinggesellschaft – Gesellschaft, die Aktien beziehungsweise Geschäftsanteile anderer Gesellschaften erwirbt oder

zusammenfasst, um sie zu verwalten und mit ihrer Hilfe die betreffenden Unternehmen zu beherrschen.

- 7 Fritz Kranefuss – Wirtschaftspolitischer Berater Himmlers, SS-Standartenführer im Stab des Reichsführers SS, sechsfaches Aufsichtsratsmitglied.
- 8 Gemeint sind das Hochofenwerk Lübeck und Rawack & Grünfeld.

Literaturauswahl

«Der Spiegel», Nr. 38, 17. September 1958

«Der Spiegel», Nr. 23, 5. Juni 1963

Drobisch, Klaus, Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, Phil. Dissertation, Berlin 1964

Drobisch, Klaus, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1963, Teil III

DWI – Berichte, Der Flick-Konzern, Heft 11, Berlin 1959

Engelmann, Bernt, Meine Freunde – die Millionäre, Darmstadt 1963

Engelmann, Bernt, Die Macht am Rhein, München 1968

Fall 5 – Der Prozess gegen den Flick-Konzern, Berlin 1965

Gossweiler, Kurt, Die Vereinigten Stahlwerke und die Grossbanken, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1965, Teil IV

Jungblut, Michael, Die Reichen und die Superreichen in Deutschland, Hamburg 1971

Kilz, Hans Werner/Joachim Preuss, Flick – Die gekaufte Republik, Hamburg 1983

Müller, Heinz, Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, Berlin 1961

Ogger, Günter, Friedrich Flick der Grosse, Bern/München 1971

Pinner, Felix, Deutsche Wirtschaftsführer, Berlin 1924

Pritzkoleit, Kurt, Die neuen Herren, München 1955

Pritzkoleit, Kurt, Wem gehört Deutschland?, München 1957

Pritzkoleit, Kurt, Männer, Mächte und Monopole, Düsseldorf 1961

Volkland, Gerhard, Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1963, Heft 2

Inhalt

5 Einleitung

8 Die Geschichte vom «armen Bauernjungen»

«Lob des Siegerlandes» – Für Gott, Kaiser und Vaterland –
So muss man sein!

19 Lernen, wie man Geschäfte macht

Herr Direktor Flick – Standesgemässe Heirat – Stinnes,
Krupp und andere – Der Platz an der Sonne

38 Erster Weltkrieg – Der Patriot im Kontor

Erstmals Grossaktionär – Das Ding mit dem Schrott – Noch
zehn Jahre kriegsbereit – Für Hindenburg und Ludendorff

59 Geschäfte und Novemberrevolution

In der Klemme – «Sparsame» Millionäre–Teurer Frieden –
Gegensätze ausgenutzt – Rote Armee im Ruhrgebiet – Ein-
fall in Oberschlesien – Horrende Gewinne

75 Inflation und Riesenspekulation

Stinnes & Co. für Inflation – Anarchie des Geldes – Legio-
när der Banken – Garantien durch den Staat – Rätsel um
Flick: Spekulant oder genialer Neuordner – Geschäfte mit
Stinnes – Der Stinnes-Schrecken – Wunschtraum Eisen-
bahn – Vorstoss nach Mitteldeutschland – Eichberg im
Netz – Sachwertfieber – Bankrott nichts Unmoralisches
mehr–Steigen oder Fallen–Inflationsgewinnler in Nöten –
Der Kutisker-Skandal – Die Gebrüder Barmat im Kon-
kurs – Spekulant Michael flieht ins Ausland

- 115 **Etabliertes Grosskapital reicher und mächtiger**
«Staatspolitisches Interesse» – Mitarbeiter – Die Vereinigten Stahlwerke – Warten auf eine «kruppsche Aufgabe» – Flicks Unbehagen – Eroberungsplan für den Stahlverein – Neue oberschlesische Mission – Gefürchtete Visiten – Mitglied der «feinen» Gesellschaft – Die Maximilianshütte kommt dazu
- 144 **An der Spitze der Mächtigen und drohender Zusammenbruch**
«Amerikanisches Wirtschafts wunder» am Ende – Berlin nicht beunruhigt – Mehrheit im Stahlverein – Ohne Fleiss - kein Preis – Ein politisch Lied! – Krisenfieber – Festgefahren – Reizen mit falschen Karten – Zittern um Brüning – Unter vier Augen mit Hitler – Grünes Licht vom Reichskanzler – ... der Mohr kann gehen – Irrungen und Wirrungen – Schelte von Reusch – Geldgeschenke – Kampf um Harpen – Abschied von «Weimar»
- 193 **Jedem das Seine**
Rat der Götter – Denkschrift für die Rüstung – Herr im Hause – «Verfolgter» Flick – Aufwertung der SS
- 210 **Flicks gelbe Sternstunde – Die Arisierung**
Ausguck nach Beute – Zu Besuch im KZ – Göring: «Hervorragende Unternehmerpersönlichkeit» – Mitgeheult – Publizität unerwünscht – Beschwörende Telegramme – Eine ziemlich fertige Angelegenheit – Göring auf Flick-Kurs – «Erneuter jüdischer Trick» – Ein Wechsel ohne Deckung
- 241 **Ein wirklich grosser Wurf**
Verhandlungsmonopol – Störenfriede – Kampagne gegen die Petscheks – Kompromiss der Konzerne – Ein Gesetz von Flick – Arisierungsaktion mit «wenig Material» – Arrangement mit Pleiger – Bluff mit staatlichem Druck

267 **Der Flick-Staat**

Krach mit Steinbrinck – Bomben und Granaten – «Ansprüche» im Westen – Röchling kontra Flick – Gute Zusammenarbeit – Gestapo-Angelegenheiten

294 **Ostlandreiter**

Konflikte um Waggonbaufabrik «Vairogs» – Wink mit Aufsichtsratsposten – Ambitionen auf die Reichswerke «Hermann Göring» – Umschwung – Vorbereitungen für die Nachkriegszeit – Ausgleichsofferte nach Amerika – Versteck in Bayern

313 **Mitgefangen – mitgehungen?**

Auf der Anklagebank – «Die wussten, wie die Dinge wirklich standen...» – Das Urteil – Im komfortabelsten Gewahrsam der Alten Welt – Zusammenarbeit im Gefängnis

335 **Goldene Schlange – Entflechtung**

Beratung mit Adenauer – «Hätten Sie mehr geboten?»

343 **Auf ein Neues**

Auslandsstart – Flicks guter Stern – Mercedes – Auftrag an Abs – Lehre für Krages – Locken mit Auto Union – Ballastabgabe an VW – Billige Kapitalerhöhung – Aktienpoker um Feldmühle und Dynamit Nobel – Neue Männer – alte Mächte – Umgang mit kleinen Aktionären – Grundsatzurteil

379 **Das Geld und die Macht**

49 Millionen für Makulatur – Grosses Bundesverdienstkreuz – Flick-Lobby in Bonn

388 **Wieder Rüstung**

«Volksvertreter»–Intimkenntnisse – Der «Wunderpanzer»

396 **Dynastischer Streit**

Aufbegehren – Steuersparender Adoptionsvorschlag – Neuer Erbschaftsvertrag – Vor Gericht – Gegenseitiges Einvernehmen

408 **Abschied in Raten**

Mit Haut und Haaren – Die Enkel – Symbolfigur – Zeitzünderbombe – Entscheidung in der Konzernspitze

430 **Der Flick-Skandal**

«Soverdia – Gesellschaft für Gemeinwohl» – Die «Geleitzüge» für die Steuerbefreiung – «Die Macht hat stets, der zahlt»

451 **Anmerkungen**

453 **Literaturauswahl**